Reinhard Bollmus

Das Amt Rosenberg und seine Gegner

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 1

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Reinhard Bollmus

Das Amt Rosenberg und seine Gegner

Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem

mit einem bibliographischen Essay von Stephan Lehnstaedt

2. Auflage

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Umschlagabbildung: Jahrgangstitelblatt von „Der Weltkampf". Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 13: 978-3-486-54501-2
ISBN 10: 3-486-54501-9

INHALT

Geleitwort 7

Vorwort 8

Einleitung 9

Erstes Kapitel · „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“ 17

Zweites Kapitel · „Die Entstehung des Amtes Rosenberg“ 27

1. Das Verhältnis des Kampfbundes für deutsche Kultur zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (1927–1923) 27
2. Die Rolles des Kampfbundes im „Gleichschaltungs“-Prozeß (1933–1934) .. 39
3. Der Führer-Auftrag 54

Drittes Kapitel · Das Amt Rosenberg im politischen Kräftefeld zwischen den Dienststellen von Joseph Goebbels und Robert Ley 61

1. Die Verhandlungen über die Ausführung des Führer-Auftrages (1934) 61
2. Die Errichtung der Dienststelle 66
3. Die kulturpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und Goebbels zur Zeit des Bündnisses zwischen Rosenberg und Ley (1934–1936) 71
4. Das Bündnis und der Bruch mit Robert Ley (1934–1937) 85

Viertes Kapitel · Das Amt Rosenberg im Dienste der Schulung, der Publizistik und der nationalsozialistischen Besatzungspolitik 104

1. Der Einfluß auf das öffentliche Kulturleben (1937–1945) 104
2. Die Rolle des Amtes im Kirchenkampf (1934-1645) 113
3. Die Tätigkeit auf dem Gebiet der sogenannten „Juden- und Freimaurerfragen“ (1937–1945) 119
4. Der Kampf um die Schulungsvollmachten (1937–1945) 123
5. Der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (1940–1945) 145

Fünftes Kapitel · Die Auseinandersetzungen um die Vorgeschichtsforschung 153

1. Die Angriffe Hans Reinerths auf die Römisch-Germanische Kommission (1933) 154
2. Der Plan für ein Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte bis zur Entscheidung Hitlers (1933–1936) 162
3. Die „Gleichschaltungs“-Versuche des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte (1933–1936) 173

4. Die „Forschungs- und Lehrgemeinschaft ‚Das Ahnenerbe'" 178
5. Die Front der westdeutschen Prähistoriker (1934–1936) 185
6. Werner Buttler und die Verständigung der ost- und westdeutschen Prähistoriker (1936–1937) 199
7. Das Bündnis zwischen Reichserziehungsministerium und „Ahnenerbe" und die Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Volkskunde (1937–1939) 211
8. Die Beziehungen zwischen Rosenberg und Himmler während der zweiten Phase des Reichsinstitutsplanes (1937–1939) 221
9. Das Scheitern der ideologisch gelenkten Vorgeschichtsforschung (1939–1945) 228

Sechstes Kapitel · Das Führungs-Chaos im Führer-Staat 236

Anmerkungen 251

Anhang 330
1. Zu den Etat- und Stellbesetzungsplänen der Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg (1937–1943) 330
2. Übersicht über die „SS-Grabungen" 332

Quellenverzeichnis
1. Ungedruckte Quellen 335
2. Gedruckte Quellen 337
a) Auswahl-Bibliographie der Schriften und Artikel von Alfred Rosenberg 337
Bibliograhien 337
Schriften und Artikel von Alfred Rosenberg 337
Rezensionen über Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" (1930–1933) 339
b) Veröffentlichungen des „Kampfbundes für deutsche Kultur", der „NS-Kulturgemeinde" und der Dienststelle des „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" 339
c) Allgemeine Literatur 342

Abkürzungen 351

Personenregister 354

Stephan Lehnstaedt, „Das Amt Rosenberg und seine Gegner" – 35 Jahre danach (bibliographischer Essay) 361
Reinhard Bollmus, Ein Nachwort 375

GELEITWORT

Die Untersuchung von Reinhard Bollmus über „Das Amt Rosenberg und seine Gegner" gehört zu den frühen fachwissenschaftlichen Analysen, die durch die Decke des angeblich monolithisch strukturierten NS-Herrschaftssystems hindurchbrachen und die vielfältigen inneren Rivalitäten am Beispiel der Rolle Alfred Rosenbergs aufzeigten. Wenngleich viele Facetten der Politik des Reichsleiters und Chefideologen des Regimes durch zahlreiche Detailforschungen modifiziert worden sind, ist das von Bollmus gezeichnete Bild im Kern bestätigt worden und seine Darstellung für das Studium der Geschichte des Dritten Reiches weiterhin unentbehrlich.

Feldafing, den 20. Januar 2006 Hans Mommsen

VORWORT

Die Frage nach der inneren Beschaffenheit eines Herrschaftsapparates wie des nationalsozialistischen, der nach außen hin das eindrucksvolle und furchterregende Bild monolithischer Geschlossenheit erweckte und zu erwecken suchte, war der Ausgangspunkt des vorliegenden Diskussionsbeitrages, für den das Amt Rosenberg vor allem auch die Funktion eines Modells hat, an Hand dessen die Politik, die Befugnisse und die Beziehungen einer Reihe durch vergleichbare Tätigkeitsfelder verbundener Dienststellen „in Partei und Staat" beschrieben werden sollen. Die den Zentren der Machtausübung geltende Problemstellung darf freilich nicht davon abhalten, nach den Folgen zu fragen, die die Tätigkeit nationalsozialistischer Ämter und Dienststellen, mag es zwischen ihnen auch noch so viele Widersprüche gegeben haben, für den von der Diktatur betroffenen Staatsbürger haben konnte. Da der Mangel an Quellen, die zur Beantwortung dieser zuletzt genannten Frage beitragen konnten, vorerst noch sehr fühlbar ist, war eine Beschränkung auf ein Sachgebiet, auf das im fünften Kapitel eingegangen wurde, notwendig.

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg im Jahre 1968 in einer redaktionell leicht abweichenden Fassung als Dissertation angenommen. Der Fakultät sowie einer großen Anzahl von Persönlichkeiten ist der Verfasser zu Dank verpflichtet. Dieser gilt in erster Linie seinem Lehrer, Herrn Professor Dr. Werner Conze (Heidelberg), der die Arbeit in vielfacher Weise mit Rat und Tat gefördert hat. Herr Professor Dr. Hans Mommsen (Bochum) hat durch viele Gespräche und Hinweise zur Klärung der Sachverhalte beigetragen. Das Institut für Zeitgeschichte in München (dem auch für die Aufnahme der Untersuchung in seine neue Schriftenreihe zu danken ist), dort besonders Herr Dr. Hoch, sowie das Bundesarchiv in Koblenz mit den Herren Dr. Booms, Dr. Boberach und Frau Kinder haben in denkbar entgegenkommender Weise die Akten und Unterlagen zugänglich gemacht. Für viele Ratschläge und Textdurchsicht ist den Professoren Dr. Wolfgang Dehn (Marburg), Dr. Paul Egon Hübinger (Bonn), Dr. Vladimir Milojčić und Dr. Ernst Topitsch (beide Heidelberg) sowie den Herren Dr. Heiber (München), Dr. Werner Schochow (Berlin) und Raimund Baumgärtner (München), für Rat und Dokumente den Prähistorikern Prof. Dr. Kurt Böhner (Mainz), Dr. Wolfgang Kimmig (Tübingen), Dr. Ferdinand Kutsch (Wiesbaden) und Dr. H. von Petrikovits (Bonn) zu danken. Herr D. Graf Beisel (Bamberg) übersandte dem Verfasser liebenswürdigerweise einen Bericht über die Auffindung der Rosenberg-Akten durch amerikanische Truppen im Sommer 1945. Die Herren Dr. H. G. Adler, Dr. Max Frauendorfer, Heinrich Härtle, Professor Dr. Heinrich Harmjanz, Dr. Werner-Georg Haverbeck, Dr. Werner Koeppen, Professor Dr. Werner Krämer, Rechtsanwalt Dr. Robert M. W. Kempner, Otto Andreas Schreiber und Professor Dr. Kurt Tackenberg gewährten freundlicherweise Auskünfte. Besonderer Dank gebührt der Studienstiftung des deutschen Volkes für ihre Hilfe. Der Stiftung Volkswagenwerk ist für die finanzielle Unterstützung der Drucklegung dieser Arbeit zu danken.

Heidelberg, 28. August 1969 — Der Verfasser

EINLEITUNG

Die Dienststelle des *Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP,* im allgemeinen Sprachgebrauch *Amt Rosenberg* genannt, hatte innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nur geringe Bedeutung. Das Hauptwerk Alfred Rosenbergs, der „Mythus des 20. Jahrhunderts", wurde niemals parteiamtlich als grundlegende Darstellung der nationalsozialistischen Weltanschauung anerkannt. Den Willensäußerungen des *Beauftragten des Führers* gegenüber den Funktionären, Beamten und Ministern kam schon aus diesem Grund kein allzu großes Gewicht zu. Rosenberg leitete wie andere Parteiführer einen Verband, den *Kampfbund für deutsche Kultur,* der von 1934 an den Namen *Nationalsozialistische Kulturgemeinde* führte, aber diese Organisation besaß wenig Gewicht und entbehrte gleichfalls des Status der „Parteiamtlichkeit". Das Amt Rosenberg versuchte seine Tätigkeit unter anderem im Bereich der sogenannten *Schulung* zu entfalten, aber die übrigen Parteiführer ließen durch ihr Verhalten erkennen, daß für diese Bemühungen kein Bedarf bestand. Alfred Rosenberg trat in Wort und Schrift als entschiedener Vertreter des Antisemitismus hervor. Er wollte ferner eine *Deutsche Kirche* an Stelle der christlichen Konfessionen setzen. Aber er vermochte seinem Amt weder bei der Behandlung der sogenannten „Juden- und Freimaurerfragen" noch in der Kirchenpolitik des Regimes größere Bedeutung zu verschaffen und ließ es überdies zu, daß die entsprechenden Abteilungen seiner Dienststelle die unwichtigsten des Hauses blieben. Er befaßte sich statt dessen intensiv mit einer Theaterbesucher-Organisation. Ferner ließ er mit Hilfe großer Kartotheken die deutschen Künstler, Schriftsteller und Hochschullehrer überwachen. Aber auf diesem Gebiet war der Sicherheitsdienst der SS „erfolgreicher". Die Dienststelle bereitete außerdem die *Hohe Schule* vor, eine der Partei unterstehende Akademie nicht näher bestimmter Zielsetzung. Aber Rosenberg und seine Mitarbeiter waren außerstande zu erkennen, daß sich aus der widersprüchlichen Ideologie keine nationalsozialistische Wissenschaftslehre entwickeln ließ. Deshalb fehlten dem Versuch zur Schaffung einer Parteiuniversität von Anfang an Substanz und Ausstrahlungskraft. Ähnliches galt für die übrigen wissenschaftspolitischen Unternehmungen der Dienststelle. Diese versuchte, Einfluß auf verschiedene Disziplinen zu gewinnen. Sie war zwar nicht dort tätig, wo man es zuerst hätte erwarten können, nämlich auf dem Gebiet der sogenannten „Rassenlehre", aber sie befaßte sich mit der Vorgeschichtsforschung und Volkskunde. Blieb ihr auch hier der innerparteiliche Erfolg versagt, so zeigte sich hierin doch die verhängnisvolle Wirkung, die auch ein machtpolitisch schwaches Amt auf Grund der Voraussetzungen der Diktatur auf Außenstehende auszuüben vermochte, denn die betroffenen Wissenschaftler und Studenten wurden in die größte Besorgnis um ihre persönliche Sicherheit, ihre berufliche Arbeit, die methodische Sauberkeit und das internationale Ansehen der deutschen vorgeschichtlichen und volkskundlichen Forschung gestürzt.

Die Frage, ob das Amt Rosenberg innerhalb des Systems eine starke oder eine schwache Stellung hatte, bildet nicht den Hauptgegenstand unseres Interesses. Es gilt vielmehr zu zeigen, daß auch die Politik und die Beteiligung am innerparteilichen

Verkehr, die einer machtpolitisch nicht sehr bedeutenden Dienststelle immerhin möglich waren, symptomatischen Charakter für die Formen der Politik des Gesamt-Regimes nach innen und außen haben konnten. Ist der untersuchte Abschnitt der Parteigeschichte der NSDAP auch schmal, so zeigt doch auch er Bedingungen und Möglichkeiten des politischen Handelns hoher Parteiführer, zu denen nicht nur Rosenberg, sondern in unserem Zusammenhang vor allem auch Ley, Goebbels, Himmler, Göring und Rust zählen.

Die Binnenstruktur des *Führer-Staates*, der unsere Frage demnach gilt, wird in der gegenwärtigen Forschung in durchaus unterschiedlicher Weise beschrieben. Zwei Betrachtungsweisen stehen im Vordergrund. Auf der einen Seite finden wir die Veröffentlichungen von Karl Dietrich Bracher und seinen Mitarbeitern, denen entscheidende und grundlegende Erkenntnisse für die Phase der „Machtergreifung" und der Befestigung der Diktatur zu verdanken sind. Die diesen Untersuchungen zugrundeliegende Modellvorstellung geht vom Dritten Reich als einem „einheitlichen, im höchsten Maße zentralisierten, monokratischen, von der NSDAP kontrollierten Staat" aus; danach war die Partei Hitlers „eine Organisation, die lange vor dem Aufbau des totalen Staates eine konsequent entwickelte Kommandostruktur" besaß und nach der Machtergreifung einen „vereinfachten und zeitweilig bis zum höchsten denkbaren Grade zentralistisch zusammengefaßten administrativen" Apparat einzurichten vermochte[1]. Dieser Auffassung steht eine andere gegenüber, nach welcher „der absolute totale Führerstaat gerade deshalb, weil der Wille des Führers bindend, alle anderen Normen aber relativiert waren, kein bis ins kleinste ausgeklügelter Apparat, kein bis ins letzte rationalisiertes System war, sondern ein Gewirr von Privilegien und politischen Beziehungen, Kompetenzen und Bevollmächtigungen und schließlich ein Kampf aller gegen alle, der seinerzeit mit dem schönen Ausdruck ‚NS-Kampfspiele' bezeichnet wurde"[2].

Die Diskussion zwischen Vertretern beider Richtungen hat in der Literatur bisher einen recht einseitigen Niederschlag gefunden. Die Anhänger der zuletzt erwähnten Lehrmeinung befinden sich im Angriff[3] und haben in jüngster Zeit eine Reihe von Arbeiten vorgelegt[4], während Erklärungen der Gegenseite noch ausstehen. Indessen darf darauf hingewiesen werden, daß der Machtpluralismus des Dritten Reiches natürlich auch von denjenigen Autoren nicht übersehen wird, die den *Führer-Staat* als „monokratisches" System betrachten. Karl Dietrich Bracher hat mit Recht auf die Scheinlösungen hingewiesen, welche Hitler für „das Problem des Verhältnisses von Monopolpartei und totalitärem Staatsapparat, das als wechselvoller Dualismus mit nicht abreißenden Konflikten fortdauerte", bereit hielt[5]. Wolfgang Schulz bestritt ebenso zutreffend das Vorhandensein „einer einzigen, konsequent verfolgten Plankonzeption" der nationalsozialistischen Führung. Er fügte allerdings hinzu, daß „das schlechthin Unzweckmäßige, das scheinbar Primitive und offenkundig Atavistische, das neben und trotz vieler Organisationen und Technik im Politischen als ein hervorstechendes Kennzeichen des Totalitarismus ... erscheint", auf „die Disposition zur permanenten Revolutionierung des institutionellen Bereiches ..., die im einzelnen fast immer genauestens überlegt" sei, zurückgeführt werden müsse[6].

Der Unterschied zwischen den von beiden Richtungen vertretenen Ansichten besteht demnach im Urteil über die Planmäßigkeit des Handelns der nationalsozialistischen Führung. Nach der Theorie von einem letztlich monolithischen Charakter des Herrschaftssystems ging alle institutionelle Zersplitterung auf den einen *Führer-Willen*

zurück: „Der Antagonismus der Machtfunktionen ist einzig in der omnipotenten Schlüsselstellung des Führers aufgehoben. Gerade darin aber, nicht im Funktionieren des Staates *per se* liegt die tiefste Absicht der keineswegs perfekten Gleichschaltung. Denn die Schlüsselstellung des Diktators ist gerade in dem unübersichtlichen Neben- und Gegeneinander der Machtgruppen und persönlichen Bindungen begründet. Auf dieser Verflechtung beruht auch die steigende Wirksamkeit der Kontroll- und Zwangsinstanzen im totalen Polizeistaat."[7] Dieser wiederum von Bracher vorgetragenen Deutung dürfte breite Zustimmung gleichfalls sicher sein. Bracher geht von der trotz aller internen Machtkämpfe terroristischen Wirkung der Maßnahmen der nationalsozialistischen Ämter aus, nach welcher, wie schon erwähnt, auch bei unseren Erörterungen zu fragen ist. Die Auseinandersetzungen unter den hohen Parteiführern und Ministern erklärt er damit, daß Hitler einem Herrschaftsprinzip gefolgt sei, welches man etwa mit der Formel „Divide et impera" umschreiben könne. Der Diktator scheint von solchen naheliegenden machtpolitischen Möglichkeiten in der Tat vielfach Gebrauch gemacht zu haben, nur bleibt zu untersuchen, ob er den genannten Grundsätzen planmäßig und konsequent gefolgt ist und welche Gründe noch außerdem für die Entstehung der Ämterkonkurrenz im *Führer-Staat* maßgebend gewesen sein könnten. Das Prinzip des „Divide et impera" barg das Chaos in sich selbst, mußte zu zahlreichen widersprüchlichen, von Hitler kaum im voraus zu beurteilenden Erscheinungen führen, die ihrerseits wieder pragmatische Entscheidungen erforderten, um die Folgen des eigenen Handelns zu mildern. Die Grundsätze, denen Hitler in vielen Fällen gefolgt zu sein scheint, waren auch in sich nicht widerspruchsfrei, denn das Konkurrenzprinzip begünstigte den stärksten, also für Hitler gefährlichsten Parteiführer. Es wird demnach in unserer Untersuchung nach dem Verhalten Hitlers im Einzelfall, nach der Taktik der hohen Funktionäre und nach ihren Versuchen zur Selbstbehauptung innerhalb des Ämter-Chaos zu fragen sein. Bei aller Anerkennung der Tatsache, daß Hitler seinen in „Mein Kampf" genannten Hauptzielen der Gewinnung von „Lebensraum" im Osten und der Vernichtung des fiktiven Rasse-Gegners trotz vielfacher Planlosigkeit im Einzelfall im ganzen mit einer beängstigenden Konsequenz gefolgt ist[8], scheint es doch nicht angängig zu sein, bei einer Untersuchung zur inneren Politik des Regimes vom Modell eines monolithischen und von einem einheitlichen Führer-Willen gelenkten Systems auszugehen.

Wir haben bei unserem Versuch auch der Entwicklung anderer Ämter und Dienststellen in Staat und Partei einige Aufmerksamkeit zu widmen. Es fragt sich, ob es nicht sinnvoller wäre, den Ort des Amtes Rosenberg innerhalb des nationalsozialistischen Herrschafts-Apparates erst dann zu bestimmen, wenn eine genügende Anzahl von Untersuchungen zur Politik der bedeutenderen und mächtigeren Parteiführer und Organisationen vorliegt. Es wäre etwa die Entwicklung der Dienststelle des Stellvertreters des Führers, der Partei-Kanzlei, der Reichsorganisationsleitung, der Deutschen Arbeitsfront, des Reichserziehungs- und des Propagandaministeriums zu behandeln. Aber über deren Politik ist auch aus der Geschichte des Amtes Rosenberg einiges zu erfahren, denn sie standen mit diesem in lebhaftem Verkehr. Der Historiker ist überdies von seinen Quellen abhängig. Der Zufall hat es gefügt, daß die Akten des Amtes nahezu vollständig überliefert sind, während mit dem endgültigen Verlust des größten Teils der Papiere der wichtigeren innenpolitischen Ämter und Ministerien gerechnet werden muß.

Die Akten der Dienststelle Rosenberg wurden 1945 im Bergungsort Kloster Banz in Franken von amerikanischen Truppen beschlagnahmt[9] und in Paris unter Leitung von Oberst Storey für den Nürnberger Prozeß ausgewertet. Sie gelangten später in die National Archives Washington (USA), wurden dann in deutsche Hände zurückgegeben und stehen seit etwa 1964 im Bundesarchiv in Koblenz zur Verfügung. Ein Teil des Materials ist in Form der von den National Archives angefertigten Mikrofilme auch im Institut für Zeitgeschichte in München vorhanden. Der wissenschaftliche Benützer wird dort später einen nach Einzelstücken geordneten Sachkatalog vorfinden, der gegenwärtig angefertigt wird. Ein kleiner Bestand von rund 1000 Einzelvorgängen befindet sich auch im Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris, welches dankenswerterweise ein Verzeichnis der Stücke veröffentlicht hat[10]. Insgesamt sind so viele Papiere der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* erhalten, daß eine Edition um so mehr lohnen würde, als es sich um den wohl einzigen, verhältnismäßig geschlossen überlieferten Bestand an Parteiakten handelt.

Die Versuche der Dienststelle, Einfluß auf die deutsche Vorgeschichtsforschung zu gewinnen, lassen sich verhältnismäßig gut dokumentieren. Zunächst ließen sich einige wichtige Papiere aus dem Besitz des zur SS gehörigen Vereins *Das Ahnenerbe* auffinden. Von größtem Wert waren die Aktenbestände einiger Institute und Museen für Vor- und Frühgeschichte. Leider wurde der Aktenbestand der wichtigsten dieser Einrichtungen, der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt (Main), während des Zweiten Weltkrieges vernichtet. Die Akten der Abteilung Bodendenkmalpflege des Reichserziehungsministeriums sind gleichfalls verloren[11]. Der Verfasser konnte den in Privatbesitz befindlichen Nachlaß eines Referenten dieser Abteilung, des Prähistorikers Professor Werner Buttler, benutzen. Die darin enthaltenen Schriftstücke können den Kriegsverlust gewiß nicht ersetzen, da Buttler nur in einigen ihn persönlich betreffenden Fällen Abschriften eines amtlichen Dokuments bei sich aufbewahrte. Die Privatbriefe des Wissenschaftlers vermitteln jedoch Aufschluß gerade über eine entscheidende, wenn auch nur ein knappes Jahr umfassende Periode der „politischen" Geschichte der Disziplin[12].

Die Methode der Zeugenbefragung wurde vom Verfasser nur selten angewandt, da sie sich angesichts der Reichhaltigkeit der schriftlichen Überlieferung als nicht allzu erfolgversprechend erwies. Im Vergleich zu der Informationsfülle der Akten steht das persönliche Erinnerungsvermögen von Zeugen, von der Frage ihrer Befangenheit ganz abgesehen, naturgemäß zurück. Der Gesichtspunkt, daß die Akten, zumal solche aus den Zeiten einer Diktatur, viele Einzelheiten nicht oder nur andeutend wiedergeben können, wurde gleichwohl berücksichtigt, weshalb eine Reihe von Persönlichkeiten ausführlich befragt wurde. Von nicht zu unterschätzendem Wert waren die Schriftstücke, die im Berlin Document Center der United States Mission aufbewahrt werden. Sie stammen aus verschiedenen Provenienzen und sind nach Personennamen geordnet. Ihre Benutzung setzt die Kenntnis der Namen möglichst vieler Mitarbeiter einer Dienststelle voraus[13].

Eine weitere Quellengruppe stellen die Tagebücher und die in der Nürnberger Zelle geschriebenen Lebenserinnerungen Alfred Rosenbergs dar. Der Text der Memoiren liegt in zwei Ausgaben vor, von denen keine das Original unverändert wiedergibt. Größere Teile des Wortlauts wurden im Jahre 1947 von Serge Lang und Ernst Schenk veröffentlicht. Dabei wurden Absätze umgestellt, Kürzungen nicht bezeichnet und Kommentare teils zutreffender, teils abwegiger Art eingefügt. So unbrauchbar die

Ausgabe für eine wissenschaftliche Benutzung ist, so wenig kann sie bis heute entbehrt werden, da innerhalb der veröffentlichten Einzelabschnitte jene „stilistischen und formalen Korrekturen"[14] unterblieben sind, wie sie vom Bearbeiter der zweiten Ausgabe vorgenommen wurden. Bei diesem handelt es sich um Heinrich Härtle, den ehemaligen stellvertretenden Leiter des *Amtes Wissenschaft* der Dienststelle Rosenberg[15]. Der Text ist in seiner Zusammenstellung nach chronologischen und thematischen Gesichtspunkten gegliedert, kommt dem Original wohl am nächsten und ist leichter benutzbar als in der Ausgabe von Lang und Schenk[16].

Die Tagebücher Rosenbergs wurden im Jahre 1948 zunächst durch eine Auswahl-Dokumentation bekannt, die der ehemalige Nürnberger Anklagevertreter Robert M. W. Kempner unter dem Titel „Der Kampf gegen die Kirche" veröffentlichte[17]. Die Kürzungen des ursprünglichen Textes sind nicht bezeichnet; es wurde auch nur ein kleiner Teil des Originals mitgeteilt. Die Auswahl muß noch immer benutzt werden, da sie einige Eintragungen aus den Jahren 1936—1938 und 1941—1943 enthält, welche in einer nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommenen Edition des Tagebuchs fehlen, die Hans-Günther Seraphim im Jahre 1955 vorgelegt hat. Die Ausgabe enthält die im Nürnberger Prozeß von der Anklagevertretung unterbreiteten Teile des Tagebuchs aus den Perioden zwischen dem 14. Mai 1934 und dem 18. März 1935 sowie dem 6. Februar 1939 und dem 12. Oktober 1940[18]. Das Original oder eine Kopie des vollständigen Tagebuchs konnten bisher nicht ermittelt werden.

Die Erinnerungen und das Tagebuch Rosenbergs erweisen sich in einigen Fällen als wichtige Quellen, obwohl die meisten Vorgänge aus der Geschichte der Dienststelle durch die Akten genauer zu belegen sind[19]. Die persönlichen Aufzeichnungen sind nicht frei von den bekannten Mängeln der Gattung. Rosenberg führte sein Tagebuch nur unregelmäßig und unterließ vielfach einen Vermerk über entscheidende Ereignisse in der Entwicklung seines Amtes, darunter vornehmlich über solche, die mit unangenehmen Erinnerungen verknüpft waren[20]. In den Eintragungen aus den Jahren 1934—1935 äußerte sich Rosenberg am ausführlichsten über seine außenpolitische Tätigkeit, obwohl die Auseinandersetzungen um das „Weltanschauungs-Amt"[21] seine Aufmerksamkeit in mindestens gleichem Maße in Anspruch genommen haben dürften wie seine vergeblichen Versuche, dem *Außenpolitischen Amt der NSDAP*, das er gleichfalls leitete, Einfluß zu verschaffen. Die ungleiche Themenverteilung erklärt sich vermutlich daraus, daß Rosenberg nur bei der Erörterung außenpolitischer Fragen das Empfinden hatte, an der „Großen Politik" beteiligt zu sein[22], um so mehr, als er bei Hitler meist nur für das Thema der zwischenstaatlichen Beziehungen Interesse fand, weil der *Führer* Gesprächen über die internen Auseinandersetzungen gerne auswich.

Die 1945 im Gefängnis niedergeschriebenen „Letzten Aufzeichnungen" tragen, wie kaum anders zu erwarten, stark apologetischen Charakter. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, die Tätigkeit der Kunstraub-Kommandos des *Einsatzstabes Rosenberg* verschwiegen. Der ehemalige Reichsleiter schilderte sich als freiheitlich denkenden Kulturpolitiker. Von der Intoleranz, die er während seiner Amtszeit gegenüber Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern gezeigt, von dem Intrigantentum, das er begünstigt, von der Korruption Görings, der er Vorschub geleistet hatte, ist nichts zu lesen. Man erfährt auch nichts von der Rücksichtslosigkeit, mit der er das Pressemonopol der NSDAP ausgenützt hat, um vermeintliche oder tatsächliche

Gegner zu bekämpfen[23]. Das alles ist mit dem Mangel an Einsichtsfähigkeit nicht zu entschuldigen, der die „Letzten Aufzeichnungen" Rosenbergs ebenso kennzeichnet wie die früheren aus seinem Amt.

Aus der Reihe der wichtigsten Publikationen zur inneren Geschichte des Dritten Reiches hatten wir die Veröffentlichungen Karl Dietrich Brachers und seiner Mitarbeiter schon genannt. Die Untersuchungen Helmut Krausnicks, Hans Buchheims, Hans Mommsens und Martin Broszats waren für unser Thema sehr hilfreich. Von dem zuletzt genannten Autor erschien nach Abschluß des Manuskripts das Werk „Der Staat Hitlers", auf das wir noch in den Anmerkungen verweisen konnten. Broszat unternimmt aus umfassender Kenntnis der Entwicklung von Ämtern, Dienststellen und Funktionen den Versuch, die „Polykratie der Ressorts" darzustellen und die aus der Erkenntnis des Machtpluralismus sich neu ergebenden Fragestellungen zu erörtern. Dieses jetzt wohl bedeutendste einschlägige Werk beschreibt an einer Fülle von Beispielen systematisch, was in der vorliegenden Untersuchung an den nur einen Machtbereich berührenden Fällen analytisch dargestellt wurde. Weiß sich der Verfasser mit den Beurteilungen Broszats auch fast überall einig, so hat er doch darauf verzichtet, nach Erscheinen des Buches die Akzente der eigenen Formulierungen – besonders im Schlußkapitel – noch zu verschieben. Dieses Verfahren schien auch im Hinblick auf die weitere Diskussion zweckmäßig zu sein.

Die Zahl der Publikationen zur Geschichte bestimmter Ämter ist vorerst nicht allzu groß, weil sich die Forschung nach dem Ende der Diktatur erst deren folgenschwersten Ereignissen aus Außenpolitik, Krieg, Verfolgung und Widerstand zu widmen hatte. Zur inneren Entwicklungsgeschichte leistete Hans-Gerd Schumann mit seiner Arbeit über „Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung" einen wichtigen Beitrag, dem wir viele Aufschlüsse über Rosenbergs parteiinternen Gegner Robert Ley und dessen Dienststellen entnahmen. Einen ersten, damals ganz neuartigen und aus verständlichen Gründen der gewissermaßen „natürlichen" Auffassungsweise vom Dritten Reich als einem „monolithischen" Gebilde verpflichteten Versuch zur Gesamtübersicht unternahm 1956 Wolfgang Schäfer mit seiner Untersuchung über „Entwicklung und Struktur der Staatspartei" des NS-Regimes. Wertvolles Vergleichsmaterial bot die Darstellung Willy A. Boelckes über das Propagandaministerium. Das gleiche gilt von Heinz Höhnes Arbeit über die SS, deren differenzierendes Verfahren viele, auch grundsätzlich neuartige Aufschlüsse über die innere Parteigeschichte erbracht hat[24].

Eine Reihe von Monographien ist der Tätigkeit Rosenbergs ganz oder zum Teil gewidmet. Günter Schubert behandelte in seiner Dissertation über die „Anfänge der nationalsozialistischen Außenpolitik" unter anderem die Entstehung des Außenpolitischen Amtes, auf dessen Rolle wir nur kurz eingehen können, weshalb auch Hans-Adolf Jacobsens Arbeit „Die nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938", die nach Abschluß der vorliegenden Untersuchung erschien und einen größeren Abschnitt über das genannte Amt enthält, als Ergänzung heranzuziehen ist[25]. Der Kunsthistoriker Paul Ortwin Rave erwähnte in seinem kurz nach dem Kriege niedergeschriebenen Bericht über die „Kunstdiktatur im Dritten Reich" auch die Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und Goebbels. Das Buch hat durch die inzwischen vergangene Zeit nicht an Wert verloren, um so mehr, als es aus der Sicht des persönlich berührten, wachsam beobachtenden und die internen Machtkämpfe von außen analysierenden Zeitgenossen geschrieben ist. Die Kenntnis der Vorgänge ist später

durch die Arbeit Hildegard Brenners über die „Kunstpolitik des Nationalsozialismus" wesentlich erweitert worden. Frau Brenner hat unter anderem die Geschichte des Kampfbundes für deutsche Kultur zum ersten Male dargestellt und auch die internen Rivalitäten der Jahre 1933–1934 untersucht[26]. Helmut Heibers umfangreiche Monographie über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands" hat eine Reihe von Zusammenhängen erschlossen, über die aus den vom Verfasser benutzten Unterlagen nur wenig zu entnehmen war. Aus der vorerst als Dissertationsdruck vorliegenden Arbeit Michael H. Katers über Himmlers *Ahnenerbe* gewann der Verfasser zahlreiche Hinweise auf bis dahin unbekannte Vorgänge und Quellenstücke, was um so wertvoller war, als Herr Kater seinen Text dem Verfasser schon als Manuskript zur Verfügung stellte, wofür ihm sehr gedankt sei[27].

Die umfassendste Untersuchung zur Geschichte des Amtes Rosenberg wurde von Herbert Phillips Rothfeder, einem Schüler Gerhard Weinbergs, vorgelegt. Die im Jahre 1963 von der University of Michigan angenommene Dissertation trägt den Titel „A Study of Alfred Rosenberg's Organisation for National Socialist Ideology", blieb ungedruckt und ist in Form eines Mikrofilms zugänglich. Rothfeder hat die wichtigsten Aktenbestände des Amtes Rosenberg zum erstenmal verwendet und mit großer Sorgfalt verzeichnet. Die Entwicklung der Dienststelle wurde unter vornehmlich organisationsgeschichtlichen Gesichtspunkten untersucht; die Beziehungen des Amtes zu einer Reihe seiner politischen Partner wurden gleichfalls erläutert. Der Verfasser konnte der Arbeit des amerikanischen Autors eine Fülle von Hinweisen entnehmen und weiß sich ihr dankbar verpflichtet.

Die vorliegende Darstellung unterscheidet sich von der Rothfeders in dreifacher Hinsicht. Es kommt uns auf den Modellcharakter der Tätigkeit des Amtes Rosenberg und vor allem seines Verhältnisses zu anderen Machtgruppen an. Gewiß ist auch von Rothfeder mit Recht betont worden, daß die Mißerfolge Rosenbergs nicht allein mit seinem „Unvermögen" erklärt werden können, sondern daß der Grund auch „im nationalsozialistischen System selbst" zu suchen ist[28]. Rothfeder hat aber nicht die Absicht verfolgt, die vielfältigen Formen des politischen Verkehrs, der innerparteilichen „Rechts"-Verhältnisse und das Verhalten der Parteiführer zu beschreiben. Er hat ferner die Untersuchung der Folgen der Tätigkeit des Amtes Rosenberg auf wenige Beispiele beschränkt. Die Frage nach den Auswirkungen wurde im Schlußwort durchaus gestellt; der Autor teilte jedoch mit, daß es zu wenig Material gebe, um sie zu beantworten[29]. Dieses erschließt sich aber wenigstens in einem Teilbereich, wenn man die kritischen Äußerungen über die Lage des Faches Vorgeschichte und die politischen Ansichten der Prähistoriker, die sich in den Akten der Vorgeschichts-Abteilung finden, auf ihren sachlichen Gehalt prüft. Es kann zum Beispiel nach den Auswirkungen gefragt werden, den der vom Amt Rosenberg elf Jahre lang vertretene Plan eines *Reichsinstituts für deutsche Vorgeschichte* im Falle einer Verwirklichung gehabt hätte, um die Gründe für die Opposition zahlreicher Forscher und sogar einiger Parteistellen erkennen zu können, über die in den Schriftstücken des Amtes Rosenberg geklagt wird[30].

Schließlich war es notwendig, die Darstellung Rothfeders in vielen Punkten zu ergänzen und zum Teil zu berichtigen. Rothfeder hat die Geschichte des Kampfbundes für deutsche Kultur, dessen Mitarbeiter nach der Machtergreifung die Dienststelle aufbauten, behandelt, ohne auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen

einzugehen, die in der Entwicklung der Organisation schon vor 1933 eine entscheidende Rolle gespielt haben[31]. Der Aufstieg des Kampfbundes nach der Machtergreifung erklärt sich aus bestimmten Vorgängen innerhalb des Gleichschaltungs-Prozesses; dessen Bedeutung blieb in der genannten Arbeit unerörtert, was zu einer Anzahl von Fehlurteilen führte[32]. Das politische Geschick der Dienststelle wurde zwischen 1934 und 1937 von den Kräfteverhältnissen im Dreieck Rosenberg–Ley–Goebbels bestimmt; gerade diese Dreiecks-Konstellation war hervorzuheben; Rothfeder hat die Rolle des Propagandaministers aber kaum berücksichtigt[33]. Die Frage der Politik gegenüber den Kirchen blieb unerörtert. Es kommt hinzu, daß viele einzelne Vorgänge anders dargestellt und manche Versehen beseitigt werden mußten[34]. Rothfeder hat ferner in zahlreichen Fällen auf eine eingehendere Interpretation der Schriftstücke verzichtet und oftmals nur die Fragen gestellt, die von den Verfassern der betreffenden Dokumente selbst aufgeworfen worden waren. Wir hielten darüber hinaus oft eine Einzelinterpretation für notwendig und mußten aus diesem Grunde häufig wörtliche Zitate bringen, während solche in der amerikanischen Untersuchung fast ganz fehlen.

Dies alles soll die Bedeutung der Arbeit eines Wissenschaftlers, der als erster in Neuland vorstieß, nicht mindern. Der Verzicht auf die Erörterung der einen oder anderen Frage ist sicherlich auch auf den Zwang zur Beschränkung zurückzuführen. Die Fülle des Stoffes hat auch den Verfasser der vorliegenden Untersuchung bewogen, die Wissenschaftspolitik der Dienststelle vorerst nur am Beispiel der Einflußnahme auf die Vorgeschichtsforschung zu untersuchen. Die weitere Tätigkeit des *Amtes Wissenschaft* der Dienststelle sowie der Aufbau der *Hohen Schule* sollen in einer späteren Veröffentlichung behandelt werden. Das gleiche gilt für die nach 1938 gespannten Beziehungen zwischen Rosenberg und Schirach sowie für die zwischen 1934 und 1945 niemals zum Abschluß gekommenen Auseinandersetzungen zwischen dem *Beauftragten des Führers* und der *Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums* unter Reichsleiter Philipp Bouhler. Bei dem zuletzt genannten Vorgang handelt es sich um einen Streit von Affärencharakter, dessen Heftigkeit im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung stand. Es ging dabei um weithin fiktive Ansprüche beider Parteistellen in dem letztlich von Goebbels beherrschten Zensurwesen, das als solches wohl interessiert, aber auf Grund der Rosenberg-Bouhler-Papiere allein nicht oder nur in einem unwesentlichen Randgebiet untersucht werden könnte[35]. Wir konnten auf eine Behandlung der genannten Themen vorerst um so eher verzichten, als die Hauptfrage unserer Untersuchung der Struktur des *Führer-Staates*, nicht aber einer vollständigen Aufzählung aller Unternehmungen Rosenbergs galt.

Erstes Kapitel

„DER MYTHUS DES 20. JAHRHUNDERTS"

Wenn Alfred Rosenberg dem Entwurf einer Interpretation der nationalsozialistischen Weltanschauung den Titel „Der Mythus des 20. Jahrhunderts" gab, so prägte er damit eine Formel, die im Gedächtnis der Zeitgenossen vielleicht auch deshalb haften geblieben ist, weil das Unbestimmte der nationalsozialistischen Ideologie dadurch in zutreffender Weise ausgedrückt wurde. Der Versuch, den Inhalt dieser Weltanschauung systematisch zu bestimmen, ist in der Tat aussichtslos. Man hat von ihr als von einem Gemisch heterogener Elemente, von einem „Ideenbrei" gesprochen und mit Recht bemerkt, daß die Ideologie der NSDAP „von Anfang an nicht das Ergebnis einer originalen, in sich schlüssigen Analyse des Bestehenden oder eines rational begründeten Systementwurfs für die Zukunft" gewesen sei[1]. Das gilt auch vom „Mythus des 20. Jahrhunderts", der, von allgemein anerkannten Sätzen abgesehen, kaum eine These enthält, die einer rationalen Nachprüfung standgehalten hätte. Der Versuch, das Buch dennoch als „Systementwurf für die Zukunft" zu benutzen, mußte zu schwerwiegenden Folgen führen. Im Verlaufe der Tätigkeit des Amtes Rosenberg ist er mehrfach unternommen worden. So wurde etwa im Bereich der bildenden und darstellenden Künste versucht, dem „rassischen Schönheitsideal"[2] zum Durchbruch zu verhelfen. Der Anspruch auf die Lenkung der Forschung und Lehre auf den Gebieten der Vorgeschichte und Volkskunde gründete sich auf die These, daß sich nach zwanzig Jahrhunderten der Herrschaft „lebens- und luftleer gewordener Mächte, die uns einst aus Syrien und Kleinasien überzogen . . .", ein „neues und beziehungsreiches farbiges Bild der Menschen- und Erdengeschichte . . . zu enthüllen" begänne, wenn man nur „ehrfürchtig" anerkenne, „daß die Auseinandersetzung . . . zwischen Blut und Blut die letzte uns erreichbare Erscheinung" darstelle[3]. Es bedurfte der Bedingungen einer totalitären Diktatur, um den Versuch zur Realisierung solcher ideologischer Fiktionen unternehmen zu können[4], und es war notwendig, die Mittel des direkten oder indirekten Terrors zu benutzen, um etwa die Opposition der Wissenschaftler gegen solche Versuche zum Schweigen zu bringen.

Bevor damit begonnen wird, die politische Entwicklung des Amtes Rosenberg darzustellen, ist nach der Entstehungsgeschichte des „Mythus" zu fragen. Danach ist auf den Inhalt und die „Botschaft" des Buches einzugehen und schließlich zu untersuchen, inwieweit es den Schritt über die Schwelle zwischen Recht und Unrecht verständlich macht, den Alfred Rosenberg später vollzogen hat. Ist das Verhältnis des Werkes zu anderen Thesen aus dem Bereich der nationalsozialistischen Weltanschauung damit bestimmt, so ist schließlich zu erörtern, welche Bewertung der „Mythus des 20. Jahrhunderts" in den Kreisen hoher Parteiführer erfahren hat. Der Untersuchung möge eine biographische Übersicht vorausgehen.

Alfred Rosenberg[5] wurde am 12. Januar 1893 in Reval als Sohn eines Kaufmanns aus deutsch-baltischer Familie geboren[6]. Die Eltern starben früh und Rosenberg wuchs unter der Aufsicht weiblicher Verwandter auf. Nachdem er seine Ausbildung auf der Petri-Realschule seiner Heimatstadt abgeschlossen hatte, ging er im Frühjahr 1910 nach Riga, um an der dortigen Technischen Hochschule Archi-

tektur zu studieren. Die Oktoberrevolution erlebte Rosenberg in Moskau, wohin die Hochschule infolge der Kriegsereignisse im Frühjahr 1915 verlegt worden war. Im März 1918 bestand er in Moskau das Diplom-Examen als Architekt. Kurz darauf kehrte er nach Reval zurück und wurde hier Zeuge der Besetzung der Stadt durch deutsche Truppen. Rosenberg faßte spätestens im Sommer des Jahres den Plan, nach Deutschland überzusiedeln. Am 29. Juli wandte er sich an den bekannten Berliner Architekten Professor Peter Behrens, der ihm sofort antwortete und ihn ersuchte, „eine Anzahl selbstgefertigter ... Arbeiten einzusenden" und Bewerbungsunterlagen beizufügen[7]. Aber Rosenbergs Wille, den Beruf eines Architekten zu ergreifen, scheint schon damals nicht stark gewesen zu sein. Seine bis dahin ausgearbeiteten Zeichnungen waren in Moskau verblieben[8]. Er konnte der Aufforderung Behrens' daher nicht sofort nachkommen, nahm aber auch keine neuen Arbeiten in Angriff, die er hätte einreichen können. Fest stand nur sein Entschluß, Reval zu verlassen. Nach mehrfach abschlägig beschiedenen Anträgen erhielt er im Spätherbst 1918 von der deutschen Militärverwaltung die Genehmigung, nach Deutschland reisen zu dürfen. Am 30. November verließ er Reval und begab sich zunächst nach Berlin. „Unter den Linden" erlebte er den Einzug der von den Fronten zurückkehrenden Truppen. Berlin erschien ihm „grau und fremd", er „hatte das beklemmende Gefühl, hier überhaupt nicht beginnen zu können". So beschloß er „nach kurzer Überlegung, nicht einmal mehr den Versuch bei Prof. Behrens zu machen, und fuhr aufs Geratewohl nach München", in eine Stadt, die er von einem früheren Besuch her kannte und in welcher er baltische Freunde wußte[9].

Rosenberg hörte schon kurz nach seiner Ankunft in der bayerischen Hauptstadt von dem Schriftsteller Dietrich Eckart. Eine baltische Bekannte berichtete ihm, daß dieser nach einer Persönlichkeit suche, welche „irgendwie über den Bolschewismus und die Judenfrage ... schreiben" könne. Rosenberg stattete Eckart sogleich einen Besuch ab. Dieses Ereignis bedeutete für den jungen Balten den „Anschluß an München" und sein „Schicksal"[10]. Er wurde beauftragt, Artikel für die von Eckart herausgegebene antisemitische und nationalistische Zeitschrift „Auf gut deutsch" zu verfassen. Gelegentliche Honorare und die Unterstützung, die ihm ein Hilfskomitee für Flüchtlinge gewährte, halfen ihm über die erste Zeit hinweg. Durch Eckart kam er mit der „Thule-Gesellschaft", mit Gottfried Feder und schließlich an einem näher nicht bekannten Herbsttage des Jahres 1919 auch mit Hitler in Berührung. „Ich müßte lügen, wollte ich behaupten, ich sei von ihm überwältigt worden, als bedingungsloser Anhänger, wie so viele erklärten, als ihm schon Leistung und Name vorausgingen."[11] So schilderte Rosenberg in den Nürnberger Erinnerungen seine erste Begegnung mit dem späteren *Führer*. In einer früheren Aufzeichnung schrieb er: „Wir kamen sehr bald in ein Gespräch über Geschichte, über die Gründe des Zusammenbruchs des Römischen Reiches, und da fand ich plötzlich bei einem anderen Menschen die gleichen Anschauungen, die ich mir durch Studium auf verschiedenen Gebieten gebildet hatte." Diese Darstellung stammt aus dem Jahre 1934 und weicht nicht unerheblich von der nüchterneren und wohl zutreffenderen Schilderung ab, die Rosenberg in der Nürnberger Zelle niederschrieb[12]. Dem Bericht aus den Triumphzeiten der NSDAP zufolge hatte Rosenberg schon im „Augenblick" des Gespräches mit Hitler „den festen Entschluß" gefaßt, mit dem *Führer* „zu kämpfen". Mag dies zutreffen oder nicht – er trat doch noch „im Herbst des Jahres 1919" der NSDAP bei[13]. Daß Dietrich Eckart zur gleichen Zeit Hitler als Bundesgenossen

erkannt hatte[14], dürfte Rosenberg in seinem Entschluß bestärkt haben, wenn nicht sogar anzunehmen ist, daß Eckarts Haltung der Grund für die Rosenbergs war. Denn man hat treffend bemerkt, daß sich „Rosenberg mit der ganzen Energie seines Bedürfnisses nach Autorität" an Eckart angeschlossen hatte[15]. Er war von diesem, den er zu Recht als sein „Schicksal" bezeichnet hatte, innerlich in ähnlicher Weise abhängig, wie später von Hitler[16].

Rosenberg übte in der NSDAP im Laufe der Zeit mehrere Funktionen aus. Als die Leser des Blattes „Auf gut Deutsch" im Jahre 1921 dem Völkischen Beobachter überschrieben wurden, übernahm Eckart die Hauptschriftleitung der Parteizeitung und gab auch seinem Mitarbeiter einen Posten in der Redaktion. Er überließ diesem mehr und mehr die tägliche Routine-Arbeit und erschien nur noch selten im Verlagsgebäude. Vom Februar 1923 ab zeichnete Rosenberg auch offiziell als Hauptschriftleiter. Es scheint, daß er in der Redaktion indessen schon bald wieder an Einfluß verlor. Gewiß vermochte auch er in dem agitatorischen Stile zu schreiben, in dem die Artikel der Zeitung abgefaßt waren. Aber die Redakteure bewiesen doch in Druckbild und Nachrichtenauswahl ein propagandistisches Geschick, das dem späteren „Parteitheoretiker" abging. Seit 1. Januar 1927 hatte er einen ständigen Stellvertreter in Wilhelm Weiß. Anfang Januar 1933 verlegte er seinen Wohnsitz nach Berlin und seine Arbeitsstätte in die dortige VB-Zweig-Schriftleitung. Dafür dürfte nicht zuletzt das Drängen seines Berliner Vertreters Arno Schickedanz, des späteren Stabsleiters des *Außenpolitischen Amtes der NSDAP*, verantwortlich gewesen sein, der seit 1931 in drastischen Ausdrücken auf die Notwendigkeit einer solchen Übersiedlung im Interesse der innerparteilichen Position Rosenbergs hingewiesen hatte[16a]. Rosenberg scheint seine Mitarbeit an der täglichen Redaktionsarbeit spätestens im April 1933 eingestellt zu haben, als er das Außenpolitische Amt räumlich getrennt vom VB-Gebäude, nämlich in einem Seitenflügel des Hotels Adlon, einzurichten begann. Im Impressum wurde Rosenberg freilich bis einschließlich 29. Dezember 1937 als „Hauptschriftleiter" und von da an bis zum Ende des Regimes als „Herausgeber" bezeichnet[17].

Rosenberg wurde von Hitler nach dem Putschversuch vom 9. November 1923 mit der Leitung der Partei beauftragt. Der *Führer* dürfte gewußt haben, daß ihm in dem „Theoretiker" kein Rivale erwachsen würde. Dessen Versuch, die NSDAP in der Illegalität zu führen, scheiterte an den Intrigen Essers und Streichers sowie an der mangelnden Geschlossenheit einer Organisation, die ausschließlich von der Leitung durch die Person Hitlers abhängig war. Ende Juli 1924 zog sich Rosenberg von allen Geschäften zurück. Er beteiligte sich auch nicht an der Neugründungsversammlung vom 25. Februar 1925 und soll erst auf eine ausdrückliche Bitte Hitlers hin die Hauptschriftleitung des Völkischen Beobachters wieder übernommen haben[18].

Rosenberg arbeitete etwa vom Sommer 1927 an am Aufbau des späteren *Kampfbundes für deutsche Kultur*. Nach dem großen Wahlsieg der NSDAP am 14. September 1930 erlangte er einen Sitz im Reichstag, vertrat dort die Partei im Außenpolitischen Ausschuß und galt, nicht zuletzt auf Grund eigener Broschüren, als Kandidat für den Posten des Außenministers in einer etwaigen Regierung Hitler. Als der Tag der Machtergreifung gekommen war, wurde für ihn jedoch nur das erwähnte Außenpolitische Amt der NSDAP errichtet, das neben dem offiziellen Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches keinen maßgeblichen Einfluß – außer im

Fall der Vorbereitung zur Norwegen-Besetzung 1939/40 – zu erringen vermochte. Am 2. Juni 1933 wurde ihm neben vielen anderen hohen Funktionären der Titel eines *Reichsleiters* der NSDAP verliehen, mit dem bestimmte Kompetenzen aber nicht verbunden waren[19]. Am 24. Januar 1934 beauftragte Hitler Rosenberg mit der „Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", was Anlaß zur Gründung der Dienststelle war, deren Entwicklung wir untersuchen wollen. Er behielt die Leitung dieses Amtes auch bei, als er am 17. Juli 1941 zum *Reichsminister für die besetzten Ostgebiete* ernannt wurde[20]. Für die Verbrechen nationalsozialistischer Organisationen in Osteuropa sowie für den von ihm ausdrücklich angeordneten Kulturraub des *Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg* verantwortlich gemacht, wurde er im Nürnberger Prozeß zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 durch den Strang hingerichtet[21].

Es ist eine offene Frage, ob der Weg Alfred Rosenbergs eine andere Richtung genommen hätte, wenn die berufliche Laufbahn des jungen Mannes bei dem großen Architekten Peter Behrens und nicht im Kreise Dietrich Eckarts begonnen hätte. Behrens, der Lehrer von Walter Gropius und Mies van der Rohe, der Mann, in dessen Atelier sich die junge Mannschaft des späteren *Bauhauses* zusammenfand[22], förderte eine Architektur und Lebensanschauung, der, besonders was die konsequenten Schüler betraf, die erbitterte Feindschaft des späteren Kampfbundes für deutsche Kultur und des Dritten Reiches überhaupt galt. Es fragt sich, ob es auch bei Rosenberg zu dieser Feindschaft gekommen wäre, wenn er in der Schule von Peter Behrens diszipliniertes Arbeiten gelernt und jene Sachkenntnis erworben hätte, die ihn vor den späteren Fehlbeurteilungen gegenüber der gesamten modernen Kunst bewahrt haben könnte. In der Umgebung Dietrich Eckarts aber ging Rosenberg ungehindert seiner frühen Neigung zu populärwissenschaftlicher Spekulation über phantasievoll konstruierte Zusammenhänge zwischen alten Kulturen, Rassen und Bevölkerungsbewegungen nach. Eckart nahm von Rosenberg bereitwillig Aufsätze entgegen, die der Tendenz nach den sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion" entsprachen. „Ein Unbekannter" soll eine frühe Ausgabe des später berühmt gewordenen Falsifikats im Sommer 1917 in Moskau auf den Schreibtisch des Architektur-Studenten gelegt haben[23]. Es war, wie noch zu zeigen sein wird, nicht die einzige Schrift, aus der Rosenberg die Rechtfertigung für seine antisemitischen Hypothesen ableiten zu können glaubte. Aber sie scheint ihn, der die ursprünglich von der zaristischen Geheimpolizei zur Rechtfertigung anti-jüdischer Pogrome angefertigte Fälschung für echt hielt und mehrfach selbst herausgab, außerordentlich beeindruckt zu haben. Noch am Tage seiner Abreise aus Reval hielt er einen öffentlichen Vortrag über die „Judenfrage"[24]. In den ersten Münchener Jahren verfaßte er Schriften, die wenig mehr waren als Paraphrasierungen der „Protokolle" und sonstiger apokrypher Quellen: „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten", „Unmoral im Talmud", „Das Verbrechen der Freimaurerei", „Der staatsfeindliche Zionismus" und „Pest in Rußland"[25].

Die Entstehung des „Mythus des 20. Jahrhunderts" geht auf die Lektüre der „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" von Houston Stewart Chamberlain zurück, die zu den am nachhaltigsten empfundenen Erlebnissen des jungen Rosenberg gehörte. Schon früh war er für die Aufnahme der ethnozentrischen und antichristlichen Lehren des Werkes vorbereitet worden. Die Sätze des christlichen Glaubens, welche ihm im Konfirmandenunterricht in einer vom orthodoxen Luthertum bal-

tischer Tradition geprägten Form vorgetragen worden waren, hatten seinen inneren Protest hervorgerufen[26]. Als er vom Wirken des Christentums in außereuropäischen Kulturen hörte, begriff er deshalb nicht, „was diese Lehm- und Strohhütten, diese schwarzen Weiber und Kinder" mit *seiner* „Religion auch nur im entferntesten zu tun haben sollten"[27]. Dagegen packte ihn „etwas ganz Unmittelbares", als er erstmals deutsche Heldensagen las. Noch in den Erinnerungen des Erwachsenen klang die Erregung über dieses Erlebnis nach[28]. Rosenberg besaß kein Elternhaus, das das erwachende Interesse zu lenken gewußt hätte. Er unterrichtete sich weiter durch eine Reihe kunstgeschichtlicher Werke, die er, auf sich allein gestellt, bei zufälligen Gelegenheiten fand. Ein solcher Zufall ließ ihn im Herbst 1909 auf das Buch Chamberlains aufmerksam werden.

„Eine andere Welt stieg vor mir auf: Hellas, Juda, Rom. Und zu allem sagte ich ja, und immer wieder ja ... Die grundsätzliche Erkenntnis des jüdischen Problems hatte mich erfaßt und nicht mehr losgelassen. Was sich später politisch ereignete, erschien mir deshalb notwendig – ich brauchte keinerlei subjektive Erfahrung hinzuzutun. Und was Chamberlain über das Germanentum sagte, begründete bei mir, was ich beim Lesen germanischer Sagen erlebt hatte."[29] Das Erlebnis, das Rosenberg mit solchen Worten wiedergibt, mag in der Rückschau verklärt worden sein. Die Schilderung bestätigt aber, was aus vielen Schriften des späteren Parteitheoretikers zu ersehen ist: Angesichts intuitiv gewonnener „Einsichten" wird von vornherein darauf verzichtet, Hypothesen empirisch oder analytisch nachzuprüfen. Darüber hinaus hatten weder die antisemitischen noch die antikommunistischen und nationalistischen Behauptungen Rosenbergs ihren Grund in persönlicher Erfahrung oder kritisch gewonnener Erkenntnis. Er hat dies ungewollt selbst bestätigt. Die Oktoberrevolution hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, keinen nachhaltigen Eindruck bei ihm hinterlassen: „Ich müßte lügen", so schrieb er später, „wenn ich sagen wollte, daß ich die ganze Tragweite dieses Ereignisses erfaßt hätte."[30] Der Nationalismus Rosenbergs war ebenfalls „theoretischer" Natur. Die eigenen Erlebnisse hatten sich als wenig geeignet erwiesen, entsprechende Vorurteile zu nähren, denn das Petri-Gymnasium in Reval war „eine mustergültige Friedensstätte der verschieden nationalen Jugend" gewesen[31]. Erfahrungen im Umgang mit Juden hatte Rosenberg gleichfalls nicht selbst erworben[32]. Nur sein lebenslanger Protest gegen die sogenannten „Zwangsglaubenssätze" des Christentums gründete sich auf persönliche Erlebnisse und bildete daher in zahlreichen Fällen den Inhalt seiner Reden, Schriften und Tagebuchnotizen[33].

Die Analyse solcher Selbstbekenntnisse bestätigt einmal mehr, daß es Rosenberg primär nach einer Weltanschauung verlangte. Er strebte zunächst nach einer plausiblen Erklärung für den Verlauf der Weltgeschichte. In der Formel „Hellas, Juda, Rom" glaubte er sie gefunden zu haben. Der Verzicht auf empirische Verifikation war darin begründet, daß nicht rationale Erkenntnis, sondern ersatz-religiöse Überzeugung gesucht wurde: „Heute erwacht aber ein neuer Glaube: der Mythus des Blutes, der Glaube, mit dem Blute auch das göttliche Wesen des Menschen überhaupt zu verteidigen. Der mit hellstem Wissen verkörperte Glaube, daß das nordische Blut jenes Mysterium darstelle, welches die alten Sakramente ersetzt und überwunden hat."[34] Das Verlangen nach einer Weltanschauung und nicht eine politische Kampfsituation hatten Rosenberg zum Antisemiten, Antikommunisten, Nationalisten und Gegner der Konfessionen werden lassen. Die entsprechenden Lehrsätze

waren für ihn die Ecksteine eines Gebäudes hypothetischer Welterklärungen, dessen er so dringend bedurfte.

Der systematisch wenig geordnete Inhalt des „Mythus“[35] läßt sich in zwei Teile gliedern: in die den größten Raum im Werk beanspruchenden geschichtlichen und „rassentheoretischen“ Abschnitte und in die darein gefügten Verkündigungen des erwähnten „neuen Glaubens“, der an die Stelle der bisherigen Irrlehren treten sollte. Die zuerst genannten Passagen stellen wenig mehr dar als eine vergröberte Wiedergabe der populär-wissenschaftlichen Thesen Chamberlains. Den Kern aller Behauptungen bildet die Überzeugung von der grundsätzlichen Überlegenheit der „germanischen Rasse“, die von „Atlantis“ über China bis Südamerika alle wesentlichen Weltkulturen geschaffen haben soll[36]. Diese „Rasse“ wird nach Chamberlain und Rosenberg von der asiatischen „Gegenrasse“[37] der Juden ständig bedroht[38]. Der jüdische Geist“ soll auf Grund der Rassen-„Bastardisierung“ im „Völkerchaos“ des Hellenismus sowie des spätrömischen Reiches Einfluß im germanischen Europa erlangt haben. Die wesentlichen Bindeglieder stellen sowohl die „orgiastische“ Kultur der Etrusker als auch die davon beeinflußte jüdische „Mitleidsreligion“ des Christentums dar[39]. Die Kirche ist, den Theorien des späteren Weltanschauungs-Beauftragten sowie seines Vorgängers Chamberlain zufolge, jüdisch-etruskisch-vorderasiatisch bestimmt; das christliche Priestertum soll sich aus dem der Etrusker entwickelt haben, und der Papst wird als Nachfolger des Haruspex bezeichnet[40]. Die Kirche der Gegenwart ist nicht nur ihrer „Zwangsglaubenssätze“ wegen abzulehnen. Sie ist vielmehr der Feind jener ethnischen Absonderung, in welcher das Heil der germanischen Rasse liegt. Sie vertritt einen „Universalismus“, der ebenso gefährlich ist wie die Idee von der Gleichheit der Menschen und die Forderung nach einer weltumspannenden Humanität, weshalb auch die Staatsform der Demokratie auf das schärfste bekämpft werden muß[41].

Die Tätigkeit der späteren Dienststelle Rosenberg etwa im Bereich der Volkskunde und der Forschung zur „indogermanischen Geistesgeschichte“ stellt einen Versuch dar, jenem „neuen Glauben“ Bahn zu brechen, den Rosenberg heraufkommen sah: „Der Sehnsucht der nordischen Rassenseele im Zeichen des Volksmythus ihre Form als Deutsche Kirche zu geben, das ist mit die größte Aufgabe unseres Jahrhunderts . . .“[42]. Und wenn wir auch feststellen müssen, daß ein echtes Genie, das uns den Mythus offenbart und zum Typus erzieht, noch nicht geschenkt worden ist, so enthebt diese Erkenntnis doch keinen tiefer Denkenden der Pflicht, jene Vorarbeiten zu leisten, die noch immer zu leisten waren, wenn ein neues Lebensgefühl nach Ausdruck rang . . . Bis die Zeit für den Großen gekommen war, der das lehrte, was vorher Millionen nur zu stammeln vermochten . . .“ Die „Menschen sollen wenigstens dem verzweifelten Nihilismus entrissen werden durch ein Wiedererleben eines neuen Zusammengehörigkeitsgefühls . . ., einer Wiedergeburt uralter und doch ewig junger, willenhafter Werte, die zu echten Religionsformen zu steigern zwar die Aufgabe eines späteren Genius sein wird, deren wahrscheinlichen Darstellungen nachzutasten aber nichtsdestoweniger Pflicht jedes einzelnen schon heute ist.“[43]

Der „Mythus des 20. Jahrhunderts“ ist vor der Machtergreifung von wissenschaftlicher Seite nicht diskutiert und nur in antisemitischen Fachkreisen besprochen worden[44]. Nachdem Rosenberg zum *Beauftragten des Führers* berufen worden war, schien das Buch indessen eine erhebliche Gefahr nicht zuletzt für die Freiheit der Kirchen darzustellen. Deshalb unterzogen sich unter anderen der Bonner Theologe

Wilhelm Neuß und eine Anzahl seiner Kollegen der Mühe, in ihren anonym veröffentlichten „Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts" die Quellen für die kirchengeschichtlichen und religionswissenschaftlichen Behauptungen Rosenbergs festzustellen[45]. Das Ergebnis war, wie kaum anders zu erwarten, vernichtend. Der „Mythus" beruhte nicht auf Primärquellen, deren Studium gewiß ungewöhnliche Sprachkenntnisse und reiche wissenschaftliche Erfahrung erfordert hätte. Rosenberg hatte aber nicht einmal die maßgebende Sekundärliteratur benutzt, sondern stattdessen zum Beispiel den „Pfaffenspiegel" von Otto von Corvin-Wiersbitzky verwendet. Die Grundlage seiner hagiographischen Kenntnisse stellt das Werk eines Randolph C. Darwin dar, das unter dem Titel „Die Entwicklung des Priestertums und der Priesterreiche, oder Schamanen, Wundertäter und Gottmenschen als Beherrscher der Welt" erschienen war[46]. Es ließ sich eine ganze Liste ähnlich kurioser Schriften zusammenstellen.

Das größte Aufsehen scheint die Entdeckung der Quellen für die im „Mythus" vertretenen Ansichten über die etruskische Kultur erregt zu haben[47]. Rosenberg stützte sich unter anderem auf das im Jahre 1922 erschienene Werk „Tusca" von Albert Grünwedel, einem Gelehrten, der sich mit Studien zur buddhistischen und indischen Kunst- und Religionsgeschichte einen Namen gemacht hatte, dem aber im hohen Alter ein schwerwiegender Irrtum unterlaufen war. Er hatte einen völlig abwegigen Versuch zur Entzifferung etruskischer Texte unternommen. Grünwedel wollte festgestellt haben, daß die überlieferten schriftlichen Zeugnisse nicht wiederzugebende Beschreibungen orgiastischer Kulte enthielten und daß die Etrusker als Träger einer abartigen, dekadenten Tradition anzusehen seien. Zwei Kollegen übernahmen es, das Werk in der Fachliteratur anzuzeigen[48]. Sie empfahlen, das Buch nach Möglichkeit nirgends zu erwähnen, um dem im übrigen hochverdienten Forscher nicht noch größeren Schaden zu bereiten, als er sich schon selbst angetan hatte. Die Fachwelt kam dieser Aufforderung nach. Aber im Herbst 1930 veröffentlichte Rosenberg den „Mythus". Die wissenschaftliche Diskussion war ihm unbekannt geblieben, und so rührte er den glücklich überwundenen Skandal wieder auf, denn er wertete die „Ergebnisse" Grünwedels unbekümmert aus, glaubte er doch nunmehr als Träger des Krankheitskeims im bis dahin „germanischen" Europa die Etrusker namhaft machen zu können[49]. Als ihm seine Irrtümer in den „Studien" nachgewiesen wurden, antwortete er mit heftigen Worten in der Schrift „An die Dunkelmänner unserer Zeit". Er zeigte darin, daß er durch wissenschaftliche Argumente nicht zu überzeugen war, und fügte den alten Irrtümern neue hinzu[50].

Angesichts der Katastrophe, zu der der Nationalsozialismus geführt hat, und in Anbetracht dessen, daß Rosenberg sich während seiner Amtszeit auf eigene Initiative hin an Unrechtshandlungen sowohl gegen „weltanschauliche Gegner" innerhalb Deutschlands als auch gegen fremde Staaten und deren Bürger beteiligt hat, ist zu untersuchen, ob der „Mythus" selbst die spätere Entwicklung verständlich erscheinen läßt. Die Frage stellt sich zunächst deshalb, weil Rosenberg keineswegs als eine Persönlichkeit unlauteren Charakters bezeichnet werden kann. Ihm fehlte die Skrupellosigkeit so vieler hoher Funktionäre. Darin ist auch einer der Gründe für seine Niederlagen im internen Machtkampf zu suchen. Ein früherer Mitarbeiter, der ihm durchaus kritisch gegenüberstand, sagte von ihm, daß er keineswegs „nachtragend oder gar rachsüchtig" gewesen sei und sich „für Argumente aus dem Bereich der Fairneß empfänglich" gezeigt habe[51]. Wenn ihm einmal „überzeugungsloser Zynis-

mus"[52] nachgesagt wurde, weil es unglaubhaft erscheinen mochte, daß er seine eigenen Argumente als stichhaltig anzusehen imstande war, so handelte es sich um eine vereinzelte Stimme. Die meisten Beobachter sind sich darüber einig, daß Rosenberg an seine Weltanschauung wirklich geglaubt hat[53]. Dafür spricht auch, daß er die naturwissenschaftliche und erkenntnistheoretische Unhaltbarkeit der sogenannten „Rassenlehre" niemals eingesehen hat[54].

Die Antwort auf die gestellte Frage ergibt sich gewiß schon aus der Überlegung, daß die ideologischen Fiktionen, wie früher erörtert, leicht zur Quelle des Unrechts und der Gewalt werden konnten, weil terroristische Methoden angewandt werden mußten, um ihnen den Anschein der Realität zu verleihen. Darüber hinaus eignete sich die germanophile und rassistische Ideologie zur Rechtfertigung von Territorialansprüchen, wie sie im „Mythus" in einer durchaus mit „Mein Kampf" übereinstimmenden Weise erhoben wurden[55]. Entscheidender noch dürften die Folgerungen sein, die sich aus dem Begriff der sogenannten „Organischen Wahrheit" ableiten ließen. Rosenberg sagte mit Recht, daß sein „ganzes Buch" davon handele[56], denn der Begriff nahm eine zentrale Stelle in seinem Denken ein und erfüllte etwa die Funktionen einer „Erkenntnistheorie". Anstatt positivistisch zahllose Einzelbelege des „Mythus" zu behandeln, soll der Hebel der Kritik an diesem „archimedischen Punkt" des Rosenbergschen Denkens angesetzt werden. Im „Mythus" hieß es: „Der Organismus eines Lebewesens ist Gestalt, d. h. er begreift in sich die Zweckmäßigkeit seines inneren und äußeren Baues, Zielstrebigkeit seiner seelischen und geistigen Kräfte. Gestalt und Zweckmäßigkeit sind organisch also ein und dasselbe (H. St. Chamberlain) ... Was es nun zu erkennen gilt und was den Kern der neuen Welt- und Staatsanschauung des 20. Jahrhunderts ausmacht, ist, daß die organische Wahrheit in sich selbst ruht und an der Zweckmäßigkeit der Lebensgestalt abzulesen ist." Die Ausdrucksformen der für ein „Volk" oder eine „Rasse" gültigen „Organischen Wahrheit" waren nach Rosenberg „Erkenntniskritik, ... Kunst, ... Märchen, ... religiöser Mythus ... Sittenlehre und Religionsformen". — „Sie alle stehen — wenn sie echt sind — im Dienste der organischen Wahrheit, das heißt: im Dienste des rassegebundenen Volkstums. ... Und ihr entscheidendes Kriterium finden sie alle darin, ob sie Gestalt und innere Werte dieses Rasse-Volkstums steigern, es zweckmäßiger ausbilden, es lebenskräftiger gestalten oder nicht."[57]

Die These besagte nicht weniger, als daß „wahr" sei, was der „Rasse" nütze. Der Begriff der „Organischen Wahrheit" hatte nichts mit seinem Gegenstand zu tun, denn es ging weder um etwas, was „wahr" war, noch um etwas, was als „organisch" bezeichnet werden konnte. Der anspruchsvoll klingende, wieder von Chamberlain übernommene Ausdruck war im logischen Sinne ein Wert- und im materiellen Sinne ein Nützlichkeitsbegriff. Rosenberg verkündete eine naive utilitaristische Ideologie, aus welcher jegliche Forderung zugunsten der „germanischen Rasse" im Namen eines vermeintlich höheren Rechts abgeleitet werden konnte. Entsprechend waren auch die Folgerungen formuliert, welche im „Mythus" aus dem Begriff gezogen wurden: „Ist die willenmäßig-organische Lüge der Tod des nordischen Menschen, so bedeutet sie das Lebenselement des Judentums ... Die beständige Lüge ist die ‚organische' Wahrheit der jüdischen Gegenrasse."[58]

Gewiß erscheint es nicht zulässig, zwischen der Weltanschauung und dem sittlichen Versagen Rosenbergs einen direkten Kausalzusammenhang herzustellen. Die zwingende Kraft von Fiktionen sollte nicht überschätzt, die Möglichkeit der Entscheidung

im ethischen Konfliktfalle beachtet werden. Dennoch ist zu berücksichtigen, daß gerade die den Zirkelschluß zur Methode erhebende und handfeste Forderungen mit einer religiösen Weihe versehende These von der Existenz einer „Organischen Wahrheit" des ethischen Regulativs für den „rassischen" und nationalen Konfliktfall entbehrte. Rosenberg hat die Schwelle zwischen Recht und Unrecht, als er sie später überschritt, nicht mehr wahrgenommen[59]. Es ist nicht auszuschließen, daß diese Entwicklung dadurch begünstigt wurde, daß Rosenberg Hemmungen in seinem Bewußtsein beseitigte, indem er Korrekturmöglichkeiten aus seinem Denken in erheblichem Maße ausschaltete[60].

Der Verlauf der späteren Ereignisse ist nicht verständlich, wenn nicht berücksichtigt wird, welche Bewertung das Hauptwerk Rosenbergs in der Öffentlichkeit und in den führenden Kreisen der Partei erfahren hat. Die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* konnte unwidersprochen erklären, daß der „‚Mythus des 20. Jahrhunderts' ... neben Adolf Hitlers ‚Mein Kampf' das wichtigste Buch des Nationalsozialismus" sei[61]. Dessen Verfasser betonte im Vorwort jeder Auflage, daß das Werk „durchaus persönliche Bekenntnisse, nicht Programmpunkte der politischen Bewegung" enthalte, aber das wurde außerhalb eines kleinen Kreises eingeweihter Persönlichkeiten nicht geglaubt, zumal die zitierte Erklärung den Versicherungen Rosenbergs widersprach. Hitler pflegte sich gegenüber den Bischöfen vom „Mythus" zu distanzieren[62], aber dies wurde als taktisches Manöver angesehen. Die katholischen Kirchenführer folgten der Logik, denen die Maßnahmen des Regimes zu entsprechen schienen, als Rosenberg zum Weltanschauungs-Beauftragten ernannt und sein Werk in Schulungskursen empfohlen, in Lehrerbüchereien angeschafft, in öffentlichen Bibliotheken herausgestellt, von der Presse propagiert und vom Reichsjustizministerium zur Pflichtlektüre der Referendare erklärt wurde[63]. In einer Denkschrift der katholischen Bischöfe für Hitler hieß es, „kein Mensch" könne wissen, „ob in diesem oder jenem Fall Rosenberg als Privatmann" spreche „oder als der amtliche Schulungsleiter der nationalsozialistischen Weltanschauung"[64].

Die offizielle Distanzierung der NSDAP vom „Mythus des 20. Jahrhunderts" stellte eine jener Handlungsweisen des nationalsozialistischen Staates dar, welche der Öffentlichkeit als Ausdruck einer wohlüberlegten, auf Einschüchterung des Individuums berechneten politischen Strategie erschienen und wohl auch erscheinen sollten, während sie nichts waren als eine Folge der widersprüchlichen Haltung, die Hitler und hohe Funktionäre in zahlreichen Fragen und im vorliegenden Falle gegenüber dem einnahmen, was sie ihre Weltanschauung nannten. Es ist bekannt, wie gering Hitler über den „Mythus" dachte. Rosenberg legte ihm das Manuskript Ende 1929 vor und bat zu entscheiden, „ob die Bewegung ein solches Werk, wenn auch als Privatarbeit, schon vertragen könne". Nach „fünf oder sechs Monaten" fragte Rosenberg an, ob der Führer „Zeit gefunden habe, es zu lesen". Hitler soll mit „Ja" geantwortet und hinzugefügt haben, „es sei sehr geistvoll, nur frage er sich, wie viele Parteigenossen fähig wären, es zu lesen"[65]. Hitler behielt seine Skepsis bei oder verschärfte sie noch: Denn in der Tafelrunde erklärte er noch 1942, er freue sich immer, wenn er feststellen müsse, daß eigentlich nur die Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung „in dem Buch richtig Bescheid wüßten. Ebenso wie viele Gauleiter habe auch er es nämlich nur zum geringen Teil gelesen, da es seines Erachtens auch zu schwer verständlich geschrieben sei". Schon der Titel sei „schief". Denn „man könne nicht sagen, daß man den ‚Mythos' des 20. Jahrhunderts, also

etwas Mystisches, gegen die Geistesauffassungen des 19. Jahrhunderts stellen wolle, sondern müsse als Nationalsozialist sagen, daß man den Glauben und das Wissen des 20. Jahrhunderts gegen den Mythos des 19. Jahrhunderts stelle"[66]. Diese Auffassungsweise hat Hitler nicht gehindert, Rosenberg an anderer Stelle einmal als einen „der schärfsten Denker in Weltanschauungsfragen" zu bezeichnen[67]. Die Äußerung ist wohl so zu deuten, daß zwischen dem *Führer* und seinem *Beauftragten* keine Meinungsverschiedenheiten in den antisemitischen und nationalistisch-ideologischen Fragen bestanden. Unterschiede kann man aber wohl in einer Hinsicht feststellen: Hitler hatte offenbar nur wenig Verständnis für die ersatzreligiösen Vorstellungen Rosenbergs. Die zuerst genannte Äußerung zielte auf den messianischen Kern der Ideologie, welche sein *Beauftragter* vertrat[68].

Rosenberg gab sich zeitlebens Illusionen über den Erfolg des „Mythus" hin. Dieser dürfte schwerlich an der Auflagenzahl – sie stieg bis Ende 1944 auf 1,1 Millionen[69] – zu messen sein, denn das Buch fand vornehmlich als repräsentatives Geschenk bei Staats- und Parteifeiern Verwendung. Gewiß ist die Zahl derer, die das Werk wirklich gelesen haben, schwer abzuschätzen. Es ist jedoch zu beobachten, daß das Werk auf die zeitgenössische wissenschaftliche Literatur ohne Einfluß blieb. Sieht man von Alfred Baeumler ab, so hat wohl kaum einer der Philosophie-Professoren, die der Partei nahestanden, den „Mythus" in seinen Schriften erwähnt[69a]. Die Gründe dafür bedürfen keiner Erklärung. Während das Werk wegen seiner unzureichend begründeten und kaleidoskopartig gehäuften Behauptungen ein Ärgernis für den unterrichteten Leser darstellte, war es für Leute wie Hitler und die meisten NSDAP-Funktionäre „zu schwer verständlich geschrieben". Rosenberg freilich hielt den „Mythus" für einen „Jahrhunderterfolg"[70] und glaubte, „die gesamte Jugend der Bewegung" schwöre auf ihn[71]. Nachdem er im September 1937 den Deutschen Nationalpreis erhalten hatte, notierte er: „Die Herausstellung meiner Person war somit Reichsprogramm geworden; die ‚privaten Ansichten' zu Grundlagen der ganzen Revolution des Führers erklärt worden."[72] Er verfaßte sogar noch einen zweiten Band, der unter dem Titel „Vom Mythus zum Typus" erscheinen sollte. Das Vorhaben wurde im Oktober 1942 in Parteikreisen bekannt und erweckte das Befremden Himmlers[73]. Rosenberg erfuhr erst während des Nürnberger Prozesses, daß nicht ein einziger von den dort versammelten Parteiführern und Ministern sein Werk gelesen hatte[74]. Seine Empörung war begreiflich. Die innere Leere der „nationalsozialistischen Weltanschauung" wird wohl durch nichts deutlicher gekennzeichnet, als daß Alfred Rosenberg, der Mann, an dessen Lehre kein nationalsozialistischer Führer glaubte, bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches das Amt des offiziellen Interpreten der Ideologie ausüben konnte.

Zweites Kapitel

DIE ENTSTEHUNG DES AMTES ROSENBERG

1. Das Verhältnis des Kampfbundes für deutsche Kultur zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (1927–1933)

Die im Jahre 1934 errichtete Dienststelle Alfred Rosenbergs wurde von Männern aufgebaut, die schon zur Führungsgruppe des *Kampfbundes für deutsche Kultur* (KfdK) gehört hatten. Die Anfänge der Organisation reichten bis in die Zeit des NSDAP-Parteitages 1927 zurück. Dort wurde bekanntgegeben, es bestehe die Absicht, eine „Nationalsozialistische Wissenschaftliche Gesellschaft" zu gründen, die die Aufgabe haben solle, „den nationalsozialistischen Gedanken in Kreise zu tragen, die durch Massenversammlungen im allgemeinen nicht gefaßt werden" könnten[1]. Eine Organisation, die diesen Namen getragen hätte, ist niemals an die Öffentlichkeit getreten; statt ihrer nahm der Kampfbund für deutsche Kultur im Februar 1929 seine Tätigkeit auf. Sein Leiter war Alfred Rosenberg[2].

Der Kampfbund blieb stets eine kleine Organisation, die keineswegs über den Einfluß verfügte, den andere Sonderverbände der NSDAP innerhalb und außerhalb der Partei auszuüben vermochten. Er war indessen vor Gründung der Dienststelle die einzige ausschließlich Rosenberg unterstehende Institution, die eine, wenn auch geringe, machtpolitische Bedeutung besaß. Der Verband blieb auch danach noch – unter anderem Namen – ein wichtiges Hilfsorgan des Amtes Rosenberg. Entstehung, Aufbau und Funktion dieses Amtes erklären sich zum Teil schon aus der Geschichte des Kampfbundes und seines Verhältnisses zur Partei, wie es sich bereits vor der Machtergreifung entwickelte. Bevor darauf einzugehen ist, erscheinen einige Hinweise auf das Programm und die Stellung des Verbandes in der Öffentlichkeit notwendig.

Aufgaben und Ziele des KfdK wurden im Mai 1928 im Gründungsaufruf der Organisation dargelegt. Das Manifest enthielt im wesentlichen Programmpunkte, wie sie auch heute von rechtsextremistischen Gruppen vertreten werden[3], verband diese mit rassistischen und antisemitischen Thesen und bediente sich des radikalen Agitationsstiles, wie er für die NSDAP charakteristisch war: „Wir stehen heute vor der Tatsache, daß Hand in Hand mit dem von volksfeindlichen Kräften geförderten politischen Niedergang auch ein planmäßiger Kampf gegen sämtliche deutschen Kulturwerte geführt wird. Rassefremdes Literatentum, verbündet mit den Abfällen der Großstädte, gefördert und finanziert durch gleichgerichtete Emporkömmlinge, hat sich ... zusammengetan, um dem deutchen Charakter seine letzte Widerstandskraft gegen ihm feindliche Wesen zu rauben. Zu diesem Zweck wird durch Tausende bezahlter Federn alles Arteigene des Deutschen lächerlich zu machen und als ‚rückständig' hinzustellen versucht ... Anstelle des Volksgemäßen tritt auf allen kulturellen Gebieten das entwurzelt Internationale offen in Vordergrund ..." Der Aufruf war sehr lang. Rosenberg nannte dennoch nur wenige praktische Maßnahmen, durch die er ein neues Kulturprogramm zu verwirklichen gedachte: „Heranziehung bestehender artbewußter Zeitungen und Zeitschriften, Förderung heute unterdrückter

deutscher Gelehrter und Künstler, Veranstaltung von Ausstellungen, Einwirkung auf Theaterspielpläne . . ."[4]

Die in dem Gründungsaufruf enthaltenen Angriffe schienen sich in erster Linie gegen die zeitgenössische Literatur und Publizistik zu richten. Sie galten aber ebenso, auch wenn dies durch die Polemik stellenweise verdeckt wurde, der modernen Musik, Architektur, Plastik und Malerei, wie sie sich seit dem Beginn des Expressionismus entwickelt hatte. Darüber hinaus richteten sie sich gegen die Kulturpolitik der verantwortlichen Ministerien der Republik. Staatsmänner wie der preußische Kultusminister Becker hatten das ihre zur Förderung der modernen Kunst und damit zur Fortsetzung einer Tradition beigetragen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg begründet worden war, als führende deutsche Galerien mit dem systematischen Ankauf zeitgenössischer Werke begonnen hatten[5].

Wenn der Aufruf des Kampfbundes anfänglich ein gewisses Echo in der Öffentlichkeit fand, so lag dies daran, daß die Entwicklung der Kunst seit dem Beginn des Expressionismus dem breiteren Publikum noch größere Verständnisschwierigkeiten bereitete, als dies bei modernen Werken von jeher der Fall gewesen war[6].

Mit der besonderen Fremdartigkeit etwa der neuen Malerei und Plastik mag es zusammenhängen, daß sich als Förderer des Kampfbundes anfangs auch eine Reihe von Persönlichkeiten öffentlich nennen ließ, die sich von der NSDAP im übrigen fernhielten: der Kunsthistoriker Heinrich Wölfflin, der Germanist Andreas Heusler, der Historiker Adalbert Wahl und andere[7]. Auf welche Weise diese Männer geworben wurden, ist unbekannt. Es hat indessen den Anschein, daß sie ihren Irrtum schnell erkannten, denn sie beschränkten ihre Mitwirkung im Kampfbund meist auf einen einmaligen Auftritt bei einer Veranstaltung und spielten bei der weiteren Entwicklung der Organisation keine Rolle mehr[8]. Der größere Teil der Mitglieder des Fördererkreises hatte bekanntermaßen der „völkischen" Bewegung von jeher nahegestanden. Es handelte sich unter anderem um die Professoren Paul Schultze-Naumburg, Adolf Bartels, Philipp Lenard und Ludwig Polland, die Schriftsteller Guido Kolbenheyer und Hanns Johst, die Verleger J. F. Lehmann und Hugo Bruckmann sowie um die Damen Winifred Wagner, Eva Chamberlain und Daniela Thode, die zu den führenden Persönlichkeiten der Bayreuther Gesellschaft zählten.

Der Kampfbund trat am 23. Februar 1929 zum ersten Male mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit. Im Auditorium Maximum der Münchener Universität sprach Othmar Spann, der Schöpfer der Lehre vom „Organischen Staat", über „Die Kulturkrise der Gegenwart". Es ist bekannt, welches Echo dieses Ereignis auslöste. Die „Frankfurter Zeitung" sprach von „fahrlässiger Duldung der Universitätsbehörden", das „Berliner Tageblatt" von einem „unwürdigen Vorgang"[9]. Die lebhafte öffentliche Diskussion konnte Rosenberg und seiner Partei im Interesse der Publizität nur recht sein. Die weitere Entwicklung des Verbandes wurde indessen wesentlich dadurch bestimmt, daß ihm der Versuch, in der Öffentlichkeit auch fortan stärker beachtet zu werden, mißlang.

Man hat nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint, Rosenberg sei fähig gewesen, „eine agitationserfahrene Rednerschicht" heranzubilden[10]. Aber in Wirklichkeit war er außerstande, ein „Agitationsschema" zu entwerfen und es „laufend weiter" auszuarbeiten. Der Kampfbund war auch keineswegs in der Lage, „in den letzten Monaten vor der Machtergreifung . . . die Straße" zu „erobern". Seine Veranstaltungen wurden nur zweimal in den vier Jahren vor dem Regierungsantritt Hitlers zu „sensa-

tionsreichen Ereignissen"[10a]. Eines davon war die erwähnte Eröffnungskundgebung mit Othmar Spann, das andere eine Veranstaltung mit Professor Schultze-Naumburg. Der Letztgenannte hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg Verdienste um den Landschaftsschutz erworben; in späterer Zeit hatte er sich mehr und mehr der Tätigkeit eines politischen Agitators zugewandt. Als solcher hielt er einen seiner Vorträge einmal im Rahmen einer KfdK-Versammlung, die mit Rücksicht auf den bekannten Redner in die Münchener Technische Hochschule verlegt worden war. Schultze-Naumburg pflegte seine Darlegungen durch Lichtbilder zu illustrieren, durch die er photographische Aufnahmen von körperlichen Mißbildungen mit den Werken der zeitgenössischen Kunst verglich. Von fachkundiger Seite wurde dieses Verfahren als „unentschuldbar" bezeichnet[11]. Der Redner hielt seine Vorträge in den verschiedensten Städten, aber der Kampfbund vermochte ihn nur einmal für sich zu gewinnen. Der Verband war und blieb eine kleine Organisation, die die Kosten „sensationsreicher" Veranstaltungen gar nicht zu tragen vermochte. Außer dem zuweilen auftretenden Musikschriftsteller Alfred Heuß[12] waren es vornehmlich Alfred Rosenberg und der Thüringer KfdK-Landesleiter Dr. Hans Severus Ziegler, die das Programm bestritten[13], während die Prominenz selbst der rechtsstehenden Teile des Bürgertums fernblieb.

Der geringe Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die Agitation gegen die moderne Kunst eine breite Aufnahmebereitschaft bestand und daß es zahlreiche Künstler und Angehörige verwandter Berufe gab, die sich dem KfdK aus interessenpolitischen Gründen anschlossen. Rosenberg und seine Mitarbeiter waren nur nicht in der Lage, das vorhandene Reservoir zu nützen. Ein Vergleich zwischen der vor 1933 wenngleich kleinen, so doch stetig steigenden Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen und der Anzahl der öffentlichen Veranstaltungen des KfdK zeigt dies recht deutlich.

Die Mitgliederstatistik ergibt das folgende Bild[14]:

		Mitglieder	Ortsgruppen und „Stützpunkte"
1. April	1929	ca. 300	ca. 25
1. Januar	1930	ca. 600	?
1. Januar	1931	ca. 1 000	?
1. Januar	1932	ca. 2 100	ca. 200
1. Januar	1933	ca. 6 000	ca. 240
1. April	1933	ca. 10 000	ca. 310
1. Juli	1933	ca. 21 700	ca. 360
1. Oktober	1933	ca. 38 000	ca. 450

Diesen Zahlen steht eine sehr geringe Anzahl öffentlicher Vortragsabende gegenüber: In den Jahren 1929–1930 waren es insgesamt nur fünfzehn, im Jahre 1931 zwölf Städte, in denen die Ortsgruppen solche allgemein zugänglichen Veranstaltungen abhalten konnten[15]. Für das Jahr 1932 fehlen die Zahlen ganz, da die KfdK-Zeitschrift, der sie zu entnehmen sind, im Dezember 1931 zum letzten Male erschien. Von einer lebhafteren Kampfbund-Tätigkeit konnte nur in Bonn[16] und München[17] gesprochen werden. Dort fanden zwischen 1929 und 1931 16 beziehungsweise 14 öffentliche Abende statt. Es folgten Dresden[18] mit 5, Weimar[19] mit 4, Düsseldorf[20],

Frankfurt[21], Karlsruhe[22] und Weißenfels[23] mit je 3 Versammlungen. Aus den übrigen Ortsgruppen wurden noch geringere Zahlen gemeldet. Die Anhänger des Kampfbundes wären sicherlich bereit gewesen, sehr viel mehr Veranstaltungen zu besuchen, aber die Münchener Kampfbund-Leitung war außerstande, die materiellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Gewiß konnte es dort, wo einmal ein Kampfbund-Führer die Initiative ergriff, auch zu folgenreichen Ereignissen kommen. Aber soweit bekannt, wurde dem KfdK nur einmal ein solcher „Erfolg" beschieden: In Zwickau gelang es der dortigen Ortsgruppe, im Verein mit einer anderen „völkischen" Kunstgesellschaft die Entlassung des Leiters des Kunstmuseums durchzusetzen. Das geschah am 1. April 1930. Der Betroffene, Dr. Hildebrand Gurlitt, wurde ein Jahr später zum Direktor des Hamburger Kunstvereins gewählt[24]. Das damit über den Verband Rosenbergs gesprochene Urteil war eindeutig.

Das Versagen des Kampfbundes in der Öffentlichkeit hatte erhebliche Auswirkungen auf sein Verhältnis zur NSDAP und auf die Position Alfred Rosenbergs innerhalb der Partei. Denn der Verband erlangte für die NSDAP nur einen geringen propagandistischen Wert. Er war daher Anfeindungen ausgesetzt und von Machtkämpfen bedroht, erhielt vom Reichsschatzmeister nur geringe finanzielle Unterstützung[25] und begegnete der Skepsis und Ablehnung der mächtigeren Unterführer. Das konnte wiederum nicht ohne Folgen für die öffentliche Tätigkeit der Organisation bleiben, so daß die Wechselwirkung von Unvermögen und innerparteilicher Gegnerschaft über die weitere Entwicklung des KfdK entschied.

Die Auseinandersetzungen begannen schon vor dem Parteitag im August 1927. Als dieser stattfand, durfte sich Rosenberg nicht öffentlich als Leiter der geplanten Organisation nennen lassen[26]. Erst acht Wochen danach konnte er vertraulich mitteilen, Hitler habe ihm „die Leitung" der, wie es jetzt hieß, „Nationalsozialistischen Gesellschaft für Kultur und Wissenschaft" „übertragen"[27]. Es dauerte weitere drei Monate, bis sich eine Anzahl einflußreicher Parteigenossen bereit gefunden hatte, das Projekt zu unterstützen. Diese waren der Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, der Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, der Reichspropagandaleiter Heinrich Himmler, der Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz und der Fabrikant Wilhelm Weiß. Mit Rosenberg zusammen unterzeichneten sie am 4. Januar 1928 das „Gründungs-Protokoll" für eine Organisation, die jetzt „Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur" genannt wurde[28].

Das Bündnis mit einer Reihe führender Funktionäre beendete keineswegs den innerparteilichen Streit um die von Rosenberg geplante Kulturorganisation. Das zeigte sich darin, daß der im Mai 1928 veröffentlichte Gründungsaufruf nicht im Völkischen Beobachter, sondern in der privaten, wenngleich von Rosenberg herausgegebenen antisemitischen Zeitschrift „Der Weltkampf" erschien. Hitler und eine Reihe von Unterführern wünschten sich möglicherweise von dem Vorhaben Rosenbergs zu distanzieren. Über die innerparteiliche Stellung des Kampfbundes bestand wahrscheinlich noch keine Klarheit, denn die Frage der Verbandsbezeichnung wurde in dem Aufruf umgangen. Gewiß wurde erwähnt, daß „die Gründung ... von nationalsozialistischen Kreisen" ausgehe[29], aber als im Oktober 1928 wieder für die zu schaffende Organisation geworben wurde, unterblieb auch dieser Hinweis auf die NSDAP. Der Verband trat inzwischen bereits unter einem neuen Namen auf. Er nannte sich *Kampfbund für deutsche Kultur*[30].

Bei dem Wechsel der Verbandsbezeichnung wurde sicherlich mit Bedacht auch Rücksicht auf den anzusprechenden Personenkreis genommen[31]. Aber es ist doch fraglich, ob taktische Überlegungen den Ausschlag gegeben haben. Zum einen war vorauszusehen, daß eine vom Hauptschriftleiter des Völkischen Beobachters geführte „überparteiliche" Organisation, wie dann auch geschehen, ihrer „Tarnung" bald verlustig gehen würde. Zum anderen bedeutete die nach außen vorgenommene Trennung zwischen dem Verband und der NSDAP nach innen den Verzicht auf einen parteiamtlichen Status, welcher gerade dem „Parteidogmatiker"[32] nicht leicht gefallen sein dürfte. Es scheint, daß Rosenberg die wahren Gründe für den Namenwechsel andeutete, wenn er in einer Tagebuchnotiz aus dem Dezember 1934 rückblickend feststellte: „*Weltanschaulich* sehe ich mich wieder einmal in der Lage wie vor sechs Jahren, als ich mir heftige Gegner zuziehen mußte, um die N. S. Linie klar zu erhalten."[33] Diese auf das Jahr 1928 bezogene Bemerkung deutet auf einen noch nicht näher bekannten ideologischen Streit, den Rosenberg gegen andere Funktionäre in der Parteileitung entfacht zu haben scheint. Ob eines der Mitglieder des Gründungsausschusses daran beteiligt war, ist nicht festzustellen. Daß keines von ihnen in der späteren Geschichte des Kampfbundes noch eine Rolle gespielt hat, ist aber ein Verdachtsmoment. Auseinandersetzungen hat es jedenfalls gegeben; sie galten wahrscheinlich auch der Kampfbund-Gründung und waren vermutlich die Ursache dafür, daß dem Verband parteiamtliche Eigenschaften verweigert wurden.

Die Entwicklung des Kampfbundes ging, nachdem dieser im Februar 1929 mit der erwähnten Veranstaltung in der Münchener Universität an die Öffentlichkeit getreten war, nur langsam voran. Ein Sekretariat mit zwei hauptamtlichen Referenten konnte erst im September 1930 eingerichtet werden. In München-Schwabing, Barer Straße 50, nicht weit von Rosenbergs Redaktionsbüro Schellingstraße 39, wurden einige Räume gemietet. Dort waren von nun an zwei Männer tätig, die für viele Jahre die wichtigsten Mitarbeiter Rosenbergs werden sollten: Gotthard Urban und Dr. Walter Stang.

Gotthard Urban wurde im Jahre 1905 geboren und war auf dem Weimarer Gymnasium Schulkamerad von Martin Bormann, Baldur von Schirach und Goebbels' späterem *Reichsdramaturgen* Dr. Rainer Schlösser[34]. Nach dem Abschluß einer kaufmännischen Ausbildung wurde er Bankangestellter. Rosenberg lernte ihn im Hause des Weimarer Generalintendanten von Schirach kennen und bat ihn, die neu geschaffene Stelle eines Geschäftsführers des Kampfbundes zu übernehmen. Von 1934 an bis zu seinem Soldatentod im Juli 1941 hatte Urban den Posten des *Stabsleiters* des Amtes Rosenberg inne. Er gab sich große Mühe, seinen Aufgaben gerecht zu werden, ließ aber dennoch die notwendige geschäftliche Übersicht vermissen. Gegenüber allen, die sein Vorgesetzter als Feinde des Nationalsozialismus oder innerhalb der NSDAP als Gegner seiner eigenen Politik betrachtete, war er unversöhnlich. Rosenberg erkannte nicht, daß Urban das nötige Organisationstalent fehlte, wenngleich ihm die geistigen Grenzen des Stabsleiters nicht verborgen blieben; er wußte auch, daß es deshalb Konflikte innerhalb der Dienststelle gab. Aber er betrachtete dies alles als „nicht wesentlich". „Entscheidend" war für ihn Urbans „absolute Loyalität" ihm gegenüber[35]. Diese Haltung zeigte, daß Rosenberg, wie in allen praktischen Fragen, wenig Geschick bei der Auswahl seiner Mitarbeiter besaß. Urban war durchaus nicht unbegabt, aber als geschäftsführender Leiter einer Dienststelle, die mit Ministern und hohen Beamten zu verkehren hatte, intellektuell überfordert.

Dr. Walter Stang war Rosenberg schon seit einem Jahr bekannt, als er im Herbst 1930 in der Geschäftsstelle des Kampfbundes den Posten eines Referenten für Theaterfragen übernahm. Stang konnte einen Lebenslauf vorweisen, der unter Nationalsozialisten als vorbildlich gelten mußte. Im Jahre 1895 in Waldsassen (Oberpfalz) geboren, hatte Stang am Ersten Weltkrieg, an den Kämpfen des Freikorps „Oberland" und am „Marsch zur Feldherrnhalle" teilgenommen. Politische Überzeugung und materielle Notwendigkeiten suchte er durch Gründung des „Großdeutschen Ring-Verlages" zu verbinden, eines Unternehmens, das die „Deutschen Akademischen Stimmen", das Blatt des besonders in München mit der NSDAP sympathisierenden „Hochschulringes Deutscher Art", herausgab. Diese Zeitschrift ging infolge zahlreicher Verbote nach dem Hitler-Putsch ein. 1926 erwarb Stang den Doktorgrad der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen mit einer Arbeit über „Das Weltbild in Walter Flex' Drama ‚Lothar'". Titel, Inhalt und Methode der Untersuchung waren für die Richtung der geistigen und politischen Interessen ihres Verfassers charakteristisch und deuteten auch schon auf dessen zukünftige Tätigkeit. Stang suchte als Dramaturg nach einer Möglichkeit, für das Weltanschauungstheater „völkischer" Prägung zu arbeiten. Nachdem er in den ersten Jahren nach seiner Promotion als Schriftsteller und Kritiker tätig gewesen war, fand er 1929 endlich eine feste Anstellung als Dramaturg der *Münchener Theatergemeinde*. Dieses Berufsverhältnis legte ihm noch politische Rücksichten auf, denn die Theatergemeinde war eine Besucherorganisation ohne politische Bindung. Aber Stang konnte jetzt doch praktische Erfahrungen über den Einfluß sammeln, den ein solcher Verband auf die Theaterspielpläne auszuüben vermochte, und diese Erfahrungen sollten für seine spätere Tätigkeit wichtig werden.

Stang hat später beansprucht, auf den Ruf Rosenbergs hin seine „bei der Theatergemeinde München in bescheidenem Umfange wieder aufgebaute Existenz bedenkenlos gegen die gänzlich unsicheren Bedingungen des Kampfbundes" eingetauscht zu haben[36]. Mögen die Vorgänge des Jahres 1930 in dieser Darstellung auch idealisiert wiedergegeben worden sein, so traf es doch zu, daß Stang für seine Überzeugung ein materielles Opfer gebracht hatte. Fortan hauptberuflich im Kreise Rosenbergs tätig, setzte er sich vor allem für die Förderung von Spielplänen ein, in denen das nationalsozialistische Tendenzstück dominierte. Stangs Lebenslauf und Tätigkeit deuten auf einen Hang zum Fanatismus, der mit den Jahren um so mehr hervortrat, als die Auseinandersetzungen, in die das Amt Rosenberg geriet, eine solche charakterliche Anlage begünstigten. Auf Mißerfolge reagierte Stang mit Verbitterung; seinen Umgangsformen fehlte zuweilen die notwendige Verbindlichkeit. Das schuf ihm viele Feinde innerhalb und außerhalb der Dienststelle und hat 1943 bei seiner vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand mit eine Rolle gespielt. Stang hat das Kriegsende nicht überlebt. Bereits schwer erkrankt, starb er 1945 auf der Flucht vor den alliierten Truppen[37].

Der Eintritt Urbans und Stangs in die Reichsleitung des KfdK fiel in eine Zeit, in der der Verband seine erste größere Bewährungsprobe zu bestehen hatte. Diese Periode begann, als sich die NSDAP in Thüringen zum ersten Male an einer Koalitionsregierung in einem deutschen Lande beteiligte. Dr. Wilhelm Frick versah vom 23. Januar 1930 bis zum 1. April 1931 die Ressorts des Innen- und Kultusministeriums in Weimar[38]. Jetzt mußte es sich zeigen, ob es dem Kampfbund gelingen würde, sich vom Propaganda- zum Interessenverband zu entwickeln und die neuen politi-

schen Möglichkeiten auszunützen, um Einfluß auf Veranstaltungswesen und Stellenbesetzung auszuüben, möglichst viele Künstler und Angehörige der Bildungsberufe zu Mitgliedern zu gewinnen und deren materielle Forderungen wirksam zu vertreten.

Die Zusammenarbeit mit der Thüringischen Landesregierung begann durchaus erfolgversprechend. Frick ermöglichte es dem KfdK, zum ersten Male ein großes Treffen mit Kundgebungen unter freiem Himmel abzuhalten. Es fand in den Pfingsttagen des Jahres 1930, vom 7. bis 9. Juni, in Weimar statt. Aber die Veranstaltung wäre in der Öffentlichkeit kaum beachtet worden, wenn sie nicht in Form einer Zusammenkunft der *Hitler-Jugend* mit den *Artamanen* und anderen rechtsstehenden Jugendgruppen durchgeführt worden wäre[39]. Lange Kolonnen uniformierter Jugendlicher marschierten am Goethehaus vorbei. Es erwies sich, daß der Kampfbund auf die Unterstützung anderer und mitgliedstärkerer Verbände angewiesen war, wenn er Erfolg haben wollte. Die Ergebnisse des Treffens wurden unterschiedlich beurteilt. Ernst Jüngers „überbündische" Zeitschrift „Die Kommenden" veröffentlichte Berichte aus Teilnehmerkreisen, wobei die kritischen Stellungnahmen durchaus überwogen. Einer der Jugendführer schrieb etwa:

„Alfred Rosenberg verlas als Abschluß des ‚Kongresses' eine lange Erklärung, in der Grundsätzliches ausgesprochen wird, die sich aber wegen ihrer Länge kaum zum Abdruck eignet. Von der Landvolkbewegung wurde eine andere Erklärung verlesen, die in kurzen Schlagworten ungefähr das gleiche sagt ..." Der Berichterstatter bedauerte, daß die Tagung „ein zu starkes Partei-Gepräge" hatte, und fügte die Zuschrift eines Führers aus der bündischen Jugend bei, in der es hieß: „Machen wir uns nichts weis darüber – der ‚Kampfbund für deutsche Kultur' ist ein nationalsozialistisches Gewächs, und so war denn diese Tagung ein mehr oder weniger geschickt verschleierter Versuch, die deutsche Kultur nebst bündischer Jugendbewegung für die NSDAP einzufangen ... Es war bezeichnend, daß ausgerechnet auf einer *Kulturtagung* von *Religion* überhaupt nicht die Rede war. Ersatz: nordischer Rassenfanatismus, der in seinen Auswüchsen zu einer dünkelhaften Verstiegenheit führt, die einen um die deutsche Kultur besorgten Menschen peinlich stimmen kann ..."[40] Rosenberg hatte, wie aus dem Bericht unschwer zu erkennen ist, sowohl als Redner als auch in der selbstgewählten Rolle des Verkünders einer neuen Weltanschauung versagt. Der einzige Erfolg des Treffens bestand im korporativen Beitritt einiger der beteiligten Jugendbünde zum KfdK. Aber dieser Anschluß blieb, wie Urban rückblickend feststellte, ohne jede praktische Bedeutung[41]. Rosenberg war offensichtlich nicht imstande, potentielle Verbündete auf die Dauer zu binden und aus ihrer Mitgliedschaft Nutzen zu ziehen.

Das Weimarer Treffen dürfte dem nationalsozialistisch beherrschten Thüringischen Kultusministerium gezeigt haben, daß von der Münchener Kampfbund-Leitung weder allzuviel zu hoffen noch zu fürchten war. Rosenberg und seine Mitarbeiter verfügten nicht über das erforderliche politische Durchsetzungsvermögen, und dazu gehörte es auch, daß sie nicht die Chance ergriffen, die darin gelegen hätte, den KfdK zum Verband der Vertretung beruflicher Interessen umzuformen. Sie unternahmen keine oder allenfalls einige schnell gescheiterte Versuche, von München aus in die Stellenbesetzung und das Veranstaltungswesen in Thüringen einzugreifen[42]. Sie hätten ein erstes Beispiel einer aktiven, genauen Plänen folgenden und den nationalsozialistischen Minister wirksam unterstützenden Kulturpolitik geben, ins-

besondere aber die Interessen der „vielen Tausende Künstler und Mitglieder freier Berufe“[43], die inzwischen in die NSDAP eingetreten waren, wahrnehmen müssen, wenn sie die Münchener Kampfbund-Leitung zu einer von den hohen Funktionären der eigenen Partei nicht zu übergehenden Instanz hätten ausbauen wollen. Aber es ist fraglich, ob Rosenberg, Urban und Stang dieses Gebot der Stunde überhaupt erkannten. Wahrscheinlich fanden sie sich schnell damit ab, daß schon bald regionale Kräfte übernahmen, was die Zentrale versäumte. Als Folge des Versagens der Münchener Leitung zeigten sich nun in Landes- und Ortsgruppen des KfdK Selbständigkeitstendenzen.

In Thüringen wurde die Kulturpolitik maßgeblich von dem unabhängig von Münchener Ratschlägen handelnden KfdK-Landesleiter Dr. Hans Severus Ziegler beeinflußt. Ziegler wurde von Frick zum „Kultur-, Kunst- und Theaterreferenten“[44] berufen und leitete nun eine Politik ein, welche Rosenberg und Urban gewiß befriedigt hätte, wären sie nur an den Entscheidungen im einzelnen beteiligt worden. Professor Schultze-Naumburg wurde auf den Direktoren-Posten der Bauhochschule Weimar berufen. Alle maßgebenden Dozenten wurden entlassen, darunter alle diejenigen, die sich dem „Bauhaus“-Stil und seinem humanitären Ethos verpflichtet wußten. Die Fresken, die Oskar Schlemmer für das Treppenhaus der Hochschule geschaffen hatte, wurden übertüncht. Eine Politik der Kulturzerstörung setzte ein, wie sie in der neueren Geschichte Deutschlands bis dahin ohne Beispiel war. Die Werke von Otto Dix, Lyonel Feininger, Wassily Kandinsky, Paul Klee, Ernst Barlach, Oskar Kokoschka, Franz Marc, Emil Nolde und anderen wurden aus den Ausstellungsräumen des Weimarer Schloßmuseums entfernt. „Musikalische Bolschewisten wie Hindemith und Strawinsky“ – so drückte sich Ziegler aus – wurden von den Programmen staatlich subventionierter Konzerte gestrichen[45]. Durch die deutsche Presse, die rechtsstehende ausgenommen, ging ein Sturm der Entrüstung. Der „Erfolg“ der Thüringer KfdK-Landesleitung war offenkundig, nur Rosenberg hatte sich keinen direkten Anteil an diesen „Verdiensten“ zu verschaffen gewußt.

Das Unvermögen der Münchener Kampfbund-Leitung blieb im Braunen Haus nicht verborgen. Dort waren bereits Kräfte am Werk, die auf die Errichtung einer diesmal parteiamtlichen Abteilung für Kulturpolitik drangen. Nach dem Wahlsieg vom 14. September 1930 war zu erwarten, daß die NSDAP bald in weiteren Ländern und Gemeinden über kulturpolitischen Einfluß verfügen würde. Nun mußte Rosenberg erfahren, daß er in der Reichsleitung der NSDAP für unfähig gehalten wurde, die neuen Aufgaben wahrzunehmen. Am 31. Dezember 1930 fand sich im Völkischen Beobachter eine „Anordnung“ folgenden Wortlauts: „Im Rahmen der Organisationsabteilung II werden 2 weitere Abteilungen errichtet: 1.) Die Abteilung für Rasse und Kultur: Leiter Pg. Ministerialrat i[m] e[instweiligen] R[uhestand] Konopath . . ., 2.) Die Wirtschaftspolitische Abteilung. Leiter: Pg. Dr. h. c. Wagener . . . gez. Adolf Hitler.“[46] Diese Verfügung besagte, daß ein Außenseiter, der in der NSDAP unbekannte und verdienstlose Hanno Konopath[47], dem Alt-Parteigenossen Rosenberg vorgezogen wurde, als es galt, eine „parteiamtliche“ Kulturpolitik einzuleiten.

Hitlers Entscheidung mochte sachlich gerechtfertigt erscheinen, da Rosenberg für den neuen Posten offensichtlich nicht geeignet war. Da Hitler aber nicht gleichzeitig die Kompetenzen zwischen dem Kampfbund und dem parteiamtlichen Referat abgrenzte, war es so gut wie sicher, daß es in Zukunft zu Auseinandersetzungen zwi-

schen beiden Stellen kommen würde. Rosenberg hatte sich jetzt zum ersten Male mit dem Problem der Ämter-Konkurrenz auseinanderzusetzen. Der Streit mit den rivalisierenden Dienststellen stellte für die Kampfbund-Leitung, das spätere Amt Rosenberg und die meisten Behörden in Staat und Partei des Dritten Reiches eines der schwierigsten Probleme der laufenden Geschäftsführung dar. Rosenberg hatte sich schon vor der Gründung des KfdK der Angriffe potentieller Konkurrenten zu erwehren gehabt, aber von nun an wurden die Auseinandersetzungen härter, da durch eine gegnerische Gruppe mit der *Abteilung für Rasse und Kultur* eine Institution geschaffen worden war.

Die Ereignisse, die sich während der ersten eineinhalb Jahre nach Gründung des Referats Konopaths abspielten, sind aus Mangel an Quellen in vielen Einzelheiten nicht zu erkennen. Eine Denkschrift, die H. S. Ziegler, inzwischen selbst zum Leiter der „Unterabteilung Theater" im Büro „für Rasse und Kultur" ernannt[48], im Juni 1932 für Hitler verfaßte und auch Urban zugehen ließ, vermittelt jedoch Aufschluß über eine Reihe von Vorgängen. Ziegler schrieb: „Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen ... Pg. Alfred Rosenberg und ... Pg. Geheimrat Konopath ..., die neuerlich zu Unzuträglichkeiten geführt haben, sowie das sogenannte Abkommen zwischen beiden Instanzen vom 25. 6. 31 fordern dringend zu einer endgültigen Klärung aller einschlägigen Fragen heraus und zumal das Abkommen zu einer grundsätzlichen Revision. Dies um so mehr, als sich die Partei fast überall im Reich unmittelbar vor der Machtergreifung sieht, also sehr bald in die Lage versetzt wird, ihre kulturellen Forderungen und Grundsätze auf machtpolitischem Wege durchzusetzen. Gerade diese Aufgabe der Hitlerbewegung sieht das obenerwähnte Abkommen überhaupt nicht vor. Sei es denn, daß dem ‚Dramaturgischen Büro' des Kampfbundes die Aufgabe einer Einflußnahme in Theaterfragen usw. auf Stadträte, Abgeordnete usw. unter Punkt 5 zugeschoben wird ..." Ziegler erwähnte weiter, daß die „sozialen Fürsorgemaßnahmen" und die „wirtschaftliche Interessenvertretung" der Abteilung für Rasse und Kultur zugewiesen worden waren[49]. Der Kampfbund hatte sich also auch nach den Thüringer Erfahrungen damit abgefunden, auf die für einen möglichen Aufstieg innerhalb der Partei wirksamste Aufgabe verzichten zu müssen. Dem Bericht Zieglers kommt insofern Bedeutung zu, als darin von einem „Abkommen" berichtet wird, das zwischen dem Kampfbund und seiner Konkurrenz-Institution geschlossen worden war. Es ist dies die erste derartige Vereinbarung, von der in den Quellen berichtet wird, aber es sollte nicht die letzte bleiben, weil solche Übereinkünfte zu den charakteristischen Mitteln des politischen Verkehrs zwischen den Dienststellen der Partei und des späteren nationalsozialistischen Staates gehörten[50]. Die Ausführungen Zieglers zeigen, daß ein solches Abkommen praktisch wirkungslos bleiben konnte, wenn keine Sanktions-Instanz für Einhaltung und verbindliche Interpretation sorgte. Eine Stelle, die diese Aufgabe übernehmen konnte, war durchaus vorhanden: die Befugnis zur Entscheidung stand nächst Hitler dem Reichsorganisationsleiter I, Gregor Strasser, zu[51]. Beide hatten im vorliegenden Falle nicht eingegriffen, denn sonst wäre es nicht zu neuerlichen „Unzuträglichkeiten" und „Kompetenzschwierigkeiten" gekommen. Die Zukunft mußte zeigen, ob sich aus dem Versagen der Sanktions-Instanz nicht ein innerparteiliches Unrechts-System entwickelte, innerhalb dessen sich das „Recht" des Stärkeren durchsetzen konnte, wenn dieser die Macht hatte, einen Vertrag ungehindert brechen zu können. Schon zeichnete sich die Gefahr ab, daß eine Erscheinung, die sich bereits vor 1933

im Verkehr unter den höchsten Parteiführern zeigte, nach einer Machtergreifung auf den gesamten Staat übertragen werden würde.

In der Auseinandersetzung mit der neuen Abteilung für Rasse und Kultur erwies sich der formell „überparteiliche" Status des Verbandes als machtpolitisches Hindernis. Konopath hatte erklärt: „Nachdem die Künstler in der Partei organisiert sind, ist die Arbeit des Kampfbundes auf diesem Gebiet überflüssig geworden."[52] Ziegler stimmte dieser Ansicht in seiner erwähnten Denkschrift zu. Die Interessenvertretung könne „bei der Durchführung des Führergedankens ... nur von einer verantwortlichen Parteiinstanz" wahrgenommen werden. Es sei „überhaupt nicht diskutabel, daß eine Unterabteilung des mit der Partei unverbundenen, sozusagen privaten Kampfbundes derartig entscheidende Maßnahmen vornehmen könnte ...". Ziegler erklärte aber auch, das „Recht der Beratung und des Vorschlages" stünde dem KfdK durchaus zu[53]. Er selbst wäre zu einer Zusammenarbeit in Thüringen bereit, die Personalangelegenheiten müßten aber in seiner Hand bleiben[54].

Die Diskussion um das Verhältnis zwischen dem KfdK und der Abteilung für Rasse und Kultur fand zu einer Zeit statt, die für die Gruppe um Rosenberg günstiger war, als es angesichts der Position ihrer innerparteilichen Gegner zunächst den Anschein gehabt hatte: Die Abteilung geriet in eine Führungs-Krise; Konopath wurde am 30. Juni 1932 wegen einer privaten Angelegenheit gestürzt[55]. Wenn die Kampfbund-Führung über größeres politisches Geschick verfügt hätte, dann wäre von ihr jetzt alles unternommen worden, um die Stelle Konopaths an Rosenberg oder Urban zu vergeben. Aber ein solcher Versuch wurde nicht eingeleitet, denn die KfdK-Leiter verfolgten andere Ziele. Es ging ihnen zuerst um die Selbständigkeit ihrer Organisation. Sie fürchteten wahrscheinlich, als Leiter einer Abteilung des Braunen Hauses in zu starke Abhängigkeit von Strasser zu geraten. Urban schlug daher lediglich vor, der Chef der parteiamtlichen Sektion solle künftig „auf Vorschlag des KfdK ernannt" werden. Nur die Unterabteilungen des Amtes sollten „nach Möglichkeit" durch die „Referenten des KfdK" in Personalunion besetzt werden[56]. Die Referenten – zum Beispiel Dr. Stang für Theaterfragen – sollten also zugleich Strasser und Rosenberg unterstehen; der Kampfbund wollte von der Parteileitung unabhängig bleiben und dennoch die parteiamtliche Kulturpolitik bestimmen. Dieser widerspruchsvolle Vorschlag, dessen Ausführung nur zu neuen Komplikationen geführt hätte, wurde von Strasser nicht berücksichtigt. Die Kampfbund-Leitung erhielt keinen gesicherten Einfluß auf die parteiamtliche Kultur-Abteilung. Sie hatte erneut eine politische Möglichkeit ungenutzt gelassen.

Ziegler legte seine Denkschrift, in der er seinerseits eine „endgültige Klärung" verlangte, persönlich bei Hitler vor. Er fuhr in der letzten Juni-Woche zum Obersalzberg und sprach dort mit dem Parteiführer. Obwohl dieser den Schriftsatz „für vollkommen richtig befunden"[57] haben soll, fällte er doch keine Entscheidung und vermied es, die Kompetenzen gegeneinander abzugrenzen. Die wesentlichen Fragen blieben also ungelöst. Am 15. September 1932 erhielt das Ressort *Rasse und Kultur* einen neuen Namen: *Abteilung Volksbildung*. Zum Leiter wurde der Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Münchener Stadtparlament, Dr. Rudolf Buttmann, bestellt[58].

Unter diesen Umständen waren beide Konkurrenz-Institutionen gezwungen, sich selber um ein neues Abkommen zu bemühen. Strasser unterbreitete Vermittlungsvorschläge. Am 24. September 1932 lag der Text einer Vereinbarung vor. Ob diese

jemals von Rosenberg und Buttmann unterzeichnet wurde, ist unbekannt. Die Aufgabenverteilung sollte folgendermaßen geregelt werden: Der Abteilung Volksbildung oblagen die „Ausarbeitung eines nationalsozialistischen Kulturprogramms, kulturpolitische Einflußnahme auf nationalsozialistische Behörden, Beratung der Parteigenossen in kulturellen Fragen". Sie besaß außerdem die Befugnis zur Abgabe „kulturpolitische⟨r⟩ Stellungnahme⟨n⟩ gegenüber Behörden, Parlamenten und Kommunalvertretungen". Die Abteilung sollte die beiden zuletzt genannten Aufgaben nur „im Benehmen mit dem KfdK" erfüllen. Dem KfdK blieb das Recht, Einfluß „auf nichtnationalsozialistische Behörden" auszuüben. Weiter hieß es: „Zur Gewährleistung einheitlicher Auffassungen über kulturelle Angelegenheiten ist eine enge organische Verbindung zwischen der Abteilung Volksbildung und dem Kampfbund unerläßlich. Daher ist in einer für die Außenwelt nicht erkenntlichen Weise die Unterbauung der gesamten Betätigung des Kampfbundes innerhalb der Partei (Abt. Volksbildung) notwendig ... Ziel und Richtung der Betätigung des KfdK werden im Einvernehmen zwischen dem Leiter der Abteilung Volksbildung und dem Leiter des KfdK hergestellt ..."[59]

Die Übereinkunft war Ausdruck der inneren Uneinigkeit der Partei. Da die „Tarnung" des KfdK vor der Öffentlichkeit längst nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, war die Absprache, der Verband solle „in einer für die Außenwelt nicht erkenntlichen Weise" durch die Partei „unterbaut" werden, gegenstandslos, zumal die entscheidenden Posten ohnehin in der Hand von NSDAP-Funktionären waren. Indem die Vertragspartner sich gegenseitig versicherten, nach wohlberechneten taktischen Plänen handeln zu wollen, verbargen sie voreinander die Tatsache, daß die Frage der Einfügung des KfdK in den Parteiapparat nach wie vor ungelöst war. Das Problem der Interessenvertretung blieb gleichfalls bestehen. Die Trennung zwischen „nationalsozialistischen" und „nichtnationalsozialistischen" Behörden war dort nicht durchführbar, wo die NSDAP an Koalitionen teilhatte. „Ziel und Richtung" der Kampfbund-Tätigkeit sollten trotz des Abkommens erst noch festgelegt werden[60]. Wenn es dennoch nicht zu weiteren Konflikten gekommen zu sein scheint, so wohl deshalb, weil die Tätigkeit der Abteilung durch Folgeerscheinungen der Gregor-Strasser-Krise behindert wurde. Der Reichsorganisationsleiter legte seine Ämter am 6. Dezember 1932 nieder, sein Apparat wurde aufgelöst und das Ressort Volksbildung der Reichspropagandaleitung Dr. Goebbels' unterstellt[61]. Ehe es dort seine Arbeit aufnehmen konnte, war der Tag der Machtergreifung herangekommen. Er sollte auch den Interessen Dr. Buttmanns eine neue Richtung geben[62].

War es der Münchener Leitung des Kampfbundes auch nicht gelungen, ihrem Verbande stärkeren Einfluß zu verschaffen, so waren seit 1931 doch drei Sonderabteilungen errichtet worden, die später Bedeutung erlangten, weil aus ihnen drei Abteilungen der Dienststelle Rosenberg hervorgingen. Zwei von ihnen hatten außerdem die Aufgabe, Fachgruppen des Kampfbundes zu führen. Diese ließen den inzwischen 3500 Mitglieder zählenden Verband gewiß nicht zur „Massenorganisation"[63] werden, bildeten aber den Grundstock zweier Nebenorganisationen, auf welchen nach 1933 die Hausmacht der Dienststelle aufgebaut werden konnte[64]. Eine der Sonderabteilungen wurde von Hans Hagemeyer, dem KfdK-Landesleiter für Franken, gegründet. Es handelte sich um eine in seiner Nürnberger Privatwohnung residierende *Buchberatungsstelle*, die vor der Machtergreifung aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht an die Öffentlichkeit treten konnte. Später wurde aus

ihr das sogenannte Amt Schrifttumspflege, eine Abteilung der Dienststelle Rosenberg[65]. Ein weiteres Referat dieser Parteibehörde, das *Amt Vorgeschichte,* wurde nach 1933 von dem Tübinger Privatdozenten Dr. Hans Reinerth geleitet, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eine Kampfbund-Fachgruppe für Vorgeschichte gegründet hatte[66], aus der der spätere, von ihm geführte *Reichsbund für Vorgeschichte* hervorging. Eine dritte Sonderabteilung war das in der Münchener KfdK-Zentrale untergebrachte *Dramaturgische Büro* Dr. Walter Stangs, das den Grundstock des späteren *Amtes Kunstpflege* der Dienststelle Rosenberg bildete. Stang vermochte schon vor dem Regierungsantritt Hitlers eine ausgedehnte Tätigkeit zu entfalten[67]. Ihm gelang im Januar 1932 sogar die Gründung der Zeitschrift „Deutsche Bühnenkorrespondenz". Vom gleichen Zeitpunkt an stellten die zuletzt nur noch in mehrmonatigen Abständen veröffentlichten „Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur" ihr Erscheinen ein – ein Vorgang, der auf ein gewisses Übergewicht deutet, das Stang in München erlangt zu haben scheint[68].

Stang war der Urheber eines Planes, aus dem sich eines der folgenreichsten Unternehmen des Kampfbundes entwickelte: die Schaffung einer Theaterbesucherorganisation. Auf seine Berufserfahrungen bei der Münchener Theatergemeinde zurückgreifend, vermochte er Rosenberg für sein Vorhaben zu gewinnen. Davon zeugt ein Brief Urbans an Gregor Strasser vom 2. Juli 1932. Urban bat um einen „Auftrag" zur „Errichtung von Besucherorganisationen im ganzen Reichsgebiet". Als Strasser dem Antrag am 31. Juli stattgab[69], dürfte er schwerlich geahnt haben, daß er damit dem Ruin des Kampfbundes Vorschub leistete. Stang glaubte, allein in München 5000 Mitglieder für die neue Organisation werben und damit „den Spielplan des Bayerischen Staatsschauspiels ... überhaupt ... bestimmen" zu können[70]. Diese optimistische Vorhersage gründete sich darauf, daß ein von den Nationalsozialisten als ideologisch wertvoll angesehenes Stück, „Die endlose Straße", in München Erfolg gehabt hatte, weil es von den beiden bestehenden großen Theaterbesucherorganisationen, der *Volksbühne* und der *Theatergemeinde,* mit in ihr Programm aufgenommen worden war. Aber dieser Erfolg ließ sich nicht ohne weiteres wiederholen. Es gab gar nicht genügend Werke „nationalsozialistischen" Charakters, die ein größeres Publikum zu fesseln vermocht hätten[71]. Zudem war die finanzielle Basis eines parteieigenen Theaterunternehmens viel zu schmal[72], als daß das Vorhaben hätte gelingen können.

Stang nahm das Vorhaben dennoch in Angriff. Zu Beginn der Wintersaison 1932/33 mietete er im Namen der inzwischen gegründeten Besucherorganisation *Kampfbundbühne* das Münchener Prinzregententheater, ein Haus außerhalb der Innenstadt, das trotz seines repräsentativen Charakters kein eigenes Ensemble besaß. Gleichzeitig wurden in Breslau und Berlin eigene Bühnen gegründet, Schauspieler engagiert und Werke aufgeführt, deren Titel etwa „Die Fritzische Rebellion", „Die Tragödie Kleist", „Heilige Erde" und ähnlich lauteten[73]. Der Plan, das Bayerische Staatsschauspiel zu beherrschen, stieß indessen auf Schwierigkeiten. Über das rasche Ende des Unternehmens, wenige Monate nach seiner Gründung, unterrichtet ein Brief des der Parteileitung nahestehenden Verlegers Hugo Bruckmann an Rosenberg: Der Kampfbund habe allein in München mit einem Defizit von 12 000 RM zu rechnen. Die „neuerlichen Experimente mit Nachtvorstellungen und Matineen" seien „finanzieller Selbstmord". „Die Verlegung ins Gärtnerplatztheater" – aus dem Gebäude an der Prinzregentenstraße hatte man auf eine Operettenbühne umziehen müssen –

rücke den KfdK „gegenüber den anderen Theatergemeinden an dritte Stelle, das Spiel mit zusammengewürfelten arbeitslosen Kräften desgleichen". Es käme hinzu, daß „die ganze Abrechnung von Urban zu unpräzis, seine geschäftliche Verwaltung so wenig ordnungsmäßig" sei, daß er „durch eine Buchhalterin ersetzt werden" sollte. „Reichsleitung und Büro Stang wären aufzuheben oder auf's äußerste einzuschränken."[74] Das Schreiben Bruckmanns dürfte Rosenberg über die tatsächliche Lage, die er vermutlich gar nicht übersehen hatte, aufgeklärt haben. Er fügte sich in das Unvermeidliche: Urban und Stang erhielten den Kündigungsbrief. Stang wurde aushilfsweise als Kritiker beim Völkischen Beobachter angestellt; Urban war nur noch ehrenamtlich tätig und lebte offenbar von der Arbeitslosenunterstützung[75].
Aber nicht nur aus materiellen Gründen stand der KfdK Ende 1932 vor der Auflösung. Auch neue innerparteiliche Gefahren bedrohten seine Existenz. Darüber gibt der Brief Bruckmanns gleichfalls Aufschluß: „Wenn ich in vorstehendem auch das Büro der ‚Reichsleitung' einschränke [sic], so gebe ich zu, daß damit der Weg zur Auflösung des Kampfbundes in seiner jetzigen Form beschritten wird. Ich sehe aber keinen anderen Weg, in der Zwitterstellung zwischen Partei und unabhängiger Vereinigung . . ., den Kampfbund . . . fortzuführen. Die Ortsgruppen sind, zumeist eng an die Partei angeschlossen, so selbständig geworden, daß sie ihr eigenes Schicksal in die Hand genommen haben . . .; die von der Partei eingeleitete Organisation dürfte die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen mit den politischen Gauleitern begünstigen und eine spätere Verschmelzung vorbereiten helfen . . ."
Die Ausführungen des Verlegers zeigten, daß der Prozeß des Erstarkens regionaler Kräfte infolge des Versagens der Münchener Zentrale seit den Thüringer Ereignissen weitergegangen war. Die Entwicklung hatte jetzt auch in der von dem späteren *Reichskulturwalter* Hans Hinkel geführten Ortsgruppe Berlin zu Selbständigkeitstendenzen geführt[76]. Es mangelte Rosenberg an Führungsqualitäten, Urban an Fähigkeiten auf dem Gebiet der Verwaltung, Stang an Übersicht und Organisationstalent und allen dreien an der Erkenntnis, daß der Kampfbund der Umwandlung in einen Verband zur Vertretung beruflicher Interessen bedurft hätte, um auf die Dauer lebensfähig zu sein. Der Tag der Machtergreifung aber änderte die Voraussetzungen. So wie er die noch kurz zuvor von der Spaltung bedrohte und in sich keineswegs gefestigte NSDAP rettete, so eröffneten sich nun auch für Alfred Rosenberg und seine Mitarbeiter neue politische Möglichkeiten.

2. Die Rolle des Kampfbundes im „Gleichschaltungs"-Prozeß (1933–1934)

Rosenberg erhielt erst ein Jahr nach dem Regierungsantritt Hitlers die Vollmacht, eine kulturpolitische Parteidienststelle zu errichten. Soweit diese Einfluß auszuüben vermochte, verdankte sie ihn in den ersten drei Jahren ihres Bestehens zu einem wesentlichen Teil einem Erfolg, der dem Kampfbund schon längere Zeit vor der Gründung des Amtes Rosenberg zuteil geworden war. Der KfdK zog Gewinn aus dem Prozeß der sogenannten *Gleichschaltung*: Er erlangte die Kontrolle über die beiden wichtigsten deutschen Theaterbesucher-Organisationen. Der *Verband der freien Volksbühne* und der *Bühnenvolksbund*[77], beides Vereinigungen mit jahrzehntelanger Tradition, wurden unter der Leitung von Dr. Stang in der *Deutschen*

Bühne e. V. zusammengeschlossen. Der neue Verband war eine Nebenorganisation des KfdK; beide unterstanden Rosenberg. Im Zusammenhang mit den darzustellenden Ereignissen entstand eine bestimmte innerparteiliche Interessenkonstellation, aus welcher sich im Januar 1934 die Ernennung Rosenbergs zum *Beauftragten des Führers* ergab.

Die Grundlage der Gleichschaltungs-Maßnahmen Rosenbergs war eine „Anordnung" von Rudolf Heß. Sie trug das Datum vom 11. April 1933 und hatte folgenden Wortlaut: „Der vom Kampfbund für deutsche Kultur gegründete Reichsverband ‚Deutsche Bühne' wird hiermit als einzige Theaterbesucherorganisation für die NSDAP anerkannt. Bereits bestehende nationalsozialistische Theaterbesucherorganisationen sind in die ... ‚Deutsche Bühne' überzuführen ... Die Gauleitungen und Ortsgruppen werden ersucht, den Ausbau dieser Organisation tatkräftig zu unterstützen ..."[78]

Rosenberg vermochte sich mit Hilfe der Anerkennung, welche in dieser Anordnung enthalten war, die Kontrolle über die Besucherorganisationen zu sichern, obwohl ihm, dem Text der Verfügung zufolge, eine Vollmacht zur Gleichschaltung nichtnationalsozialistischer Verbände[79] nicht verliehen und weder dem Bühnenvolksbund noch der Vereinigung der freien Volksbühne ein Befehl zum Anschluß an die Deutsche Bühne erteilt worden war. Heß hatte offiziell keine Befugnis, Vereinszusammenschlüsse zu verfügen. Aber es gab pseudolegale Mittel. Die Funktionäre konnten sich auf den psychischen Druck verlassen, den jede Bekanntmachung, die im Namen der Partei erging, auszuüben vermochte. Es war damit zu rechnen, daß die Leiter der Besucherverbände aus dem Anordnungs-Text den Schluß ziehen würden, die NSDAP werde fortan nur noch die Deutsche Bühne als einzigen deutschen Abonnenten-Verband dulden. Heß und seine Referenten hatten freilich Formulierungen gewählt, die noch zwei weitere Auslegungsmöglichkeiten zuließen: Es war nicht gesagt, daß Verbände, die gar nicht den Anspruch erhoben, der NSDAP nahezustehen, verboten seien und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Deutsche Bühne nicht den Status eines „parteiamtlichen" Verbandes in Anspruch nehmen konnte. Sie war die einzige entsprechende Organisation „für die NSDAP", nicht jedoch „der NSDAP". Aber von diesen Interpretationsmöglichkeiten konnten allenfalls Partei- und Staatsämter im internen Verkehr Gebrauch machen[80]. Es war nicht damit zu rechnen, daß Außenstehende es wagen würden, sich ihrer zu bedienen.

Nachdem Rosenberg die Vollmacht von Heß erhalten hatte, erließ er seinerseits eine „Anordnung", deren pseudolegaler Charakter gleichfalls offenkundig war: „Das deutsche Theater ist ideell und finanziell zusammengebrochen. Für seine innere Erneuerung und seinen äußeren Wiederaufbau wird der Reichsverband [Deutsche Bühne] eine wesentliche Grundlage bilden ... Darum werden die Landesleitungen und Ortsgruppen des Kampfbundes ... angehalten, die bestehenden Besucherorganisationen alsbald in den Reichsverband überzuführen und die Mitgliederwerbung ... zu fördern."[81] Rosenberg hielt sich mit dieser Verlautbarung formal in den Grenzen seiner Befugnisse als Leiter einer im juristischen Sinne „privaten" Organisation; in Wahrheit rechnete offensichtlich auch er mit der Wirkung, die eine solche öffentliche Verlautbarung ausüben würde. Rosenberg verstand es demnach trotz des politischen Unvermögens, das er im internen Machtkampf zeigte, sich schon in den ersten Wochen nach dem Regierungsantritt Hitlers gegenüber der Öffentlichkeit der Methode des indirekten Terrors zu bedienen.

Für ein Gelingen der Gleichschaltungs-Maßnahmen bestanden also von Anfang an gute Voraussetzungen. Rosenberg bedurfte aber zusätzlich der Unterstützung durch weisungsberechtigte Behörden oder andere Träger materieller Gewalt, damit seine Vorhaben durchgeführt werden konnten. Der „Erfolg", der ihm schließlich beschieden war, beruhte zum großen Teil darauf, daß er solche Unterstützung erhielt. Sie wurde ihm offenbar von einer Anzahl von Gauleitern gewährt, welche bereits wenige Monate nach der Machtergreifung die Aufsicht über eine Reihe von Landesregierungen und Provinzialverwaltungen ausübten[82]. Das größte „Verdienst" am Gelingen der Gleichschaltungs-Aktionen erwarb sich Hans Hinkel, der Führer der „Gruppe Berlin" des KfdK. Er war inzwischen als „Staatskommissar zur besonderen Verwendung" im Preußischen Kultusministerium tätig[83] und nützte seine dortige Stellung aus, um die Volksbühne und den Bühnenvolksbund, zumal diese vom Wohlwollen der Behörde abhängig waren[84], in die Organisation Rosenbergs überzuführen. Hinkel ging dabei geschickt vor und gab sich den Anschein, als komme er den gleichzuschaltenden Verbänden entgegen. Eine Pressemeldung vom 13. April 1933 zeigt dies deutlich: „Zwischen dem Vorstand des Bühnenvolksbundes und dem Vertreter des Kampfbundes . . ., Staatskommissar Hinkel, ist jetzt eine Vereinbarung getroffen worden, in der es heißt: Bühnenvolksbund und Kampfbund schließen sich auf der Grundlage und in Anerkennung der bisher vom Bühnenvolksbund geleisteten . . . Arbeit . . . zu einer einheitlichen nationalen und christlichen Theaterbewegung zusammen. Der neue Vorstand wird gemeinsam . . . gebildet. Hans Hinkel . . . wurde der Vorsitz angeboten . . ."[85]

Die Kampfbundleitung hätte allen Grund gehabt, Hinkel dafür dankbar zu sein, daß er es bereits verstanden hatte, eine entscheidende Position im Bühnenvolksbund zu gewinnen. Aber Urban war im Gegenteil empört, als er die zitierte Pressenotiz las. Er schrieb an Rosenberg, er vertrete den „Standpunkt . . ., daß vor allem in keiner Weise der Bühnenvolksbund eine Anerkennung finden . . . und daß es auch nicht mit der Umbesetzung der Vorstandschaft ein Bewenden haben solle". Es bestehe „die Forderung: Bühnenvolksbund geht im Kampfbund . . . auf oder er wird zerschlagen". Urban verfolgte außerdem die Selbständigkeitstendenzen der Berliner KfdK-Gruppe – und hier hatte er zweifellos berechtigten Grund zur Klage – mit Argwohn. Aus der Zeitungsnotiz ging hervor, daß Hinkel sich das Recht genommen hatte, im Namen der Reichsleitung des Kampfbundes zu sprechen und zu handeln[86]. Der Berliner Landesleiter dürfte schon längere Zeit zuvor erkannt haben, daß der KfdK unter Führung von Rosenberg und Urban nie zu der großen Kulturorganisation werden konnte, von deren Aufstieg sich Hinkel selber eine wesentliche Förderung seiner Interessen versprach.

Die internen Rivalitäten wirkten sich auf die Gleichschaltungs-Aktionen vorerst nicht aus, und so wurde Hinkel nicht daran gehindert, Rosenberg endgültig zum Erfolg zu verhelfen. Der Staatskommissar übernahm am 22. April 1933 während einer Vorstandssitzung offiziell den Vorsitz des Bühnenvolksbundes. Der Vorstand wurde durch „Hinzuwahl" Urbans, Stangs, des nationalsozialistischen württembergischen Kultusministers Mergenthaler und seines preußischen Kollegen Rust „erweitert". Die Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Brünker und Rudolf Rößler, versuchten in den folgenden Wochen, Widerstand zu leisten. Sie erkannten schnell, daß der Gleichschaltungs-Vorgang rechtlich unzulässig war, weil der Vorstand zu so weitgehenden Beschlüssen ohne Befragen der Landesverbände gar kein Recht gehabt

hatte. Ein Gericht entschied zu Gunsten der Geschäftsführer und bestellte Heinrich Bachmann, den Schriftleiter der Zentrumszeitung „Germania", zum kommissarischen Vorsitzenden. Aber gegen die gesammelte Macht des Staates vermochten Brünker und Rößler nichts auszurichten. Hinkel warf ihnen in öffentlichen Erklärungen, die über Rundfunk und Presse verbreitet wurden, „unerhörte Sabotage" vor. Stang drängte einen der aus naheliegenden Gründen besorgten Gläubiger des Bühnenvolksbundes, Konkursantrag zu stellen. „Die Mehrzahl der Landesverbände" soll sich der Deutschen Bühne schon zuvor „freiwillig" zur Verfügung gestellt haben[87]. Rudolf Rößler floh in die Schweiz. Sein Name wurde nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt, als sich herausstellte, daß Rößler, nachdem er die Entwicklung des Hitler-Regimes sechs Jahre lang mit Besorgnis verfolgt hatte, in den Dienst einer sowjetischen Nachrichten-Organisation getreten war. Er soll zu einem ihrer erfolgreichsten Agenten geworden sein[88].

Die Gleichschaltung des Verbandes der freien Volksbühne vollzog sich äußerlich unter weniger dramatischen Umständen. Die Organisation war aus Vereinen hervorgegangen, welche um die Jahrhundertwende gegründet worden waren, um Carl Sternheim, Gerhart Hauptmann und den Autoren des Naturalismus den Weg zu ebnen[89]. Sie stand der Arbeiterbewegung nahe und es bestand angesichts der raschen Ausschaltung der SPD wohl kaum noch die Möglichkeit, Versuche zur Rettung des Verbandes zu unternehmen. Stang konnte schon am 1. Juni 1933 an Rosenberg schreiben, „die Heranziehung der wertvollen Kräfte der Volksbühnenorganisationen" sei „reibungslos" vor sich gegangen. „Die Reichszentrale und im besonderen die vollkommen selbständigen Ortsgruppen" hätten sich der Deutschen Bühne „bedingungslos ... zur Verfügung" gestellt. Der Kampfbund war dadurch in den Besitz eines „Vermögenswertes von 250 000 RM" gekommen[90]. Aus den gleichgeschalteten Verbänden wurden 300 000 Mitglieder der Deutschen Bühne überschrieben. Wenn man den Angaben Stangs glauben darf, so zählte seine Organisation auf Grund intensiver Werbung im Juni 1934 1 Million Angehörige. Am Ende des Jahres 1935 sollen es noch 500 000 Mitglieder mehr gewesen sein[91].

Es galt nun, den errungenen Einfluß über den Bereich des Theaterwesens hinaus auszudehnen und den KfdK zu einer Organisation auszubauen, die in der Lage sein würde, die gesamte Kulturpolitik des Dritten Reiches zu beeinflussen. Um jeweils rechtzeitig an Ort und Stelle sein zu können, wurde die Leitung des Kampfbundes nach Berlin verlegt. Sie erhielt ein Büro im Berliner Schloß, während Rosenberg sein Hauptquartier in einem Seitenflügel des Hotels Adlon aufschlug. Im April 1934 wurden beide Stellen im Hause Margaretenstraße 17 im Tiergartenviertel vereinigt, wo auch der Dienstsitz des späteren Amtes Rosenberg errichtet wurde[92].

Hatte die Gleichschaltung der Besucherverbände bereits gezeigt, daß Rosenberg auf die Unterstützung staatlicher oder quasi-staatlicher Behörden angewiesen war, wenn seine Pläne Erfolg haben sollten, so war es notwendig, sich dieser Hilfe auch fortan zu versichern. Aber einen Befehlsweg zwischen der Kampfbund-Leitung und den Ämtern des Staates gab es nicht. Es war die Frage, wie man die institutionellen Voraussetzungen dafür schaffen konnte, daß Wünsche einer Parteidienststelle oder eines der Partei nahestehenden Verbandes von den staatlichen Behörden auch durchgeführt wurden. Rosenberg und seine Mitarbeiter standen damit vor der Frage des Verhältnisses zwischen „Partei und Staat", jenem „Zentralproblem jedes Einparteienstaates", welches, wie man mit Recht bemerkt hat, von Hitler „wohl ganz bewußt bis

zum Ende des ‚Dritten Reiches' offengelassen" worden ist[93]. Es hätte einer verbindlichen Ideologie und klarer Vorstellungen über den Aufbau eines „Dritten Reiches" sowie einer nicht nur auf die Befestigung der persönlichen Machtstellung des Diktators berechneten „Theorie" bedurft, um es zu lösen. Aber diese Voraussetzungen fehlten. Hitler war gar nicht willens, sie zu schaffen. Es zeigte sich jetzt, daß er seine schon während der „Kampfzeit" in der Partei ausgebildeten „Führungs"-Methoden auch auf den Staat übertrug. Daher konnte sich nun eine Fülle von Interessen- und Kompetenz-Konflikten entwickeln, von denen diejenigen, die sich aus dem Dualismus von Partei und Staat ergaben, im Widerspruch zu den Proklamationen über die „Einheit von Partei und Staat" und über die Partei als der „einzigen Trägerin der Staatsgewalt" standen[94]. Diese Formeln wurden nur selten durch eine Anordnung Hitlers konkretisiert, und die dann getroffene Regelung galt nur für den jeweiligen Einzelfall. Eine Parteidienststelle mußte sich an den Stellvertreter des Führers wenden, wenn sie Forderungen an ein Ministerium stellen wollte, denn Heß war mit der „Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei mit den öffentlichen Behörden" beauftragt worden[95]. Er besaß darüber hinaus die „Vollmacht, in allen Fragen der Parteileitung" im Namen Hitlers „zu entscheiden"[96]. Aber die Anordnungen Heß' ließen in zahlreichen Fällen verschiedene Auslegungsmöglichkeiten zu und boten keine Gewähr dafür, daß der Führungsanspruch der Partei gegenüber dem Staat auch durchgesetzt werden konnte.

Eine Anzahl hoher Funktionäre der NSDAP erkannte schon 1933 oder früher, daß es für sie in erster Linie darauf ankam, ohne Rücksicht auf theoretische Erörterungen über den Primat der NSDAP die Positionen in den Ministerien und anderen Staatsbehörden zu besetzen, um sich der Kompetenzen dieser Stellen und der Macht, die sie dank ihrer Weisungsbefugnis auszuüben vermochten, bedienen zu können. Unter denen, die die Lage richtig beurteilten, befand sich Goebbels, der es nach der Machtergreifung verstand, langgehegte Pläne für ein Propaganda-Ministerium zu verwirklichen[97]. Auch mehrere Mitarbeiter der Abteilung Volksbildung des Braunen Hauses wählten den Weg zum „Staat" und übernahmen Stellungen im Propaganda-Ministerium[98]. Goebbels war indessen auch für den Fall gesichert, daß die entscheidenden Funktionen eines Tages auf die Partei übergehen würden, denn er bekleidete auch den Posten des Reichspropagandaleiters der NSDAP[99].

Das Prinzip der Personalunion zwischen Partei- und Staatsämtern war für einen auf die Sicherung und den Ausbau seiner Befugnisse bedachten Parteifunktionär zweifellos die wirkungsvollste Methode, um in seinem Tätigkeitsgebiet den Dualismus zwischen beiden Bereichen nicht nur zu überwinden, sondern auch zum Vorteil des eigenen Amtes ausnutzen zu können. Für die Inkonsequenz, mit welcher Hitler seinen Grundsatz „Divide et impera" anwandte, ist es bezeichnend, daß er die Vereinigung von Partei- und Staatsbefugnissen im Falle von Goebbels – später auch im Falle Himmlers – zuließ. Rosenberg erkannte die verschiedenen machtpolitischen Möglichkeiten zunächst nicht. Er und seine Mitarbeiter gingen wie selbstverständlich von der Annahme aus, daß die Positionen in der Partei die wichtigeren wären und daß es nur eine Frage der Zeit sei, bis die Parteidienststellen die führende Rolle im Staat übernehmen würden. Dies zeigt sich deutlich in einem Schreiben Urbans an Rosenberg vom 1. Mai 1933, in dem der Übertritt des Leiters der Konkurrenz-Dienststelle in eine Staatsbehörde geradezu als machtpolitischer Abstieg aufgefaßt wird, den sich Rosenbergs Organisation zunutze machen solle:

„Dr. Buttmann ist in die Kulturabteilung des R[eichs-]I[nnen-]M[inisteriums] gekommen. Damit könnte ev[entuell] für uns ein günstiger Moment gekommen sein, für die Klärung der Abt[eilung] Volksbildung der NSDAP. Ziel: Anerkennung des KfdK als einzige⟨r⟩ Kulturorganisation der NSDAP. Auflösung der Abt. Volksbildung vor allem in den Gauen und Ortsgruppen. — Es wäre dringend notwendig, daß Sie ... mit dem Führer selbst in diesem Sinne sprechen würden. Aber Sie müssen es selbst tun, damit sich nicht Herr Hinkel einschaltet ... H[inkel] würde sicher dabei seine Person nicht zurückstellen, sich u[nter] U[mständen] von Heß autorisieren lassen für Kompetenzen, die in Ihrer Hand bleiben müssen, soll der Kampfbund nicht völlig in das Berliner Fahrwasser geraten ... Es müßten dann noch Vorschläge für die Zusammenarbeit Behörden und Kampfbund gemacht werden, wobei ich daran dachte, daß alle Behörden für die verantwortliche und referentenmäßige Mitarbeit nur KfdK-Leute heranziehen sollten. Bei den Spitzenbehörden ist es ja meistens schon der Fall... Des weiteren muß der Kampfbund offiziell zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den großen NS-Organisationen kommen. Hierfür habe ich schon einiges in die Wege geleitet ... Frank II ist bereit, den NS-Juristenbund einzugliedern ... Mit dem Stabschef habe ich gesprochen. Er war sehr angetan, eine Verbindung SA–KfdK herzustellen ... Ärztebund wird sicher auch zu haben sein ... NS-Lehrerbund wird an Hand unserer Beziehungen zu Schemm sehr gut gehen ... Schirach versprach sich sehr viel von einer Arbeitsgemeinschaft ... Ihre Idee, in die Reichsleitung des Kampfbundes ev[entuell] Rust einzubeziehen, hat gegen sich, daß andere Kultusminister (z. B. Schemm) vergrämt sein könnten ..."[100]
Der beherrschende Gedanke dieser Ausführungen ist der des Bündnisses „mit den großen NS-Organisationen", wobei offen blieb, welchen Gewinn Röhm, Schirach, Schemm und andere aus der in Aussicht genommenen Mitgliedschaft in der „Reichsleitung" des KfdK ziehen sollten. Urban irrte sich, als er meinte, diese Führer zum Teil einflußreicher Gliederungen und Verbände der NSDAP hätten an einer näheren Verbindung zum Kampfbund jenes Interesse, das er ihnen unterstellte. Es war kaum zu verkennen, daß der KfdK danach strebte, die kulturellen Veranstaltungen dieser Organisationen maßgeblich beeinflussen zu dürfen. Das Angebot einer solchen „Mitarbeit" scheint als „Einmischung" aufgefaßt worden zu sein. Daher scheiterte Urbans Plan. Er wurde nicht wieder erwähnt und keiner der angesprochenen Parteiführer trat einem Gremium des Kampfbundes bei.
Die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen wurde von Urban dagegen völlig unterschätzt. Die „Verdienste" Hinkels bei der Gleichschaltung der Besucherorganisationen blieben unberücksichtigt. Der Argwohn gegen ihn verhinderte eine Anerkennung. Ein Bündnis mit seinem Vorgesetzten Rust, dem preußischen Kultusminister, wurde nicht als vordringlich angesehen. Rosenberg und Urban fehlte die Einsicht, daß es gerade darauf angekommen wäre, die Verbindungen zum „Staat" zu festigen und die wenigen institutionellen Voraussetzungen für einen kulturpolitischen Einfluß der KfdK-Leitung nach Kräften zu nützen. Es bedeutete wenig, daß KfdK-Angehörige Referentenposten in den Kulturverwaltungen übernahmen, wenn Rosenberg und Urban nicht in der Lage waren, sich der dadurch entstehenden politischen Möglichkeiten zu bedienen. Die KfdK-Leitung hätte vor allem mit Goebbels verhandeln müssen, da ihr an der Auflösung der nach dem Weggang Dr. Buttmanns führerlosen Abteilung Volksbildung gelegen war, denn das Referat unterstand seit dem Sturze Strassers der Reichspropagandaleitung der NSDAP.

Aber Urban sah die Gefahr, die den Organisationen Rosenbergs von den Dienststellen Goebbels' drohte, noch nicht. Zudem herrschte zwischen dem Propagandachef und Rosenberg schon seit der „Kampfzeit" ein latenter Spannungszustand[101]. An ein Gespräch scheint deshalb zunächst nicht gedacht worden zu sein.
Verzichtete Urban auf ein Bündnis mit staatlichen Behörden, so versprach er sich wesentlichen Gewinn von der „Anerkennung des KfdK als einzige⟨r⟩ Kulturorganisation der NSDAP". Das gesteckte Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Der Stellvertreter des Führers erkannte den Kampfbund Ende Mai 1933 lediglich „als die von der NSDAP zu fördernde Kulturorganisation"[102] an. Der Verband erhielt also noch immer keinen parteiamtlichen Status. Wie die bisherige Entwicklung der Deutschen Bühne gezeigt hatte, brauchte das kein Hindernis für einen machtpolitischen Aufstieg zu sein, sofern Rosenberg nur enge Verbindung mit den weisungsberechtigten Stellen hielt[103]. Das mochte um so leichter sein, als er am 2. Juni 1933 zusammen mit sechzehn anderen Funktionären zum *Reichsleiter der NSDAP* ernannt wurde. Die Verleihung des an diesem Tage neu geschaffenen Titels brachte einen Prestigegewinn, wenngleich keine neuen Kompetenzen. Die institutionellen Probleme blieben ungelöst[104].
Unter solchen Voraussetzungen hatten sich Rosenberg und der Kampfbund vom Sommer 1933 an mit einer Reihe kulturpolitischer und ideologischer Probleme zu befassen. Dazu gehörten die Angriffe einer Gruppe junger, der Partei angehöriger Künstler und Studenten gegen die vom KfdK betriebene Diffamierung der modernen Malerei sowie die Auseinandersetzungen um die sogenannten *Deutschen Christen*. Führer der studentischen Opposition waren die Maler Otto Andreas Schreiber und Hans Weidemann. Am 29. Juni 1933 fand im Auditorium Maximum der Berliner Universität eine Kundgebung des NS-Studentenbundes statt. Unter den Versammelten befand sich Geheimrat Ludwig Justi, der Direktor der Nationalgalerie. „Der Versuch der kunsthistorischen Dogmenbildung durch unschöpferische Menschen liegt wie ein Alpdruck auf allen jungen Künstlern unserer Bewegung . . .", erklärte Schreiber unter dem Beifall der Anwesenden und fuhr fort: „Die nationalsozialistischen Studenten kämpfen gegen die Kunstreaktion, weil sie an die lebendige Entwicklungskraft der Kunst glauben und weil sie die Verleugnung der deutschen Kunstgeneration, die der heutigen vorausging, und deren Kräfte in die Kunst der Zukunft einmünden, abwehren will . . . Das Lebenselement der Kunst ist die Freiheit . . ."[105] Schreiber erklärte die Kampfbund-Gruppen an den Kunstakademien Berlins für aufgelöst. Eine öffentliche Diskussion setzte ein; der Maler Karl Hofer veröffentlichte eine Stellungnahme, und es schien auch unter nationalsozialistischer Herrschaft noch Hoffnungen auf eine fruchtbare Weiterentwicklung der Kultur zu geben.
Rosenberg griff angesichts der für ihn bedrohlichen Vorgänge zum Mittel der politischen Denunziation. Er bezeichnete Otto Andreas Schreiber als einen „kulturellen Otto Strasser" und verglich die akademische Opposition in einem Artikel im Völkischen Beobachter mit der *Schwarzen Front*[106], die der Bruder Gregors geschaffen hatte. Die Begründung, die Studenten wollten die Revolution um der Revolution willen herbeiführen, wie es das Ziel Otto Strassers gewesen sei, war offensichtlich erfunden. Das Wort des neu ernannten Reichsleiters wirkte aber in gewünschter Weise. Schreiber mußte sich am 14. Juli 1933 öffentlich entschuldigen. Hinkel gewährte Rosenberg erneut Unterstützung und kündigte „schärfste Maßnahmen" an „gegen alle Diskussionen nationalsozialistischer Künstlerschaft", sofern sie „gegen-

einander" gerichtet seien[107]. Schreiber und seine Freunde wagten es dennoch, am 22. Juli 1933 in einer Privat-Galerie die Ausstellung „Dreißig deutsche Künstler" zu eröffnen. Werke von Ernst Barlach, Emil Nolde, Christian Rohlfs, Max Pechstein und anderen waren zu sehen. Die Schau wurde nach dreitägiger Dauer auf Anordnung des Reichsinnenministers Frick geschlossen. Schreiber und eine Reihe anderer Studenten mußten aus dem NSDStB ausscheiden. Die Ereignisse hatten einen bemerkenswerten Hintergrund: Schreibers Freund Hans Weidemann bekleidete eine Stellung im Propagandaministerium. Das blieb in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet und führte im Zusammenhang mit anderen Beobachtungen zu der naheliegenden Vermutung, daß Goebbels die Unternehmungen der Künstler insgeheim fördere[108]. Ob er handelte, weil er Qualitätsmaßstäbe damals noch gelten ließ, und inwieweit seine Verachtung für Rosenberg schon eine Rolle spielte, ist schwer zu beurteilen.

Eine zweite weltanschauliche Frage, welche Rosenberg im Sommer und Herbst 1933 stark beschäftigte, betraf das Verhältnis der NSDAP zu den Deutschen Christen. Die Entwicklung möge im folgenden kurz dargestellt werden, da die spätere Ernennung des Reichsleiters zum *Beauftragten des Führers* damit in Zusammenhang gebracht worden ist. Die Förderung, welche die sogenannte „nationalkirchliche" Bewegung genoß, hatte ihren Grund zum Teil in der von Hitler vertretenen Auffassung, er könne mit ihrer Hilfe eine einheitliche protestantische Kirche „als Gegengewicht gegen die römische"[109] schaffen. Der *Führer* meinte, er könne die Evangelische Kirche wie einen Verein gleichschalten[110]. Rosenberg dagegen glaubte nicht an die Funktionsfähigkeit eines Bündnisses mit den Deutschen Christen. Er sah in der Förderung dieser Religionsgemeinschaft durch die Partei auch eine Gefahr für die Reinheit der nationalsozialistischen Lehre. Am 16. August 1933 erklärte er im Völkischen Beobachter, der Nationalsozialismus könne „sich nicht zur politischen Stütze der einen oder anderen kirchlichen Gruppierung hergeben"[110a]. Als statt der von Hitler erhofften Vereinheitlichung eine Kirchenspaltung eintrat und gegen die Deutschen Christen ein *Pfarrernotbund* unter Martin Niemöller gebildet wurde, dessen bloße Existenz dem Prestige des Regimes abträglich war, pflichtete der Stellvertreter des Führers der Ansicht Rosenbergs am 13. Oktober 1933 durch eine öffentliche Erklärung bei. „Kein Nationalsozialist", so hieß es darin, „dürfe irgendwie benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekenne."[111]

Die weltanschauliche Einheit der Partei wäre durch die beiden Verlautbarungen wieder hergestellt gewesen, hätte Hitler die Idee eines Bündnisses mit den Deutschen Christen sowie mit dem Reichsbischof Müller nicht noch weiter verfolgt. Seine Haltung war unentschieden. Als die „nationalkirchliche" Bewegung im November 1933 den sogenannten „Sportpalastskandal" verursachte, sprach er sich gegenüber einigen Beamten des Reichsinnenministeriums mehrfach gegen Müller aus. Das, was er sagte, schien freilich „im Affekt gesprochen . . ., daher wie immer unklar wie ein delphisches Orakel"[112]. Frick, der darauf drängte, den Reichsbischof und die Deutschen Christen sich selbst zu überlassen, versuchte Hitler zu bewegen, Müller, Niemöller und weitere Vertreter der gegnerischen Gruppen gemeinsam zu empfangen, die Klagen anzuhören und eine Entscheidung zu treffen. Das Gespräch fand nach mehrfacher Verschiebung am 25. Januar 1934 statt. Der Verlauf ist bekannt. Es gelang dem dazwischentretenden Göring, Hitler zu einem Zornesausbruch gegen Niemöller zu provozieren. Die Auseinandersetzung endete mit einer Stärkung Mül-

lers und der Deutschen Christen[113]. Hitler unterstütze weiterhin diejenige Kirchenpartei, die seinem Regime mit Sympathie gegenüberstand. Gewiß entzog er dem erfolglosen Reichsbischof im Sommer 1935 die wichtigsten Befugnisse, indem er einen *Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten* ernannte. Aber die Hoffnung auf eine einheitliche gleichgeschaltete Reichskirche gab er erst 1937 auf. Bis dahin vertrat er eine Politik, welche der von Rosenberg empfohlenen widersprach. Inwieweit dessen Ernennung mit dem Streit um die Deutschen Christen zusammenhing, wird später zu untersuchen sein[114].

Zu den ideologischen Auseinandersetzungen traten seit dem Sommer 1933 machtpolitische Gefahren, die Rosenberg in hohem Maße beunruhigten, da sie die Anfangserfolge des Kampfbundes in Frage stellten. Es entstanden drei Konkurrenz-Organisationen: der *Reichsbund Volkstum und Heimat (RVH)*, die *Reichskulturkammer (RKK)* und die *NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' (NSG KdF)*. Größere Bedeutung erhielten auf längere Sicht nur die zweit letztgenannten Verbände, aber Rosenberg erkannte dies nicht rechtzeitig. Ihn beschäftigte vor allem das Anwachsen des Reichsbundes Volkstum und Heimat, denn dieser behinderte die Gleichschaltungs-Tätigkeit des Kampfbundes. Dessen Aktivität war inzwischen über den Bereich des Theaterwesens ausgedehnt worden. Die Landes- und Ortsgruppenleiter des KfdK traten überall im Lande an die Vorsitzenden der zahlreichen Laienkultur-Verbände heran. Sie wiesen die Geschichts-, Museums-, Natur-, Grenzland-, Orts- und Heimatvereine auf die dem Kampfbund durch den Stellvertreter des Führers erteilte Anerkennung als „die von der NSDAP zu fördernde Kulturorganisation" hin. Der Erfolg dieser Maßnahmen war unterschiedlich und stark von örtlichen Gegebenheiten abhängig. Die Vereinsvorsitzenden sahen sich vielfach einer verhüllten Drohung gegenüber. Nur wenige hatten den Willen und die Möglichkeit, dem Vorgehen der örtlichen Funktionäre entgegenzutreten[115]. Wenn die Gauleiter der Partei die Gleichschaltungs-Aufforderungen der KfdK-Obleute durch besondere Befehle an das Funktionärskorps der NSDAP unterstützten, war der Widerstand nahezu aussichtslos. Solche Befehle scheinen in etwa acht von damals zweiunddreißig Inlands-Gauen ergangen zu sein[116]. Die Mitgliedszahl des Kampfbundes stieg von 6 000 im Januar auf 38 000 im Oktober 1933[117].

Die Dauerhaftigkeit der Vereins-Gleichschaltungen wurde in Frage gestellt, als mit dem Reichsbund Volkstum und Heimat (RVH) ein zweiter Verband auftrat, der sich gleichfalls um den Zusammenschluß der Laienkulturvereine bemühte. Der Reichsbund hatte von vornherein bessere politische Aussichten, da er keine Gleichschaltung im üblichen Sinne des Wortes betrieb und die Vorsitzenden der angesprochenen Verbände schnell erkannten, daß der Reichsbund ihr Eigenleben unter den gegebenen Umständen noch am wenigsten antastete. Der RVH legte offensichtlich Wert auf die selbständige Arbeit der Einzel-Vereine, zeigte nicht im entferntesten die Radikalität des Kampfbundes und gewann auf diese Weise, ohne es anfänglich gewollt zu haben, die Funktion eines Schutzverbandes gegen die Organisation Rosenbergs. Dies lag zum großen Teil daran, daß es dem Leiter des Vereins, dem noch nicht 24jährigen Studenten Werner Haverbeck, beim Zusammenschluß der Laienkultur-Gruppen nicht zuerst um diese selbst, sondern um den Versuch zur Schaffung eines Jugendverbandes für musische Erziehung ging. Haverbeck war von 1929 bis 1932 in der Reichsführung der Hitler-Jugend und im NS-Studentenbund tätig gewesen und seines Amtes Ende 1932 ohne Angabe von Gründen enthoben wor-

den. Hinter den im einzelnen nicht bekannten Vorgängen stand ein Streit, den man in den Dokumenten der Zeit durch die Alternative zwischen „Verinnerlichung der Jugendarbeit" und nur „wehrsportlicher Ertüchtigung" zu charakterisieren versuchte[118]. Haverbeck machte Schirach die „Ausrichtung" der Hitler-Jugend nach paramilitärischen Grundsätzen zum Vorwurf und glaubte durch Schaffung eines Verbandes, der die „Volkskultur" vor allem unter der Arbeiterjugend fördern sollte, der „nationalen Erneuerung" dienen zu können, die er und viele andere seiner Generation nach der Machtergreifung erhofften. Haverbeck schuf zusammen mit Freunden aus der Bündischen Jugend Laienspiel- und Volksmusikgruppen in zahlreichen Industriebetrieben. Diese Gruppen hießen offiziell *Stoßtrupps* und sollten „Vorbild des volkskulturellen Wollens des Arbeitertums" sein[119]. Sie bestanden aus Jugendlichen, die über 18 Jahre alt waren und von der Hitler-Jugend nicht mehr „erfaßt" werden konnten. Der Versuch, das öffentliche Leben von der „Volkskultur" her umfassend und mit Hilfe einer Massen-Organisation zu beeinflussen, begann scheinbar erfolgversprechend. 63 000 Teilnehmer sollen binnen eines Jahres 350 Werksingwochen besucht haben. Die Losung hieß: „Der deutsche Arbeiter singt wieder." „Ostpreußen meldete zahlreiche Blockflötenlehrgänge an." Am Vorabend des 1. Mai 1934 führten „6 Kettenfeuerlinien ... vom Herz des Reiches, dem Brocken, bis zu den Grenzen"[120].

Haverbeck hatte für seine Pläne die Unterstützung von Rudolf Heß gefunden. Dieser unterzeichnete am 27. Juli 1933 eine kurz darauf veröffentliche „Verfügung", in welcher es hieß: „Der Reichsbund Volkstum und Heimat ist der für das Gebiet der Volkstumsarbeit innerhalb der Reichsgrenzen von der Reichsleitung der NSDAP einzig und als maßgeblich anerkannte Bund. Die Gliederungen der NSDAP haben den Bund bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu unterstützen ..."[121] Eine Erklärung über Rechte und Pflichten des RVH erfolgte nicht. Es war aber zu erwarten, daß der Verband ähnliche Befugnisse beanspruchen würde, wie sie sich der Kampfbund zuschrieb, weil dieser als „die von der NSDAP zu fördernde Kulturorganisation" anerkannt worden war. Daß Heß hier ein neues Wettbewerbs-Verhältnis geschaffen hätte, weil es ihm darum gegangen wäre, dem Herrschafts-Prinzip vorsätzlicher Machtteilung zu folgen, ist wenig wahrscheinlich, da es sich ohnehin nicht um politisch bedeutsame Organisationen handelte. Die Vorgänge zeigen vielmehr, daß die Gründe für die Desorganisation im nationalsozialistischen Herrschaftsapparat unter anderem auch in der Geschäftsunfähigkeit zahlreicher Funktionäre gesucht werden müssen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Rolle von Rudolf Heß zu beachten.

Den „Stellvertreter des Führers", so hat man treffend gesagt, „empfahlen weder demagogisches Talent oder taktisches Geschick noch auffallende Intelligenz, Brutalität oder ideologische Verdienste. Scheu, vielfach gehemmt und von einer bisweilen geradezu hinterwäldlerisch wirkenden Bescheidenheit, war er nur immer gläubig und angestrengt treu ...". Selten wurde „ein so hohes Amt mit einem so geringen Maß an machtkundiger Intelligenz verwaltet ..."[122]. Hitler dürfte seinen bisherigen Privatsekretär Heß nach dem Abfall Gregor Strassers wohl in erster Linie um seiner unbezweifelbaren „Treue", nicht um seiner Unzulänglichkeiten willen gewählt haben. Denn der Diktator ließ es ja zu, daß die Dienststelle des Stellvertreters des Führers allmählich in die Hände Martin Bormanns überging, der über „machtkundige Intelligenz" in ausreichendem Maße verfügte. Ausschlaggebend für Hitler

war die unbedingte, kritiklose Ergebenheit eines Funktionärs. Daß Bormann diesen Anforderungen entsprach, steht außer Zweifel[123].

Rosenberg verhandelte, solange Heß im Amt war, in der Regel mit diesem und nicht mit Bormann. Die Frage des Reichsbundes Volkstum und Heimat wurde mehrfach mit dem Stellvertreter des Führers besprochen. Wenn in diesem Falle Befugnisse vergeben wurden, die sich mit denen überschnitten, welche der KfdK beanspruchen konnte, so deutet dies nicht auf wohlüberlegte politische Taktik, sondern auf den Sieg der derzeit „stärksten Gruppe", der Heß unterlag, weil er hier wie in so vielen anderen Fällen „dem Partner nichts entgegenzusetzen hatte"[124]. Denn Haverbeck trat nicht nur zusammen mit einer Gruppe jüngerer Mitarbeiter auf, deren Begeisterung für die eigene Sache ihren Eindruck auf Heß nicht verfehlt haben dürfte, sondern konnte auch auf die Unterstützung seiner Pläne durch den Münchener Historiker Karl Alexander von Müller verweisen, der Heß gut bekannt war. Müller hatte sich schon im Mai 1933 bereit erklärt, den Vorsitz im „Führerrat" des Reichsbundes zu übernehmen, beschränkte sich freilich auf eine nominelle Schirmherrschaft[125].

Heß erteilte Haverbeck Anweisung, zunächst die Ansicht Rosenbergs zu hören, bevor ein neuer Verband gegründet werde. Der Student soll Rosenberg erklärt haben, „daß er nicht daran denke, in die breite Masse zu gehen, sondern sich auf die Ausbildung einer Führergeneration in der ganzen Volkstumsarbeit zu beschränken"[126]. Rosenberg will geantwortet haben, daß Haverbeck „sehr gut mitüberwachen könne, wenn der K. f. d. K. größere Veranstaltungen habe, wo auch Volkstumsarbeit ins Programm mithineinspiele". Haverbeck soll seinerseits vorgeschlagen haben, daß der Reichsleiter seinen Verband „auflösen könne und eine ganz neue Organisation mit ganz bestimmtem beschränktem Programm gründen" möge. Rosenberg lehnte dies „nach reiflicher Überlegung" ab[127]. Die in dem Vorschlag Haverbecks enthaltene Andeutung, daß der Kampfbund für die von dem Studenten geplante Laienkultur-Bewegung zu schlecht organisiert und nach zu doktrinären Grundsätzen geführt sei, dürfte der Reichsleiter schwerlich verstanden haben. Heß indessen stimmte Haverbeck offenbar zu, denn am 27. Juli 1933 unterzeichnete er die erwähnte Erklärung über den Reichsbund. Rosenberg erhielt davon am 17. August Kenntnis und protestierte sogleich: „Die Veröffentlichung ... könnte ... ein Durcheinander in viele Kreise bringen, und man wird es nicht verstehen, warum dem K. f. d. K., der diese Jahre über gearbeitet hat, plötzlich ohne jede Vorbesprechung ein großer Teil seiner Arbeit herausgerissen worden ist."[128]

Heß ließ die Beschwerde unbeachtet und gab auch in Zukunft stärkeren Einflüssen nach, von denen sich Spuren in den weiteren Beschwerdebriefen Rosenbergs finden: Haverbeck konnte im August oder September dem Reichsleiter gegenüber „brüsk" erklären, „daß die betreffenden Persönlichkeiten, mit denen er jetzt arbeite, es schon damals abgelehnt hätten, in den K. f. d. K. einzutreten"[129], und er dürfte dies Heß noch nachdrücklicher dargelegt haben. Dieser soll während einer neuen Verhandlung mit Rosenberg im Beisein Haverbecks etwa Mitte Oktober 1933 wieder anderen Sinnes geworden sein: „Es hätte sich herausgestellt, daß das Nebeneinanderarbeiten zu unerträglichen Zuständen geführt habe. Es sei deshalb notwendig, daß sich der Reichsbund ... in den K. f. d. K. eingliedere." „Acht Tage später" habe Heß erklärt, „es hätte sich doch wieder herausgestellt, daß die Volkstumsarbeit eine Sache für sich sei" und den Vorschlag unterbreitet, der Reichsleiter möge nunmehr

„die Führung ... übernehmen"[130]. Am 25. Oktober 1933 erschien eine neue Verfügung, durch die Heß im Gegensatz zu diesen Äußerungen dem Reichsbund „als eigenständiger und unabhängiger Organisation die Volkstums- und Heimatarbeit ausschließlich" übertrug und anordnete, daß „die auf diesem Gebiet liegende Arbeit anderer Verbände in den Reichsbund ... einzugliedern" sei[131].

Viele Einzelheiten des Geschehens sind aus den Briefen Rosenbergs nicht zu erkennen, aber es scheint doch unabweislich zu sein, daß Heß seine Ansichten mehrfach änderte und daß kaum eine Spur planvollen Handelns oder abwägender Taktik vorhanden war. Haverbeck vermochte sich bei Heß offensichtlich geschickter durchzusetzen als Rosenberg, und dies wohl deshalb, weil er von den Volkstums-Vereinen selbst Unterstützung erhielt. Das ergibt sich gleichfalls aus den Beschwerdebriefen Rosenbergs: Unter der Schirmherrschaft des Reichsleiters war im April 1933 der *Bund deutscher Osten (BdO)* gegründet worden, der die verschiedensten Grenzland-Vereine gleichzuschalten versuchte und nach Rosenbergs Worten „den alten liberalen und Zentrumsvereinigungen eine Sabotage an der Grenze unmöglich ... machen" sollte[132]. Die verleumderische Aggressivität, mit der der Reichsleiter die Arbeit der früheren Grenzland-Vereine charakterisierte, erklärt zugleich, warum sich diese Gruppen seinen Organisationen zu entziehen trachteten, sobald sich durch das Auftreten des Reichsbundes eine Gelegenheit dazu ergab. Der RVH soll im Herbst 1933 „emsig an der Arbeit" gewesen sein, „um durch Rundschreiben an alle angeschlossenen Verbände diese Vereinigungen [aus dem BdO] wieder herauszulösen".

Der „Reichsbund heimattreuer Ost- und Westpreußen", der, wie Rosenberg das ausdrückte, „am 5. August einstimmig seine Auflösung" und den Beitritt zum Bund deutscher Osten „beschlossen" haben soll, wurde nach Erscheinen des RVH wieder durch seinen früheren Vorsitzenden, „einen alten Systemmann", geführt, und soll dem Bund deutscher Osten bereits mit gerichtlichen Schritten gedroht haben, falls er die Geschäftsräume des Verbandes nicht wieder frei gebe. Rosenberg führte diesen Fall nur als einen unter vielen an. Überall arbeite der RVH mit den lange vor 1933 gewählten Vereinsleitern zusammen, obwohl diese „zum größten Teil liberal oder reaktionär" seien und „der Bewegung überhaupt nicht angehört" hätten[133].

Heß wurde der Notwendigkeit, peinliche Beschwerde über den RVH anhören zu müssen, bald enthoben, denn der Reichsbund unterstellte sich Mitte Dezember 1933 der Deutschen Arbeitsfront, die Haverbeck zum Leiter einer für ihn neugeschaffenen Abteilung mit dem Namen *Amt Volkstum und Heimat* ernannte[134]. „Die gesamten führenden Verbände der deutschen Volkstums- und Heimatarbeit", „mehrere Millionen deutscher Volksgenossen" umfassend, waren bereits Ende November 1933 im Reichsbund, wie es hieß, „freiwillig zusammengeschlossen" worden[135]. Unter die Oberhoheit der DAF gestellt, waren sie dem Kampfbund endgültig entzogen. Eine Reihe von Vereinen dürften in örtlich und regional unterschiedlichem Maße beim KfdK geblieben sein. Der Einfluß auf den Bund deutscher Osten ging Rosenberg etwa 1934 unter bislang unbekannten Umständen verloren[136]. Der Reichsleiter war schon Anfang November 1933 bereit, die Konsequenzen zu ziehen, weil er sich ständig zurückgesetzt sah. Er müsse sich überlegen, so schrieb er an Heß, „in welcher Form die Auflösung ... des Kampfbundes vor sich zu gehen" habe. Er erklärte, daß „damit ... eine Zurückziehung" seiner „Person von jeglicher nationalsozialistischen Kulturarbeit" verbunden sein würde[137]. Die Rücktrittsdrohung scheint auf Heß wenig Eindruck gemacht zu haben. Er ließ sie unbeantwortet.

Eine wesentlich größere Gefahr als der Reichsbund stellten für Rosenberg zwei weitere Organisationen dar, die gleichfalls im Sommer und Herbst 1933 entstanden: die Reichskulturkammer, die dem Propagandaministerium unter Dr. Joseph Goebbels unterstand, und die *NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (NSG KdF)*, die der Deutschen Arbeitsfront und ihrem Führer Dr. Robert Ley angehörte. Da es Rosenberg schließlich doch noch gelang, sich als – freilich schwächster – Partner in die Auseinandersetzungen einzuschalten, entstand zwischen ihm, Goebbels und Ley ein Dreieck der Macht, das für den Kampfbund und die spätere Dienststelle Rosenberg entscheidende Bedeutung erlangen sollte. Vorerst war der Reichsleiter an den Verhandlungen über den Aufbau der Arbeitsfront und der Reichskulturkammer nicht beteiligt; Ley und Goebbels zogen ihn nicht in Betracht und regelten die Gleichschaltung auf wichtigeren Gebieten, als es die Laienkulturarbeit war, ohne ihn zu fragen[138].

Die Deutsche Arbeitsfront war die Staatsgewerkschaft des Dritten Reiches, die sich am 2. Mai 1933 die Organisation und das bedeutende Vermögen der Gewerkschaften und Sozialversicherungen angeeignet hatte. Die Reichskulturkammer war eine Institution zur Beherrschung aller Bereiche des Kulturlebens, erfüllte daneben aber gleichfalls die Funktionen einer Staatsgewerkschaft für Künstler, Schriftsteller und alle an der Verbreitung von Kunst und Literatur Beteiligten. Es war vorauszusehen, daß zwischen den beiden Verbänden auf vielen Gebieten ein Konkurrenzverhältnis entstehen würde. Ob Hitler das Prinzip der Machtzersplitterung planmäßig angewandt hat, ist auch in diesem Falle fraglich, denn Goebbels hat es mit Geschick verstanden, die Spannungen zwischen beiden Organisationen im Laufe der Zeit auf ein Minimum zu beschränken[139] und mit KdF sogar ein Bündnis zu schließen. Die Machtkonstellation, welche auf diese Weise entstand, bedrohte nur den für Hitler ungefährlichsten der beteiligten Parteiführer: Alfred Rosenberg. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Diktator sich gerade dies zum Ziele gesetzt hatte.

Zwischen Goebbels und Ley bestanden im Sommer 1933 noch heftige Meinungsverschiedenheiten. Es ging um die Frage, wer von beiden den großen Künstler-Verband des Dritten Reiches schaffen dürfe. Da Ley die Künstler für seine in erster Linie wirtschaftlich interessierte Arbeitsfront beanspruchte, beschwerte sich Goebbels am 17. Juli 1933 über ihn an höchster Stelle. Er meldete, Ley sei ein Anhänger des Gewerkschaftsgedankens und offensichtlich noch im alten Klassendenken verhaftet. Der Propagandaminister bat, „möglichst umgehend die Entscheidung des Herrn Reichskanzlers ... herbeizuführen" und „der Arbeitsfront auf dem Gebiete der Kunst die Richtlinien zu geben, daß der Fortbestand der bestehenden ... Berufsverbände nicht angetastet werden" dürfe[140]. Hitler hat die erbetene Entscheidung entweder nicht oder nicht mit der notwendigen Genauigkeit getroffen. Gewiß erhielt Goebbels durch das Reichskulturkammer-Gesetz vom 22. September 1933 Vollmacht, „die Angehörigen der Tätigkeitszweige, die seinen Aufgabenkreis" betrafen, „in Körperschaften des Öffentlichen Rechts zusammenzufassen", aber es gab dennoch eine Reihe von Berufsorganisationen, von denen zweifelhaft war, ob sie in die DAF oder in die RKK eingegliedert werden müßten. Die Auseinandersetzungen hielten im Spätherbst 1933 noch an.

Am 22. November veröffentlichte der Völkische Beobachter zwei Meldungen, die anzeigten, daß sich in den Beziehungen zwischen Goebbels und Ley ein grundsätzlicher Wandel anbahnte. In einer der Mitteilungen wurde erklärt, „daß keinerlei

Gegensatz zwischen der Arbeitsfront und der Reichskulturkammer" bestehe. Die Kammer sei als „ein Glied des ständischen Aufbaus" des Dritten Reiches anzusehen. „Daraus, daß als erster fertiger Teil des Aufbaus die Reichskulturkammer ein Glied der Arbeitsfront" sei, ergebe „sich u[nter] a[nderem], daß die Säule VIII innerhalb der Arbeitsfront, der Verband der Theaterangestellten und ähnlicher Berufe" aufgelöst werden müsse[141]. Die Gründe für die Sinnesänderung Leys, der hier mit einer grotesk anmutenden ideologischen Begründung die Aufgabe einer Machtposition zu verdecken versuchte, waren einer anderen Notiz der Parteizeitung zu entnehmen. Der Leiter der DAF, so hieß es dort, habe den Plan zur Schaffung der Freizeitorganisation *Nach der Arbeit (NdA)* bekanntgegeben. Das Vorbild des italienischen *Dopolavoro* war noch im Namen zu erkennen[142]. Um das Vorhaben ausführen zu können, benötigte Ley mehr als nur die finanziellen Mittel, die ihm nach der Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens zur Verfügung standen. Er war auf Goebbels angewiesen, wenn er ein umfassendes und populäres Kulturprogramm in die Wege leiten wollte. Deshalb gab er in der Frage der Künstler-Gewerkschaft nach. Der Propagandaminister dürfte die Zweckmäßigkeit eines Bündnisses gleichfalls erkannt haben, zumal nicht vorherzusehen war, wer aus einem möglichen Konkurrenzkampf zwischen seinen Dienststellen und einer volkstümlichen Massenorganisation als Sieger hervorgehen würde.

Die Einigung der beiden Parteiführer wurde vor aller Welt demonstriert, als die neue Freizeitorganisation am 27. November 1933, fünf Tage nach den ersten Andeutungen in der Presse, im Rahmen einer „Sondertagung" der Deutschen Arbeitsfront gegründet wurde. Die Veranstaltung war, wie es hieß, „gemeinsam mit dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels einberufen" worden. Goebbels ließ es sich nicht nehmen, persönlich das Wort zu ergreifen. Er äußerte die „Überzeugung", man habe „tatsächlich hier ein Werk begonnen, das Jahrhunderte überdauern" werde. Mit bewegten Worten dankte er Ley, „daß die Pläne, die hier zur Erörterung gekommen" seien, „im engsten Einvernehmen mit dem Reichspropagandaministerium erörtert und beschlossen worden" wären. Die Rede des Ministers bildete indessen noch nicht den Höhepunkt des Tagungsprogramms. Dem Parteigenossen Ley den Vortritt am Rednerpult lassend, verschwieg Goebbels, daß wohl er oder ein anderer aus der Reihe der geschickten Mitarbeiter seines Hauses jenen Titel erfunden hatte, den der Chef der Arbeitsfront nunmehr, übrigens am Totensonntag des Jahres 1933, seiner Freizeitorganisation verlieh: *Kraft durch Freude*[143].

Goebbels beschränkte seine Zusammenarbeit mit Ley nicht darauf, für den Sonderverband der DAF eine Bezeichnung vorzuschlagen, deren Wahl sicheres Gespür für propagandistische Möglichkeiten verriet und den peinlichen Eindruck der Nachahmung des italienischen Vorbildes vermied. Der Minister ließ sich auch zusichern, daß das Kulturamt der NSG KdF, das heißt die für das Veranstaltungswesen zuständige Abteilung, „von der Reichskulturkammer betreut und mit dem Geist nationalsozialistischen Kulturlebens erfüllt" werden sollte[144]. Gewiß hatte Goebbels damit noch kein verbrieftes Recht erhalten, stets den Posten des KdF-Kulturamtsleiters aus dem eigenen Mitarbeiterstab besetzen zu dürfen[145], aber der Entstehung neuer Rivalitäten war vorerst ein Riegel vorgeschoben.

Einer freilich war von alledem ausgeschlossen geblieben: Rosenberg. Beim Festakt zur Gründung der Reichskulturkammer, wenige Tage vor Abschluß des Ley-Goebbels-Bündnisses, hatte man ihm, wie er beschwerdeführend an Heß schrieb, „als

Reichsleiter der Partei einen Platz in der 19. Reihe zugewiesen"[146]. Die Lage des Kampfbundes war verzweifelt, da niemand um dessen Mitwirkung gebeten hatte. Erschwerend trat hinzu, daß sich die Deutsche Bühne neuerdings größeren Schwierigkeiten gegenüber sah. Dr. Stang schrieb rückblickend: „Ich weise nochmals darauf hin, daß Herr Dr. Goebbels planmäßig in Deutschland die Meinung verbreitet, die ‚Deutsche Bühne' hätte versagt. Und überall, wo ein aufklärendes Wort ... der ‚Deutschen Bühne' die Arbeit hätte erleichtern können, ist durch die Haltung von Dr. Goebbels das Gegenteil eingetreten." In Hamburg habe Goebbels „auf die Frage eines gleichgeschalteten Verbandes, ob es stimme, daß die ‚Deutsche Bühne' die *einzige* nationalsozialistische Besucherorganisation sei, die Auskunft" gegeben, „ja, als nationalsozialistische Besucherorganisation wohl, doch schließe das nicht aus, daß daneben auch noch andere Besucherorganisationen bestehen bleiben würden". — „Die Folge" wäre gewesen, „daß dieser Verband ... daraufhin außerhalb der ‚Deutschen Bühne'" geblieben wäre. Die *Freie Volksbühne* Berlin hätte sich den „Vorschlägen" Stangs „gefügig" gezeigt, wenn ihr nicht durch den Präsidenten der Theaterkammer, also einen Untergebenen Gobbels', „jede Abmachung mit dem Reichsverband [Deutsche Bühne] verboten worden" wäre[147]. Der Bericht Stangs zeigte, daß es noch keineswegs gelungen war, alle Ortsverbände der früheren Besucherorganisationen gleichzuschalten. Es bestanden anscheinend eine Reihe von Vereinen dank der wohlwollenden Haltung des Propagandaministeriums oder auf Grund örtlicher Einflüsse weiter. Gewiß war die Deutsche Bühne der wichtigste Machtfaktor, den Rosenberg ins Feld zu führen hatte, aber ihre Bedeutung konnte mit der Reichskulturkammer und der Organisation *Kraft durch Freude* nicht verglichen werden.

In dieser Lage entschloß sich der Reichsleiter, Hitler um eine Entscheidung über seine weitere kulturpolitische Tätigkeit zu bitten. Am 1. Dezember 1933 führte er in einem zwölfseitigen Schreiben Klage darüber, daß „durch interessierte Kreise jetzt im Lande verbreitet" werde, der „Führer" und sein Stellvertreter „hätten den Kampfbund fallen gelassen und würden ihm niemals eine parteiamtliche Anerkennung geben". Rosenberg erklärte unter anderem: „Bei einer Auflösung des K. f. d. K. wäre es für mich dann natürlich zwingende Notwendigkeit, mich von der ganzen nationalsozialistischen Kulturpolitik zurückzuziehen, da eine Verweigerung ihrer Anerkennung in der Partei wie für mich ja nur als ein Mißtrauen ausgelegt werden kann."[148] Der Reichsleiter äußerte seine Rücktrittsabsichten, von denen er Heß schon einen Monat vorher Kenntnis gegeben hatte, jetzt auch gegenüber Hitler. Vier Tage später gelangte er zu der Ansicht, daß ein Demissionsgesuch dem *Führerprinzip* widerspräche. So schrieb er noch einen zweiten Brief: „Mein Führer! Bei nochmaliger Durchsicht meines Schreibens ... ersehe ich, daß Sie unter Umständen meine letzten Bemerkungen anders auffassen könnten, als sie gemeint sind. Deshalb bitte ich, mir noch einige Sätze zu gestatten. In den letzten Monaten ist, wie ich annehmen darf, über die Reichskulturkammer eingehend verhandelt worden, auch über die Kulturarbeit der Arbeitsfront. Da ... der K. f. d. K. aber außerhalb der Unterhandlungen blieb, so gestatte ich mir brieflich über die Lage, so wie sie erschien, zu unterrichten ... Meine letzten Bemerkungen bitte ich aus *diesem* Gefühl heraus diktiert aufzufassen: daß Sie, mein Führer mir bezw. dem K. f. d. K. kein Vertrauen schenkten und durch eventuelle Ablehnung seiner Anerkennung zum Ausdruck bringen könnten, daß meine Tätigkeit auf diesem Gebiet nicht mehr erwünscht sei, da andere Stellen bereits betraut worden seien. Es versteht sich für uns alle von selbst, daß

wir *dort* wirken, wo Sie es für richtig finden, anzuordnen. Aber zu arbeiten, gleich wo, ohne das Gefühl Ihres Vertrauens, das wäre für mich nach vierzehn Jahren Mitkämpfens bitter. Mit meinem Brief – entschuldigen Sie, daß ich überhaupt schreibe – wollte ich nur aussprechen, wie ich die Lage empfinde und Sie mir ohne jede Rücksicht auf früher eventuell Geleistetes sagen [sic], ob Sie mir noch Vertrauen schenken oder nicht. Heil Hitler! In alter unverbrüchlicher Treue . . ."[149]

So begreiflich die Anfrage bei Hitler war, so sehr lieferte Rosenberg mit seinen Briefen auch ein Zeugnis innerer Abhängigkeit von seinem *Führer* und hob den Zweck seiner Bitte damit selbst wieder auf. Im voraus erklärte er sich damit einverstanden, überall „dort" zu „wirken", wo Hitler dies befehlen würde. Die Frage nach dem Sinn der vom *Führer* gewünschten Tätigkeit war zweitrangig, das „Vertrauen" des *Führers* allein entscheidend. Deshalb hatte Alfred Rosenberg schon in den vorangegangenen Jahren zahlreiche Zurücksetzungen hingenommen, deshalb gab er auch jetzt seinen Willen zu erkennen, den demütigenden Weg eines Funktionärs im System der völligen Rechtlosigkeit weiter zu gehen. Man hat nicht ohne Grund auf die „autoritätsgebundene Persönlichkeitsstruktur" Rosenbergs verwiesen und bemerkt, daß sie nicht nur in seinem Falle die „Tendenz zu faschistischen Haltungen" begünstigt haben dürfte[150]. Es gehört in diesen Zusammenhang, daß Rosenberg in seiner Eigenschaft als *Beauftragter des Führers* später absolute Autorität gegenüber den Beherrschten beanspruchte[151].

Der Reichsleiter fand sich damit ab, daß Hitler seine Briefe gar nicht beantwortete[152]. Er erhielt lediglich ein Dankschreiben, wie es der *Führer* am „Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution" an eine Reihe höherer Funktionäre versandte. Es brachte keine Klärung der Sachfragen, konnte aber als Beweis des „Vertrauens" gewertet werden, nach dem Rosenberg verlangt hatte. Hitler schrieb, es dränge ihn „aus ganzem Herzen", Rosenberg für die „wahrhaft großen Verdienste" um die „geistige Zertrümmerung" der dem Nationalsozialismus „gegenüberstehenden feindlichen Gedankenwelt" zu danken. „Unerhört" habe Rosenberg „durch die politische und weltanschauliche Leitung des Zentralorgans der Partei . . . dazu beigetragen, die weltanschaulich einheitliche Durchdringung" des „politischen Kampfes sicherzustellen"[153]. Hitler vermied es aber, den Kampfbund in seine anerkennenden Worte einzubeziehen. Die Sorgen um das Schicksal des Verbandes mögen von Rosenberg zu Silvester 1933 freilich nicht mehr als so drückend empfunden worden sein wie noch einen Monat zuvor. Denn inzwischen hatten sich neue Hoffnungen ergeben.

3. Der Führer-Auftrag

Im Augenblick der größten Krise wurde den Bemühungen des Reichsleiters um größeren Einfluß auf die Kulturpolitik ein unerwarteter Erfolg zuteil. Die Unterstützung eines Mächtigeren, als er es selber war, beschied ihm am 24. Januar 1934 jenen Auftrag Hitlers, der fortan zur Grundlage seiner weltanschaulichen Tätigkeit werden sollte. Der Parteigenosse, mit welchem Rosenberg eine Art Bündnis schloß, war Robert Ley, und der Führer-Auftrag hatte folgenden Wortlaut:

„Auf Vorschlag des Stabsleiters der P[olitischen] O[rganisation, Dr. Robert Ley] beauftrage ich den Pg. Alfred Rosenberg mit der Überwachung der gesamten gei-

stigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes ‚Kraft durch Freude'. Die Funktionen des Reichsschulungsleiters, Pg. Otto Gohdes, werden hierdurch nicht berührt.
München, den 24. Januar 1934 gez. Adolf Hitler."[154]

Als die Ernennung Alfred Rosenbergs am 31. Januar 1934 bekannt gegeben wurde, da mochte dies in der Öffentlichkeit als ein entschlossener, von einer weitgespannten Zielsetzung bestimmter und zu einem taktisch überaus geschickt gewählten Zeitpunkt unternommener Schritt des *Führers* erscheinen. Hitler schien nunmehr, nachdem er seine Diktatur innenpolitisch gefestigt hatte, weitreichende Vollmachten zur Lenkung des gesamten geistigen Lebens der Nation gerade an jenen Mann vergeben zu haben, der, auch wenn das aus offenbar taktischen Gründen bisher noch nicht offiziell zugegeben worden war, der Weltanschauung der Partei in einer insgeheim bereits als verbindlich anerkannten Weise programmatischen Ausdruck verliehen hatte. Es schien auch kein Zufall gewesen zu sein, daß Rosenberg gerade am 24. Januar, einen Tag vor der Unterredung zwischen Hitler, Niemöller und dem Reichsbischof, berufen worden war. Die Ernennung des führenden Vertreters des sogenannten „Neuheidentums"[155] schien die endgültige „Distanzierung der Partei von der deutsch-christlichen Bewegung"[156], ja sogar der Beginn eines „Feldzuges" zum Zwecke der „Beendigung des ideologischen Chaos in den Reihen der Partei"[157] gewesen zu sein, eines Chaos, das durch vielfache Unklarheiten auf Grund der für manche Parteigenossen unverständlichen offiziellen Protektion der Deutschen Christen und durch die geheime Förderung der modernen Kunst durch Goebbels und einige Funktionäre des NS-Studentenbundes entstanden sein mochte. Wer schien berufener, die weltanschauliche Klarheit wieder herzustellen, als Alfred Rosenberg, jener Mitstreiter Adolf Hitlers, der „das Wesen der germanischen Kunst"[158] schon seit so langer Zeit in Wort und Tat zu verteidigen wußte, jener Mann, der aufgestanden war, an Stelle des christlichen Glaubens den „Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts" zu verkünden?

In Wirklichkeit war das, was als Musterbeispiel totalitärer Taktik und planvoller politischer Strategie erscheinen mochte, das Ergebnis einer zufälligen und nur für kurze Zeit bestehenden innerparteilichen Interessenkonstellation. Gewiß verbietet es der Mangel an Quellen, welche genauen Aufschluß über die der Erteilung des Führerauftrages unmittelbar vorausgehenden Ereignisse vermitteln und Klarheit über alle Motive der Beteiligten geben könnten, einen Zusammenhang zwischen Kirchen- und Kunstkrise einerseits und der Ernennung Rosenbergs andererseits völlig auszuschließen. Es ist durchaus denkbar, daß Hitler, als er den Auftrag für den Reichsleiter unterschrieb, an manche Unannehmlichkeit gedacht haben könnte, die ihm durch die Krisenerscheinungen bereitet worden waren. Es ist möglich, daß er vielleicht gewisse Hoffnungen in irgendwelche erlösenden Taten Rosenbergs gesetzt und geglaubt haben mag, der Reichsleiter werde das rechte Wort für die *Schulung* der Parteigenossen finden, denen vorübergehend Zweifel hinsichtlich der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der nationalsozialistischen Ideenwelt gekommen sein mochten. Es gibt freilich keinen Beweis dafür, daß diese Motive für Hitler bestimmend gewesen sein könnten. Rosenberg erwähnte in keinem der zahlreich überlieferten Zeugnisse aus der Zeit nach seiner Ernennung, daß er berufen worden sei, weil die beiden Krisen einen solchen Akt notwendig gemacht hätten. Er hat sich bei seinen Bemühungen um die parteiamtliche Anerkennung des Kampfbundes auch

keineswegs der Argumente bedient, die ihm die Ereignisse möglicherweise hätten bieten können. Aber selbst wenn die letzteren eine Rolle gespielt haben sollten, so war die Berufung doch nicht das Ergebnis einer Folge wohlvorbereiteter Entscheidungen Hitlers, sondern das Resultat von Absprachen zwischen Rosenberg und Ley und darüber hinaus der Ausdruck einer Politik, deren charakteristischer Zug die Improvisation gerade dort war, wo sorgfältige Planung hätte erwartet werden dürfen, wenn es Hitler tatsächlich darum gegangen wäre, den Ansprüchen zu genügen, die er auf Grund seiner „Weltanschauung" von angeblich „prinzipieller Bedeutung"[159] in der Öffentlichkeit erhob. Aber an einer konstruktiven „Gestaltung der Idee"[160] war dem *Führer* gar nicht gelegen. Es paßt in dieses Bild, daß er auch nach der Ernennung Rosenbergs und im Gegensatz zum Inhalt seiner eigenen *Kulturreden* auf den Reichsparteitagen 1933–1935 noch keine Entscheidung in der Frage der modernen Kunst fällte[161], und es gehört in den gleichen Zusammenhang, daß er in der Niemöller-Unterredung einen Tag nach der Ernennung seines Weltanschauungs-Beauftragten den Deutschen Christen zum Siege verhalf, womit er einer Politik folgte, der Rosenberg bereits öffentlich widersprochen hatte[162].

Läßt es das Verhalten Hitlers demnach aus inneren Gründen als fraglich erscheinen, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der Berufung und den beiden Krisen bestanden hat, so wird dieser Zweifel durch das Bild der äußeren Ereignisse bestätigt. Das wichtigste Zeugnis über die Vorgeschichte der Ernennung besteht in einem Brief, den Rosenberg am 15. Dezember 1933 an Ley schrieb, nachdem dieser ihn auf Grund einer schon einen Monat zuvor ergangenen Aufforderung, „in die Reichsleitung des KfdK einzutreten"[163], besucht hatte. Der KfdK-Führer bat Ley in seinem Schreiben um „eine schriftliche Bestätigung" eines „Wunsches", welchen der Stabsleiter der P. O. während seiner Visite geäußert haben soll und den Rosenberg folgendermaßen umschrieb: „Sie ersuchten mich, die oberste Überwachung der weltanschaulichen Haltung der Reichsführerschule, der Landesschulen usw. zu übernehmen und mit den betreffenden Leitern den weltanschaulichen Schulungsplan zu besprechen. Diese Tätigkeit würde am besten im Zusammenhang entweder mit der Leitung des Kampfbundes . . . verbunden sein oder mit einer dessen Zielen entsprechenden parteiamtlichen Regelung."[164] Zwei Jahre später gab der Reichsleiter noch eine ergänzende Darstellung zur Entstehungsgeschichte seines Amtes, indem er in einem Schreiben an Ley erklärte: „Wie Sie wissen, habe ich mich nicht darum bemüht, einen amtlichen Auftrag für die weltanschauliche Erziehung zu erhalten. Vielmehr war es so, daß Sie zwei Mal bei mir waren und auf die vielfache Zerrissenheit in der Behandlung weltanschaulicher Fragen hinwiesen und mich baten, hier doch einzugreifen. Ich habe daraufhin erklärt,, daß dieses nur in einer amtlichen Form möglich sei, was auch Sie als unbedingt notwendig bejahten. Es wurde dann eine kurze Verfügung entworfen, die Sie dem Führer vorlegten und die er unterzeichnete."[165]

Die Ausführungen Rosenbergs lassen die unterschiedlichen Motive beider Seiten in allgemeinen Zügen erkennen. Ley suchte nach einer Persönlichkeit, die Richtlinien für die sogenannte *Schulung* ausarbeiten und den Funktionären sagen konnte, worin der „Inhalt" der Unterrichtsstunden bestehen solle. Es war offensichtlich zu Krisenerscheinungen auf diesem Gebiet gekommen, wobei die Ursache weniger in den Schwierigkeiten auf kunst- und kirchenpolitischem Gebiet als in der Unmöglichkeit, aus der Ideologie einen zusammenhängenden Lehrplan zu entwickeln, zu suchen

sein dürfte. Die „vielfache Zerrissenheit in der Behandlung weltanschaulicher Fragen" hatte sich nicht zufällig nach der Machtergreifung bemerkbar gemacht, weil nun, im Gegensatz zur *Kampfzeit*, die bloße Polemik gegen die Republik von Weimar als Inhalt von Schulungs-Vorträgen nicht mehr genügte. Ley und Rosenberg waren zur Erkenntnis der immanenten Schwäche der Ideologie außerstande, und es sollte daher für beide zu einer enttäuschenden, aber in ihren Ursachen nicht begriffenen Erfahrung werden, daß es nicht gelang, aus Schulungsrednern eine in Partei und Staat einflußreiche Organisation aufzubauen. Die vielfach bemerkte „Eintönigkeit"[166] der weltanschaulichen Äußerungen nationalsozialistischer Funktionäre vermochte nur geheucheltes Interesse hervorzurufen. Der Schulungsapparat konnte daher niemals zu einem Machtfaktor werden. Das wurde von Ley um so bitterer empfunden, als sich allmählich herausstellte, daß er zwar offiziell *Stablsleiter der Politischen Organisation* (ab 10. November 1934 *Reichsorganisationsleiter*) und als solcher Chef des Funktionärskorps der NSDAP war, aber gegenüber den *Politischen Leitern* nur ein begrenztes Befehls- und Disziplinarrecht auszuüben vermochte[167]. Seine Position war darüber hinaus durch den allgemeinen Machtschwund der Parteiorganisation im nationalsozialistischen Herrschaftssystem bedroht[167a]. Ley strebte danach, diese Entwicklung aufzuhalten und sich im Schulungs-Apparat eine zusätzliche Hausmacht zu schaffen. Er hatte Rosenberg ausersehen, diese zu verstärken.

In geringerem Maße dürfte sich Ley auch für den Kampfbund und die Deutsche Bühne interessiert haben, weil eine Besucherorganisation helfen konnte, die geplanten KdF-Theater zu füllen. Als Leiter von KdF trat er Rosenberg in seiner Eigenschaft als Führer der Deutschen Arbeitsfront gegenüber. Er bekleidete dieses Amt in Personalunion mit dem des Chefs der Funktionärsorganisation der NSDAP. In der DAF, insbesondere in deren gewaltigem Vermögen, war die wichtigste Quelle der Macht Robert Leys zu suchen, und mochte diese Macht auch gering sein im Vergleich mit derjenigen, die etwa Himmler und Bormann später innehatten, so war sie doch weitaus größer als die Rosenbergs. Während der Unterredungen im Dezember 1933 verhielt sich Ley gegenüber dem Kampfbund noch zurückhaltend. Er kam auch der Bitte, in die Reichsleitung des Verbandes einzutreten, nicht nach[168]. Dagegen erhoffte sich Rosenberg von dem Bündnis mit Ley die parteiamtliche Anerkennung des Kampfbundes. Freilich erklärte er sich schon im voraus mit „einer dessen Zielen entsprechenden parteiamtlichen Regelung" einverstanden, das heißt mit einer Umgehung der Anerkennung. Das Vereinbarte wurde dann auch durchgeführt: als Rosenberg auf Vorschlag Leys den Führerauftrag erhielt, wurde gleichzeitig vermieden, dem KfdK parteiamtliche Eigenschaften zu verleihen.

Es bleibt die Frage, was Hitler dazu veranlaßt haben mag, den Auftrag zu unterschreiben und warum dies gerade am 24. Januar 1934 geschah, jenem Tage, dessen Nähe zur Niemöller-Hitler-Unterredung zu der Annahme geführt hat, daß ein Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen bestünde. Eine sichere Antwort ist vorerst nicht zu geben, weil in den bislang bekannten Akten über die Zeit zwischen dem 15. Dezember 1933 und dem 24. Januar 1934 nur mit dem einen, schon erwähnten Satze berichtet wird: „Es wurde dann eine kurze Verfügung entworfen, die Sie [Ley] dem Führer vorlegten und die er unterzeichnete."[169] Der Wortlaut des Auftrages wurde demnach von Ley und Rosenberg gemeinsam festgelegt und von Hitler ohne Widerspruch angenommen[170]. Der Kampfbund-Führer war bei der Unterzeichnung nicht zugegen; der Stabsleiter der P. O. trat als sein Fürsprecher

auf. Er erklärte vermutlich, daß er Rosenberg für die Schulungs-Organisation benötige. Hitler zeigte offenbar Bereitwilligkeit, dem Antrag zu entsprechen, schien doch durch den Vorschlag Leys eine bequeme Möglichkeit eröffnet, Rosenbergs Bitte um kulturpolitischen und ideologischen Einfluß zu gewähren, ohne den Kampfbund parteiamtlich anerkennen zu müssen. Die Frage, warum Hitler diese Anerkennung nach wie vor verweigerte, führt freilich wieder zu Antworten, die die Widersprüchlichkeit von Ideologie und Politik Hitlers und seiner Unterführer einmal mehr erkennen lassen. Nimmt man an, der Reichskanzler habe nicht neue Konkurrenz-Organisationen offiziellen Charakters neben die Reichskulturkammer und KdF setzen wollen, so widerspricht dies seiner sonstigen Regierungspraxis der unbedenklichen Zulassung rivalisierender Institutionen. Setzt man voraus, Ley müsse selber Gegner einer parteiamtlichen Anerkennung des KfdK gewesen sein, weil er daran interessiert gewesen sein dürfte, KdF vor einer Konkurrenz zu bewahren, so fragt es sich, warum er dann persönlich vorschlug, seine Organisation in die *Überwachungs*-Kompetenz Rosenbergs – was darunter auch immer zu verstehen sein mochte – einzubeziehen. Glaubt man, Hitler sei nur wieder einmal einem Prinzip der vorsätzlichen Machtzersplitterung gefolgt, so fragt es sich, ob er wirklich angenommen hat, Rosenberg könne ein ernsthafter Rivale für Ley, Goebbels und andere sein. Was Ley und Rosenberg angeht, so sollten die späteren Ereignisse zeigen, daß sie die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen soweit unterschätzten, daß man sagen kann, sie hätten sich gar nicht überlegt, was sie vorhatten.

Hitler unterschrieb einen Auftrag, der so umfassend formuliert worden war, daß er die gesamte Kulturpolitik des Regimes einschloß. Die Einschränkung, daß sich die Befugnisse Rosenbergs offiziell nur auf die Partei erstreckten, mochte angesichts der führenden Rolle, die die NSDAP gegenüber dem Staat beanspruchte, wenig bedeuten. Hitler ließ auch weder mit Goebbels noch mit Rust oder einem anderen der betroffenen Minister verhandeln, bevor er unterschrieb. Mag das auch seinen Herrschaftsprinzipien entsprochen haben, so kann es deren Widersprüchlichkeit nicht aufheben. Die Annahme, daß auch er sich der Konsequenzen des von ihm erteilten Auftrages nicht bewußt war und daß der ganze Vorgang nur auf den geringen Rationalitätsgehalt seines Handelns deutet, liegt auch hier nahe. Beweisen läßt sie sich freilich nicht. Aber Hinweise auf ihre Berechtigung finden sich auch in den sonstigen Umständen der Unterzeichnung.

Die Datumszeile des Führerauftrags stimmt mit dem „Itinerar" Hitlers überein. Der Kanzler war am 24. Januar 1934 tatsächlich in München, und zwar zufällig: Er hatte sich im Flugzeug in die bayerische Hauptstadt begeben, um an der Beisetzung Ludwig Troosts, des Architekten des *Hauses der deutschen Kunst* und sonstiger Parteibauten, teilzunehmen[171]. Robert Ley ist mit größter Wahrscheinlichkeit an diesem Tage gleichfalls in München gewesen. Seine Anwesenheit ergibt sich nicht nur aus Rosenbergs Bericht, Ley habe Hitler die Vollmacht persönlich vorgelegt, sondern auch aus dem Datum einer weiteren Anordnung, die am 25. Januar und nur im Namen Leys erging. Diese dürfte schwerlich ohne Zustimmung des *Führers* erlassen worden sein. Die Verfügung stand mit der Frage nach dem zukünftigen Status des KfdK indirekt in Zusammenhang: Sie enthielt die bislang ausführlichsten Bestimmungen über *Kraft durch Freude* und legte unter anderem fest, daß diese Organisation „nur körperschaftliche Mitglieder" haben dürfe[172]. Sowohl die Reichskulturkammer als auch der KfdK traten der NSG KdF später „körperschaft-

lich" bei[173]. Eine solche Regelung sah Ley offenbar als Sicherung gegen die mögliche Konkurrenz dieser Institutionen an. Erst nachdem Hitler dieser Festlegung zugestimmt hatte, scheint Ley bereit gewesen zu sein, sich mit Rosenberg, dem Leiter eines Konkurrenz-Verbandes, in eine nähere Zusammenarbeit einzulassen. Deshalb hat er wohl Hitler die Vollmacht für Rosenberg zugleich mit der Verfügung über KdF vorgelegt. Trifft diese Erklärung zu, dann findet sich auch eine Antwort auf die Frage, warum es vom 15. Dezember bis zum 24. Januar 1934 gedauert hat, bis Ley zugunsten Rosenbergs bei Hitler vorsprach. Er konnte es gar nicht eher tun, denn die erwähnte Anordnung war Teil von Ausführungsbestimmungen zu dem erst am 20. Januar 1934 in Kraft getretenen *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit*[174].

Das alles schließt gewiß nicht aus, daß Hitler den Auftrag an Rosenberg vergab, weil er gemeint haben könnte, der Reichsleiter werde für einen noch stärker „neuheidnischen" Kurs der Partei sorgen. Aber wenn er von Rosenberg wirklich eine Lösung irgendwelcher kirchenpolitischer Schwierigkeiten erhofft hätte, dann wäre doch zu erwarten gewesen, daß sich Hitler vor oder nach der Niemöller-Unterredung mit seinem *Beauftragten* besprochen, daß er ihm Richtlinien gegeben und daß er nach dem Gespräch mit den Kirchenführern wenigstens jenem „neutralen" Kurs gegenüber den Deutschen Christen gefolgt wäre, welchen Rosenberg befürwortete. Ein Zusammenhang der Ereignisse ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil der Empfang der Kirchenführer schon seit November 1933 vorgesehen war, zu einer Zeit, in welcher niemand an einen Auftrag an Rosenberg dachte. Die Unterredung wurde dann mehrfach verschoben und zuletzt auf den 24., dann wegen des Troost-Begräbnisses auf den 25. Januar 1934 verlegt[175]. Die Vorlage des unterschriftsreifen Papiers über die Ernennung Rosenbergs kam am 24. vermutlich unvorhergesehen dazwischen. Daß Hitler der Frage der Deutschen Christen in der Zeit von November bis Januar ratlos gegenüberstand, daß er sich ständig „im Affekt" zu diesem Thema äußerte und während der Auseinandersetzung mit Niemöller schließlich die Beherrschung verlor[176], vervollständigt nur den Eindruck unüberlegten und planlosen Verhaltens.

Unter solchen Voraussetzungen begann nun Alfred Rosenberg sein Werk. Er nannte sich fortan *Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP* und führte damit eine Amtsbezeichnung, die ihm niemand verliehen hatte[177], gegen die aber auch niemand einen Einwand erhob. Er hatte selbst bei Formulierung des Führer-Auftrags mitgewirkt und diesen entgegengenommen, ohne daß gleichzeitig eine Dienststelle gegründet und deren Befugnisse in irgendeiner Weise näher festgelegt worden wären. Er verhielt sich, wahrscheinlich ohne dies selbst zu wissen, systemkonform, denn nun begab er sich stärker als zuvor in den Wettbewerb mit anderen Parteiführern und Ministern um Macht und Kompetenzen. Er handelte, als zeigte sich die Widersprüchlichkeit der Weltanschauung, die er nun namens des *Führers* vertreten durfte, nicht in der Tatsache, daß das Hauptwerk des Parteiideologen der NSDAP parteiamtlich nicht anerkannt war. Er bemerkte die Paradoxie so wenig wie sein *Führer*, der der vielfach für Taktik gehaltenen Verworrenheit seines Denkens wenige Tage nach der Ernennung Rosenbergs erneut und in eindrucksvoller Weise Ausdruck verlieh. Kardinal Schulte von Köln erklärte Hitler am 7. Februar 1934, er würde wohl fortan mit Rosenberg und dessen „Mythus" identifiziert wer-

den. Hitler erwiderte: „Jawohl, ich identifiziere mich mit Herrn Rosenberg, aber nicht mit dem Verfasser des Buches ‚Mythus'." Schulte bat um eine nähere Erläuterung, doch vergeblich. Hitler hatte keine Antwort, sondern bemerkte nur, eigensinnig beharrend: „Rosenberg ist unser Parteidogmatiker."[178]

Drittes Kapitel

DAS AMT ROSENBERG IM POLITISCHEN KRÄFTEFELD ZWISCHEN DEN DIENSTSTELLEN VON JOSEPH GOEBBELS UND ROBERT LEY

1. Die Verhandlungen über die Ausführung des Führer-Auftrages (1934)

„Allgemein macht sich der Eindruck bemerkbar", so heißt es in dem Bericht eines Mitarbeiters Alfred Rosenbergs zu Anfang des Jahres 1934, „daß die nationalsozialistische Revolution an der deutschen Kultur, insbesondere an der deutschen Theaterkultur, spurlos vorübergeht. Nach wie vor werden dieselben Autoren, vornehmlich in der Operette, gespielt, und die Darsteller sind vielfach noch dieselben, trotzdem sie vor dem Umschwung im Januar 1933 sich ganz offen zum marxistischen oder kommunistischen System bekannt haben ... Die Juden Hansen, Mosheim, Mannheim, Thielscher, Matray, Rosen werden jubelnd auf der Bühne begrüßt, natürlich eine Demonstration ihrer Rassegenossen." Tief beklagt wurde in dem Bericht, daß nur drei von fünfzehn Berliner Theatern „judenfrei" wären, und als „besonders herausfordernd" wurde empfunden, daß Klabunds Oper „Der Kreidekreis" neu aufgeführt werden konnte[1].

Die Mitarbeiter des Reichsleiters waren von der kulturpolitischen Entwicklung während des ersten Jahres nach dem Regierungsantritt Hitlers enttäuscht. Eine kulturelle Revolution war ausgeblieben. Die Gründe dafür lagen nach Meinung der KfdK-Funktionäre offen zutage. „Weit verbreitet ist die Ansicht", so hieß es in dem erwähnten Bericht, „daß die Kulturkammer alle diejenigen fördert, welche bisher im marxistischen Staate Repräsentanten der Kultur gewesen sind." Die Schuld an den Zuständen traf also Goebbels. Dessen Politik mochte bei manchem Beobachter, der den Weg der deutschen Kulturpolitik mit Sorge verfolgte, zuweilen gewisse Hoffnungen erweckt haben, aber in der Umgebung Rosenbergs glaubte man die Entwicklung mit Zorn und Pessimismus registrieren zu müssen. Die Lage erschien aus dortiger Sicht um so ernster, als sich auch die *NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"* dem Kurs des Propagandaministeriums anzupassen schien. „Es ist vollständig ausgeschlossen", so hieß es in einer Aktennotiz der Kampfbund-Leitung, „daß eine Persönlichkeit, die von Pg. Rosenberg wegen einer Befürwortung Noldes aus dem Studentenbund entfernt wurde, plötzlich im Kulturamt des Werkes ‚Kraft durch Freude' tätig sein kann."[2] Die erwähnte „Persönlichkeit" war Otto Andreas Schreiber. Goebbels hatte es sich nicht nehmen lassen, Ley auf Grund der Absprache vom November 1933 den Wortführer der studentischen Protestbewegung gegen Rosenberg als Mitarbeiter des KdF-Kulturamtes zu empfehlen. Damit nicht genug: Leiter dieser Abteilung war Hans Weidemann, der sich im Juli 1933 ebenfalls an den Versuchen zum Schutz der modernen Kunst beteiligt hatte[3].

Während nach Ansicht der Mitarbeiter Rosenbergs „Kunstbolschewisten die Haltung der Bewegung" zu verfälschen suchten, ergaben sich weitere Besorgnisse hinsichtlich der KdF-Theaterpolitik. „Man muß sich entscheiden", so hieß es in einer Aufzeichnung, „ob man sich zu einer stetig fortschreitenden Erziehungsarbeit ent-

schließt, wie es die ‚Deutsche Bühne' trotz vieler Widerstände mit steigendem Erfolg getan hat, oder ob man das Prinzip des späten Rom anwendet, ‚mit den Spielen' beginnt und gleichsam unentgeltlich Theatervorstellungen arrangiert, was zum Ruin einer wirklich inneren Anteilnahme am künstlerischen Leben des Volkes, aber auch zum Ruin der bestehenden Theater führen würde."[4] „Die Besucherorganisation mit kulturpolitischem Ziel ist der einzige Weg zur Erneuerung des Theaters", meinte Stang. Besorgt stellte er fest, daß KdF laufend „Sonderveranstaltungen" für die „Arbeiterschaft" durchführe. Dieses Verfahren schlüge „der Idee der Volksgemeinschaft ins Gesicht". Bei der Deutschen Bühne erfolge der Besuch „nicht nach Klassen und Ständen, nach Besitz und Bildung, sondern im Rahmen einer im Erlebniswillen gleichgerichteten Volksgemeinschaft"[5].

Unter den nationalsozialistischen Führern war strittig, was unter dem Begriff der „Volksgemeinschaft" zu verstehen sei. Sobald es darum ging, ein kollektivistisches Schlagwort in der Praxis anzuwenden, hatten sich die Funktionäre mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, deren pluralistischer Charakter weder durch das von den Mitarbeitern Rosenbergs kritisierte Programm der Massensuggestion noch durch das von ihnen empfohlene Verfahren zur Heranbildung einer „im Erlebniswillen gleichgerichteten Volksgemeinschaft" aufzuheben war. Goebbels und Ley verwirklichten „Volksgemeinschaft" ohne Rücksicht auf ideologische Fiktionen, indem sie Theaterkarten zu niedrigen Preisen in den Betrieben verkauften. Ganze Fabrikbelegschaften wurden in Theater und Varietés geführt. Das Verfahren war populär und verhalf der Organisation *Kraft durch Freude* zu ihren großen Erfolgen. Stang dagegen wollte, daß sich die Arbeiter als „Einzel-Mitglieder" von der Deutschen Bühne anwerben ließen, daß sie Verpflichtungserklärungen über die Abnahme einer bestimmten Anzahl von Veranstaltungen unterschrieben und sich eine „volkspädagogisch" ausgewählte Anzahl von Aufführungen ansähen. Er bemerkte nicht, daß gerade eine solche Methode die Masse der Industriearbeiter aus den Zuschauerräumen fernhalten und daß eine nach seinen Vorstellungen geführte Besucherorganisation im wesentlichen aus Personen bestehen würde, die schon von jeher ins Theater gegangen waren. Obwohl gerade das von ihm vorgeschlagene Verfahren Ley und Goebbels um den Publikumserfolg gebracht hätte, verlangte Stang, Rosenberg möge in den kommenden Verhandlungen über die Verwirklichung des Führer-Auftrages von Ley fordern, „die Führung in der kulturpolitischen und organisatorischen Gestaltung des Theaterbesuches der Deutschen Bühne zu überlassen"[6].

Diese Ausführungen wiesen nur auf einige der Fragen, die sich durch die Ernennung des Reichsleiters zum *Beauftragten des Führers* ergeben hatten. Die Befugnisse Rosenbergs waren zu bestimmen, eine Dienststelle mußte errichtet, deren Finanzierung gesichert und möglichst auch ein System nachgeordneter Instanzen auf Gau- und Kreisebene geschaffen werden. Ferner war es notwendig, dem Kampfbund und der Deutschen Bühne einen bestimmten Platz unter den nationalsozialistischen Organisationen anzuweisen. Die Deutsche Bühne und die NSG KdF traten manchenorts schon Anfang 1934 als Konkurrenzorganisationen auf. Wollte Rosenberg eine Zusammenarbeit in seinem Sinne einleiten und gleichzeitig seiner „Überwachungs"-Befugnis gegenüber *Kraft durch Freude* nachkommen, so mußte es ihm darum gehen, das Recht zur Besetzung des KdF-Kulturamtes zu erhalten und Ley von der Notwendigkeit der Änderung des kulturpolitischen Kurses zu überzeugen.

Die institutionellen und ideologischen Probleme bestanden gewiß nicht erst seit dem Tage der Erteilung des Führer-Auftrages. Die Prinzipien des Aufbaus einer Dienststelle waren vorher bekannt, zudem verfolgte Rosenberg die Kulturpolitik Goebbels' und Leys schon seit Monaten mit Besorgnis. Unter normalen politischen und staatsrechtlichen Bedingungen wäre zu erwarten gewesen, daß der Kandidat für ein neues Amt dessen Annahme von bestimmten Zusicherungen abhängig gemacht hätte. Aber Rosenberg war glücklich, überhaupt einen Auftrag erhalten zu haben. Die Vorstellungen über dessen Verwirklichung waren unklar, die Verhältnisse im Parteiapparat nicht minder. Drei Wochen nach der Berufung des Beauftragten wurden Verhandlungen über dessen Kompetenzen aufgenommen. Der Verhandlungspartner des Reichsleiters war nicht etwa der Stellvertreter des Führers, der für innere Parteiangelegenheiten zuständig war, sondern Robert Ley, den das Ganze nur deshalb etwas anging, weil er Rosenberg den Führer-Auftrag in seinem eigenen Interesse beschafft hatte.

Die beiden Funktionäre trafen sich am 12. Februar 1934. Rosenberg bestätigte den Inhalt des Gespräches einen Tag darauf in Form eines Briefes. Da dieser vorerst die einzige Quelle zum Verlauf der Unterredung darstellt, ist nicht im einzelnen festzustellen, welchen Forderungen Rosenbergs Ley zustimmte und welchen er auswich. Rosenberg äußerte sich so, als ob er mit Ley in allen Punkten einig geworden sei, aber die nachfolgenden Ereignisse zeigten, daß dies nicht der Fall war. Das größte Maß an Übereinstimmung herrschte wohl in der Frage der Gründung einer eigenen Dienststelle mit Instanzenzug. Rosenberg schrieb darüber folgendes: „Das neue Amt, nennen wir es zunächst Weltanschauungsamt, wird als Reichsamt unmittelbar dem Führer bzw. dem Stellvertreter des Führers unterstellt und ernennt bei den Gauleitungen im Einvernehmen mit den Gauleitern seine Gauvertretungen, deren Leiter als Amtsleiter innerhalb der Gauleitung eingegliedert werden. Ich ernenne zu diesen Amtsleitern ... Landesleiter des ... KfdK ...“ Die weiteren Ausführungen, in denen Rosenberg die Frage der künftigen Stellung des Kampfbundes und der Deutschen Bühne behandelte, zeigt bereits, daß er und Ley sich der potentiellen machtpolitischen Gegensätze bewußt waren: „Um alle psychologischen Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen ..., kamen wir zu folgender Vereinbarung, die wir dem Führer zur Genehmigung vorschlagen wollten: Aufgelöst werden der Kampfbund ... und die Kulturwarte der Partei [sic], was notwendigerweise auch die Auflösung der Abteilung Volksbildung[7] bedeutet. Das Propagandaministerium bzw. die Reichskulturkammer unterläßt die Einsetzung von Landesleitungen ... Wo diese bereits erfolgt sein sollte, wird sie zurückgezogen. Aufgelöst wird auch der ‚Reichsbund für Volkstum und Heimat', der an sich als Amt für Volkstumsarbeit im Werke ‚Kraft durch Freude' jene Betätigung gefunden hat, auf die es ihm im wesentlichen angekommen ist[8] ... Die ‚Deutsche Bühne' mit nahezu einer Million Mitglieder soll mit Hilfe des neuen Amtes und des Werkes ‚Kraft durch Freude' sowohl die einzige Theater- und Konzertbesucherorganisation der Bewegung werden als auch ... die Möglichkeit einer tieferen Erziehungsarbeit für ein wirkliches deutsches Nationaltheater darstellen. Zu diesem Zweck untersteht die Reichsleitung der ‚Deutschen Bühne' unmittelbar dem Weltanschauungsamte, wird aber in engster Zusammenarbeit mit der Stabsleitung der P. O. und der organisatorischen Leitung des Werkes ‚Kraft durch Freude' stehen, welches, wenn nötig, auch eine weitere Finanzierung der ‚Deutschen Bühne' ... ermöglichen wird.“[9]

Der Kernpunkt dieser Ausführungen ist die Forderung Rosenbergs nach weiterer Selbständigkeit der Deutschen Bühne, seines wichtigsten machtpolitischen Organs. Dieses sollte von Leys Konkurrenz-Organisation *Kraft durch Freude* nicht nur geduldet, sondern sogar finanziert werden. Die Klauseln über die vorgesehene „engste Zusammenarbeit" beider Einrichtungen besagten wenig. Der *Beauftragte des Führers* wollte ferner eine eigene Dienststelle errichten, die nicht Ley unterstehen, aber doch dessen Einfluß auf das Funktionärskorps verstärken sollte[10]. Die Vorschläge Rosenbergs waren entweder widersprüchlich oder bargen Gefahren für Ley. Dennoch scheint dieser zugestimmt zu haben, denn er bot später die Hand für ihre Verwirklichung. Das war um so erstaunlicher, als auch der Brief Rosenbergs zeigt, daß der Stabsleiter Befürchtungen hegte. Er wollte dem *Beauftragten des Führers* zwar ein eigenes Amt zugestehen, aber dessen Hausmacht auflösen. Rosenberg wandte diese Bedingung zu seinen eigenen Gunsten: Auf den Kampfbund wollte er eventuell verzichten, vorausgesetzt, daß dessen Funktionärsapparat erhalten blieb und an Stelle der von Goebbels geleiteten Gau-Dienststellen der Kulturkammer treten würde. Ley scheint noch nicht übersehen zu haben, daß die Deutsche Bühne machtpolitisch weitaus bedeutsamer war als der KfdK. Deshalb verlangte er ihre Auflösung nicht.

Die Frage des Verhältnisses zwischen Deutscher Bühne, KdF und Propagandaministerium konnte während der Unterredung wohl nicht geklärt werden. Rosenberg äußerte sich dazu in folgender Weise: „Was das Werk ‚Kraft durch Freude' betrifft, so ist auch dieses durch die Verfügung des Führers, was seine geistig-kulturell-weltanschauliche Arbeit betrifft, dem neuen Amt unterstellt. Dieses Amt wird sich organisatorisch nicht irgendwie in die Arbeit des Werkes ‚Kraft durch Freude' einmischen, wohl aber ergibt sich aus dem bisher dargelegten, daß beim Zurückziehen der Vertreter der Reichskulturkammer auch in dem Kulturamt die Vertreter des Weltanschauungsamtes an die Stelle der bisherigen Vertreter der Reichskulturkammer treten müssen . . ."[11]

Rosenberg erklärte nicht, auf welche Weise eine „Unterstellung" der NSG KdF unter sein Amt ohne „organisatorische Einmischung" durchgeführt werden sollte. Ley hatte darüber freilich auch nicht nachgedacht, bevor er Hitler die Ernennungsurkunde für Rosenberg vorlegte. Die widerspruchsvollen Vorgänge sind kaum verständlich, wenn nicht die persönlichen Eigenschaften der Beteiligten berücksichtigt werden. Mag man die Erklärung für das Verhalten Rosenbergs noch im Mangel an politischer Begabung und organisatorischem Verständnis suchen, so waren bei Ley andere Ursachen bestimmend. Der Stabsleiter besaß sowohl organisatorisches als auch taktisches Geschick, versagte aber in der Regel vor der Aufgabe, eine langfristige politische Strategie entwerfen zu sollen. Er war bei seinen Untergebenen für seine zahlreichen Umorganisationen bekannt. Im eigenen Dienstbereich erließ er oft Anordnungen und Gegenanordnungen, „ehe noch die Verwirklichung des Erreichten auslief"[12]. In der Öffentlichkeit wurden vornehmlich sein cholerisches Temperament, sein Alkoholismus und seine „ekstatischen Reden"[13] beachtet. Die Geschäftsunfähigkeit, die nicht nur Heß, sondern zahlreichen Funktionären nachgesagt wurde, fand im Verhalten Leys beredten Ausdruck und hat gewiß das ihre zur Verwirrung innerhalb der nationalsozialistischen Herrschafts-Organisation beigetragen.

Rosenberg berichtete in seinem Schreiben über die Unterredung vom 12. Februar

1934 nichts über Meinungsverschiedenheiten, zu denen es zwischen ihm und Ley gekommen wäre, aber diese scheinen den Beteiligten in der folgenden Zeit doch ins Bewußtsein getreten zu sein, denn die Verhandlungen wurden vorläufig nicht fortgeführt. Der *Beauftragte des Führers* konnte daher vorerst keine Dienststelle gründen. Während er noch abwartete, warf er zunächst die Frage der Besetzung des KdF-Kulturamtes auf. Er nahm die Ausstellungen moderner Kunst, die seit Januar 1934 in Berlin wieder stattfanden[14], zum Anlaß neuer Angriffe auf Weidemann und Schreiber. Die beiden Männer, so schrieb er am 8. März 1934 an Ley, verträten „eine kulturelle Richtung, die genau das Gegenteil dessen" darstelle, wofür die NSDAP „14 Jahre lang gekämpft" habe[15]. Die Vorwürfe blieben nicht ohne Wirkung: Mitte März ließ Goebbels wissen, er sei bereit, in der Besetzung des KdF-Kulturamtes „eine Änderung eintreten zu lassen"[16]. Offensichtlich nicht willens, „der Künstler wegen bei Hitler die Vertrauensfrage zu stellen"[17], beschäftigte der Minister Weidemann fortan nur in seiner eigenen Behörde. Dagegen blieb Schreiber trotz aller Einsprüche Rosenbergs in der KdF-Dienststelle und entwickelte sich dort zu einem Meister der Tarnkunst. Ihm sind wahrscheinlich rund 3 500 „Fabrikausstellungen" zu verdanken, in denen Arbeiten moderner Maler, vor der Öffentlichkeit unter dem Vorwande des Schutzes vor möglicher „Werkspionage" verborgen, bis in das Jahr 1942 hinein gezeigt werden konnten[18]. Leider ist Näheres über diese Vorgänge aus Mangel an Material noch immer unbekannt.

Hatte Rosenberg mit dem Sturz Weidemanns einen ersten Erfolg erzielt, so war er doch nicht in der Lage, diesen für sich auszunützen. Ehe er überhaupt einen eigenen Kandidaten für den Posten des Leiters des KdF-Kulturamtes genannt hatte, war Goebbels mit einem solchen zur Stelle: Er schlug den Regisseur Horst Dressler-Andress vor, der gleichzeitig Präsident der Reichsrundfunkkammer und als solcher vom Propagandaministerium abhängig war[19]. Rosenberg protestierte bei Heß. Es sei „vollkommen ausgeschlossen, daß Vertreter in geistigen Berufen" ohne sein „Wissen ernannt" würden und daß er „dann noch verpflichtet sein" solle, „sie zu ‚überwachen'"[20]. Dies war in der Tat eines der Probleme des Amtes, das er übernommen hatte, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Allmählich wurde er gewahr, daß alle wichtigen kulturpolitischen Entscheidungen nach wie vor ohne seine Beteiligung gefällt wurden. Er hatte sich deshalb auch damit abzufinden, daß die Frage der Lenkung des KdF-Veranstaltungswesens vorerst offen blieb. Ley übergab das Kulturamt einem kommissarischen Leiter[21].

Die Frage des künftigen Verhältnisses zwischen KdF und Deutscher Bühne bedurfte im Frühjahr 1934 dringend einer Lösung. Zum einen häuften sich die Konkurrenzveranstaltungen, zum anderen mußte die Organisation Rosenbergs darauf bedacht sein, ihre Position zu stärken, denn eine Reihe von Ortsgruppen der offiziell „gleichgeschalteten" Verbände versuchte, sich unter wohlwollender Förderung durch das Propagandaministerium der Deutschen Bühne zu entziehen[22]. Am 9. April 1934 bat Rosenberg einen Mitarbeiter Leys, „angesichts der Zustände in der Theaterbesucherorganisation ... ein Übereinkommen" mit Dr. Stang abzuschließen. Dieser Wunsch wurde erfüllt; schon nach fünf Tagen wurde eine Vereinbarung unterzeichnet. Der Grund für den raschen Abschluß war darin zu suchen, daß Stang einer Scheinlösung zugestimmt hatte. Im Text des Abkommens hieß es: „Innerhalb des Kulturamtes der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' wird eine Besucherorganisation gegründet. Diese wird von der Leitung des Reichsverbandes ‚Deutsche Bühne'

besetzt und verwaltet."[23] *Kraft durch Freude* besaß jetzt also auch noch einen eigenen Abonnentenverband, nur unterstand dieser Rosenberg. Am Bestehen zweier voneinander unabhängiger Organisationen wurde nichts geändert.
Aus der Vereinbarung war zu erkennen, daß Ley sich nach wie vor weigerte, die Leitung des KdF-Veranstaltungswesens dem *Beauftragten des Führers* zu übertragen. Die gleiche Haltung zeigte er, als er am 9. Mai 1934 das KdF-Kulturamt neu besetzte. Er berief weder einen Kandidaten Rosenbergs noch den von Goebbels vorgeschlagenen Dressler-Andress zum Leiter der Abteilung, sondern wählte einen eigenen Untergebenen: Werner Haverbeck[24]. Gewiß hatte er dessen Reichsbund Volkstum und Heimat noch kurz vorher auflösen wollen, da er in dem der DAF nur formell eingegliederten Verband eine machtpolitische Gefahr erblickte[25]. Der RVH hatte aber inzwischen einige in der Öffentlichkeit stark beachtete Erfolge bei der Ausgestaltung der Maifeier im Lustgarten erzielt[26], was mit der Ernennung seines Leiters zum Chef des KdF-Veranstaltungswesens belohnt wurde. Rosenberg war von der *Jungen Mannschaft* Haverbecks erneut besiegt worden. Wenige Wochen später kam es zu einer neuen Wendung der Ereignisse. Sah sich der Reichsleiter auch dann noch vom Einfluß auf *Kraft durch Freude* ausgeschlossen, so durfte er doch nunmehr hoffen, daß es möglich sein werde, von dem Führer-Auftrag intensiver als bisher Gebrauch zu machen.

2. Die Errichtung der Dienststelle

Die von Ley und Rosenberg im Februar 1934 in Aussicht genommene Dienststelle wurde am 6. Juni 1934 gegründet. Diesem Vorgang gingen wiederum Verhandlungen zwischen Rosenberg und Ley voraus, über deren Verlauf kein einziges Dokument vorhanden ist[27]. Dieser Mangel hat wahrscheinlich keine zufälligen Gründe, sondern ist charakteristisch für das gesamte Geschehen. Denn es wurden Übereinkünfte getroffen, deren wichtigster Teil nur aus einer mündlichen Absprache bestand: Ley erklärte sich bereit, Rosenberg für die Arbeit seiner Kulturorganisationen und für seine sonstige weltanschauliche Tätigkeit einen Betrag von jährlich etwa 3,6 Millionen RM aus Mitteln der Deutschen Arbeitsfront zur Verfügung zu stellen[28]. Darüber hinaus wurden Vereinbarungen geschlossen, die Ausdruck in drei am 6. Juni 1934 erlassenen „Anordnungen" Rosenbergs und in einem Briefwechsel zwischen Rosenberg und Ley fanden. Diese Schriftstücke wurden am 13. Juni veröffentlicht. Die finanzielle Übereinkunft blieb geheim[29].
Der Reichsleiter verfügte am 6. Juni 1934 den Zusammenschluß des Kampfbundes für deutsche Kultur mit der Deutschen Bühne zur *Nationalsozialistischen Kulturgemeinde (NSKG).* Die Gründung der neuen Organisation wurde im Völkischen Beobachter als bedeutsamer politischer Akt dargestellt. Er war es allenfalls insofern, als Rosenberg hoffen durfte, mit Hilfe des nun mit reichen Mitteln versehenen Verbandes größeren Einfluß auf das Theater- und Konzertleben ausüben zu können. Im übrigen handelte es sich nur um eine Namensänderung. Dabei wurde verschwiegen, daß das wichtigste machtpolitische Organ des *Beauftragten des Führers* mangels anderer Kompetenzen und auf Grund von Zufällen in einer Theaterbesucher-Organisation bestand. Es blieb auch unerwähnt, daß die Nationalsozialistische Kulturgemeinde weder eine *Gliederung* noch ein *angeschlossener Verband* der

NSDAP war[30]. Die Organisation war juristisch ein *eingetragener Verein*, „parteirechtlich" ein nicht näher definiertes Gebilde.
Ley verlangte von Rosenberg für die Zusage der Subventionen einen politischen Preis: den sogenannten „körperschaftlichen Eintritt" der NSKG in die *NSG Kraft durch Freude* sowie den Verzicht auf einen eigenen Instanzenzug. Der Eintritt wurde in Form eines Briefwechsels festgelegt. Am 6. Juni 1934 teilte Rosenberg Ley den „körperschaftlichen" Anschluß „unter Bezugnahme" auf die „geführten Verhandlungen" mit. Ley antwortete am 12. Juni, er habe von der Mitteilung „gern ... Kenntnis genommen" und begrüße den Schritt „auf das herzlichste in der Hoffnung, daß er zu einer gedeihlichen Fortentwicklung des Werkes ‚Kraft durch Freude' beitragen werde"[31].
Der DAF-Chef nahm vermutlich an, daß sich die NS-Kulturgemeinde seinem Verbande in irgendeiner Weise unterordnen werde. Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Einordnung die Entmachtung Rosenbergs bedeuten sollte. Wäre es Ley schon damals um eine Ausschaltung Rosenbergs gegangen, so hätte er die Zuschüsse vermutlich gar nicht erst zugesagt. Er orientierte sich wohl an dem Musterfall des „körperschaftlichen" Eintritts der Kulturkammer in die NSG KdF[32] und glaubte, es werde sich auch mit der Organisation Rosenbergs ein ähnlich freundschaftliches Verhältnis ergeben wie mit dem Verbande Goebbels'. Er übersah dabei, daß zwischen den beiden Staatsgewerkschaften eine Kompetenztrennung stattgefunden hatte, während KdF und NSGK Konkurrenten auf dem gleichen Felde waren. Die Vereinbarung eines „körperschaftlichen" Verhältnisses blieb eine leere Formel, solange nicht weitere Regelungen folgten.
Ley hatte sich zu einem Entgegenkommen gegenüber der NSKG wohl auch deshalb bereit erklärt, weil die damit zusammenhängenden Fragen in seinen Augen gegenüber dem Problem des Einflusses auf das Funktionärskorps zweitrangig waren. Dieser Einfluß sollte, wie erwähnt, mit Hilfe von Schulungs-Maßnahmen laufend verstärkt werden, und Rosenberg war dabei die Rolle eines Helfers zugedacht. Die beiden Politiker vereinbarten während ihrer Verhandlungen vor dem 6. Juni 1934 den Erlaß einer Anordnung, welche nach Ansicht des *Beauftragten des Führers* die Schaffung eines eigenen Instanzenzuges auf Gau-Ebene, in Wahrheit aber den Verzicht auf einen solchen bedeutete. Die Anordnung hatte folgenden Wortlaut: „Im Einvernehmen mit dem Stabsleiter der P. O. bestimme ich die Gauschulungsleiter für das jeweilige Gaugebiet mit meiner Vertretung. Gez. Alfred Rosenberg, gegengezeichnet Dr. R. Ley ..."[32a] Diese Verfügung stellte eine Personalunion zwischen dem Gauvertreter Rosenbergs und dem Gauschulungsleiter Leys her. Dabei blieb offen, wer das Disziplinarrecht gegenüber den Gau-Funktionären ausüben sollte. Das bedeutete, daß die bisherigen Regelungen bestehen blieben. Sie waren in sich bereits unklar: Das Disziplinarrecht wurde sowohl von Ley als auch von den Gauleitern beansprucht[33]. Rosenberg trat nun als dritter Konkurrent hinzu. Wollte er seine Gauvertreter zu Tagungen nach Berlin berufen, dann war er von der Zustimmung der Gauleiter und des Stabsleiters der P. O. abhängig. Ein etwas größerer Spielraum blieb ihm gegenüber den Gliederungen, also der Hitler-Jugend, der SA, der SS und anderen Organisationen, denn Ley war nur für die Schulung der Partei sowie der *angeschlossenen Verbände* zuständig[34]. Auf welche Weise eine „Überwachung" angesichts dieser unübersichtlichen Verhältnisse durchgeführt werden sollte, blieb im Juni 1934 ungeklärt[35].

Nachdem Rosenberg seine Konzessionen gemacht und die Zusage auf Zahlung der Subventionen erhalten hatte, war er in der Lage, mehr Personal einzustellen, als bisher in der Leitung des Kampfbundes und der Deutschen Bühne tätig gewesen war. Vor allem konnte er nun eine Dienststelle errichten. Am 6. Juni 1934 ordnete er deren Gründung und vorläufige Einteilung an[36].

Abteilungs-Bezeichnung	Leiter	evtl. vorhandene Nebenorganisation
Stabsleitung	Gotthard Urban	
1. Amt Schulung[37] (ab 1. Januar 1938 Amt Lehrplanung)	„Der vom Stabsleiter der P. O. eingesetzte Reichsschulungsleiter der P. O."	
2. Amt Kunstpflege[38]	„Der Leiter der NS-Kulturgemeinde, Dr. Walter Stang"	NS-Kulturgemeinde
3. Abteilung Schrifttumspflege[39]	„Pg. Hans Hagemeyer, geschäftsführender Leiter der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums"	
4. Abteilung Vor- und Frühgeschichte[40]	Pg. Dr. Hans Reinerth	Reichsbund für deutsche Vorgeschichte
Bis Dezember 1934 traten folgende Abteilungen hinzu:		
5. Archiv für kirchenpolitische Fragen (ab 1937: Amt Weltanschauliche Information; ab 1942: Hauptamt Überstaatliche Mächte)[41]	Dr. Matthes Ziegler Hans Hagemeyer	
6. Abteilung Wissenschaft[42] (Eingliederung von Nr. 4 im Jahre 1943)	Prof. Dr. Alfred Baeumler; ab 1941: kommiss. Heinrich Härtle; ab 1942: Dr. Walther Groß, stellvertr. Härtle	
Von 1938 bis 1942 bestand auch:		
7. Amt Juden- und Freimaurerfragen[43] (eingegliedert in Nr. 5 im Jahre 1942)	August Schirmer	Verlag „Welt-Dienst" Frankfurt a. Main
Ab 1942 (Tätigkeit schon ab 1938) bestand offiziell:		
8. Aufbauamt Hohe Schule[44]	Prof. Dr. Alfred Baeumler	

Der Aufbau der Dienststelle zeigt, daß es sich dabei zunächst um die umbenannte Leitung des Kampfbundes und der Deutschen Bühne handelte. Der KfdK-Geschäftsführer Urban wurde als *Stabsleiter* Beauftragter für den täglichen Dienstbetrieb. Er pflegte von nun an oft im Namen des Reichsleiters zu verhandeln. Die Leiter der Sonder-Abteilungen der Kampfbund-Zentrale und Chefs der entsprechenden Ver-

bände wurden Referenten des Amtes, wobei es sich im Falle der Wissenschaftler Reinerth und Baeumler um eine nebenamtliche Tätigkeit handelte. Bis Dezember 1934 wurden den bestehenden vier Abteilungen noch zwei weitere hinzugefügt. Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß die Grundstruktur der Dienststelle bis 1945 im wesentlichen erhalten blieb. Die Eingliederung der Vorgeschichts-Abteilung in das *Amt Wissenschaft* im Jahre 1943 änderte nicht viel an ihrer selbständigen Tätigkeit; das *Aufbauamt Hohe Schule* war praktisch nur eine Sonder-Sektion des 1934 gegründeten Referats für die „Überwachung" der wissenschaftlichen Arbeit in Deutschland. Das *Amt Juden- und Freimaurerfragen* bestand nur wenige Jahre und erlangte keine Bedeutung. Die Dienststelle Rosenberg hatte mithin während der gesamten Zeit ihres Bestehens im wesentlichen sechs Abteilungen für Schulung, Kunstpflege, Zensurwesen, Vorgeschichte, Wissenschaft und kirchenpolitische Fragen[45].

Die Bekanntgabe, daß das Amt Rosenberg nunmehr sechs Sachgebiete bearbeiten werde, mochte in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken, daß ihm von der Staats- oder Parteiführung konkrete Kompetenzen und Arbeitsbereiche zugeteilt worden seien. Das war in Wirklichkeit nicht der Fall. Rosenberg setzte vielmehr alle seine Befugnisse, so wie sie sich nach seiner Ansicht aus dem Führer-Auftrag ergaben, selbst fest und bestimmte auch seine Tätigkeitsgebiete ohne Anweisung von höherer Stelle. Hitler und Heß sprachen keine Billigung aus, bestritten aber auch nicht die Richtigkeit des Vorgehens. Sie erteilten keine Ratschläge, stellten keine bestimmten Aufgaben, verhängten keine Verbote und äußerten sich nicht zu der Frage, ob Rosenbergs Interpretation der Weltanschauung allein, zum Teil oder auch nur überhaupt maßgeblich sei. Wenn der Öffentlichkeit in einzelnen Fällen Mitteilungen über bestimmte Zuständigkeiten gemacht wurden, geschah dies unter dem Zwang von Umständen, die sich während des internen Machtkampfes ergeben hatten. Dann wurde eine „Flucht in die Öffentlichkeit" notwendig[46].

Unter diesen Voraussetzungen war es wenig erstaunlich, daß Rosenberg eine Dienststelle schaffen konnte, in der für zwei Hauptgebiete der Weltanschauung zunächst gar keine Abteilungen vorhanden waren: Es fehlten Referate für Rassenpolitik und für die sogenannten „Juden- und Freimaurer-Fragen". Dem zuletzt genannten Gebiet widmete sich die Dienststelle erst von 1938 ab und auch dann ohne Eifer. Eine Begründung dafür ist den Akten des Amtes nicht zu entnehmen. Sie dürfte in der bloß instrumentalen Bedeutung zu suchen sein, die der Antisemitismus für das Weltbild Rosenbergs hatte. Die Probleme des Judentums interessierten den Reichsleiter nur in historischer Hinsicht; aktuelle Fragen fanden bei ihm nur rhetorischen Ausdruck[47]. Während er aber nicht bereit war, dies einzugestehen, konnte er sich zu der Tatsache des Fehlens einer *rassenpolitischen* Abteilung unbefangen äußern, weil es dafür einen plausiblen Entschuldigungsgrund gab: Ein solches Ressort bestand bereits „als selbständiges Reichsamt"[48] der NSDAP. Die Begründung war nicht unbedingt stichhaltig, denn es existierten in der Partei eine ganze Reihe von Parallelinstanzen zu den Abteilungen der Dienststelle[49]. Das Argument Rosenbergs war geeignet, die Tatsache zu verschleiern, daß der Reichsleiter von der medizinischen Anthropologie kaum eine Vorstellung besaß[50]. Ein persönlicher Grund kam hinzu: Rosenberg war mit Dr. Walther Groß, dem Leiter des *Rassenpolitischen Amtes der NSDAP*, einer von der SS rasch überflügelten und machtlosen Einrichtung, gut bekannt. Es bestand „beste Zusammenarbeit"[51].

Das Finanzierungssystem war gleichfalls das Resultat einer von Zufällen bestimmten Entwicklung. Das Amt konnte ungehindert im Namen „der Partei" sprechen, wurde aber in den ersten drei Jahren seines Bestehens nur zu einem kleinen Teil aus Mitteln unterhalten, die im offiziellen Etat der Partei ausgewiesen und vom Reichsschatzmeister der NSDAP verwaltet wurden. Es bezog sein Geld von drei Stellen: von der Deutschen Arbeitsfront, vom Reichsschatzmeister und von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Die von Ley zur Verfügung gestellten Summen waren der größte Posten auf der Einnahmeseite. Sie unterlagen, wie alle Gelder, die aus dem Vermögen eines *angeschlossenen Verbandes* gezahlt wurden, nur der „Finanzaufsicht", nicht der „Finanzhoheit" des Reichsschatzmeisters[52]. Der Vorgang der Subventionierung einer Parteidienststelle durch den Leiter der DAF war ein Beispiel dafür, wie Ley versuchte, politische Macht durch Geld zu erwerben. Er verwandte die Mittel der DAF, das heißt das von den früheren Gewerkschaften aufgesparte Vermögen, um seine Stellung als Leiter des Funktionärskorps der Partei, die er auf Grund gleichfalls zufälliger Entwicklungen innerhalb des *Führer-Staates* in Personalunion mit dem des Leiters der Arbeitsfront bekleidete, zu stärken und eine höchst eigenwillige Politik zu betreiben[53].

Rosenberg rühmte sich 1937, er habe den Haushalt der Partei bisher „nur mit einem äußerst geringen Etat belastet"[54]. Diese Feststellung traf zu. Es ist nicht bekannt, wie hoch die Summen waren, die der Reichsschatzmeister gewährte; jedoch übertraf die Zahl der Referenten die der Planstellen, die im Haushaltsplan der NSDAP für die Dienststelle Rosenberg vorgesehen waren, bei weitem. Dies war schon aus dem im Jahre 1934 veröffentlichten Abteilungsplan ersichtlich: Es war darin sowohl von „Ämtern" als auch von „Abteilungen" die Rede; die zuletzt genannte Bezeichnung wich aber von den in der NSDAP offiziell gültigen Namen für die Referate einer Dienststelle ab. Als solche waren nur die Titel „Hauptamt", „Amt", „Hauptstelle", „Stelle" und „Hilfsstelle" zulässig. Erst 1935 erhielt eine Reihe von Abteilungsleitern den eine offizielle Parteistellung bezeichnenden Dienstrang[55], während die Referenten der Unter-Abteilungen zum Teil als Zivil-Angestellte geführt, das heißt aus den von Ley gezahlten Mitteln besoldet wurden. Der Etat wurde erst von 1937 an vollständig vom Reichsschatzmeister übernommen[56].

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gewährte der Dienststelle bis etwa 1936 Zuschüsse in unbekannter Größenordnung. Ein innerparteilicher Gegner des Amtes behauptete, die Beiträge seien „sehr hoch" gewesen und es sei „ohne Verrechnungspflicht" (gemeint war: Abrechnungspflicht) gezahlt worden[57]. Diese Angabe ist im einzelnen nicht nachzuprüfen. Bedenkt man jedoch, daß der größte Teil der von Ley gewährten Zuschüsse (rund 3 Millionen RM im Jahr) für die NS-Kulturgemeinde und ihre Tätigkeit im Theater- und Konzertwesen verwendet werden mußten, so besaßen selbst Summen in der Höhe, wie sie die Notgemeinschaft beisteuern konnte — sie dürften kaum über 100 000 RM gelegen haben — erhebliche Bedeutung für das Amt Rosenberg. Die Dienststelle verdankte die Unterstützung dem Vizepräsidenten der Notgemeinschaft, Dr. Eduard Wildhagen, der von einem seiner Mitarbeiter als der „große nationalsozialistische Gleichschalter" dieser Institution bezeichnet worden ist[58]. Wildhagen überschätzte die politische Bedeutung des Amtes und sah den *Beauftragten des Führers* als den designierten Kultusminister des Dritten Reiches an. Er erhoffte sich von einem Bündnis mit ihm den Ausbau der ihm unterstehenden Einrichtung zu einer großen, übergeordneten und vom Reichs-

erziehungsministerium unabhängigen Behörde, welcher die zentrale Förderung der Forschung unterstehen sollte[59]. Es sollte sich später zeigen, daß Wildhagen unter den möglichen Bundesgenossen nicht den richtigen gewählt hatte.
Die Dienststelle Rosenberg war demnach in politischer und materieller Hinsicht auf unsicheren Grundlagen aufgebaut. Unter diesen Voraussetzungen begann in den sechs Abteilungen die Tätigkeit. Das wichtigste Ressort hatte Dr. Stang inne, denn das Amt Kunstpflege war für die Führung der NS-Kulturgemeinde zuständig, die bis 1937 die Hauptrolle spielte.

3. Die kulturpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und Goebbels zur Zeit des Bündnisses zwischen Rosenberg und Ley (1934–1936)

War Rosenberg bei seinen Versuchen, der Kulturpolitik des Dritten Reiches die von ihm gewünschte Richtung zu geben, schon vor Erhalt des Führer-Auftrages auf die überall spürbare, aber bislang nicht ausgesprochene Gegnerschaft Dr. Goebbels' gestoßen, so wirkte sich das antagonistische Verhältnis zwischen den beiden Parteiführern seit Gründung der Dienststelle für den Reichsleiter besonders nachteilig aus. Goebbels mußte in dem *Beauftragten des Führers* einen, wenngleich schwachen, Rivalen erblicken. Dies um so mehr, als sich Ley mit dem Parteitheoretiker verbündet zu haben schien. Goebbels hatte nun Grund, für seine Position im Kulturamt der *NSG Kraft durch Freude* zu fürchten. Die Ernennung Werner Haverbecks zum Leiter der genannten Abteilung am 9. Mai 1934, der Sturz des Goebbels-Mitarbeiters Hans Weidemann und das Scheitern des Goebbels-Kandidaten Horst Dressler-Andress waren für den Propagandaminister unheilvolle Vorzeichen gewesen. Ley mochte durch die Einsetzung Haverbecks versucht haben, seine Selbständigkeit sowohl gegenüber Goebbels als auch gegenüber Rosenberg zu betonen. Er scheint zeitweilig befürchtet zu haben, in zu starke Abhängigkeit von dem Propagandaminister zu geraten und hatte Rosenberg vielleicht auch deshalb berufen lassen, weil es ihm darum gegangen war, ein „Gegengewicht"[60] zum Goebbels-Einfluß auf KdF zu schaffen. Sollte die Ernennung Haverbecks von ähnlichen Absichten bestimmt gewesen sein, so hatte Ley offenbar dennoch nicht weitsichtig geplant, da er kurz darauf die „Gegengewichts"-Taktik wieder änderte: Am 13. Juli 1934 ließ er bekanntgeben, daß Dressler-Andress „mit sofortiger Wirkung zum Amtsleiter des Amtes NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' ernannt" worden sei[61]. Während die Nachricht bereits durch den parteiamtlichen Pressedienst verbreitet wurde, hatte Rosenberg noch keine genauen Informationen. Die Ernennung des Goebbels-Mitarbeiters, die nun also doch erfolgt war, widersprach zwar nicht dem Buchstaben, aber dem Geist eines kurz vorher getroffenen Abkommens zwischen NSKG und KdF. Darin war festgelegt worden, daß die Kulturgemeinde „ihre Aufgabe nunmehr gleichzeitig für die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude'" durchführe. „Ihr Aufgabengebiet" sollte „die künstlerisch kulturellen Veranstaltungen auf dem Gebiet des Theaters, des Konzerts, des Films, der bildenden Kunst, des Vortragswesens und des Schrifttums umfassen. Die Aufgaben des Amtes für Volkstum und Heimat" (das heißt des damaligen KdF-Kulturamtes) würden „hiervon nicht berührt"[62]. Die Vereinbarung besagte zwar nicht, daß die NSKG das gesamte KdF-Kulturpro-

gramm gestalten dürfe, aber Rosenberg konnte mit Recht beanspruchen, wenigstens befragt zu werden, wenn die Absicht bestand, einen neuen Chef für die zuständige KdF-Abteilung zu ernennen[63]. Der Reichsleiter beschwerte sich bei Ley und erhielt zur Antwort, „auf Grund verschiedener Mitteilungen und Beobachtungen" sei „Haverbeck nicht mehr tragbar"; sein Amt und der Reichsbund Volkstum und Heimat sollten „aufgelöst" werden[64]. Ley verriet durch diese Auskunft, daß sein Mißtrauen gegen Haverbeck und dessen Verband den Grund für die Berufung Dressler-Andress' abgegeben, und daß es Goebbels offenbar verstanden hatte, die Lage geschickt zu nutzen[65]. Für die Entwicklung der Dienststelle Rosenberg wurden deren Beziehungen zum Propagandaministerium damit fast ebenso wichtig, wie die zu den Organisationen Leys.

Nach Ansicht des *Beauftragten des Führers* wurde das ideologisch vorbildliche Programm der NS-Kulturgemeinde von Goebbels und Leys *Kraft durch Freude* zum Schaden des Nationalsozialismus unbeachtet gelassen. Der Reichsleiter meinte, KdF habe als „eine für große Gebiete segensreiche Organisation ihre Gestalt verloren". Sie breite „sich gleichsam wie ein Ölfleck ... formlos und anmaßend über das ganze Leben Deutschlands" aus[66]. Demgegenüber sei es der NSKG gelungen, „eine Auslese der kulturempfangenden Menschen herbeizuführen und zwar in nationalsozialistisch bedingter Weise"[67]. Rückblickend erklärte Rosenberg in einer Denkschrift für Hitler: „Ohne die Ausstellungen der NS-Kulturgemeinde ... wäre die Hauptstadt des Reiches [in den Jahren 1934–1936] nahezu ganz ohne deutsche Ausstellungen gewesen, mit Ausnahme einiger repräsentativer Ausstellungen, die aber keine *fortlaufend* gestaltende Arbeit aufweisen konnten. Sonst war das Ausstellungswesen durchaus beschränkt auf ein halbes Dutzend Galerien, die ständig die Künstler der Verfallszeit zeigten, als sei keine nationalsozialistische Revolution in Deutschland vonstatten gegangen."[68] Bis 1936 führte die NSKG im Sommer jeden Jahres sogenannte *Reichstagungen* mit einem, nach Ansicht Rosenbergs, vorbildlichen Kulturprogramm durch. Es entging dem Reichsleiter, daß gerade diese Festtage die Unfruchtbarkeit der Ideologie für das künstlerische Schaffen erkennen ließen. Nach der *Ersten Reichstagung* (Eisenach, 4.–7. Juli 1934) gab Stang noch zu, daß „künstlerische Höchstleistungen" fehlten, weil man „bewußt davon Abstand genommen" habe, solche „herauszustellen"[69]. Die Tagungen der folgenden zwei Jahre – sie fanden in Düsseldorf bzw. München jeweils Mitte Juni statt – waren aber ausdrücklich dazu bestimmt, Maßstäbe zu setzen. Im ersten Falle wurden zwölf, im zweiten zehn „Uraufführungen" gezeigt. Was es indessen bedeuten mochte, daß sich darunter insgesamt nur vier Bühnenwerke befanden, blieb unerörtert. Gerade das Fehlen des gesprochenen Wortes zeigte, daß die Ideologie dichterisch kaum formulierbar war. Der Mangel konnte durch eine größere Anzahl musikalischer Werke mit Titeln wie „Wir rufen das Reich" und „Der Sieger" sowie durch Ausstellungen zu Themen wie „Das wehrhafte Deutschland" und „Heroische Kunst" nur mühsam verdeckt werden[70].

Dem von Goebbels – in den Preußischen Staatstheatern auch von Göring – bestimmten Programm der Berliner Bühnen versuchte die NS-Kulturgemeinde im Winter 1934/35 einen „Modellspielplan" entgegenzusetzen. Dafür hatte sie das Theater am Nollendorfplatz gepachtet, um an der ehemaligen Stätte der avantgardistischen Inszenierungen Erwin Piscators nunmehr programmatisch zu zeigen, welcher Art von Kunst der Nationalsozialismus zum Durchbruch verhelfen werde.

Geboten wurden zwei Dorfkomödien und zwei Bauern-Tragödien. Die Titel lauteten: „Die Frösche von Büschenbüll", „Hockewanzel", „Einsiedel" und „Heilige Erde"[71]. Das Repertoire hätte als ein Versuch bezeichnet werden können, das Ansehen des *Beauftragten des Führers* in der Öffentlichkeit leichtfertig herabzusetzen. Gewiß blieb das Experiment auf die Saison 1934/35 beschränkt. Es wurde später nicht fortgesetzt[72]. Aber daraus darf nicht auf Selbsterkenntnis im Amte Rosenberg geschlossen werden, denn auch in den internen Akten fehlt jedes kritische Wort über die Aufführungen. Vermutlich war es der Mangel an Stücken, der den Abbruch der Vorstellungsreihe erzwang[73].

Unter diesen Umständen blieb der NS-Kulturgemeinde nur die Möglichkeit, auf ein konventionelles Programm zurückzugreifen. Wie groß der Einfluß war, den die Organisation in den verschiedenen Städten auszuüben vermochte, ist schwer zu beurteilen. In Berlin soll die NSKG 1935/36 „70 000 eingeschriebene Mitglieder" gehabt haben. „Eine große Anzahl städtischer Theater" soll durch die Organisation „vor dem Ruin gerettet worden" sein. Rosenberg gab an, daß an einigen Orten „$^2/_3$ des Theateretats" durch die Honorargarantien der NSKG getragen würde. Im Gegensatz zu KdF habe die Kulturgemeinde im Jahre 1935 „nicht 30 000 . . ., sondern 2 000" Vorträge veranstaltet. Sie lehne es ab, „künstlich mit Zahlen" zu operieren[74]. Doch wurde darauf hingewiesen, „daß 28 Landesbühnen . . . dank der systematischen Betreuung durch die Ortsgruppen der NS-Kulturgemeinde" ihre Arbeit hätten fortsetzen können[75]. Die Mitteilung deutet darauf hin, daß die Mitglieder der NSKG vor allem in kleinen und mittleren Städten ansässig waren, denn bei den Landesbühnen handelte es sich um Wandertheater. Das politische Zeitstück ist in den Spielplänen solcher Bühnen gewöhnlich nur selten vertreten.

Rosenberg berief sich in zahlreichen Briefen an Hitler, Heß, Goebbels und Ley, in öffentlichen Reden und in den Zeitschriften seines Amtes auf die außerordentliche Bedeutung seiner angeblich elitären „Auslese"-Organisation für die Erziehung des neuen nationalsozialistischen Menschen[76]. Doch er übersah, daß sich die organisatorischen Fähigkeiten Dr. Stangs seit dem Konkurs der Kampfbundbühne im Winter 1932/33 nicht verbessert hatten. Die durch Anwendung von Gewalt errungenen „Erfolge" im Gleichschaltungs-Prozeß hatten dies eine Zeitlang verschleiert. Es ist bezeichnend, daß sich unter den Akten des Amtes nicht eine einzige Bilanz über Einnahmen und Ausgaben, ja nicht einmal eine Gesamtaufstellung aller NSKG-Ortsgruppen findet. Rosenberg erkannte zu spät, daß Stang besser daran getan hätte, „alle finanziellen Mittel und sonstigen Kräfte auf *wenige* Gebiete zu konzentrieren", statt die Organisation auszudehnen[77]. Stang ließ keine Haushaltspläne ausarbeiten, in denen der Fall vorgesehen war, daß die Zuschüsse Leys unpünktlich gezahlt werden könnten. Gewiß war auch die KdF-Konkurrenz ein schweres Hindernis, nur hätte dies alles bei der Planung berücksichtigt werden müssen.

Im Propagandaministerium wurde das Ungenügen der Rosenbergschen Organisation mit dem Scharfblick des Feindes analysiert. Im Sommer 1936 wurde festgestellt, „daß nach einer zuverlässigen Statistik im letzten Jahr [1935] nur 3 % aller verkauften Theaterkarten auf die NS-Kulturgemeinde" entfallen seien. Hierdurch werde „schlagartig beleuchtet, in welch maßloser Weise die tatsächliche Bedeutung der NS-Kulturgemeinde durch ihre Propaganda übertrieben worden" sei[78]. „Das Menschenmaterial der NS-Kultugemeinde" sei „nicht besonders wertvoll". Es bestehe aus „Studienräten", sei „stark intellektuell durchsetzt" und enthalte „z[um] T[eil]

recht junge P[artei]g[enossen]"[79]. In diesem Urteil kam in einer für viele Parteifunktionäre charakteristischen Sprache zum Ausdruck, daß der ideologische Missionsanspruch Rosenbergs zu Unrecht bestand. Waren die Goebbels-Funktionäre auch befangen gegenüber der Konkurrenz, so erkannten sie doch etwas Richtiges. Die NS-Kulturgemeinde stellte einen Verband dar, dessen Mitgliedschaft sich im Kern aus Angehörigen der früheren Besucherorganisationen zusammensetzte. Darunter mögen sich viele der gefürchteten „Intellektuellen" befunden haben. Wer neu hinzugekommen war, hatte wohl in manchen Fällen nach einer Möglichkeit gesucht, seine Parteitreue ohne allzuviel Aufwand an der allenthalben geforderten „Einsatzbereitschaft" beweisen zu können. Die Mitglieder verband zudem das verständliche Interesse, in den Besitz preiswerter Theaterkarten zu gelangen. Der „Auslese"-Gedanke Rosenbergs war der Mehrzahl der NSKG-Abonnenten offenbar fremd. Dieser Tatbestand wurde gelegentlich auch von Mitarbeitern des Reichsleiters anerkannt. Ein NSKG-Gauobmann schrieb in einem Bericht: „Auf meine in jedem von mir besuchten ... Ortsverband ständig wiederholte Frage, in welcher Weise man versuche, den Mitgliedern der NS-Kulturgemeinde klar zu machen, daß die Mitgliedschaft ein Bekenntnis in sich schließe, wurde mir in den größeren Ortsverbänden ohne Ausnahme erwidert, daß dies fast unmöglich sei."[80]

Es waren freilich nicht nur die in der Organisations- und Mitgliederstruktur liegenden, sondern auch machtpolitische Gründe, die den Erfolg der NSKG schmälerten. „Während wir bis zum Jahre 1935 ständig Gelände gewinnen konnten", schrieb Dr. Stang, „befinden wir uns seit über einem Jahr im Schützengrabenkampf und verlieren von Tag zu Tag das einst eroberte Gebiet." Einen Zwischenfall zwischen NSKG und Propagandaministerium bezeichnete Stang einmal als „Folgeerscheinung des mit einer Skrupellosigkeit ohnegleichen" gegen die Kulturgemeinde „geführten Kampfes der Propagandaleitung, der Kulturkammer, insbesondere der Dienststelle von KdF (Dressler-Andress, Dr. Weiß), die in einer nationalsozialistischen Gepflogenheiten völlig unwürdigen Weise" vorgingen. Sie bezeichneten die NSKG „draußen als eine ‚zum Tode verurteilte Organisation', als ‚eine Privatorganisation des Herrn Rosenberg', als ‚reaktionär', als ‚absterbendes Gebilde'" und als einen „Privatverein Gregor Straßers". „Nichtnationalsozialistische Zeitungen" wie die „Frankfurter Zeitung oder ähnliche Blätter" widmeten der NSKG mehr Aufmerksamkeit als die Organe der Partei, weil „die unter dem Propagandaministerium stehende nationalsozialistische Presse sich nach der allgemein ablehnenden Haltung in der Spitze" richte. Der Völkische Beobachter stelle die einzige Ausnahme dar, hier sei wohl des Reichsleiters „persönliche Leitung entscheidend"[81].

Rosenberg hätte versuchen können, sich mit Goebbels zu verständigen. Der umfangreiche Briefwechsel, den die beiden Politiker miteinander pflogen, galt aber nur selten der Frage des Verhältnisses zwischen KdF und NSKG[82]. Der Reichsleiter wandte sich in dieser Angelegenheit meist an Ley, den offiziellen Vorgesetzten Dressler-Andress'. Mit Goebbels führte er dagegen die ideologische Grundsatzdebatte weiter.

Die Gründe für den Streit waren darin zu suchen, daß sich die Schwäche der nationalsozialistischen Ideologie im öffentlichen Kulturleben im Laufe der Zeit allmählich stärker bemerkbar machte. Rosenberg und Goebbels sprachen dies natürlich nicht aus. Die Diskussion bewegte sich aber um die Frage, wie man die Folgeerscheinungen der geistigen Unfruchtbarkeit bekämpfen könne. Der Parteitheoretiker bemerkte

ohnehin wenig mehr als die Symptome, und auch dies erst spät und in einzelnen Fällen[83]. Goebbels stellte schon früher fest, daß die Zahl der angebotenen Bühnenstücke groß, die Qualität aber gering war. Die Autoren, welche sich zum Regime bekannt hatten und einen Namen besaßen, verdankten diesen nicht dem Nationalsozialismus. Der Nachwuchs blieb aus[84]. Die *Thingspielbewegung* rechtfertigte nicht die in sie gesetzten Hoffnungen. Der Propagandaminister erklärte anläßlich der Einweihung der Heidelberger *Feierstätte* auf dem Heiligenberg, er sehe den Tag kommen, an dem „das deutsche Volk zu diesen steinernen Stätten" wandeln werde, „um sich ... in kultischen Spielen zu seinem unvergänglichen neuen Leben zu bekennen"[85]. Das war am 22. Juni 1935. Zwei Jahre später wurde die offizielle Förderung des „völkischen" Freilichtschauspiels eingestellt. Es hatte sich als unmöglich erwiesen, Stücke zu schaffen, die als „nationalsozialistisch" gelten konnten, und in denen doch nicht ständig das gleiche sprechchorartig wiederholt wurde[86]. Das Jahr des Abbruchs der *Thingspielbewegung* war auch das Jahr der Ausstellung *Entartete Kunst*. Diese Schau war das Zeichen der endgültigen Wende zu Terror und Negation als Inhalt der neuen Kunstpolitik – des einzigen Inhalts, zu dem der Nationalsozialismus noch Zuflucht nehmen konnte. Goebbels versuchte bis zum Frühjahr 1937, dem Zeitpunkt, zu dem er die Erlaubnis zum Aufbau der genannten Ausstellung gab[87], noch einen anderen Weg zu finden. Er duldete unter anderem, daß Arbeiten von Franz Marc, Emil Nolde, Edvard Munch oder Lyonel Feininger im oberen Stockwerk des Berliner Kronprinzenpalais, der modernen Abteilung der Nationalgalerie, gezeigt wurden. Er versuchte darüber hinaus, dem Dritten Reich die Mitarbeit international bekannter Künstler zu erhalten. Dabei stieß er auf den Protest Rosenbergs.

Die beiden Kontrahenten tauschten zunächst in der Zeit zwischen August und Dezember 1934 eine Anzahl scharf formulierter Briefe aus und machten sich gegenseitig heftige Vorwürfe. Den Anlaß bildete der sogenannte „Fall Richard Strauß". Rosenberg bezeichnete es „als eine vollkommene Unmöglichkeit, daß ein Präsident einer nationalsozialistisch geführten Reichsmusikkammer sich seinen Operntext von einem Juden schreiben" ließe. Der betreffende „Jude Zweig" sei zugleich „künstlerischer Mitberater eines jüdischen Emigranten-Theaters" in der Schweiz. Goebbels antwortete voller Hohn: „Es ist unwahr, daß Dr. Richard Strauß den Text seiner Oper von einem jüdischen Emigranten schreiben läßt. Wahr dagegen ist, daß der Überarbeiter des Textes, Stefan Zweig, ein österreichischer Jude ist, nicht zu verwechseln mit dem Emigranten Arnold Zweig ... Es ist demnach auch unwahr, daß der Verfasser des Operntextes künstlerischer Mitarbeiter eines jüdischen Emigrantentheaters ist ... Aus den oben behandelten Fragen könnte sich demnach entsprechend Ihrer Befürchtung nur dann ein kultureller Skandal entwickeln, wenn das Ausland sie mit derselben Unbekümmertheit behandelte, wie Sie das in Ihrem hiermit beantworteten Brief getan haben. Heil Hitler!"[88]

Goebbels mochte glauben, Rosenberg mit herabsetzenden und zugleich an der Sache vorbeigehenden Bemerkungen abfertigen zu können[89] – eines konnte er nicht: verhindern, daß sich „kulturelle Skandale" entwickelten, wie sie Rosenberg vorausgesehen hatte. Denn wer wollte bestreiten, daß der *Beauftragte des Führers* die Weltanschauung des Führers verteidigte[90], mit der die von Goebbels immer noch geförderten Persönlichkeiten früher oder später doch in Konflikt kommen mußten! Es ging Rosenberg gewiß nicht darum, das Ansehen des Regimes der Rache am Propagandaminister zu opfern, als er sich um der „Reinheit der Idee" willen ge-

zwungen sah, selbst Anlaß zu drei „Skandalen" zu geben. Es handelte sich dabei um die „Fälle" Furtwängler, Hindemith und Oncken.
Der Komponist Paul Hindemith wurde in der Zeitschrift „Die Musik", herausgegeben von der NS-Kulturgemeinde, im November 1934 als „kulturpolitisch nicht tragbar" bezeichnet. Dieser Angriff veranlaßte den Dirigenten Wilhelm Furtwängler, damals Vizepräsident der Reichsmusikkammer, am 25. November zu einer Entgegnung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Der Aufsatz enthielt unter der Fülle rein sachlicher Argumente auch streitbare Sätze wie den folgenden: „Wo kämen wir überhaupt hin, wenn politisches Denunziantentum in weitestem Maße auf die Kunst angewendet werden sollte?" Darauf hieß es in einer Presseerklärung der NSKG: „Herrn Staatsrat Dr. Furtwängler sei in aller Deutlichkeit gesagt, daß eine amtliche Äußerung einer Organisation der nationalsozialistischen Bewegung nichts mit politischem Denunziantentum gemein hat."[91] Am Abend des 25. November demonstrierte das Publikum der Staatsoper – in Anwesenheit der aus unerklärlichen Gründen erschienenen Minister Goebbels und Göring – durch eine zwanzig Minuten lang währende Beifallskundgebung vor Beginn einer „Tristan"-Aufführung für den Dirigenten. Hitler soll noch in der gleichen Nacht durch Göring davon unterrichtet worden sein, daß eine öffentliche Mißfallensäußerung gegen einen Reichsleiter der NSDAP stattgefunden habe. „Plötzlich war auf keiner Behörde mehr irgend jemand für Furtwängler erreichbar." Aus dem „Fall Hindemith" hatte sich ein „Fall Reichsmusikkammer" entwickelt. Goebbels sah sich gezwungen, auf die Seite Rosenbergs zu treten. Er drohte dem Künstler, „er würde schon zeigen, wer der Stärkere sei"[92]. Am 4. Dezember 1934 trat Furtwängler als Dirigent der Staatsoper und des Berliner Philharmonischen Orchesters sowie als Vizepräsident der Kammer zurück.
Der von Rosenberg vermutlich unbeabsichtigterweise errungene Triumph wäre vollkommen gewesen, wenn es sich bei seinem Hauptgegner nicht um Goebbels gehandelt hätte. Denn dieser ließ im geheimen mit Furtwängler verhandeln. Der Musiker brachte es nicht über sich, das Land zu verlassen, und der Propagandaminister arbeitete mit Angeboten und Drohungen gleichzeitig. Am 28. Februar 1935 kam nach einer erregten Auseinandersetzung eine Erklärung zustande, in welcher es hieß, der Dirigent bedauere „die Folgen und Folgerungen politischer Art, die an seinen Artikel geknüpft worden seien, um so mehr, als es ihm völlig fern gelegen habe . . ., in die Leitung der Reichskunstpolitik einzugreifen, die auch nach seiner Auffassung selbstverständlich allein vom Führer . . . und dem von ihm beauftragten Fachminister" bestimmt würde. Diese Pressemitteilung gehörte zu den taktischen Meisterstücken Goebbels'. Sie half Furtwängler, das Gesicht zu wahren, enthielt eine Zurückweisung der Ansprüche Rosenbergs und ließ den Schluß zu, daß auch über Hindemith noch kein endgültiges Urteil gesprochen worden sei. Jetzt war es nur noch eine Frage der Zeit, bis sich der *Beauftragte des Führers* beschweren würde. Am 5. März 1935 ließ er Heß offiziell wissen, er finde, „daß die Abfassung direkt provozierend" sei. Furtwängler entschuldige „sich nicht wegen seiner politischen Angriffe gegen eine nationalsozialistische Organisation", sondern bedauere „nur die Folgen und Folgerungen, die aus seinem Artikel gezogen worden wären. Und der nationalsozialistische Minister" bescheinige „ihm gerade diese Formulierungen". Er bitte, „Herrn Dr. Furtwängler zu veranlassen", sich bei ihm „in genau gleicher Weise, nicht etwa über die Folgerungen, sondern über seine politischen Angriffe gegen die NS-Kulturgemeinde zu entschuldigen"[93].

Es war wohl auch Heß, der den Dirigenten aufforderte, Rosenberg einen Besuch abzustatten. Die Begegnung fand am 9. April 1935 statt. Über ihren Verlauf ist nichts Näheres bekannt[94]. Der *Beauftragte des Führers* dürfte den Künstler schwerlich darauf hingewiesen haben, daß der NS-Kulturgemeinde gerade wieder einmal offiziell die „parteiamtliche Anerkennung" verweigert worden war. Die Organisation hatte gar kein Recht gehabt, ihre Angriffe auf Hindemith als „amtlich" zu bezeichnen[95].

Wurde der „Fall Furtwängler" mit einem Teilerfolg für Rosenberg abgeschlossen, so brachte es der Reichsleiter im „Falle Hindemith" zu einem vollen Erfolg. Am 2. Mai 1935 schrieb Rosenberg an das Reichserziehungsministerium, er höre, daß der Komponist auf „Veranlassung" Rusts und des „Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda wieder in sein Amt als Lehrer an der Hochschule für Musik eingebaut werden" solle. Er halte dies für „völlig indiskutabel". Die „Wiedereinsetzung" stünde „in krassem Widerspruch zu den zweimaligen Ausführungen des Führers über Kulturpolitik". Die „Bewegung" habe bereits „nachgiebig genug gehandelt . . ., Hindemith eine Bewährungsfrist zu geben". Der Komponist sei „ein eindeutiger Vertreter einer kunstbolschewistischen Kulturhaltung". Rust antwortete, gewiß habe der Künstler „im Zusammenhang mit den Erörterungen über den Fall Furtwängler-Hindemith" um seine Beurlaubung nachsuchen müssen. Vom Propagandaministerium sei aber bereits im April mitgeteilt worden, „daß der Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit . . . Bedenken nicht entgegenständen". „Mit Rücksicht" auf das Schreiben Rosenbergs sei der Urlaub des Komponisten nunmehr „erneut bis zum 15. Juli . . . verlängert" worden[96]. Damit waren die vorsichtigen Versuche Goebbels', Hindemith im Augenblick noch zu halten, vereitelt worden. Der Musiker verließ Deutschland einige Zeit später als Emigrant.

Mit dem „Fall Furtwängler-Hindemith" hatte das Vorgehen des Amtes Rosenberg im „Fall Oncken" Ähnlichkeit, wenn bisher auch nicht nachgewiesen werden konnte, daß dieses Vorgehen vom taktischen Muster der Künstler-Verfolgung bestimmt worden ist. Immerhin aber dürften die Vorgänge, die dem Ereignis in der Staatsoper gefolgt waren, gezeigt haben, daß Demonstrationen für einen von einem hohen Funktionär des Regimes Verfolgten auch gegen das Opfer ausgenützt werden konnten. Rosenberg und ein Referent seines Hauses, der Historiker Dr. Walter Frank, verstanden es, auf fast gleichartige Weise den Professor Hermann Oncken, Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Berlin, um Amt und Ehren zu bringen. Die Ereignisse sind bekannt: Frank, bisher nur mit Rezensionsarbeiten in der Dienststelle beauftragt[97], erstrebte eine staatliche Position, die ihm die „Beaufsichtigung des gesamten Faches ‚Geschichte'"[98] ermöglichen sollte. Anfang 1935 war er diesem Ziel auf Grund eigener Bemühungen und nachdrücklicher Befürwortungen Rosenbergs schon recht nahe gekommen, denn man hatte ihn für den Posten des Leiters eines zu gründenden *Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands* vorgesehen. Diese Anstalt sollte an die Stelle der Historischen Reichskommision treten, der Oncken vorstand[99]. Am 3. Februar 1935 veröffentlichte Frank im Völkischen Beobachter unter der Überschrift „L'Incorruptible" einen Artikel, der den Zweck verfolgte, den Gelehrten von dem Posten zu verdrängen, den der Referent für seine eigene Person beanspruchte.

Der Inhalt des Aufsatzes ist an dieser Stelle nicht zu wiederholen[100]. Es genügt der Hinweis, daß die Zuhörer der Onckenschen Hauptvorlesung die verleumderische

Absicht erkannten, die in dem von Frank erhobenen Vorwurf lag, Oncken sei ein Vertreter des „wendigen Opportunismus dreier Reiche“[101]. Die Studenten empfingen den Gelehrten am Morgen des 5. Februar mit einem „verlängerten Trampeln“[102]. Das war das Signal, auf das man im Amte Rosenberg nur gewartet hatte. Frank erschien am 6. Februar im Reichserziehungsministerium und erklärte, Rosenberg habe ihn „formell beauftragt“, dem „Ministerium seine dringliche Bitte zu übermitteln, der Tätigkeit des Professors Oncken noch heute ein Ende zu bereiten“. Es hätten „studentische Kundgebungen“ zugunsten der „stärksten Säule der liberalen Opposition“ stattgefunden. „Die Situation“ sei „sozusagen über Nacht ‚revolutionär‘ geworden“. „Der Staat“ könne sich „nicht in dieser Weise verhöhnen lassen.“[103]

Das Ministerium hatte die Ablösung des Gelehrten vom Vorsitz der Historischen Reichskommission schon seit längerem vorgesehen und auch schon beschlossen, daß Oncken nach Vollendung seines 65. Lebensjahres am 1. April 1935 emeritiert werden sollte[104]. Die Beamten erwiesen sich in anderen Fällen als recht erfinderisch, wenn es galt, den Ansinnen Rosenbergs zu begegnen. Sie hätten es deshalb nicht nötig gehabt, der neuen Forderung nachzukommen und der öffentlichen Beleidigung Onckens eine Entlassung in ehrverletzender Form folgen zu lassen. Aber weder Rust und seine Referenten noch der Rektor der Universität, der Rassen-Anthropologe Eugen Fischer, zögerten auch nur einen Augenblick, dem Unrecht zum Triumph zu verhelfen. Oncken wurde bereits am 6. Februar 1935 verboten, weiterhin Vorlesungen und Übungen abzuhalten. Am Rigorosum seiner Doktoranden durfte er in Zukunft nur noch in Einzelfällen teilnehmen[105]. Der Denunziant Frank konnte an die Stelle des Gestürzten treten und wurde zum Präsidenten des Reichsinstituts ernannt[106].

Die Erfolge, die der Reichsleiter in den „Fällen“ Furtwängler, Hindemith und Oncken errungen hatte, mochten Goebbels gezeigt haben, daß er Rosenbergs Einflußmöglichkeiten gelegentlich unterschätzte. Dies um so mehr, als die Entwicklung im Bereich der Kulturkammer, wie sie sich im Sommer und Herbst 1935 zeigte, den Warnungen Rosenbergs Recht zu geben schien. Der Parteitheoretiker hatte nicht nur die Berufung von Richard Strauß zum Präsidenten der Reichsmusikkammer kritisiert. Er hatte Goebbels mitgeteilt, daß „auch das Verhalten der Theaterkammer und manches andere auf dem Gebiet etwa der bildenden Kunst oder des Filmwesens vielfach den Glauben an die Festigkeit der nationalsozialistischen Welt- und Kulturanschauung ... erschüttert“ habe[107]. Der *Beauftragte des Führers* gewann an Respekt, als seine Voraussagen eintrafen.

Richard Strauß wurde am 13. Juli 1935 gezwungen, sein Amt niederzulegen. Die Gestapo hatte einen Brief des Komponisten an seinen Textdichter Stefan Zweig abgefangen, in welchem geschrieben stand, der Absender „mime“ den „Präsidenten der Reichsmusikkammer“ nur deshalb, weil er „Gutes ... tun und größeres Unglück ... verhüten“ wolle. Der sächsische Gauleiter Mutschmann meldete den Vorfall direkt bei Hitler. Goebbels blieb nichts anderes übrig, als die Demission zu verlangen. Die Oper „Die schweigsame Frau“ wurde kurz nach der Premiere verboten; die Öffentlichkeit wußte also, was von der Bekanntmachung zu halten war, Strauß wäre „mit Rücksicht auf sein Alter und seine augenblicklich stark angegriffene Gesundheit“ zurückgetreten[108]. Der von Rosenberg prophezeite „Skandal“ war Tatsache.

Am 3. Oktober 1935 wurde der Präsident der Reichsschrifttumskammer, der Schrift-

steller Hans Friedrich Blunck, durch Hanns Johst ersetzt. Er hatte seinen Rücktritt bereits zuvor angeboten, war aber im Amt geblieben, bis der SD die Demission forderte. Eine „Rede an die Jugend der Westländer", in welcher Blunck „ein Konkordat mit den deutschen Juden, ähnlich dem mit der katholischen Kirche", vorgeschlagen haben soll, gab den Anlaß[109]. Die Vorgänge waren nicht geeignet, das Ansehen Goebbels' innerhalb der Partei zu heben. Die Auslandspresse schloß auf „Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen Fragen innerhalb der nationalsozialistischen Führung"[110]. Ein weiterer Personalwechsel folgte: Der Präsident der Reichsfilmkammer, Dr. Fritz Scheuermann, wurde am 18. Oktober 1935 durch den Volkswirt Professor Dr. Oswald Lehnich ersetzt. Rosenberg hatte schon eineinhalb Jahre früher an Heß geschrieben, es habe sich wohl „allmählich auch im Propagandaministerium herumgesprochen . . ., daß Herr Scheuermann ein eifriger Rechtsanwalt der [jüdischen] Gebrüder Rotter gewesen" sei[111]. Der Appell war wirkungslos geblieben, bis die Ahnengalerie des Funktionärs Anlaß zu Zweifeln gegeben hatte. Damit waren drei der sieben Kammerpräsidenten aus politischen Gründen ausgewechselt worden. Ein vierter hinterließ gleichfalls ein Nachfolgerproblem: am 27. Oktober 1935 starb er[112].

Goebbels war trotz aller Rückschläge noch nicht bereit, sich dem Kurs Rosenbergs anzupassen: Der Präsident der Kunstkammer, der Architekt Eugen Hönig, blieb auf seinem Posten, obwohl er allgemein als „gemäßigt"[113] galt und Ausstellungen moderner Malerei und Plastik immer noch gestattete. Hitler mochte seinem Weltanschauungs-Beauftragten in den Nürnberger Parteitagsreden Recht geben[114] — der Propagandaminister betrachtete dies als unverbindlich, solange nicht genauere Anweisungen ergingen. In seinem Hause beschloß man angesichts der Erfolge Rosenbergs einen verstärkten Kampf gegen dessen Amt. Charakteristisch für diese Politik ist ein Bericht, den der KdF-Chef Horst Dressler-Andress im Juni 1935 anläßlich einer NSKG-Reichstagung verfaßte. Dressler sandte seine Mitteilungen nicht an seinen Vorgesetzten Ley, sondern an Goebbels. Der Vorgang war bezeichnend für die Verhältnisse im Machtdreieck der Parteiführer. Der Funktionär führte aus: „In Düsseldorf bei der Reichstagung der NS-Kulturgemeinde herrschte Karnevalsstimmung. Bis in die frühen Morgenstunden . . . hinein wurden die Becher geschwungen und auf die sterbende Kulturkammer angestoßen . . . Man faßt die . . . Tagung als den Anfang einer großangelegten organisatorischen Opposition gegen das Propagandaministerium und die Kulturkammer auf. Skeptiker, die bisher zu uns hielten . . ., erklären, daß die Veranstaltungen sehr viel Schwung haben und wegen der forcierten oppositionellen Stimmung einen konzentrierten Eindruck machen . . . Innerhalb der Künstlerorganisationen, auf denen unsere Kammern aufgebaut sind, mehren sich die Stimmen, die zur Kulturgemeinde drängen. Ich rechne damit, daß noch in diesem Herbst aus Künstlerkreisen der Antrag gestellt wird, in Verbindung mit der ‚Deutschen Arbeitsfront' die Berufe der Künstler neu zu organisieren . . . Um bestehen zu können, sind außerordentliche Vollmachten an diejenigen zu geben, die . . . noch in der Lage sein dürften, . . . die Initiative an uns zu reißen."[115]

Dressler-Andress drückte sich möglicherweise etwas deutlicher aus, als es die Sache erfordert hätte. Er tat es, weil er auch eigene Interessen verfocht und auf Erteilung „außerordentlicher Vollmachten" für sich selbst hoffte. Der Respekt, den er der NSKG zollte, ist dennoch unverkennbar. Er stand mit seinen Ansichten auch nicht allein. Reichskulturwalter Moraller, ein anderer Funktionär des Propagandamini-

steriums, schlug etwa zur gleichen Zeit vor, eine „parteiamtliche Organisation der Parteigenossen in der R[eichs-]K[ultur-]K[ammer]" zu gründen. „Eine solche Organisation", so schrieb er an Goebbels, „schafft uns nicht nur die Basis für die nationalsozialistische Kulturpropaganda, sondern *sie verlegt gleichzeitig auch der N. S. Kulturgemeinde den Weg* zur Parteiamtlichkeit..."[116] Der Minister griff diese Anregung nicht auf, beschäftigte sich aber in der folgenden Zeit mit einem Vorhaben, an dem Moraller als einer von vielen gleichfalls beteiligt war und für welches er in seiner Aktennotiz Vorschläge unterbreitete.

Es sollte ein *Reichskultursenat* berufen werden. Goebbels hatte seinen Anspruch auf Schaffung eines solchen Gremiums „hervorragende⟨r⟩, um Volk und Kultur verdiente⟨r⟩ Persönlichkeiten" schon im November 1933 angemeldet[117]. Die Vorschläge Morallers zeigten, daß das Ministerium nunmehr die Zeit für gekommen hielt, den Plan zu verwirklichen, um die Stellung der in hohen Parteikreisen neuerdings stark kritisierten und von inneren Krisen erschütterten Reichskulturkammer erneut zu festigen. In den Reichskultursenat sollten nach seiner Ansicht berufen werden: „Persönlichkeiten, deren leitende Ämter in Bewegung und Staat gute Verbindungen zu allen für die Reichskulturkammer wichtigen Stellen ergeben und deren Namen andererseits von so gutem Klang sind, daß durch sie eine erhebliche Stärkung der Autorität der Kammer eintritt. Diese Persönlichkeiten bilden gewissermaßen eine undurchdringliche Phalanx vor der Kammer gegen Angriffe von außen her..."[118] Goebbels und seine Mitarbeiter hofften demnach, sich etwa durch Berufung Himmlers, Schirachs oder Schwarz' der Unterstützung der SS, der HJ und der Finanzverwaltung der NSDAP versichern zu können. Gewiß war auch an die Ernennung von Ministern und Ministerialbeamten gedacht, um „Angriffe von außen her", etwa von Seiten Rosenbergs, abwehren zu können.

Der Propagandaminister hätte die Ausführung seines Planes wohl beschleunigt, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß der *Beauftragte des Führers* zu gleicher Zeit ebenfalls ein Vorhaben zur Errichtung eines Reichskultursenats in Angriff genommen hatte. Er sollte ebenfalls hochgestellte Persönlichkeiten umfassen. Nur sollte das Gremium den Interessen des Amtes Rosenberg dienen. Der Reichsleiter vermochte sich sogar einen neuen Führer-Auftrag zu beschaffen, durch den er zur Berufung der Körperschaft ermächtigt wurde. Auf diese Weise kam er allen Konkurrenten zuvor. Am 11. September 1935 verlas er während einer Festsitzung aus Anlaß des *Reichsparteitages der Freiheit* die Urkunde über die Stiftung eines „Preises der NSDAP für Kunst und Wissenschaft". Aus dem Dokument ging hervor, daß Hitler das Vorschlagsrecht für die jährliche Preisverleihung an Rosenberg vergeben hatte, der einen Reichskultursenat berufen sollte, „um mit seiner Hilfe alle schöpferischen Kräfte auf dem Gebiet der Kunst und Wissenschaft zu überprüfen und auszulosen"[119].

Die damit den Interessen Goebbels' erwachsene Gefahr hätte möglicherweise ein bedrohliches Ausmaß angenommen, wenn es Rosenberg gestattet worden wäre, weitere Pläne zu verwirklichen, die er Hitler zugleich mit dem Entwurf für die Stiftungsurkunde vorlegte. Diese enthüllte ein Antrag auf Erteilung des Weisungsrechts gegenüber sämtlichen kulturpolitischen Stellen in Partei und Staat. Er wollte fortan in der Lage sein, dem Propaganda- und dem Erziehungsministerium, der *NSG Kraft durch Freude*, dem *Ahnenerbe* der SS und einer Reihe anderer Konkurrenz-Institutionen Befehle zu erteilen. Rosenberg schlug vor, in Personalunion zum „Ordens-

kanzler der NSDAP" und zum „Reichsminister für Weltanschauung und Kultur" ernannt zu werden[120]. Die Bitte wurde von Hitler nicht genehmigt. Die Gründe dafür sind unbekannt. Die Abwegigkeit des Vorhabens war wohl zu offensichtlich.
Rosenberg hatte trotz des Scheiterns seiner weitergehenderen Absichten einen Teilerfolg errungen. Er hoffte, künftig beim Stellvertreter des Führers und an anderen Stellen nicht mehr abgewiesen zu werden, wenn er dort Pläne vorlegte, von denen er behaupten konnte, daß sie von einem Reichskultursenat gebilligt worden seien. Himmler, Schirach, Lutze, Darré und andere hatten der Ernennung zum Senator schon zugestimmt[121], da teilte Goebbels am 7. November 1935 mit, er werde am 15. des Monats seinerseits einen Reichskultursenat „bestellen". Er habe „den Führer auf die ... Unzuträglichkeiten aufmerksam gemacht", die sich „zwangsläufig" ergeben müßten, wenn zwei Institutionen gleichen Namens geschaffen würden. „Der Führer" habe „entschieden", daß das von Rosenberg „geplante Gremium nicht einzusetzen" sei[122]. Damit war eine von Hitler selbst unterzeichnete und in das offizielle Parteitagsprotokoll aufgenommene Urkunde zum Teil wieder außer Kraft gesetzt worden. Goebbels verstand es später, Rosenberg auch das Recht des Kandidatenvorschlags wieder abzunehmen. Der „Preis der NSDAP für Kunst und Wissenschaft" wurde 1937 durch den „Deutschen Nationalpreis" ersetzt. Diesen durfte nun der Propagandaminister verteilen, aber Rosenberg wurde abgefunden: Er erhielt ihn selbst, „als erster unter den Lebenden", wie er im Tagebuch vermerkte[123].
Hatte Goebbels Ende 1935 noch einen Sieg errungen, so bemühte er sich schon bald darauf, die Spannungen zwischen sich und dem *Beauftragten des Führers* zu vermindern. Die Gründe dafür lassen sich nur vermuten. Ein Zusammenhang mit den Wandlungen, die sich in mehreren Bereichen der Politik des Regimes im Verlaufe des Jahres 1936 vollzogen, ist nicht ausgeschlossen. Das Jahr der Olympischen Spiele, des glanzvollen Festes, das dem In- und Ausland ein täuschendes Bild nationalsozialistischer Friedenspolitik vermitteln sollte, war zugleich das Jahr des Beginns der innen- und außenpolitischen Radikalisierung. Noch ist nicht bekannt, ob und inwieweit die einzelnen Ereignisse kausal miteinander verknüpft waren; vorerst ergibt sich der Eindruck einer Verschärfung des Kurses aus innerem Zwang heraus. Einem solchen folgte unter anderem Goebbels. Die Versuche, dem Dritten Reich die Mitarbeit der großen Künstler zu erhalten, waren gescheitert, der Nachwuchs blieb aus. Interne Bündnissysteme, wie sie durch den Reichskultursenat erleichtert werden sollten, konnten keine Lösung bringen, zumal sich schon nach kurzer Zeit Zweifel am politischen Wert des Gremiums ergaben[124]. Der einzige Ausweg schien in der Radikalisierung des Kampfes gegen den „Feind" zu bestehen; ein solches Verfahren sicherte der Politik des Propagandaministeriums sowohl einen neuen „Inhalt" als auch die Sympathien Hitlers. Dementsprechend verhielt sich Goebbels: Eine bislang privat gezeigte Wanderausstellung „entarteter Kunst" erhielt den Namen „Antikomintern-Ausstellung" und wurde im März 1936 in München neu eröffnet. Das Propagandaministerium ließ sich noch nicht als Veranstalter nennen, gab der Schau aber eine Bezeichnung, die auf die Verwandtschaft zwischen offizieller und inoffizieller Politik deutete. Zu gleicher Zeit häuften sich die Presse-Angriffe gegen deutsche Museumsdirektoren[125]. Erziehungsminister Rust schloß am 30. Oktober 1936 das obere Stockwerk des Berliner Kronprinzenpalais. Der Kunstkammer-Präsident Eugen Hönig trat zurück und wurde durch den radikalen Adolf Ziegler ersetzt. Am 27. November 1936 erließ Goebbels das Verbot der Kunst-

kritik[126]. Er untersagte damit jede ernsthafte Auseinandersetzung mit der Durchschnitts-Malerei, die als „Kunst im Dritten Reich" galt. Der Propagandaminister näherte sich also der von Rosenberg seit langem empfohlenen Politik; es lag nahe, daß beide nun auch eine Verständigung über das weitere Vorgehen suchen würden.
Auf die Möglichkeit eines inneren Zusammenhangs zwischen den geschilderten Vorgängen und vergleichbaren Ereignissen auf anderen Gebieten sei hingewiesen: Am 17. Juni 1936 wurde Himmler nach längerem Machtkampf mit Frick zum Chef der deutschen Polizei ernannt[127]. Heydrich und seine Gefolgsleute planten zu gleicher Zeit neue „Maßnahmen" gegen jüdische Bürger und verschoben die „Durchführung" nur mit Rücksicht auf die Olympischen Spiele[128]. Ähnliches ließ sich im Bereich der Außenpolitik beobachten: Im März wurde das Rheinland besetzt, der Locarno-Vertrag also gebrochen. Im Juli wurden zugleich die Intervention in Spanien und die Intensivierung der Verhandlungen über den Pakt mit Japan beschlossen. Im August diktierte Hitler seine „Vierjahresplan"-Denkschrift. Der Parteitag im September stand unter der Parole des „entscheidenden Weltkampfes" gegen den Bolschewismus[129]. Gewiß dienten alle diese Aktionen dem großen „Plan" der Gewinnung von „Lebensraum" im Osten und der damit zu verbindenden „Vernichtung" des fiktiven Rasse-Gegners. Im einzelnen zeigten die Vorgänge viel Planlosigkeit. Sie wiesen alle Merkmale jener „vorwärtsjagenden Hysterie" auf, die Hitler in „Mein Kampf" als Herrschaftstechnik des wahren Volksführers gepriesen hatte[130]. Sowohl die Einmischung in Spanien als auch die Forcierung der Antikominternpakt-Verhandlungen wie die Ausarbeitung des „Vierjahresplanes" waren Folgen einer offenbar panischen Furcht für die „Lebensraum"-Ziele, die Hitler bei Beginn des Spanischen Bürgerkrieges befallen hatte. Die politischen Entschlüsse wurden mit allen Anzeichen der Übereilung gefaßt[131].
Gewiß konnten sich Wandlungen in den machtpolitisch wichtigen Bereichen nur in geringem Maße auf ein an der Peripherie des Herrschaftsapparates stehendes Amt wie das des Reichsleiters Rosenberg auswirken. Der Parteitheoretiker war wohl der heftigste Gegner der bisherigen Kompromißpolitik des Propagandaministers, brauchte aber von diesem nach wie vor nicht unbedingt berücksichtigt zu werden. Wenn Goebbels jetzt doch Verständigungsversuche unternahm, so deshalb, weil sie angesichts der beginnenden Radikalisierung auf dem Gebiet der Kunstpolitik nicht mehr so aussichtslos erschienen wie zuvor. Freilich war er nur zu geringem Entgegenkommen bereit, und dies besonders am Anfang des Jahres 1936, als der künftige Kurs noch ungewiß war. Am 30. Januar bekundete er zunächst nur Interesse für „Einwendungen", die „aus Kreisen der NS-Kulturgemeinde" gegen zwei der neu ernannten Kultursenatoren erhoben worden seien und bat um Zusendung etwaigen Belastungsmaterials. Obwohl er von Goebbels noch niemals schriftlich um seine Meinung befragt worden war, erkannte Rosenberg die gebotene Chance nicht, ließ drei Wochen verstreichen und schickte dann einen an Vorwürfen reichen Antwortbrief. Es handele sich, so schrieb er, „nicht etwa nur" um die beiden vom Minister ernannten „Persönlichkeiten, sondern um eine ganze Anzahl Menschen", von denen es ihm „unbegreiflich" erscheine, „daß sie in ein Gremium aufgenommen werden" konnten, „das in Gegenwart des *Führers* durch einen Staatsakt eingesetzt" worden sei. „In einem Brief" könne er seine Bedenken „nicht im einzelnen ... niederlegen". Er stehe aber für eine Aussprache zur Verfügung[132].
Goebbels war zu einem Treffen bereit, bat am 3. März 1936 „um Vereinbarung

eines Termins" in der folgenden Woche und ersuchte Rosenberg, ihm Personalvorschläge für die Abteilungen *Bildende Kunst* und *Musik* des Propagandaministeriums zu unterbreiten[133]. Der Minister hatte noch keine Antwort erhalten, als er fast vier Wochen danach anfragte, ob der *Beauftragte des Führers* „eventuell" bereit sein würde, „eine Berufung ... in den Reichskultursenat anzunehmen"[134]. Er steigerte sein Angebot, aber er hätte es vermutlich nicht getan, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß Rosenberg im Begriffe stand, zwei mit neuen Beschwerden schärfster Art gefüllte Schreiben an ihn abzusenden, denen er nach Erhalt der Einladung noch ein drittes hinzufügte. Er lehnte den Eintritt entschieden ab und gab zur Begründung an, daß er nicht der Ansicht Vorschub leisten wolle, der Reichskultursenat sei „Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung"[135]. Rosenberg forderte darüber hinaus die Beschränkung der Kulturkammer auf eine „ständische Organisation des Staates ..., so wie sie ursprünglich beabsichtigt worden" sei und verlangte die Herstellung eines „ganz generell gehaltenen Arbeitsverhältnisses". Goebbels sollte seine Staatsaufgaben behalten; ihm als dem *Beauftragten des Führers* aber dürfe „die Betreuung der Kulturarbeit, zu der ... Philosophie, Wissenschaft und Kunst" gehörten, „nicht strittig gemacht werden"[136].

Die Forderung lief auf die Erfüllung der Nürnberger Versicherungen Hitlers, die Partei habe dem Staat zu „befehlen"[137], hinaus. Sie widersprach aber den herrschenden Machtverhältnissen. Der Minister ließ in seinen Antwortschreiben erkennen, daß er zur Zahlung eines so hohen Preises, wie ihn Rosenberg mit dem Verlangen nach einer grundsätzlichen institutionellen Neuordnung forderte, nicht bereit war. Er ging auf das Ansinnen gar nicht ein und entzog sich der ebenso gefährlichen wie aussichtslosen Grundsatzdiskussion um die Probleme des Verhältnisses von Partei und Staat, indem er am 15. April 1936 jede Zusammenkunft als „zwecklos" ablehnte. Rosenberg habe keinen einzigen seiner Vorwürfe gegen die Kultursenatoren begründet. Er als Minister könne diese Anschuldigungen „doch wohl unmöglich ... schweigend hinnehmen, ohne auch nur im mindesten eine Ahnung zu haben, worum es sich überhaupt im einzelnen" handele[138].

Goebbels war klug genug, in seinen letzten Briefen auch einen Anschlag gegen das Propagandaministerium zu ignorieren, den Rosenberg in der Zwischenzeit verübt hatte. Dem Parteitheoretiker war zu Ohren gekommen, daß sein Kollege Einladungen in den Kultursenat auch an „andere Reichsleiter" sowie an Rust, Hierl und Hühnlein versandt hatte. Es war ganz offensichtlich, daß Goebbels die „Phalanx" vor seinem Hause durch Berufung höchster Würdenträger jetzt noch „undurchdringlicher" zu machen gedachte[139]. Rosenberg verschickte daraufhin ein vierseitiges Rundschreiben an sämtliche Reichsleiter der NSDAP. Darin erklärte er, die neuerliche Erweiterung des Kultursenats trüge durch „eine undurchsichtige Vermischung halbstaatlicher Institute mit parteiamtlichen Stellen Unsicherheit in die gesamte Bewegung"[140]. Daraufhin antwortete Himmler, er sei in den Senat schon eingetreten, bevor ihm der Brief Rosenbergs zugegangen sei. Reichsschatzmeister Schwarz ließ wissen, die „geschätzten Ausführungen" des *Beauftragten des Führers* deckten sich „größtenteils" mit seiner „persönlichen Meinung", weshalb ein Eintritt für ihn „undiskutabel" sei[141]. Weitere Antworten sind nicht erhalten. Da aber aus dem Kreise der Reichsleiter außer Himmler nur noch Schirach und Bouhler dem Gremium beitraten[142], hat es den Anschein, daß Goebbels' Politik zu dieser Zeit nicht nur bei Rosenberg auf Ablehnung stieß.

Der Propagandaminister unternahm im Sommer 1936 noch einen zweiten Versuch der Annäherung an Rosenberg. Reichskulturwalter Moraller erschien auf der Münchener NSKG-Tagung im Juni und sprach „sein Bedauern über die vorhandenen Spannungen aus". Der Reichsleiter erklärte, er „sei jederzeit bereit, ... ein kameradschaftliches Übereinkommen zu treffen"[143]. Stang nahm den Faden auf und übermittelte dem Propagandaministerium etwa am 10. Juli einen bemerkenswerten Vorschlag: Die sieben Einzelkammern der Reichskulturkammer sollten um eine „Reichskammer für Kulturpflege" vermehrt werden. Stang schlug sich zum Präsidenten vor. Die „achte Kammer" sollte die Gleichschaltungs-Organisation für „alle kulturpflegerischen Verbände und Vereine, Besucherorganisationen und Institutionen ..., die an der Gestaltung der Volkskultur" mitarbeiteten, darstellen. Die NSKG sollte also mit der Kulturkammer verbunden werden. Die noch vielfach selbständigen örtlichen Musik- und sonstigen Vereine wollte man damit dem Kulturkammer-Gesetz unterwerfen. Für die Kammer waren Gau- und Kreisfunktionäre vorgesehen, die alle Funktionen von Goebbels und Stang in einer „fünffachen Personalunion"[144] vereinigen sollten. Der Vorschlag spiegelte die chaotischen Organisationsformen des *Führer-Staates* und war nicht geeignet, zur Ordnung der Zuständigkeiten beizutragen, weil niemand daran dachte, den Dualismus in der Spitzengliederung zu beseitigen. Um das zu ermöglichen, hätten entweder Goebbels auf die Reichskulturkammer oder Rosenberg auf die NSKG verzichten müssen. Moraller und andere Funktionäre des Ministeriums verbargen ihre Skepsis nicht. Sie erhoben zahlreiche Einwände, erklärten aber ausdrücklich, „alle diese Punkte" seien „nicht von so entscheidender Bedeutung, daß sie nicht hinter zwingenden politischen Notwendigkeiten zurücktreten könnten", falls solche nach Ansicht des „Herrn Ministers" vorlägen[145].

Trotz der ungünstigen Voraussetzungen kam eine persönliche Begegnung diesmal zustande. Goebbels stattete Rosenberg den ersten und letzten dienstlichen Besuch seiner Amtszeit ab. Bei dieser Gelegenheit soll es zu einem beiderseits gebilligten Vorschlag über eine institutionelle Regelung gekommen sein. Der Reichsleiter äußerte später, Goebbels habe sowohl der Schaffung der „achten Kammer" als auch einem vom *Beauftragten des Führers* zu leitenden und von Stang zu verwaltenden „Reichskulturamt" unter der Bedingung zugestimmt, daß dem Ministerium in Personalfragen ein Mitspracherecht zustünde. Durch Errichtung des neuen Amtes wollte Rosenberg endlich in den Besitz des schon zuvor bei Hitler beantragten Rechts gelangen, „Richtlinien und Weisungen für die weltanschaulich-kulturelle Haltung der Bewegung, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen und von ihr betreuten Organisationen" erteilen zu dürfen[146]. Daß Goebbels sich während des Gespräches mit einem Vereinbarungs-Entwurf, in welchem diese Weisungsbefugnis vorgesehen war, „einverstanden" erklärt haben soll, ist unwahrscheinlich. Rosenberg behauptete es[147], aber er dürfte sich getäuscht haben, denn an der Weisungsrecht-Forderung sind die noch bis zum 24. November 1936 zwischen Beauftragten beider Seiten weitergeführten Verhandlungen gescheitert[148].

Goebbels hätte bei Umwandlung der NSKG in eine „achte Kammer" Einfluß auf die Besucherorganisation Rosenbergs erhalten. Es mag also sein, daß er gehofft hat, die NSKG allmählich vom *Beauftragten des Führers* lösen zu können. Eine solche Absicht wurde ihm aber, soweit aus den Akten erkennbar, selbst im Amte des Reichsleiters nicht unterstellt. Da Einigkeit sowohl über die Gründung der Kammer

als auch über deren „personelle Besetzung“[149] bestand, wären alle wichtigen Funktionen bei Stang und seinen Mitarbeitern geblieben. Außerdem hätten sich die finanziellen Schwierigkeiten, die der Aufnahme und dem Unterhalt der NSKG entgegenstanden, bei gutem Willen beseitigen lassen. Eine Maximal-Forderung wie sie das Verlangen nach Weisungsrecht darstellte, war der Lage der Dienststelle zu damaliger Zeit ganz unangemessen. Als Rosenberg die Verhandlungen daran scheitern ließ, verhinderte er eine „Rettung“ der NSKG „in letzter Stunde“[150].

4. Das Bündnis und der Bruch mit Robert Ley (1934–1937)

Zur Zeit der Besprechungen über die Eingliederung der NS-Kulturgemeinde in die Reichskulturkammer befand sich die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* in einer schweren Krise. Deren Ursache lag sowohl in den widersprüchlichen Voraussetzungen, unter denen Rosenberg und Ley ihre Zusammenarbeit begonnen hatten, als auch in der Rechtlosigkeit, die im *Führer-Staat* bis hinauf in die obersten Ränge herrschte. Das Amt Rosenberg vermochte sich in den „rechtsfreien Räumen“ nicht zu behaupten, in die es gestellt war, und innerhalb derer die Verhältnisse sowohl durch Abkommen unter den Parteiführern als auch durch Machtkämpfe geregelt wurden. Dies um so weniger, als sich seine Existenz auf solchen Abkommen gründete[151].

Die Unstimmigkeiten zwischen Rosenberg und Ley begannen bereits im Juli 1934, kurz nach Abschluß der ersten Vereinbarung zur Regelung des Verhältnisses zwischen beiden Parteiführern. Die Ernennung Dressler-Andress' zum KdF-Chef ohne Konsultation Rosenbergs widersprach dem Geist und dem Sinn der Übereinkunft. Ley gab auch in den folgenden Monaten zu erkennen, daß ihm an einer Zusammenarbeit mit Rosenberg nicht mehr gelegen war. Rosenberg erfuhr „aus einer Zeitungsnotiz“, daß der Stabsleiter an Stelle von Otto Gohdes am 19. September 1934 den 24jährigen Münchener Rechtsreferendar Dr. Max Frauendorfer zum neuen Reichsschulungsleiter ernannt hatte. Rosenberg war nicht befragt worden[152], obwohl der Reichsschulungsleiter laut Absprache vom Juni 1934 stets zugleich Chef der Schulungs-Abteilung in der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* sein sollte. Der Reichsleiter erfuhr einen der wichtigsten Gründe für den Wechsel erst fünfzehn Monate später. Ley hatte Frauendorfer wissen lassen, „er habe Gohdes beseitigt, weil dieser sich Pg. Rosenberg zu eng verbunden“[153] und außerdem beim Aufbau des Apparates von Schulungsrednern und bei der Veranstaltung von Tagungen „völlig versagt“ habe[154]. Ley dürfte sich zu seinem Schritt unter dem Eindruck zahlreicher Krisenerscheinungen entschlossen haben, welche sich im zweiten Halbjahr 1934 in seinem Dienstbereich bemerkbar machten. Die Vorgänge wurden äußerlich daran sichtbar, daß der Titel Leys wechselte. Hitler ließ ihn von „Stabsleiter der politischen Organisation“ in „Reichsorganisationsleiter“ ändern. Das war eine durch das aufwertende Präfix „Reich“ getarnte Degradierung. Ley war in Verdacht geraten, sich auch für „politische“ Aufgaben interessiert zu haben[155].

Rosenberg, der diese Zusammenhänge nicht durchschaute und zunächst auch gar nicht wußte, warum Gohdes abgesetzt worden war, wartete nun ab, welche Entwicklung das *Reichsschulungsamt* Leys und seine eigene Schulungs-Abteilung unter der Führung Frauendorfers nehmen würden. Auf dem Gebiet der Funktionärs-

Erziehung geschah daher in den folgenden Monaten nichts. Dafür kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die NS-Kulturgemeinde, die für Rosenberg machtpolitisch auch wichtiger war als jede Schulungs-Organisation. Ley hatte es für zweckmäßig befunden, in der NSKG seine eigene Konkurrenz zu finanzieren, und nun wurden er und Rosenberg mit den unvermeidlichen Folgen einer solchen Politik konfrontiert. „Über die Unterschiede und Kompetenzen" sei „sich kein Mensch im klaren", hieß es in einem Bericht aus dem NSKG-Verwaltungsbüro. Es herrsche ein „völliges Durcheinander", ständig gebe es Streit mit *Kraft durch Freude,* und KdF- wie NSKG-Briefbögen würden „wahllos" benützt, weil beide Organisationen ja „körperschaftlich" zusammengehörten[156]. Dressler-Andress erwies sich als treuer Mitarbeiter Dr. Goebbels' und überhörte mehrere Aufforderungen, Rosenberg Rechenschaft über die kulturpolitischen Gesichtspunkte bei der Gestaltung des KdF-Veranstaltungs-Programms zu geben. Rosenberg, Urban und Stang waren gezwungen, persönlich im Dienstgebäude Dr. Leys vorzusprechen. Dort scheint es am 24. Oktober 1934 zu einer erregten Szene gekommen zu sein. Der Reichsorganisationsleiter selbst verhielt sich zunächst schweigend, aber Dressler-Andress betonte, „daß *er* die Verantwortung für die kulturelle Gestaltung der ‚Kraft durch Freude' [sic] trüge". Er wollte Rosenberg auf eine wörtliche Auslegung des Überwachungs-Auftrages beschränken und erklärte, daß der Reichsleiter „jederzeit das Recht habe, dann Einspruch zu erheben, wenn in der Arbeit nicht die weltanschauliche Linie eingehalten würde".

„Reichsleiter Rosenberg betonte, daß er nicht daran dächte, 20 oder 30 Leute in das Land zu schicken mit dem Auftrage, eine kleinliche Kontrolle durchzuführen; er vermeide jede kleinliche Überwachung, müsse aber vielmehr verlangen, daß er Einblick über die gesamte Planung und Absichten vor deren Durchführung erhielte."[157] So berichtete Urban über die Unterredung. Sofern man dieser Darstellung glauben kann, verlor Dressler-Andress für einen Augenblick die Selbstkontrolle und bemerkte, daß bei der NSKG „nichts an Organisation vorhanden sei und er von der Propaganda aus mit einer Welle die ganze Sache ... innerhalb 14 Tagen aufrollen könne". Rosenberg soll erwidert haben, „daß er ... gegen Dressler-Andress dann innerhalb 14 Tagen durch den Obersten Parteirichter Buch den Ausschluß aus der Partei betreiben werde".

Dem Bericht zufolge äußerte Ley, daß er Rosenberg recht gebe. In Wirklichkeit dürfte er nur eine Auseinandersetzung in Gegenwart von Untergebenen vermieden haben. In der folgenden Zeit tat er alles, um Dressler-Andress zu schützen, das heißt, Rosenberg jeden Einfluß auf KdF zu verwehren. Weder er noch Heß, der sich wohl nach dem Stärkeren richtete, beantworteten die Forderung auf Absetzung des Amtsleiters[158]. Das Parteigerichtsverfahren, das Rosenberg beantragte, wurde nicht eröffnet. Ley ließ das Tribunal wissen, daß „der Streit zwischen Pg. Rosenberg und Pg. Dressler-Andress in dem Gegensatz zwischen Pg. Rosenberg und Pg. Dr. Goebbels seine Erklärung" finde, denn Dressler sei „Pg. Dr. Goebbels direkt unterstellt"[159]. Das war eine Ausflucht, wenngleich entscheidende Ursachen des Konfliktes damit richtig gekennzeichnet waren. Der Funktionär unterstand dem Propagandaminister nur als Präsident der Rundfunkkammer, nicht als Leiter von KdF. Da Parteigerichtsverfahren „nur ... auf Antrag des zuständigen politischen Leiters"[160] stattfinden konnten, war es möglich, die Klage Rosenbergs mit der Feststellung abzufertigen, „daß fraglich sei, wem ... Dressler-Andress unterstellt" sei[161]. Hitler hatte den

Politischen Leitern durch die erwähnte Bestimmung die Freiheit gewährt, jedes Vergehen eines Untergebenen, dessen Aufdeckung für sie selbst unangenehm gewesen wäre, verschleiern zu können. War der Herrschaft des Unrechts bis in die höchsten Parteispitzen hinein auch auf diese Weise der Weg bereitet, so trug Rosenberg das seine zu ihrem Triumph bei, als er es nicht wagte, Ley und Goebbels anzuklagen. Stattdessen hielt er sich an den von diesen abhängigen Funktionär, weil ein solches Verfahren noch am ehesten Erfolg zu versprechen schien. Er täuschte sich freilich auch in diesem Falle. Dressler-Andress blieb auf seinem Posten[162].

Die Beziehungen zwischen Rosenberg und Ley konnten sich unter diesen Voraussetzungen schwerlich verbessern. Im November oder Dezember 1934 wurde dem Reichsleiter die Nachricht zugetragen, daß Ley und der Goebbels-Staatssekretär Funk „entweder ein Protokoll", einen „Vorschlag oder schon eine feste Abmachung" ausgearbeitet hätten, wonach Ley „ein Kulturamt der Arbeitsfront" unter Leitung von Dressler-Andress gründen und der NSKG „ab 1. Januar die Gelder" sperren solle. Der Reichsorganisationsleiter wurde von Rosenberg am 7. Dezember danach befragt, gab aber „keine bestimmte Antwort"[163]. Eine solche ging elf Tage später in schriftlicher Form ein: Der DAF-Schatzmeister Brinckmann teilte im Auftrag Leys mit, „der NS-Kulturgemeinde in der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude'" würden „ab sofort die Etatzahlungen gesperrt", wenn sie nicht ihre eigene „Rechtspersönlichkeit" aufgebe, ihre Ortsgruppen auflöse und ihr gesamtes Personal einschließlich der lokalen Geschäftsstellen der NSG KdF unterstelle. Rosenberg wandte sich am 20. Dezember 1934 an Heß und bat, er möge „dem ganzen Treiben ein Ende" bereiten. Am gleichen Tage wies KdF alle seine Gau- und Bezirksvertretungen an, mit den Theatern über „Vorzugsabonnements" zu verhandeln, verbot aber, die Besucher zu eigenen Organisationen zusammenzufassen. Sie untersagte damit indirekt die Werbung für die NSKG und unternahm gleichzeitig einen Versuch, dieser die Abonnenten zu entziehen. Rosenberg schrieb an Ley: „Ich ordne hiermit an, kraft meines durch den Führer erhaltenen Auftrages, daß das Rundschreiben sofort zurückgezogen wird."[164]

Heß beantwortete Rosenbergs Appelle wieder nicht, scheint aber Ley zumindest mündlich ermahnt zu haben, zu seinen Verpflichtungen zu stehen. Spätestens am 6. Januar 1935 wußte der *Beauftragte des Führers*, daß Ley die Sperrung der Zuschüsse widerrufen würde. Die beiden Reichsleiter hatten offenbar schon miteinander verhandelt, denn an dem genannten Tage schrieb Rosenberg den Text eines diesmal ausführlicheren Abkommens, als es im Juni des Vorjahres geschlossen worden war, nieder. Der Entwurf sah vor, daß die NSKG „aus dem körperschaftlichen Verhältnis" zur NSG KdF ausscheiden, derselben aber „ihre gesamten Einrichtungen ... zur Verfügung" stellen werde. Die einschneidendste Neuerung bestand in dem Passus, daß bei KdF „ein eigenes Kulturamt ... nicht mehr unterhalten bzw. nicht errichtet" werden sollte. Ferner war geplant, daß KdF „auf besondere organisatorische Einrichtungen für den Besuch künstlerischer Veranstaltungen, insbesondere für den Theaterbesuch" verzichten und nur die NSKG „fördern" solle. Ley veränderte den Entwurf, beließ aber die zitierten Bestimmungen. Am 19. Januar 1935 wurde das Abkommen unterzeichnet und veröffentlicht. Zugleich schlossen die beiden Reichsleiter eine geheime Finanz-Vereinbarung. Darin wurde festgelegt, daß „der Reichsorganisationsleiter als Leiter der Deutschen Arbeitsfront ... dem Beauftragten des Führers für dessen Kulturarbeit einen jährlichen Etat von 4,3 Millionen Mark

zur Verfügung" stellen werde. Die Vereinbarung sollte frühestens zum 31. Dezember 1936 mit halbjähriger Frist kündbar sein[165].

Das Abkommen stellte eine nahezu vollständige Kapitulation Leys dar. Die Gründe dafür sind unbekannt. Möglich ist, daß Heß dem Funktionär „ins Gewissen" geredet hat. Aber auch eine der häufig wechselnden Gemütsregungen Leys kann den Ausschlag gegeben haben. Wie dem auch sei, der Reichsorganisationsleiter begnügte sich mit zwei wertlosen Konzessionen. Man vereinbarte die Lösung des körperschaftlichen Verhältnisses zwischen KdF und NSKG und kam überein, daß die NSKG der NSG KdF „ihre gesamten Einrichtungen ... zur Verfügung stellen" werde. Daß Ley in dieser unklar gehaltenen Bestimmung eine Möglichkeit gesehen hätte, die Befehlsgewalt über den NSKG-Apparat beanspruchen zu können, ist nicht anzunehmen, denn er hat nicht versucht, eine solche Absicht zur Tat werden zu lassen. Der Reichsorganisationsleiter war bei diesem Abkommen der Gebende, denn er hatte sich nun auch schriftlich zu bedeutenden finanziellen Leistungen verpflichtet.

Darüber hinaus verzichtete Ley sowohl auf die Einrichtung eines eigenen Platzmiete-Systems im Theater- und Konzertwesen als auch auf die Weiterführung des KdF-Kulturamtes. Die beiden Bestimmungen ließen sich von vornherein nicht verwirklichen und stellten außerdem einen Widerspruch in sich selber dar. Denn es war KdF nach wie vor nicht verboten, in Städten und Dörfern für den Besuch von Kulturveranstaltungen zu werben, ganze Betriebsbelegschaften ins Theater zu führen und Vorverkaufsstellen zu unterhalten. Wenn das KdF-Veranstaltungswesen aber weiterbestehen sollte, dann mußte es auch ein KdF-Kulturamt geben, weil man ohne ein Organisationsbüro nicht auskommen konnte.

Das Abkommen scheint größte Verwirrung hervorgerufen zu haben. Der Reichsorganisationsleiter sah sich bereits am 9. Februar 1935 gezwungen, eine neue Umorganisation anzuordnen. Bei dieser Gelegenheit versuchte er, sich vor seinen Untergebenen für die Impulsivität und Planlosigkeit seines Handelns zu rechtfertigen. Deshalb verfügte er: „Die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' übernimmt eine Teilarbeit der Arbeitsfront. Sie ist dazu berufen, dem schaffenden deutschen Menschen durch die Vermittlung unseres großen und gewaltigen Kulturgutes seine Arbeit sowie seinen Feierabend schön zu gestalten."[166]

Die Verordnung besagte nicht, daß das KdF-Kulturamt wieder gegründet werden sollte. Aber mit den hochtönenden Worten sollte getarnt werden, daß dessen Tätigkeit jetzt unter dem Namen „Feierabendarbeit" fortgesetzt werden würde. Ley versuchte, den Anschein zu erwecken, als habe KdF diese „Teilarbeit" erst jetzt übernommen. Die Verfügung beseitigte eine unhaltbare Bestimmung in der Übereinkunft mit Rosenberg, stellte aber formell einen Vertragsbruch dar. Der Text ließ unverhohlene Feindschaft gegenüber dem Amt Rosenberg erkennen: „Ich werde jeden Dienststelleninhaber der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' augenblicklich seines Amtes entheben, der Befehle einer fremden Dienststelle ausführt. Die Veranstaltungen von Konzerten, Theater, Film usw. werden selbstverständlich im größten Maße durchgeführt. Ich dulde es nicht, daß Dienststellen der NS-Kulturgemeinde hier hineinreden. Ich erwarte, daß damit endgültig Klarheit geschaffen ist ..."

Rosenberg scheint vom Bruch der Vereinbarung zunächst nichts erfahren zu haben, denn er erwähnte Leys Anordnung an keiner Stelle. Erst im Verlaufe des sich allenthalben zuspitzenden Konkurrenzkampfes wurde in der Dienststelle bekannt, daß

„‚Kraft durch Freude' die Arbeit des aufgelösten Kulturamtes unter Feierabendgestaltung" tarne[167]. Blieben die mit der Veranstaltungskompetenz zusammenhängenden Fragen zunächst unerörtert, so kam es doch schon wenige Wochen nach Vertragsabschluß zu heftigen Auseinandersetzungen finanzieller Art. Ley ließ am 11. Februar 1935 mitteilen, daß er seine Zahlungen auf 3,6 Millionen RM jährlich begrenzen müsse, denn diese Summe entspreche den bisher überwiesenen Monatsraten. Er sei bei seiner Zusage von der „irrtümlichen Voraussetzung" ausgegangen, daß „der bisherige Etat" der NSKG 4,3 Millionen RM betragen habe[168]. Rosenberg protestierte am 12. Februar gegen diesen einseitigen Schritt, scheint aber keine Antwort erhalten zu haben. Am 22. März erklärte er sich mit der verminderten Summe einverstanden, stellte jedoch die Bedingung, daß Ley mit ihm noch einmal verhandele. Der Reichsorganisationsleiter überging dieses Verlangen und ließ am 4. Mai erklären, der Betrag müsse „wegen großer finanzieller Belastung" der DAF weiter vermindert werden. Es wurden nur noch Subventionen in Höhe von etwa 3 Millionen RM jährlich zugesagt[169]. Rosenberg bezeichnete dies „als einen Bruch der ... geschlossenen vertraglichen Vereinbarungen" und verwies auf die „gesetzlich bindenden Verträge", die auch die NSKG eingegangen sei[170]. Er konnte aber die Weiterzahlung der Raten, die 3,6 Millionen RM im Jahre entsprochen hätten, nur noch bis zum 31. Juli erreichen und mußte sich danach bis Ende 1935 mit Monatsteilbeträgen auf der Basis von 3 Millionen RM abfinden[171].

Die Politik des fortgesetzten Vertrags- und Vertrauensbruchs hatte ihren Grund in den strukturellen Bedingungen des *Führer-Staates*. Sie wurde möglich, weil eine Sanktions-Instanz nicht in Erscheinung trat[172]. Unter diesen Umständen gewannen jedoch auch persönliche Eigenschaften der Beteiligten ein Übergewicht. Das zu raschem Wechsel neigende Temperament Leys und seine ungewöhnlich stark entwickelte Neigung zum Mißtrauen, verstärkt durch die Folgen intellektueller Fehlleistungen, wie sie in der Grundkonzeption des ursprünglich vorgesehenen Zusammenwirkens mit Rosenberg zum Ausdruck kamen, dürften zu den Ursachen der Krise zu zählen sein. Die Motive Leys zeigten sich in seiner Drohung, jeden Amtsleiter „augenblicklich" seines Postens zu entheben, sofern er „Befehle einer fremden Dienststelle" ausführe. Der Reichsorganisationsleiter war nicht in erster Linie über das Konkurrenzverhältnis zwischen NSKG und NSG KdF besorgt. Die NS-Kulturgemeinde war keine ernsthafte Gefahr für die große und von geschickten Propagandisten geführte Organisation *Kraft durch Freude*. Ley fürchtete vielmehr für seine Macht über den Funktionärsapparat. Gewiß irrte er sich, wenn er meinte, daß diese von Rosenberg bedroht werde. Der Irrtum bestimmte aber sein Handeln. Die Spannungen wurden nun noch verschärft, weil der *Beauftragte des Führers* im Frühjahr 1935 erste Versuche zur „Überwachung" des Schulungs-Betriebes einleitete.

Die Schulungs-Abteilung der Dienststelle besaß keinen nennenswerten Einfluß in Staat und Partei. Hatte Gohdes sich zuweilen mit Rosenberg beraten, so erschien Frauendorfer nur noch selten im Amt. In dem Bestreben, nun selbständig tätig zu werden, wurde Rosenberg durch einen Brief des Stellvertreters des Führers bestärkt. Heß erklärte darin, daß ihn „der Inhalt verschiedener Berichte über den an sich günstigen Stand der weltanschaulichen Schulung" veranlasse, den Reichsleiter „um eine systematische Kontrolle der weltanschaulichen Schulungsarbeit" zu bitten. Es sei vorgekommen, daß „Parteigenossen vom Jahrgang 1933", „in einem Fall" sogar ein „Nichtparteigenosse", der außerdem noch Angehöriger des ehemaligen *Stahl-*

helms gewesen sei, Schulungsvorträge gehalten hätten. Die Aufgaben Frauendorfers lägen „in erster Linie auf organisatorischem Gebiet". Der Reichsschulungsleiter sei von denselben „so in Anspruch genommen, daß er sich selbst nicht in vollem Umfang dem Inhalt der Schulung widmen" könne. Worin dieser bestehen sollte, und was am Inhalt der Vorträge, die Heß zu seinem besorgten Schreiben veranlaßt zu haben schienen, zu beanstanden sei, wurde nicht mitgeteilt[173]. Dennoch schloß der Brief mit den Worten: „Es darf in Deutschland nur eine Auffassung über das Wesen der nationalsozialistischen Weltanschauung geben, es darf nur eine Stelle geben, die für alle Gliederungen, angeschlossenen Verbände usw. ... die bindenden Richtlinien erläßt. Nach dem Willen des Führers sind Sie für die gesamte weltanschauliche Schulung und ihre Kontrolle verantwortlich ... Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir baldigst Ihre Gedanken und Vorschläge ... zukommen lassen würden."[174]
Ein solches Schreiben konnte bei Rosenberg nur ein günstiges Echo finden. Er erklärte Heß seine Zustimmung zu der vorgetragenen Interpretation des Führer-Auftrages. Leider sei demselben „eine durchgreifende Wirkung ... nicht ... gesichert", weil Ley „sich geweigert" habe, das Recht der Einsetzung des Reichsschulungsleiters sowie „den Apparat im Lande ... irgendwie antasten zu lassen". Frauendorfer habe erst auf mehrfache Anforderung hin einen „Plan für Kreis-, Gau- und Reichsschulung" vorgelegt, aber man habe diesen zurückgeben müssen, da „die eingereichten Entwürfe ... von intellektuellen Methoden" ausgegangen seien. Rosenberg erklärte nicht, warum er selber keinen Plan ausgearbeitet hatte, tadelte aber weiter, daß „Dr. Frauendorfer ... im merkbaren Unterschied zu Pg. Gohdes sein Amt doch auch unmittelbar als *selbständig* erzieherisch" ansehe und den Wünschen der Dienststelle „nur sehr zögernd" gefolgt sei. Leider habe auch Heß durch Untätigkeit im Falle Dressler-Andress „die Autorität des Auftrages des Führers erheblich geschwächt" und dies besonders „in den Augen des Reichsorganisationsleiters und auch anderer". Zum Schluß bat Rosenberg um den Erlaß „einer Ausführungsbestimmung" zum Führer-Auftrag[175].
Man mochte im Amt Rosenberg geglaubt haben, Heß sei durch besondere Gründe dazu veranlaßt worden, den Auftrag vom 24. Januar 1934 näher zu erläutern. Es schien, als verfolge der Stellvertreter des Führers den Plan, die Kompetenzen in der Partei nunmehr doch zu ordnen. Das war aber nicht der Fall. Heß scheint mit seinem Schreiben nur einer vorübergehenden Stimmung nachgegeben zu haben. Sein Stabsleiter Martin Bormann gab zu erkennen, daß er den Brief für eine Torheit hielt. Bormann antwortete — und er tat es kurz und bündig —, daß Frauendorfer „hinsichtlich der organisatorischen Fragen selbstverständlich dem Pg. Dr. Ley ..., hinsichtlich des Kassenwesens ... dem Reichsschatzmeister, ... hinsichtlich des Inhalts der Schulung" Rosenberg „usw." unterstellt sei. Der Reichsleiter bemerkte am Rande des Briefbogens: „Vollkommen unmöglich. Disziplinär", und deutete damit auf den Umstand, daß Bormann auf die entscheidenden Fragen nicht eingegangen war, Reformversuche wohl für aussichtslos hielt und alle Macht bei Ley lassen wollte[176]. Einige Monate später, am 15. Juni 1935, wurden Ausführungsbestimmungen zum Führer-Auftrag veröffentlicht. Das Recht zur „Durchführung der Schulung" blieb bei dem „zuständigen Hoheitsträger". Das war auf Reichsebene Ley, auf Gauebene der Gauleiter. Rosenberg erhielt nur die Befugnis zum Erlaß „richtung- und inhaltgebender Anweisungen" sowie zur Einberufung von „Kursen und Besprechungen" sämtlicher „Schulungsleiter und -walter"[177].

Der Reichsleiter gab der Anordnung seine eigene Auslegung. Er gründete die sogenannte *Arbeitsgemeinschaft zur Schulung der gesamten Bewegung*. „Alle Schulungsbeauftragten der Gliederungen und der Reichsdienststellen der Partei"[178] waren in diesem Gremium versammelt. Der Reichsschulungsleiter vertrat den Zuständigkeitsbereich Leys, das heißt das *Korps der Politischen Leiter* und die *angeschlossenen Verbände*[179]. Jede Gliederung und Dienststelle entsandte nur den auf Reichsebene zuständigen Leiter ihrer Schulungsarbeit. Rosenberg berief die Arbeitsgemeinschaft in unregelmäßigen Abständen ein und führte den Vorsitz selbst. Er betrachtete sie als ein Forum zur vertraulichen Erörterung weltanschaulicher Probleme. Er meldete an Heß: „Es werden von berufener Seite grundsätzliche Fragen ... so eingehend behandelt werden, wie es die Öffentlichkeit ... nicht verträgt."[180] Der Reichsleiter war jedoch nicht in der Lage, die Ankündigung wahr zu machen. Das Gremium trat mehrfach zusammen, aber eine nachhaltige Wirkung ging von ihm nicht aus. Die Vorträge wiesen das geringe Maß an Realitäts- und Informationsgehalt auf, das nationalsozialistischen Schulungskursen im allgemeinen eigen war[181]. Die Arbeitsgemeinschaft trat am 18. Oktober 1935 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Gliederungen und Dienststellen hatten ihre Vertreter erst nach mehrfacher Ermahnung benannt[182]. Es war das erste Mal, daß Rosenberg einen eigenen Schulungs-Kurs einberief, und schon zeigte Ley seine ablehnende Haltung. Frauendorfer erschien nicht zu der Zusammenkunft. Am 24. Oktober erhob der Reichsorganisationsleiter Einwände gegen die Arbeitsgemeinschaft. Sie sind im Wortlaut nicht bekannt, aber aus dem Antwortschreiben Rosenbergs geht hervor, daß Ley die selbständige Politik des Reichsleiters mit Argwohn verfolgte. Er wünschte dessen „überwachende" Aufgaben auf das Recht zur nachträglichen Kritik vollzogener Tatsachen zu beschränken. Der Streit um den Begriff der *Überwachung* sollte fortan nicht mehr zur Ruhe kommen. Rosenberg erwiderte, er erhalte von Frauendorfer keinerlei Nachrichten. Anordnungen und Denkschriften würden ihm nicht vorgelegt. Er lehnte es ab, „die Überwachung ... auf freie Zufälle" zu beschränken oder „ein Heer von geheimen Aufsichtsbeamten ins Land" zu schicken[183]. Am 26. Oktober kürzte Ley seine Zuschüsse auf 2 Millionen RM jährlich[184]. Wenn er den Betrag später wieder erhöhte, so geschah dies wohl unter dem Eindruck einer Niederlage, die er erlitt, als sich sein Mißtrauen plötzlich gegen seinen eigenen Reichsschulungsleiter richtete und zu einem sogenannten „Fall Frauendorfer" führte.

Der junge und begabte Funktionär hatte durch eine zu selbständige Arbeitsweise das Mißfallen des Reichsorganisationsleiters erregt. Frauendorfer verteidigte seine „angegriffene Personalpolitik" mit dem Argument, daß sie „zur Beseitigung von unerträglichen Zuständen, ... deren Auswirkungen sich bis in den engsten Stab des Herrn Dr. Ley hinein" erstreckt hätten, notwendig gewesen wäre[185]. Er hatte sich ferner öffentlich zum katholischen Glauben bekannt[186]. Sein ganzes Interesse galt zudem der gesellschaftlichen Reform; er leitete in Personalunion das DAF-Amt für „Ständischen Aufbau"[187]. Rosenberg hatte ihm vorgeworfen, „intellektuelle Methoden" zu bevorzugen[188]. Ergibt sich schon aus diesen wenigen Einzelheiten, daß der junge Mann, wie viele Angehörige seiner Generation, den Nationalsozialismus verkannte, daß er sich vergebliche Hoffnungen machte und auch mit den zweifelhaften Persönlichkeiten zusammenstieß, die vielfach im Funktionärskorps der NSDAP zu finden waren, so wird auch verständlich, worin der tiefere Grund für das Mißtrauen Leys lag. Der Reichsorganisationsleiter spürte instinktiv, daß Frauendorfer dem

SA-Geist der Sturmlokale fremd gegenüberstand[189], daß er kein „wirklicher" Nationalsozialist war und schon gar nicht in den Kreis um Dr. Ley gehörte. Daß er den meisten Funktionären geistig überlegen war, bestärkte den Argwohn, und als er schließlich ein Schulungssystem aufbaute, in das die Ley nicht unterstehenden Gliederungen miteinbezogen wurden[190], äußerte Ley den grotesken Verdacht, Frauendorfer „wolle ihm den Schulungsapparat entziehen"[191]. Diese Beschuldigung erhob er aus Vorsicht nur in mündlicher Form. Als er dem Funktionär am 18. Dezember 1935 schriftlich kündigte, gab er an, er müsse ihn entlassen, weil Rosenberg ihn „für weltanschaulich nicht sicher" halte[192]. Daraufhin suchte Frauendorfer den Reichsleiter auf. Dieser verhielt sich diesmal völlig korrekt. Der Angeschuldigte war ihm kaum näher bekannt. Die Beschwerden hatten nicht seiner Person gegolten. Rosenberg weigerte sich daher, die Behauptungen Leys zu bestätigen und erklärte wahrheitsgemäß, nur über das Ausbleiben jeglichen Berichts aus dem Reichsschulungsamt Klage geführt zu haben[193].Frauendorfer schwieg zu diesem Vorwurf, richtete aber einen Brief an Heß, in dem er ausführte: „Pg. Rosenberg weiß ... bis heute noch nicht, daß mir von Pg. Dr. Ley wiederholt mündlich und schriftlich verboten worden ist, mit dem Stellvertreter des Führers oder irgendeinem Reichsleiter zu sprechen. Ich habe diese Tatsache bisher nicht zu meiner Entschuldigung angegeben ... und füge hinzu, daß Pg. Dr. Ley mir erst vor etwa sechs Wochen wieder verboten hat, mich an Pg. Rosenberg zu wenden, mit dem wörtlichen Bemerken, daß dieser für die Schulungsarbeit der Partei doch unfähig sei und eine derartige Arbeit des Pg. Rosenberg von vornherein ein Versuch am untauglichen Objekt sei."[194]

Bormann übersandte eine Photokopie des Frauendorfer-Briefes an Rosenberg. Über die Gründe für diesen Schritt kann man nur Vermutungen anstellen. Der Reichsleiter erfuhr bei dieser Gelegenheit auch, warum Gohdes abgesetzt worden war[195]. Er fand nun bestätigt, was er schon lange befürchtet hatte und bat Heß um ein „unparteiisches Urteil"[196]. Doch ein solches erging nicht. Der Stellvertreter des Führers vermochte Ley auch nicht dazu zu bewegen, die Wiederaufnahme der Tätigkeit Frauendorfers zu gestatten. Der Funktionär wurde nur formell wieder angestellt[197]. Er wird es nicht bereut haben, daß er am 10. Juni 1936 auch offiziell aus dem Dienst der Partei ausschied. Einige Jahre später, im Januar 1941, nahm er mit Ulrich von Hassel Verbindung auf. Er war über die Pläne zum Sturz der Tyrannei unterrichtet. Von Frauendorfer stammte ein Teil der Nachrichten, die der Botschafter über die Verbrechen der SS in Polen erhielt[198].

Ley hatte durch die Aufdeckung des von ihm ausgesprochenen Verkehrsverbotes eine moralische Niederlage erlitten. Damit dürfte seine Bereitschaft zu erklären sein, die Kündigung vom Oktober 1935 zurückzunehmen. Anfang Februar 1936 sagte er Rosenberg zu, künftig 3 Millionen RM pro Jahr zahlen zu wollen. Die beiden Reichsleiter hatten ein Gespräch, in dessen Verlauf auch ein Abkommen über ihr „dienstliches Verhältnis" auf dem Gebiet der Schulung entworfen wurde. Es sah wenig mehr vor, als ohnehin hätte selbstverständlich sein sollen: Rosenberg wurde das Recht der „Bereitstellung weltanschaulichen Lehrstoffes" sowie ein Mitspracherecht bei der Einsetzung künftiger Reichsschulungsleiter zugebilligt. Ley bezog in das Abkommen auch die Gliederungen ein und hielt sich damit eine Ausweichmöglichkeit offen, denn er erklärte, die Vereinbarung könne erst nach ausdrücklicher Zustimmung der Gliederungsführer in Kraft treten[199].

Das Abkommen war kaum geschlossen, als sich Rosenberg veranlaßt sah, sich über

„einen eklatanten Bruch der Vereinbarung vom 19. Januar 1935" zu beschweren. Ley hatte am 22. Februar 1936 die Gründung eines *Amtes Feierabend* in der Reichsleitung der NSG KdF angeordnet. Gewiß bestätigte er damit nur den bestehenden Zustand der getarnten Weiterführung des KdF-Kulturamtes. Er gab der Vertragsverletzung aber nunmehr offiziellen Charakter. Rosenberg erklärte: „Es ist mir offengestanden völlig unfaßbar, daß ... ich in einer derartigen Weise hintergangen werden soll ... Der mir vom Führer erteilte Auftrag erstreckt sich ausgesprochenermaßen auch auf die Überwachung der *gesamten* geistigen Erziehung des Werkes ‚Kraft durch Freude'. Ich muß daher die Tatsache, daß ich nicht von der beabsichtigten Amtseinsetzung vorher irgendwie Kenntnis erhielt, als ein gegen den Auftrag des Führers unmittelbar verstoßendes Vorgehen bezeichnen."[200]

Ley antwortete mit Vorwürfen über die „ungerechtfertigte Zensur", welche Rosenberg ausüben wolle[201]. Die Lage war so gespannt, daß es jeden Tag zu einer akuten Krise kommen konnte. Als der Konflikt schließlich ausbrach, ergab sich der Anlaß bezeichnenderweise aus der Frage des Einflusses auf den Apparat der Politischen Leiter, während das Problem der Konkurrenz zwischen NSKG und KdF nur eine untergeordnete Rolle spielte. Der *Beauftragte des Führers* ernannte am 27. April 1936 einen eigenen Abteilungsleiter für sein *Amt Schulung*, um fortan noch selbständiger handeln zu können[202]. Als der neu berufene Funktionär die sogenannten *Gauvertreter* der Dienststelle, die zugleich auch die *Gauschulungsleiter* Leys waren, nach Berlin bestellte, entschloß sich der Reichsorganisationsleiter zum Bruch mit Rosenberg.

Urban hatte am 29. April 1936 eine Besprechung mit seinem Freunde Schirach im Hotel Kaiserhof, als Ley dazwischentrat und erklärte, „er sei zu der Überzeugung gekommen, daß er von dem Beauftragten des Führers hintergangen würde. Er hätte heute in der Presse davon gelesen, daß Reichsleiter Rosenberg die Gauschulungsleiter zu sich berufen habe. Er stelle fest, daß er hiervon nicht unterrichtet gewesen sei ... Er habe sich bereits in der Angelegenheit Dr. Frauendorfer hintergangen gefühlt ... Rosenberg habe ... ‚auf einmal gar nichts mehr gegen Frauendorfer gehabt', so daß er, Dr. Ley, zum Schluß als ‚der böse Mann' dagestanden hätte. Ferner reise Dr. Stang überall herum und äußere sich in ablehnender Form über ... ‚Kraft durch Freude' und bezeichne diese Organisation als nicht fähig und der Arbeiterschaft abträglich. Er, Dr. Ley, denke auch nicht daran", dem Amte Rosenberg „noch einen Pfennig Geld zu geben ... Er betrachte jedes Vertragsverhältnis als gelöst ... Er sei schon früher von vielen Parteigenossen, auch Gauleitern, gewarnt worden, sich mit Reichsleiter Rosenberg zu sehr einzulassen, habe es trotzdem getan aus einem inneren Gefühl der Verbundenheit heraus, denn schließlich habe er ja dem Führer den Vorschlag gemacht, Reichsleiter Rosenberg zum Beauftragten zu ernennen ..."

„Der Reichsorganisationsleiter war in diesem Gespräch sehr erregt und brachte die verschiedenen Gesichtspunkte ohne Zusammenhang hervor"[203], bemerkte Urban. Ley änderte seine Einstellung jedoch auch später nicht, als der Zorn des Augenblicks verflogen war. Gewiß sah selbst er ein, daß ein öffentlicher Skandal vermieden werden mußte und daß die Illiquidität des Amtes Rosenberg nicht nach außen in Erscheinung treten durfte. Deshalb ließ er noch bis zum 1. Oktober 1936 1,75 Millionen RM, statt der bis dahin fälligen 2,25 Millionen RM anweisen[204]. Aber er betrachte das Vertragsverhältnis als offiziell beendet und bestätigte die Kündigung

schriftlich. Heß war anwesend, als Ley Rosenberg vorwarf, daß es „zwecklos" sei, „Vereinbarungen" mit dem *Beauftragten des Führers* zu treffen, da sie von diesem „nicht eingehalten oder in illoyaler Weise ausgelegt" würden, so daß seine, Leys, „Vertrauensseligkeit letzten Endes als Dummheit" betrachtet würde. Der direkte Dienstverkehr zwischen Rosenberg und den Dienststellen Leys sei ab sofort verboten. Auch wenn Rosenberg den Gauschulungsleitern in ihrer Eigenschaft als Gauvertretern seiner Dienststelle „mündlich oder schriftlich Anweisung" geben wolle, habe dies nur über Ley zu geschehen[205].

Rosenberg hatte am Tage nach dem Auftritt im Kaiserhof eine Zusammenkunft mit Hitler, aber über die Existenzprobleme des Amtes wurde nicht entschieden und wahrscheinlich auch gar nicht gesprochen[206]. Der Reichsleiter ersuchte Heß, „Dr. Ley anzuweisen, daß er Verträge nicht einseitig kündigen" dürfe. Leider könne der Reichsorganisationsleiter „im Interesse der Bewegung" nicht vor Gericht verklagt werden[207]. Die Bitte fand kein Gehör; Heß wußte offenbar keinen Rat. Ley hingegen betonte jetzt öffentlich seine alleinige Zuständigkeit für die Verbreitung auch weltanschaulicher Erkenntnisse. Am 29. Mai 1936 kündigte er die Errichtung eines „Amtes für Theoretische Schulung" an, ohne Rosenbergs Auftrag zu erwähnen. Der Reichsleiter drohte Heß, „sämtlichen Gliederungen und Verbänden" mitzuteilen, daß der „Bekanntgabe irgendwelcher erzieherischer Maßnahmen Dr. Leys keinerlei amtlicher Wert zukomme"[208].

Während vorläufig keine Entscheidung über die künftige Finanzierung der Dienststelle fiel, trat ein Ereignis ein, welches im Amte Rosenberg angesichts der angespannten Lage „nahezu als eine Katastrophe"[209] empfunden wurde: Dr. Wildhagen verlor seinen Posten als Vizepräsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Damit war in Frage gestellt, ob die Zuschüsse, die das Amt Rosenberg dem Wohlwollen Wildhagens verdankte, in Zukunft weitergezahlt werden würden. Wäre der Reichsleiter ein geschickter Taktiker gewesen, so hätte er sich wohl vor nachteiligen Folgen schützen können. Aber er handelte unklug, unterschätzte die Gegenkräfte und wurde zum Opfer eines Mannes, dem er zu Ehren und Einfluß verholfen hatte, und dessen Intrigen sich jetzt gegen ihn selbst richteten: Er verdankte den Sturz seines Geldgebers seinem eigenen Mitarbeiter Walter Frank.

Frank, inzwischen als Präsident des am 19. Oktober 1935 in Anwesenheit von Alfred Rosenberg und Rudolf Heß eröffneten Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands tätig, aber immer noch ehrenamtlicher Referent der Dienststelle des *Beauftragten des Führers,* hatte anfänglich gar nicht die Absicht gehabt, etwas gegen den Reichsleiter zu unternehmen. Überall Widersacher vermutend, war er auf den sogenannten „Fall Wildhagen" gestoßen. Er hatte Gelegenheit erhalten, Einsicht in die Personalakten des Vizepräsidenten der Notgemeinschaft zu nehmen. Am 13. März 1936 übersandte er Rosenberg die dort gefundenen „Dokumente"[210]. Aus diesen ging hervor, daß Wildhagen vor 1933 mit dem Reichs- und preußischen Innenminister Carl Severing sowie mit dem Staatsrechtler Hermann Heller zusammengearbeitet hatte und an Vorgängen beteiligt war, die einer Intrige zwischen Sozialdemokraten und Zentrum nicht unähnlich sahen. Er hatte auch noch 1935 während einer Gerichtsverhandlung gewisse Andeutungen über Vorgänge aus dem Bereich der Personalpolitik und der Verteilung öffentlicher Mittel fallen lassen, um die Front seiner schon vor 1933 recht zahlreichen Gegner zu durchbrechen. Diese Taktik wurde von Frank zu Recht mit dem Worte „Etouffement", Erstickung,

gekennzeichnet. Dennoch ging es dem neuen Feinde Wildhagens nicht um Recht oder Unrecht. Das ergab sich aus seinen sonstigen Anschuldigungen: Der Vizepräsident sollte unter anderem für die Theorien „des Juden" Albert Einstein und des „Judengenossen" Max Planck und gegen die Anschauung der „nationalsozialistischen Physiker" Philipp Lenard und Johannes Stark – seines gegenwärtigen Vorgesetzten – Stellung genommen haben[211].

Frank berichtete später, Urban habe ihn nach der Lektüre des der „Material"-Sammlung beigefügten Begleitschreibens in höchster Erregung angerufen und gebeten, daß er „den Fall Wildhagen *allein ihm* überlassen müsse. *Er allein* könne und werde auch den Reichsleiter" über die „Dokumente unterrichten". Frank wurde, was in mancher Hinsicht im Widerspruch zu dieser Darstellung stand, bereits am 14. März von Rosenberg empfangen. Wie dieser die vorgelegten Papiere im einzelnen beurteilte, ist unbekannt. Eine Entscheidung wurde jedenfalls noch nicht getroffen. Der Institutspräsident behauptete, nach dem Besuch wäre ihm „wie auf ein Losungswort der Zugang" zum Reichsleiter „gesperrt" worden. Er erhielt auch keine weiteren Nachrichten über den Fortgang der Angelegenheit mehr[212]. Stattdessen ging ihm nach einem Monat ein Schreiben zu, dessen Inhalt ihn überraschte. Urban teilte unter dem Datum des 16. April 1936 mit, Reichsleiter Rosenberg habe es bereits bei der Eröffnung des Reichsinstituts und anläßlich der Bekanntgabe der Mitarbeiterliste „als einen bedauerlichen Mangel empfunden", von Frank „vorher nicht unterrichtet worden zu sein". Reichsleiter Rosenberg habe „niemals einen Zweifel gelassen", daß zwischen Frank „als seinem Referenten und zugleich als Präsidenten des Instituts auch ein Dienstverhältnis zu dem Beauftragten des Führers ... bestehe". Reichsleiter Rosenberg lege „Wert darauf", von Frank „zu erfahren, ob nun, da das Institut mit seiner Hilfe errichtet" worden „und tätig" sei, „ein dienstliches Verhältnis nicht mehr als bestehend" betrachtet werde[213].

Das Schreiben war geeignet, Rosenbergs Ruf als „Parteidogmatiker"[214] zu bestätigen. Der Reichsleiter verlangte, daß eine Ansicht nicht auf ihren Wahrheitsgehalt, sondern auf ihre Übereinstimmung mit den Lehrmeinungen der obersten weltanschaulichen Autorität der Partei hin überprüft werden sollte. Der erhobene Anspruch mußte um so ungerechtfertigter erscheinen, als aus dem Briefe hervorging, daß der *Beauftragte des Führers* zwar gewußt hatte, was er vernichten, nicht aber, was er an dessen Stelle setzen wollte. Er war fähig gewesen, Oncken zu stürzen, aber unfähig, Frank eine Liste mit Vorschlägen oder „Richtlinien" für den Aufbau des Reichsinstituts zu überreichen.

Hatte Frank gehandelt, ohne die Absicht zu haben, Rosenberg dabei zu übergehen, so war er auch nach Erhalt des genannten Schreibens noch nicht willens, es mit dem Reichsleiter völlig zu verderben. Darin lag dessen Chance, aber er nahm sie nicht wahr. Der Präsident antwortete zunächst mit einem Brief, welcher hochgegriffene Formulierungen der Art enthielt, für welche Frank rasch bekannt werden sollte. Der Schriftsatz begann mit den Worten: „Betrifft: Versuch des Stabsleiters Urban, eine Untersuchung des Falles Dr. Wildhagen zu ersticken." Dann breitete Frank sein Belastungsmaterial aus und beschuldigte im Anschluß daran Urban und andere Mitarbeiter Rosenbergs der Korruption. Professor Baeumler habe ihm mitgeteilt, er hege seit langer Zeit „den Verdacht einer dunklen Abhängigkeit Urbans von Wildhagen". Außerdem erklärte Frank: „Der Zusammenhang ist völlig klar: Herr Dr. Wildhagen ist für einen Teil Ihrer Mitarbeiter das große Portemonnaie, aus dem sie

sich nähren ... Ein ehemaliger Vertrauensmann Severings und der Juden ist noch heute der geheime Herr der Millionen für die gesamte Wissenschaft. Er hat sich unter Ihren Mitarbeitern mit kluger Vorsicht die geistig harmlosen und charakterlich lenkbaren gewonnen. Er sucht unter Ihren Mitarbeitern ... die wissenschaftlich fähigen und selbständig urteilenden Köpfe auszuschalten – wie Professor Baeumler und mich. Und er hofft, wenn Ihr Name erst öffentlich mit dem seinen verkoppelt ist, für jeden Gegner unangreifbar zu sein ...“[215]

Die Ausführungen waren nur insofern stichhaltig, als sie Andeutungen über amtsinterne Rivalitäten enthielten, wie es sie in jeder Dienststelle gibt. Baeumler war im Amt des *Beauftragten* persönlich unbeliebt[216], und es ist auch möglich, daß er im „Fall Wildhagen“ gegen den eigenen Vorgesetzten intrigiert hat[217]. Rosenberg berichtete später, Frank habe „Urban um Entschuldigung ... bitten“[218] müssen, weil sich der Vorwurf der passiven Bestechung als unzutreffend erwiesen habe. Die Vorgänge hätten selbst dem Reichsleiter zeigen sollen, daß Frank gefährlich werden konnte, falls er falsch behandelt wurde. Aber Rosenberg hatte ihn erst durch das Schreiben Urbans beleidigen lassen, um sich anschließend passiv zu verhalten. Wenn man den Angaben Franks glauben darf, so ist noch bis in den Juni 1936 hinein über den „Fall“ verhandelt worden, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde[219]. Das Amt zögerte eine Entscheidung hinaus, weil es die finanziellen und politischen Folgen fürchtete. Rosenbergs spätere Angabe, daß er „die Entlassung von Wildhagen befürwortet hätte, *wenn* seine Schuld *festgestanden* hätte“[220], dürfte gleichwohl zu bedenken sein, denn er handelte auch gegenüber Dr. Ley ganz nach seinen ideologischen Prinzipien und gegen seine finanziellen Interessen.

Der Reichsleiter war wiederum Gefangener im Teufelskreis des Unrechtsstaates. Er konnte weder die „liberalistisch anmutende Flucht in die Öffentlichkeit“[221] antreten noch die Angelegenheit durch ein Disziplinar- oder Parteigericht prüfen lassen. In beiden Fällen hätte er seine Dienststelle bloßgestellt, weil sie mit einer Persönlichkeit zusammengearbeitet hatte, welche zumindest nicht allen nationalsozialistischen Anforderungen zu entsprechen schien. Er konnte auch so gut wie sicher sein, daß jeglicher Nachweis irgendeiner Verbindung zwischen Wildhagen und Severing zum Sturz seines Geldgebers führen würde. Rosenberg hatte nur die Möglichkeit, die Angelegenheit inoffiziell „regeln“ zu lassen. Aber dazu hätte er nicht nur ein Himmler oder Heydrich sein, sondern auch Beziehungen zu diesen Herren besitzen müssen. Das Verhältnis zur SS war im Sommer 1936 schlecht und der Reichsführer stand auf Seiten Franks[222]. Das konnte Rosenberg zwar nicht wissen, aber er dachte auch gar nicht an ein Bündnis mit der Schutz-Staffel. Er war vermutlich ratlos und suchte wohl ohne irgendeine genauere Vorstellung nach einer Lösungsmöglichkeit. Es hätte gewiß auch Wege gegeben, Wildhagen zu opfern und die Aussicht auf Weiterzahlung der Mittel dennoch nicht zu verlieren. Aber Rosenberg beging den Fehler, nicht mit aller Gründlichkeit nach einem Ausweg zu suchen und den Eifer Franks zu unterschätzen.

Der Präsident des Reichsinstituts handelte nun selbständig. Am 19. Juni 1936 veröffentlichte er in der „Westfälischen Landeszeitung“ einen Artikel unter der Überschrift „Die ‚Graue Eminenz der Notgemeinschaft‘. Auf dem Wege zum ‚30. Januar‘ der Wissenschaft“. Er benötigte neun Spalten, um seine Anschuldigungen auszubreiten. Rosenberg und Urban sollen völlig überrascht gewesen sein[223]. Wahrscheinlich fand nun noch eine mündliche Auseinandersetzung mit Frank statt. Dieser scheint

sich mit dem – durchaus stichhaltigen – Argument verteidigt zu haben, daß „die Sache" in der Dienststelle „verschleppt" worden sei. Der Reichsleiter will entgegnet haben, daß es die „Pflicht" Franks gewesen wäre, „zunächst" seine „Entscheidung abzuwarten, bevor er von sich aus irgendwelche Schritte gegen Wildhagen unternahm"[224]. Frank wurde am 26. Juni von seinem Referentenposten beurlaubt. Von diesem Tage an datierte die Feindschaft zwischen dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands und dem *Beauftragten des Führers*, welche später ihren Ausdruck in einer Reihe heftiger Konflikte finden sollte[225].

Sieger in den Auseinandersetzungen war eine Stelle, welche sich völlig im Hintergrunde gehalten hatte. Im Reichserziehungsministerium gab es eine Gruppe von Beamten, die die sich selbst verwaltende Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft der Behörde unterstellen wollte. Die betreffenden Persönlichkeiten erfreuten sich der Unterstützung des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS sowie des Sicherheitsdienstes. Die Initiative war jedoch vom Ministerium selbst ausgegangen. Von dort stammten die Personalakten, „welche Prof. Frank von Prof. Mentzel als Unterlage für seinen Artikel erhalten" hatte[226]. Mentzel war einer der maßgebenden Referenten der Behörde Rusts, und nachdem sowohl Wildhagen als auch dessen Vorgesetzter, Professor Stark, gestürzt worden waren, wurde Mentzel Präsident der inzwischen unter dem Namen *Deutsche Forschungsgemeinschaft* auftretenden Institution[227].

Die Vorfälle hatten die Lage des Amtes Rosenberg wesentlich erschwert. Die finanziellen Aussichten waren ungünstiger geworden. Ley überwies in unregelmäßigen Abständen Beträge, die bereits unter der vereinbarten Höhe lagen. Wie lange er dies noch tun würde, war nicht abzusehen. Es kam hinzu, daß auch die politischen Auseinandersetzungen zwischen ihm und Rosenberg weitergingen. Ley versuchte, den Reichsleiter durch ein Rundschreiben, das „bis zu den Kreisleitern herab" verteilt wurde, bloßzustellen[228]. Er erließ Anordnungen und gab Interviews, die den Eindruck erwecken sollten, daß seine Dienststellen zusammen mit denen Dr. Goebbels' für die Erziehung der Nation allein zuständig seien[229]. Am 20. August wandte sich Rosenberg zum ersten Male mit einer Beschwerde über das Verhalten Leys direkt an Hitler:

„Mein Führer! Vor einiger Zeit meldete ich Ihnen, daß ich es als dringend notwendig erachte, mich mit jenen Vollmachten auszustatten, die für die wirkliche Durchführung des mir gewordenen Auftrages zur ‚Überwachung . . .' notwendig erscheinen. Ich sehe mich nochmals gezwungen, Ihnen dienstlich zu melden, daß seitens des Reichsorganisationsleiters offenbar systematisch Handlungen und Anordnungen durchgeführt werden, die geeignet erscheinen, Ihren Beauftragten zu diskreditieren und den Auftrag praktisch zu annullieren . . . Das Partei-Interesse verbietet mir, zu den angegebenen Auslassungen öffentlich Stellung zu nehmen. Ich kann aber eine Sicherung nur dann als gewährleistet ⟨an⟩sehen, wenn Dr. Ley sowie alle übrigen Reichsleiter und Hauptamtsleiter . . . ausdrücklich amtlich gehalten sind, ihre sämtlichen, dieses Gebiet betreffenden Anordnungen . . . nur mit meiner Gegenzeichnung hinausgehen zu lassen . . . Aber vor allem halte ich es für unmöglich, daß ein vom Führer unmittelbar mit der Überwachung der gesamten Schulung und Erziehung der Bewegung Beauftragter aus Mangel an entsprechenden Vollmachten mit Hilfe der disziplinären Befugnisse des Reichsorganisationsleiters übergangen werden kann."[230]

Der *Führer* ließ seinem *Beauftragten* keine Antwort zukommen. Daraufhin begann dieser, die selbst auferlegte Beschränkung zu lockern und machte sämtliche Reichs-

leiter, Hauptamtsleiter und Reichsleitungs-Dienststellen der NSDAP einschließlich aller Führungsämter der Gliederungen und Verbände auf Reichsebene damit bekannt, daß verschiedene von Ley erlassene Anordnungen hinsichtlich der Partei-Schulung seine „Billigung nicht gefunden" hätten und als „noch nicht in Kraft gesetzt zu betrachten" seien. In dem am 29. August 1936 versandten Rundschreiben hieß es weiter: „Anordnungen und Verfügungen, die auf Inhalt und Ausrichtung der weltanschaulichen und geistigen Schulung der NSDAP (einschließlich KdF) Einwirkung haben, bedürfen vor Inkrafttreten meiner Zustimmung." Hitler erhielt eine Kopie des Schreibens sowie eine neue „Beschwerde über die Schulungstätigkeit des Reichsorganisationsleiters"[231], zeigte aber keine Reaktion.

Anfang September erklärte Ley vor den ohne Befragen Rosenbergs auf die Plassenburg bei Kulmbach bestellten Gauschulungsleitern, die Anordnung des *Beauftragten des Führers* habe „ihn empört, aber er werde zur Tagesordnung übergehen ... Er könne ja auch die Zahlungen einfach sperren". Am 30. September hieß es in einem Schreiben Rosenbergs an den *Führer:* „Ich erblicke darin die ersten Anzeichen einer politischen Korruption insofern, als ein Reichsleiter der Partei ... einen anderen Reichsleiter durch die Einnahme eines ganz klaren Bankiersstandpunktes glaubt zu Konzessionen auf weltanschaulichem Gebiet bringen zu können ..."[232]

Am 7. Oktober 1936 kam es zu dem selbst in der Geschichte der NSDAP neu- oder gar einzigartigen Ereignis, daß ein Reichsleiter einen anderen vor dem Obersten Parteigericht „wegen Nichteinhaltung unterschriebener Verträge" verklagte. Den Anlaß bildete eine am Tage zuvor stattgehabte Auseinandersetzung zwischen Ley und Rosenberg, in welcher der erstere erklärte, er werde „überhaupt keine Zahlungen mehr leisten, es sei denn, daß die NS-Kulturgemeinde als Ganzes sich ihm personell-organisatorisch vollkommen ein- und unterordne". „Wenn dieser Art Dinge möglich sind" ..., hieß es in der Klageschrift Rosenbergs, „so hören meines Erachtens nach alle Grundsätze, auf denen die N. S. D. A. P. baut, auf. Dann war die nationalsozialistische Revolution überflüssig, dann hätte man die Geldherrschaft der Demokratie und ihre Einflußnahme auf kulturelle und politische Überzeugungen ruhig bestehen lassen können."[233]

Wenige Tage später, um die Zeit des 10. Oktober, wurde Rosenberg auf dem Obersalzberg von Hitler empfangen. Die Hoffnung, daß dort eine Entscheidung fallen werde, war von Anfang an gering, da die Zusammenkunft bereits mehrere Wochen zuvor vereinbart worden war und nicht in Zusammenhang mit der neuerlichen Zuspitzung der Ereignisse stand[234]. Sollte Rosenberg dennoch auf ein Wort des *Führers* gewartet haben, so wurde er enttäuscht. Der Konflikt mit Ley ging weiter. Anstatt ihn zu beenden, eröffnete Hitler seinem *Beauftragten* eine neue Aussicht von, wie es schien, weltgeschichtlicher Bedeutung: Rosenberg sollte zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt zum *Beauftragten* für die Fragen des Bolschewismus ernannt werden[235]. Die Äußerung stand offensichtlich in Zusammenhang mit der politischen Wende des Jahres 1936 und der Hitler zu dieser Zeit besonders stark beherrschenden Befürchtung, daß er bei der für später vorgesehenen Eroberung sogenannten „Lebensraums" in Osteuropa auf unerwartete Hindernisse stoßen könnte. Über die Funktion eines „Trostpflasters" für Rosenberg hinaus hat die Bemerkung Hitlers daher wohl auch die Bedeutung, seine Angriffsabsichten zu bestätigen, denn als er die Sowjetunion fünf Jahre später tatsächlich überfiel, ernannte er Rosenberg, analog der Ankündigung von 1936, zum Ost-Minister[236].

Waren auch die den Weiterbestand der wichtigsten Organisation der Dienststelle betreffenden Fragen nicht geregelt, so kehrte Rosenberg aus Berchtesgaden doch mit der Hoffnung zurück, alle Widersacher, wie Ley, Himmler, Goebbels, Rust, Neurath und Ribbentrop, alsbald mit einem Schlage besiegen zu können. Er glaubte, nunmehr mit Hilfe des Bolschewismus-Auftrages in den Besitz des Weisungsrechtes gegenüber sämtlichen kultur-, innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Ämtern in Staat und Partei gelangen zu können. Noch im Oktober 1936 reichte er Pläne ein, die für ihn selbst den Rang eines Reichsministers sowie den Titel eines *Generalbeauftragten des Deutschen Reiches zur Abwehr des Weltbolschewismus und zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung* vorsahen. Wäre das Vorhaben verwirklicht worden, so hätte Rosenberg die Befugnis erhalten, allen Konkurrenzstellen Befehle erteilen und außerdem das Außenpolitische Amt mit der Dienststelle für weltanschauliche Überwachung zu einem Über-Ministerium vereinigen zu können[237]. Rosenberg verlangte also wesentlich mehr, als er kurz zuvor von Goebbels und im September 1935 von Hitler gefordert hatte[238]. Doch gab er sich – und dies in der ernstesten Krise seiner Amtszeit – Täuschungen hin. Schon Anfang November wußte er, daß Hitler seinen Vorschlag abgelehnt hat, weil er „weit über alles Gewohnte hinausgehe"[239].

Die materielle Lage hatte sich in der Zwischenzeit so verschlechtert, daß die Existenz der Dienststelle bedroht schien. Die Gehälter für die etwa 1000 Angestellten der NS-Kulturgemeinde konnten nicht mehr in voller Höhe ausgezahlt werden. Seit Oktober arbeitete das Amt nur noch mit Hilfe eines „größeren Bankkredits"[240]. Am 30. November schrieb Urban an den Führer-Adjutanten Wiedemann: „Tatsächlich ist die Situation einfach nicht mehr haltbar ... Dringend notwendig ist es, daß der Führer Dr. Ley die Weisung gibt, solange zu zahlen, bis eine Entscheidung vorliegt. Erfolgt dies nicht, muß R[eichs]-L[eiter] Rosenberg seine Dienststellen zumachen."[241] Die Klage beim Obersten Parteigericht war wirkungslos geblieben. Die Parteirichter Buch und Grimm hatten Rosenberg mitgeteilt, „der Vertrag müsse gehalten werden. Sie könnten aber, da es sich um einen Reichsleiter" handele, „ohne Entscheidung des Führers die Angelegenheit amtlich nicht durchführen"[242]. Doch Hitler entschied nicht. Ley schuldete inzwischen 1 Million RM. Es vergingen drei weitere Wochen. Der *Beauftragte* wurde nicht zu seinem *Führer* vorgelassen. „Ich bitte um Ihren Rechtsschutz", schrieb er zwei Tage vor Weihnachten an Hitler, und Urban fragte Wiedemann in einem Begleitbrief: „Kann denn der Führer Herrn Rosenberg wirklich nicht ... für 1/4 Stunde empfangen?!"[243]

Zum 1. Januar 1937 wurden die Wechsel fällig. In diesem Moment fand sich Hitler bereit, wenigstens einige Richtlinien zu geben. Klaren Entscheidungen wich er nach wie vor aus. Aber unter dem Zwang der Umstände ergaben sich in der Zeit zwischen Anfang Januar und dem 8. Februar 1937 eine Reihe von Absprachen, an deren Zustandekommen Hitler wenigstens einen gewissen Anteil hatte. Den Wandel der Verhältnisse zeigte zunächst ein Schreiben, das Rudolf Heß am 7. Januar 1937 an den Stabsleiter Leys richtete. Darin hieß es, „der Führer" sei durch Rosenberg brieflich von der Notlage der NS-Kulturgemeinde und der bervorstehenden Entlassung ihrer Angestellten, unter denen sich „viele alte Parteigenossen" befänden, unterrichtet worden. Hierauf habe „der Führer ... seine Reichsleiter Dr. Ley gegenüber getroffene Entscheidung, wonach Zahlungen nur einen Monat lang noch zu leisten waren, rückgängig gemacht" und Heß beauftragt, dafür zu sorgen, „daß

die Zahlungen – in Einhaltung des seinerzeit abgeschlossenen Vertrages – solange weiter geleistet" würden, „bis eine endgültige Entscheidung über die Zukunft der NS-Kulturgemeinde getroffen" worden sei. „Über die Höhe der benötigten Summen" sollte sich Ley mit Rosenberg „ins Benehmen setzen"[244].

Hitler hatte demnach zunächst eine Anweisung erteilt, die von völliger Unkenntnis der Probleme zeugte und daher rasch geändert werden mußte. Die Entscheidung, an deren Zustandekommen Ley einen erheblichen Anteil gehabt haben dürfte, wäre auf eine Auflösung der NSKG hinausgelaufen, wenn man ihr hätte Folge leisten wollen. Es zeigte sich jedoch, daß Hitler die Konsequenzen einer solchen Maßnahme nicht bedacht hatte. Die NS-Kulturgemeinde sollte also vorläufig weiterbestehen; Hitler wußte keinen Rat. Wenige Tage später – es war frühestens am 8., spätestens am 19. Januar 1937 – trafen Ley und Rosenberg bei Hitler zusammen. Schirach war anwesend, und dies wohl nicht zufällig. Er war um Vermittlung bemüht, denn er hatte soeben mit Ley ein Abkommen über die Gründung eines HJ-Gymnasial-Systems geschlossen[245]. Rosenberg hätte beim Aufbau der damit begründeten „Adolf-Hitler-Schulen" mindestens als Störfaktor wirken können. Es empfahl sich daher, den Konflikt beizulegen. Daran mußte vor allem Schirach gelegen sein, während der innere Parteifriede für Ley von geringerem Interesse war, denn er hatte auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Gelder, mit denen er auch die Schulen finanzieren sollte, die stärkere Position. Rosenberg berichtete am 20. Januar 1937 über den Verlauf der Unterredung in einem Schreiben an den Reichsschatzmeister Schwarz:

„Ich habe die Situation ... dem Führer vorgestellt und in seiner Anwesenheit nochmals versucht, auf ... Ley wegen der vertraglich vereinbarten Zahlungen ... einzuwirken. Dabei traten sehr scharfe Auseinandersetzungen ein und Parteigenosse von Schirach übernahm es, als Zeuge dieser Auseinandersetzung, zwischen Dr. Ley und mir zu vermitteln. Bezüglich der wirtschaftlichen Seite ... ergab sich mit Zustimmung des Führers nunmehr:

1. Der Vertrag wird von beiden Seiten gelöst, 2. als Abfindung der ... rückständigen ... Beträge hat Dr. Ley ... 2,5 Millionen an mich zu zahlen. Diese Summe benötige ich auf das dringlichste, um die Verpflichtungen, die eingegangen werden mußten, abzudecken, und ... um so lange die Aufgaben der NS-Kulturgemeinde und andere Pläne durchführen zu können, bis mit Genehmigung des Führers eine neue Vereinbarung insbesondere über die Zusammenarbeit zwischen ‚Kraft durch Freude' und NS-Kulturgemeinde und über das Verhältnis der NS-Kulturgemeinde zur NSDAP eine Klärung erfolgt ist."[246]

Von nun an stand fest, daß die Dienststelle und ihre Kultur-Organisation künftig nicht mehr von Ley unterhalten werden sollten. Über das Schicksal der NSKG war noch nicht entschieden. Rosenberg hoffte noch immer, die Kulturgemeinde weiterführen zu können. Er erstrebte für sie den Status eines *angeschlossenen Verbandes* der NSDAP[247]. Es hätte aber einer Änderung bestehender Anordnungen und ohnehin umkämpfter innerparteilichen Organisations-Prinzipien bedurft, um ihr diesen zu verleihen, denn sie besaß im Gegensatz zu anderen Vereinigungen des Typs kein Vermögen, das groß genug gewesen wäre, um eine Selbstfinanzierung zu ermöglichen. Die Dienststellen von Ley, Goebbels, Heß, Schwarz und anderen hätten wieder verhandeln müssen. Der NSKG war keine von ihnen gewogen[248], und ihretwillen wollte außer Rosenberg niemand Änderungen innerhalb des Machtsystems

vornehmen. Hitler hätte die Möglichkeit gehabt, sämtliche Rivalen gegeneinander auszuspielen, aber er tat es nicht: Er wählte die bequemste Lösung und befahl einige Zeit nach der Schirachschen Vermittlungsaktion die Auflösung der NSKG. Es ist fraglich, ob man dieser Anordnung den Rang einer „Entscheidung" zubilligen kann, denn sie stellte nichts dar als eine Anpassung an die gegebenen Verhältnisse. Ein Brief oder eine Aktennotiz über den wichtigen Vorgang liegt nicht vor. Aber Rosenberg berichtet in den Nürnberger Aufzeichnungen über das Geschehen: „Nach Auseinandersetzungen, die heute zu schildern unnötig sind, fällte der Führer den salomonischen Spruch, im Grundsatz habe ja Ley stets das Organisatorische, ich das Ausrichtende, es wäre also richtig, daß Ley die Organisation der Gesamtbesucherschaft übernähme." Die Äußerung Hitlers ist auf die Zeit zwischen dem 20. Januar und dem 8. Februar 1937 zu datieren[249].

Ging Rosenberg auch der wichtigsten Hilfsorganisation seines Amtes verlustig, so scheint der Reichsschatzmeister der NSDAP doch Anweisung erhalten zu haben, die Dienststelle nunmehr finanziell großzügig auszustatten. Die schon am 25. Februar beginnenden Finanzverhandlungen konnten ohne Schwierigkeiten abgeschlossen werden. Auch in den folgenden Jahren gab es keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten. Es wurden stets mehr Stellen bewilligt, als Rosenberg zu besetzen vermochte. Der Etat betrug 1938 2,148 und 1939 rund 3,8 Millionen RM[250].

Im Verlaufe der Verhandlungen, die zur Überführung der NS-Kulturgemeinde in die *NSG Kraft durch Freude* notwendig waren, versuchte Rosenberg, sich noch einen idellen Einfluß auf die künftige Programmgestaltung bei KdF zu sichern. Das Bemühen war aussichtslos, da dieses Ziel schon bisher nicht erreicht worden war, aber Ley fand sich bereit, wieder eines jener Abkommen zu unterzeichnen, die er dann doch nicht einhielt. „Planung und Wertung", so wurde am 7. März 1937 vereinbart, sollten „von der organisatorischen Durchführung" getrennt werden und zwar sowohl im Bereich des Veranstaltungswesens als auch in dem der Schulung. Das Abkommen vom Februar 1936 sollte in Kraft treten, sobald die Gliederungen zugestimmt hätten. Weiter hieß es: „Alle Anordnungen über Schulung der Pol[itischen] Leiter bedürfen im inneren Dienstbetrieb der beiderseitigen Gegenzeichnung, nachzeichnet der jeweilig Federführende ... Beide Reichsleiter sind sich darin einig, daß dieses Einverständnis durch die nationalsozialistische Akademie gekrönt werden muß, um eine einheitlich ausgerichtete weltanschauliche Schulung der NSDAP für alle Gliederungen zu garantieren. Diese Akademie untersteht Reichsleiter Pg. Rosenberg."[251] Ley gab demnach seine Zustimmung zu einer Vereinbarung, die dem *Beauftragten des Führers* ein weitgehendes Mitspracherecht bei der Funktionärs-Information eingeräumt hätte, wenn das Abkommen erfüllt worden wäre. Der Reichsorganisationsleiter sprach ferner seine Billigung für den Plan der *Hohen Schule* aus, legte sich aber nicht darauf fest, welchem Ausbildungsziel die Akademie dienen sollte.

Durch ein weiteres Abkommen, das Ley und Rosenberg am 7. Juni 1937 unterzeichneten, wurde „mit sofortiger Wirkung ... Personalunion" zwischen NSKG und NSG KdF hergestellt. Der gesamte Apparat unterstand fortan „dem Reichsorganisationsleiter unmittelbar". Ley erklärte sich bereit, „die ihm unterstehende Organisation für die Verbreitung der Ergebnisse" der Arbeit des Amtes Kunstpflege der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* einzusetzen. Heß gab seine Unterschrift gleichfalls, obwohl er kein vertragsschließender Partner war. Er setzte nur

Namen und Datum hinzu, erteilte also lediglich einen Sichtvermerk und vermied jede weitere Festlegung. Er nahm nicht Partei, und dies vermutlich deshalb, weil er auch künftig nicht die Aufgaben einer Sanktions-Instanz zu übernehmen gedachte. Nachdem er am 12. Juni 1937 unterschrieben hatte, konnte Ley während des am gleichen Tage stattfindenden KdF-Jahreskongresses über das künftige „Zusammenwirken ... unter Auswertung der weltanschaulichen und kulturellen Leitgedanken des ... Reichsleiters Alfred Rosenberg" berichten[252]. Der Name der NS-Kulturgemeinde geriet fortan allmählich in Vergessenheit.

Es bleibt die Frage, wie das Verhalten, das Hitler im Verlaufe der Auseinandersetzungen zeigte, zu beurteilen ist. Man hat gesagt, der *Führer* habe „nicht gewünscht", daß Rosenberg zugleich Schulungs-Programme ausarbeite und durchführe, weil es „eingestandenermaßen Hitlers Grundsatz" gewesen sei, „niemals absolute Macht in der Hand einer einzigen Person zu vereinigen"[253]. Damit ist gewiß etwas Richtiges getroffen. Die Frage des Einflusses auf das Funktionärskorps, die zu dem Konflikt geführt hatte, blieb ungelöst. Es bestanden nach wie vor zwei Schulungsämter nebeneinander. Wenn man annimmt, mit Hitler sei auch über dieses Problem verhandelt worden – ein Beweis dafür, daß dies geschah, liegt nicht vor –, so folgte der Diktator dem Grundsatz der vorsätzlichen Teilung der Macht. Aber er tat noch mehr, was diesem widersprach. Hätte er das Prinzip des „Divide et impera!" bewußt und planmäßig angewandt, so wäre die NSKG erhalten geblieben und ohne Rücksicht auf die bestehenden Anordnungen aus der Parteikasse finanziert worden. Hitler hätte dann die Gewähr gehabt, daß der Kampf zwischen Rosenberg und Ley mit unverminderter Heftigkeit, weil unter Einsatz materieller Machtmittel, weitergegangen wäre. Ein ähnlicher Effekt hätte sich durch Erteilung von Weisungsrechten oder eine Erweiterung der Befugnisse gegenüber den Gauschulungsleitern erzielen lassen.

Die Vorgänge stellten weniger einen Beweis für das Vorwalten des Grundsatzes der planmäßigen Machtzersplitterung als eine Manifestation der Herrschaft des Erobererrechts innerhalb der nationalsozialistischen Führungsgruppen dar. Ley gewann zum Apparat seiner Organisationen auch noch den neuer Besucherverbände hinzu. Hitler überreichte dem Stärkeren, weil Skrupelloseren die Palme des Sieges. Aber obwohl dies seine Taktik schon früher gewesen war und obwohl sich deshalb das „Recht des Stärkeren" als ein Prinzip des politischen Verkehrs innerhalb der NSDAP schon lange vor der Machtergreifung durchgesetzt hatte[254], kann doch nicht gesagt werden, daß Hitler nun den daraus ableitbaren Grundsätzen planmäßig und konsequent gefolgt wäre. Er neigte vielmehr dazu, auch rein pragmatische Entscheidungen zu treffen, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen oder sich den von anderen geschaffenen Tatsachen anzupassen. Er weigerte sich monatelang, den Konflikt zwischen Rosenberg und Ley zur Kenntnis zu nehmen. Einige Richtlinien der Politik gab er erst, als ihn die Wechselschulden seines *Beauftragten* dazu zwangen. Danach ließ er sich zu verschiedenen und zum Teil einander widersprechenden Willensäußerungen bewegen. Schließlich wählte er die bequemste Lösung, beseitigte die NSKG durch Verbot und vermied dadurch eine gründliche Erörterung der institutionellen und kulturpolitischen Probleme. Hitler zeigte in den Auseinandersetzungen Zynismus und Gleichgültigkeit, obwohl es sich doch gerade um Fragen der für den Nationalsozialismus angeblich so wichtigen Weltanschauung handelte. Er ließ es auch nach der Krise offen, ob die Anordnungen und Anschauungen seines

Parteitheoretikers als verbindlich zu betrachten seien. Sein „salomonischer Spruch" löste keine der grundsätzlichen Schwierigkeiten, mit denen die Dienststelle Rosenberg zu kämpfen hatte, sondern beseitigte nur eines der Symptome der inneren Leere der Ideologie. Es hatte darin bestanden, daß ein Theaterabonnentenverband vier Jahre lang die wichtigste Hilfsorganisation des offiziellen Interpreten der nationalsozialistischen Weltanschauung gewesen war.

Viertes Kapitel

DAS AMT ROSENBERG IM DIENSTE DER SCHULUNG, DER PUBLIZISTIK UND DER NATIONALSOZIALISTISCHEN BESATZUNGSPOLITIK

Die zufällige Entwicklung, daß das Amt Kunstpflege die wichtigste Abteilung der Dienststelle Rosenberg geworden war, weil es die praktische Tätigkeit der NS-Kulturgemeinde leitete, hatte mit Hitlers „salomonischem Spruch" vom Januar 1937 ein Ende. Nach dem Ley-Rosenberg-Abkommen vom 12. Juni 1937 verlor das Amt Kunstpflege erheblich an Bedeutung. Es hatte nun nur noch Aufgaben auf den Gebieten der Schulung und Beratung von Parteiangehörigen, des Ausstellungswesens und der Publizistik. Dies hatte es mit drei anderen Abteilungen der Dienststelle gemein, die auf diesem Felde Spezialaufgaben wahrzunehmen versuchten. Diese waren das spätestens im Dezember 1934 gegründete *Kirchenpolitische Archiv* (ab 1937 *Amt Weltanschauliche Information*, ab 1942 *Hauptamt Überstaatliche Mächte* genannt), das von 1938–1942 existierende *Amt für Juden- und Freimaurerfragen* und vor allem das *Amt Schulung* (ab 1938 *Amt Lehrplanung* genannt). Diese Schulungs-Abteilungen haben die Geschichte des Amtes Rosenberg und seiner Beziehungen zu anderen Dienststellen von der Gründung an mitbestimmt, wenn dies auch durch die Aktivität des Amtes Kunstpflege bis 1937 weniger stark sichtbar geworden war. Außer diesen Schulungs-Ämtern gab es noch eine nicht allzu bedeutende Abteilung für das Zensurwesen, das sogenannte *Amt Schrifttumspflege*, dessen Geschichte hier nicht dargestellt werden kann[1]. Ferner gab es Abteilungen für Wissenschaftspolitik, deren Arbeit am Beispiel der Vorgeschichtsforschung später erörtert werden soll. Nach Ausbruch des Krieges zeigte es sich, daß die Schulungs-Ämter, deren Bedeutung bis dahin nicht allzu hoch einzuschätzen war, wenngleich auch ihre Politik symptomatisch war für die inneren Zustände der NSDAP, nach außen hin doch eine verhängnisvolle Wirkung auszuüben vermochten, wie sich am Beispiel der Organisation des nationalsozialistischen Kunstraubs in den besetzten Gebieten erweisen sollte.

1. Der Einfluß auf das öffentliche Kulturleben (1937–1945)

„Und nun", so schrieb Rosenberg in seinen Nürnberger Erinnerungen, nachdem er die Auflösung der NS-Kulturgemeinde erwähnt hatte, „wurde aus einem schon recht gut ausgebildeten Werkzeug kultureller Bildung und Steuerung ein Tummelplatz von Zahlenrekorden. Auf jeder Jahrestagung von KdF erschien Ley mit neuen Zahlen von Aufführungen und Besuchern. Es wurde somit sicher vieles an Schönstem jenen zugeführt, die dazu bisher keinen Zugang hatten. Ich weiß von KdF-Wochenenden, da am Morgen die 9. Symphonie gespielt, zu Mittag ein Museum besichtigt, am Abend der ‚Tristan' aufgeführt wurde. Zugleich nahm KdF selbst mehrere Operettentheater in Betrieb, ja Varietes immer uferloser auch hier. Anstatt fördernd und regulierend, wurde es geschäftlich interessiert ... Der Abteilungsleiter für ‚ernste Kunst' (Holzapfel) war von der NS-Kulturgemeinde übernommen worden. Er

ist oft verzweifelt bei mir gewesen. Ley, anstatt auf mich zu hören, schloß sich Goebbels an, der ein solches Anerbieten gerne akzeptierte."[2]

Die Darstellung, die Rosenberg hier von der KdF-Betriebsamkeit gibt, dürfte im wesentlichen richtig sein. Es trifft nur nicht zu, daß die NS-Kulturgemeinde in der Zeit ihres Bestehens irgendeinen regulierenden Einfluß auf das KdF-Programm hätte ausüben können[3]. In dieser Hinsicht schrieb Rosenberg sich rückblickend Verdienste zu, die er nicht beanspruchen konnte. Er hatte aber recht, wenn er andeutete, daß er von nun an kaum noch Möglichkeit besessen habe, auf das öffentliche Veranstaltungswesen einzuwirken und daß er, wenn er das hätte tun wollen, Goebbels und Ley zugleich begegnet wäre. Dennoch war Rosenberg nicht ganz ausgeschaltet. Das machtpolitische Dreieck der Parteiführer bestand weiter, weil Rosenberg doch nie ganz zu übergehen war.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda galt in der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* nach wie vor als der Hauptschuldige an der Tatsache, daß es noch immer keine einheitliche und konsequente nationalsozialistische Kulturpolitik im Sinne der Vorstellungen Rosenbergs gab. Ein Mitarbeiter des Überwachungs-Amtes beschuldigte Goebbels der folgenden Äußerung: „‚Moral hin, Moral her, entscheidend ist der Effekt' ... Das Bedürfnis des Volkes wird nach Kriegsende auf eine einzige Entspannung gerichtet sein. Der einzelne wird sich die Siegesparade noch gerade ansehen, dann aber seine Ruhe haben wollen."[3a] Solche Ansichten wurden im Amte Rosenberg als verderblich erachtet. „Weltanschaulich geschulte Kräfte auf dem Gebiet des Kunst- und Kulturlebens mit sicherem Gefühl für das Höhere und Notwendige" waren nach dortiger Ansicht „in anderen Parteidienststellen überhaupt nicht vorhanden."[4] Es bestätigte nur, was man schon lange dachte, als im Sommer 1943 durchsickerte, Goebbels habe Erich Kästner, den „führenden Kulturbolschewisten und Mitarbeiter der ‚Weltbühne'", beauftragt, das Drehbuch für den Ufa-Jubiläumsfarbfilm „Münchhausen" zu schreiben. „Kästner wurde bezeichnenderweise im Vorspann des Films nicht namentlich genannt, weil man wohl entsprechende Reaktionen aus der Bewegung heraus befürchtete", meinte Stang[5]. Goebbels dagegen äußerte vor seinen Abteilungsleitern, es sei purer Unsinn, wenn Ideologen glaubten, „daß der U-Boot-Mann, wenn er verdreckt und verölt aus dem Maschinenraum kommt, am liebsten zum ‚Mythus des 20. Jahrhunderts' greift"[6].

Rosenberg und Goebbels stimmten seit 1937 aber wenigstens in einer Hinsicht überein: Goebbels verfolgte die moderne Kunst jetzt mit der von Rosenberg gewünschten Radikalität. Meinungsverschiedenheiten gab es nur noch über die zweckmäßigste Art dieser Verfolgung.

Der Propagandaminister eröffnete im Juli 1937 in München die Ausstellung „Entartete Kunst". Er hatte sich nach langem Zögern im Frühjahr des Jahres entschlossen, den Weg des unverhüllten Terrors zu gehen, nicht zuletzt, um die inzwischen zu Tage getretene geistige Unfruchtbarkeit der nationalsozialistischen Ideologie zu verdecken und die eigene Stellung durch einen Propagandaerfolg zu festigen[7]. Das Ereignis wurde von Beobachtern, denen der Unterschied in der Tätigkeit der Dienststelle des *Beauftragten* und des Propagandaministeriums in den vorhergehenden Jahren nicht entgangen war, als „der Sieg Rosenbergs über Goebbels" aufgefaßt[8]. War dieses Urteil richtig? Und wenn ja, in welchem Umfange hatte Rosenberg an der Ausstellung „Entartete Kunst" mitgewirkt?

Die nunmehr offizielle Diffamierung der zeitgenössischen Malerei, Musik und Plastik war zweifellos durch die Agitation des Kampfbundes für deutsche Kultur und durch die Studentenverfolgungen mit vorbereitet worden. An der Ausstellung selbst hatte das Amt Rosenberg keinen direkten Anteil. Dies hatte zunächst äußerliche Gründe. Der Aufbau der Schau wurde unter anderem einem Dr. Walter Hansen, einem persönlichen Gegner bestimmter Mitarbeiter der Dienststelle, übertragen. Dabei kam es zu Zwischenfällen: Hansen hängte Photokopien von Zeitungsaufsätzen aus, in denen sich Robert Scholz, Rosenbergs Unterabteilungsleiter für Bildende Kunst, vor 1933 für expressionistische Maler eingesetzt hatte. Dieser Gesinnungswandel wurde angeprangert, wofür Hansen Gestapo-Haft erhielt[9]. Rosenberg scheint an der Ausstellung aber auch deshalb unbeteiligt geblieben zu sein, weil ihm die propagandistische Art der Durchführung mißfiel. Es gibt jedenfalls kein Anzeichen dafür, daß er sich um eine Beteiligung bemüht hätte. Grundsätzliche Einwände hatte er nicht. Als er im März 1938 schließlich doch einmal von der Dienststelle Heß um seine Meinung befragt wurde, erklärte er sogar, die Einsetzung eines Ausschusses, der über das weitere Schicksal der für die Ausstellung beschlagnahmten Gemälde beraten sollte, lasse den Eindruck entstehen, „als wenn die Regierung es nötig hätte, für die Berechtigung dieser Maßnahmen hinter einer Kommission Deckung zu suchen . . ." Es waren ihm lediglich einige Bedenken gekommen, deren symptomatischen Charakter er nicht zu erkennen vermochte. Der Brief an Heß, in dem er diese Bedenken vorbrachte, enthielt Ausführungen, die ihr Verfasser als Warnung an sich selbst hätte auffassen müssen: „In der Begriffsbestimmung dessen, was entartete Kunst ist, besteht gegenwärtig noch eine große Unsicherheit. Ich verweise darauf, daß z. B. die in München in der Ausstellung ‚Entartete Kunst' gezeigten Werke von Franz Marc, Lovis Corinth und Lehmbruck in der jetzigen Berliner Ausstellung nicht mehr vorhanden sind." Weitere Beispiele für die „Unklarheit bei der Bewertung einzelner" hätten sich beim Vorgehen gegen Christian Rohlfs und Edvard Munch gezeigt[10]. Rosenbergs Einwände richteten sich also nicht gegen die Ausstellung selbst. Der Parteiideologe hat die Folgerungen, die sich aus der „großen Unsicherheit" zumindest für seine Dienststelle hätten ergeben müssen, niemals gezogen. Im Gegenteil, er entsandte Robert Scholz als seinen Vertreter in den Ausschuß für die „Verwertung" der beschlagnahmten Gemälde, und es ist nicht der geringste Hinweis darauf vorhanden, daß er protestieren ließ, als die Mitglieder dieser Kommission am 7. Februar 1939 vom Propagandaministerium darüber unterrichtet wurden, daß ein Teil der Kunstwerke, den man als den „unverwertbaren Rest" bezeichnete, verbrannt werden sollte. 1004 Gemälde und 3825 Aquarelle, Zeichnungen und graphische Blätter, darunter zahlreiche Arbeiten von Emil Nolde und Schmidt-Rottluff, wurden am 20. März 1939 im Hof der Berliner Hauptfeuerwache den Flammen überantwortet[11].

Die Beziehungen zwischen Rosenberg und Goebbels haben sich dadurch, daß sich der Propagandaminister der Radikalität des Parteiideologen näherte, nicht gebessert. Dennoch war der Streit nicht mehr so heftig wie in den Jahren, da es in der Debatte um Stefan Zweig und Richard Strauß um grundsätzliche Fragen der Weltanschauung gegangen war. Auch konnten Goebbels' Maßnahmen das Amt Rosenberg nicht mehr materiell treffen wie in den Zeiten der NSKG, als einzelne örtliche Besucherverbände sich mit Hilfe des Propagandaministeriums von der Organisation des *Beauftragten des Führers* hatten fernhalten können. Darüber hinaus läßt sich

insbesondere auf Seiten Goebbels schon seit den Annäherungsversuchen des Jahres 1936 eine stärkere Zurückhaltung gegenüber Rosenberg beobachten. Der Propagandaminister behandelte den Parteiideologen kühl, berücksichtigte ihn jedoch da, wo dies nicht zu umgehen war. Aber auch Rosenberg hielt sich zurück und vergrub seine Sorgen in Tagebuchbemerkungen und Aktennotizen. Er schrieb nur selten einmal einen Protest-Brief, und Goebbels zog es dann vor, gar nicht zu antworten und seine Ansichten gleichfalls nur seinem Tagebuch anzuvertrauen[12].

Rosenberg hätte sich nun an Ley wenden können, um wenigstens Einfluß auf den Teil des öffentlichen Kulturlebens auszuüben, der von *Kraft durch Freude* bestritten wurde. Das Abkommen vom 12. Juni 1937 hätte ihm dazu eine Möglichkeit geboten. Rosenberg hat dies aus unbekannten Gründen nicht getan; wahrscheinlich hielt er diese Mühe für zwecklos. Er war auch gar nicht bereit einzusehen, daß sein Programm bei den Arbeitern schwerlich hätte Anklang finden können. Der KdF-Abteilungsleiter für *Ernste Kunst*, Carl-Maria Holzapfel, den Rosenberg in seinen zitierten Nürnberger Aufzeichnungen erwähnte, war der Verfasser von Gedichten mit Titeln wie „SA-Weihnacht" und „Einer baut einen Dom"[13]. Das von ihm vorgeschlagene Alternativ-Programm zum KdF-Unterhaltungsbetrieb dürfte demnach Ähnlichkeit mit dem Berliner „Modell-Spielplan" aus den Jahren 1934/35 gehabt haben und an sich selbst gescheitert sein.

Zwei Unterabteilungen des Amtes Kunstpflege sicherten sich dennoch Einfluß bei den Organisationen Dr. Leys, und zwar auf dem Gebiete der Zensur. Es handelte sich um die Unterabteilungen *Musik* und *Kulturpolitisches Archiv*, beide geleitet von dem Musikschriftsteller Dr. Herbert Gerigk. Dessen Einstellung zeigte sich darin, daß er Mitherausgeber eines „Lexikons der Juden in der Musik" war. Gerigk hatte in dem genannten Archiv eine Materialsammlung über die „nationalsozialistische Haltung und kulturpolitische Zuverlässigkeit" von 60 000 Personen angelegt[14]. Daß er bei einer Organisation Leys Zensurbefugnisse auszuüben vermochte, hatte persönliche Gründe. Die betreffende Organisation war das *Deutsche Volksbildungswerk*. Sie gehörte offiziell zu *Kraft durch Freude*, scheint sich aber ein verhältnismäßig großes Maß an Unabhängigkeit von KdF bewahrt zu haben. Ihr Leiter, Fritz Leutloff, arbeitete „im engsten Einvernehmen"[15] mit dem Amte Rosenberg – eine einmalige Erscheinung im Machtbereich Leys, die zugleich zeigt, wie wenig einheitlich dieser wiederum strukturiert war. Das Deutsche Volksbildungswerk war darüber hinaus eine der wenigen Organisationen Leys, die einem Verbande des Goebbels-Bereichs, der zur Reichskulturkammer gehörigen *Arbeitsgemeinschaft der literarischen Gesellschaften und Vortragsveranstalter*, ablehnend gegenüberstanden. Im Verbande Leys waren die „früheren kommunalen Volksbildungsstätten"[16], also die Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen, vereinigt. Die Organisation Goebbels' hatte den 1876 gegründeten *Deutschen Vortragsverband e. V.* gleichgeschaltet. Bezeichnenderweise vertrat die mit Rosenberg zusammenarbeitende Organisation die doktrinäre Richtung und beschuldigte den Goebbels-Verband, „ihre Vortragenden aus Kreisen" auszuwählen, „die heute eigentlich mundtot sein sollten". „Die Beseitigung des freien Vortragswesens der Vereine ist notwendig. Die Menschenführung ist Aufgabe der Partei"[17], hieß die Losung. Leutloff überbot demnach auch die entsprechenden Referenten Goebbels' an Radikalität und konnte der Sympathien des Herausgebers eines „Lexikons der Juden in der Musik" sicher sein. Er räumte Gerigk daher das Recht ein, ihn bei der Auswahl „weltanschaulich einwandfreier"

Vortragsredner zu beraten, eine Aufgabe, der der Referent Rosenbergs um so leichter nachzukommen vermochte, als er entsprechende Personal-Dossiers in seinem Kulturpolitischen Archiv zusammengestellt hatte. Darüber hinaus durfte er auch die Zensur bei den musikalischen Veranstaltungen des Volksbildungswerks ausüben[18].

Von solchen, bei einzelnen Dienststellen erworbenen Mitsprache-Befugnissen abgesehen, war der Einfluß der Mitarbeiter des *Beauftragten des Führers* im öffentlichen Kulturleben gering. Aus diesem Grunde waren es nach 1937 nur noch zwei Fragen, die zwischen Rosenberg, Ley und Goebbels zu Auseinandersetzungen führten. Es ging zum einen um das Problem eines noch engeren Bündnisses zwischen der Arbeitsfront und der Reichskulturkammer und zum anderen um die Kompetenzen auf dem Gebiet der sogenannten *Feiergestaltung*.

Den Diskussionen zwischen Goebbels und Ley lag, soweit erkennbar, nach 1937 nicht mehr die Absicht eines festeren Zusammenschlusses gegen Rosenberg zugrunde. Dieser hegte dennoch Befürchtungen und versuchte, die beabsichtigte Zusammenarbeit zu verhindern[19]. Der Propagandaminister und der Reichsorganisationsleiter verhandelten seit 1938 über die Frage, ob *Kraft durch Freude* als sogenannte „8. Kammer" in die Reichskulturkammer eingegliedert werden sollte[20]. Ley begründete die Notwendigkeit gegenüber Rosenberg damit, „daß die wirtschaftliche Belastung für die Deutsche Arbeitsfront für die gesamte Organisation ‚Kraft durch Freude' zu groß sei. Er verspräche sich von dem Abkommen mit dem Propagandaministerium eine Entlastung, insbesondere dadurch, daß auf Grund der Zugehörigkeit zur Kulturkammer namhafte Künstler nunmehr wesentlich billiger der 8. Kammer ... zur Verfügung stehen würden"[21]. Er sähe „keinen anderen Weg", um die NSG KdF „im Laufe der Jahre vor der Verflachung zu retten", KdF dürfe nicht „zu einem ‚Amüsierklub' herabsinken". Außerdem ging es Ley noch um das, wie er es nannte, „Chaos der vielen Laienverbände, in denen ... wertvolle Kräfte" steckten. Er wollte sie „ordnen und für das Volksganze dienstbar machen"[22]. Ley wollte Präsident der Kammer werden; die Geschäfte sollten zwei Vizepräsidenten führen, und zwar je ein Mann von Ley und einer von Goebbels[23]. Es handelte sich um einen ähnlichen Plan wie denjenigen, über den Goebbels und Rosenberg zwischen Juli und November 1936 verhandelt hatten, nur daß dem Propagandaministerium jetzt mit KdF ein wesentlich größerer Gewinn angeboten wurde, als es die NSKG gewesen wäre, mit deren Hilfe Goebbels gehofft hatte, sich eine „Kammer für Kulturverbraucher" erschaffen zu können. Rosenberg wurde an diesen Verhandlungen zunächst nicht beteiligt. Nachdem er im April und September 1938 zweimal bei Ley und Heß protestiert hatte, weil er „amtlich ... in keiner Weise" unterrichtet worden war, fand es Ley im Januar 1939 geraten, sich mit ihm doch einmal zu unterhalten[24]. Vielleicht hatte ihn Heß dazu ermahnt. Im März 1939 erhielt Rosenberg von Heß' Dienststelle sogar die Abschrift des Vereinbarungsentwurfes, danach geschah nichts mehr; Goebbels und Ley konnten sich anscheinend nicht einigen. Im Januar 1941 erfuhr Rosenberg von erneuten Verhandlungen auf der Gegenseite, teilte am 7. Februar Ley mit, jegliches Abkommen sei „ungültig", da es nicht den ihm „gewordenen Führerauftrag" berücksichtige[25]. Außerdem verstieße das geplante Abkommen gegen den Grundsatz der Partei-Hoheit über den Staat. Ley „als Präsident einer Kulturkammer" würde in die Lage kommen, „die Weisungen der entsprechenden Abteilungsleiter im Reichspropagandaministerium entgegenzunehmen ... Der gesamten Partei und dem Staate gegenüber wäre aber eine derartige untergeordnete Einord-

nung von Dr. Ley im achten Jahr der nationalsozialistischen Revolution ... außerordentlich peinlich". Rosenberg hatte damit wieder das alte Problem der Überlegenheit „des Staates" über „die Partei" angesprochen, das die Nationalsozialisten niemals zu lösen vermochten. Das Abkommen zwischen Goebbels und Ley scheint an solchen Schwierigkeiten auch gescheitert zu sein. Die beiden Politiker schlossen am 22. April 1942, also nach fast fünfjährigen Verhandlungen, eine Vereinbarung, durch die Ley lediglich ein gewisses, nicht näher bestimmtes Mitspracherecht beim Einsatz der Laienkulturverbände für KdF erhielt. Es wurde ein *NS-Volkskulturwerk* gegründet, das nach dem geheimen Abkommen „keine besondere Organisation, sondern lediglich ein Sammelbegriff für die Dienststellen" sein sollte, „die diese Verbände und Vereine" befehligten. „Der Leiter des Amtes Feierabend" bei KdF übernahm in Personalunion den Posten des „stellvertretenden Leiters des NS-Kulturwerkes im Hauptkulturamt" der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Der Leiter des Hauptkulturamtes stand an erster Stelle. Goebbels und Ley entsandten also je einen ihrer Amtsleiter. Diese beiden Hauptfunktionäre sollten „die Richtlinien für die kulturpolitische Ausrichtung der volkskulturellen Verbände und Vereine ... gemeinsam" verfassen[26]. Kurz darauf gaben Verbände wie der *Reichsverband der gemischten Chöre Deutschlands* und der *Deutsche Heimatbund* ihren sogenannten „Beitritt" zu dem *NS-Volkskulturwerk* bekannt. Die Verbände waren offiziell stets Mitglied einer der Einzelkammern der Reichskulturkammer gewesen. Da Ley sich von ihrem „Einsatz für KdF" soviel versprochen hatte, stellte die Vereinbarung ein Entgegenkommen Goebbels' dar, wobei der letztere aber nach außen hin die Führung durch sein Hauptkulturamt betonen ließ und jede Erwähnung der KdF-Mitbeteiligung vermied[27]. Eine neue Einzelkammer wurde nicht gegründet. Das Problem, daß offiziell „die Partei", in Wahrheit aber „der Staat" führte, blieb unerwähnt. Eine grundsätzliche Regelung wurde vermieden, weshalb man sich auch nicht durch eine Veröffentlichung nach außen festlegen wollte. Übrigens sahen Goebbels' Funktionäre die Vereinbarung noch als Gefahr an: „Bei dem Verkehr mit dem Hauptamt für Kultur (Cerff)", so hieß es in einer Aktennotiz, sei „besondere Vorsicht zu beachten, da zu vermuten" bleibe, „daß die Arbeitsfront sich hier eine Basis gegen die Einzelkammern der RKK schaffen" wolle[28]. Ob das Abkommen in den letzten drei Jahren, die dem Regime noch blieben, irgendeine Bedeutung erlangte, ist nicht bekannt. Die Art, in der es zustande kam, zeigt, daß das Ämter-Chaos selbst im Bereich kompromißwilliger Reichsleiter wie Goebbels und Ley nicht grundsätzlich beseitigt werden konnte, denn eine der Ursachen dafür, der Dualismus von Partei und Staat, war bereits aus ideologischen Gründen nicht aufzuheben.

Der *Beauftragte des Führers* hatte während dieser Auseinandersetzungen mehrfach Beschwerdeschreiben an Goebbels gerichtet, aber der Minister antwortete auch in diesen Fällen ohne Schärfe und erklärte zum Beispiel, er sähe zwischen den beiderseitigen Auffassungen „keinen Widerspruch, der irgendwie auch nur leise Reibungsflächen ... in sich birgt"[29]. Er war offensichtlich bemüht, nicht in neuen Konflikt mit Rosenberg zu kommen, dessen formelles Einspruchsrecht von Heß und Bormann jedenfalls nicht völlig übergangen wurde und daher als Gefahr zu beachten war. Das gleiche Verhalten zeigte Goebbels in der zweiten Frage, die zwischen ihm, Ley und Rosenberg zwischen 1938 und 1945 geregelt werden mußte: der sogenannten *Feiergestaltung*. Goebbels konnte hier an sich Priorität beanspruchen: Das (Haupt-)Kulturamt der Reichspropagandaleitung der NSDAP gab seit 1933 die

Zeitschrift „Die neue Gemeinschaft" heraus, die Programmvorschläge für Partei- und Betriebsfeiern unterbreitete. Die Zeitschrift fand offensichtlich nicht den ungeteilten Beifall des Amtes Rosenberg, in welchem man am 18. Februar 1938 damit begann, eine „umfassende Sammlung aller deutschen außerkirchlichen Lebensfeierbräuche" vorzubereiten. 6 000 Fragebogen wurden an „Gliederungen und Verbände" versandt. Obwohl das Amt Rosenberg ein „lebhaftes Bedürfnis" für eine solche Sammlung festgestellt zu haben glaubte, wurden bis zum 31. Oktober 1938 nur 250 Formulare ausgefüllt zurückgesandt. Das hinderte das Amt aber nicht, Anfang 1941 sogenannte „Richtlinien zur Gestaltung der Lebensfeiern" herauszugeben[30], woraufhin sich Goebbels und Ley wegen Kompetenzüberschreitung beschwerten. Bormann vermittelte, es wurde lange verhandelt, und am 23. Mai 1942 verteilte man die Kompetenzen folgendermaßen: Die Reichspropagandaleitung war zuständig für alle „Feiern des Reiches und des Jahreslaufs" (vom „Tag der Machtübernahme" über den Muttertag bis zur „Volksweihnacht"), für die „Öffentlichen Feierstunden" am Morgen und Abend sowie für die „Gau-, Kreis- und Ortsgruppentage" und sämtliche öffentlichen Kungebungen. Rosenberg war zuständig für „Lebensfeiern" bei Geburt, Hochzeit und Tod sowie für sogenannte „Weltanschauliche Feierstunden" nicht-öffentlicher Art. Ley durfte bei Goebbels-Feiern den An- und Abtransport der Teilnehmer und den „Einsatz der Politischen Leiter", bei Rosenberg-Feiern jedoch die „Durchführung" übernehmen[31]. In der Praxis erwies sich, daß diese Abgrenzung der Befugnisse unklar war. Ley hatte während des Streits vorgeschlagen, Rosenberg solle nur „für die Richtlinien und den Lehrstoff", nicht jedoch für die Feiern schlechthin „zuständig" sein[32]. Er sah voraus, was dann auch wirklich eintrat: Rosenberg erhielt das Recht, eigene Kundgebungen abhalten zu dürfen. Sein Amt machte von dieser Möglichkeit in geschickter Weise Gebrauch. Es lud prominente Redner, meist im Range eines Reichsleiters, zu den „Weltanschaulichen Feierstunden" ein und ließ diese als sogenannte „Reichsfeiern" allmonatlich in jeweils einer anderen Stadt Deutschlands stattfinden. Rosenberg selbst erschien meist persönlich. Dadurch wurden die zuständigen Gauleiter zur Zusammenarbeit gezwungen und hatten an Ort und Stelle dafür zu sorgen, daß Saal, Chor, Orchester und Publikum vorhanden waren. Die Gauleiter konnten die Anwesenheit eines Reichsleiters, und sei es, daß es sich nur um Rosenberg handelte, nicht ohne weiteres übergehen. Es war zudem nicht zu übersehen, daß seit 1941 in der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* machtpolitisch geschicktere Kräfte am Werke waren, die die neue Entwicklung eingeleitet hatten. Darauf wird zurückzukommen sein.

Das Amt Rosenberg konnte sich mit Hilfe seiner neuen Befugnisse innerhalb der Partei ein etwas größeres Gewicht verschaffen. Zwischen Dezember 1941 und August 1944 fanden „28 zweitägige Gauschulungstagungen mit weltanschaulichen Feierstunden und Großkundgebungen"[33] statt. Es kam vielfach zu Parallelveranstaltungen des Hauptkulturamtes der Reichspropagandaleitung, und Rosenberg fand Grund, sich ständig zu beschweren, aber Goebbels wich jedem Konflikt aus. Er antwortete nicht oder ausweichend oder erklärte unverbindlich, er habe den betreffenden Amtsleiter „nachdrücklich zu sachlicher Arbeit ermahnt"[34].

Im Verlaufe dieser Entwicklung im Kräftefeld zwischen Ley, Goebbels und Rosenberg versuchten die einzelnen Unterabteilungen des Amtes (ab 1941 Hauptamtes) Kunstpflege, sich in der NSDAP und in der Öffentlichkeit auf ihre Weise durchzusetzen. Die erste Unterabteilung war für „Dramaturgie und Darstellende Kunst"

zuständig. Ihr Leiter war Dr. Walther Stang, der nominell auch die Führung des gesamten Hauptamtes innehatte. Stang blieb jedoch erfolglos. Rückblickend schrieb er einmal an Rosenberg, er könne sich immer noch nicht damit abfinden, daß er „nach den unendlich großen Enttäuschungen des Frühjahrs 37 ... praktisch zum Schriftleiter einer Theaterzeitschrift geworden sei“[35]. Er meinte damit, daß er den Verlust der NS-Kulturgemeinde, die ihn einst zum mächtigsten Abteilungsleiter der Dienststelle hatte werden lassen, persönlich zu büßen habe. Er hatte nur noch die Aufgabe, die Zeitschrift „Deutsche Dramaturgie“ herauszugeben. Rosenberg hatte ihm sogar das Disziplinarrecht gegenüber den Unterabteilungsleitern verweigert, da er eine schroffe Persönlichkeit war[36]. Er stieß auch bei den Konkurrenzämtern der Dienststelle auf Ablehnung, reiste außerdem viel umher, um Theaterintendanten im Sinne der neuen Weltanschauung zu „beraten“, und spürte nicht das prinzipiell Aussichtslose solcher Bemühung. Er erhielt eine neue Chance, als dem Amte Rosenberg 1942 die Befugnis erteilt wurde, „Weltanschauliche Feierstunden“ abhalten zu dürfen. Er vermochte sie aber nicht wahrzunehmen, da er sich kaum dafür interessierte. Die Vorbereitung dieser Kundgebungen lag in den Händen eines Unterabteilungsleiters[37]. Als sich endgültig herausgestellt hatte, daß Stang die Entwicklung seines Hauptamtes zur Schulungs-Abteilung innerlich nicht mitzuvollziehen vermochte, erhielt er im September 1943 von Rosenberg einen „Sonderauftrag für eine dramatische Dichtung“. Er wurde also in rücksichtsvoller Form pensioniert und verbrachte den Rest des Krieges außerhalb von Berlin. Schwer erkrankt, starb er 1945 auf der Flucht vor den alliierten Truppen[38].

Mehr Erfolg als Stang hatte der Unterabteilungsleiter für Bildende Kunst, Robert Scholz. In den Jahren 1933 und 1934 hatte er Rosenberg geholfen, die Aktionen des Nationalsozialistischen Studentenbundes zur Rettung der modernen Kunst zu unterdrücken. Er war vor allem durch die politischen Drohungen, die er im Völkischen Beobachter veröffentlicht hatte, bekannt geworden. In den Jahren 1935—1939 veranstaltete er im Namen des Amtes Rosenberg Ausstellungen mit Titeln wie „Heroische Landschaft“, „Deutscher Bauer — Deutsches Land“ und „Kunst und Seefahrt“[39]. Daß man versucht hatte, Scholz unterschiedliche Kunstauffassungen in der Zeit vor und nach der Machtergreifung nachzuweisen, war seinem Aufstieg nicht hinderlich gewesen.

Scholz' größter Erfolg war die Zeitschrift „Die Kunst im Dritten Reich“, das einzige Organ der Dienststelle Rosenberg, das zugleich als einzige „parteioffizielle“ Publikation auf einem Fachgebiet galt. Das Blatt verdankte diesen Rang einem dreifachen Bündnis: Es war von dem oberbayerischen Gauleiter Adolf Wagner gegründet worden, um die Rolle Münchens als Kunststadt zu betonen. Ein halbes Jahr nach seinem ersten Erscheinen, im Juli 1937, war es „auf Wunsch des Führers ... vergrößert und unter ... Herausgeberschaft“ von Robert Scholz gestellt worden. Die Zeitschrift erfreute sich außerdem der besonderen Sympathie von Frau Professor Troost, der Witwe des Architekten der Münchener Parteibauten. Machtpolitisch mehrfach gesichert, konnte sich „Die Kunst im Dritten Reich“ auch gegen eine Konkurrenzzeitschrift des Hitler-Photographen Paul Hoffmann, „Kunst dem Volke“ genannt, behaupten[40]. „Die Kunst im Dritten Reich“ enthielt verhältnismäßig wenige Grundsatzartikel[41], und weil außer dem „klassischen Erbe“ nur der leichtverständliche Realismus der zugelassenen Künstler in der Zeitschrift vertreten war, erreichte das Blatt große Popularität[42]. Eine Gelegenheit, sich weitere Verdienste um den Natio-

nalsozialismus zu erwerben, ergab sich für das Amt Bildende Kunst in den Jahren 1940–1944, als es die Katalogisierung der vom *Einsatzstab Rosenberg* in den besetzten Gebieten geraubten Kunstwerke vornahm.

Die übrigen Unterabteilungen, die schon erwähnten Hauptstellen (ab 1941: Ämter) Kulturpolitisches Archiv und Musik wurden von Dr. Herbert Gerigk aufgebaut[43]. Gerigk gab die vom Amt Rosenberg durch „Gleichschaltung" erworbene Zeitschrift „Die Musik" heraus, in der von nun an zahlreiche radikal antisemitische Artikel erschienen[44]. Besonders bekannt wurde er durch das „Lexikon der Juden in der Musik", eines der niederdrückendsten Erzeugnisse nationalsozialistischen Verfolgungswahns. Die Autoren dieses Lexikons legten besonderen Wert auf die Feststellung, daß das Nachschlagewerk auf „behördlichen, parteiamtlich geprüften Unterlagen" beruhe. Sie setzten sich mit Stolz von einem „nicht absolut zuverlässigen Werk" ab, wie es nach ihrer Meinung Theodor Fritschs „Handbuch der Judenfrage" darstellte[45]. Die Herausgabe des Lexikons war nach Angaben Gerigks zum Beispiel deshalb notwendig geworden, weil Boris Blacher, Heinrich Kaminskie und andere „lebende Vierteljuden ... versehentlich des öfteren auch bei Veranstaltungen von Parteigliederungen aufgeführt" worden waren[46].

Das besondere Interesse des Amtes Musik galt den Hochschulen und dem Veranstaltungswesen. „In der Reichshauptstadt" wurden „durch die Angehörigen der Abteilung alle wichtigen Musikereignisse wahrgenommen", was ihnen „eine einwandfreie Beratung anderer Parteidienststellen und ... Gliederungen bei der Künstlerauswahl ermöglicht haben" soll. Der entscheidende Referent des Reichserziehungsministeriums, Ministerialrat Frey, hat sich der „Beratung" durch Gerigk und seine Mitarbeiter allerdings zu verschließen gewußt. Anders ist es nicht zu erklären, daß die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem Ministerium noch im April 1939 nur „zweifelhafter Natur" gewesen sein sollen. Gerigks Absichten gingen „dahin, bei der Personalpolitik und der Lehrplanung der Musikhochschulen Einfluß zu erlangen"[47]. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht. Im Jahre 1944 schrieb Gerigk, bei den Habilitanden für das Fach Musikwissenschaft handele es sich „bis auf wenige Ausnahmen um diejenigen Elemente", die das Amt „auf Grund der bisher erwiesenen Weltanschauung als ungeeignet für die ... Tätigkeit eines Universitätslehrers bezeichnen" müsse. „Trotz mehrfacher Anregungen" bestünde für das Amt „leider immer noch keine Möglichkeit, um die Aufsicht über die zur Habilitation zuzulassenden auszuüben"[48]. Die Unterabteilung Kulturpolitisches Archiv mit dem reichen Material über die Gesinnung von 60 000 Persönlichkeiten erlangte nur für die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Volksbildungswerk und dem Amt Rosenberg Bedeutung, da die Konkurrenz-Dienststellen ähnliche Karteien besaßen. Erst im Jahre 1944 bot sich eine Gelegenheit, dem Archiv Ansehen auch bei mächtigeren Ämtern des Regimes zu verschaffen. Auf dem Höhepunkt des „Totalen Krieges" bat Bormann am 12. August 1944 alle Parteidienststellen „um beschleunigte Namhaftmachung aller sonstigen Personen, die in der Vergangenheit Anlaß zu Zweifeln an ihrer nationalsozialistischen Haltung und weltanschaulichen Festigkeit gegeben" hätten. Gerigk meinte nach der Lektüre des Bormann-Rundschreibens, diese Aufforderung würde „eine Denunzierungswelle auslösen". Die „große Zahl der einlaufenden Anschuldigungen" würde von den meisten Parteistellen „schwerlich mit ausreichender Schnelligkeit und Gründlichkeit geprüft werden können". Das Kulturpolitische Archiv bürge dagegen für eine zuverlässige Arbeit. Es enthielte „zahlreiche sorgfältig be-

legte Aktenvorgänge", deren „Überprüfung und sofortige Auswertung" jetzt vorgenommen werden sollte[49]. Rosenberg gab den Vorschlag am 14. September 1944 an Bormann weiter und erhielt zur Antwort, man möge das Material für die „Aktion zur Ausmerzung aller Verräter und Defaitisten" dem Reichssicherheitshauptamt zur Verfügung zu stellen. Bis zum Dezember einigten sich die Partei-Kanzlei und der *Beauftragte des Führers* über die Verfahrensweise. Ob die Tätigkeit des Amtes Rosenberg auf diese Weise noch Opfer unter den jahrelang überwachten Personen gefordert hat, bliebe zu untersuchen[50].

2. Die Rolle des Amtes im Kirchenkampf (1934–1945)

Alfred Rosenberg ist in keiner anderen Eigenschaft so bekannt geworden wie in der des radikalen Gegners der christlichen Konfessionen. Er vertrat innerhalb der Partei die Richtung, die die christliche Religion durch einen der „germanischen Rasse" gemäßen Glauben ersetzen wollte. Rosenberg folgerte aus seinen Ansichten über die Existenz einer „Rassenseele" die Notwendigkeit des Kampfes gegen das „Judentum" und andere „internationale" oder „universalistische" Gruppen, worunter er ebenso die Kirchen wie die Freimaurer-Logen verstand. Er verfaßte eine Reihe von Broschüren zu diesen „Problemen", widmete ihnen den größten Teil des „Mythus" und hielt zahlreiche Reden über diese Thematik. Dennoch hat er im Bereich der Kirchen-, Juden- und Freimaurer-Bekämpfung keinerlei praktische Befugnisse gehabt. Er hat sich auf diesem Gebiet auch äußerst selten um eine Beteiligung an den aktuellen politischen Entscheidungen bemüht. Im Vergleich zu dem Eifer, den er an seine Theaterbesucher-Organisation gewandt hatte, war der Umfang seiner Tätigkeit in bezug auf die antisemitischen und antikirchlichen Maßnahmen des Regimes gering.
Rosenberg hat sich in diesen Fragen im wesentlichen auf Publizistik zu Schulungszwecken beschränkt. Für die antikirchliche Propaganda war das *Kirchenpolitische Archiv* zuständig, das im November 1937 in *Amt Weltanschauliche Information* umbenannt und seit der Gründung bis zum 6. Juni 1941 von dem Theologen und Volkskundler Dr. Matthes Ziegler geleitet wurde[51]. Die beiden Fachgebiete des Amtsleiters stellten nach Ansicht Rosenbergs eine ideale Voraussetzung für die Vorbereitung einer „Deutschen Volkskirche" dar, die allmählich mit Hilfe des durch die Volkskunde wiederbelebten „Brauchtums" die „Sehnsucht der nordischen Rassenseele" erfüllen sollte. Der Parteiideologe hatte seine Ziele mit solchen und ähnlichen Formulierungen im „Mythus des 20. Jahrhunderts" beschrieben[52]. Diese Programmpunkte finden sich in den wenigen Teilen des Buches, die einen Ansatzpunkt für eine praktische Verwirklichung zu bieten schienen. Man begann 1938 mit der erwähnten Sammlung von „Lebensfeierbräuchen". Es war daran gedacht, auf diese Weise die kirchlichen Feiern bei Geburt, Hochzeit und Tod allmählich zu ersetzen. Eine Statistik aus dem Gau Thüringen aus dem 1. Halbjahr 1943 zeigt, daß der Versuch fast vergeblich war. Die Ursache dafür war freilich nicht nur der bis an die Grenze des Lächerlichen gesteigerte ersatzreligiöse Kult, sondern auch die durch den Nationalsozialismus trotz aller Verfolgung unerschütterte Stellung der Kirchen auf lokaler Ebene. Die Aufstellung zeigt die folgenden Zahlen[53]:

	kirchliche Feiern	außerkirchliche Feiern
nach Geburten	16578	619
Hochzeiten	7350	273
Beerdigungen	11925	535
Sonstige Parteifeiern	—	925

Das Amt Weltanschauliche Information verband also mit der antikirchlichen Propaganda ein außerordentliches Interesse für die Volkskunde. Es versuchte daher, Einfluß auf Forschung und Lehre auf diesem Gebiet zu erlangen. Dieser Versuch soll an anderer Stelle geschildert werden. Er ist nach schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen gescheitert. Das Amt unternahm es bei dieser Gelegenheit, das Reichserziehungsministerium und eine große Anzahl von Hochschullehrern öffentlich bloßzustellen. Es war dies einer der wenigen Fälle, wo es einmal mit anderen Dienststellen in Beziehung zu treten versuchte[54]. Im übrigen konnte es nur Schulung und Propaganda betreiben. Ziegler und seine Mitarbeiter verfaßten zahlreiche Artikel in den „Nationalsozialistischen Monatsheften", vor allem aber in den „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage", einem in hektographierter Form verbreiteten Informationsdienst des Amtes Rosenberg. Die „Mitteilungen" trugen den Vermerk „Vertraulich" und waren nur Funktionären vom Kreisleiter aufwärts zugänglich[55]. Diese Begrenzung des Leserkreises war begreiflich, denn außer zwar tendenziös gefärbten, der Allgemeinheit aber nicht zugänglichen Nachrichten über die innerkirchlichen Auseinandersetzungen enthielt der Informationsdienst zuweilen auch Andeutungen über die Machtkämpfe unter den Ministerien und Reichsleitungsdienststellen, zum Beispiel über Rosenbergs Konflikt mit dem Erziehungsministerium[56]. Er gehörte damit zu den wenigen interessanten Schulungs-Zeitschriften der NSDAP.

Die politische Bedeutung des Amtes Weltanschauliche Information blieb im ganzen schon deshalb gering, weil Rosenberg selbst vorläufig nicht wünschte, daß der Staat mit offensiven Maßnahmen gegen die Kirchen vorging. Rosenberg befürwortete eine Politik der Ausstoßung der Kirchen aus dem Schutzkreis des Staates. Er erkannte das Recht der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft auf Sicherheit durch die staatliche Ordnung nicht an. Er hielt eine strenge polizeiliche Überwachung für notwendig und tat auch alles, um den geistigen Einfluß der Kirchen zurückzudrängen, hatte aber keine Konzeption für den Fall, daß die Kirchen sich wehren würden. Er nahm an, daß die neugermanische Religion sich von selbst durchsetzen würde, und das um so eher, je weniger man die Konfessionen staatlicherseits beachtete. Bezeichnend für seine Einstellung und auch die Machtlosigkeit seines Amtes auf kirchenpolitischem Gebiet ist ein Brief, den er im November 1941 an Bormann schrieb. Darin hieß es: „Auf einer Konferenz bei Herrn Heß war bei Beginn des Krieges ausdrücklich festgelegt worden, daß in allen diesen [Kirchen-]Fragen während des Krieges nichts geschehen solle. In Wirklichkeit sind aber z. B. in Bayern plötzlich die Gebete verboten und die Kruzifixe entfernt worden, etwas, was später sich von selbst ergeben könnte, ist also mitten im Kriege durch staatliche Maßnahmen seitens führender Parteigenossen in einer psychologisch gänzlich unzweckmäßigen Art durchgeführt worden ... Es ist nun so, daß sowohl diese schriftstellerischen und rednerischen Dinge, aber auch die staatlichen Maßnahmen nicht nur im Auslande, sondern auch von der Partei immer mir in die Schuhe geschoben werden, obgleich ich an diesen Dingen gänzlich unschuldig und nicht einmal nachrichtenmäßig be-

teiligt gewesen bin. Es ist nun einmal so, daß die Bewegung und weite Kreise im deutschen Volke eine härtere weltanschauliche Haltung, die sich auch gegen die Konfessionen richtet, dadurch mit mir in Zusammenhang bringen, als ich als der Beauftragte des Führers für die Überwachung der ... Schulung und Erziehung gelte ..."[57] Rosenberg bat in diesem Schreiben außerdem darum, daß er künftig von allen kirchenpolitischen Maßnahmen unterrichtet werden möge. Soweit erkennbar, war dies seine einzige entsprechende Bitte. Bormann hat nicht geantwortet und Rosenberg hat seinen Wunsch nicht wiederholt.

Hitler verfolgte gegenüber den Kirchen, wie dargelegt, eine andere Politik, als sie Rosenberg für richtig hielt. Die Unterschiede waren im wesentlichen taktischer Art, aber schon in der nach seiner Ansicht falschen Taktik sah Rosenberg eine Gefahr für ein grundsätzliches Scheitern. Der Reichsleiter hat sich aber auch auf diesem Gebiet der Politik seines Führers zögernd, wenngleich stets nachgebend angepaßt, und diese Anpassung erklärt die Haltung, die er und seine Abteilung Weltanschauliche Information im Laufe der Jahre einnahmen.

Als Rosenberg am 16. August 1933 im Völkischen Beobachter darlegte, daß „der Nationalsozialismus sich nicht zur politischen Stütze der einen oder anderen kirchlichen Gruppierung hergeben" könne[58], deutete er schon die Politik des äußerlichen Desinteressements an, die er befürwortete. Er wollte, daß man die Kirchen sich und ihrem inneren Streit, der gerade über die Frage der *Deutschen Christen* ausgebrochen war, überließe, weil er annahm, daß diese Zerrissenheit ihren Zerfall beschleunigen würde. Hitler dagegen unterstützte trotz seiner vielfachen Schwankungen notgedrungen die noch am ehesten dem Regime ergebenen kirchlichen Gruppierungen, also den Reichsbischof Müller und die Deutschen Christen. Dies hatte sich bereits am 25. Januar 1934, einen Tag nach der Ernennung Rosenbergs, in dem Gespräch des Reichskanzlers mit Niemöller, Müller und ihren Anhängern gezeigt. Rosenberg wiederholte seine abweichenden Ansichten noch einmal in einer Rede am 25. April 1934[59]. Danach begann er allmählich, sich Hitlers Taktik etwas anzupassen. Als er sich am 1. Dezember 1934 sogar bereitfand, den Reichsbischof zu empfangen, kam er allerdings sechs Wochen zu spät, denn sein *Führer* hatte denselben gerade fallen gelassen[59a]. Müller bat Rosenberg um eine nicht näher bezeichnete „Zusammenarbeit". Dieser gab keine Zusagen, erklärte jedoch, daß die „Deutschen Christen ... nicht das gehalten hätten, was man erwartete"[60]. Er sah demnach in der früheren Position Hitlers wesentlich ein Mittel zum Zweck.

Rosenberg behielt seine abwartende Stellung auch in den folgenden Jahren bei, in denen Hitler die Versuche zur Gründung einer „gleichgeschalteten" Reichskirche intensivierte. Der Reichskanzler wollte nicht einsehen, daß sich die Bekennende Kirche nie mit der Ideologie und Wirklichkeit des totalen Staates abfinden konnte. An Stelle Müllers sollte nun ein anderer Mann die „Versöhnung" und danach die Einheitskirche zustandebringen. Dieser Mann war der Jurist Hanns Kerrl, der am 16. Juli 1935 auf den neugeschaffenen Posten eines *Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten* berufen wurde[61]. Müller behielt zwar seinen repräsentativen Titel, war aber von nun an praktisch entmachtet. Man schuf einfach ein neues Amt – ein für den *Führer-Staat* typisches Verfahren und zugleich nichts als eine Scheinlösung[62]. Die mangelnde Voraussicht Hitlers zeigte sich besonders darin, daß Kerrl einen anderen Kurs verfolgte als erwartet, und daß er Ansichten vertrat, über die der Reichskanzler sich vor der Ernennung des Ministers hätte vergewissern können.

Rosenberg selber kannte die Auffassungen Kerrls ebenfalls nicht, glaubte aber, dieser würde seine Aufgabe in einer strengen Überwachung der Kirchen sehen. Im April 1936 gab der Parteiideologe seiner Enttäuschung im Tagebuch Ausdruck: „Kerrl, anfangs ohne jede Mitarbeiter, akzeptierte drei von mir benannte Persönlichkeiten. Später glaubte er, einer anderen Richtung mehr Gehör schenken zu müssen. Die Routine der alten Bürokratie und der Versuch, als Erfolg eine ‚organisatorische Ordnung' vorzeigen zu können, taten dann das ihrige. Hinzu kam, daß Kerrls fromme Reden nicht kluge Taktik einer Übergangszeit waren, sondern seine wirkliche Überzeugung darstellten. Das war und ist eine Gefahr, weil ein *Nationalsozialist* versucht, die Schritte nach vorn durch ein *aufrichtiges* Zurück wieder ungeschehen zu machen. Kerrls philosophische Anschauungen sind recht primtiv, seine religiösen stecken im Grund in den Theorien der ‚Deutschen Christen'. *Persönlich* könnte ihm das unbenommen bleiben, amtlich aber hat er kein Recht, dies als Bekenntnis der Bewegung aufreden zu wollen. Diese Spießbürgereien des Denkens sind vielleicht ganz gut als Geplänkel, da wir den Kampf gegen die Kirchen in absehbarer Zeit gar nicht führen wollen. Staatlich ist zu tun, was lebensnotwendig ist . . ."[63] Rosenberg bekräftigte hier vor sich selbst den Willen zu einer späteren aktiven Kirchenverfolgung. Das, was zu dieser Zeit in Deutschland geschah, sah er offenbar noch nicht als eine solche an. Die Haltung Kerrls kennzeichnete er im wesentlichen richtig. Der Kirchenminister war der Ansicht, „Religion" und „Weltanschauung" seien leicht zu trennen. „Die germanisch-deutsche Weltanschauung . . . einigt politisch das ganze deutsche Volk . . . Der religiöse Glaube ist die private und persönliche Angelegenheit des einzelnen . . ."[64] So hieß es in einem Entwurf des Ministers für einen freilich niemals ergangenen Führer-Erlaß.

Kerrl mußte mit einem solchen illusionären Programm ideologischer Kompromisse und Abgrenzungen scheitern. Die aktuelle Situation des Kirchenkampfes machte zudem jede Aussöhnung zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche unmöglich. Dies wurde durch den Rücktritt des unter anderem aus Vertretern beider Richtungen zusammengesetzten Reichskirchenausschusses am 12. Februar 1937 deutlich. Das Gremium war von Kerrl berufen worden, um die *Reichskirche* vorzubereiten. Der Minister resignierte nun selbst und gedachte, nur noch auf dem Verordnungswege weiterzuregieren. Da befahl ihn Hitler auf den Obersalzberg und zwang ihn zu einer Änderung der Politik. Am 15. Februar 1937 erschien ein Führererlaß, nach welchem „nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung geben" sollte[65]. Eine Generalsynode wurde angekündigt, für welche Wahlen stattfinden sollten. Die Gründe für dieses scheinbar von großem Entgegenkommen zeugende Dekret sind unbekannt. Nach der Interpretation Kerrls hoffte Hitler auf eine breite Mehrheit für die Deutschen Christen und eine plebiszitäre Entscheidung gegen die Kirchen. Er glaubte noch immer an die Möglichkeit, eine zumindest vorläufig regimetreue Kirche zu schaffen. Rosenberg freilich sah gleich die Gefahren und hielt einen Abstimmungserfolg im Sinne des *Führers* für nicht sicher. „Sollen die Wahlen", so notierte er im Tagebuch, „nach bestehenden Gruppen oder Konfessionen (evangelisch-lutherisch, reformiert usw.) vorgenommen werden?"[66] Es sollte sich jedoch bald zeigen, daß er sich unnötige Sorgen gemacht hatte: Am 25. Juni 1937 wurde in einer Verlautbarung Kerrls angedeutet, daß die Wahlen doch nicht stattfinden würden. Am 25. November wurden sie auf unbestimmte Zeit verschoben.

Hitler scheint nach alledem erst im Laufe des Jahres 1937 zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß an eine „gleichgeschaltete" Kirche nicht zu denken sei. Soweit bekannt, äußerte er sich aber vorläufig nicht mehr zu dieser Frage. Er ließ es auf der einen Seite geschehen, daß der Terror – wie zu gleicher Zeit auch auf anderen Gebieten der Innenpolitik – verschärft wurde: Während des Jahres 1937 wurden allein 800 Mitglieder der Bekennenden Kirche verhaftet, darunter am 1. Juli 1937 Martin Niemöller. Kerrl durfte jetzt auch durch Dekrete regieren; das folgenreichste davon unterstellte die Wirtschaftsführung der Landeskirchen sogenannten *Finanzabteilungen*, die durch die von Kerrl abhängige *Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei* oder durch deutsch-christliche Gruppen geleitet wurden. Andererseits ließ Hitler es aber auch zu, daß Kerrl im August 1938 die Einigungsversuche erneut aufnahm[67]. Der Regierungschef gab seinem Minister offensichtlich keine ausreichenden Richtlinien für die Politik. Selbst in der Umgebung Hitlers wußte man nicht, was er nun eigentlich im einzelnen plante. Göring erklärte Rosenberg noch am 20. August 1939 während eines Gesprächs über das Kirchenproblem, er „werde unter vier Augen den Führer fragen müssen, was er *zuinnerst* will"[68]. Erst nach Beginn des Krieges formulierte Hitler seine Ansichten während eines Tischgespräches. Er bemerkte, „ein großer Fehler sei sein Versuch gewesen, eine einheitliche evang[elische] Kirche als Gegengewicht gegen die römische angestrebt zu haben. Er hätte noch gewisse Vorstellungen a[us] d[em] Grenzland mitgebracht, wo der Protestantismus eine nationale Kirche gewesen wäre"[69]. Hitler äußerte also kein konkretes Programm. Seine Ratlosigkeit war unschwer zu erkennen. Kaum aber hatte er gesprochen, da nahmen auch seine engeren Gefolgsleute das Thema wieder auf. Heß schrieb am 18. April 1940 an Göring: „Den ursprünglich einmal verfolgten Plan, eine Reichskirche zu schaffen, hat der Führer nicht nur aufgegeben, er lehnt diesen Plan heute restlos ab." Und Rosenberg notierte am 16. September 1940: „Der Führer ironisiert viele Versuche, jetzt wieder ‚Ordnung' machen zu wollen, wie denn die ‚Panarisierungsversuche' unseres Kirchenministers heute überall nur ein mitleidiges Lächeln erwecken. Der Mann glaubt nämlich noch an Kirchen ... Der Führer hat nichts dagegen, daß gänzlich verschiedene Ordnungen in den Gauen bestünden: Was haben wir für eine Ursache, die Kirchen in den Sattel zu setzen."[70]
Hitler bekannte sich also erst 1937 im stillen und 1940 ausdrücklich zu der von Rosenberg von jeher empfohlenen Taktik, die Kirchen ihren inneren Gegensätzen zu überlassen. Der Wille, sie auf lange Sicht zu zerstören, scheint immer vorhanden gewesen zu sein. Sogar zur Zeit des Kirchenwahlerlasses ließ Hitler im vertrauten Kreis darüber keinen Zweifel. Rosenberg gab seine damaligen Äußerungen wie folgt wieder: „Das große Ringen um die absolute Vormacht des Staates über die Kirche gehe weiter, wir hätten den Kampf der großen Kaiser gegen die Päpste weiterzuführen und würden ihn beenden. Wolle die Kirche nicht, so wäre nur die Taktik, nicht der Wille über ihre Unterdrückung zu überlegen: ob man ihr eine Ader nach der anderen durchschneiden wolle oder offenen Kampf führen ..." Und Goebbels vermerkte etwa 1941/42: „Unerbittlich ist im Laufe des vergangenen Winters der Entschluß des Führers geworden, die christlichen Kirchen nach dem Sieg zu vernichten. Sie haben sich ... so hundsgemein und niederträchtig benommen, sie sind einer kämpfenden Nation so feige und infam in den Rücken gefallen und haben ihr einen hinterhältigen Dolchstoß versetzt, daß es mit ihnen keine Versöhnung mehr geben kann ... Der Führer sieht in diesem Zusammenhang eine Weltanschauungskrise

erster Ordnung heraufdämmern, die nur mit dem Ende der Antike verglichen werden kann." Hitler äußerte sich ganz in diesem Sinne im Mai 1942 auch gegenüber Rosenberg[71]. Dieser wußte also von dem Vernichtungswillen. Alle Begründungen über die mangelnde Unterstützung der „kämpfenden Nation" durch die Kirchen waren ein Vorwand, wie Hitlers Bemerkungen lange vor Beginn des Krieges zeigen. Allerdings war der Zorn des Diktators besonders durch die Aufdeckung der Euthanasie-Morde durch den Bischof Clemens August Graf Galen (Münster) und andere Kirchenführer noch gesteigert worden.

Die Politik des Amtes Rosenberg in der Kirchenfrage steht mit der wechselnden Taktik Hitlers in Zusammenhang. In den „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage" wurde so lange nur zurückhaltend über die Deutschen Christen berichtet, wie es offensichtlich war, daß der *Führer* sie noch als mögliche Bündnispartner ansah. Ein Artikel vom 22. Oktober 1937 bezeichnete die Wende, die Rosenberg in der Absage der Kirchenwahlen zu erkennen glaubte. Ein anonymer Verfasser – wahrscheinlich Ziegler – wandte sich darin gegen die Deutschen Christen, und zwar sogar gegen deren dem Regime noch am nächsten stehenden Flügel. Er vermißte bei der „Glaubensbewegung" das „vorbehaltlose" Bekenntnis „zur rassischen Weltanschauung". Es folgten zahlreiche ähnliche Aufsätze[72]. Rosenberg unternahm jedoch nur selten Schritte bei Heß oder Bormann. Einmal geschah dies am 18. Dezember 1937, als er sich über die „Diktatur der deutsch-evangelischen Kirchenkanzlei" gegenüber den einzelnen Landeskirchen beschwerte. Es sollte eben vorläufig überhaupt keine staatliche Lenkung in diesem Bereich, sondern soviel Unordnung wie möglich geben. Die Absicht, die Religionsgemeinschaften überhaupt außerhalb des staatlichen Rechtsbezirkes zu stellen, ließ Rosenberg in der Stellungnahme zu einem Vorhaben erkennen, das im Jahre 1940 wohl das Endstadium der Reichskirchen-Pläne Kerrls darstellte. Der Minister soll vorgeschlagen haben, die Kirche möge sich „ganz dem Führer hingeben mit all ihrem Gut und Eigen". Hitler solle ihr oberster Schutzherr werden. Der Reichsleiter legte dar, „daß durch eine Schutzübernahme die ganze allmählich fortschreitende weltanschauliche Verfestigung der Bewegung durch einen künstlichen Kirchenwall nur unnütz erschwert werden könnte"[73].

Nachdem Kerrl am 14. Dezember 1941 unerwartet verstorben war[74], fand sich für Rosenberg kaum noch ein Anlaß, sich über die Politik des Kirchenministeriums zu beschweren. In den letzten Jahren des Regimes war Rosenberg an der antikirchlichen Tätigkeit, von der Schulung und den gelegentlichen „Lebensfeiern" abgesehen, überhaupt nicht mehr beteiligt. Die Kompetenz, praktische Maßnahmen gegen die Kirchen zu ergreifen, besaß Rosenberg nicht. Verhaftungen und Verbote hielt er für falsch, wenn sie den einzigen Inhalt der Politik darstellten. Da sich das Vorgehen des Regimes gerade in solchen Schritten erschöpfte und die kirchenpolitische Abteilung Rosenbergs auf rein publizistische Aufgaben beschränkt blieb, war Ratlosigkeit die Folge. Stabsleiter Urban beschrieb diesen Umstand in vorsichtiger Weise, als er am 19. April 1941 bemerkte, „daß ... Ziegler eine Zeitlang eine innerliche Unsicherheit über die Ziele und Aufgaben seines Amtes" verspürt habe. Die „Arbeitsleistung" der Abteilung sei deshalb „gegenüber früher ganz erheblich zurückgeblieben"[75]. Zwei Monate nach dieser Äußerung Urbans, am 6. Juni 1941, schied Ziegler aus der Dienststelle aus. Er tat es auf eigenen Wunsch und gab als Grund Meinungsverschiedenheiten mit anderen Mitarbeitern an[76]. Es spielten freilich noch andere Gründe mit. Ziegler war einer der wenigen SS-Männer im Amte Rosen-

berg, und dies hatte ihn einmal in einen Loyalitätskonflikt mit Himmler gebracht[77]. Der Hauptgrund für seine Kündigung scheint aber in der Einsicht gelegen zu haben, daß im Amt des *Beauftragten* „Kirchen-Politik" treiben zu wollen eine fruchtlose Angelegenheit war. Diese Erkenntnis hatte ihn veranlaßt, bei Bormanns Staatssekretär Dr. Klopfer ohne Wissen Rosenbergs eine Denkschrift über die Errichtung einer „Zentralstelle für europäische Religions- und Kirchenfragen" einzureichen. Klopfer erklärte Ziegler zwar, daß er „von einer amtlichen Verwertung der Niederschrift" absehen müsse, da in dieser kirchenpolitische Meinungsäußerungen enthalten wären, „deren Erörterung" er „nicht für angezeigt" halte, aber Rosenberg war auf das äußerste erzürnt, als er von der Angelegenheit erfuhr. Er glaube, so schrieb er an Bormann, daß Ziegler versucht habe, dank der bei ihm „erworbenen Kenntnisse und Einsichten von sich aus eine Dienststelle zu empfehlen, die sich notwendig in Widerspruch" zu ihm, dem „Beauftragten des Führers", setzen müsse. Daß Bormann selbst erklärte, er habe „von der Niederschrift keine Kenntnis genommen" und betrachte „die Angelegenheit als erledigt", war nicht ganz glaubhaft[77a]. Ziegler wurde nach vorübergehendem Dienst in der Waffen-SS nämlich mitsamt seiner Bibliothek in den slowenischen Kurort Veldes einquartiert, wo er „mit Sonderaufträgen des Reichsleiters Bormann"[78] beschäftigt war. Der letztere scheint an einigen „Denkschriften" doch nicht völlig uninteressiert gewesen zu sein. Allerdings erteilte Rosenberg dem Nachfolger Zieglers im Dezember 1943 die Genehmigung, an den vorzeitig Ausgeschiedenen wieder heranzutreten, da man auf seine „Mitarbeit in Zukunft" doch „nicht verzichten" wollte. Ziegler antwortete, er freue sich, daß der Reichsleiter seine Mitarbeit wieder gutheiße. Der Vorfall war insofern bezeichnend, als er zeigte, daß Alfred Rosenberg nach 1941 keinen qualifizierten Fachmann mehr in einem Bereich hatte, für den er allgemein als in erster Linie zuständig galt. Hagemeyer, der die Nachfolge Zieglers angetreten hatte, erklärte unumwunden, daß er „besonders auf dem kirchenpolitischen Gebiet kein Fachmann" sei. Der Mangel konnte im übrigen nicht behoben werden; Ziegler übernahm nur nebenamtlich die Redaktion des noch fehlenden zweiten Bandes zum „Handbuch zur Romfrage", nicht aber die notwendige Schulungsarbeit[79]. Die „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage" erschienen seit 1941 immer seltener. Die Erfolglosigkeit verband sich mit spürbarem, aber nie eingestandenem Desinteresse innerhalb der Dienststelle und so zeigte sich das Scheitern der nationalsozialistischen Kirchenpolitik zumindest an einer Stelle auch an äußeren Symptomen.

3. Die Tätigkeit auf dem Gebiet der sogenannten „Juden- und Freimaurerfragen" (1937–1945)

Alfred Rosenberg hat sich noch in weiteren Bereichen der Politik, für die er, wie es schien, einer der ersten Berater Hitlers war, ganz auf Propaganda und Schulung beschränkt: in der sogenannten „Judenfrage" und der „Freimaurer"-Bekämpfung. Er hat sich in zahlreichen Reden, Schriften und Artikeln vor und nach 1933 mit diesen „Problemen" der Ideologie befaßt[80], aber als er am 6. Juni 1934 sein Weltanschauungsamt einrichtete, gründete er nicht einmal eine Abteilung für deren „Bearbeitung". Er hatte sich zwar im „Mythus des 20. Jahrhunderts" in radikaler Form über „Rassenpolitik" geäußert, aber als der Tag der Machtergreifung gekom-

men war, zeigte es sich, daß er im Grunde kein Programm besaß, von dem er wußte, wie es verwirklicht werden könnte. Im „Mythus" hatte es geheißen: „Die Einwanderung nach Deutschland, welche früher nach Konfessionen beurteilt, dann nach jüdischer ‚Humanität' gehandhabt wurde, ist in Zukunft nach nordisch-rassischen und hygienischen Gesichtspunkten durchzuführen ... Ehen zwischen Deutschen und Juden sind zu verbieten, solange überhaupt noch Juden auf deutschem Boden leben dürfen. (Daß sämtliche Juden unter Ausnahmerecht gestellt werden, versteht sich von selbst.) Geschlechtlicher Verkehr, Notzucht usw. zwischen Deutschen und Juden ist je nach der Schwere des Falles mit Vermögensbeschlagnahme, Ausweisung, Zuchthaus und Tod zu bestrafen ..."[81] Diese Ausführungen nahmen den Inhalt der Nürnberger Gesetze (1935) vorweg und waren im übrigen ein Musterbeispiel für Rosenbergs unsystematisches Denken. Der Gedanke der Austreibung der jüdischen Staatsbürger wurde nur als Möglichkeit in einem Nebensatz erwähnt. Der sich dabei unwillkürlich ergebende Einwand, die gezielte Ausweisung könne doch leicht den Charakter von Deportationen annehmen, wurde nicht einmal gestreift und die Grundidee des Ganzen wurde als Nebenbemerkung in Klammern dargeboten.

Rosenberg hat es anderen überlassen, sich mit den praktischen Konsequenzen seiner Verfolgungs-Ideen zu befassen. Das bedeutet nicht, daß er nicht wenigstens im Prinzip über die Massenmorde an der Bevölkerung Osteuropas unterrichtet war. Im März 1941 sprach er öffentlich von der „Lösung der Judenfrage, die gegenwärtig in ihr entscheidendes Stadium getreten" sei[82]. Mag diese zweideutige Äußerung noch die Entschuldigung rechtfertigen, der *Beauftragte des Führers* habe unter „Lösung" nicht die Massenerschießungen des SD in Polen verstanden und das „entscheidende Stadium" sei der Krieg schlechthin gewesen, so ist eine Äußerung gegenüber Hitler vom Dezember 1941, er, Rosenberg, „stände auf dem Standpunkt, von der Ausrottung des Judentums nicht zu sprechen"[83], schon deutlicher. Vor allem aber zeigt der Schriftwechsel von Rosenbergs Mitarbeitern vornehmlich im Ostministerium, daß man dort über die Judenvernichtungen im Bilde war. Der ehemalige Reichsleiter bestritt im Nürnberger Prozeß in den entscheidenden Fällen die Kenntnis des jeweiligen Dokuments. Dagegen soll ein Adjutant Rosenbergs im Jahre 1943 einem Legationsrat des Auswärtigen Amts von einer „Gaskammer" berichtet haben, die einer Delegation italienischer Faschisten in Minsk gezeigt worden wäre[83a]. Ist in diesem Falle nicht einmal festzustellen, ob der Reichsleiter der Sache nachgegegangen ist, so wissen wir in anderen Fällen, daß er keineswegs systematische Nachforschungen anstellen ließ. Gelegentliche Proteste gegen Übergriffe etwa des Reichskommisars Koch auf die Zivilbevölkerung besagen wenig, da Rosenberg auf die formal ausweichenden, im Kern die Verbrechen meist bestätigenden Antworten nicht einging und weder etwas Ernsthaftes unternahm noch etwa zurücktrat. Heydrich konnte einem hohen Funktionär des Ost-Ministeriums antworten, eine bestimmte beanstandete Massenexekution durch Erschießen sei notwendig gewesen, „weil es an Blausäure fehlt"[83b] – Rosenberg blieb im Amt. Ein Rücktritt hätte ihn im Höchstfalle – den Kopf gekostet, denn Hitler hatte Rücktritte und Rücktrittsdrohungen verboten. Freilich wäre das Dritte Reich nicht das gewesen, als das es in die Geschichte eingegangen ist, wenn es von Menschen geführt worden wäre, die bereit gewesen wären, für die „Reinhaltung" ihrer angeblich „reinen Ideen" notfalls auch gegenüber ihrem *Führer* mit dem Leben einzustehen.

Das Fehlen einer eigenen Abteilung für jüdische Angelegenheiten ist Rosenberg

angesichts der schon 1933 einsetzenden Verfolgung geradezu zum Vorwurf zu machen. Er unternahm offensichtlich nichts, um sich über die Maßnahmen derer zu unterrichten, die die von ihm „theoretisch" vorgetragenen Auffassungen in die Tat umsetzten. Als er dann von 1937 an Stellen für jüdische Probleme einzurichten begann, trug deren Tätigkeit Züge des Grotesken in einem solchen Maße, daß es überflüssig erscheinen könnte, darauf einzugehen, wäre nicht Rosenberg immer gerade mit der antijüdischen Propaganda identifiziert worden.

Bezeichnenderweise war es ein Zufall, der im Herbst 1937 zur Gründung einer antisemitischen Abteilung führte. Es bot sich gerade eine Gelegenheit, Einfluß auf die Redaktion einer privaten antisemitischen Zeitschrift zu gewinnen. Dieses Blatt erschien unter dem Namen „Welt-Dienst", wurde in damals acht, unter Rosenbergs Leitung später in neunzehn Sprachen gedruckt und war laut Impressum „nicht auf Gelderwerb eingestellt, sondern dazu bestimmt, in erster Linie die schlecht orientierten Nichtjuden aufzuklären"[84]. Herausgeber der Zeitschrift war zunächst ein Oberstleutnant a. D. Ulrich Fleischhauer, dem antisemitische Fachkreise „zwar Redlichkeit der Gesinnung, aber auch Enge des Horizonts" bescheinigten[85]. Fleischhauer verfügte über eine große Fachbibliothek vermutlich apokrypher antijüdischer Literatur, die das Interesse der Dienststelle ebenfalls erregt hatte.

Ob Fleischhauer zuerst an das Amt Rosenberg herantrat oder ob es umgekehrt war, ist nicht bekannt. Vermittler war von Anfang an August Schirmer, ein Funktionär des Amtes[86]. Beide Partner näherten sich offenbar deshalb, weil sie gemeinsame Gegner hatten. Diese waren das Propaganda-Ministerium und das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands unter Walter Frank. Rosenberg stellte Fleischhauer am 7. Oktober 1937 eine Bescheinigung aus, die dieser als eine Art von „Schutzbrief" gegen die Ämter Goebbels' und Franks aufgefaßt zu haben scheint. In dem Schriftstück hieß es, Fleischhauer stünde dem Reichsleiter für bestimmte Arbeitsgebiete „zur persönlichen Verwendung zur Verfügung" und habe „Weisungen" zur Bearbeitung von Fragen, die mit der Bekämpfung des Weltjudentums in Verbindung stünden, erhalten[87]. Der Anlaß für Fleischhauer, sich in den Schutz Rosenbergs zu begeben, ist nicht sicher festzustellen. Hingewiesen sei jedoch auf Auseinandersetzungen, die Fleischhauer gerade im September 1937 mit einem Mann gehabt hatte, der damals noch zum Reichsinstitut Franks gehörte, später aber eine große Rolle im Amte Rosenberg spielen sollte: Dr. Wilhelm Grau, der Leiter der Abteilung *Judenfrage* bei Walter Frank. Grau hatte sich energisch in die Vorbereitungsarbeiten für eine Ausstellung „Der ewige Jude" eingemischt, die Fleischhauer damals für die Münchener Gauleitung aufbaute und allzu lächerliche Stücke entfernt[88]. Die Erregung Fleischhauers über derlei Zensurmaßnahmen könnte seine Bereitschaft vergrößert haben, sich dem Amt Rosenberg zu nähern, von dessen Gegnerschaft zu Frank und damit damals noch zu Grau ihn Schirmer unterrichtet haben dürfte.

Schirmer gelang es, Fleischhauer allmählich aus dem „Welt-Dienst" zu verdrängen. Zunächst gab es anscheinend nur mündliche Vereinbarungen. Am 24. September 1938 sprach Schirmer in einem Brief an Rosenberg bereits davon, daß „das Archiv und die Bücherei des ‚Welt-Dienstes' durch Schenkung des Herrn ... Fleischhauer" in die Hände Rosenbergs „übergegangen seien"[89]. Am 30. März 1939 wurde ein förmliches Übereignungs-Abkommen geschlossen, das Fleischhauer jedweden Einflusses beraubte. Als neuer Herausgeber wurde in der Öffentlichkeit nur Schirmer genannt.

Rosenberg ordnete an, es solle „nicht irgendwie nach außen in Erscheinung" treten, daß eine Dienststelle der NSDAP die Leitung übernommen habe[90]. Er glaubte anscheinend, im In- und Ausland gebe es noch Menschen, die antisemitische Propaganda, welche im Jahre 1939 aus Deutschland kam, für eine private Angelegenheit halten würden.

Die Redaktion des „Welt-Dienstes" führte innerhalb der Dienststelle nun den Namen *Amt für Juden- und Freimaurerfragen.* Die Zeitschrift änderte ihren Charakter nicht wesentlich. Sie blieb ein Blatt für populäre antisemitische Kolportage, wenngleich sie sich im Gegensatz zu Julius Streichers „Stürmer" ein mehr intellektuelles Aussehen zu geben suchte. Das Amt Juden- und Freimaurerfragen erlangte im übrigen weder in der Öffentlichkeit noch innerhalb der Dienststelle Rosenberg irgendeine Bedeutung. Es bemühte sich nicht um die Erlangung von Geheiminformationen; es war weder an den Pogromen und Austreibungen noch an der Gesetzgebung beteiligt; es kümmerte sich weder um eine Förderung noch um eine Verzögerung der „praktischen" antisemitischen Aktionen. Rosenberg stellte seiner Abteilung für Judenfragen offenbar auch gar keine konkreten Aufgaben. Schirmer hätte sich solche selbst suchen können, aber das scheint er ebenfalls nicht getan zu haben. Stabsleiter Urban bezeichnete die Abteilung im Jahre 1941 als „am meisten rückständig"[91].

In diesem Zusammenhang ist eine zweite Stelle für jüdische Fragen zu erwähnen, die Rosenberg errichtete und der er weitaus mehr Interesse entgegenbrachte als der ersten: Diese war das *Institut zur Erforschung der Judenfrage,* eine seit November 1938 vorbereitete erste „Außenstelle" der geplanten *Hohen Schule* der NSDAP. Auch die Entstehungsgeschichte dieses Instituts läßt nicht den Eindruck planmäßigen Handelns entstehen. Der Anlaß zur Gründung war ähnlich wie beim ersten Male eine Bibliotheksübereignung. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main bot dem Stabe des Stellvertreters des Führers im November 1938 die Nutzungsrechte an der Städtischen Judaica-Sammlung unter der Bedingung an, daß die Partei diese bedeutende Spezial-Bibliothek zu einem Reichsinstitut ausbauen lasse. Heß gab das Angebot an Rosenberg weiter. Damit begann die konfliktreiche Geschichte dieses Instituts, an dessen Spitze der erwähnte Dr. Grau stand, der vordem bei Frank gewesen war, dort aber eine persönliche Niederlage erlebt hatte und nun in Rosenbergs Konkurrenz-Unternehmen Dienst tat. Wie bekannt, endeten die Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und Frank damit, daß der Institutspräsident im Dezember 1941 seinen Posten verlor, während der *Beauftragte des Führers* gezwungen wurde, auch Dr. Grau wieder zu entlassen. Beide Seiten gingen während dieses Machtkampfes mit den niedrigsten Methoden einer nationalsozialistischen Partei-Intrige vor[92]. Die Arbeit auch der zweiten Abteilung für antijüdische Propaganda blieb nicht zuletzt infolge des Personalwechsels im wesentlichen ergebnislos.

Im Frühjahr 1942 unternahm Rosenberg den Versuch zur Gründung einer nunmehr dritten antijüdischen Abteilung. Sie hieß *Hauptamt Überstaatliche Mächte* und war eine Vereinigung des seit Zieglers Weggang führerlosen Amtes Weltanschauliche Information und des Amtes für Juden- und Freimaurerfragen. Dessen Leiter, August Schirmer, ging zur Wehrmacht. Der „Welt-Dienst" wurde nicht in die neue Abteilung überführt, sondern erhielt einen eigenen Redakteur[93]. Chef des Hauptamtes Überstaatliche Mächte wurde am 22. April 1942 Hans Hagemeyer, der sein bisher inne-

gehabtes *Hauptamt Schrifttumspflege* abgab. Er erhielt jetzt die Aufgabe, die bisher „zusammenhanglosen Arbeitsgebiete" der früheren Abteilungen Zieglers und Schirmers „zusammenzuführen". „Im Vordergrund des ganzen Aufgabenbereiches" sollte „die Aktivierung der Judenbekämpfung" stehen[94]. Die Volkskunde wurde nun dem *Hauptamt Wissenschaft* unterstellt, da sich Hagemeyer für die Aufgabe der Schaffung einer Ersatzreligion als nicht geeignet erwies. Deshalb ging auch die kirchenpolitische Tätigkeit zurück. Hagemeyers Versuch, dies zu verhindern, indem er Ziegler zurückzugewinnen versuchte, blieb ohne nachhaltige Wirkung[95].

Auch in den übrigen Bereichen blieb das Hauptamt erfolglos. Hätte es sich nicht um eine so düstere Angelegenheit gehandelt, so wäre es leicht, über die Inferiorität und Anmaßung hinwegzugehen, die aus Hagemeyers Programmankündigungen sprachen. Der Amtsleiter interessierte sich, wie er angab, besonders für das „Aufgabengebiet der Bekämpfung des Bolschewismus einschließlich der Lehren, aus denen sich der Bolschewismus entwickelt" habe, „also des Liberalismus und des Marxismus". Außerdem oblag ihm, wie er an Himmler schrieb, „die geistige und weltanschauliche Beobachtung der europäischen Erneuerungskräfte im Hinblick auf ihre Beziehung zu den Überstaatlichen Mächten"[96]. Die Errichtung eines „Gästehauses für Judengegner", das heißt eines kleinen Hotels in Eppenhain im Taunus, rechnete er zu seinen besonderen Erfolgen. Ferner plante er für den Sommer 1944 einen „Internationalen Antijüdischen Kongreß" in Krakau[97]. Dieses Projekt war sogar einer der Gegenstände des letzten Gespräches zwischen Hitler und Rosenberg im November 1943. Nachdem der *Führer* den Plan genehmigt hatte, scheiterte das Vorhaben an der Kriegslage, wobei es Bormann noch im November 1944 große Mühe kostete, Rosenberg zu überzeugen, daß der Kongreß trotz mehrfacher Verschiebung jetzt erst recht nicht stattfinden könne[98].

Der Reichsleiter soll vom Hauptamt Überstaatliche Mächte nach zwei Jahren ergebnislosen Experimentierens „in einer ungewöhnlich entschiedenen Form ... nun bestimmte Arbeitsergebnisse" verlangt haben[99]. Aber dazu war es jetzt zu spät. Es ist bezeichnend, daß Rosenberg sein Scheitern auf den Gebieten der Politik, die mit seiner eigenen Ideologie im engsten Zusammenhang standen, noch vor der militärischen Niederlage erlebte. Seine Abteilungen für Kirchen- und für Judenfragen waren die unbedeutendsten Einrichtungen seines ganzen Amtes, und darin kamen die letzten Endes nihilistischen, lediglich auf die Zerstörung des Bestehenden gerichteten Tendenzen der nationalsozialistischen Weltanschauung ebenso zum Ausdruck wie in den Massenmorden, die noch radikalere Parteigenossen ausführten.

4. Der Kampf um die Schulungsvollmachten (1937–1945)

Zu den Fragen, die Hitlers „salomonischer Spruch" im Januar 1937 offengelassen hatte, gehörte auch das Problem, das den schweren Konflikt zwischen Rosenberg und Ley ausgelöst hatte: Es war nach wie vor ungeklärt, ob Rosenberg selbst Schulungskurse einberufen dürfe. Die Frage war von den Beteiligten von Anfang an als machtpolitisch begriffen worden, so wenig bedeutsam sie Außenstehenden auch erscheinen mochte. Ley ging es um seinen Einfluß auf das Funktionärskorps. Es war wahrscheinlich nichts als persönliche Eifersucht, die ihn von eigenen Schulungskursen Rosenbergs eine Minderung dieses Einflusses befürchten ließ. Im engeren Sinne ging es

darum, in welcher Form und zu welchem Zweck Rosenberg die vom Hauptschulungsamt der Reichsorganisationsleitung und den selbständigen Schulungsämtern der Gliederungen durchgeführte Unterrichtung der Funktionäre „überwachen" dürfe oder solle. Es hatte sich ja bereits während der Jahre 1934–1937 gezeigt, daß niemand Rosenberg etwa ermahnt hatte, seine Pflichten „besser" wahrzunehmen. Keine Gliederung und kein Verband hatte irgendwelches Interesse an einer „Überwachung" oder auch nur an einer Unterrichtung durch Rosenberg gezeigt. Alle Beteiligten waren froh, wenn die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* möglichst untätig blieb. Ob es beim Hauptschulungsamt Leys nicht ebenso war, ist schwer zu sagen. Die beiden Ämter hatten im Prinzip die gleiche Aufgabe, nur hatte Ley auf Grund seines – wiederum mit den Gauleitern geteilten – Disziplinar- und Anweisungsrecht gegenüber den Gauschulungsleitern (die zugleich Rosenbergs Gauvertreter waren), die größere Macht[100]. Der Machtkampf bestimmte zu einem großen Teil die Geschichte des Amtes Rosenberg bis 1945, wobei der Gegenstand des Streites, die Schulung, eine mehr zufällige Rolle spielte, während die jeweiligen Formen des politischen Handelns und die jeweiligen Machtverhältnisse, die sich darin spiegelten und die dadurch wiederum mitbestimmt wurden, Aufschluß über die Verhältnisse innerhalb bestimmter Führungsgruppen der NSDAP während des genannten Zeitraums geben. Die Auseinandersetzungen begannen nach den Krisen des Frühjahrs 1936 mit Versuchen zur Konsolidierung des Schulungsapparates, die sowohl im Bereich Leys als auch im Lager Rosenbergs aus unterschiedlichen Gründen notwendig geworden war. Die Dienststelle des Reichsschulungsleiters Dr. Max Frauendorfer mußte nach dessen Abberufung, die offiziell im April 1936, tatsächlich aber schon im Dezember 1935 erfolgt war[101], neu besetzt werden. Ley ernannte zunächst in seinem *Reichsinspekteur* Rudolf Schmeer einen kommissarischen Leiter, suchte anscheinend über ein Jahr lang nach einer geeigneten anderen Persönlichkeit und fand sie schließlich in Friedrich Schmidt, dem damals 35jährigen stellvertretenden Gauleiter von Württemberg. Im Zivilberuf war Schmidt Volksschullehrer; die Parteipresse nannte ihn einen „fanatischen Redner"[102], was vermutlich heißen muß, daß er ein guter Sprecher war. Diese Rednergabe sollte ihm später zum Verhängnis werden. Die Bezeichnung *Reichsschulungsamt* hatte Ley schon im Dezember 1935 verboten, da er hinter einem solchen Ausdruck die Selbständigkeitstendenzen argwöhnte, deretwegen er Frauendorfer abgesetzt hatte. Die Dienststelle hieß jetzt *Hauptschulungsamt* und war für die Schulung der Partei und der *angeschlossenen Verbände*, nicht aber für die Gliederungen zuständig, die eigene Ämter auf Reichs-, Gau- und Kreisebene für diesen Zweck besaßen[102a].

Rosenberg begann im April 1936 ebenfalls mit der Errichtung einer eigenen Schulungsabteilung, nachdem ihm die Begleitumstände der Frauendorfer-Krise gezeigt hatten, daß er über die wichtigsten Vorgänge nicht unterrichtet wurde, wenn Leys Schulungsleiter, wie bisher, in Personalunion auch das Amt Schulung beim *Beauftragten* leitete. Rosenberg berief am 27. April 1936 einen eigenen Abteilungsleiter, der sofort die Gauvertreter nach Berlin lud, woraufhin es am 29. April zur Etatsperre Leys kam[103]. Der Mann, der den lange schwelenden Konflikt auf diese Weise, und ohne es zu wollen, zum offenen Ausbruch kommen ließ, war Hans-Wilhelm Scheidt, ein *Gau- und Reichsredner*, im Zivilberuf kaufmännischer Angestellter[104]. Scheidt konnte während der entstandenen Krise für mehr als ein Jahr nicht aktiv tätig werden, trat allerdings auch dann noch nicht hervor, als mit dem Abkommen,

das Ley und Rosenberg am 12. Juni 1937 schlossen, der Frieden zwischen beiden Ämtern wieder hergestellt zu sein schien. Erst am 7. Dezember 1937 berief die Dienststelle die *Arbeitsgemeinschaft zur Schulung der gesamten Bewegung* wieder ein. Rosenberg erklärte den versammelten Beauftragten des Hauptschulungsamtes und der Schulungs-Abteilungen der Gliederungen, einige nun überwundene „Differenzen" mit Ley seien der Grund für die lange Arbeitspause gewesen. Er bemühte sich jetzt besonders, Ley entgegenzukommen und benannte deshalb sein *Amt Schulung* am 1. Januar 1938 in *Amt Lehrplanung* um. Der Reichsleiter zeigte also deutlich, daß er sich fortan auf die Produktion von Lehrmaterial beschränken und sich keineswegs das Recht herausnehmen wollte, selbst Kurse einzuberufen[105]. Dennoch veröffentlichte die Abteilung auch in der folgenden Zeit nicht eine einzige Broschüre. Einer ihrer Mitarbeiter sprach rückblickend mit Recht von „dem Leerlauf auf dem Gebiete des parteiamtlichen Lehrmittelwesens bis 1941"[106]. Die Gründe für die Inaktivität waren vermutlich personeller Art. Scheidt erklärte, zu wenig Mitarbeiter zu haben. Er beschränkte sich außerdem in erster Linie auf das *Außenpolitische Schulungshaus* des APA, das er ab 1. Januar 1938 ebenfalls leitete. Scheidt war außerdem Rosenbergs Verbindungsmann zu Quisling, was ihn viel Zeit gekostet haben mag. In dieser Eigenschaft spielte er eine größere Rolle, denn er hielt sich seit dem Dezember 1939 in Oslo auf, wo er nach dem deutschen Einmarsch im April 1940 alles daran setzte, dem Staatsstreich des norwegischen Nationalistenführers die deutsche Anerkennung zu verschaffen. Scheidt ist dabei, wie bekannt, nach wenigen Tagen gescheitert, weil Hitler zögerte, sich mit dem Landesverrat Quislings offiziell zu identifizieren. Der Reichskommissar Terboven schob Scheidt bald wieder nach Deutschland ab[107]. Das Amt Lehrplanung nahm erst nach dem Dienstantritt eines neuen Leiters am 1. Februar 1941 eine lebhaftere Tätigkeit auf, wie später zu erörtern sein wird.

Der „Leerlauf" in seiner zuständigen Abteilung hat Rosenberg nicht daran gehindert, ständig umfassende Vollmachten für das Gebiet Schulung zu verlangen. Seit dem März 1938 wurde zwischen dem *Beauftragten des Führers*, Heß, Ley und den Führern der Gliederungen über die Frage verhandelt, welche Befugnisse Rosenberg denn nun eigentlich in der fraglichen Angelegenheit zustehen sollten. Es ging um die Verwirklichung des Abkommens, das er und Ley im Februar 1936 geschlossen und im März 1937 noch einmal bestätigt hatten, das aber noch nicht in Kraft gesetzt worden war, weil ihm Schirach, Himmler, Hühnlein und andere Gliederungsführer noch nicht zugestimmt hatten. Die Vereinbarung sah unter anderem vor, daß Rosenberg „die Bereitstellung weltanschaulichen Lehrstoffes" übernehmen solle[108]. Die Diskussion kam in Fluß, als die obersten Funktionäre Anfang 1938 von der Dienststelle des Stellvertreters des Führers erneut befragt wurden. Diese teilte Rosenberg das Resultat der Umfrage am 4. März 1938 mit. Ein Referent von Heß schrieb, die Gliederungsführer hätten „Bedenken", da der „Lehrstoff" bisher „von den jeweiligen Gliederungen ... selbständig aufgestellt" worden wäre. Sie hätten Spezialaufgaben und wollten diese alleine wahrnehmen. Rosenberg antwortete am 22. März, er wolle im Gegenteil durchaus „auch die fachliche Schulung der Gliederungen, die Hand in Hand mit der weltanschaulichen" gehe, „beurteilen". Die Auseinandersetzungen zogen sich monatelang hin. Der Stab Heß, vor allem Bormann, schlugen mehrfach Kompromißlösungen vor, an denen aber vor allem Ley nicht interessiert war, da er alle Macht besaß und seine Position nur verschlechtern konnte. Sein

Schulungsleiter Friedrich Schmidt vermerkte in einer internen Aktennotiz, er „denke nicht daran", sich „von Pg. Scheidt und seinen Genossen aus dem Bewußtsein ihrer angenommenen Unfehlbarkeit heraus Vorschriften oder Weisungen geben zu lassen". Ley teilte Heß am 28. Oktober 1938 mit, er lehne den Plan ab, Rosenberg mit der alleinigen Befugnis zur Vorlage irgendwelchen Lehrstoffes zu beauftragen, da er für sich „dasselbe Recht, das den Gliederungen für die Erstellung des Lehrplanes und des Lehrstoffes zugestanden" worden sei, für sich „hinsichtlich der Politischen Leiter" beanspruche. Sowohl Rosenberg als auch Bormann scheinen die Abgrenzungspläne daraufhin verschoben oder auch aus Unlust nicht weiterbearbeitet zu haben. Im September 1939 hatte Rosenberg seine Hoffnung auf eine Einigung immer noch nicht aufgegeben, obwohl andererseits seit einem Jahre von ihm nichts mehr unternommen worden war, um zu einem Abkommen zu gelangen[109]. Ein Interesse daran hatte freilich nur er, denn es galt, anderen Parteistellen eine nirgends vermißte, zusätzliche Schulungstätigkeit aufzudrängen. Ley hatte bezeichnenderweise von „Rechten" gesprochen, die er für sein Amt beanspruchte, und nicht von Pflichten, die er erfüllte. Die Reduzierung des innerparteilichen Verkehrs auf einen Machtkampf hatte zur Folge, daß jede Dienststelle nicht bestimmte Pflichten übernahm, denen sie dann mit Mühe nachkam, sondern daß sie sich so viele „Rechte" wie möglich zu sichern versuchte. Sie mußte in dieser Weise verfahren, weil es zu viele Parteidienststellen gab, die keine konstruktiven Aufgaben hatten, denn die von den Parteifunktionären verachteten Ämter des „Staates" hatten die meisten der entscheidenden und lebensnotwendigen Verwaltungsfunktionen inne[110].

Die Entfesselung des Krieges leitete eine neue Phase im Kampf um die Schulungsvollmachten ein, weil die veränderten Verhältnisse neue politische Möglichkeiten eröffneten. Die Eroberung neuer Territorien, die Entstehung neuer Bedürfnisse schufen noch einmal eine ähnliche Situation wie zur Zeit der Machtergreifung. Es dauerte nicht lange, bis dies auch Rosenberg begriff. Der erste Schock, der ausgelöst worden war, als die Wehrmacht 60 der ungefähr 300 Funktionäre seines Amtes eingezogen und dabei auch den Stabsleiter Urban nicht verschont hatte, war bald überwunden. Urban und viele andere kehrten aus den Propagandakompanien, denen die Reichsamtsleiter vorzugsweise zugeteilt worden waren, bald zurück[111]. Der neue Aufgabenbereich, um dessen Eroberung es jetzt ging, hieß: „Wehrmachtsschulung". In diesem Gebiet hatte Ley keine Kompetenzen. Vielleicht konnte das Heer für sein gewaltig vermehrtes Personal einen Rednerdienst gebrauchen. Und außerdem war die Weltanschauung nach Ansicht des Amtes Rosenberg schlechthin kriegsentscheidend[112].

Es hat auf den ersten Blick nichts Erstaunliches an sich, daß Rosenberg sich sofort willig in den Dienst des Hitlerschen Krieges stellte. Und doch hat der Reichsleiter für kurze Zeit geschwankt, wie er sich jetzt zur Politik seines *Führers* verhalten solle. Man hat mit Recht gesagt, daß die Monate August und September 1939 „in Rosenbergs Leben die Zeit der endgültigen Entscheidung für oder gegen Hitler" dargestellt hätten[113]. Damit war nicht gemeint, daß der Ausgang der entscheidenden Überlegungen, die Rosenberg in diesen Monaten anstellte, je hätte zweifelhaft sein können. Rosenberg war spätestens seit der Zeit der Machtergreifung innerlich vollkommen von der Person Hitlers abhängig. Ein Führerwort bedeutete alles, und der Gedanke, daß Hitler schließlich der Hauptschuldige an dem Fehlschlag fast aller seiner politischen Bemühungen gewesen sein könnte, ist ihm nie gekommen. Hitler hatte dem Kampfbund für deutsche Kultur nicht geholfen, er hatte Rosenberg den

Auftrag vom 24. Januar 1934 nur auf Bitten Leys und in dessen damaligem Interesse gegeben, und er hatte Ley nicht zur Ordnung gerufen, als der dem *Beauftragten des Führers* das Geld gesperrt hatte. Hitler duldete zu Rosenbergs Befremden Minister wie Kerrl und Rust, Hitler räumte Goebbels größte Wirkungsmöglichkeiten ein. Aber kein Brief Rosenbergs und keine Zeile seines Privat-Tagebuchs enthält auch nur eine Erwägung darüber, daß zunächst Hitler und nicht dessen Untergebene angeklagt werden müßten, wenn die Politik einen anderen Weg nahm, als der Reichsleiter für richtig hielt.

Dennoch nahm Rosenberg bei Kriegsausbruch die Gelegenheit wahr, seine Entscheidung für Hitler zu überdenken. Er hinterließ Tagebucheintragungen, die postum Berühmtheit erlangten. Sie verdanken diese Wertschätzung der Tatsache, daß ein führender Nationalsozialist hier Gedanken zu Papier brachte, die spurenhaft die Erkenntnis der Kriegsschuld Hitlers und seiner Gefolgsleute sowie ein bemerkenswertes politisches Urteil enthielten. „Ich habe das Gefühl, als ob sich dieser Moskau-Pakt irgendwann am Nationalsozialismus rächen wird", notierte Rosenberg zwei Tage nach dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939, von dem ihm auch die geheimen Klauseln über die Teilung Ostmitteleuropas bekannt geworden waren. Und er fuhr fort: „Das war nicht ein Schritt aus freiem Entschluß, sondern die Handlung einer Zwangslage, ein Bittgesuch seitens einer Revolution gegenüber dem Haupt einer anderen, die niederzukämpfen das vorgehaltene Ideal eines 20jährigen Kampfes gewesen ist. Wie können wir noch von der Rettung und Gestaltung Europas sprechen, wenn wir den Zerstörer Europas um Hilfe bitten müssen ... Wenn wir zudem der Sowjetunion das Territorium der poln[ischen] *Ukraine* überlassen müssen, so ist das nach der Karpatho-Ukr[aine] der *zweite* Schlag unsererseits gegen die stärkste antimoskowitische Kraft ... Und wieder entsteht die Frage: *mußte* diese Situation kommen? *Mußte* die polnische Frage *jetzt* gelöst werden und in dieser Form? *Ich* jedenfalls halte Ribbentrop für den Verbrecher Iswolsky, der aus gekränkter Eitelkeit die ‚Gründe' zu seiner politischen Haltung schöpfte."

Und vier Wochen nach Kriegsbeginn schrieb Rosenberg: „So mag einiges hier vermerkt werden, damit ich es im Licht späterer Zeit mit Zustimmung oder mit Verwunderung als Niederschlag in entscheidenden Tagen deutscher Geschichte lesen kann. Ein allseitig sachlich begründetes Urteil vermag ich nicht abzugeben: ob man im geheimen wirklich glaubte, England werde *nicht* marschieren, wie groß die Rohstoffreserven angesichts dieses Marschierens sind, ob die Aussichten in Moskau und Tokio berechtigte Unterlagen hatten usw. Für die Auswertung dieser Unterlagen tragen der Führer, nächst ihm Göring und – ein Witz der Weltgeschichte – ein Mann vom ‚Format' Ribbentrop die Verantwortung. Mit *allen* sich aus dem Begriff eines Führerstaates ergebenden Konsequenzen ..."[114]

Rosenberg sah hier die Probleme, wie die meisten anderen auch, unter ideologischen und persönlichen Aspekten. Immerhin aber wußte er durchaus auch, wer die moralische Verantwortung für den Krieg trug, dessen willkürliche Entfesselung durch Hitler ihm nicht entgangen war. Er war wohl einer der wenigen nationalsozialistischen Führer, die sich diesen Tatbestand einzugestehen wagten – freilich nur in persönlichen Tagebuchnotizen und nur für einen Moment, denn die Konsequenzen aus der Einsicht in die moralische Verwerflichkeit der Politik blieben ja aus. Dementsprechend waren es Vorwürfe einer möglicherweise falschen politischen Taktik, die in der Aufzeichnung dominierten[115], und auch sie waren überlagert von den persön-

lichen Ressentiments des trotz seines *Außenpolitischen Amtes der NSDAP* aus der Außenpolitik ausgeschalteten, so daß die Einsichten Rosenbergs viel von ihrem grundsätzlichen Charakter verloren. An das Unrecht gegen das polnische Volk dachte der Parteidogmatiker keinen Moment. Hätte er es getan, so hätte er sich wohl selber der Inkonsequenz schelten müssen gegenüber einem politischen Programm, das im „Mythus des 20. Jahrhunderts" folgendermaßen formuliert worden war: „Deutschland wird dann endlich die Möglichkeit erlangen, in Europa selbst seinen kommenden 100 Millionen genug Lebensraum zu verschaffen ... In diesem großen Daseinskampf um Ehre, Freiheit und Brot einer solchen schöpferischen Nation wie Deutschland können Rücksichten auf die ebenso impotenten wie werte-losen und anmaßenden Polen, Tschechen usw. nicht genommen werden. Sie müssen nach Osten abgedrängt werden, damit der Boden frei wird zur Beackerung durch germanische Bauernfäuste ..."[116]

Nun, im September 1939 war es so weit, daß die „werte-losen" Polen „nach Osten abgedrängt" wurden, und wenn Rosenberg vielleicht auch einen Moment gezweifelt haben mag, ob dies jetzt schon zur rechten Zeit und in der rechten Form geschah, so hat ihn dies doch nicht gehindert, „konkrete Vorschläge über den Einsatz" seines Amtes und seiner Person bei Heß zu unterbreiten. „Meine Vorschläge sah Heß im Grundsatz als richtig an, in der Form glaubte er sich ‚ausgeschaltet'", notierte Rosenberg rückblickend am 24. September 1939. Die Reaktion von Heß war verständlich. Rosenbergs Pläne hatten nämlich mit einem Kriegseinsatz kaum noch etwas zu tun. Selbst von Wehrmachtsschulung war nur noch nebenbei die Rede. Die Vorschläge liefen auf etwas ganz anderes hinaus: auf das Weisungsrecht für alle Bereiche der Kulturpolitik in Staat und Partei. Rosenberg wiederholte das Vorhaben, das 1935 schon einmal gescheitert war, als er „Ordenskanzler der NSDAP" und Chef eines „Reichsministeriums für Weltanschauung und Kultur" hatte werden wollen und das im Oktober 1936 wieder zur Sprache gebracht worden war, als er gehofft hatte, zum „Generalbeauftragten des Deutschen Reiches zur Abwehr des Weltbolschewismus und zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung" ernannt zu werden[117]. In den Tagen des Polenfeldzuges, als Rosenberg sich noch fragte, ob der *Führer-Staat* vielleicht durch einen im eigenen Lager operierenden „Verbrecher Iswolsky" in den Krieg getrieben worden sei, entwarf er ein Schriftstück, in dem es hieß, der gegenwärtige Waffengang bedeute vor allem einen „*Seelenkampf* ganzer Völker". Es werde „von größter Wichtigkeit sein, in einem solchen Kampf im deutschen Volke den tiefen geschichtlichen *Sinn* für die heutige weltpolitische Lage zu wecken". Es müsse dem Volke „und der Wehrmacht die Notwendigkeit der Verteidigung der nationalsozialistischen Revolution als Durchsetzung einer neuen deutschen Lebensordnung und europäischen Sendung klargemacht und stetig neu begründet werden". Nach dieser Präambel, in der Rosenbergs Mißtrauen in die „nationalsozialistische" Zuverlässigkeit des deutschen Volkes noch mit weiteren Ausführungen des zitierten Typs umschrieben wurde, kam der Reichsleiter dann zur Sache. „Gesetze, Verordnungen und grundsätzliche Maßnahmen erzieherischen und weltanschaulichen Inhalts" seien im „Benehmen" mit ihm „zu erlassen". Er wolle auch alle entsprechenden Maßnahmen selbst anordnen, wenngleich nur „im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers". Weiterhin schlage er den Erlaß der folgenden Bestimmung vor: „Da die organisatorische Durchführung der Schulung teilweise durch den – im eingeschränkten Maße – verbleibenden Schulungsapparat der Partei

usw. erfolgt, ist es notwendig, den Schulungsapparat der Gesamt-Bewegung dem Beauftragten des Führers unmittelbar und befehlsmäßig zu unterstellen."[118] Dieses Ansinnen richtete sich unter anderem direkt gegen Ley. Dessen Hauptschulungsamt sollte zur ausführenden Instanz erniedrigt werden. Alle Gliederungs-Führer, die Reichsleiter von Schirach, Himmler und andere, wären ebenfalls betroffen worden. Die Reichsministerien für Inneres, Äußeres, Erziehung, Propaganda und kirchliche Angelegenheiten sollten Rosenberg in allen Fragen, denen er eine „weltanschauliche" Bedeutung zumaß, unterstellt werden. Nur die Dienststelle des Stellvertreters des Führers wäre nicht in dem Maße „ausgeschaltet" worden, wie deren nomineller Leiter befürchtete: Heß' Sorge war persönlicher Art, in seinem Hause gab bereits der Stabsleiter Martin Bormann den Ton an. Dieser hatte seinen Vorgesetzten schon stark beiseite gedrängt; es war zu erwarten, daß er auch mit einem mit Weisungsrecht versehenen Rosenberg fertig werden und von der ihm zugestandenen „Beteiligung" an allen Anordnungen in einer solchen Weise Gebrauch machen würde, daß er das letzte Wort behielt.

Die Forderungen des Weltanschauungs-Beauftragten nach Weisungsrechten sind auch diesmal gescheitert. Das ist schon seit dem Nürnberger Prozeß bekannt[119], und es würde sich nicht lohnen, das vergebliche Bemühen zu schildern, wenn sich nicht an diesem Beispiel die ganze Skala der Beziehungen des Amtes Rosenberg zu anderen Parteidienststellen zeigen ließe. Darüber hinaus erkennt man an den Geschehnissen auch wieder die Art und Weise, in der Hitler Kompetenzen und Macht zu verteilen pflegte. Die Frage, ob er einer bestimmten „Herrschaftstheorie" folgte, stellt sich dabei erneut.

Der einzige Parteiführer, der Rosenberg bei seinem Vorhaben unterstützte, war Göring. Zwischen den beiden Männern bahnte sich seit etwa 1938 eine nähere Verbindung an. Rosenberg scheint sich davon einen Ersatz für den Beistand versprochen zu haben, den er von Rudolf Heß niemals erhalten hatte. Er bewunderte Görings „Tatkraft und Robustheit"[120] und meinte anscheinend, Göring würde als zweiter Mann im Staate auf die Dauer auch den maßgebenden Einfluß auf die innere Parteiorganisation erringen. Der Aufstieg Bormanns, der ab 1941 zum zweitmächtigsten Mann im Staate wurde, war, wie Rosenberg 1945 richtig bemerkte, „auch von der kühnsten Phantasie nicht vorauszusehen"[121]. Die Motive, aus denen Göring Rosenberg unterstützte, sind nicht klar zu erkennen. Vielleicht handelte er nur aus Mitleid oder Jovialität, vielleicht sammelte er auch schon frühzeitig Bundesgenossen für mögliche Nachfolgekämpfe im Falle eines Todes von Hitler. Materiellen Gewinn brachte ihm das Bündnis mit Rosenberg erst vom November 1940 an ein, als der *Einsatzstab* des Reichsleiters die Kunst-Magazine von Karinhall füllen half. Auf solchen hohen Lohn konnte er noch nicht hoffen, als er 1938 anfing, Rosenberg Schmeicheleien zu sagen. Er erbat sich zum Beispiel die damalige Reichsparteitags-Rede des Parteiideologen „als Andenken in Leder gebunden" und nannte sie ein „Monument"[122]. Am 1. Oktober 1939 teilte er Rosenberg mit, „der Führer habe sich nach der letzten Unterredung sehr warm" über seinen *Beauftragten* ausgesprochen: dieser „sei doch ein Politiker", gerade bei ihm habe sich Hitler „auf eine Abwehr" gegen den Pakt mit Stalin „gefaßt gemacht". Als Göring dies an Rosenberg weitergab, soll er zugleich dessen Verlangen nach „einer *staatlichen* Exekutive ... energisch" beigestimmt haben. Er beließ es auch nicht bei Worten und versprach „für die von Rosenberg projektierten historisch-weltanschaulichen Forschungsarbeiten", also

die Hohe Schule, einen „Betrag von 1,5 Millionen [RM] pro Jahr zur Verfügung zu stellen“[123]. Die Mittel stammten offenbar aus dem Etat, den Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan verwenden konnte. Machtpolitisch kostete die Unterstützung die Beteiligten wenig. Die Kompetenzen berührten sich nicht, solange Rosenberg Göring nicht auf seine Eigenschaft als Preußischer Ministerpräsident ansprach. Ein Befehl Görings an Rust, der ja nicht nur Erziehungsminister des Reiches, sondern auch Preußens war, hätte Rosenberg vielleicht einen wertvolleren Gewinn bringen können, als es Geld und gute Worte waren. Der Reichsleiter appellierte jedoch nur selten an Göring als den obersten Dienstherrn aller preußischen Beamten[124]. Er hatte auch niemals Erfolg damit. Wahrscheinlich waren Görings Vollmachten in Preußen schon so ausgehöhlt, daß er sich dort nicht mehr durchsetzen konnte. In den preußischen Provinzen regierten Terboven und andere Gauleiter, im Erziehungsministerium war der SS-Einfluß stark; außerdem hatte Rust in Hitler und Göring zwei Vorgesetzte. Rosenberg wußte dies alles. Aber das Bündnis mit Göring war dennoch ein Gewinn für ihn, da der Generalfeldmarschall mit seinen vielen Ämtern immer noch ungleich mehr an Macht und Einfluß besaß als der Partei-Ideologe.

Vier Wochen nach der Unterredung mit Göring, am 1. November 1939, wurde Rosenberg in einer anderen Angelegenheit zu Hitler gerufen. Dabei brachte er die Bitte vor, Weisungsrecht zu erhalten und bekam eine Antwort, die manche Zeitgenossen überrascht haben könnte: „Damit bin ich ganz einverstanden.“ Es ist möglich, daß Hitler zunächst nur verstand, daß Rosenberg, wie er angab, „Schulungsleiter, ausgewählte Offiziere ... bilden, in Kasernen und Lagern ansetzen“ und die „Ordensburg Sonthofen als Ausbildungszentrum“, benutzen wollte[125]. Aber Hitler sagte doch nicht nein, als Rosenberg am 25. November 1939 nach Verhandlungen mit dem zögernden Heß einen wesentlich bestimmteren Erlaß-Entwurf übersandte, wodurch ihm die Forderung nach Weisungsrecht nunmehr schriftlich unterbreitet wurde. Das Hauptschulungsamt wurde darin nicht mehr ausdrücklich erwähnt; Ley war nun nur noch einer unter vielen Betroffenen. Hitler dürfte nun erkannt haben, daß es Rosenberg um mehr ging, als um die Wehrmachtsschulung. Immerhin tat er noch einen zögernden Schritt. Spätestens am 6. Dezember 1939 ordnete er an, daß „zunächst einmal alle Beteiligten schriftlich gehört werden sollten“. Bormann hatte sich nun bei Rosenberg gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß alle Befragten „quasi ermuntert werden sollten, ihre Widersprüche geltend zu machen“[126].

Wie nicht anders zu erwarten, zeigten sämtliche Parteiführer und Minister, Göring ausgenommen, daß sie Rosenbergs Dienste durchaus entbehrlich fänden. Die Ablehnung war verschieden stark, wurde unterschiedlich begründet und meist sogar in die Form scheinbar zustimmender Erklärungen gekleidet. Die meisten „Beteiligten“ scheinen es nach ihren vielfältigen Erfahrungen im Kompetenzchaos des *Führer-Staates* durchaus für möglich gehalten zu haben, daß Hitler fähig sein würde, das Über-Ministerium zu genehmigen, das Rosenberg projektiert hatte. Es hätte natürlich keinerlei Besserung gebracht, da weder Rosenberg noch seine Mitarbeiter persönlich und politisch in der Lage gewesen wären, das „gesamte geistige“ Leben der Nation zu lenken und gegenüber der erfahrenen Ministerialbürokratie, von Goebbels, Ribbentrop, Frick, Schirach und Himmler ganz abgesehen, ihre Wünsche durchzusetzen. Die Verwirrung wäre nur noch vergrößert worden. Die befragten Behördenchefs und Parteiführer nahmen das Vorhaben aber anscheinend durchaus ernst,

zumal Bormanns Bitte um Stellungnahmen mit dem Satz begann: „Der Führer wünscht, daß Reichsleiter Alfred Rosenberg zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechende Vollmachten bekommt; der beiliegende Entwurf hat seine Zustimmung gefunden."[127] Die unterschiedliche Stärke der Ablehnung, die der Entwurf nun offen oder insgeheim fand, und das taktische Geschick, mit dem die einzelnen Politiker der Herausforderung zu begegnen vermochten, dürfte als Gradmesser des Einflusses anzusehen sein, den sie sich selber damals zutrauten. Die machtpolitischen Kräfteverhältnisse waren an der Reihe der eingehenden Stellungnahmen wie an einer Skala abzulesen.

Reichsleiter Philipp Bouhler hegte große Befürchtungen. Bouhler war unter anderem Vorsitzender der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums. Sein Amt focht seit 1933 einen ununterbrochenen Prestige-Kampf mit Rosenberg aus. Bouhler reagierte mit einem Rücktrittsgesuch. Sofern nicht gleichzeitig auch seine Vollmachten mit dem Ziel einer „klaren Abgrenzung" präzisiert würden, bäte er, vom Führer „in Ehren" aus seinem „bisherigen schrifttumspolitischen Arbeitsgebiet . . . entlassen" zu werden[128]. Noch größere Besorgnis legte der Reichsdozentenführer Dr. Walter Schultze an den Tag. Der von ihm geführte NSD-Dozentenbund war in allen Universitäten gefürchtet. Nur wenige Personen dürften geahnt haben, daß er innerhalb der Partei so schwach war, daß er eines Tages sogar dem Amte Rosenberg zum Opfer fallen würde. Schultze rief in Bouhlers Dienststelle an, mit der ihn offenbar gute Beziehungen verbanden, und erklärte, „er wisse nicht recht, wie sich verhalten, und meinte, daß bei einer Durchführung in der vorliegenden Form er sofort seinen Laden zumachen könne". Bouhler dürfte diese Ablehnung mit Sympathie zur Kenntnis genommen haben, zumal auch der Reichsstudentenführer Dr. Gustav Scheel telephonisch wissen ließ, er hege „Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen Prof. Baeumlers und seiner Hintermänner". Baeumler war der umstrittene Leiter des *Amtes Wissenschaft* bei Rosenberg[129].

Der Reichserziehungsminister Rust wußte ebenfalls, daß Rosenbergs neue Pläne eine Gefahr für seine Behörde darstellten. Er soll sich „auf das Amt eines Ministers" berufen haben, „der außer vom Führer keine Weisungen annehmen" könne[130]. Rosenberg nannte diesen sachlich vollkommen gerechtfertigten Einwand „einen rein formalen Grund". „Die nationalsozialistische Weltanschauung" habe, so gab Rosenberg zu, „noch nicht ihre endgültigen Formen ausgebildet." Das werde „ihr einst aber . . . gelingen, wenn in dieser [der jetzigen] entscheidenden Epoche eine einheitliche weltanschauliche Haltung für die Zukunft gesichert" werde. „Dieses zu fördern" sei der Sinn der „jetzigen Vollmacht". Rosenberg erklärte weiter, Rust gehe von einem „früher noch verständlichen formaljuristischen Grundsatz" aus. Der Führer habe einen solchen aber schon mehrfach durchbrochen, als er neben dem Reichswirtschaftsminister auch einen *Beauftragten für den Vierjahresplan* und neben dem Reichsinnenminister einen *Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums* ernannt habe[131]. Rosenbergs Unfähigkeit, die Verwirrung vorherzusehen, die sein neuer Auftrag hervorrufen würde, hätte kaum deutlicher dokumentiert werden können als durch solche Begründungen, mit denen er indirekt zugab, daß das Kompetenzchaos durch die Parteieingriffe in den Staat gebracht worden war und eine unausweichliche Folgeerscheinung des Grundsatzes „Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat" darstellte.

Im Namen der Reichsjugendführung brachte Schirachs Stabsleiter Lauterbacher

„grundsätzliche Einwendungen" vor. Er hielt es „für bedenklich, einer einzelnen Persönlichkeit ein kulturelles Zensorenrecht einzuräumen". Die Reichsjugendführung befürchtete „eine Verengung der gesamten Kulturarbeit unserer Jugend, wenn z. B. den künstlerischen Versuchen der jungen Generation nicht das erforderliche Verständnis entgegengebracht werden sollte"[132]. Eine Antwort Rosenbergs auf diesen Frontalangriff ist nicht überliefert. Das ist bedauerlich, denn es war Rosenberg hier in kaum verhüllenden Worten gesagt worden, daß er und sein Amt für besondere geistige Enge und Uneinsichtigkeit bekannt waren. Es ist anzunehmen, daß der Parteiideologe den Vorwurf ebenso entrüstet, aber ohne nähere Begründung zurückgewiesen hätte wie die Einwände Leys, den er fragte, wie er dazu käme, „Eingriffe in die Organisation des Hauptschulungsamtes" und die „Ordensburgen" zu befürchten[133]. Im Interesse Rosenbergs war zu hoffen, daß Ley die früheren Erlaß-Entwürfe nicht gesehen hatte. Ley begnügte sich aber nicht mit der Erklärung seines Rivalen. Er schrieb an Lammers, er sei über die Feststellungen des Parteigenossen Rosenberg „sehr glücklich", doch bäte er, man möge ihm auch schriftliche Zusicherungen geben. In die Vollmacht für Rosenberg möge man einfügen, daß man Leys Arbeit davon ausnähme. Der Reichsorganisationsleiter wollte sich gegebenenfalls damit begnügen, daß man ihm „diese Ausnahme" auch nur persönlich, wenngleich unbedingt in Form eines Briefes, mitteile. Ähnlich wie Ley handelten nun auch Goebbels und Frick. Goebbels bat, die von ihm „gewünschten Sicherungen" – er präzisierte diesen Ausdruck nicht – sollten in einem Brief von Lammers festgestellt werden. Frick tat, als habe Rosenberg sein Verlangen nach „Weisungsrecht" in ein „allgemeines Weisungsrecht" umgewandelt und wollte schriftlich bestätigt haben, daß nur diese Formulierung gelten solle[134]. Ribbentrop forderte, daß in den Führererlaß ein Zusatz aufzunehmen sei, nach welchem Rosenberg „vor Weisungen", die die Außenpolitik berührten, „Einvernehmen" mit ihm herstellen müsse. Schließlich brachte auch der Reichskirchenminister Kerrl noch zahlreiche Einwände. Er diskutierte mit Rosenberg am 9. Februar 1940 bei einer „Chefbesprechung" aller Ressortleiter in Anwesenheit Goebbels' und der Vertreter Fricks, Himmlers, Ribbentrops, Görings und Keitels. Die Debatte wurde auch noch schriftlich fortgesetzt. Kerrl vertrat sein Programm der Trennung von „Religion" und „Weltanschauung". Eine Einigung wurde nicht erzielt[135].

Bouhler, Schultze und Scheel waren Führer „schwacher" Parteidienststellen und Gliederungen und hegten die wahrscheinlich größte Besorgnis vor Rosenbergs neuen Plänen. Rust war möglicherweise ebenfalls zu ihrer Gruppe zu zählen. Schirach, Ley, Goebbels, Frick und Ribbentrop standen zwar Behörden unterschiedlichen und zum Teil beachtlichen Einflußvermögens vor, aber sie wußten, daß ihnen auch ein mit Weisungsrechten versehener Rosenberg nichts würde anhaben können. Himmler schließlich scheint gänzlich unbesorgt gewesen zu sein. Laut Rosenberg äußerte er „keine Bedenken"[136].

Es blieb die Frage, wie sich Hitler verhalten würde. Sofern er es darauf abgesehen hätte, Zwietracht unter seinen Kampfgenossen zu säen und sie gegeneinander auszuspielen, um dann um so besser über sie herrschen zu können, hätte sich dazu jetzt wieder eine großartige Gelegenheit geboten. Wäre der Auftrag erteilt worden, so hätte sich das Kompetenzchaos sogleich vervielfacht. Aber Hitler ließ die Gelegenheit unbeachtet. Schon am 29. Januar 1940, das heißt zu einer Zeit, zu der die Debatte unter den Ressorts noch im Gange war, deutete er Rosenberg an, daß er

den Auftrag wohl nicht unterschreiben werde. Der Reichsleiter war darob nicht nur aus Kompetenzgründen beunruhigt, denn Hitler hatte ihm erklärt: „Unsere W[elt]-A[nschauung] muß der exakten Forschung nicht vorschreiben, sondern *aus* ihrer Arbeit die abstrakten Gesetze folgern." Rosenberg mußte sich mit Recht wundern, denn das hörte sich an wie ein Angriff auf die Ideologie, von der er glaubte, daß sie nicht nur die seinige, sondern die Hitlers sei. Aber er beruhigte sich gleich wieder: „Die positivistische Note des Führers war mir etwas neu. Da er aber den sicheren Glauben an Vorsehung hat, *sind* eben *beide* Welten bei ihm zu Hause." Rosenberg fand Entschuldigungen für jeden Widerspruch im Verhalten seines *Führers*. Es irritierte ihn daher auch nicht, als er einen Monat später von Hitler gebeten wurde, den Plan vorerst ganz zurückstellen. Der *Führer* machte es ihm leicht, auf die erbetenen Vollmachten zu verzichten, indem er sich mit einer für den Parteiideologen weitaus weniger beunruhigenden, geradezu schmeichelhaften Begründung entschuldigte: „Mussolini habe ihn jetzt dreimal gebeten, nichts gegen die Kirche zu unternehmen. Später, nach dem Siege, sei es gleich, da möge er mit ihr machen, was er wolle. Der Führer: Man darf nicht vergessen, daß M[ussolini] in I[talien] keine derartige Stellung hat wie ich in Deutschland ... Wird die Kirche ... eine amtliche Enzyklika gegen das Reich erlassen, so ist es sehr fraglich, ob M[ussolini] Italien an unserer Seite in den Krieg führen kann ... Eine Ernennung für Sie würde jetzt im Augenblick vor Beginn der großen Offensive wie eine Bombe einschlagen. Die Kirche hat vielleicht noch immer so etwas wie eine Hoffnung, sich noch fortsetzen zu können. Mit Ihrer Ernennung würde sie endgültig alle solche Hoffnungen begraben, alle Hemmungen fallen lassen ..."[137]

Rosenberg sah sich durch Hitlers Ausführungen erneut als großer Politiker bestätigt, als der Staatsmann, dessen Ernennung die Westoffensive ernsthaft gefährden, als der Künder des neuen Glaubens, dessen bloße Rangerhöhung die Achse Berlin–Rom zerbrechen könnte. Rosenberg fühlte sich wieder einmal als der Führer der stärksten Bataillone des Nationalsozialismus, die bis zum letzten Gefecht aufgespart bleiben müßten. „Ich weiß sehr wohl, daß die Zeiten für mich noch nicht reif sind, aber manchmal ist es herbe, Menschen Dinge verwalten zu sehen, die ich geistig gestaltet habe."[138] So hatte er 1936 im Tagebuch vermerkt, aber noch immer „verwalteten" die Goebbels, die Ley, die Rust, die Ribbentrop und Himmler.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Begründung, mit der Hitler die Übertragung weitreichender Vollmachten an Rosenberg ablehnte, mehr als ein Vorwand gewesen ist, wenngleich Hitler einen Kirchenkampf während des Krieges tatsächlich zu vermeiden suchte, was nicht verhindert hat, daß er einzelne Gauleiter, die ihn trotzdem führten, wohlwollend gewähren ließ. Hitler scheint sich in der Frage des Weisungsrechts dem nahezu einmütigen Widerspruch der Ressorts und Parteistellen gefügt zu haben. Indem diese überhaupt zur Stellungnahme aufgefordert worden waren, hatte der *Führer* sich anders verhalten als bei der Erteilung seines ersten Auftrages am 24. Januar 1934. Dennoch betrieb er auch jetzt wieder Gelegenheitspolitik, suchte Unbequemlichkeiten sowie neue Parteikonflikte zu vermeiden und ging den Weg des geringsten Widerstandes. Dies war überhaupt sein Verfahren in den vorangegangenen Jahren gewesen: Rosenberg war berufen worden, nachdem Ley offenbar auf die Verwendungsmöglichkeiten hingewiesen hatte, die er für ihn habe. Die NS-Kulturgemeinde war in *Kraft durch Freude* eingegliedert worden, obgleich dadurch alle Grundsatz-Fragen umgangen wurden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß es

gerade eine Lösungsmöglichkeit gebe, die Umorganisationen im Chaos der Kompetenzen nicht erforderlich mache.

Daß Hitler nach wie vor dazu neigte, irrational zu entscheiden, zeigt ein Vorgang, der sich im Anschluß an das Gespräch ereignete, in welchem er die Vergabe des Weisungsrechtes ablehnte. Darüber berichtet Rosenberg in seinem Tagebuch: „Nach dem Gespräch übergab ich dem Führer dann einen Entwurf zur *Anordnung* über die vorbereitenden Arbeiten zur Hohen Schule, die er sofort unterschrieb . . ." Das, was Hitler hier „sofort unterschrieb", war ein Erlaß folgenden Wortlauts: „Zur Kenntnisnahme der Dienststellen von Partei und Staat. – Die ‚Hohe Schule' soll einst die zentrale Stätte der nationalsozialistischen Forschung, Lehre und Erziehung werden. Ihre Errichtung wird nach dem Kriege stattfinden. Um jedoch die begonnenen Vorarbeiten zu fördern, ordne ich an, daß Reichsleiter Alfred Rosenberg diese Vorbereitungsarbeiten – vor allem auf dem Gebiete der Forschung und Errichtung von Bibliotheken – weiterführt. Die Dienststellen in Partei und Staat sind gehalten, ihm in dieser Arbeit jede Unterstützung angedeihen zu lassen."[139]

Indem Hitler am 29. Januar 1940 eine solche Urkunde, ohne zu zögern, „sofort" unterzeichnete, wiederholte er, was er schon am 24. Januar 1934 in ebenso leichtfertiger Weise und ohne jede Beratung mit den betroffenen Ministern getan hatte. Rosenberg erhielt jetzt das Recht, eine Parteiuniversität zu errichten, und das, ohne daß der Reichserziehungsminister und die Rektoren überhaupt gehört, ohne daß die Statuten der Hohen Schule und deren Verhältnis zu den Universitäten geklärt worden wären und ohne daß sich, was vielleicht das bezeichnendste des ganzen Vorgangs ist, auch nur Hitler und Rosenberg darauf hätten einigen können, wie Wissenschaft und Weltanschauung sich zueinander verhielten oder verhalten sollten. Ähnlich war es 1934 gewesen. Damals hatte sich Hitler wenige Tage nach der Ernennung Rosenbergs vom „Mythus" distanziert. Die Ereignisse wiederholten sich, die Vorgänge wiesen einen nahezu identischen Verlauf auf[140].

Organisatorisch und politisch gesehen, hatte Rosenberg durch die Energie, mit der er den Kriegsanfang ausgenützt hatte, um seine Forderung nach Weisungsrecht erneut vorzubringen, immerhin einen beachtlichen Nebenerfolg errungen. Vermutlich hatte er dies der Situation zu verdanken, die die monatelangen Auseinandersetzungen geschaffen hatten. Der Grund, aus dem Rosenberg jetzt den Erlaß-Entwurf vorgelegt hatte, war zufälliger Art: Seit dem 26. Januar 1940 stand für die Frankfurter Judaica-Sammlung, den Grundstock des zukünftigen ersten Instituts der Hohen Schule, Dr. Wilhelm Grau als Bibliothekar zur Verfügung. Ein Gerichtsbeschluß in einem Beleidigungsverfahren Graus gegen Frank, der dem Kläger zumindest moralisch rechtgegeben hatte, war Anlaß für Rosenberg gewesen, den schon längere Zeit vorher in Aussicht genommenen Kandidaten auf den freien Posten in Frankfurt zu berufen[141]. Die neue Führer-Vollmacht sollte es möglich machen, die Judaica-Sammlung in *Institut der Hohen Schule in Vorbreitung* umzubenennen.

Dem Erfolg auf einem Nebengebiet folgte seit 1941 ein Machtzuwachs im Bereich des Schulungswesens. Es wurde bereits erwähnt, daß die Dienststelle Vollmachten für die *Feiergestaltung* erhielt und daß sie diese geschickt auszunutzen wußte. Es gelang ihr, vor verhältnismäßig großen Zuhörermassen 28 Großkundgebungen abzuhalten, was Rosenberg zu den Gewinnen zählte[142], denen weitere folgten. Der Reichsleiter hatte einen neuen Aufstieg seines Amtes einem neuen Mitarbeiter zu verdanken: Dr. Helmut Stellrecht.

Stellrecht, 1898 geboren, im Zivilberuf Diplom-Ingenieur, hatte am Weltkrieg und an den Freikorps-Kämpfen teilgenommen und 1923 den von der NSDAP mitveranstalteten „Deutschen Tag" in Nürnberg besucht. Nach mehrjähriger Tätigkeit in der Industrie und der Promotion an der Technischen Hochschule Stuttgart war er 1931 als hauptamtlicher Funktionär in die Reichsleitung der NSDAP eingetreten, wo er nach eigenen Angaben den Arbeitsdienst aufbaute, bevor dieser nach 1933 seine große Ausdehnung erhielt. Stellrecht bekleidete von 1933 bis 1939 den hohen Rang eines Obergebietsführers in der Reichsjugendführung, leitete dort das „Amt Wehrerziehung" und schied nach Konflikten mit Schirach aus. Er war dann ein Jahr lang in einer anderen Parteidienststelle tätig, wurde von Heß an Rosenberg empfohlen und übernahm nach kurzer Probezeit am 1. Februar 1941 das Hauptamt Lehrplanung. Sein Vorgänger Scheidt erhielt eine andere Aufgabe[143]. Wenige Monate danach wurde Stellrecht zusätzlich auf den nach Rosenberg höchsten Posten der Dienststelle berufen: Er wurde Stabsleiter. Diese Stelle mußte neu besetzt werden, denn Gotthard Urban war am 27. Juli 1941 in den Kämpfen um den Ilmensee gefallen[144].

Die Erfolge, die das Amt Rosenberg fortan im Bereich des Schulungswesens erringen konnte, beruhten auf dem Organisationsgeschick Stellrechts. Es waren verhältnismäßig einfache Vorschläge, die er unterbreitete und durchführte, aber für die Dienststelle des Parteitheoretikers bedeuteten sie einen Fortschritt. Am Tage vor seinem offiziellen Dienstantritt regte er die Festlegung sogenannter „Reichsthemen" an. Der *Beauftragte des Führers* sollte sie jeweils ausgeben, die Presse sollte sie für ihre Leitartikel benutzen, die Schulungsleiter im ganzen Reich sollten darüber Vorträge halten, „so daß sozusagen auf den Vorspruch des Reichsleiters ein ganzer Chor" antworten würde[145]. Rosenberg billigte den Vorschlag. Jeweils im Frühherbst wurden nun solche parteiamtlichen „Vorsprüche" ausgegeben. Für 1941/42 wurde empfohlen: „Deutschland ordnet Europa neu" und „Dieser Krieg ist ein weltanschaulicher Krieg". 1942/43 war vom „Schicksalskampf im Osten" und vom „Kampf als Lebensgesetz" die Rede. 1943/44 hießen die Leitsätze „Der Jude als Weltparasit" und „Sieg durch Glauben", während 1944/45 „Der Reichsgedanke" und die schon sehr bescheidene Parole „Kämpfende Heimat" behandelt werden sollten. Stellrecht sorgte ferner dafür, daß Broschüren für diese „Reichsthemen" in einer Auflage von je 100 000 Stück gedruckt wurden. Ferner wurden während seiner Amtszeit eine „Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP" in etwa 50 Nummern und ein „Rednerdienst für Reichslehrgemeinschaft, Partei- und Wehrmachtsschulung" mit vierzehntägiger Erscheinungsweise in je 80 000 Exemplaren verbreitet. 150 Redner, vom Funktionär bis zum Professor, wurden in einer *Reichslehrgemeinschaft* zusammengefaßt und bei Bedarf als Redner vermittelt[146].

Für die Verhältnisse des Amtes Rosenberg waren das „Erfolge". Stellrecht scheint frühzeitig erkannt zu haben, daß die Entwicklung zur Beratungs- und Schulungsdienststelle, die das Amt seit dem Ende der NSKG in allen Abteilungen genommen hatte, zunächst unvermeidlich war, daß diese Entwicklung aber der Beginn eines neuen Aufstieges sein konnte, wenn man aus dem Amt vorerst eine Vermittlungsstelle für Schulungsredner machte. Stellrechts „neuer Kurs" wurde innerhalb des Amtes nicht widerspruchslos zur Kenntnis genommen. Die Abteilungsleiter aus der Zeit von 1934 hatten die Hoffnung, aus dem Büro des *Beauftragten* eines Tages das zentrale Kultusministerium des „Großgermanischen Reiches"[146a] mit Lenkungsvollmachten für sämtliche Parteigruppen, Gliederungen und Staatsstellen machen zu

können, auch nach dem Scheitern der Versuche, Weisungsrecht zu erhalten, noch nicht aufgegeben. Sie wollten „Politik" machen und nicht nur Reden halten; sie wollten sich nicht damit abfinden, daß ihre Dienststelle im Wettlauf um die Macht zu weit zurücklag, um ohne Massenpropaganda auskommen zu können.
Sie widersetzten sich Stellrecht und übernahmen Vorträge nur selten oder gar nicht. Die Absetzung Stangs nach seinem Versagen in der Schulung, das Scheitern Hagemeyers, der sich nicht mit Schulungsplänen, sondern phantastischen Projekten zur Aufdeckung der Verschwörung „überstaatlicher Mächte" trug, waren Symptome dieser Entwicklung. Das gleiche war von dem frühzeitigen Ausscheiden Zieglers zu sagen, der in dem rein publizistischen Kirchenkampf keine ausreichenden Entfaltungsmöglichkeiten gesehen und Bormanns Staatssekretär Klopfer im Sommer 1941 eigene Pläne vorgelegt hatte. Stang und Hagemeyer erhoben gegen Stellrecht den Vorwurf einer im Grundsatz verfehlten Politik. „Die wenigen in der Heimat verbliebenen Träger kultureller Hoheitsforderungen", klagte Hagemeyer im Juli 1944, „wurden immer mehr in die Schulung hineingezogen. In letzter Zeit sind sie die reinsten Wanderprediger geworden."[147] Aber eine solche Kritik konnte Stellrecht nicht treffen. Der öffentliche Auftritt der Rosenberg-Mitarbeiter als Redner war die einzige Möglichkeit, der Dienststelle, besonders in den späteren Kriegsjahren, den Anschein der Existenzberechtigung zu verschaffen. Zudem wirkte sich auch die aktivere Natur des neuen Stabsleiters günstig für die Dienststelle aus.
Stellrecht verstand es auch, sich bewußt oder unbewußt die Schwächen der Gegenseite zunutze zu machen. Er operierte dort, wo Ley keine Befugnisse hatte oder zumindest nicht den ausschließlichen Einfluß besaß: in den Gauen, den Gliederungen und seit dem Frühjahr 1943 auch in der Wehrmacht. Der direkte Verkehr mit den Gauleitern, den Stellrecht offensichtlich intensivierte, hatte zur Folge, daß im Laufe der Jahre 1941–1944 die erwähnten „28 zweitägigen Gauschulungstagungen mit weltanschaulichen Feierstunden und Großkundgebungen"[148] unter der Schirmherrschaft des *Beauftragten des Führers* durchgeführt werden konnten. Darüber hinaus führte anscheinend ein verbesserter Kontakt zu den Schulungsämtern der Gliederungen, die Leys Hauptschulungsamt nicht unterstanden, zu den ersten eigenen Schulungstagungen, die das Amt Rosenberg zu veranstalten vermochte. Leider ist das Quellenmaterial über diese Zusammenkünfte dürftig. Der Reichsleiter schrieb im Februar 1942 rückblickend, „daß in allen Gauen, die dazu in der Lage waren, eine Ausrichtung der Schulungsredner für die Reichsthemen stattgefunden" habe, nachdem er in seinem Schulungshaus in Dahlem „von jedem Gau einen oder mehrere Gauschulungsbeauftragte auch aus den Gliederungen mit den Themen vertraut gemacht und sie mit allem notwendigen Material versehen habe"[149]. Diese Briefstelle deutet darauf hin, daß sowohl die Gliederungsführer als auch das Hauptschulungsamt und vermutlich auch einzelne Gauleitungen Rosenberg keinen Widerstand entgegengesetzt hatten. Die Idee der „Reichsthemen" brachte auf diese Weise auch einen machtpolitischen Gewinn.
Wenn sich unter den Institutionen, die Rosenberg im ersten Amtsjahr Stellrechts etwas entgegenkamen, auch eine der Dienststellen Robert Leys befanden, so war dies eine vorübergehende Erscheinung. Der Reichsorganisationsleiter begann nach einigen Monaten, sich über Stellrechts Politik heftig zu beschweren. Es habe sich gezeigt, so beklagte er sich am 7. Mai 1942 bei Rosenberg, daß bei dem Stabsleiter „leider ... nicht die Meinung vorhanden" sei, „die zu ⟨einer⟩ ... positiven Regelung

notwendig wäre". Stellrecht gestatte sich „laufend Übergriffe" in Leys „Aufgabengebiet" und vertrete sogar die Auffassung, daß von Rosenbergs Dienststelle „selbst laufend Schulungslehrgänge durchgeführt werden müßten". Neuerdings habe er sich „den Vorschlag zu machen erlaubt, auch die seit Jahren" bei Ley „liegende zentrale Einberufung für derartige Lehrgänge" an das Amt Rosenberg „abzugeben", da sie Ley wohl „Schwierigkeiten mache"[150]. Nun kann man sich freilich fragen, warum der Reichsorganisationsleiter es hatte überhaupt so weit kommen lassen. Das Hauptschulungsamt hätte die jetzt als „Übergriffe" bezeichneten Tagungen ja behindern und die Einberufung der Gauschulungsleiter verweigern können. Ley scheint diesen „Fehler" seines Amtes nicht übersehen zu haben. Er war offenherzig genug, in einem Gespräch mit Stellrecht die Schwächen seiner Position aufzudecken, wobei er gleichzeitig dem Leiter seines Hauptschulungsamtes einen Tadel aussprach: „Es wäre die Schuld von Friedrich Schmidt gewesen, daß er die ganze ideelle Führung und den organisatorischen Aufbau der Schulung gründlich vernachlässigt habe; er wäre nur in den Gauen herumgereist, um seine Reden zu halten und nun wäre das passiert, daß das Feld von seiner Seite aus nicht mehr beackert worden wäre und wir hätten von uns aus mit unserer Aufgabe die Leute, die von seiner Seite keine ausgesprochenen Aufgabenstellungen hätten, beschäftigt. Das wäre kein Vorwurf gegen uns. Jetzt dauere es aber mindestens ein halbes Jahr, bis er von sich aus seine Schulung wieder aufgebaut habe, er hätte ja den Parteigenossen Bruhn damit beauftragt, zu dem er jedes Vertrauen habe. Aber Pg. Bruhn brauche mindestens 1/2 Jahr, bis er mit seiner Arbeit so weit sei und er, Dr. Ley, bitte ganz kameradschaftlich, diese Aufgabe doch von uns aus dadurch zu unterstützen, daß wir seine Leute nicht in Anspruch nehmen."[151] Die Ausführungen zeigen, daß Ley gar nicht auf den Gedanken kam, daß sein Hauptschulungsamt kein Versehen begangen, sondern ein einziges Mal kollegial gehandelt hatte.

Diesem Verhalten gedachte der Reichsorganisationsleiter ein Ende zu bereiten. Als erstes enthob er Friedrich Schmidt seines Amtes. Es ist nicht ganz sicher, ob Schmidt nur wegen des Versagens gegenüber der Konkurrenz abgesetzt wurde. Dagegen spricht, daß Schmidts Nachfolger nominell erst ernannt wurde, nachdem er Rosenberg vorgestellt worden war, der keine Einwendungen erhoben zu haben scheint. Aber es war doch deutlich, daß Schmidt, jener „fanatische Redner", Ley nicht die erwarteten Dienste geleistet hatte. Was Ley verlangte, bestand nicht in dem, was man allgemein unter *Schulung* verstand. Ley wollte nicht in erster Linie, daß seine Funktionäre Reden hielten und die ohnehin bekannte Ideologie verbreiteten. Ley erwartete von seinem Hauptschulungsamt den Ausbau und die Stärkung eines Apparates von Provinz-Funktionären. Er konnte Einfluß in den Gauen nur auf dem Umwege über die Schulung ausüben, wenn man einmal von den geringen Möglichkeiten absieht, die ihm als dem Führer einer gleichgeschalteten Gewerkschaft ohne Streikrecht zustanden. Das viele Geld, über das er außerdem verfügte, brachte ihm selten direkte politische Macht. Derjenige, der ihm nun helfen sollte, den Funktionärs-Apparat neu zu festigen, war der erwähnte Parteigenosse Heinrich Bruhn, im Zivilberuf Zeichenlehrer aus Flensburg, seit 1937 aber im Unterricht auf den Ordensburgen Vogelsang und Crössinsee tätig[152]. Bruhn war nun der vierte Leiter der Parteischulung im Dritten Reich; nach Gohdes, der „vollkommen versagt", nach Frauendorfer, den Ley der Selbständigkeitstendenzen beschuldigt, und nach Schmidt, der den Einfluß des Reichsorganisationsleiters nicht weit genug ver-

breitet hatte, war nun Bruhn ausersehen, das sinkende Schiff des Robert Ley wieder flottzumachen. Gegenüber Rosenberg scheint es ihm gelungen zu sein; ob Ley mit ihm im übrigen zufrieden war, als die Epoche der Reichsschulungsleiter überhaupt ein Ende nahm, ist schwer zu sagen.

Die Ämter Leys und Rosenbergs standen wieder einmal in scharfem Wettbewerb miteinander. Es ging um Fragen der politischen und weltanschaulichen Indoktrination; ein Konkurrenzkampf mochte anspornend wirken oder konnte die Widersacher auch davon abhalten, sich um die Kompetenzen anderer Reichsleiter, etwa die Bormanns, zu kümmern. Es blieb die Frage, was Bormann tun würde, denn er war zur Entscheidung befugt. Aber es zeigte sich, daß Bormann zu vermitteln suchte, wie er es schon 1938 getan hatte. Er spielte die beiden Reichsleiter nicht gegeneinander aus, er traf auch keine Verfügungen, um den Wettbewerb zu verschärfen. Ley und Rosenberg versuchten den ganzen Sommer 1942 hindurch, die inzwischen neun Jahre alte Frage des Unterschiedes zwischen *Überwachung* und *Durchführung* zu klären. Ley versicherte, in Rosenbergs „vom Führer erteilten und klar umrissenen Auftrag ... in gar keiner Weise eine Polizeiaufgabe auf dem Gebiet der Weltanschauung" zu sehen. Vielmehr sei „die Verpflichtung der weitestgehenden Erarbeitung und Bereitstellung des weltanschaulichen Schulungsstoffes" darin zu erblicken. „In demselben Maße", wie dieser „Stoff umfangreicher und tiefgründiger" würde, erübrige sich „nicht nur die nachträgliche, einer polizeilichen Funktion ähnelnde ‚Überwachung'", sondern es werde auch die „Einheitlichkeit und Reinerhaltung" der „weltanschaulichen Schulung" gewährleistet. Ley wollte das Amt Rosenberg also über den Rang einer Zeitschriften- und Broschüren-Redaktion, den es bis zu Stellrechts Amtsantritt innegehabt hatte, nicht hinausgedeihen lassen. Ley wollte solches Schrifttum unabhängig von Rosenberg außerdem noch selber herausgeben, wie er schon 1938 betont hatte. Rosenberg erwiderte Ley, „daß das Erteilen von Richtlinien ohne Überwachung gar nicht möglich sei" und daß er es ablehne, „die fortlaufende Schulung durch eine Anzahl überwachender Inspekteure ... zu verfolgen". Er ließ auch erkennen, daß er unter dem Einfluß Stellrechts seine Ansprüche aus der Zeit vor dem NSKG-Konflikt zu erneuern gedachte. Er könne sich „keinesfalls das Recht streitig machen lassen, ... Schulungslehrgänge" in seinem „Schulungshaus in Dahlem durchzuführen"[153]. Wie im Vorjahre, so waren auch für den Herbst 1942 fünf „Einführungslehrgänge in die Reichsthemen 1942/43" vorgesehen. Vier dieser Lehrgänge konnten nicht stattfinden, wenn Ley dies nicht erlaubte, denn an ihnen sollten Gauschulungsleiter teilnehmen. Ende Juli 1942 machte Ley die bereits von Rosenberg verschickten Einladungen wieder rückgängig, obwohl er sich bewußt war, daß dadurch „bedauerlicherweise den Gauen ein weiteres Mal ... zur Kenntnis" gebracht würde, „daß keine Einigung" zwischen den Ämtern der Reichsleitung der NSDAP erzielt worden sei. Aber dem ohne seinen Willen von Stellrecht „angeeigneten Verfügungsrecht über die Durchführung der Schulung der Politischen Leiter" müsse er entgegentreten. Es sollten nicht fünf kleine, sondern nur ein großer Lehrgang stattfinden, den nur er, Ley, veranstalten dürfe, und dort sollten Rosenberg und seine Mitarbeiter zu den Reichsthemen sprechen. Der Parteiideologe erwiderte, ein solcher Kurs mit seiner hohen Teilnehmerzahl erlaube weder „Arbeitsgemeinschaften" noch eine „systematisch durchgeführte Ausbildung"[154]. Er war zweifellos der Ansicht, daß Themen wie „Der Jude als Weltparasit" und „Der Schicksalskampf im Osten" ungewöhnlich hohe geistige Anforderungen stellten.

Der Kompetenzkampf in Berlin erreichte seinen Höhepunkt im August 1942. In diesem Moment stellte die Partei-Kanzlei ihre Vermittlung in Aussicht. Zwei Monate lang wurde verhandelt. Am 15. Oktober 1942 kam ein Abkommen zustande. Ley behielt das alleinige Durchführungsrecht für alle Schulungskurse, wobei die Gliederungen wieder ausgenommen wurden, weil sie Ley ja nicht unterstanden. Eine Umgruppierung der Zuständigkeiten wurde von Bormann also nicht verfügt. Weil er gerade vor solchen Aktionen zurückschreckte, blieb auch die Frage der Befugnisse Rosenbergs gegenüber den Gauschulungsleitern, seinen sogenannten eigenen Vertretern, ungeklärt: „Besprechungen der Gauvertreter unter dem Beauftragten des Führers . . .", so hieß es, „werden rechtzeitig vorher terminlich mit dem Reichsorganisationsleiter abgesprochen." Ley behielt das Ladungsrecht. Er ließ sich aber auch zu einigen Konzessionen herbei: „Eigenes Schulungsmaterial", das also keineswegs Rosenberg alleine herstellen durfte, sollte diesem von Ley immerhin „möglichst frühzeitig . . . zur Prüfung" vorgelegt werden. Der wohl wichtigste neue Teil der Absprache lautete: „Dem Beauftragten . . . ist auf Wunsch vom Reichsorganisationsleiter bzw. den einzelnen Gliederungsführern jedes Forum zur Verfügung zu stellen, vor dem er und seine Männer über besonders wichtige Fragen zu sprechen wünschen."[155]

Das Grundproblem der Existenz zweier Schulungsämter wurde durch dieses Abkommen wieder nicht gelöst. Um dies zu erreichen, hätte Bormann einen der beiden Reichsleiter entmachten müssen. Dazu hätte Hitler wohl schwerlich sein Einverständnis gegeben, so sehr auch die Einigkeit im eigenen Lager unter den Auseinandersetzungen litt. Aber Bormann mag geglaubt haben, man habe einen Kompromiß gefunden. Rosenberg mochte zufriedenzustellen sein, wenn Ley ihm nur genügend Kurse einberief. Aber alle Hoffnung war vergebens. Das Abkommen hatte keinerlei Wirkung. Weder Rosenberg noch Ley waren bereit, es loyal einzuhalten. Vierzehn Tage nach Unterzeichnung schlug bereits der erste Versuch einer praktischen Erprobung fehl. Am 31. Oktober 1942 weigerte sich Ley, die Gauschulungsleiter für Rosenberg nach Berlin zu berufen. Als Grund gab er Arbeitsüberlastung während des Krieges an. Rosenberg erwiderte, mit einer solchen Begründung könne man jede Zusammenkunft ablehnen. Schließlich erlaubte Ley die Tagung, jedoch einen Monat später als vorgesehen[156]. Aber auch das Amt Rosenberg verhielt sich nicht korrekt. Es teilte den Gauschulungsleitern mit, sie dürften den neu eingerichteten Rednerdienst der Reichslehrgemeinschaft, des erwähnten Gremiums von Professoren und sonstigen Fachleuten, direkt im Hause Rosenberg anfordern. Das Amt tat also alles, um seinen Wert zu beweisen und seinen Einfluß nunmehr auf der Gauebene durchzusetzen. Ley fürchtete, daß sein Rednerdienst dem Rosenbergschen Konkurrenzunternehmen nicht gewachsen sein würde. Bormann mußte erneut eingreifen. Er war keineswegs etwa der Ansicht, der Wettbewerb unter den Parteiführern verbessere den Effekt ihrer Leistungen. Am 5. Februar 1943 verlangte er die „sofortige Beilegung aller Auseinandersetzungen". Sie verursachten nur „Unsicherheit in den Gauen und Kreisen". Es sei „gar nicht zu vermeiden", daß der Streit „nach unten bekannt" werde. Bormann verbot zwar nicht die Reichslehrgemeinschaft, gab aber Ley recht: Alle Redneranforderungen hätten über das Hauptschulungsamt zu laufen. Das entsprach auch dem Abkommen, wenn auch mehr dem Geiste als dem Buchstaben nach[157]. Ley gab dieser Vereinbarung wiederum die Interpretation, daß Rosenberg jede von seinem Amt verfaßte Broschüre nur über das Hauptschulungs-

amt Leys an die Parteimitglieder zu versenden habe. Stellrecht bezeichnete dies als „Beispiel dafür . . ., wie durch eine unanständige Art einer Dienststelle das Wasser abgegraben" werden solle[158]. Der Konflikt dauerte so lange, wie das Hitler-Regime währte. Im November 1944 stritt man sich wie 1935 zu Zeiten Frauendorfers noch immer um die Frage, ob Rosenberg nur „nachträglich" vollendete Tatsachen kritisieren dürfe oder ob er vorher zu allen Schulungsvorhaben Leys zu hören sei[159].

Wenn es das Amt Rosenberg trotz der von Ley aufgebauten Hindernisse doch noch fertig brachte, selber Schulungskurse zu veranstalten und die eingangs erwähnten Erfolgszahlen zu melden, so lag dies an der Entwicklung des Krieges. Die Ereignisse von Stalingrad verhalfen der Dienststelle zu einer neuen Aufgabe. Denn „die Totalisierung des Krieges" brachte neues Publikum ins Dahlemer Schulungshaus: Offiziere. Alfred Rosenberg konnte nun endlich seine Vorschläge von 1939 verwirklichen. Die Wehrmachtsschulung begann. Die Militärs hatten sich für die Weltanschauung des *Beauftragten des Führers* bis Anfang 1943 so wenig interessiert wie die übrige Partei. Nun aber scheint eine Parole wie „Sieg durch Glauben" – das Reichsschulungsthema für 1943/44 – doch einen gewissen Anklang gefunden zu haben. „Ihnen ist bekannt", so schrieb Rosenberg an Bormann in einem späteren Rückblick, „daß ich hier in den ersten Jahren des Krieges auf außerordentliche Schwierigkeiten bei der Wehrmacht gestoßen bin mit dem Hinweis, daß die Wehrmacht jetzt im Kriege für eine solche Aufgabe keine Zeit habe. Erst nachdem der Krieg im Osten uns besondere Schwierigkeiten brachte und dem deutschen Soldaten beim Zusammenprall mit dem bolschewistischen Gegner eine große Fülle weltanschaulicher Probleme entgegentrat, war es möglich, im Frühjahr 1943 mit einer Wehrmachtsschulung zu beginnen, die zu immer bedeutenderem Ausmaß angewachsen ist."[160] Im April 1943 meldete Rosenberg bereits, daß die Kurse „nunmehr in großem Maßstab angelaufen" seien. Fritz Sotke, ein früherer Rosenberg-Mitarbeiter, wurde von der Front zurückberufen und richtete unter Stellrecht eine Unter-Abteilung *Amt Wehrmachtsschulung* ein. Sotke verstand sich auf massenwirksame Texte; er hatte das wohl bekannteste Jungvolk-Lied des Dritten Reiches geschrieben. Unter seinem „Auf, hebt unsre Fahnen in den frischen Morgenwind" waren 1937 Tausende von Pimpfen in das Reichsparteitagsgelände einmarschiert, und sein Gesang von den „wilden Gesellen", die „vom Sturmwind verweht" seien, erfreut sich bis zum heutigen Tage ungebrochener Beliebtheit bei Jugendbünden aller couleur[161]. Sotke wartete nun mit Rekordzahlen auf: 1800 Vorträge bis November, 2000 bis Dezember 1943, 371 im April 1944, 546 im Mai, 469 im Juni. Die Mitglieder der Reichslehrgemeinschaft hatten vor den verschiedensten Truppenteilen zu sprechen; außerdem kam auch allwöchentlich eine neue Gruppe von Offizieren ins Schulungshaus, um dort von Rosenbergs Mitarbeitern unterrichtet zu werden[162].

Aber auch diese Tätigkeit war von den innerparteilichen Machtverhältnissen abhängig, abgesehen davon, daß es ganz beim OKW lag, ob es Rosenberg Lehrgangsteilnehmer schicken wollte. Außerdem konkurrierten auch auf diesem Felde mehrere Ämter. Diesmal handelte es sich um die Partei-Kanzlei Bormanns, um den Rednerdienst der Reichspropagandaleitung von Dr. Goebbels, um das zu KdF gehörige *Deutsche Volksbildungswerk* Leys und schließlich um das Amt Rosenberg. „Darüber hinaus organisiert sich die Wehrmacht freihändig Redner aller Art, so daß keine Kontrolle über die Eignung und Zuverlässigkeit der einzelnen besteht", klagte Sotke. Um jeden Vortrag mußte gerungen werden, „weil die Reichspropaganda-

leitung in jeder Form" versuchte, Rosenbergs „Rednereinsatz zu überfahren"[163]. Wie nicht anders zu erwarten, versuchte auch Ley Rosenberg zu behindern, hatte aber keinen Erfolg, da die Wehrmacht seinen Rednerdienst auch nur als einen unter mehreren anderen benützte und ihm bestimmte „Rechte", die er Rosenberg gegenüber hätte geltend machen können, nicht einräumte[164].

Der *Beauftragte des Führers* entwickelte im Bereich der Wehrmachtsschulung im Laufe des Jahres 1943 noch größeren Ehrgeiz. Damit scheiterte er, als durch Führerbefehl vom 22. Dezember 1943 die Ernennung sogenannter „NS-Führungsoffiziere" angeordnet wurde. Der Zufall wollte es, daß Rosenberg selbst einen Anlaß lieferte, der dazu beitrug, daß Bormann die schon länger bestehenden eigenen Pläne für einen politischen Offizier von Hitler offiziell genehmigen ließ[165]. Der Anlaß ergab sich, als Rosenberg am 16. und 17. November 1943 im Führerhauptquartier von Hitler – übrigens zum letzten Male – empfangen wurde. Der Reichsleiter versuchte bei dieser Gelegenheit unter anderem, den Erlaß eines Führerbefehls zur Ernennung von sogenannten „Offizieren für nationalsozialistische" oder „weltanschauliche Erziehung" zu erwirken. Hitler soll der Idee zugestimmt, sich jedoch für die Dienstbezeichnung „Offizier für nationalsozialistische Weltanschauung" ausgesprochen haben. Rosenberg war nach den Unterredungen gerade nach Berlin zurückgekehrt, da erfuhr er inoffiziell, Hitler habe „nach einem Vortrag von Reichsleiter Bormann entschieden", daß es heißen solle: „Offizier für nationalsozialistische Führung". Der Reichsleiter erhob am 26. November 1943 Einspruch in einer „Meldung an den Führer". Darin erklärte er, es sei Wert auf den Begriff „Erziehung" zu legen. Eine solche „Erziehung" sei „dank der Intensität" aller seiner Mitarbeiter jetzt „in steigendem Maße angelaufen". „Der Begriff nationalsozialistische Führung" sei „ganz generell" und könne nur durch einen Divisionskommandeur selbst vertreten werden. Ein nachgeordneter Offizier" könne seines „Erachtens einen solchen Titel nicht führen und eine derart generelle Funktion nicht ausüben". Sollte aus ihm „nicht bekannten Gründen ein Offizier für nationalsozialistische Führung bestimmt werden", so bäte er, Rosenberg, „einen anderen Offizier für nationalsozialistische Weltanschauung zuzubilligen, der für die Fortführung der Erziehungsarbeit unbedingt notwendig" erscheine[166]. Was wie ein Streit um Worte anmuten mochte, war das Symptom eines neuerlichen Ringens um Einfluß und Kompetenzen. Rosenberg wollte, daß ihm durch Führerbefehl Offiziere zur Verfügung gestellt würden, die seine Dienststelle und nur diese in Lehrgängen unterrichten und laufend mit Material für die Weiterverbreitung seiner Weltanschauung bei der Truppe versorgen sollte. Er dachte an ein ähnliches Arbeitsverhältnis, wie es im sogenannten „Stab OKW/WPr" zwischen Propaganda-Offizieren und Propaganda-Ministerium schon seit längerer Zeit bestand[167]. Bormann schien nun diese Hoffnung Rosenbergs wieder zunichte gemacht zu haben, indem er einen eigenen Plan bei Hitler vorgelegt hatte, der vorsah, daß die Offiziere nicht mit dem Amt des *Beauftragten,* sondern mit der Partei-Kanzlei zusammenarbeiten sollten. Inwieweit Rosenberg hinter den Plänen Bormanns auch den Versuch sah, der Partei-Kanzlei mit Hilfe politischer Kommissare allmählich eine bestimmte oder die gesamte Befehlsgewalt über die Wehrmacht in die Hände zu spielen, muß dahingestellt bleiben[168].

Was Bormann auch für eine fernere Zukunft vorgehabt haben mag – wenn er im Augenblick die Einrichtung eines Dienstweges zwischen dem Amte Rosenberg und bestimmten Schulungs-Offizieren zu verhindern suchte, so war er vom Standpunkt

der Gesamt-Interessen des Regimes aus im Recht. Er sah voraus, daß die Dienststelle des Weltanschauungs-Theoretikers der NSDAP nicht in der Lage sein würde, die „Nationalsozialistische Revolutionsarmee“[169] aus dem Boden zu stampfen, von der Hitler, Bormann und andere eine neue Wende des Krieges erhofften. Bormann sagte das nicht offen und beschrieb seine eigenen Vorhaben nur mit allgemein gehaltenen Sätzen, aber auch was er Rosenberg erwiderte, hätte diesem einleuchten müssen: Der *Führer* habe die von Rosenbergs Vorschlägen abweichende Dienstbezeichnung gewählt, weil „die weltanschauliche Schulung nur ein Teilgebiet der politischen Führung“ sei. Er, Bormann, müsse leider feststellen, daß Rosenberg seinen Plan „ohne vorherige Abstimmung“ mit der Partei-Kanzlei Hitler unterbreitet habe. Dann beschwor er ihn: „Gegenüber der Wehrmacht muß die Partei-Kanzlei alle Dienststellen der NSDAP vertreten. Wohin kämen wir, wenn neben Ihnen ... Dr. Goebbels, ... Dr. Ley und die übrigen beteiligten Reichsleiter, Reichsminister und sonstigen politischen Führungsstellen des Reiches neben- und allzuoft gegeneinander mit dem Oberkommando der Wehrmacht und mit den einzelnen Oberkommandos direkt verhandeln würden! ... In dieser Frage kommt es, wie der Führer betonte, ausschlaggebend auf den Erfolg ... an; diesen Erfolg erreichen wir aber nur, wenn möglichst keinerlei Zwistigkeiten unserer Führungsstellen ... in Erscheinung treten.“[170] Rosenberg erwiderte, er erkenne die Funktion der Partei-Kanzlei als „zentrale⟨r⟩ Vertretung für die verschiedenen Dienststellen gegenüber der Wehrmacht“ durchaus an. Er wollte nur im vorliegenden Falle nicht die Konsequenzen aus dieser Anerkennung ziehen und wiederholte seine Gegenvorschläge, die auf eine Doppelgleisigkeit zwischen einem politischen und einem weltanschaulichen Führungsoffizier hinausliefen, mehrere Monate lang in einer Reihe von emphatischen Briefen an Bormann. Der entsprechende Schriftwechsel wurde Ende Februar 1944 eingestellt. Bormann mag der Ansicht gewesen sein, daß es zwecklos sei, mit Rosenberg noch weiterzuverhandeln[171].

Die Befugnisse der Dienststelle wurden also nicht vergrößert, wie Rosenberg sich das nach seinem Besuch bei Hitler erhofft hatte; sie wurden aber durch die Ernennung der NS-Führungsoffiziere auch vorläufig nicht eingeschränkt. Das Amt hatte seinen Vertreter im „Arbeitsstab der Partei-Kanzlei“ und konnte dort an der Organisation des Rednerdienstes mitwirken, über den das mit viel Aufwand angekündigte NSFO-Programm in den meisten Fällen nicht hinausgekommen zu sein scheint[172]. Die Unterstützung, die die Dienststelle im übrigen durch Bormann erhielt, war gering. Die hohen Auflagen der Schulungsschriften, die Rosenberg auf dem Erfolgskonto buchen zu können meinte, kamen nicht mit Hilfe, sondern gegen den Wunsch der Partei-Kanzlei zustande: Der Reichsschatzmeister Schwarz, Rosenbergs loyaler Freund, bewilligte die erforderlichen Papiermengen, die Bormanns Mitarbeiter dem „Überwachungsamt“ verweigert hatten, aus dem allgemeinen Partei-Kontingent[173]. Die Funktionäre aus der Partei-Kanzlei hatten eine geringe Meinung über den propagandistischen und didaktischen Wert der Vorträge, die die Dienststelle des Partei-Theoretikers vermittelte. Sie sagten das nicht direkt. Aber es war deutlich genug, daß sie während der Auseinandersetzungen um den NSFO-Erlaß Hitlers dem „Überwachungsamt“ über die Beschwerde eines Lehrgangsteilnehmers berichteten, der erklärt haben sollte: „Es sei ihm und seinen Kameraden völlig unverständlich, daß Goebbels sich diesen vielleicht wichtigsten Zweig der Propaganda von Rosenberg habe aus der Hand nehmen lassen.“[174] Die Vorträge würden in

„schulmäßiger Art" gehalten und brächten „überhaupt nichts Neues". Die darin oftmals enthaltenen „Erörterungen über die Qualität bzw. Minderwertigkeit einzelner deutscher Volksstämme" trieben zudem „Keile in die Volksgemeinschaft" und riefen Empörung hervor[175]. Dieser Protest ist eines der wenigen erhalten gebliebenen Zeugnisse über den „Inhalt" der Schulungsvorträge Rosenbergs. Der Vorwurf der ständigen Wiederholung des Bekannten dürfte indessen gegen viele nationalsozialistische Schulungs-Veranstaltungen erhoben worden sein[176].

Die Auseinandersetzungen über die Frage der NS-Führungsoffiziere hatten wiederum gezeigt, daß Bormann, Hitlers damals engster Mitarbeiter, das Ämter-Chaos selbst verurteilte. Es ging zwar in diesem Falle um die Interessen seiner eigenen Dienststelle, aber das Bedauern scheint doch echt gewesen zu sein, da Bormann und sein schwächerer Vorgänger Heß sich auch schon früher mehrfach um Vermittlung bemüht hatten. Allerdings hatten sie dabei meist nur dann Erfolg gehabt, wenn die jeweils im Streit liegenden Partner kompromißwillig gewesen waren. Der Stellvertreter des Führers und sein Nachfolger hätten aber eine Entscheidung auch erzwingen können. Dem wich Bormann indessen jetzt ebenso aus wie früher. Dadurch blieben die Grundprobleme ungelöst, und es hat den Anschein, daß dies der Fall war, weil man an den ohnehin prekären Verhältnissen nicht rühren und durch vollständige Entmachtung eines Amtsträgers, zumal wenn es sich dabei um einen „alten Kämpfer" handelte, noch mehr Verwirrung im Parteiapparat mit seinen zahlreichen persönlichen Verflechtungen stiften wollte. Die opportunistische Abwandlung des möglicherweise befolgten Rivalitätsprinzips durch Hitler und seine mehrfache Verkehrung in sein Gegenteil zeigte, daß der *Führer* und seine nächsten Mitarbeiter weniger rationalen Plänen einer überlegenen Machtstrategie als impulsiven Verhaltensweisen folgten, die dem persönlichen Glauben des Diktators an die Nützlichkeit des Rivalitätsprinzips keineswegs zu widersprechen brauchten[177]. Die Feststellung Bormanns, der Erfolg der Arbeit der Parteidienststellen werde durch innere „Zwistigkeiten"[178] gefährdet, paßt daher durchaus in dieses Bild vom Improvisations-Charakter der internen Parteipolitik, so grotesk der Appell an die Einigkeit angesichts des tatsächlich vorhandenen Ämter-Chaos auch wirken mag. Rosenberg war bezeichnenderweise gar nicht erstaunt über die Mahnung Bormanns; er empfand sie als so natürlich und selbstverständlich, wie sie an sich auch war. Die ständigen Kompetenzkämpfe gingen zum großen Teil eben auch auf persönliches Machtstreben oder die Unfähigkeit der hohen Funktionäre zurück. Das Element der Improvisation und der Mangel an Konsequenz kennzeichnen nun auch eine letzte Periode innerer Auseinandersetzungen, an denen das Amt Rosenberg beteiligt war.

Die Dienststellen von Partei und Staat wurden in den Tagen, in denen sich die Katastrophe von Stalingrad bereits abzuzeichnen begann, auf Anordnung Hitlers angewiesen, ihre Tätigkeit sofort auf das Notwendigste einzuschränken und Personal für kriegswichtige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Am 13. Januar 1943 lief in der Dienststelle Rosenberg ein Fernschreiben mit dem am gleichen Tag ergangenen „Erlaß des Führers für den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für die Aufgaben der Reichsverteidigung" ein. Zum ersten Male gebrauchte Hitler darin offiziell das Wort vom „Totalen Krieg". Am 26. Januar 1943 teilte Bormann mit, er habe „im Bereich der Partei ... im Auftrage des Führers jede Dienststelle stillzulegen, deren Arbeit nicht als unbedingt kriegswichtig angesehen werden" könne. An diesem Tage wurde um 11.45 Uhr fernschriftlich die Stillegung des Außen-

politischen Amtes, um 17.40 Uhr die der Hauptämter Kunstpflege und Wissenschaft einschließlich Vorgeschichte verlangt. Diese Forderungen wurden in den folgenden Tagen noch erweitert. Rosenberg gestand die Schließung des APA zu, da dieses seit Kriegsbeginn kaum noch arbeitete; im übrigen erhob er Einwände in scharfer Form. Bis zum 19. Februar 1943 wurden Fernschreiben und Briefe gewechselt, danach war von dem großen Vorhaben plötzlich keine Rede mehr. Beide Seiten verhielten sich so, als habe es nie ein Stalingrad gegeben. Das Thema wurde noch einmal berührt, als Rosenberg am 19. Mai 1943 im Führerhauptquartier in Winniza empfangen wurde. Während er den Hauptzweck seines Besuches, der entscheidenden Fragen der Ostpolitik galt, nicht erreichte, hatte er hinsichtlich seines „Überwachungsamtes" Erfolg. Bormann widersprach nicht, als Rosenberg bei der Diskussion der Frage einer Stillegung bestimmter Abteilungen lediglich einige Personaleinsparungen vorschlug. Da Bormann in den folgenden Monaten auf das Thema nicht zurückkam und Rosenberg es von sich aus möglichst nicht wieder berühren wollte, verliefen die im Januar 1943 mit viel Aufwand angekündigten Vorhaben zur Vereinfachung des Parteiapparates im Sande, und das galt nicht nur für das Amt Rosenberg[179]. Bormann verwandte damit auch keine Mühe mehr darauf, die Machtkämpfe unter den Dienststellen wenigstens angesichts der Kriegsereignisse durch eine grundsätzliche Entscheidung einzudämmen.

Die geschilderten Vorgänge wiederholten sich noch ein zweites Mal. Nach dem 20. Juli 1944 kam eine, wie es schien, umfassend angelegte Aktion zur „Konzentration der Kräfte" in Gang, die wieder mit Fernschreiben angekündigt wurde, welche den Vermerk „Eilt sehr – sofort auf den Tisch" trugen. Am 25. Juli 1944 wurde Goebbels zum *Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz* ernannt. Im August begannen wiederum Verhandlungen über die Schließung bestimmter Abteilungen der Dienststelle Rosenberg. Der Reichsleiter nahm die Gespräche selbst auf, nachdem er „von dritter Seite" gehört hatte, Goebbels und Bormann hätten sich bereits über „die Stillegung oder Nichtstillegung" des Amtes Rosenberg unterhalten. Bormann erklärte während dieser Besprechungen, es käme nicht alleine darauf an, ob durch die Ämterschließung „eine zahlenmäßig ins Auge fallende Einsparung von Arbeitskräften ... erzielt" werde. „Erfahrungsgemäß" beschäftigten „auch die Dienststellen mit kleinem Mitarbeiterstab die übrigen kriegswichtigen Dienststellen der Partei mit ihren Problemen"[180]. Aus den „noch relativ gut besetzten Reichsleitungsdienststellen" ströme „eine zu große Flut von Druckschriften und Anordnungen herunter ..., die unten beim besten Willen nicht bewältigt werden könne". Die Partei-Kanzlei verlangte darum, daß bestimmte Tätigkeitsgebiete überhaupt einzuschränken seien. Fernerhin sollte Rosenbergs Hauptamt Schrifttumspflege mit Bouhlers Parteiamtlicher Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums zusammengelegt werden. Die Mitarbeiter des Parteiideologen waren entrüstet über die „Unverschämtheit der Zumutung", die dies bedeute[181]. Bormann behauptete, daß es „lediglich" mit Rosenbergs Dienststelle „Schwierigkeiten" gebe. Das Amt entsandte zwar nun doch viele Referenten zur Wehrmacht oder in andere Parteistellen, die als „kriegswichtig" galten, und Rosenberg berechnete, daß er 70% Personal gegenüber der Friedensstärke eingespart habe[182]. Aber keine der Abteilungen wurde völlig geschlossen. Die nutzloseste davon, das Hauptamt Überstaatliche Mächte, dessen einsames Ringen „gegen die gigantische Apparatur der weltanschaulichen Gegner"[182a] Rosenberg Bormann mit so beredten Worten darzustellen

gewußt hatte, daß von diesem schließlich zugestanden worden war, die Unter-Abteilungen „Bolschewismus" und „Judentum" könnten „fortgeführt werden"[182b], erhielt noch im November 1944 einen neuen Leiter und hatte immer noch vier Referenten[183]. Nur darf nicht übersehen werden, daß diese Ämter bis zur Lächerlichkeit grotesk nur deshalb wirkten, weil sie keine Exekutivgewalt besaßen. Hatten sie diese einmal, dann waren sie wie zahlreiche andere nationalsozialistische Behörden fähig, dem Unrecht nicht nur mit Worten seinen Weg zu bahnen.

5. Der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg" (1940–1945)

So gering die Macht der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* innerhalb des Parteiapparates auch war, so nachhaltig waren doch die Wirkungen, die sie in manchem Bereich auszuüben vermochte. Dies zeigte besonders die Tätigkeit des sogenannten *Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg*. Diese Organisation gehörte zu den Kulturraub-Kommandos, die während des Krieges in den besetzten Gebieten Kunstgegenstände und Bibliotheken entgegen allen Gesetzen des Völkerrechts beschlagnahmten. Das Kommando arbeitete eng mit dem Hauptamt Kunstpflege der Dienststelle zusammen. Der Vorgang zeigte, daß eine der einflußarmen Schulungs-Abteilungen plötzlich Bedeutung erlangen konnte, als nach Ausbruch des Krieges im Reiche Hitlers neue Macht zu vergeben war.

Als Alfred Rosenberg seinen *Führer* um die Vollmacht bat, in den besetzten Gebieten Kulturgut beschlagnahmen zu dürfen, unternahm er zum ersten Mal den Versuch, sich in fortan systematischer Weise an den Verbrechen des Regimes zu beteiligen. Er überschritt die Schwelle zwischen Recht und Unrecht ohne Überlegung, er nahm sie nicht einmal wahr, und das nicht ohne Grund, denn sie war für ihn nicht mehr vorhanden. Er hatte die Bereitschaft, die von der Ethik gesetzten Schranken unbeachtet zu lassen, schon im „Mythus" in der Theorie vom Rasse-Recht, in den Thesen über die damit in Zusammenhang stehende „Organische Wahrheit" und in der Verehrung der Gewalt, die aus seinen heroischen Geschichtsbildern sprach, zu erkennen gegeben. Er hatte das Gesetz der Willkür bereits in seinem „Potempa"-Artikel zum Postulat erhoben und geschrieben, für den Nationalsozialismus sei „nicht Seele gleich Seele, nicht Mensch gleich Mensch", für den Nationalsozialismus gebe es „kein ‚Recht an sich'"[184]. Der Einsatzstab Rosenberg zeigte, was das heißen sollte.

„In den Jahren 1942/43", so hieß es in einem Bericht des „Sonderstabes ‚Bildende Kunst'", „wurden allein in den besetzten Westgebieten aus dem Besitz geflüchteter Juden oder aus dem herrenlosen Besitz von Deutschfeinden an Kunstwerken sichergestellt ... über 1700 Gemälde, Bilder und Zeichnungen ..., 300 Plastiken, 430 Gobelins, 160 Broncen, über 100 Gläser, 470 Porzellane, 87 Fayencen, 83 Vasen ..., hochwertiges Silbergerät aus Nürnberg, Dresden, Augsburg, Straßburg und Paris ..., persische Keramik aus dem 13. Jahrhundert, prähistorische Sachen aus China ..., Spitzen aus Brüssel und Venedig, Gemmen aus Byzanz, griechische Vasen, Goldschmiedearbeiten von der Krim ... Der materielle Wert dieser erfaßten Kunstgegenstände ist mit mindestens 1 Milliarde RM zu veranschlagen ..."[185] Aber das war nur ein Zwischenbericht. Robert Scholz, dessen Amt Bildende Kunst nun endlich einmal größere Bedeutung erlangte und das jetzt zeigen konnte, was die Moral

wert war, in deren Namen man die Kunst der anderen als „entartet" zu bezeichnen wagte, erklärte in einer abschließenden Zusammenfassung: „In der Zeit vom März 1941 bis Juli 1944 wurden vom ‚Sonderstab Bildende Kunst' ins Reich verbracht: 137 Waggons mit ... Kunstwerken ... Es wurden bis zum 15. Juli 1944 wissenschaftlich inventarisiert: 21 903 Kunstgegenstände ... Der außergewöhnliche künstlerische und materielle Wert der erfaßten Kunstwerke ist in Zahlen nicht faßbar, ... weil auf dem Kunstmarkt keine vergleichbaren Werte erschienen sind."[186]

Aber es wurden nicht nur Kunstwerke aller Art geraubt und nach Deutschland gebracht, sondern „systematisch" abgesucht wurden in den West- und Ostgebieten auch die folgenden „Objekte": jüdische Wohnungen, Logen, „sämtliche Bibliotheken des Staates, der Kommunen, der Parteien", der Schulen und Universitäten, darunter das Institut für Sozialwissenschaften in Amsterdam, die Alliance israelite universelle in Paris, die Bibliotheka Polsca ebendort, die Akademie der Wissenschaften in Minsk, die Kirow-Bibliothek in Kiew, die Karolako-Bibliothek in Charkow, die Universitätsbibliothek in Athen[187]. Dem Amte Rosenberg war vor allem am Beutegut aus diesen Bibliotheken gelegen. Denn damit erhielt die Dienststelle mitten im Kriege die Möglichkeit, die Forschungsinstitute der geplanten Hohen Schule einzurichten.

Der neue Auftrag für Rosenberg war nicht von Anfang so allumfassend formuliert, daß ihm ein Kulturraub des dann schließlich erreichten Ausmaßes möglich gewesen wäre. Der Reichsleiter hatte außerdem fünf Konkurrenten auf diesem Gebiet, nämlich Hitler, Himmler, Goebbels, Göring und Ribbentrop mit seinem Pariser Botschafter Abetz. Ribbentrop und Goebbels verzichteten im Laufe der Zeit darauf, von ihren Möglichkeiten Gebrauch zu machen, so daß nur noch Hitler, Himmler, Göring und Rosenberg als Konkurrenten übrig blieben. Die Machtkonstellation wurde ausnahmsweise einmal übersichtlicher und vereinfachte sich noch weiter, weil Göring zwei Bündnisse einging: eines mit Himmler für die Ausraubung Polens und eines mit Rosenberg für den Kunstdiebstahl in Westeuropa. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Hitlers „Spiel mit Befehlen und Kompetenzen ... das Vorgehen erst recht gründlich machte"[188]. Es muß aber auch im vorliegenden Falle wieder auf die mangelnde Konsequenz hingewiesen werden, mit der er seine möglicherweise vorhandenen Herrschafts-„Prinzipien" anwandte: Er nahm den Verzicht Ribbentrops und Goebbels' ebenso widerspruchslos hin wie die Abschwächung der Konkurrenz-Situation durch die Bündnisse Görings.

Das Startzeichen zur illegalen Bereicherung gab Hitler bereits vor dem Kriege. Er hatte sich schon lange mit dem Plan getragen, in Linz eine an Wert und Umfang einzigartige Sammlung an Kunstwerken aufzubauen. Der Gedanke, diesem Vorhaben näher zu treten, könnte ihm im Mai 1938 gekommen sein, als er während seines Staatsbesuches in Italien von dem mit der Geste des Imperators auftretenden Mussolini durch die Uffizien geleitet worden war. Hitler suchte nun nach einem Fachmann, der ihm bei der Zusammenstellung der Sammlung behilflich sein sollte und fand ihn in Dr. Hans Posse, dem Direktor der Dresdener Gemäldegalerie. Was den international bekannten Gelehrten veranlaßt haben mag, bei illegalen oder scheinlegalen Rechtsgeschäften mitzuwirken, ist unbekannt und rätselhaft. Posse gehörte ursprünglich sogar zu den Fachleuten, die von führenden Nationalsozialisten verfolgt wurden, da sie sich auch für moderne Kunst einsetzten. Im Jahre 1933 hatte man die weltberühmte Dresdner Galerie aller planmäßigen Erwerbungsmittel

beraubt. Posse mag Hitlers Angebot angenommen haben, um weiteren Verfolgungen, die vor allem vom sächsischen Gauleiter Mutschmann ausgingen, zu entgehen. Aber das allein macht den Umfang seiner illegalen Ankäufe, die er zwischen 1939 und 1942 vornahm, nicht verständlich. Posse wurde am 26. Juni 1939 mit dem „Sonderauftrag Linz" versehen und reiste während des Krieges in den besetzten Ländern, um zu kaufen, zu tauschen und beschlagnahmtes Gut zu besichtigen. In vielen Fällen erwarb er beim Kauf eines Werkes auch einen formalen Rechtstitel. Er zahlte dann den niedrigen Preis, den verfolgte oder unter Druck gesetzte Eigentümer noch gerade verlangen konnten. Er gab bis zum März 1941 allein 8,5 Millionen RM aus. In vielen Fällen suchte Posse aber auch wertvolle Gemälde und Plastiken aus widerrechtlich beschlagnahmtem Besitz aus. Er übersandte Hitler zum Beispiel am 20. Oktober 1939 eine Liste von Kunstwerken, nachdem aus den Wohnungen der jüdischen Bürger Wiens „alle Wertgegenstände" entschädigungslos entfernt worden waren. Weitere Vorschläge wurden Hitler unterbreitet, nachdem Posse „sichergestelltes" Gut im besetzten Polen besichtigt hatte. Der Transport des Krakauer Veit-Stoß-Altars nach Nürnberg und die Überführung von Leonardo da Vincis Gemälde „Die Dame mit dem Hermelin" nach Deutschland gehen auf Posses Initiative zurück. Nach dem Tode des Galeriedirektors setzte sein Nachfolger, Professor Hermann Voß, seine Tätigkeit im gleichen Sinne fort. Es war vorgesehen, daß auch der Einsatzstab Rosenberg seine Beute eines Tages an Voß übergeben sollte[189].

Der Kunstraub Görings und Himmlers begann erst nach Ausbruch des Krieges. Göring ernannte am 19. Oktober 1939 einen „Sonderbeauftragten für die Erfassung und Sicherung der Kunst- und Kulturschätze" im Generalgouvernement[190]. Göring verbündete sich kurz darauf mit Himmler, da diesem in der SS-Wissenschaftsorganisation *Ahnenerbe* diejenigen Fachleute zur Verfügung standen, die Göring fehlten[191].

Ein Jahr nach Beginn der Kampfhandlungen meldeten auch Ribbentrop und Rosenberg – unabhängig voneinander – ihre Ansprüche auf Teile der Kriegsbeute an. Sie benötigten dafür Führer-Vollmachten, denn sie richteten ihr Interesse zunächst auf Westeuropa, das zur Ausraubung nicht ohne jede Ermächtigung freigegeben war wie das Land der „slawischen Untermenschen". Die erste Vollmacht erhielt Ribbentrop. „Der Führer hat nach Vortrag des Herrn Reichsaußenministers angeordnet", so schrieb Keitel am 30. Juni 1940 an den Militärbefehlshaber von Paris, „daß – neben den in französischem Staatsbesitz befindlichen Kunstschätzen – auch die im privaten, vornehmlich jüdischen Besitz befindlichen Kunst- und Altertumswerte vor Verschleppung bzw. Verbergung einstweilen in Verwahrung der Besatzungsmacht sichergestellt werden unter Kenntlichmachung des bisherigen französischen Besitzers. Es soll zwar keine Enteignung, wohl aber Überführung in unseren Gewahrsam stattfinden als Pfand für die Friedensverhandlungen . . ."[192]

Besonders der letzte Satz des Führerbefehls enthüllte dessen völkerrechtswidrigen Charakter. Der Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni 1940 enthielt keinerlei Bestimmungen über die Beschlagnahme oder Wegführung von Kulturbesitz. Nach der Haager Landkriegsordnung ist die Einziehung von Privateigentum grundsätzlich verboten. Außerdem nahm Hitlers Befehl Bestimmungen eines künftigen Friedensvertrages vorweg. Schließlich konstruierte er noch einen rechtlichen Unterschied zwischen den französischen Staatsbürgern, obwohl das Waffenstillstandsabkommen für die Gesamtheit dieser Bürger galt[193]. Der Befehl ließ vermuten, daß hohe natio-

nalsozialistische Führer der Ansicht waren, daß mit den Franzosen jüdischen Glaubens oder jüdischer „Abstammung" kein Waffenstillstandsvertrag geschlossen worden sei. Tatsächlich befand sich das moralische Niveau vieler Parteiführer und ihrer Mitarbeiter auf einem so niedrigen Stand, daß eine solche Auffassung unabhängig voneinander zur gleichen Zeit in den verschiedensten Dienststellen entstand, und dies auch in solchen, wie dem Amte Rosenberg, die an den Ausrottungsmaßnahmen in Polen nicht beteiligt gewesen waren.

Man hat mit Recht und zur Ehre vieler Soldaten festgestellt, daß die Besatzungsbehörden in Frankreich ihr möglichstes getan haben, um die Völkerrechtsvergehen der Parteidienststellen zu bekämpfen. Die „Rechts"-Auffassungen der Partei wurden in der Behörde des deutschen Militärbefehlshaber Frankreich, General Otto von Stülpnagel, und in den nachgeordneten Dienststellen mit Schärfe zurückgewiesen. Bereits am 15. Juli 1940 wurde durch eine Verordnung die Entfernung oder Veränderung beweglicher Kunstgegenstände verboten; der Befehl wurde später noch zweimal präzisiert. Übergriffen der Truppe war dadurch Einhalt geboten; gegen Beschlagnahme-Aktionen von Stellen, die der „Rechtsauffassung" der Partei nahestanden, half aber auf die Dauer nur das Mittel hinhaltenden Widerstandes. Der Militärbefehlshaber Frankreich übte die gesetzliche Territorialhoheit aus; es bestand Hoffnung, daß er mit seiner Exekutivgewalt den Handlungen der einzelnen Parteiführer würde steuern können.

Auf Grund des Führerbefehls, der zugunsten Ribbentrops ergangen war, hätte der Militärbefehlshaber noch zahlreiche Rechte in Anspruch nehmen können. Die „Sicherstellungen" sollten ja durch die Besatzungstruppe vorgenommen werden. Darüber setzte sich Ribbentrops Vertreter, der Botschafter Abetz, bereits am 1. Juli 1940 hinweg, indem er behauptete, selbst „beauftragt" worden zu sein[194]. Das Militär sollte ihm lediglich behilflich sein. Leider wurde ihm im Sommer 1940 von einigen unsicher gewordenen Abteilungen in der Behörde des Militärbefehlshabers Unterstützung für eine Reihe von Beschlagnahme-Aktionen gewährt. Dagegen erhob eine andere Abteilung, die „Gruppe Kunstschutz" unter Leitung des Kunsthistorikers Professor Dr. Franz Graf Wolff Metternich, Beschwerde beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch. Inwieweit diese Beschwerde das weitere Verhalten Abetz' beeinflußt hat, ist nicht klar erkennbar. Der Botschafter beugte sich aber der Militärverwaltung am 28. September 1940, und zwar mit der Begründung, daß „die inzwischen veränderte politische Lage" dies erforderlich mache. In der Behörde des Militärbefehlshabers entstand der Eindruck, daß damit „Bestrebungen der Deutschen Botschaft und der Französischen Regierung zu engerer Zusammenarbeit gemeint" seien. Fortan unterließ Abetz die „Sicherstellungen" und Ribbentrop fand sich mit dem Verzicht ab. Die Beschlagnahmen waren aber schon so bekannt geworden, daß in der amerikanischen Presse die ersten Artikel über den deutschen Rechtsbruch erschienen[195].

Während Ribbentrop und sein Botschafter die schon in Gang gebrachten Aktionen in der Hoffnung auf das Wohlwollen der Regierung Petain wieder abbrachen, erhielt Rosenberg etwa zur gleichen Zeit die Erlaubnis, die gegenteilige Politik zu verfolgen. Er erkannte die Möglichkeit, sich im besetzten Gebiet die Bücher für die Institute der Hohen Schule zu beschaffen und also die Führer-Vollmacht vom 29. Januar 1940 in ungeahnter Weise ausnützen zu können. Am 1. Juli 1940 schrieb Rosenberg an das Führerhauptquartier, einer seiner Mitarbeiter, ein Reichshauptstellenleiter Georg

Ebert, habe eine Abordnung ausländischer Journalisten nach Paris begleitet und dabei festgestellt, daß dort mehrere „Großlogen" ohne Bewachung stünden. Rosenberg äußerte die Besorgnis, daß „hier die Franzosen noch nachträglich wichtige Dinge beiseite" bringen könnten. Ebert habe unter anderem festgestellt, daß in einer Loge „das Bild des jüdischen Mörders Grünspan" an der Wand hinge. Außerdem war Ebert zu dem Ergebnis gekommen, daß unter den „unermeßlichen historischen und politischen Schätzen" der Logen-Gebäude „wichtige Korrespondenzen mit ausländischen Persönlichkeiten" vorhanden wären, auch sei die Bibliothek „ungeheuer groß". Rosenberg bat Hitler, „die Genehmigung zu erteilen, daß die gesamten Bibliotheken der Logen von Frankreich nach Deutschland zur Verfügung der Hohen Schule zugeführt würden". Es sei „hier eine einzigartige Gelegenheit gegeben", das, was die NSDAP „im politischen Kampf erklärte, nunmehr nach historischen Urkunden zu erforschen . . . Mit Hilfe einer solchen Arbeit könnten wohl auch die Machenschaften der Logen in Nord- und Südamerika heftig erschüttert werden. Ein Bedenken staatsrechtlicher Art ließe sich vielleicht so wegdenken, daß es sich hier . . . nicht um französisches Staatseigentum handelt, sondern, wie das Bild des Mörders Grünspan beweist, um verschwörerische Vereinigungen, die mit der Ermordung deutscher Diplomaten sympathisieren . . ."[196]

Selten ist aus einem Briefe Rosenbergs klarer zu erkennen, daß Wahnhaftigkeit und Irrationalität des Denkens zur Quelle von Unrecht und Gewalt werden können. Ohne Überlegung begab sich Rosenberg auf die Bahn des Verbrechens. Rechtliche Bedenken ließen sich nach seiner Ansicht mit Hilfe der Ideologie „wegdenken". Selten wurde aber auch einem Verlangen Rosenbergs schneller entsprochen als diesmal. Keitel teilte bereits am 5. Juli 1940 Brauchitsch und den Befehlshabern in den Westgebieten mit, die Geheime Staatspolizei „– unterstützt durch Archivare des Reichsleiters Rosenberg –" solle „1. die Staatsbibliotheken und Archive nach für Deutschland wertvollen Schriften, 2. die Kanzleien der hohen Kirchenbehörden und Logen nach gegen uns [Nationalsozialisten] gerichteten politischen Vorgängen durchforschen und das in Betracht kommende Material beschlagnahmen . . . lassen". SD-Chef Heydrich sei benachrichtigt. Er werde mit den Militärbefehlshabern in Verbindung treten[197]. Es fällt auf, daß die Vollmachten, die Rosenberg erteilt wurden, über den von ihm selbst vorgesehenen Umfang hinausgingen. Welche Umstände zu dieser Erweiterung führten, ist unbekannt.

Der Militärbefehlshaber konnte nun wenig mehr tun, als sich zusammen mit dem OKH-Chef von Brauchitsch um eine einschränkende Anwendung des offiziell nicht zu umgehenden „Führerbefehls" und um die Respektierung des Beteiligungsrechts des Militärs zu bemühen. Die Kunstschutzoffiziere haben auch zahlreiche entsprechende Versuche unternommen. Metternich hatte noch einmal einen Erfolg: Er vermochte Goebbels auszuschalten. Dieser hatte sich nach Ribbentrop und Rosenberg ebenfalls um eine Beschlagnahme-Vollmacht bemüht. Daraufhin wurde er am 13. August 1940 mit der „Erfassung" aller „Kunstwerke und geschichtlich bedeutsamen Gegenstände, die im Lauf der Zeiten ohne unseren [der Deutschen] Willen aus unserem Besitz in den unserer Kriegsgegner" gelangt seien, beauftragt. Metternich erreichte jedoch in einer Besprechung mit Goebbels im Dezember 1941, daß die „Rückführung" der genannten Werke bis Kriegsende vertagt werden sollte. Die Gründe für Goebbels' Verzicht sind unbekannt. Große Teile des französischen Kunstbesitzes waren dank dem Eingreifen Metternichs gerettet[198].

Die Entwicklung, die den deutschen Kunstschutz endgültig entmachtete, begann am 5. September 1940 mit einem Briefe Rosenbergs an Dr. Best, den Leiter der Abteilung Verwaltung beim Militärbefehlshaber. Rosenberg schrieb: „Meine Mitarbeiter ⟨haben⟩ an verschiedenen Stellen wertvolles Kulturgut festgestellt. Es handelt sich ausschließlich um z. Zt. herrenlosen jüdischen Besitz ... Ich werde diese Gegenstände nach Deutschland transportieren ... lassen."[199] Dieses Schreiben war noch nicht in Paris eingetroffen, als Georg Ebert, der inzwischen zum Leiter des Einsatzstabes ernannt worden war, bereits den Vollzug einer ersten Maßnahme mitteilte, die Rosenbergs neuen Entschlüssen entsprach. Er ließ wissen, er habe durch die Geheime Feldpolizei im Beisein von SD-Beamten die Biblioteka Polska in Paris beschlagnahmen lassen. Am 11. September traf der Verwaltungsleiter des Amtes Rosenberg, Gregor Heil, in Paris ein und übergab das erwähnte Schreiben seines Chefs an Best. Die Absendung eines persönlichen Beauftragten zeigte, daß der Parteiideologe sich der Bedeutung seines Schrittes, durch welchen er eine selbständige Erweiterung des Führerauftrages auf den Bereich der privaten Kunstsammlungen und Bibliotheken vornehmen wollte, durchaus bewußt war. Dem Abgesandten Heil wurde eröffnet, daß die Entscheidung des OKH (Brauchitsch) eingeholt werden müsse. Am 13. September ging an das OKH ein Bericht der Militärverwaltung ab, der auf die Völkerrechtswidrigkeit der neuen Wünsche Rosenbergs hinwies.

Heil blieb es nicht verborgen, daß die Offiziere Widerstand zu leisten versuchten. Er benachrichtigte daher seinerseits den Reichsleiter[200]. Dieser benutzte am 16. September 1940 ein Zusammentreffen mit Hitler, um sich über die „‚Bedenken' unserer Kriegsjuristen in Frankreich" zu beschweren. Er erwähnte dabei einen Vorwand, den offenbar die Beamten des Kunstschutzes verwendet hatten: Die Bestände zum Beispiel der Familie Rothschild seien durch Übereignung französisches Staatseigentum geworden und dürften daher nicht beschlagnahmt werden. Hitler erklärte auf die gezielte Bemerkung Rosenbergs, „daß hier keinerlei Rücksichten zu nehmen seien und daß alles möglichst sofort weggeschafft werden solle". Die polnische Bibliothek sei als polnischer Besitz ohnehin „automatisch ... deutsches Eigentum" geworden. Rosenberg verfaßte nun eine Aktennotiz für Ebert und Urban, in der der Begriff „Bestände der Familie Rothschild" nicht näher umschrieben war und fingierte somit die Zustimmung Hitlers zur Kompetenzausdehnung auf die gesamten jüdischen Kunstschätze; außerdem vermochte er Keitel am 17. September zur Herausgabe eines Schreibens zu bewegen, in dem er „ermächtigt" wurde, „die ihm wertvoll erscheinenden Kulturgüter nach Deutschland abzutransportieren". Die Verfügung galt nur für sogenannten „herrenlosen jüdischen Besitz". Hitler selbst hatte sich „die Entscheidung" über dessen Verwendung vorbehalten[201].

Die Schutzmaßnahmen der Militärverwaltung hatten von nun an nur noch in wenigen Fällen Erfolg. Es konnte sich nur noch darum handeln, den Abstransport zu verhindern. In den ersten sieben Wochen nach dem 17. September hielten sich die Wegführungen „in engen Grenzen"[202]. Anfang November 1940 wurde aber das erwähnte Bündnis zwischen Rosenberg und Göring geschlossen. Von da an war die Militärverwaltung machtlos. So wie der Reichsmarschall für Polen die Hilfe Himmlers angenommen hatte, so bediente er sich für Frankreich der Mitarbeiter der Abteilung Kunstpflege im Amt Rosenberg, die die Einsatzkommandos berieten. Göring handelte freilich nicht um des höheren Ruhmes der Linzer Galerie willen, sondern verfolgte durchaus private Interessen. Er leitete einen der größten Korruptionsfälle

der Geschichte des Nationalsozialismus ein. Am 4. und 5. November 1940 erschien er im Louvre, wo der Einsatzstab bereits eine unermeßliche Beute aufgestellt hatte. Dort diktierte er einen Befehl, durch den er die Kunstwerke in mehrere Gruppen einzuteilen anordnete. Zu der ersten sollten diejenigen Gegenstände gehören, „über deren weitere Verfügung sich der Führer das Bestimmungsrecht vorbehalten" habe, zur zweiten diejenigen, die „zur Vervollständigung der Sammlungen des Reichsmarschalls" dienen würden, und zur dritten solche, die beim „Aufbau der Hohen Schule" und bei der Erweiterung deutscher Museen Verwendung finden könnten. Diese Gruppen sollten „unverzüglich durch den Einsatzstab Rosenberg ordnungsgemäß inventarisiert, verpackt und mit Unterstützung der Luftwaffe nach Deutschland gebracht" werden. Was unwürdig war, sollte in Frankreich bleiben[203].

Hitler billigte Görings Befehl am 14. November. Göring selbst wies Rosenberg am 21. November 1940 auf den Wert des neuen Bündnisses hin: Der Reichsleiter habe ja nun erhalten, was er „bisher praktisch nicht erreichen" konnte, „nämlich Transportmittel und Bewachungspersonal". Die Luftwaffe sei „angewiesen, das Äußerste an Hilfestellung zu leisten". Göring hatte recht: erst auf Grund seiner Beihilfe konnte Rosenberg den Kunstraub in großem Umfange durchführen. Der Auftrag Rosenbergs wurde von Hitler am 1. März 1942 noch einmal erweitert; er bezog sich nunmehr auch auf die „unter Zivilverwaltung stehenden besetzten Ostgebiete", ausgenommen das „Generalgouvernement", und umfaßte jetzt ganz allgemein „Bibliotheken, Archive, Logen und sonstige weltanschauliche und kulturelle Einrichtungen aller Art". Der Tätigkeit des Einsatzstabes war jetzt nur noch in seiner physischen Leistungsfähigkeit eine Grenze gesetzt. General von Stülpnagel und seine Offiziere konnten bei Brauchitsch nichts erreichen als die Versicherung, daß „die Militärverwaltung durch die Verfügung des Reichsmarschalls vom 5. November 1940 von der Verantwortung für die Verwendung des jüdischen Kunstbesitzes in Frankreich entbunden" sei[204].

Rosenberg ließ die beschlagnahmten Stücke an verschiedenen Orten inventarisieren und gründete mit Hilfe der geraubten Bibliotheken von 1941 an mehrere Forschungsinstitute für die Hohe Schule. Die Kunstgegenstände wurden in Schlössern und Klöstern untergebracht. Rosenberg hat später versucht, der Selbstbereicherung Görings Einhalt zu gebieten, ließ die Tätigkeit des Einsatzstabes aber dennoch fortsetzen, als sein Versuch mißlang[205]. Ein Teil der Gemälde wurde zusammen mit den „Erwerbungen" Posses und Voß' im Winter 1944/45 in eine Salzmine bei Alt-Aussee und an andere Orte ähnlicher Art überführt. Die Suchkommandos der Alliierten fanden die kostbarsten Kunstschätze Belgiens, den Genter Altar van Eycks und Michelangelos Madonna aus Brügge, sie fanden die Sammlungen des Hauses Rothschild und das Eigentum zahlloser unbekannter „Juden" und sogenannter „Deutschfeinde"; sie fanden direkt daneben aber auch die mit Dynamit gefüllten Sprengkammern. Die mit dem Zerstörungswerk beauftragten deutschen Arbeiter hatten den Befehl zur Zündung nicht ausgeführt, die SS war geflohen, die Herren des Einsatzstabes Rosenberg waren nicht in der Nähe[206]. Baron von Behr, Leiter des Stabes für Westeuropa, hielt sich im Kloster Banz gegenüber der Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen in Franken auf und bewachte das Versteck der Akten des Amtes Rosenberg. Nachdem es gefunden worden war, war die Geschichte, die wir hier aufgezeichnet haben, zu Ende.

Wir haben aus ihr freilich einiges ausgelassen, was doch mitteilenswert erscheint, weil

es Antworten gibt auf eine bislang nur gestreifte Frage. Es handelt sich um die Folgen der Tätigkeit einer hohen Parteidienststelle für die von der Diktatur betroffenen Bürger vor allem innerhalb Deutschlands. Die Probleme sollen im folgenden Kapitel an einem Beispiel aus der Wissenschaftspolitik erörtert werden.

Fünftes Kapitel

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE VORGESCHICHTSFORSCHUNG

Die Tätigkeit des *Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg* zeigte, zu welch verhängnisvoller Bedeutung selbst eine verhältnismäßig kleine und innerhalb des nationalsozialistischen Herrschafts-Gefüges nahezu machtlose Dienststelle gelangen konnte, wenn die Umstände es zuließen. Der Einsatzstab vermochte Exekutivrechte wahrzunehmen, eine Befugnis, die dem Amt Rosenberg im Inland fehlte. Aber selbst dieser Mangel hat nicht verhindert, daß eine Dienststelle, die mit der Autorität eines sogenannten *Beauftragten des Führers* auftreten konnte, auch schon in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg eine bestimmte Wirkung auszuüben vermochte. Eine „Anordnung" Rosenbergs mußte von allen Personen, die die Verhältnisse innerhalb des kleinen Kreises oberster Parteiführer nicht übersehen konnten, mit dem Willen und dem Programm des Staates schlechthin identifiziert werden. Dies hatte sich etwa an den Vorgängen bei der Gleichschaltung der Besucherorganisationen und an Ereignissen wie der Amtsenthebung Hermann Onckens gezeigt. Die Folgen der Tätigkeit der Dienststelle sind freilich in vielen Fällen schwer zu beurteilen. Nur in einem Bereich sind die methodischen Hindernisse weniger groß: Die Versuche des Amtes Rosenberg, Einfluß auf die wissenschaftliche Forschung und Lehre zu gewinnen, hatten Auswirkungen, die sich an den Reaktionen der meist persönlich betroffenen Wissenschaftler ablesen lassen. Gewiß mußten die Gelehrten nach außen hin schweigen, aber sie wechselten untereinander Briefe, die zum Teil erhalten geblieben sind. Die Forscher haben in Eingaben zu der Politik Rosenbergs Stellung genommen, und auch aus dieser Quellengruppe sind Reste vorhanden. Die Wissenschaftler haben sich zudem das Ämter-Chaos zunutze zu machen versucht, um die Auslieferung der Forschung an die Ideologie zu verhindern, und weil das Amt Rosenberg die Folgen dieses Chaos stets mit zu tragen hatte, sind aus seinen Akten auch die „politischen" Unternehmungen mancher Forscher zu erkennen. Die Vorgänge sollen an anderer Stelle für den gesamten Bereich der Wissenschaftspolitik untersucht werden; es wird dabei die Professoren-Überwachung des Amtes Rosenberg und die Entwicklung des schon kurz dargestellten Projekts der Parteiuniversität *Hohe Schule* zu beschreiben sein[1]. Das Geschehen soll im folgenden nur am Beispiel der Versuche der Dienststelle Rosenberg, Einfluß auf die Vorgeschichtsforschung zu erlangen, behandelt werden. Die Prähistorie war eine Wissenschaft, von der Rosenberg und viele Nationalsozialisten glaubten, daß ihre Resultate die Ideologie bestätigen könnten. Nicht zufällig spielen in die Bemühungen Rosenbergs um die Vorgeschichtsforschung auch die von seiner Abteilung *Weltanschauliche Information* als Ergänzung zum Kirchenkampf in Gang gesetzten Versuche, sich auch die Volkskunde dienstbar zu machen, hinein. Auch von dieser Wissenschaft erhoffte man Ergebnisse, die die ideologischen Vorstellungen stützen sollten. Das Amt Rosenberg hat sich daher am stärksten in den Bereichen von Vorgeschichtsforschung und Volkskunde um Einfluß bemüht. Es ist damit am Ende gescheitert und hatte nicht einmal einen unmittelbaren Anteil an der Vermehrung der Lehrstühle und Institute, die zur fraglichen Zeit in den genannten Disziplinen vorgenommen wurde, aber es übte während der gesamten Periode seiner

Existenz eine Wirkung in diesen Bereichen aus, die nicht anders als terroristisch bezeichnet werden kann und die Leben und Arbeit zahlreicher Forscher und ihrer Institute mitbestimmt hat.
Handelt das folgende Kapitel somit nicht nur vom Machtkampf der hohen Dienststellen, sondern auch von der Unterdrückung des Individuums unter der Diktatur Hitlers, so ist, wenn dessen Widersetzlichkeit dargestellt wird, doch an keiner Stelle etwa von „Widerstand" die Rede – dazu fehlte dem zu schildernden Tun die prinzipielle Einsicht in den Charakter des Regimes. Auch waren mindestens einige der Handelnden, denen man für ihr persönliches Auftreten die Achtung nicht versagen wird, im Grundsatz Parteigänger oder Mitläufer der NSDAP.

1. Die Angriffe Hans Reinerths auf die Römisch-Germanische Kommission (1933)

Im Auditorium Maximum der Universität Tübingen hielt der Privatdozent Dr. Hans Reinerth, der *Reichsleiter der Fachgruppe für deutsche Vorgeschichte* im *Kampfbund für deutsche Kultur*, am 16. Mai 1933 einen Vortrag über das Thema „Der Kampf um die deutsche Vorgeschichte". Einem von ihm selbst gebilligten Zeitungsbericht zufolge führte Reinerth aus, „daß die Rassenkunde, insbesondere die Erkenntnis von der Wichtigkeit und Eigenart der nordischen Rasse die Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung bilde und so auch als Grundlage aller Wissenschaft anerkannt werden" müsse. „Wenn wir wieder zu einem großen, einheitlichen Volk werden wollen", so sagte der Redner sinngemäß weiter, „müssen wir an die Zeit anknüpfen, wo der nordische Rassekern noch rein und unverfälscht bestand, verbunden mit einer herrlichen Kultur, die auf ganz Europa einwirkte. Das ist die Zeit des germanischen Altertums, die deutsche Vorgeschichte. Obwohl die Zeugnisse der Kulturhöhe unserer Vorfahren aus Bodenfunden längst bekannt waren, traute man den Germanen ein schlimmeres Barbarentum zu, als selbst die Römer, ihre Feinde, es glaubten ... Uns stellte man als Schuldner des Mittelmeers hin, solange es Menschen auf deutschem Boden gegeben hat ..." Männer wie Lisch, Tischler und Gustaf Kossinna, der „Altmeister der deutschen Vorgeschichtsforscher", hätten es nicht vermocht, sich gegen die „seit tausend Jahren immer wieder eingeimpfte Lüge" vom „Barbarentum" der Vorfahren des deutschen Volkes durchzusetzen. Die Hauptschuldigen an diesen Zuständen seien das Archäologische Institut des Deutschen Reiches in Berlin und die Römisch-Germanische Kommission (RGK) in Frankfurt am Main.
Reinerth gab zur Zeit der Tübinger Versammlung ein Rundschreiben heraus, in dem er die Leiter der Vorgeschichts-Fachgruppen in den anderen Städten des Reiches anwies, in der Zeit zwischen dem 29. Mai und dem 18. Juni 1933 überall Kundgebungen durchzuführen. In diesem Rundschreiben drückt sich Reinerth noch präziser aus: „Die Zurücksetzung und Verfälschung der deutschen Vorgeschichte im marxistisch-schwarzen Staate 1928 bis 1932" sei öffentlich „anzuprangern". Die Redner auf den von Reinerth angeordneten Versammlungen hätten auf die „unberechtigte Einmischung der RGK und des Archäologischen Instituts in die Belange der nationalen deutschen Vorgeschichte" hinzuweisen. Die „Einschiebung von Nichtfachleuten", das heißt von „klassischen Archäologen", auf wichtigste Posten der deutschen Vorgeschichte sei zu kritisieren. Reinerth nannte die Namen der Professoren Wilhelm

Unverzagt und Herbert Kühn. Unverzagt war Leiter des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin und hatte sich germanophiler Deutungen stets enthalten, weshalb seine Berufung schon auf den Widerspruch Kossinnas gestoßen war. Herbert Kühn wurde bezichtigt, an der „Grenzland-Universität Köln" „Kulturpropaganda für Frankreich" getrieben zu haben. Dem Archäologischen Institut und der Römisch-Germanischen Kommission wurde „international-pazifistischer Geist" und „völliges Versagen ... in nationalpolitischem Sinne gegen Polen und Frankreich" zugeschrieben. Reinerth zog aus seinen Angriffen die Konsequenz, es müsse ein „Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte als selbständige Zentralstelle für die Belange unserer nationalen Vorgeschichte im In- und Ausland" geschaffen werden[2].

Reinerth verfaßte außer dem Rundschreiben an die Kundgebungsredner noch zwei weitere Kampfschriften, die in Organen des NS-Lehrerbundes und des NS-Studentenbundes veröffentlicht wurden. In dem einen Artikel hieß es, „alle im bewußt deutschen Sinne wirkenden Vorgeschichtsforscher" seien bereits im Kampfbund für deutsche Kultur vereinigt. Wer noch nicht diesem Verband angehörte, wirkte in seiner Wissenschaft, so mußte der Leser schließen, gegen deutsche Interessen. Drohend wurde erklärt, Reinerths Fachgruppe verfüge „über eine Personalkartei aller in Deutschland wirkenden Prähistoriker"[3]. Die „Zeugen alemannischer Hochkultur", so schrieb Reinerth in einem Artikel in der Tübinger NS-Studentenbundszeitung, fänden sich zwar auf jedem Gräberfeld Schwabens, seien aber bisher nur ungenügend untersucht worden, weil man sich nur für „die bis zum Überdruß durchforschte provinzialrömische Fremdkultur" interessiert habe. Von diesem Artikel mußten sich alle Prähistoriker Südwestdeutschlands, insbesondere aber das Württembergische Landesamt für Denkmalspflege betroffen fühlen[4].

Die Angriffe Reinerths stellten in der deutschen Wissenschaftsgeschichte ein Ereignis ohne Beispiel dar. Man hätte die Tübinger Kundgebung mit den Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 vergleichen können, denen sie nur im Abstand von einer Woche folgte. Im Namen des Nationalsozialismus nahm ein junger Privatdozent autoritativ und mit radikalen politischen Argumenten Stellung zu einer wissenschaftlich-methodischen Frage, die die Fachleute schon seit Jahrzehnten beschäftigte, die von den Teilnehmern einer Kundgebung überhaupt nicht beurteilt werden konnte und die als zumindest unentschieden gelten mußte. Es handelte sich, ohne daß Reinerth dies erwähnt hätte, um „das Problem der sogenannten ‚ethnischen Deutung' vor- und frühgeschichtlicher Kulturprovinzen", das heißt um die Frage, inwieweit aus Bezirken einer relativen Häufigkeit bestimmter prähistorischer Funde und Fundgruppen auf die Wohnbezirke und Wanderungen bestimmter ethnischer Gruppen geschlossen werden könne. Die Lösung des Problems war wichtig, wenn man zum Beispiel „germanische" oder „slawische" Siedlungen und deren Dichte in bestimmten Räumen zu bestimmten Zeiten untersuchen und die Stammeszugehörigkeit feststellen wollte. Der Berliner Prähistoriker Gustaf Kossinna (1858–1931) hatte geglaubt, auf die methodische Frage eine bestechend einfach erscheinende Antwort geben zu können. Seine These lautete: „Scharf umgrenzte archäologische Kulturprovinzen decken sich zu allen Zeiten mit ganz bestimmten Völkern oder Völkerstämmen." Kossinna hatte große Verdienste, war es doch unter anderen ihm zu danken gewesen, daß auch die Fragestellungen des Historikers in eine Wissenschaft eingeführt worden waren, die als Nachbardisziplin der Archäologie zur Beschränkung auf typologische Fundbeschreibungen neigte. Das grundlegende Werk, mit dem er die

Anwendbarkeit seiner Methode „zu allen Zeiten" zu beweisen gehabt hätte, ist von Kossinna jedoch niemals vorgelegt worden. Zeitlebens spürte er die Skepsis vieler Fachkollegen, und da er in dem Streit auch mit persönlicher Schärfe hervortrat, zog er sich manche unnötige Gegnerschaft zu[5].

Reinerth nahm den Kampf für die Thesen Kossinnas während der Tübinger Kundgebung in politisch radikalisierter Weise auf, indem er seine Angriffe gegen zwei Institutionen richtete, denen dann zwölf Jahre hindurch die erbitterte Feindschaft des Amtes Rosenberg galt: das Archäologische Institut des Deutschen Reiches und die ihm unterstehende Römisch-Germanische Kommission (RGK). Die erstgenannte Einrichtung ging in ihren Anfängen auf das Jahr 1829 zurück, war seit 1874 Reichsinstitut und wurde seit 1930 von Staatsrat Theodor Wiegand geleitet, der als Organisator der deutschen Ausgrabungen in Kleinasien bekannt geworden war und sich in der breiteren Öffentlichkeit durch den Bau des Berliner Pergamon-Museums einen Namen gemacht hatte[6]. Die Römisch-Germanische Kommission, gegründet im Jahre 1902 als Nachfolgerin der Reichslimeskommission, war das für die Förderung von Forschungsvorhaben zur Vor- und Frühgeschichte Süd- und Westdeutschlands zuständige Institut. Ihr Direktor war seit 1931 Professor Gerhard Bersu, der, obwohl um eine Generation jünger als Wiegand, ebenfalls schon auf ein beachtliches Lebenswerk zurückblicken konnte. Der Römisch-Germanischen Kommission „völliges Versagen im nationalpolitischen Sinne" vorzuwerfen, war absurd, hieß, ihr fachfremde Maßstäbe aufzwingen zu wollen. Bersu war es gerade durch die von ihm betriebene Gründung des *Internationalen Prähistoriker-Kongresses* im Jahre 1927 gelungen, der deutschen Forschung die nach Versailles zeitweise gefährdete Gleichberechtigung wiederzugewinnen[7]. Es traf auch nicht zu, daß die Römisch-Germanische Kommission, ihrer Herkunft aus der Limes-Forschung entsprechend, sich ausschließlich auf die provinzialrömische Epoche beschränkt hätte. Seit 1923 veröffentlichte die RGK eine Publikationsreihe unter dem Titel „Germanische Denkmäler der Frühzeit", seit 1929 gab es die „Römisch-Germanischen Forschungen", seit 1931 die „Germanischen Denkmäler der Völkerwanderungszeit". Die Institutszeitschrift „Germania" veröffentlichte laufend Berichte über nicht-römische Grabungen. Freilich wurden noch immer mehr Funde aus römischen als aus nichtrömischen Zeiten veröffentlicht, aber das hatte keine politischen, sondern wissenschaftliche und wissenschaftsgeschichtliche Gründe. Die Römisch-Germanische Kommission war nämlich gegen ihren Willen auf Süd- und Westdeutschland beschränkt geblieben und hatte sich damit auf ein Gebiet konzentrieren müssen, in dem „römische" Überreste eher auffielen als Funde aus anderen Perioden[8]. „Germanische" Funde waren hier überhaupt seltener als in Ostdeutschland, denn germanische Stämme hatten ja die Rheinlinie erst kurz vor Beginn unserer Zeitrechnung erreicht. Schon vor der Umwandlung der Reichslimeskommission in die Römisch-Germanische Kommission im Jahre 1902 war vorgeschlagen worden, auch die Erforschung der ostdeutschen Vorgeschichte in das neue Institut einzubeziehen. Dies war unter anderem an dem einflußreichen Rudolf Virchow gescheitert. Er hatte die Ansicht vertreten, die „Archäologen sollten sich darauf beschränken, das Römische in Deutschland zu erforschen und über die Elblinie nicht hinauszugehen"[9]. Nun hatten aber gerade die an den Methoden der klassischen Archäologie geschulten Forscher seit der Limesgrabung eigene Verfahren entwickelt, die Virchow (gest. 1902) nur noch in ihren Anfängen kennengelernt hatte. Dazu gehörte vor allem die Methode,

mit Hilfe von Erdverfärbungen zu schlüssigen Ergebnissen zu gelangen. Da die Römisch-Germanische Kommission und ihre „Archäologen" aber vor allem in Westdeutschland, die Schüler Kossinnas in dem an römischen Überresten armen Ostdeutschland arbeiteten, hatte sich zwischen 1900 und 1930 ein auch geographisch faßbarer Gegensatz unter den deutschen Prähistorikern herausgebildet[10]. Die methodologisch und wissenschaftsgeschichtlich begründeten Meinungsverschiedenheiten waren von Kossinna selbst durch ein drittes Moment von besonderer Sprengkraft verschärft worden. Kossinna hatte die „deutsche Vorgeschichte" am Vorabend des Ersten Weltkrieges im Titel seines wohl populärsten Buches als „hervorragende nationale Wissenschaft" gefeiert. In nationalistischer Überspannung verschob er die wissenschaftliche Frage nach dem Entwicklungsstadium der Bronzezeitkulturen und nach dem Grad ihrer Abhängigkeit oder Unabhängigkeit von den mittelmeerischen und orientalischen Hochkulturen ins Politische und machte das Bekenntnis eines Forschers zur „Kulturhöhe" der „Germanen" zum Kriterium seiner Vaterlandsliebe. Kossinna war aber kein Nationalsozialist gewesen. Vieles an seinen Methoden und seinen Anschauungen über die Selbständigkeit der Bronzezeitkulturen wurde auch von Forschern für richtig gehalten, die weder Nationalsozialisten noch Anhänger Rosenbergs waren. Die Fronten zogen sich in Wahrheit mitten durch die Parteiungen, die Reinerth als gegeben hinstellte, wenn er von den „im bewußt deutschen Sinne wirkenden Vorgeschichtlern" sprach, die er „alle" in seiner KfdK-Sonderorganisation vereinigt haben wollte, und wenn er den Anhängern der Römisch-Germanischen Kommission „völliges Versagen" im nationalpolitischen Sinne vorwarf. Wenn bestimmte Gruppen in der NSDAP die Anschauungen und Methoden Kossinnas gleichsam zur parteiamtlichen Doktrin erheben wollten, so schmückten sie sich wieder einmal mit den fremden Federn, die die Inhaltslosigkeit der eigenen Ideologie verbergen sollten[11].

Indem er den Thesen Kossinnas vorbehaltlos zustimmte, mischte sich Rosenberg in einen wissenschaftlichen Meinungsstreit, dessen methodische Problematik ihm zeitlebens unbekannt blieb. Die Unfähigkeit des Parteiideologen zum wissenschaftlichen Denken, die im „Mythus" zum Ausdruck kam, zeigte sich auch in den Akten. Stets lag den Behauptungen die politische Wunschvorstellung vom „germanischen" und „nordischen" Ursprung der Kultur zugrunde. Rosenberg wurde sich niemals darüber klar, daß jeder Versuch, diese Hypothesen mit den Mitteln der Vorgeschichtsforschung beweisen zu wollen, die Lösung des Problems der „ethnischen Deutung" vorausgesetzt hätte. Die Briefe und Aktennotizen des Reichsleiters enthalten keinerlei Hinweis darauf, daß sich ihr Verfasser über die Existenz des methodischen Problems im klaren gewesen sei. Rosenberg verlieh statt dessen in zahlreichen Schreiben der Ansicht Ausdruck, daß „die Archäologen" und „die Anhänger" der RGK jeden Bodenfund, der die angebliche Überlegenheit der „nordischen" Kulturen beweisen konnte, vorsätzlich zu verheimlichen suchten[12].

Die Angriffe Reinerths lösten bei zahlreichen Vorgeschichtsforschern Empörung aus. Wer sich vom Vorwurf des nationalen Versagens getroffen fühlte, brauchte kein Nationalsozialist zu sein. Die verdientesten wissenschaftlichen Institutionen Deutschlands, zahlreiche Gelehrte und die gesamte zukünftige Arbeit schienen gefährdet zu sein, da angenommen werden mußte, daß Rosenberg es verstehen würde, die ganze Macht der Diktatur für die Verwirklichung der Forderungen Reinerths einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß die Behauptungen des Privat-

dozenten nur ein einziges Mal während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus öffentlich und unter Namensnennung zurückgewiesen wurden. Dies geschah bezeichnenderweise nur in einem Privatdruck. Theodor Wiegand und Carl Schuchhardt waren dessen Verfasser[13].

Wenn sich die deutsche Vorgeschichtsforschung dennoch zwölf Jahre lang gegen die neu aufgekommene Bedrohung zu wehren wußte, dann im Zeichen ständiger Unsicherheit und dauernder Sorge vor den unvorhersehbaren Wechselfällen der Politik des Regimes. Der Einfluß einer hohen Parteistelle erschien unberechenbar. Deshalb mußte alles vermieden werden, was andere höchste Stellen der Partei gezwungen hätte, sich mit Reinerth zu identifizieren. Es gab dazu den im deutschen Beamtenrecht üblichen Weg der Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde, und ihn wählte bereits im Mai 1933 Professor Peter Goeßler, der Direktor des Württembergischen Landesamtes für Denkmalspflege. Goeßler mußte sich vor allem von dem Artikel über die Vernachlässigung der „germanischen" Bodenfunde Schwabens betroffen fühlen. Er schrieb daher in einer Eingabe an den zuständigen Landes-Kultusminister Mergenthaler, Reinerths Artikel sei „gefüllt mit Unwahrheiten, Verschweigungen und falschen oder schief gesehenen, auf jeden Fall unmöglichen Behauptungen", die auch zu Reinerths „eigenen Aufstellungen in seinen wissenschaftlichen Werken" im Widerspruch stünden[14]. Da sich die Beschwerden häuften, trat ein, was Reinerth kaum erwartet haben dürfte: Die Universität Tübingen führte im Sommer 1933 ein Disziplinarverfahren gegen ihn durch. Die Vorwürfe lauteten auf „unwahre Angaben über das Archäologische Reichsinstitut und dessen Römisch-Germanische Kommission" und „tendenziöse Darstellung in den Kampfschriften von ... Reinerth"[14a]. Das Beweismaterial bestand vor allem aus den erwähnten Artikeln und dem Rundschreiben an die örtlichen KfdK-Fachgruppenleiter. Der abschließende Bericht des Untersuchungsausschusses lag am 19. September 1933 vor. Die Verhandlungen hatten nach Mitteilung Mergenthalers ergeben, daß Reinerths „Kampfesweise die Grenzen des Anstandes und der Sachlichkeit nicht selten überschritten" habe. „Das wurde ihm mit aller Deutlichkeit eröffnet und ihm die Auflage gemacht, sich fernerhin größter Sachlichkeit zu befleißigen und vor allem persönlicher Angriffe zu enthalten." Von „weiteren Maßnahmen" glaubte Mergenthaler „absehen zu sollen, da eine Reihe bekannter Parteigenossen, unter ihnen vor allem Alfred Rosenberg, sich lebhaft für Dr. Reinerth eingesetzt" hätten[15].

Der Privatdozent konnte gegen das Tübinger Urteil nichts unternehmen, aber auf Grund der hohen Protektion, die er genoß, entstanden ohnehin keine weiteren Folgen. In Rosenbergs Augen hatte sich Reinerth keines Vergehens schuldig gemacht, da die bisherige Vorgeschichtsforschung in der Tat wenig unternommen hatte, um der germanophilen Richtung zum Siege zu verhelfen. Dies ließ sich leicht nachweisen und war für Rosenberg entscheidend. Er und sein Beauftragter haben daher dem Tübinger Urteil, ebenso wie allen späteren Angriffen, vor allem den aus der Ideologie abgeleiteten Anspruch entgegengesetzt. Reinerth schrieb in einer Erwiderung auf das Tübinger Urteil: „Die gegen mich vorgebrachten Anschuldigungen sind letzten Endes Anschuldigungen gegen die nationalsozialistische Weltanschauung. Sie erklären sich in allen Einzelheiten aus der liberalistischen ‚objektiven' Denkart, der wir Nationalsozialisten den Kampf angesagt haben."[16] Als der Reichserziehungsminister Rust dem Reichsleiter die Akten des Tübinger Verfahrens später noch einmal vorlegen ließ, erklärte dieser, er könne das darin enthaltene Urteil nicht an-

erkennen. „Die Ankläger" seien „sämtlich Angehörige der Römisch-Germanischen Kommission bzw. des Archäologischen Reichsinstituts . . .". Die „Zeugen" entstammten „nahezu ausschließlich dem gleichen, weltanschaulich gegnerischen Kreise". Reinerth vertrete in seinen „Kampfschriften" keine andere als eine „auf dem Rassegedanken aufbauende nationalsozialistische ‚Tendenz'"[17]. Noch 1944, als sich schließlich sogar das Oberste Parteigericht, ohne vor Kriegsende zu einer Entscheidung zu kommen, mit der nunmehr elf Jahre lang währenden Parteitätigkeit Reinerths beschäftigte, blieb Rosenberg bei seiner Ansicht. Er erklärte dem Parteirichter Buch, „daß mit allen Anschuldigungen sowie mit dem gesamten Verfahren gegen Pg. Reinerth nicht so sehr Pg. Reinerth persönlich, als die von mir dienstlich durchgeführte Neuausrichtung der deutschen Vorgeschichtswissenschaft getroffen werden sollte"[18], wobei zu ergänzen wäre, daß Rosenbergs „Neuausrichtung" 1944 als gescheitert gelten mußte.

Wenn öffentliche Angriffe Reinerths zahlreiche Gelehrte für ihre persönliche Sicherheit und ihre berufliche Arbeit fürchten ließen, so galt das in besonderem Maße für Professor Bersu, den Direktor der Römisch-Germanischen Kommission. Er war nicht nur der Leiter des am heftigsten kritisierten Instituts, sondern mußte auch mit persönlicher Verfolgung rechnen, weil er einen „nichtarischen" Vater hatte. Reinerth verlangte schon in seiner ersten, noch geheimen Denkschrift für Rosenberg und das Reichsministerum des Innern im Februar 1933 die Auflösung der RGK und die „Entlassung des Juden Bersu". Die gleiche Personenbezeichnung wurde im April in einem Rundschreiben an die KfdK-Fachgruppen-Mitglieder bereits öffentlich gebraucht[19]. Dementsprechend „beriet" Reinerth auch Rosenberg. Einmal schrieb er ihm unter Hinweis auf ein bestimmtes wissenschaftliches Vorhaben der RGK, dieses sei „eine freche Umschaltung, wie sie nur in dem jüdischen Gehirn des noch immer amtierenden Herrn Bersu in Frankfurt entstehen konnte"[20]. Aus dieser Äußerung geht bereits hervor, daß es Reinerth vorerst nicht gelang, Bersu zu stürzen. Dies war der Gegenwirkung mehrerer Fachkollegen des gefährdeten Forschers zu verdanken. Professor Hans Zeiß, der Zweite Direktor der RGK, ließ Rosenberg wissen: „Wenn der einzige Bruder eines Mannes" – gemeint war der Bruder Bersus – „als preußischer Offizier beim Sturm auf Fort Douaumont gefallen ist, wird für mich Stammbaumschnüffelei zu einer peinlichen Angelegenheit."[21] Das Argument machte auf Rosenberg keinen Eindruck. Wiegand, der Präsident des Archäologischen Instituts, schrieb einmal an den Erziehungsminister Rust: „Herr Reinerth agitiert außerdem noch mit dem Umstand, daß Direktor Dr. Bersu als Nichtarier an der Spitze des Frankfurter Instituts stehe. Auch ich empfinde das als peinlich. Bersu ist aber als Kriegsteilnehmer und Beamter so geschützt, daß nach einem Erlaß des vorgesetzten Ministeriums seine Pensionierung nicht möglich ist. Man kann den Bedenken gegen Bersu entgehen, wenn er innerhalb des Instituts einen Auslandsposten, z. B. Constantinopel, erhält."[22] Wiegand und Zeiß sympathisierten durchaus mit Teilen der ethnischen Ideologie des Nationalsozialismus, was vielleicht weniger aus solchen zweckbestimmten Äußerungen als aus mancher anderen Einzelheit ersichtlich ist[23]. Aber das Vorgehen des Amtes Rosenberg erweckte ihren Abscheu. Vermutlich war es ihrer Initiative zu verdanken, daß Bersu auf seinem Direktorenposten blieb, bis die Nürnberger Gesetze dies unmöglich machten, und daß der Gelehrte danach noch „in die Zentraldirektion des Archäologischen Reichsinstituts aufgenommen" werden konnte – ein Tatbestand, der in einer Zeitschrift des Amtes Rosenberg öffentlich angepran-

gert wurde[24]. Die vorzeitige Pensionierung Bersus ließ sich später nicht verhindern. Sie erfolgte im Jahre 1937, und das war aus wahrscheinlich nicht zufälligen Gründen nach Wiegands Tod.

Die Agitation Reinerths war also zunächst wenigstens soweit erfolglos geblieben, als sie die Person des Direktors der Römisch-Germanischen Kommission betraf. Die Ablehnung, die das Amt Rosenberg bei zahlreichen deutschen Vorgeschichtsforschern erfuhr, ist dennoch gerade durch dieses persönliche Vorgehen des Privatdozenten verstärkt worden. Bereits kurz nach der Machtergreifung wurde bekannt, daß Reinerth in den Jahren 1929—1932 an Bersu und andere jetzt öffentlich angegriffene Forscher zahlreiche Briefe mit der Bitte gerichtet hatte, ihm bei der Berufung auf einen Lehrstuhl behilflich zu sein[25]. Diesem Ersuchen war Bersu, wenngleich ohne Erfolg, nachgekommen. Er hatte sich unter anderem bei der Tübinger Fakultät zugunsten Reinerths verwandt. Der Privatdozent sah sich dort in seiner Laufbahn behindert, da die Fakultät sich seit 1931 wegen einiger hier zu übergehender Vorkommnisse weigerte, zu befürworten, daß er den Titel eines außerplanmäßigen Professors erhielte, den er nach Dienstjahren bekommen konnte. Die Fürsprache Bersus war Gegenstand eines Briefes, der in den späteren Auseinandersetzungen zwischen den Vorgeschichtsforschern und dem Amt Rosenberg eine erhebliche Rolle gespielt hat. Er stammte von Professor Gero von Merhart und trägt das Datum vom 19. Januar 1934. Merhart war der Inhaber des ersten Ordinariats, das an einer deutschen Universität, in Marburg, für das Fach Vorgeschichte eingerichtet worden war. Er gehörte später zu den von Reinerth am heftigsten verfolgten Forschern. Merhart hatte sich 1932 an der Fürsprache Bersus beteiligt. Man begreift die Erregung, in die ihn das Vorgehen des Privatdozenten nach der Machtergreifung versetzte: „Also, derselbe Mann, der wenige Monate vorher gut genug war, als Sturmbock gegen eine ablehnend gesinnte Fakultät benützt zu werden, derselbe Mann, von dem Herr Reinerth so manchesmal Unterstützung angenommen, dessen Institut, die R. G. K., er gerne und ‚dankbar' benützt hatte, derselbe Mann war nun auf einmal ‚der Jude Bersu', der samt seinem Institut zu verschwinden hatte."[26] Aber dies war nicht der einzige Vorwurf, der später so heftig diskutiert und sogar noch 1944 vom Obersten Parteigericht untersucht wurde. Merhart berichtete auch über Äußerungen, die Reinerth im Herbst 1932, nachdem er kurz vorher überraschend als Nationalsozialist hervorgetreten war[27], gegenüber einem Schweizer Kollegen getan hatte. Danach soll Reinerth sinngemäß gesagt haben, „er habe Jahre vorher die Hilfe der Röm.-Germ. Kommission in Anspruch genommen, doch habe dies zu nichts geführt. Seine Hoffnung sei nun der Nationalsozialismus. Wenn dieser gewinne, könne er hoffen, eine Stellung zu bekommen, wenn er nicht siege, so habe er ja nichts zu verlieren."[28]

Diese Vorgänge und Äußerungen waren Gegenstand erregter Auseinandersetzungen und wurden auch Rosenberg und dem Kultusminister Rust unterbreitet. Die Diskussion wäre vielleicht schnell zu Ende gewesen, wenn Reinerth einmal zu den Vorwürfen Stellung genommen hätte. Er wurde schon im Februar 1934 dazu aufgefordert, versprach auch mehrfach eine Antwort, unterließ sie dann aber und erweckte somit den Eindruck, daß die Anschuldigungen zu Recht erhoben worden seien[29]. Rosenberg ignorierte die Vorhaltungen vollkommen. Als ihm das Oberste Parteigericht mitteilte, Reinerths Verhalten sei „in den Kreisen der Vorgeschichtsforscher als besonders charakterlos angesehen" worden, erwiderte er, der Privatdozent habe „keinen Grund gehabt, sich irgendeiner anderen Stelle" als ihm gegenüber „zu reinigen".

Richthofens „Vorwurf" sei deshalb „nicht gerechtfertigt". Der Reichsleiter hatte auch eine Erklärung für Reinerths Bittbriefe an Bersu: „Entscheidend scheint mir ...", so schrieb er dem Parteirichter Buch, „daß bereits damals [1932] Pg. Reinerth in meinem Auftrage die Belange der deutschen Vorgeschichte bearbeitet hat und daß die NSDAP das größte Interesse daran haben mußte, daß der wesentlichste Vertreter der neuen deutschen Vorgeschichtsforschung möglichst bald, noch während der Systemzeit, zu einer solchen akademischen Stellung gelangte, von der aus es ihm möglich war, den Kampf gegen die weltanschaulichen Gegner und für die deutsche Vorgeschichte noch energischer zu führen."[30] Die Stellungnahme zeigt, daß Rosenberg zwar der Ansicht war, der Zweck heilige die Mittel, daß er diesen Grundsatz aber in einer so ungeschickten Weise anwandte, daß er dem Gegner taktische Vorteile gab. Zweifellos lag darin, daß er Reinerth, was auch immer geschehen mochte, in jedem Fall deckte, einer der Gründe dafür, daß er letztlich auch in der Frage der Vorgeschichtsforschung gescheitert ist. Da seine Position aber außerhalb seines Amtes auch hier wieder als „stark" galt, ging von diesem unabsehbare Verwirrung aus.

Die äußere Entwicklung der Vorgeschichtsabteilung entsprach der der übrigen Ämter der Dienststelle. Nachdem Rosenberg am 24. Januar 1934 von Hitler die Vollmacht zur „Überwachung der gesamten ... Schulung und Erziehung der NSDAP ..." erhalten hatte, wurde Reinerth, bis dahin nur ehrenamtlicher Fachgruppenleiter für Vorgeschichte im KfdK, mit der, wie es hieß, „Neuausrichtung der deutschen Vorgeschichtsforschung" beauftragt[31]. Am 24. März wurde bekanntgegeben, Rosenberg habe Reinerth „in Anbetracht der Wichtigkeit einer unbefangenen Beurteilung der germanischen Vorgeschichte" zu seinem „Berater" für dieses Fachgebiet ernannt[32]. Als Rosenberg am 6. Juni 1934 nach Abschluß der damaligen Verhandlungen mit Ley die Einteilung seiner Dienststelle festlegte, erhielt Reinerth die Abteilung „Vorgeschichte". In den Etatplan des Reichsschatzmeisters der NSDAP wurde die Abteilung zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt zwischen Juni 1934 und Mai 1936 aufgenommen, was sich darin zeigte, daß sie fortan in der innerparteilichen Ämterhierarchie den Rang einer „Hauptstelle" innehatte. Am 9. November 1937 wurde ihr Status erneut angehoben; sie hieß fortan *Amt Vorgeschichte*. Dieses Amt war lange Zeit selbständig; zwischen Juli 1942 und Januar 1943 wurde es dann dem *Hauptamt Wissenschaft* unterstellt[33]. Es verfügte bis zum Sturze Wildhagens, also etwa bis zum Juli 1936, über größere Mittel der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und wurde auch etwa bis zu diesem Zeitpunkt durch die Gelder mitfinanziert, die Rosenberg von Ley aus dem früheren Gewerkschaftsvermögen erhielt, so daß die „einzige parteiamtliche Stelle für deutsche Vorgeschichte" in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens gar nicht ausschließlich aus „parteiamtlich" kontrollierten Geldquellen unterhalten wurde[34]. Über die Aufgaben, die die Abteilung im einzelnen wahrnehmen sollte, und über die Befugnisse, die ihr zustanden, wurde niemals eine genaue Erklärung veröffentlicht. Mithin blieb für Außenstehende die Frage unbeantwortet, wie das dienstliche Verhältnis zwischen dem Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung[35] und der Dienststelle Rosenberg, das für die Fragen der Vorgeschichtsforschung bestimmend werden mußte, geregelt wäre, ob überhaupt eine Regelung bestand oder in welcher anderen Weise der Führungsanspruch „der Partei" geltend gemacht werden sollte. Rosenbergs Erklärung, die Abteilung Reinerths sei die „einzige parteiamtliche Stelle" für die betreffende wissenschaftliche Disziplin, enthielt keine Präzisierung. Auch wurde sie nicht bei der Grün-

dung der Abteilung im Juni 1934, sondern erst am 3. Mai 1936 veröffentlicht, und auch nur deshalb, weil eine solche Erklärung angesichts einer zufällig zu diesem Zeitpunkt entstandenen innerparteilichen Machtkonstellation zweckmäßig erschien[36]. Der Grund für die fehlende Präzisierung lag darin, daß der Dienststelle in Wahrheit keinerlei verbindlich festgelegte Befugnisse übertragen worden waren, und daß sie auch gegenüber dem Erziehungs-Ministerium kein Weisungsrecht besaß. Den Status der „einzigen parteiamtlichen Stelle" hatte sich Rosenberg wie in allen anderen Fällen auch diesmal selbst zugelegt. Ob er dazu berechtigt gewesen ist, blieb bis zum Ende des *Führer-Staates* ungeklärt, da Hitler und sein Stellvertreter das entsprechende „Recht" Rosenbergs weder bestätigten noch bestritten.

Die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* wählte unter den geschilderten Umständen zunächst zwei Wege, um Einfluß auf die Vorgeschichtsforschung zu erlangen: sie vertrat den Plan eines „Reichsinstituts für deutsche Vorgeschichte", und sie versuchte, die Verbände für Altertumsforschung gleichzuschalten. Diese Politik rief bestimmte Reaktionen hervor, von denen die Entwicklung später so sehr beeinflußt wurde, daß der Institutsplan und die Gleichschaltungsversuche etwa von 1936 an mehr und mehr in den Hintergrund traten.

2. Der Plan für ein Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte bis zur Entscheidung Hitlers (1933–1936)

Reinerth beendete seine Rede auf der Tübinger Kundgebung am 16. Mai 1933 mit der Forderung nach einem „Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte". Ein solches Verlangen war, wenn man von den sonstigen Ausführungen des Redners einmal absah, durchaus begrüßenswert, konnte doch von einem zentralen Institut eine wesentliche Förderung der Forschung, wie sie die RGK bisher nur in Süd- und Westdeutschland ermöglicht hatte, erwartet werden. Damit wirklich Fortschritte erzielt wurden, benötigte das Institut eine Satzung, die eine fruchtbare Arbeit gewährleistete. Von dieser Satzung und ihren einzelnen Punkten war auf der Tübinger Kundgebung naturgemäß keine Rede; eine Massenversammlung eignete sich nicht zu solchen Erörterungen. Der Streit um die Satzung wurde dafür zwischen dem Amte Rosenberg, dem Reichserziehungsministerium und einer Reihe von Vorgeschichtsforschern von 1933 an um so heftiger geführt. Es war nicht zuerst ein wissenschaftlicher, sondern ein politischer Streit, und es ging dabei um Fragen, die in der Öffentlichkeit wenig bekannt waren.

Das Reichsinstitut konnte entweder als selbständige Anstalt oder als Teil des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches errichtet werden. Die zuletzt genannte Möglichkeit wäre im Interesse einer einheitlichen Förderung der Forschung zweifellos die bessere gewesen; der Plan wäre auf eine Erweiterung der Befugnisse der Römisch-Germanischen Kommission auf Mittel-, Nord- und vor allem auf Ostdeutschland hinausgelaufen, so wie das immer geplant, aber am Widerstand der Kossinna-Schule stets gescheitert war. Wenn dieser Widerstand auch jetzt nicht zu überwinden war, so konnte man auch an eine selbständige Anstalt denken. Eine solche freilich lehnten die RGK und das Archäologische Institut, vor allem dessen Präsident Theodor Wiegand, für lange Jahre ab. Die Diskussion wurde in dieser Zeit öffentlich vor allem um die Frage der Selbständigkeit des zukünftigen Reichsinsti-

tuts geführt. Erst später tauchte der Gedanke auf, daß diese Frage, auch für die RGK, gar nicht die entscheidende war. Es kam viel weniger auf die äußere Organisationsform, als auf die künftige Zusammenarbeit zwischen den „westdeutschen" und den „ostdeutschen" Prähistorikern – die „Schulen" waren in dieser Klarheit natürlich nie geschieden – an. Ein Institut, in dem die beiden sich schon seit langem mit Skepsis gegenüberstehenden Richtungen zwangsweise hätten zusammenwirken müssen, hätte möglicherweise mehr Schaden als Nutzen stiften können. Deshalb war der Gedanke der Trennung beider Institute, wie er vor allem in Ostdeutschland verfochten wurde, nicht so abwegig, wie er etwa Wiegand schien. Deshalb hatte Reinerth auch vor allem in Mittel- und Ostdeutschland zunächst viele Anhänger, die im übrigen auch über die internen Tübinger Vorgänge gar nicht unterrichtet waren. Entscheidend für die künftige Zusammenarbeit war natürlich, daß man auch der „westdeutschen" Richtung ihr Recht ließ, daß man die RGK erhielt und daß man sie nicht als „national unzuverlässig" bezeichnete, nur weil sie „römische" Denkmäler erforschte.

Aber der Gedanke der zukünftigen Zusammenarbeit beider Institute konnte nach 1933 zunächst gar nicht die beherrschende Rolle spielen, die ihm hätte zukommen müssen, weil die Propaganda des Amtes Rosenberg es unmöglich erscheinen ließ, daß das zukünftige Reichsinstitut die Römisch-Germanische Kommission und das ihr vorgesetzte Archäologische Institut überhaupt als gleichberechtigte Partner anerkennen würde. Reinerth hatte in seinem Rundschreiben die bloße Beschäftigung der RGK mit „germanischen" Funden, deren angebliche Vernachlässigung ihr auf der anderen Seite wieder zum Vorwurf gemacht wurde, als „unberechtigte Einmischung ... in die Belange der nationalen deutschen Vorgeschichte" bezeichnet. Die Pläne des Amtes Rosenberg gingen aber noch viel weiter, als öffentlich sichtbar war. Knapp drei Monate vor der Tübinger Kundgebung hatte Reinerth zum ersten Male die drei Grundforderungen formuliert, die – später um eine vierte Bedingung erweitert – alle künftigen Verhandlungen über das Reichsinstitut bestimmten. Er hatte dies in einer geheimen Denkschrift am 24. Februar 1933 getan, und hierin wurde für das Reichsinstiut die Befugnis zur „Überwachung des Lehr- und Forschungsbetriebes an den Hochschulen des Reiches", also praktisch das Weisungsrecht für Lehre und Forschung verlangt. Ferner sollte die geplante Anstalt das Recht zur „Ausübung des gesetzlich vorgeschriebenen Denkmalschutzes des Reiches" und zur „Ausgabe der Richtlinien für die Arbeit der Staatlichen Museen und vorgeschichtlichen Denkmalsämter der einzelnen Länder und Provinzen" erhalten. Außerdem wurde, wie schon früher erwähnt, die Auflösung der Römisch-Germanischen Kommission und die „Entlassung des Juden, Direktor Bersu", gefordert[37]. Rosenberg hat sich mit den drei Grundbedingungen stets identifiziert und hat Reinerth Folge geleistet. Was hier verlangt wurde, war nicht zuerst ein Reichsinstitut, sondern ein Reichsamt. Rosenberg hat dies auch genau gewußt; in den Denkschriften seines Amtes wurde bewegte Klage nicht nur über die „jüdischen und halbjüdischen Mitglieder" des Kreises der „Klassischen Archäologen", sondern auch über das Reichserziehungsministerium geführt, das dem Institut „lediglich" den „Charakter einer reinen Forschungsstätte" zubilligen wollte[37a]. Kein anderes deutsches Instiut hatte je die Vollmachten eines Sonder-Kultusministeriums besessen, wie sie das Amt Rosenberg für das Reichsinstitut verlangte. Der Römisch-Germanischen Kommission hatte von jeher nur die Befugnis zur „Förderung"[38] der Forschung, nicht aber das Weisungsrecht gegenüber

den Hochschullehrern zugestanden. Es wäre ja auch gar nichts anderes denkbar gewesen.

Die drei Grundforderungen des Amtes Rosenberg waren weitaus entscheidender als die Frage der Selbständigkeit des geplanten Reichsinstituts. Das Verlangen nach Unabhängigkeit war allgemein bekannt, wurde öffentlich besprochen und war eine propagandistisch vor allem in Ostdeutschland wirksame Formel. Die drei Grundforderungen fanden sich nur in geheimen Denkschriften und mögen von manchem erahnt worden sein, wurden aber weder in den Privatbriefen ost- und mitteldeutscher Forscher, die schon bald Gelegenheit haben sollten, sich auch mit Reinerth auseinanderzusetzen, noch in den Eingaben Wiegands an den Reichserziehungsminister erwähnt. Dabei hätten gerade diese Forderungen den Gegnern Reinerths genügend Argumente geliefert, widersprachen sie doch auch den Interessen der ostdeutschen Prähistoriker, die zweifellos keine zentrale „Überwachung" und kein zentrales Institut wünschten, das ihnen auf dem Weg über die „Denkmalspflege" Grabungsrechte nach Belieben erteilen oder verweigern konnte. Die große Anhängerschaft, die Reinerth zunächst hatte, kam vermutlich auch deshalb zustande, weil die entscheidenden Pläne des Dozenten im einzelnen nicht bekannt waren und sogar sorgfältig geheim gehalten wurden[39].

Ein hoher Beamter der Rheinischen Provinzialverwaltung, der Landesrat Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt, hat sich enmal auf Verlangen des Reichserziehungsministeriums zur Frage der Folgen einer Verwirklichung des Rosenberg-Reinerthschen Instituts-Vorhabens in einem amtlichen Gutachten geäußert. Er erklärte, der vorgelegte Plan zeige „mit aller Deutlichkeit, daß die angestrebte völlig unorganische Verbindung von Forschungsinstitut und staatlicher Exekutive eine ausgesprochene Konstruktion vom grünen Tisch aus" darstelle, „die ausschließlich aus rein machthaberischen Bestrebungen, aus Abneigung gegen die Landesforschung" entstanden sei. Der Beamte fuhr fort: „Es erübrigt sich meines Erachtens, ⟨darauf hinzuweisen,⟩ daß die Herausnahme der Museumsaufsicht wie der staatlichen Denkmalspflege aus dem Reichsministerium und seine Übertragung an ein freies wissenschaftliches Forschungsinstitut nicht nur vom primitivsten verwaltungsrechtlichen Standpunkt aus als eine Groteske bezeichnet werden muß, sondern auch, daß nach diesem Vorbild logisch von einem späteren kunsthistorischen Institut entsprechend die kunsthistorischen Abteilungen der Landes- und Heimatmuseen, von dem physikalisch-technischen Reichsinstitut aus analog die physikalischen Abteilungen, von dem geologischen Reichsinstitut die geologischen Abteilungen der Landes- und Heimatmuseen zu betreuen wären, d. h. daß zu guter Letzt der Direktor eines Museums das Vergnügen haben würde, für seine in sich geschlossene Sammlung eine Handvoll der verschiedenartigsten Aufsichtsbehörden zu haben, die ohne jede finanzielle Beitragsleistung in seinem Museum herumwirken würden."[40]

Die Verhandlungen über die Pläne für das Reichsinstitut begannen etwa im Februar 1933. In einem Bericht Reinerths heißt es, Rust habe „die sofortige Durchführung" zugesagt, als ihm „nach der Machtübernahme ... der Plan des Reichsinstituts ... als vordringliche *Forderung der Partei* von Reichsleiter Rosenberg" überreicht worden sei. Rust soll „die Planung im März 1933 nochmals mit ... Reinerth" besprochen haben[40a]. Dabei dürfte der Entwurf vom 24. Februar vorgelegt worden sein. Was Rust auf die drei Kernforderungen geantwortet hat, ob ihm ihre Bedeutung sofort klar wurde, wissen wir nicht. Es fanden offenbar zunächst keine weiteren

Gespräche statt. Für den Sommer 1933 kennen wir nur Reinerths Wirken in der Öffentlichkeit, das dann durch das Tübinger Disziplinarverfahren eine Zeitlang unterbrochen wurde.

Das Archäologische Institut des Deutschen Reiches begann sich gegen die Gefahr aus dem Kreise Rosenbergs bald zu wehren. Über die Ereignisse berichtete der Breslauer Prähistoriker Dr. Ernst Petersen in einem Briefe an Reinerth: „Am Dienstag [dem 12. September 1933] ... ist in Breslau plötzlich Staatsrat Wiegand aufgetaucht, um mit Seger, Jahn und mir den Plan der Errichtung eines Instituts für ostdeutsche Vorgeschichte im Rahmen des Archäologischen Instituts zu besprechen. Die mehr als zweistündige Unterredung, die in erster Linie von Jahn bestritten wurde, hat mit der unumstößlichen Absage des Breslauer Landesamtes an Wiegand geendet ... Wiegand, der persönlich ein hochachtbarer Mann ist und ohne Zweifel das beste will, ohne die Verhältnisse ganz zu übersehen, hat zuerst mehrfach geäußert, daß er die Macht habe, die von ihm erstrebte Lösung zu erzwingen."[41]

Martin Jahn war damals noch Direktor des Breslauer Landesamtes für Vorgeschichte, später Ordinarius an der dortigen Universität. Von seiner späteren Abkehr von Reinerth wird noch die Rede sein. Vorerst war er Mitglied der „Fachgruppe Vorgeschichte" im KfdK; Professor Hans Seger dagegen, den Petersen auch erwähnte, soll um diese Zeit aus Abneigung gegen Reinerth „nicht mehr Mitglied der Fachgruppe" gewesen sein. Petersens Brief zeigte ferner, daß Wiegand nun den alten Plan zur Ausdehnung der Tätigkeit der Römisch-Germanischen Kommission auf Mittel- und Ostdeutschland wieder aufgenommen hatte, nachdem das Interesse der neuen Machthaber für die Vorgeschichte Chance und Gefahr zugleich zu bedeuten schien. Nach dem Plane Wiegands sollte eine Vorgeschichtsabteilung, zuständig für ganz Deutschland und für alle prähistorischen Perioden, als „Abteilung I" in das Archäologische Institut eingegliedert werden. Der Widerstand der Breslauer Wissenschaftler gegen dieses Vorhaben war im September 1933 so stark wie in allen Jahren zuvor. Aus Petersens anerkennenden Worten über Wiegand ging aber hervor, daß die betreffenden Prähistoriker zu einer Zusammenarbeit zwischen zwei selbständigen Instituten durchaus bereit gewesen wären. Petersen drückte sich im ganzen weitaus gemäßigter aus, als Reinerth es getan hatte. Er setzte sich im weiteren Verlauf seines Schreibens – darauf wird zurückzukommen sein – auch noch mit Reinerths öffentlichen Äußerungen auseinander, aber Forderungen nach Auflösung der RGK, Weisungsrecht und zentraler Beherrschung der Bodendenkmalspflege erwähnte er nicht, obwohl ein Hinweis darauf seine Argumentation hätte stützen können. Petersen wußte also wahrscheinlich gar nichts von diesen Bedingungen Reinerths. Wären sie ihm bekannt gewesen, so hätte er sich der „unumstößlichen Absage" an den Wiegand-Plan möglicherweise nicht ohne weiteres angeschlossen.

Der Präsident des Archäologischen Instituts konnte es trotz der Absagen, die er nicht nur aus Breslau erhalten haben dürfte, durchsetzen, daß sein Vorhaben im preußischen Kultusministerium wenigstens ernsthaft erwogen wurde. Die Behörde berief für den 6. Dezember 1933 eine Sitzung ein, zu der auch die Fachgruppe Vorgeschichte des KfdK geladen wurde. Reinerth legte bei Rust schriftlich Protest ein und vermied es, bei der Zusammenkunft persönlich zu erscheinen, da er sich offenbar scheute, seine Ideen vor einem Gremium gegnerischer Fachleute zu verteidigen[42]. Immerhin scheint der Einspruch des Beauftragten Rosenbergs nicht unberücksichtigt geblieben zu sein, denn der Wiegand-Plan wurde nicht verwirklicht.

Der Fortgang der Ereignisse ist während der folgenden Monate nicht genau zu übersehen. Die Aussichten Reinerths mögen sich durch die Berufung Rosenbergs zum *Beauftragten des Führers* am 24. Januar 1934 verbessert haben, aber an der Zuständigkeit der Ministerien für die wissenschaftliche Forschung wurde durch den Führer-Auftrag nichts geändert. In einer neuen Denkschrift für das Reichsministerium des Innern, wo er am 3. Februar 1934 empfangen wurde, legte Reinerth eine seiner drei Grundforderungen in modifizierter Form vor: Es war nicht mehr von einer Auflösung der RGK die Rede, es hieß nur, die Kommission hätte ihre Tätigkeit auf die provinzialrömische Periode „einzuschränken"[43]. Auch diese Forderung war abwegig. Es handelte sich gewissermaßen um ein Verlangen zur Kompetenzaufteilung nach Grabungsschichten. Die Forderung nach Auflösung der RGK wurde damit nur in getarnter Form vorgebracht. Der Plan kann nur darauf berechnet gewesen sein, daß sich bei den zu erwartenden Kompetenzkonflikten zwischen dem Reichsinstitut und der Römisch-Germanischen Kommission „die Partei" durchsetzen würde. Wenn man die Aufgaben der RGK in irgendeiner Weise begrenzen wollte, dann konnte das nur in geographischer und nicht in historischer Hinsicht geschehen. Die RGK war bisher ohnehin in der Hauptsache in Süd- und Westdeutschland tätig gewesen; dabei hätte man es belassen können, wenn man sie für „national unzuverlässig" hielt. Das Amt Rosenberg wollte seinen Einfluß aber gerade in diesem Raume ausdehnen, nachdem es Anhänger zunächst nur im Osten und Norden hatte. Das Verlangen nach Beschränkung der RGK auf die provinzialrömische Zeit scheint die einzige der drei geheimen Grundbedingungen Reinerths gewesen zu sein, die allmählich doch bekannt wurde. Wiegand hörte davon und schrieb erregt an Rust: „Man will uns also ganz auf das römische [sic] beschränken, so daß wir dann erst richtig ‚Römlinge' wären. Übrigens ist eine solche Idee praktisch unausführbar. Man stelle sich das nur einmal grabungstechnisch vor."[44]

Reinerth fügte den drei Kernforderungen in einer neuen Denkschrift am 28. März 1934 noch eine vierte hinzu: Das Reichsinstitut sollte als die, wie es jetzt hieß, „staatliche Zentralstelle der vorgeschichtlichen Forschung und Lehre ... die Aufgabe" haben, „die Bodendenkmäler nordischer Kultur und Rasse auf dem Reichsgebiet und im Ausland zu sammeln, auszugraben und zu schützen". „Zweiginstitute" sollten in Athen, Rom, Madrid, Stockholm und Hermannstadt (Siebenbürgen) errichtet werden[45]. Die Frage der Kompetenzteilung mit den Auslandsstellen des Archäologischen Reichsinstituts, die sich zum Beispiel in der griechischen und italienischen Hauptstadt befanden, wurde nicht erwähnt. Sie wäre in der Praxis nur nach ideologischen Gesichtspunkten zu entscheiden gewesen und auch hier war anzunehmen, daß der Sieg jeweils der Parteidienststelle zufallen würde.

Die Verhandlungen wurden während des Sommers und Herbstes 1934 von dem inzwischen gegründeten und gleichfalls Rust übertragenen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nur zögernd weitergeführt, während Rosenberg drängte. Es hat den Anschein, daß Rust vor allem durch seine Referenten von einer voreiligen Unterschrift zurückgehalten wurde. Er selbst, der damals die Amtsenthebung der „nichtarischen" Hochschullehrer willfährig durchführte[46], hätte dem Verlangen des Reichsleiters wahrscheinlich eher nachgegeben als einige seiner Beamten, die die entscheidenden Einzelheiten des Reinerth-Planes besser durchschauten. Nach einer Aufzeichnung aus dem Kreise Rosenberg soll Rust die Errichtung des Reichsinstituts während einer Besprechung am 11. Mai 1934 zugesagt

haben[47]. Tatsächlich unternahm er auch einen Versuch, sein eigenes Versprechen wahr zu machen, wenngleich wiederum erst nach mehrmonatigem Zögern. Zum Beginn des Wintersemesters erhielt Reinerth zunächst einmal das erstrebte Ordinariat. Er wurde nach Berlin berufen und galt dort als Nachfolger auf dem Lehrstuhl Kosinnas[48]. Am 29. Oktober 1934 erfuhr Rosenberg von Rust „telefonisch", Reinerth sei auch zum Direktor des Reichsinstituts bestellt worden; gleich am nächsten Tage ließ Rosenberg eine Notiz über die Ernennung im Völkischen Beobachter erscheinen[49].

Kurz nach diesen Ereignissen nahm die Politik eine neue Wendung, und zwar diesmal durch Hitler selbst. Am 16. November wurde Wiegand vom Reichskanzler empfangen und erhielt aus seiner Hand den Adlerschild des Deutschen Reiches, eine in den Zeiten der Weimarer Republik gestiftete Auszeichnung für wissenschaftliche Leistungen. Der Präsident des Archäologischen Instituts benützte die Gelegenheit, Hitler darzulegen, daß vom „Reichsbund gegen die Archäologen noch immer so gekämpft werde, als wenn wir noch zur Zeit Winckelmanns lebten, während in Wirklichkeit die Archäologie zu einer großen, die kulturelle Entwicklung der Menschheit umfassende Wissenschaft sich ausgestaltet habe, innerhalb deren die Prähistorie einen hochbedeutsamen Rang einnehme; sie dürfe sich jedoch nicht aus dem Ganzen ausschalten". Wiegand unterrichtete Hitler auch darüber, daß es nicht die Schuld der Archäologen gewesen sei, wenn die „jahrelangen Bestrebungen . . ., dem deutschen West-Institut in Frankfurt a/M [RGK] ein Ost-Institut anzugliedern", gescheitert seien, daß aber jetzt „der ‚Reichsbund' der Prähistoriker sein eigenes Institut unter Loslösung vom Archäologischen Institut gründen" wolle. Wiegand übermittelte Rust einen Bericht über das Gespräch und gab darin auch einiges über die Antworten Hitlers wieder: „Es ist nun von entscheidender Wichtigkeit, daß der Führer mit klaren Worten diese meine Auffassung billigte und gut hieß. Er dankte mir sehr für die Darlegung meiner Auffassung und ich sagte ihm darauf, daß Sie, Herr Reichsminister, mir gesagt hätten, Sie würden keine Entscheidung treffen ohne die Entscheidung des Führers. Wer beschreibt nun meine Bestürzung, als ich am gleichen Tage bereits feststellen mußte, daß ein Geldbetrag für das geplante prähistorische Institut schon, von Herrn Vahlen unterzeichnet, beim Reichsministerium der Finanzen vorliege, und zwar mit der besonderen Bitte um beschleunigte Erledigung."[50] Das Schreiben Wiegands erhielt im Ministerium den Vermerk „Eilt". Rust nahm schon am 19. November 1934 Kenntnis von der überraschenden Äußerung Hitlers. Welche Entscheidungen nun im einzelnen getroffen wurden, ob Rust Hitler noch einmal selbst befragte und wie die Verhandlungen zwischen Rust und Wiegand verliefen, ist unbekannt. Sicher ist nur, daß die Urkunde, durch die Reinerth zum Direktor des Reichsinstituts ernannt werden sollte, nicht unterzeichnet und daß auch das Institut selbst gar nicht errichtet wurde.

Wieder geschah für einige Monate weder etwas zugunsten der einen noch der anderen Seite. Aber am 7. März 1935 billigte Rust einen Plan Wiegands, der eine bemerkenswerte Neuerung enthielt. Darin wurde zum ersten Male eine Gliederung der NSDAP erwähnt, unter deren Schutz sich schon seit längerer Zeit die Gegner des Amtes Rosenberg zu sammeln begannen: die SS. Wiegand schlug Professor Dr. Alexander Langsdorff, den „Grabungsreferenten"[51] Himmlers, für den Posten des Leiters der Vorgeschichtsabteilung in einem einheitlichen Institut für archäologische und prähistorische Forschung vor. Dieser Alexander Langsdorff scheint in der

folgenden Zeit eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Ereignisse, auf die später einzugehen ist, haben gezeigt, daß er paradoxerweise mit Hilfe von SS-Beziehungen das Absinken der deutschen Vorgeschichtsforschung in die Niederungen der Germanophilie mit zu verhindern gewußt hat. Vermutlich ist es ihm auch gelungen, Gelehrte vor politischer Verfolgung zu schützen. Das war eine Tätigkeit, bei der man das Mittel der schriftlichen Mitteilung möglichst auszusparen versuchte. Deshalb ist das Wirken Langsdorffs immer nur in Spuren zu erkennen, und eine dieser Spuren dürfte in dem Vorschlag Theodor Wiegands zu sehen sein, den jungen Gelehrten zum Leiter der Vorgeschichtsabteilung des geplanten Einheits-Instituts zu berufen.
Mit Alexander Langsdorff betrat eine der merkwürdigsten Persönlichkeiten in der Geschichte des Nationalsozialismus die gewundenen Pfade der inneren Parteipolitik. Bevor Langsdorff im Oktober 1934 zur SS ging, war er schon durch sein im Jahre 1920 unter dem Pseudonym „Sandro" erschienenes Buch „Fluchtnächte in Frankreich" bekannt geworden, in dem der Zweiundzwanzigjährige seinen Weg aus dem französischen Gefangenenlager heim in das zum Empfang mit der schwarzweißroten Flagge geschmückte Elternhaus geschildert hatte. 1927 wurde Langsdorff in Marburg von dem jüdischen Archäologen Paul Jacobsthal promoviert. Er war danach wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an Museen in Kassel und Berlin und bereiste als Stipendiat des Archäologischen Reichsinstituts Ägypten, Griechenland und die Türkei. Soweit bekannt, hat er es verstanden, über seinen Lehrer bis zu dessen Emigration nach England eine schützende Hand zu halten[52]. Davon ist in seinen für die NSDAP nach 1933 geschriebenen Lebensläufen freilich ebensowenig die Rede wie von der Zusammenarbeit mit dem deutschen Orient-Archäologen Paul Herzfeld, einem Gelehrten gleichfalls jüdischer Abstammung, an dessen Persepolis-Grabungen er 1931/32 teilnahm. Man wird es zu den Widersprüchlichkeiten im geistigen Bild des Nationalsozialismus rechnen müssen, daß eine Publikation des Grabungsreferenten des Reichsführers SS mitten im Zweiten Weltkrieg in einer Serie der Universität Chicago unter Aufsicht Herzfelds erschien, freilich wohl ohne daß Autor und Herausgeber voneinander noch wußten. Langsdorffs Wirken ist wohl so zu erklären, daß er das Übergreifen der germanophilen Bestandteile der NS-Ideologie auf seine Wissenschaft für eine zeitweilige Randerscheinung des ansonsten von ihm gutgeheißenen Regimes hielt. So machte er beachtliche Karriere, brachte es in der SS 1944 zum Standartenführer und bewies doch wieder in vielen Fällen Charakterstärke und Mut, wo es um politisch nicht ungefährliche Unternehmungen ging, bei denen man leicht in das „Schußfeld" mächtigerer Parteiinstanzen kommen konnte. Schon der erste Auftrag, den er am 13. April 1934 vom Generaldirektor der Berliner Museen erhielt, scheint eine getarnte Schutzfunktion eingeschlossen zu haben, denn er diente der „Durchführung aller Arbeiten . . ., die sich mit der Auswertung der Museumsbestände im Sinne des nationalsozialistischen Bildungszieles" befaßten. Auf seine weitere Tätigkeit im *Ahnenerbe* wird zurückzukommen sein. Im Zivilberuf ging er etwa zwischen 1935 und 1940 in das Reichsinnenministerium und wurde dort Regierungsrat und später Ministerialrat, darunter Persönlicher Referent des Ministers Frick, den er kurzzeitig und mit Billigung Himmlers, den er noch 1943 persönlich sprach, auch in das Amt des Reichsprotektors in Prag begleitete. Am 1. Dezember 1943 übernahm er den „Kunstschutz" der Wehrmacht in Verona — freilich verband sich auch hier eine wahrscheinlich verdienstvolle Tätigkeit mit einem prekären politischen Auftrag. Er ginge, so schrieb

er am 28. Oktober 1943 an Sievers, „nach Oberitalien, wo den italienischen Präfekten deutsche Berater, von denen ich einer sein werde, an die Seite gesetzt werden“[53]. Kurz nach Kriegsende verstarb er in einem Lazarett in Schleswig-Holstein.

Es erhebt sich die Frage, was Rosenberg angesichts der Wendung der Ereignisse, die sich mit der Unterredung zwischen Hitler und Wiegand, der Vorlage eines neuen Planes des Archäologen und des Auftauchens der SS als Gegenpartei abzuzeichnen schien, unternommen hat. Bemerkenswert erscheint, daß Rosenberg von den Äußerungen Hitlers gar nichts erfuhr. Kein Brief und keine Tagebuchstelle verrät, daß er eine Nachricht darüber erhalten hätte. Er war sogar so schlecht unterrichtet, daß er Gerüchte, die ihm über die am 7. März 1935 von Rust ausgesprochene Billigung des Wiegand-Planes zugetragen wurden, falsch verstand und sogar dahingehend deutete, „daß Rust sich nunmehr endgültig“ für das Vorhaben Reinerths „entschieden“ habe. Zwar wußte auch Rosenberg, daß seinem „Plane in den letzten Monaten ... große Schwierigkeiten ... in dem Vorgehen des Staatsrats Wiegand“ entgegengetreten waren, aber es war ihm unbekannt, daß der Präsident sich auf Hitler berufen konnte. Heß dagegen dürfte darüber unterrichtet gewesen sein. Wenn Rosenberg ihm nun schrieb, das „Archäologische Institut“ habe „nachweisbar in der Zeit seines hundertjährigen Bestehens alles getan, um die Besinnung“ auf die „arteigene Überlieferung ... zu unterbinden ...“, wenn er lesen mußte, daß „diese Kreise ... sogar einem jüdischen Mitarbeiter, Dr. Bersu, ... die Leitung der germanischen Abteilung des Instituts“ überließen[54], so könnte dies Heß veranlaßt haben, noch einmal bei Hitler zurückzufragen. Darauf deutet die Tatsache, daß Rust den Wiegand-Plan am 7. März 1935 vergeblich unterschrieben hatte; die Gegenzeichnung des Stellvertreters des Führers unterblieb. Aber eine positive Entscheidung zugunsten des Rosenberg-Planes fällte Heß ebenfalls nicht. In dieser Lage wandte sich Rosenberg am 30. April 1935 direkt an seinen *Führer* und reichte eine Denkschrift ein, in der die vier Kernforderungen wörtlich aus den Reinerth-Entwürfen übernommen waren und Hitler auf „die bis heute von dem Juden Bersu geleitete Römisch-Germanische Kommission“ hingewiesen wurde[55]. Eine Antwort des *Führers* an seinen *Beauftragten* unterblieb allerdings. So mußte wieder mit der Behörde Rusts direkt verhandelt werden. Urban beschwerte sich dort am 15. Juni 1935, daß man fünfzig Briefe Rosenbergs unbeantwortet gelassen habe. Rosenberg werde eine „Tagung der betreffenden Kreise einberufen und deren Forderungen durch die Presse bekannt geben“[56]. Darauf kam es um den 21. Juni 1935 erneut zu einer „eingehenden Besprechung zwischen Reichsleiter Rosenberg und Reichsminister Rust“[57]. Augenscheinlich hatte Urbans Drohung Eindruck gemacht. Das energische Auftreten Rosenbergs bewirkte, daß der Kandidat des Reichsführers SS das Feld räumen mußte. Himmler scheint damals auf kulturpolitischem Gebiet also noch wenig Macht besessen zu haben. Das zeitlich nächste Zeugnis zeigt, daß das Erziehungsministerium nun plötzlich wieder Reinerth als Leiter der vorgeschichtlichen Abteilung in dem nach wie vor als einheitlich für Prähistorie und Archäologie bestimmt gedachten Reichsinstitut vorschlug. Dieses Zeugnis besteht in einem Protestschreiben Wiegands vom 5. Juli 1935. „Wissenschaftliche Differenzen“, so schrieb der Präsident, ließen sich „mitunter ausgleichen, nicht aber wenn so hanebüchen gegen die Wahrheit gesündigt“ werde, wie „dies Herr Reinerth“ tue. Er zählte auf, was Reinerth 1933 in Artikeln und Rundschreiben über die RGK verbreitet hatte, zitierte aus dem Tübinger Urteil und fügte eine lange Passage aus dem Merhartschen

Briefe über Reinerths Verhalten gegenüber seinem einstigen Förderer Bersu bei[58]. Ob er eine Antwort erhalten hat, ist unbekannt.

Der Plan eines gemeinsamen Instituts für Vorgeschichte und Archäologie ließ sich also offensichtlich nicht verwirklichen. Einem späteren Bericht Reinerths zufolge, soll Rosenberg nunmehr imstande gewesen sein, „die Lösung durch Führerentscheid herbeizuführen". Dieser soll „erstmals am 23. 8. 1935 im Sinne des Parteiplanes" ergangen sein. Auch dieser „Führerentscheid", der also das Gegenteil dessen darstellte, was Hitler Wiegand am 16. November 1934 „in klaren Worten" gesagt hatte, erging nur mündlich. Vielleicht handelte es sich wieder nur um eine gesprächsweise gefallene Bemerkung. Der „Führerentscheid" hatte jedenfalls keinerlei Wirkung. Er soll am 29. Januar 1936 „mit dem Wunsch, daß diese Angelegenheit zwischen Reichsleiter Rosenberg und Reichsminister Rust baldigst klargestellt würde", nochmals „wiederholt"[59] worden sein. Der Regierungschef machte seinem Minister aber auch diesmal keinerlei Mitteilung über seine Ansichten. Er behielt auch in dieser Frage die Gewohnheit bei, seinen Mitarbeitern keine präzisen Anweisungen zu geben und flüchtige, sich oft widersprechende Bemerkungen zu machen, hinter denen sich kaum eine sorgsam überlegte Herrschafts-Taktik verborgen haben dürfte.

Am 2. März 1936 antwortete Rosenberg auf einen Versuch des Erziehungsministeriums, ihn durch Vorlage der Akten des Tübinger Verfahrens wenigstens zur Zurücknahme seines Personalvorschlages zu bewegen. Wir kennen die Argumente des Parteitheoretikers bereits: Die „Ankläger" und Zeugen seien sämtlich Archäologen und in Reinerths „Kampfschriften" fände sich nur eine „auf dem Rassegedanken aufbauende nationalsozialistische Tendenz"[60]. Am 4. März 1936 lehnte Rosenberg mit Gründen, die wir ebenfalls schon angeführt hatten, eine neue Planung ab, die der unermüdliche Wiegand am 3. Januar 1936 bei Rust eingereicht hatte. Der Reichsleiter schrieb, er könne sich jetzt noch „klarer und bestimmter" äußern, da er „inzwischen in zwei längeren Gesprächen die Meinung des Führers" kennengelernt habe. Rosenberg legte freilich nicht im einzelnen dar, welches die „Meinung des Führers" sei, faßte aber alle ideologischen Argumente gegen das von Wiegand geplante Einheits-Institut noch einmal zusammen. „Klassische Archäologen" aus der Schule Wiegands seien keine „Vorgeschichtsforscher im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung". Sie sähen in der Einbeziehung der Prähistorie in ein gemeinsames Institut „die einzige Möglichkeit zur endgültigen Erledigung der höchst unangenehmen völkischen Forschung, die den Universalmaßstab mittelmeerischer Kultur ablehnte und dafür die rassegebundene Eigenständigkeit und Priorität des Nordens betonte ..." Die „Neuwertung der Antike auf rassischer Grundlage" könne „nur vom Norden her ihren Ausgang nehmen ..." Die „aus personalpolitischen Gründen vorgesehene Aufgliederung in mehrere Zweiginstitute (Frankfurt, Kiel)" – damit waren unter anderem der Erhalt der RGK in leicht veränderter organisatorischer Form und die einzig sinnvolle Kompetenzverteilung nach geographischen Gesichtspunkten gemeint – widerspräche der Notwendigkeit einer „beratenden Zentralstelle in *allen* vorgeschichtlichen Fragen nicht allein der Forschung, sondern auch der Museen, Denkmalpflege und der Schulung ...". Die Verhältnisse allein der letzten Jahre in den Auslandsinstituten des Archäologischen Reichsinstitus und der RGK „– man denke nur an die Frage der jüdischen Mitglieder –" zeigten „eindeutig genug, daß die vorgesehene Führung" des Einheits-Instituts durch Klassische Archäologen „untragbar" sei[61]. Rust dürfte aus diesem Brief den Eindruck gewon-

nen haben, daß Rosenberg dies alles auch Hitler vorgetragen habe. Er mag dadurch oder auch unabhängig davon zu der Ansicht gelangt sein, daß die Argumente des Parteitheoretikers zumindest vom Standpunkt der „Weltanschauung" her nicht zu widerlegen waren. Mit dem Hinweis zum Beispiel darauf, daß ein Gelehrter wie Ludwig Curtius noch immer Leiter der Zweigstelle des Archäologischen Instituts in Rom sei, konnte Rosenberg das Ministerium noch zusätzlich vor Hitler bloßstellen[61a]. Rust scheint daher zu der Ansicht gekommen zu sein, daß man dem *Beauftragten des Führers* ein selbständiges Reichsinstitut doch zugestehen müsse. Er gab dieser Idee in zwei Besprechungen am 9. und 11. März 1936 seine Zustimmung[62]. Gleich darauf suchte er wieder neuen Gesprächen und einem schriftlichen Abkommen auszuweichen. Rosenberg bemerkte dies, als er durch einige noch zu erörternde Umstände Ende April 1936 seine Pläne erneut gefährdet sah. Rust ließ sich noch am 28. des Monats verleugnen; Rosenberg bat nun Hitler dringend um eine „Anordnung" des Inhalts, daß das Reichsinstitut gegründet werden müsse[63].

Zwei Tage nach diesen Vorgängen, am 30. April 1936, kam es tatsächlich zu einer Entscheidung Hitlers. Aufschluß darüber vermittelt ein Schreiben Rusts an Wiegand, von dem auch Rosenberg eine Kopie erhielt. In dem Briefe hieß es: „Beim Mittagessen beim Führer und Reichskanzler, bei dem zufällig Herr Rosenberg und ich zusammentrafen, wurde von Herrn Rosenberg die Frage des Archäologischen Instituts angeschnitten. Herr Rosenberg bemerkte entsprechend meiner gestrigen Mitteilung, daß an sich eine Einigung von ihm und mir dahin erfolgt sei, daß ein selbständiges Archäologisches Institut und ein selbständiges Institut für Deutsche Vor- und Frühgeschichte zu einer reibungslosen Zusammenarbeit gebracht werden sollten durch eine unmittelbare Unterstellung beider Institute unter den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Der Führer erklärte darauf, daß er nun weitere Verhandlungen nicht mehr wünsche, sondern daß auf dieser Grundlage das Weitere von mir angeordnet werden soll." Den „Bedenken", die Wiegand „vom Ehrenstandpunkt" am Vortage noch einmal erwähnt habe, werde „Rechnung getragen werden"[64].

Damit war die jahrelang umkämpfte Entscheidung gefallen. Fortan konnte nur noch über ein vom Deutschen Archäologischen Institut unabhängiges Reichsinstitut für Vorgeschichte verhandelt werden. Der Plan Rosenbergs war zum ersten Male in Gegenwart beider Kontrahenten von Hitler gebilligt worden. Der Wiegand-Plan war gescheitert. Wie der Staatsrat den Entschluß aufnahm, den Rust ja schon im März gefaßt und Wiegand spätestens am Tage vor der Hitler-Unterredung mitgeteilt hatte, wissen wir nicht. Ob seinem „Ehrenstandpunkt" wenigstens formal genügt wurde – er fühlte sich von Reinerths Angriffen gegen sein Institut als einer Stätte des „nationalen Versagens" persönlich getroffen –, ist nicht bekannt. Wiegand mag in den letzten Monaten seines Lebens – er starb am 19. Dezember 1936 – noch manche bittere Stunde erlebt haben, obwohl es ihm gerade jetzt in einigen anderen Fällen noch gelang, Parteifanatiker beiseite zu drängen. Für die Vorgeschichtsforschung aber erwartete er nun „die tollste Katastrophe"[65].

Wiegand konnte nicht wissen, daß der Sieg Rosenbergs noch nicht gesichert war. Dem Reichsleiter fehlte die bindende Zusage, daß seine vier Grundforderungen, die das Reichsinstitut erst zu einer machtvollen Behörde machen sollten, auch bewilligt werden würden. Dieser Mangel erklärte sich aus den Besonderheiten des Regierungsstiles Adolf Hitlers, aus der mangelnden Beherrschung der Lage durch

Rosenberg und möglicherweise auch aus der Taktik Rusts, der keine solche machtvolle Behörde gewünscht haben dürfte. Die „Entscheidung" Hitlers fiel ja nicht während einer sorgfältig vorbereiteten Konferenz, sondern während eines Tischgesprächs, bei dem man sich mit den „Einzelheiten", die in Wirklichkeit die entscheidenden Sachfragen darstellten, nicht aufhielt, zumal Rosenberg nicht auf ihrer sofortigen Klärung bestanden zu haben scheint. Wie wenig gründlich die Erörterungen waren, geht schon daraus hervor, daß nicht einmal die Probleme entschieden, wahrscheinlich sogar überhaupt nicht besprochen wurden, die seit dem Vortage die materielle Existenzgrundlage der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* bedrohten, denn am 29. April 1936 hatte Ley dem Amte Rosenberg den Etat gesperrt[66]. Aber so wenig wie Hitler in diesem Streit jemals eine tragfähige Entscheidung traf, so wenig präzise war auch seine „Entscheidung" zugunsten eines selbständigen Reichsinstituts. Er äußerte sich nicht zu den wichtigsten Problemen einer solchen Anstalt, er wurde vielleicht nicht einmal dazu befragt oder fragte nicht selbst danach, wenn er sie überhaupt durchschaut haben sollte. Er hatte gar keine eigene Idee und billigte nur einen Beschluß, den Rust schon vor Wochen gefaßt und am Vortage auch Wiegand mitgeteilt hatte.

Welche Schwierigkeiten noch bestanden, zeigte sich schon darin, daß es noch einmal zwei Monate dauerte, bis Rust sich zu einem weiteren Schritt bewegen ließ. Dann erschien im Völkischen Beobachter eine „Anordnung" Rusts, durch die Reinerth vom Ministerium „mit der Vorlage des Aufbauplanes eines Reichsinstituts für Vor- und Frühgeschichte" beauftragt wurde. Darunter stand zu lesen: „Quedlinburg, den 2. Juli 1936", und die Zeitung teilte ergänzend mit, daß die Anordnung damit „am 1000. Todestage König Heinrichs I." erlassen worden sei. Daß der Nationalsozialismus sich in dieser Form als Vollender der deutschen Geschichte vorstellen konnte, hing weniger mit dieser als mit den Terminschwierigkeiten zusammen, die sich für die Unterredungen zwischen Rosenberg und Rust immer wieder ergaben. In Quedlinburg trafen beide zufällig zusammen. Dort nahm Heinrich Himmler am 2. Juli 1936 die vorgebliche Grabstätte Heinrichs I. „in Gegenwart der Mehrzahl der Reichsminister und Reichsleiter" namens der SS „in ... Obhut"[67]. Durch die Bekanntmachung Rusts fiel vom Glanz dieses Ereignisses ein kleiner Schein auch auf das arme Amt Rosenberg.

Die Anordnung des Reichserziehungsministers war allerdings auch geeignet, den deutschen Archäologen und Prähistorikern die Nähe der Gefahr vor Augen zu führen, in der sich ihre Wissenschaft befand. Aber das Amt Rosenberg sollte seines Sieges nicht froh werden. Zu viel war inzwischen geschehen, um die Verbitterung der betreffenden Wissenschaftler hervorzurufen. Die Vorgeschichtsabteilung hatte sich diese Gegnerschaft nicht nur auf Grund ihrer Reichsinstitutspläne, sondern vor allem auch ihrer Gleichschaltungs-Maßnahmen zugezogen, die sie in dieser Zeit ebenfalls durchgeführt hatte.

3. Die „Gleichschaltungs"-Versuche des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte (1933–1936)

Wenn das Amt Rosenberg mit seinen Plänen für ein Reichsinstitut Erfolg haben wollte, dann mußte es gleichzeitig versuchen, die Mitarbeit der Hochschullehrer zu gewinnen und außerdem mit Hilfe machtvoll erscheinender Organisationen in der Öffentlichkeit auftreten zu können. Es mußte deshalb versuchen, sich an dem Prozeß zur Gleichschaltung auch im Bereich der Verbände für Altertumsforschung zu beteiligen, nachdem es durch Zufall schon einmal gegenüber den Volksbühnen-Vereinen mit der Gleichschaltung Erfolg gehabt hatte. Es kam nur darauf an, daß nicht irgendeiner der um die Gleichschaltungsvollmachten streitenden Parteiführer mit seinen Dienststellen oder Sonder-Organisationen dem Verbande Rosenbergs auf diesem Gebiete zuvorkam.

Der Kampfbund für deutsche Kultur besaß nach der Machtergreifung im Bereich der Vorgeschichtsforschung eine günstige Ausgangsposition. Man wußte zwar, daß sich auch Himmler und die SS sowie der Reichsbauernführer Darré für diese Disziplin interessierten, und was das preußische Kultusministerium, mit dem die Berufsverbände von jeher zusammenarbeiteten, tun würde, war überhaupt noch nicht abzusehen. Aber die KfdK-Fachgruppe konnte mit der Idee des selbständigen Reichsinstituts werben, die von der Kossinna-Schule schon lange vertreten wurde. Deshalb ging die Gleichschaltung der im Jahre 1909 von Kossinna gegründeten *Gesellschaft für deutsche Vorgeschichte*, die außer einer großen Anzahl von Laien eine zahlenmäßig kleine, aber für die Führung entscheidende Gruppe vorwiegend in Nord-, Mittel- und Ostdeutschland tätiger Fachleute, darunter auch Reinerth, zu ihren Mitgliedern zählte, ohne Widerstand, sozusagen „freiwillig", vor sich. Es schien, als würde der Gesllschaft im nationalsozialistischen Staat eine Führungsrolle in ihrem Fachgebiet zufallen. Entsprechende Erwartungen wurden in dem Beschluß ausgedrückt, den der Vereinsvorstand am 28. Juni 1933 in Berlin faßte. Darin hieß es: „Die Gesellschaft für Deutsche Vorgeschichte wird zum ‚Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte' erweitert, dem bei der bevorstehenden Gleichschaltung alle Vereine für Vorgeschichte und Altertumskunde zunächst im Reichsgebiet, später im großdeutschen Raume anzuschließen sind. Der Reichsbund ist staatlich zu verankern ... Der Führer der Fachgruppe Vorgeschichte im K. f. d. K. übernimmt die Führung des neuen Reichsbundes ..." Die Mitgliederversammlung trat diesem Beschluß am 9. Mai 1934 bei. Der Verband konnte sich der Öffentlichkeit als Inhaber einer Gleichschaltungsvollmacht vorstellen, obwohl nicht der dazu berechtigte Stellvertreter des Führers, sondern lediglich Alfred Rosenberg, durch seine Ernennung vom 24. Januar 1934 scheinbar legitimiert, eine solche ausgestellt hatte. Reinerth konnte auf der Mitgliederversammlung die bereits erwähnte Erklärung abgeben, der Reichsbund sei „von der Reichsleitung der NSDAP bestätigt und mit dem Zusammenschluß aller Vereine und Gesellschaften für Vorgeschichte und Altertumskunde im Reichsgebiet beauftragt worden"[68].

Indem es die Mitglieder der Kossinna-Gesellschaft gewann, schuf sich das Amt Rosenberg die Besuchermassen für die alljährlich stattfindenden „Reichstagungen", die der Verband ebenso abhielt wie andere Organisationen Rosenbergs. In Halle, Bremen, Ulm, Elbing und Hannover fanden nacheinander jeweils im Herbst der Jahre 1934–1938 große Tagungen statt, auf denen die Rede des Reichsleiters Rosen-

berg in der Regel den offiziellen Höhepunkt bildete. Die Liste der Tagungsorte zeigt, wie groß der Abstand zwischen dem Reichsbund und der Hochschullehrerschaft war[69]. Halle war die einzige Universitätsstadt, die genannt werden kann; hier fand 1934 der erste Kongreß statt und hier wurde Rosenberg im Jahre 1938 auch zum „Schirmherrn" der Martin-Luther-Universität ernannt, was lokale Gründe gehabt haben dürfte, denn das Ereignis hatte keine über Halle hinausgehenden Folgen. In anderen Universitätsstädten konnte der Reichsbund ab 1935 nicht mehr tagen, weil das Fehlen der jeweils dort lehrenden Professoren zu sehr aufgefallen wäre. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der habilitierten oder mit der Vorbereitung einer später erfolgreichen Habilitation befaßten Mitglieder des Reichsbundes in der Zeit zwischen 1933 und 1945. Die genannten Forscher waren alle schon 1933 dabei; zum größten Teil wurden sie beim Gleichschaltungs-Beschluß am 28. Juni dieses Jahres zu Landesleitern oder Beirats-Mitgliedern des neuen Reichsbundes bestimmt. Neue Namen kamen, soweit erkennbar, nicht hinzu. Die Jahreszahlen geben die Amtsdauer am jeweiligen Hochschulort an; der Zeitpunkt der etwaigen Trennung von Reinerth, auf die im Verlaufe der Darstellung ausführlich einzugehen ist, ist durch ein „T" bezeichnet. Hochschulwechsel, die nach der Trennung erfolgten, wurden nicht vermerkt[70].

Danzig TH	Königsberg	Riga Herder-I.	Greifswald	Kiel	Berlin
La Baume 1928–1938 T 2	La Baume 1928–1945				Reinerth 1934–1945
	C. Engel bis 1934 v. Richthofen 1933–1942 T 4	C. Engel 1935–1938	C. Engel 1938–1945†	P. Paulsen 1934–1939	P. Paulsen 1939–1945
Jena	**Halle**	**Breslau**	**Münster**	**Hamburg**	**München**
G. Neumann 1930–1945	Hahne 1923–1935†	Jahn 1930–1945 T 3	Andree 1924–1942†	Matthes 1934–1945	Schultz 1934–1936†
	Schulz 1935–1945	Petersen 1931–1939 T 3			
		Zotz T 3			
Leipzig	**Tübingen**	**Dortmund**	**Elbing**	**Wien**	**Krakau**
		Hochschulen für Lehrerbildung			Deutsches Ostinstitut
Tackenberg 1934–1938 T 1	Reinerth 1925–1934	Stampfuß 1935–1945	Ehrlich 1933–?	Beninger 1927–1945	
Radig bis 1935		Radig 1935–1936	Radig 1936–1941		Radig 1941–1945

† = Tod
T 1 = Nov. 1933
T 2 = Juli 1936
T 3 = Nov. 1936
T 4 = Feb. 1937

Der Verband war also im Jahre 1933 nur an fünf reichsdeutschen Hochschulen (Königsberg, Jena, Halle, Breslau, Münster) vertreten und kam niemals über die Zahl neun hinaus, obwohl man bereits vor Hitlers Machtergreifung Vorlesungen über Vorgeschichte an 22 von 24 reichtsdeutschen Hochschulen hören konnte und obwohl das Fach infolge des allgemeinen Interesses des Nationalsozialismus an dieser Disziplin bald nicht mehr, wie noch vor 1933, meist nur von Privatdozenten und Honorarprofessoren, sondern von Inhabern neuer Ordinariate und Extraordinariate vertreten wurde[71] – eine Entwicklung, an der das Amt Rosenberg keinen unmittelbaren Anteil hatte, es sei denn, daß die von ihm ausgehende Schulungs- und Propagandatätigkeit in einem allgemeinen Sinne fördernd gewirkt hätte.

Die Voraussetzungen für Rosenbergs Vorgeschichts-Abteilung waren im Juni 1933 verhältnismäßig günstig. Nachdem aber der erste Gleichschaltungsversuch gelungen war, ging es beim zweiten nicht mehr nach den Wünschen Reinerths zu. Allerdings verlief alles ganz „nationalsozialistisch", aber es kam zu keiner Gleichschaltung zugunsten des Amtes Rosenberg. Die Organisation, um die es sich handelte, war die *Berufsvereinigung deutscher Prähistoriker*. Im Jahre 1922 gegründet, kam sie jetzt in die Lage, sich an Stelle ihres Vorsitzenden, des Hannoveraner Museumsdirektors Professor Karl Jacob-Friesen, der später durch Denunziationen der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* persönlich gefährdet wurde[72], einen *Führer* wählen zu müssen. Die Berufsvereinigung tat dies auf einer Tagung am 16. September 1933 in Görlitz. Es kandidierten Jacob-Friesen und Bolko Freiherr von Richthofen, der soeben nach Königsberg auf ein neugeschaffenes Ordinariat berufen worden war. Der früher schon zitierte Brief des Breslauer Prähistorikers Ernst Petersen an Reinerth unterrichtet über diese Vorgänge: „Danach wurde die Führerwahl vorgenommen, die nach langem Hin und Her – von der zahlreich, aber nicht genügend zahlreich erschienenen Gegenseite war Jacob-Friesen aufgestellt worden – Einstimmigkeit für Richthofen ergab." Nun weiß man, wie solche „Einstimmigkeit" in Diktaturen zustandekommt. Die Mitteilungen Petersens lassen sich unschwer so deuten, daß die westdeutschen Prähistoriker, die hinter Jacob-Friesen standen, bei der Abstimmung aus Furcht schwiegen. Anders ist die Erwähnung des vorhergehenden „Hin und Her" mit der nachfolgenden „Einstimmigkeit" nicht zu erklären. In ähnlicher Weise dürften die folgenden Ausführungen Petersens zu deuten sein: „Nachdem rein grundsätzlich die Gleichschaltung der BV mit allen sich daraus ergebenden Folgen beschlossen worden war, wurde festgestellt, daß damit auch der Arierparagraph Bestandteil unserer Satzung geworden sei. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß dieser in seiner schärfsten Form anzuwenden sei, d. h., daß alle Juden und jüdisch Versippten nicht mehr Mitglieder der BV sein könnten. Damit können schon heute Bersu und Kühn als ausgeschlossen gelten."[73] Petersen referierte in dem Brief in verschärfter Form über einen tatsächlich gefaßten Beschluß, den viele Mitglieder der Berufsvereinigung, vor allem wohl die durch Jacob-Friesen vertretenen, als „Schande"[74] empfanden.

Reinerth hatte Petersen beauftragt, den in Görlitz anwesenden Mitgliedern der KfdK-Fachgruppe nahezulegen, für die Zustimmung zur Wahl Richthofens zwei Bedingungen zu stellen. Erstens sollte Richthofen nur als Beauftragter Reinerths angesehen werden, zweitens sollte die Gruppe auf die „Entfernung" aller „klassischen Archäologen" aus der Berufsvereinigung drängen. Dieser Verbindung von

weltanschaulicher Intoleranz und Zerstörung der Grundlagen sachlicher Forschung widersetzte sich Petersen. Er trat zwar für ein selbständiges, aber doch ein mit der Klassischen Archäologie zusammenarbeitendes Reichsinstitut ein, wie aus seiner Darstellung des Wiegand-Besuches in Breslau, die bereits erwähnt wurde, hervorging. Deshalb verurteilte er auch Reinerths Tübinger Rundschreiben vom Mai 1933. Petersen kritisierte scharf, daß Reinerth darin „der klassischen Archäologie ganz allgemein Landesverrat" vorwerfe. Petersen hatte es daher bereits vor der Görlitzer Tagung abgelehnt, Reinerths zwei Bedingungen als offiziellen Antrag in Görlitz vorzulegen. Er beschränkte sich darauf, Reinerths Wünsche zu referieren und teilte dem Privatdozenten dann „die Ablehnung der ... beiden Bedingungen durch die anwesenden Mitglieder der Fachgruppe" mit[75].

Der zweite Gleichschaltungsversuch war also nicht zugunsten der Organisation Rosenberg verlaufen und hatte außerdem erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Reinerth und seinen eigenen Anhängern erkennen lassen. Petersen empfahl Reinerth deshalb den zumindest zeitweiligen Rücktritt von seinem Amt als KfdK-Fachgruppenleiter. Er ließ außerdem klar erkennen, welche Prinzipien er trotz Einführung der Diktatur Hitlers gewahrt wissen wollte: Selbst wenn er Reinerths Bedingungen zugestimmt hätte, so schrieb er, dann hätte er es doch ablehnen müssen, den Fachgruppenleiter in Görlitz zu vertreten. „Sie können doch wohl nicht angenommen haben", so erklärte er ihm, „daß ich die auf der Abstimmung gegen Ihre beiden Bedingungen eintretenden Mitglieder der Fachgruppe ‚aufschreiben' und Ihnen ‚melden' würde ... Es ist selbstverständlich, daß ich als ehrliebender Mensch es ablehne und stets ablehnen werde, in dieser Weise zum Angeber achtbarer Deutscher gemacht zu werden." Petersen ließ dem Protestbrief im Jahre 1933 noch keine weiteren Schritte folgen und blieb um der Reichsinstituts-Idee willen offiziell auf seinem Posten als Landesleiter des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte[76].

Kurze Zeit nach dieser Auseinandersetzung vollzog der Prähistoriker Kurt Tackenberg den vollständigen Bruch mit Reinerth. Er protestierte am 14. November 1933 dagegen, daß er monatelang über das Disziplinarverfahren von Tübingen im unklaren gelassen worden war. Tackenberg wehrte sich ebenso wie Petersen gegen die politische Verleumdung der wichtigsten wissenschaftlichen Institutionen des Faches. „Hätte ich geahnt", so schrieb er, „daß Ihre gesamten Kräfte gegen die Römisch-Germanische Kommission ... aufgewendet werden müßten, so hätte ich Sie vor Monaten schon gebeten, Ihr Amt abzugeben oder wenigstens einen Stellvertreter zu ernennen, damit unsere Sache" – er meinte die Instituts-Idee – „nicht Schaden erleide." Man solle einen anderen Fachgenossen zum Führer ernennen, dem er, Tackenberg, „und wahrscheinlich viele andere mehr Vertrauen" entgegenbringen könnten[77]. Aber Reinerth dachte nicht daran, zurückzutreten. Kurz darauf ließ auch Richthofen Zeichen einer ersten Distanzierung erkennen, indem er von Reinerth auf Grund des Merhart-Briefes eine Stellungnahme im „Falle Bersu" verlangte. Richthofen ließ es dann freilich jahrelang hingehen, daß Reinerth eine Rechtfertigung nicht für notwendig hielt[78].

So konnte der Beauftragte Rosenbergs in seiner äußerlich unangreifbaren Parteistellung weiterwirken. Großen Erfolg hatte er beim Versuch, sich einem bekannten Verbande völkischer Phantasten zu nähern, dessen Tätigkeit für das neue Regime zumindest einen propagandistischen Wert haben mochte. Es handelte sich um die *Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte*, die ihren Hauptsitz in Det-

mold hatte. Die Gesellschaft war ein Teil der Schwärmer-Bewegungen, die in dem benediktinischen Felsenheiligtum der Externsteine umgestaltete „germanische" Kulteinrichtungen erblickten[79], die These von der „Kulturhöhe" und dem hohen Stand des Geisteslebens bei den „germanischen Vorfahren" verfochten und das Endergebnis jeder wissenschaftlichen Erörterung bereits in der außerwissenschaftlichen Prämisse vorwegnahmen, die sie in den Titel ihrer Zeitschrift „Germanien" gesetzt hatten: „Monatshefte für Vorgeschichte zur Erkenntnis deutschen Wesens". Reinerth hatte den Gründer und geistigen Führer der „Vereinigung", Wilhelm Teudt, in dem Tübinger Rundschreiben vom Mai 1933 noch als „nationalen Phantasten" bezeichnet. Am 7. Oktober 1934 aber erklärte er vor der Gesellschaft unter Anspielung auf das Rosenberg-Wildhagen-Bündnis: „Zwischen dem, was die Partei und ein großer Kreis völkischer Fachwissenschaftler will, und dem Streben des Kreises um Teudt herrscht völlige Übereinstimmung ... Der Durchbruch der völkischen Vorgeschichtsforschung hat jetzt endlich die Römlinge aus den Geldmitteln gedrängt und die Mittel der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft stehen nun in erster Linie der Erforschung der germanischen Frühzeit zur Verfügung." Nachdem Reinerth dem Verein die weitere Selbständigkeit der Zeitschrift „Germanien" garantiert und den Schutz der „Vereinigung" vor den Angriffen der Fachwissenschaft versprochen sowie „jede nur mögliche Unterstützung" durch die „Kreisleitungen der NSDAP" in Aussicht gestellt hatte, versicherte der Geschäftsführer der Organisation, „ein künftiges vertrauensvolles Zusammenarbeiten" sei „so gut wie gesichert". Einge Zeit danach vollzog die Vereinigung dann auch den zugesagten „körperschaftlichen Beitritt" zum Reichsbund für deutsche Vorgeschichte[80]. Allerdings kam später die SS und nahm sie dem Reichsbund wieder ab.

Mit der Gleichschaltung eines Verbandes wissenschaftlich einflußloser Phantasten war für das Amt Rosenberg noch nicht viel gewonnen. Es kam auf die Befehlsgewalt über die vier großen Altertumsverbände an, die sich in ganz Deutschland bemühten, zahlreiche Einzelpersönlichkeiten, Ortsvereine, Regionalorganisationen, Lokal- und Provinzialmuseen unter der Führung von Wissenschaftlern zu Arbeiten zusammenzufassen, die das Einzelmitglied und der Einzelverein nicht allein ausführen konnten. Die vier Organisationen waren der *Ostdeutsche, Mitteldeutsche, Nordwestdeutsche* und der *West- und Süddeutsche Verband der Vereine für Altertumsforschung.* Sie wurden geleitet von den Professoren Wolfgang La Baume aus Danzig, Hans Hahne aus Halle, Karl Jacob-Friesen aus Hannover-Göttingen und dem Museumsdirektor Dr. Ferdinand Kutsch aus Wiesbaden. Die vier Organisationen bildeten unter Kutsch zusammen die *Abteilung I* des *Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine,* zu dessen Leiter nach der Machtergreifung der Berlin-Brandenburgische Landesgeschichtler Professor Willy Hoppe gewählt worden war[81].

Der Ostdeutsche und der Mitteldeutsche Verband schlossen sich dem Reichsbund bei dessen *Erster Reichstagung* im Oktober 1934 ohne allzuviel Widerstand an. Bei dem Mitteldeutschen Verband war die Gleichschaltung einfach, weil er in Hahne einen in die Bahnen der Germanophilie abgeglittenen Vorsitzenden hatte[82]. La Baume, der Vorsitzende des ostdeutschen Verbandes, stimmte einem Beitritt nur unter dem Vorbehalt zu, daß der Verein „in seinen inneren Angelegenheiten, wie insbesondere der Ansetzung seiner Tagungen und seinen sonstigen Unternehmungen ... selbständig" sein solle, freilich nur „im Sinne der Satzungen", und als solche

hatte man die des Reichsbundes angenommen[83]. Aber es wurde in Süddeutschland doch bemerkt, daß „La Baume ... selbständiger geblieben" sei „als Hahne, der nicht rasch genug hinein kommen" konnte[84].
In Süddeutschland war die Besorgnis über die Gleichschaltung groß. Es war offensichtlich, daß Reinerth die Dachverbände nach und nach entmachten wollte, um deren Einzel-Vereine dann ganz zu beherrschen. Sofort nach der Tagung in Halle unternahm er den nächsten Schritt. Willy Hoppe, der Vorsitzende des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, gab dem Drängen der Dienststelle Rosenberg nach und teilte am 8. November 1934 mit, daß die Abteilung I des Dachverbandes aufgelöst worden sei. Die darin zusammengeschlossenen Vorgeschichts-Vereine sollten dem Reichsbund beitreten[85]. Dr. Kutsch, der Leiter der Abteilung I, erhielt von der Auflösung „erst nach ihrer Durchführung Kenntnis". „Ich war mir immer darüber klar, daß Hoppe, wenn es hart auf hart gehen würde, nie festbleiben wird", äußerte Kutsch über das „unerhörte Verfahren"[86]. „Reinerths Plan ist offenbar, zunächst einzelne Vereine unter günstigen Bedingungen in die Hände zu kriegen, um ihnen später nach dem Führerprinzip zu diktieren, z. B. den Besuch der Verbandstagungen zu untersagen. Wenn wir die Mittel hätten, die einzelnen Vereine aufsuchen zu können, ließe sich mündlich mancherlei sagen, das man schriftlich eben nicht hinausgehen lassen kann ... So ist also die Situation im ganzen ziemlich düster und wird es bleiben, bis Reinerth entweder abgewirtschaftet hat oder anderweitig saturiert ist." An den West- und Süddeutschen Verband, so berichtete Kutsch weiter, habe sich Reinerth „bisher nicht gewandt". Er warte wohl „wie im Falle Hahne und La Baume", bis der Verband „wieder eine Tagung" ansetze[87].
Die westdeutschen Prähistoriker sahen sich um die Jahreswende 1934/35 also einer Probe auf die Festigkeit ihres Zusammenhaltes ausgesetzt. Es war die Frage, ob sie sich gegenüber den Gleichschaltungsversuchen des Amtes Rosenberg behaupten und ob die Verbände ihre Funktion als Rückhalt der Römisch-Germanischen Kommission würden beibehalten können. Im Augenblick der Gefahr kam den Forschern Hilfe zu von einer Seite, von der sie viele am wenigsten erwartet haben dürften: von Heinrich Himmler und dem von ihm geführten Verein *Das Ahnenerbe*.

4. Die „Forschungs- und Lehrgemeinschaft ‚Das Ahnenerbe'"

Zu der Zeit, da sich die beiden Altertumsverbände Westdeutschlands von den Gleichschaltungs-Versuchen des Amtes Rosenberg bedroht sahen, wurde der Name Langsdorffs zum ersten Male in einem Instituts-Vorschlag Wiegands genannt. Rust billigte den Plan am 7. März 1935[88]. Der Vorgang zeigt, daß bestimmte Kreise der SS sowohl von Rust als auch von einigen Wissenschaftlern als eine im Vergleich zu Rosenberg ungefährliche Schutzmacht angesehen wurden. Von nun an geriet das Amt Rosenberg auch auf dem Gebiete der Wissenschaftspolitik in ähnlicher Weise in ein Dreieck der Macht, wie dies schon auf dem Felde der Kultur- und Theaterpolitik geschehen war. Von nun an sah es sich zwei Gegnern gegenüber, dem Reichserziehungsministerium und der SS, so wie es sich in anderen Fragen immer zugleich mit Goebbels und Ley auseinanderzusetzen hatte. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung ergibt sich die Frage nach dem allgemeinen Charakter und den wichtigsten Persönlichkeiten der Wissenschaftsorganisation Heinrich Himmlers.

Der Reichsführer SS sah nach der Machtergreifung Hitlers die Zeit gekommen, Fachleute zur Antwort auf die Fragen aufzufordern, die sich aus seiner eigenen Version des ethnozentrischen Weltbildes der Nationalsozialisten zu ergeben schienen. Selber wissenschaftlich orientierungslos, geriet er dabei zugleich an Phantasten wie an methodisch erfahrene Forscher, die seinen Einfluß zu bestimmten Zwecken zu nutzen trachteten oder die zumindest einiges an seinen Fragestellungen als berechtigt angesehen haben mögen. Der Reichsführer SS versprach sich sowohl von den Vertretern der herkömmlichen Methodik als auch von denen, die nach seiner Ansicht „von der offiziellen Wissenschaft verfolgt"[89] wurden, eine Antwort auf die Fragen, die sich ihm aus seiner Neigung zur „Ahnen"-Verehrung, „nordischen" Bluts-Mystik, Naturheilkunde und okkulten Medizin stellten. Das Nebeneinander von exakter Forschung und scheinwissenschaftlicher Spekulation zeigte sich bereits 1934. Himmler ließ damals den wissenschaftlich nicht nur einwandfreien, sondern geradezu bahnbrechenden Haithabu-Grabungen des Kieler Prähistorikers Herbert Jankuhn seine „Schirmherrschaft" angedeihen, ohne daß die Forschungsergebnisse bei der Publikation „politisch" gedeutet oder nachträglich abgeändert werden mußten[90]. Zur gleichen Zeit aber bekundete Himmler auch Interesse, sich an pseudowissenschaftlichen Externsteine-Unternehmungen zu beteiligen und ließ sich am 31. März 1934 in den Vorstand einer von der Lippischen Landesregierung errichteten *Externsteine-Stiftung* berufen[90a]. Im Herbst 1934 tat er einen weiteren Schritt. Er lernte auf einer Abendgesellschaft des Agrarideologen Johannes von Leers den in Marburg ansässigen, aber nicht der Universität angehörigen Titular-Professor Herman Wirth kennen und zog ihn bald in seinen Kreis. Wirth verbreitete schon seit mehreren Jahren Hypothesen über eine „Geistesurgeschichte der Menschheit" und eine „Geschichte der Religion, Symbolik und Schrift der atlantisch-nordischen Rasse", deren Spuren er in den Felsbildern und Felsritzungen Skandinaviens entdeckt zu haben glaubte. Wirth war insbesondere durch die Veröffentlichung eines Manuskripts von dunkler Herkunft, der sogenannten „Uralinda-Chronik", bekannt geworden[91]. In wissenschaftlichen Kreisen wurde er auf das schärfste kritisiert. Zu seinen Gegnern zählte auch Rosenberg, wenngleich Wirth zu Unrecht argwöhnte, daß der Reichsleiter sein Buch „verbieten"[92] lassen wollte. Rosenberg war lediglich der Meinung, daß „die Partei ... sich mit den Ansichten Wirths nicht identifizieren" könne, wenngleich sie „andererseits Wirth naturgemäß Schaffensfreiheit" zugestehen wolle[93]. Himmler glaubte jedoch, daß die „Uralinda-Chronik" „im Kern echt"[94] sei und daß „von den Hunderttausenden von Mosaiksteinchen, die das wahre Bild der Entstehung des Weltsystems und ihrer [sic] Geschichte darstellen, auch in diesem Buch ein paar Steinchen enthalten" seien[95]. Zwischen den nationalsozialistischen Führern war wieder einmal strittig, welche Antwort die Weltanschauung in einem bestimmten Fall bereit halte. Aus der Unverbindlichkeit der ideologischen Formeln erklärte sich nicht nur die Förderung Wirths durch Himmler, sondern auch die Entwicklung des im wesentlichen einwandfrei arbeitenden SS-Ausgrabungswesens. Die paradox anmutende Folgeerscheinung der Einmischung Himmlers in die Vorgeschichtsforschung bestand darin, daß einer der größten Verbrecher des Regimes in einem schmalen Teilbereich ungewollt zum Schutzherrn einer im allgemeinen sauberen und der Ideologie auf lange Sicht nicht dienlichen Forschung zu werden vermochte, während der im Vergleich zu Himmler noch „harmlose" Rosenberg in demselben Bereich zum fanatischen Verfolger wurde.

Am 1. Juli 1935 gründete Himmler zusammen mit Wirth einen eingetragenen Verein, die *Studiengesellschaft für Geistesurgeschichte ‚Deutsches Ahnenerbe'*. Wirth wurde deren „Präsident" und Himmler ihr „Kurator". Wirths ehemaliger Assistent, der Verlagskaufmann Wolfram Sievers, ein Mann ohne Studienabschluß, übernahm die Geschäftsführung. Das SS-Ausgrabungswesen gehörte zunächst noch nicht zum *Ahnenerbe*, dessen Ruf in Kreisen der Prähistoriker anfänglich nicht der beste sein konnte. Himmler ging es aber durchaus darum, daß seine Wissenschafts-Organisation von Hochschullehrern ernst genommen wurde. Er bemerkte bald, daß er dieses Ziel in der Gesellschaft Herman Wirths nicht erreichen würde. Dieser selbst wurde ihm daher in zunehmendem Maße unbequem. Schon seit dem Frühjahr 1936 wurde er mehrfach gerügt. Sievers drängte ihn zurück und suchte bereits nach einem Nachfolger, der dem SS-Verein mehr Ansehen verschaffen sollte. Im Sommer 1936 fand er ihn in Walther Wüst, dem Inhaber eines Lehrstuhls für „indogermanische Kulturbeziehungen" in München. Wüst war Sprachwissenschaftler und Spezialist in dem umstrittenen Bereich der Erschließung und Deutung indoeuropäischer Wortwurzeln. Er beherrschte freilich die wissenschaftliche Methodik vollkommen, hielt aber dennoch einmal einen Vortrag zum Thema „Des Führers ‚Mein Kampf' als Spiegel arischer Weltanschauung" und schien der Gesuchte zu sein. Am 11. März 1937 wurde der damalige Dekan und spätere Münchener Rektor zum Präsidenten des *Ahnenerbes* ernannt. Wirth mußte sich mit dem einflußlosen Posten eines Ehrenpräsidenten begnügen und schied Ende 1938 ganz aus, wurde von Himmler inoffiziell freilich weiter unterstützt[96]. Das SS-Ausgrabungswesen wurde dem *Ahnenerbe* erst im Februar 1938 angegliedert[97]; vorher war es eine gesonderte Abteilung, die sich den Bestrebungen Wirths schon um der Mitarbeit der anerkannten Forschung willen ferngehalten zu haben scheint. Die Veröffentlichung über die SS-Grabungen zeigen dementsprechend, daß Himmler den Vertretern der Hochschul-Wissenschaft ein offenbar recht großes Maß an Freiheit ließ und sich anscheinend nicht nur im Falle Jankuhns zurückhielt. Selbst die populärwissenschaftlichen Versionen der Grabungsberichte, die in der *Ahnenerbe*-Zeitschrift erschienen und noch am ehesten Konzessionen an die Germanophilie aufwiesen, enthielten zuweilen geradezu Warnungen vor ungesicherten ethnischen Deutungen. Sie standen damit durchaus im Gegensatz zum sonstigen Inhalt der *Ahnenerbe*-Zeitschrift, denn das SS-Ausgrabungswesen hatte sich neben einer ganzen Reihe von *Ahnenerbe*-Abteilungen mit scheinwissenschaftlicher Zielsetzung zu behaupten. Die Grabungsberichte lassen im allgemeinen eine sachgerechte Durchführung des betreffenden Forschungs-Unternehmens und ein abwägendes Urteil über das Ergebnis erkennen; in vielen Fällen muß in ihnen auch, wie in totalitären Systemen nicht anders zu erwarten, „zwischen den Zeilen" gelesen werden. Besonders auffällig ist, daß die am *Ahnenerbe* beteiligten Vorgeschichtsforscher Berichte über Ausgrabungen, die einem von der Ideologie aufgeworfenen scheinwissenschaftlichen Problem galten und denen Himmler – wie im Falle der Externsteine und des Sachsenhains bei Verden – stets großes Interesse widmete, nach 1936 zu unterdrücken versuchten; es wurden jedenfalls keine weiteren Artikel über solche Grabungen mehr veröffentlicht[98].

Diese Entwicklung war auf Langsdorff und den jeweiligen Leiter des SS-Ausgrabungswesens zurückzuführen. Der erste Inhaber dieses Postens, ein wissenschaftlich unbekannt gebliebener SS-Obersturmführer Dr. R. Höhne, mußte als Anhänger

Wirths im Mai 1938 ausscheiden[99]. Sein Nachfolger wurde ein anerkannter Forscher, der Berliner Professor Dr. Hans Schleif, der sein Amt aber anscheinend schon im Laufe des Jahres 1939 wieder abgab[100], was mit seinen häufigen und ausgedehnten Reisen nach Olympia in Griechenland zusammengehangen haben dürfte. Schleif war dort stellvertretender Grabungsleiter und scheint die Unternehmungen des Archäologischen Reichsinstituts vor der Auslandsorganisation der NSDAP geschützt zu haben[101]. Professor Dr. Herbert Jankuhn wurde nach ihm Leiter der Vorgeschichtsabteilung des *Ahnenerbes* und blieb es bis zum Ende.

Der Hinweis auf die im allgemeinen fachlich einwandfreien Arbeiten, die vom SS-Ausgrabungswesen durchgeführt wurden, darf nicht von der Tatsache ablenken, daß es sich bei diesem Bündnis zwischen der Macht und der sachlichen Forschung um ein außerordentlich gefährliches „Schutz"-Verhältnis gehandelt hat. Die Beschäftigung Himmlers mit der Wissenschaft endete genau dort, wo Schwärmertum, wenn es mit Gewalt einhergeht, schon oft hinführte: im Verbrechen. An diesen hatte die Vorgeschichts-Abteilung des *Ahnenerbes* allerdings keinen Anteil, und es gibt auch keinerlei Beweis dafür, daß irgendeiner der Prähistoriker von den „medizinischen" Versuchen, die ab 1942 in zwei geheimen Abteilungen der Organisation unter direkter Aufsicht von Sievers durchgeführt wurden, etwas gewußt hat[102].

Rosenberg sah Himmler von Anfang an als den Hauptschuldigen am Fehlschlag seiner Reichsinstitutspläne an. Er glaubte, daß der Reichsführer die Opposition zahlreicher Archäologen und Prähistoriker gegen sein Amt machtpolitisch überhaupt erst möglich mache. Dieses Urteil war nicht falsch, aber einseitig. Als Wiegand Langsdorff vorschlug, zeigte sich zweifellos eine gegen Rosenberg gerichtete Koalition. Aber zum Widerstand gegen die doktrinäre Politik des *Beauftragten des Führers* kam es ohne Himmlers Zutun. Es gab die Opposition, lange bevor Himmlers Organisation eine nennenswerte Rolle spielte. Die Archäologen waren auch nicht allein auf die Unterstützung bestimmter SS-Funktionäre angewiesen, sondern fanden zusätzliche Abwehr-Möglichkeiten in dem allgemeinen Chaos des nationalsozialistischen Dienststellen-Gefüges, innerhalb dessen der „Staat", dem „die Partei" nach offizieller Theorie „befehlen" sollte, infolge der Weisungsbefugnis der Minister und Länderbehörden in vielen Bereichen mehr an Durchsetzungs- und Beharrungsvermögen aufwies, als „die Partei" zu überwinden vermochte. Außerdem waren es die eigenen Fehler Rosenbergs, die die lockere Verbindung zwischen Himmler und einer Reihe von Wissenschaftlern festigten und ihr in einigen Fällen auch Bündnis-Charakter verliehen.

Vier Bedingungen trugen zum allmählichen Scheitern der Politik der Vorgeschichtsabteilung Rosenbergs bei. Erstens waren die vier Kernforderungen, die im Reichsinstitutsplan aufgestellt wurden, sachlich abwegig. Vermutlich blieben die Vorhaben des *Beauftragten* also nicht nur deshalb erfolglos, weil die Beamten des Reichserziehungsministeriums sich zuweilen auf angebliche oder tatsächliche Wünsche Himmlers berufen konnten, sondern weil sie auch ohne Himmlers Unterstützung genügend Argumente hatten, um sich beim Stellvertreter des Führers gegen den *Beauftragten des Führers* verteidigen zu können. Zweitens waren die Befugnisse Rosenbergs weder von Hitler noch vom Stellvertreter des Führers positiv festgelegt worden. Der Parteitheoretiker hatte nicht nur kein Weisungsrecht, es gab überhaupt keine grundsätzliche offizielle oder interne Anordnung über seine Befugnisse. Deshalb war es gar nicht sicher, daß er für Vorgeschichtsfragen allein oder auch nur

überhaupt zuständig war[102a]. Seine Zuständigkeit wurde zwar in der Praxis anerkannt, aber der Alleinanspruch blieb unberücksichtigt. Drittens hatte es Himmler nicht von Anfang an auf Konflikte angelegt. Konflikte konnten dem *Ahnenerbe* auch schaden. Himmler zeigte besonders in der Anfangsphase des *Ahnenerbes* die Neigung, sich mit Rosenberg zu verständigen. Er scheiterte aber an den Alleinansprüchen Rosenbergs, die im Interesse einer klaren Kompetenzverteilung zwar berechtigt waren, aber angesichts der innerparteilichen Herrschaftsverhältnisse besser gar nicht hätten erhoben werden sollen. Viertens war Himmler in vielen Fällen nicht die ausschlaggebende Persönlichkeit im Kampf gegen Rosenberg. Himmler als Person war oft unbeteiligt, wurde gar nicht gefragt oder beschränkte seine Opposition auf die des strikt oder wohlwollend Neutralen, was für die Wissenschaftler bereits eine große Hilfe war, denn auf diese Weise schied der Chef der Staatspolizei als Gegner aus. Dennoch waren die Beamten in den Ministerien und in den Provinzialverwaltungen, die kraft ihrer Weisungsbefugnisse Anordnungen auf dem Gebiet des Museumswesens, des Denkmalschutzes und der Stellenbesetzung treffen konnten, in vielen Fällen entscheidender als Himmler. Wenn diese Beamten, wie es mindestens in einem noch zu schildernden Falle geschehen ist, einen Gauleiter hinter sich bringen konnten, sank die Bedeutung des Himmler-„Schutzes" zu der eines Faktors unter vielen anderen herab. Und selbst wenn dieser „Schutz" vorhanden war, bedurfte es doch noch eines Beamten, der Anordnungen in einer bestimmten Richtung treffen mußte, um den „Schutz" wirksam werden zu lassen, denn Himmler hatte im Gebiet der Verwaltung, ausgenommen den Zweig der Polizei, keine Weisungsbefugnis, so wenig der Druck unterschätzt werden darf, den er persönlich oder seine Untergebenen über SS und SD auf alle außerhalb der höchsten Parteikreise stehenden ausüben konnten.

Die Entwicklung der Vorgeschichtsabteilung Rosenbergs hatte bis zum Jahre 1935 gezeigt, daß für die Mißerfolge die zwei erstgenannten Ursachen verantwortlich waren. Die Einzelforderungen des Institutsplanes, besonders das Verlangen nach Auflösung oder Beschränkung der RGK „auf das Römische", hätten bei einer Verwirklichung die Zerstörung der methodischen Grundlagen der germanophil ungebundenen Forschung zur Folge gehabt. Rosenbergs Wünsche konnten außerdem vom Erziehungsministerium dilatorisch behandelt werden, weil seine Kompetenzen umstritten waren. Vom Jahre 1935 machten sich auch die übrigen obengenannten Ursachen bemerkbar.

Während der Anfangszeit der SS-Wissenschaftsorganisation scheint für den *Beauftragten des Führers* noch manche Gelegenheit bestanden zu haben, sich mit dem Reichsführer SS zu verständigen. Dessen Position war zwar auch schon damals sogar auf dem Felde der Kulturpolitik beachtlich, denn es dürfte nur selten seine Wirkung verfehlt haben, wenn er Außenstehenden, etwa den Angehörigen des Lehrkörpers einer Universität, einen Bewerber besonders empfehlen ließ. Aber gegenüber einem „alten Kämpfer" konnte er sich damals noch nicht in jedem Falle durchsetzen. Das Scheitern der Kandidatur Langsdorffs nach der Rosenberg-Rust-Unterredung vom Juni 1935 hatte diese Schwäche offenbar werden lassen. Rosenberg hätte sich Himmler damals durch Entgegenkommen verpflichten können, aber er wäre wohl kaum der „Parteitheoretiker" gewesen, wenn er über ein solches Geschick verfügt hätte, wie es in einem anderen Bereich etwa Goebbels gegenüber Ley anzuwenden wußte. Der *Beauftragte des Führers* verfocht seinen Alleinanspruch im Gegenteil

mit einer Kompromißlosigkeit, die jeden, der so handelte wie er, gerade im Chaos der ungeklärten Kompetenzen isolieren mußte, ohne Rücksicht darauf, ob er, parteiintern gesprochen, Recht oder Unrecht hatte[103].

Rosenbergs Härte zeigte sich in einem Schreiben in Sachen Himmler, das am 6. August 1935 an Rust abging. Der Ideologe antwortete damit auf einen Brief, in dem ihm der Minister anscheinend mitgeteilt hatte, daß sich der Reichsführer SS den Bedenken gegen die Person Reinerths angeschlossen habe. Rosenberg stellte „grundsätzlich" fest, daß diese Personalfrage den Reichsführer nichts angehe. Das Vorschlagsrecht läge für die Partei allein beim *Beauftragten des Führers*. Himmlers Rechte beschränkten sich auf die Übersendung des etwa vorliegenden Belastungsmaterials. Es „würde ... zu einer Unordnung auf allen Gebieten kommen, wenn eine private Nebenbeschäftigung ... des Chefs der Politischen Polizei als amtliches Gutachten, sei es des Reichs, sei es der Bewegung betrachtet würde". Um Rust seine Kompromißlosigkeit besonders drastisch vor Augen zu führen, beschwerte sich Rosenberg gleich noch darüber, daß der Minister ein *Institut für ältere deutsche Geschichtskunde* – die nationalsozialistische Form der *Monumenta Germaniae Historica* – gegründet habe[104], obwohl der Vorgang „ganz unmittelbar die gesamte Schulung und Erziehung der nationalsozialistischen Bewegung" berühre. Rust hätte die Angelegenheit „grundsätzlich und personell" mit dem *Beauftragten des Führers* besprechen müssen, zumal „auch der Angriff auf *Oncken* seitens der Bewegung erfolgt und dadurch der Weg freigemacht worden" sei „für eine nationalsozialistische Gestaltung der Geschichtsinstitute"[105].

Rust scheint diesen Brief nicht beantwortet zu haben, bemühte sich aber in den folgenden Monaten, Rosenberg entgegenzukommen. Dieser konnte sich zu dieser Zeit bereits auf die sogenannten „Entscheidungen" zugunsten eines selbständigen Reichsinstituts berufen, die Hitler am 23. August 1935, 16. Januar und 30. April 1936 gefällt haben soll. Rosenberg schien durchaus Einfluß beim *Führer* zu haben und dies mußten seine Gegner berücksichtigen. Selbst Himmler wagte es nun anscheinend nicht, direkt gegen die Pläne des *Beauftragten* vorzugehen. Er versuchte sogar, sich mit ihm zu verständigen. Im SS-Sanatorium Hohenlychen bei Berlin, in dem Rosenberg jährlich mehrere Wochen zubrachte, hatte der Hausherr am 16. Oktober 1935 eine Unterredung mit seinem Gast. Es handelte sich um ein Privatgespräch. Ausführliche Verhandlungen fanden trotz der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht statt. Rosenberg faßte aber immerhin in zwei formlosen Briefen das zusammen, was er für das Ergebnis der Aussprache hielt. Er schrieb, es bestehe Übereinstimmung darüber, daß die Abteilung Vorgeschichte seines Amtes „die einzige parteiamtliche Stelle für diese Frage" sei. Er begrüße es, daß Himmler „als Führer der SS in dankenswerter Weise altgermanische Stätten aufgedeckt und betreut" habe. „Es ist jedoch dabei ausdrücklich ausgemacht worden", so meinte Rosenberg weiter, „daß die Hilfskräfte auf diesem Gebiet weder an staatliche, parteiamtliche und an wissenschaftliche Stellen, Institute und Behörden von sich aus herantreten. Dort, wo sich das Ihrer Ansicht nach als notwendig erweisen sollte, soll es nur über meine Abteilung Vor- und Frühgeschichte ... geschehen. Sie haben sich rein p e r s ö n l i c h vorbehalten, in einer Sie interessierenden wissenschaftlichen Frage mit dem einen oder anderen Gelehrten in Korrespondenz zu bleiben." Die Übereinkunft, so erklärte Rosenberg abschließend, müsse auch für andere weltanschauliche Gebiete „Gültigkeit haben"[106].

Wenige Tage später kam Rosenberg der Gedanke, daß er seinen Ausführungen noch einen wichtigen Zusatz anzufügen habe. Er schrieb deshalb am 21. Oktober 1935 noch einen zweiten Brief. Die Errichtung des Reichsinstituts, so bemerkte er darin, sei „noch immer nicht gelungen". „Für die Entscheidung des Pg. Rust und der Referenten seines Ministeriums" habe „eine ausschlaggebende Rolle die Annahme gespielt", daß zwischen Rosenberg und Himmler „Differenzen grundsätzlicher Natur in dieser Angelegenheit bestünden". Insbesondere habe der SS-Führer „Bedenken gegen die Person des Professors Reinerth erhoben, die auf den ganzen Plan übertragen worden" wären. Himmler möge Rust nunmehr mitteilen, daß es „Differenzen überhaupt nicht" gebe und daß er „keine Ursache" hätte, „Bedenken gegen den Plan geltend zu machen". Auch solle er den Minister wissen lassen, daß er die Tatsache, daß ... Reinerth Rosenbergs „volles Vertrauen besäße", „zur Kenntnis genommen" habe[107].

Himmler hätte die Möglichkeit gehabt, den weitgehenden Festlegungen insbesondere des ersten Briefes auszuweichen oder neu verhandeln zu lassen. Er hat diese Möglichkeit nicht genützt, sondern am 31. Oktober 1935 folgendermaßen geantwortet: „Wenn wir auch eine schriftliche Fixierung unseres Gespräches von Mann zu Mann nicht ausgemacht haben, da sonst der Text in gegenseitigen Referentenbesprechungen hätte festgelegt werden müssen, so erkläre ich mich trotzdem mit den in Ihren Briefen niedergelegten Punkten einverstanden und hoffe, daß auf Grund dieser Niederlegung eine sachlich korrekte Arbeit zum Nutzen der Bewegung zwischen unseren beiden Dienststellen sich aufbauen wird." Er stellte fest, daß er „persönlich" sein Urteil über Reinerth „nicht geändert habe", daß Rosenbergs Meinung aber „das volle Gewicht" zufalle. „Als Parteigenosse, der seit 10 Jahren zu gehorchen gewohnt" sei, erkenne er Rosenberg „als den vom Führer eingesetzten weltanschaulichen Beauftragten unbedingt" an. Er bestreite daher auch nicht das Recht eines solchen Beauftragten, für die Direktorenstelle im Reichsinstitut einen Mann seines Vertrauens zu fordern. Er werde sich deshalb bei Rust auch für Rosenbergs „Wunsch" einsetzen, Reinerth zu berufen[108].

Himmler gab Rosenberg durch dieses Schreiben in allen Punkten nach. Er bestätigte sogar die Vollmachten, die der Parteitheoretiker sich selbst zuschrieb und erkannte an, daß dessen Wünschen im gesamten Bereich der Wissenschaftspolitik Priorität zukäme. Die Gründe, die Himmler zu seinen Konzessionen veranlaßten, sind schwer zu beurteilen. Aus seinem späteren Verhalten ist zu schließen, daß er scharfen Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen und lieber im stillen vollendete Tatsachen schaffen wollte. Ob er diesen oder einen anderen Vorsatz gefaßt, ob er überhaupt ein klares Programm hatte, ob er mit der SS eines Tages die gesamte wissenschaftliche Forschung zu beherrschen gedachte, ist aus seiner Politik gegenüber Rosenberg nicht sicher zu erkennen[109]. Der Vorsatz könnte damals bereits vorhanden gewesen sein oder sich auch erst allmählich herausgebildet haben. Welchen Zielvorstellungen Himmler auch immer gefolgt sein mag – die Tatsache, daß auch die SS eine kaum zu übersehende Anhäufung rivalisierender Gruppen, ein NS-Staat im kleinen war und daß von einer einheitlichen Führung gar nicht gesprochen werden kann, deutet nicht auf planvolles Handeln. Himmler dürfte sich auch im Bereich der Wissenschaftspolitik auf die jeweiligen Möglichkeiten des Augenblicks verlassen haben. Im Jahre 1935, als das SS-Ausgrabungswesen sich gerade erst in den Anfängen befand und das *Ahnenerbe* erst gegründet worden war, waren Himmlers Möglich-

keiten noch nicht sehr groß. Allerdings stand seine Organisation schon damals bei manchem Archäologen oder Prähistoriker in dem Ruf, eventuell Schutz gegen die Dienststelle Rosenberg bieten zu können. Es war die Frage, was Himmler und was die bedrohten Vorgeschichtsforscher Westdeutschlands in dieser Lage tun würden.

5. Die Front der westdeutschen Prähistoriker (1934–1936)

Schneller als erwartet, sahen sich Kutsch und Jacob-Friesen, die Vorsitzenden des West- und Süddeutschen und des Nordwestdeutschen Verbandes für Altertumsforschung, einer Aufforderung Reinerths gegenüber, ihre Organisationen im Reichsbund gleichzuschalten. Reinerth wies am 14. Dezember 1934 die Einzelvereine der beiden Verbände unter Umgehung Kutschs und Jacob-Friesens darauf hin, daß ihnen bereits bei der Auflösung der Abteilung I des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsverbände durch ein Rundschreiben Hoppes am 8. November 1934 nahegelegt worden sei, dem Reichsbund für deutsche Vorgeschichte beizutreten. Reinerth tat also, als spräche er nicht im Namen seiner eigenen Organisation; er schob Hoppe vor. Das war ein Versuch, die Tatsache zu verschleiern, daß der Reichsbund keine juristischen oder parteiamtlichen Vollmachten besaß, um eine Gleichschaltungs-Aufforderung aussprechen oder gar den Anschluß erzwingen zu können. Reinerth hatte jedoch die Möglichkeit, indirekt, verhüllt und darum um so wirkungsvoller zu drohen. Deshalb hieß es in seinem Rundschreiben: „Der Reichsbund bildet die einzige parteiamtlich anerkannte Reichsorganisation auf diesem Gebiet. In ihr sind im Auftrag von Reichsleiter Alfred Rosenberg alle Vereine ... für Vorgeschichte und Altertumskunde auf nationalsozialistischer Grundlage zusammengeschlossen." Von solcher Autorität zwar nicht legal, aber nach den „Gesetzen" des Revolutionsrechtes bevollmächtigt, konnte Reinerth es wagen, die Vereine gleichzeitig um Übersendung einer „vollständigen Liste" der Vereinsmitglieder und Ausfüllung eines Fragebogens bis zum 10. Januar 1935 zu ersuchen[110].
Kutsch und Jacob-Friesen konnten den Beitritt einer größeren Anzahl von Einzelvereinen trotz der von Reinerth ausgesprochenen Drohung mit dem Namen Rosenbergs zunächst noch verhindern, befürchteten aber, daß Reinerth die jeweils nächste Verbandstagung abwarten werde, um zu verlangen, daß die Mitgliederversammlung den „Anschluß" beschließe. Der Nordwestdeutsche Verband hielt im Mai 1935 eine solche Zusammenkunft ab. Reinerth begnügte sich damals noch damit, durch einen Gefolgsmann einen Eingliederungsantrag einbringen zu lassen. Daraufhin erinnerte man den Abgesandten an den Brief vom 17. Januar 1934, „in dem Merhart den Vorwurf gegen Reinerth erhebt, daß er kein Ehrenmann sei und auf den Reinerth bis heute noch nicht gezeichnet" habe. Damit war die Diskussion über den Antrag beendet. Jacob-Friesen schrieb an Kutsch, der Vertreter Reinerths habe sich „bei der Debatte eifrige Notizen" gemacht. Man nehme an, „daß alle Ausführungen brühwarm nach Berlin berichtet worden" seien[111].
Kurze Zeit nach diesen Ereignissen in Norddeutschland erhielt der West- und Süddeutsche Verband einen neuen Gleichschaltungs-Befehl. Er traf, wie vorausgesehen, kurz vor der Jahrestagung der Organisation, die für den 11. bis 14. Juni 1935 nach Fulda einberufen worden war, ein. „Da sich Ihr Verband dem *Reichsbund* ... als der zuständigen Reichsorganisation für alle Vorgeschichts- und Altertumsvereine

freiwillig noch nicht angeschlossen hat", so schrieb Reinerth an Kutsch, „bitte ich Sie, auf Ihrer Tagung in Fulda die Eingliederung vorzunehmen."[112] Ein Vertreter Reinerths erschien uneingeladen bei der Mitgliederversammlung, wurde aber so heftig angegriffen, daß er vorzeitig wieder abreiste. Ihm wurde vor allem zum Vorwurf gemacht, daß durch die Pressepolemik Reinerths ständig der Eindruck hervorgerufen werde, daß „die Beschäftigung mit dem Römischen notwendigerweise eine Beeinträchtigung" der „deutschen vaterländischen Gesinnung" herbeiführen müsse. Der Abgesandte Reinerths war „sichtlich nicht ermächtigt", für die Verleumdungen und Denunziationen um Entschuldigung zu bitten[113]. Die Antwort, die Reinerth von Dr. Kutsch erhielt, war kühl und kurz: „Auf Ihr Schreiben vom 6. 6. 1935 habe ich die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß der Süd- und Westdeutsche Verband für Altertumsforschung es zur Zeit für untunlich hält, dem Reichsbund beizutreten."[114]

Die Kühnheit, mit der die Vereinigung die Anmaßung des Amtes Rosenberg zurückwies, hatte einen geheimen Grund: die Anwesenheit Professor Langsdorffs, der als „offizieller Vertreter des Reichsführers SS"[115] erschienen war. Langsdorff hatte auf der Tagung allerdings nicht gegen das Amt Rosenberg Stellung genommen und war anscheinend auch persönlich nicht hervorgetreten, aber seine bloße Anwesenheit beseitigte die Furcht vor möglichen Gefahren für die persönliche Sicherheit, die die Tagungsteilnehmer angesichts der Drohungen mit der Autorität des Reichsleiters Rosenberg unter anderen Umständen vielleicht zum Nachgeben veranlaßt hätte. Die Teilnahme Langsdorffs war für den Augenblick der wertvollste Schutz, der denkbar war; ohne ihn wäre die Katastrophe für den Verband kaum aufzuhalten gewesen.

Wenn Langsdorff sich von jeder direkten Aktion gegen die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* zurückhielt, so kennzeichnete dies zugleich den weiteren Verlauf der Ereignisse, wie er auch in der Himmler-Rosenberg-Unterredung zum Ausdruck kam: Der Reichsführer SS wollte dem Parteitheoretiker offensichtlich keinen nachprüfbaren Grund zur Beschwerde geben. Deshalb nahm er auch auf das weitere Vorgehen der Dienststelle Rosenberg gegen die westdeutschen Forscher keinen direkten Einfluß, verhielt sich passiv, unternahm auch nichts, um die bedrohten Verbände etwa dem *Ahnenerbe* anzuschließen, verminderte aber durch seine Zurückhaltung auch den Druck, wobei die Wissenschaftler nie sicher sein konnten, wie lange dieser Zustand andauern würde und inwieweit er überhaupt noch gegeben war. Deshalb war es Reinerth auch weiterhin möglich, die Gleichschaltung zu fordern. Auf der *Zweiten Reichstagung* seines Reichsbundes, die diesmal in Bremen stattfand, holte er zum nächsten Schlage aus. Am 30. September 1935 schilderte er dort in einer Rede „an Hand einer kürzlich in Fulda stattgefundenen merkwürdigen Tagung reaktionärer Kreise die Arbeit solcher Mächte, die heute noch in gemeinsamer Verbrüderung mit Judentum und politischem Katholizismus die Arbeit zu sabotieren versuchten, die der Reichsbund ... im Auftrag von Reichsleiter Rosenberg leistet. Wenn man es hier für ‚untunlich' erklärte, dem Reichsbund beizutreten", so habe er dem entgegenzuhalten, „daß der Reichsbund vom Beauftragten des Führers ... angewiesen sei, alle Vorgeschichts- und Altertumsvereine ... zusammenzufassen. Lediglich aus dem Prinzip heraus, diese Zusammenfassung auf der freiwilligen Zustimmung aller aufzubauen, habe man sich vor einem energischen Zugriff reaktionären Elementen gegenüber zurückgehalten."[116]

Reinerths Rede war die Einleitung zur gewaltsamen Gleichschaltung des Nordwestdeutschen Verbandes, dessen Mitgliedsvereine und Einzelpersönlichkeiten etwa zur Hälfte in Bremen anwesend waren. Ihnen wurde von Reinerth erklärt, ihr Verband könne unter dem Namen „Nord- und westdeutsche Arbeitsgemeinschaft für Vorgeschichte" selbständig bleiben, aber Jacob-Friesen „sei auf Grund der Tatsache, daß er sich einmal gegen Kossinna gewandt habe, als Vorsitzender untragbar"[117]. Die Verbandsmitglieder waren nicht gewillt, sich von ihrem Vorsitzenden zu trennen, nur weil dessen Lehrmeinungen nicht mit der Ideologie Reinerths und Rosenbergs übereinstimmten. Jacob-Friesen erklärte auf der Bremer Tagung, er werde die Vertrauensfrage stellen. Sein Kieler Kollege Schwantes schilderte die weiteren Vorgänge: „Es blieben darauf die Mitglieder des Verbandes im Saal ... Als erster meldete sich der Braunschweigische Ministerpräsident Klagges zu Wort. Er machte in äußerst heftigem Ton darauf aufmerksam, daß die Versammlung überflüssig sei. Wenn Reinerth erklärt hätte, Jacob-Friesen sei für ihn untragbar, so müsse jeder einsehen, daß damit die Angelegenheit ein für allemal entschieden sei. Für den Fall, daß sich der Verband nicht auf seine Pflichten besinne, wurden vom Redner Gewaltmaßnahmen in Aussicht gestellt. Es bemächtigte sich der anwesenden ... Mitglieder eine ungeheure Erregung. Man war völlig vor den Kopf geschlagen. Mehrere haben mir erklärt, sie hätten vor Aufregung gezittert ... Jacob-Friesen ... zog seinen Antrag auf ein Vertrauensvotum zurück ... Nachdem ich meinen Standpunkt dargelegt hatte, habe ich auf Bitten von Verbandsmitgliedern den interimistischen Vorsitz übernommen." Aus der Versammlung heraus wurde Schwantes dann ersucht, Reinerth die Bereitschaft zum Beitritt mitzuteilen. Daß Klagges und Reinerth Schwantes akzeptierten, nur um Jacob-Friesen beseitigen zu können, sollte sich später als ihr größter Fehler erweisen. Denn Schwantes hatte deutlich erklärt, daß er die Kritik an dem Abgesetzten nicht billige[118]. Reinerth hätte erkennen müssen, daß an dessen Stelle nicht gerade ein gefügiger Parteigenosse getreten war.

In dieser Situation entschloß sich Dr. Kutsch, die Beziehungen zur SS zu benutzen. Er besprach sich mit Langsdorff und richtete am 13. Oktober 1935 eine offizielle Beschwerde an die Gestapo. Darin erklärte er, die Behauptungen Reinerths enthielten „ganz unerhörte Angriffe auf die Ehre aller an der Fuldaer Tagung Beteiligten, unter denen sich offizielle Vertreter u. a. des Reichsführers SS (Prof. Dr. Langsdorff), der Staatlichen Museen, des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches ..." befunden hätten. Kutsch bat namens seines Verbandes „um den Schutz des Staates gegen die Ehrverletzung der ihm angeschlossenen Anstalten, Museen und Vereine durch Herrn Reinerth"[119], schlug aber wohlweislich keine bestimmten Maßnahmen vor, denn solche waren nicht zu erwarten. Er und seine Freunde dürften längst bemerkt haben, daß Himmler nicht bereit war, gegen Rosenberg und dessen Funktionäre offensiv vorzugehen. Der Beschwerde-Brief stellte eine „Flucht nach vorn" dar und war zunächst zum Schutz des eigenen Verbandes bestimmt. Die Gestapo verhielt sich daher auch erwartungsgemäß passiv und übersandte nicht einmal eine Antwort. Das Amt wurde nicht im geringsten behindert und konnte den Terror ungestört fortsetzen. Am 9. Januar 1936 wandte sich Reinerth, ohne Kutsch auch nur zu unterrichten, noch einmal direkt an die Einzelvereine des West- und Süddeutschen Verbandes. Er könne „nicht annehmen", so schrieb er, daß die Mitglieder dieser Organisation „mit der Entscheidung des Verbandsführers Dr. Kutsch einig gehen und sich als einzige dem nationalsozialistischen Einigungswerk entziehen" wollten.

Bevor man „daher zur Neugründung von Vereinen und Ortsgruppen" schreite – das war eine neue Drohung –, halte er, Reinerth, es für seine „Pflicht", noch einmal zu fragen, ob man sich eingliedern wolle. Die Angehörigen des Nordwestdeutschen Verbandes erhielten ein Schreiben gleichen Inhalts. Über den Kopf des interimistischen Vorsitzenden Professor Schwantes hinweg wurden sie aufgefordert, „die Eingliederung" bis zum 31. Januar 1936 „auch schriftlich zu vollziehen". Das durch Klagges auf der Bremer Tagung erzwungene Akklamationsverfahren wurde, totalitärem Gebrauch entsprechend, als „einstimmiger Beschluß der Mitgliederversammlung" bezeichnet[120].

Kutsch und Schwantes antworteten auf Reinerths Vorgehen in verschiedener Weise, aber mit gleicher Zielsetzung. Kutsch verschickte an die Mitglieder seines Verbandes ein Protestschreiben wegen Eingriffs in innere Vereinsangelegenheiten und legte den an die Gestapo gerichteten Beschwerdebrief bei[121]. Das war ein nicht ungefährliches Verfahren, denn ein großer Kreis von Außenstehenden erhielt auf diese Weise davon Kenntnis, daß die Gestapo seit drei Monaten nicht geantwortet hatte. Kutsch verließ sich offenbar darauf, daß Himmler die öffentliche Bloßstellung seiner Organisation hinnehmen würde, solange ihm nicht andere Parteistellen Vorhaltungen machten. „Andere Parteistellen", das heißt vor allem das Amt Rosenberg, haben von dem Schritt des Verbandsvorsitzenden aber nie etwas erfahren. Rosenberg, der sonst ständig Grund zu irgendwelchen Klagen fand, beschwerte sich diesmal nicht. In den Akten seiner Dienststelle findet sich nicht der geringste Hinweis, daß er über die Gegenmaßnahmen Kutschs unterrichtet gewesen wäre. Das bedeutet, daß sich kein einziger Verräter unter den Empfängern des Briefes Kutschs befunden hat. Es gab auch Reinerth-Anhänger in Süddeutschland[122], aber vermutlich waren sie bekannt und wurden gar nicht mehr angesprochen. Die überwiegende Anzahl der west- und süddeutschen Verbandsmitglieder folgte ihrem Vorsitzenden Dr. Kutsch, hielt fest zusammen, vermied jede Indiskretion, und auf diese Weise blieb das Amt Rosenberg von wichtigen Informationen ausgeschlossen.

Jacob-Friesens interimistischer Nachfolger Schwantes wählte eine andere Taktik, um seinen Verband vor ernsteren Folgen der Bremer Ereignisse zu bewahren. Er erfuhr kurz nach der dortigen Tagung, wie wenig die ihm zugesicherte Selbständigkeit des Nordwestdeutschen Verbandes in der Praxis bedeuten würde. Er wurde am 9. Oktober 1935 von Reinerth aufgefordert, schriftlich zu erklären, daß der Leiter der norddeutschen Organisation – künftig als *Arbeitsgemeinschaft* bezeichnet – „vom Bundesführer des Reichsbundes", also von Reinerth selbst, „ernannt" werden müßte, und daß „Rechte und Pflichten, Akten und Vermögensbestände ... vom Reichsbund übernommen" werden sollten. Schwantes stellte Reinerth daraufhin am 23. Oktober eigene Bedingungen, die im gleichen Maße berechtigt waren, wie sie nationalsozialistischen Grundsätzen widersprachen. Es stand von vorneherein fest, daß Reinerth sie nicht annehmen konnte. Schwantes erklärte unter anderem, „es wäre anzustreben, daß ... der Vorsitzende nicht nur das Vertrauen des Bundesführers, sondern auch das Vertrauen der Arbeitsgemeinschaft hätte. Das würde gewährleistet, wenn die Arbeitsgemeinschaft den Leiter wählte, woraufhin er dann vom Bundesführer bestätigt" werden könnte. Eine ähnliche Bedingung stellte Schwantes hinsichtlich des Verbandsvermögens; hier sollte die Arbeitsgemeinschaft „voll verfügungsberechtigt" bleiben.

Reinerth beantwortete dieses Schreiben nicht. Dadurch gab er sich eine taktische

Blöße, denn Schwantes hatte nun einen Grund, die „schriftliche Beitrittserklärung" zu verweigern. Als Reinerth am 9. Januar 1936 ohne Befragen Schwantes' direkt an die Mitglieder des Verbandes mit einer Gleichschaltungsaufforderung herantrat, benutzte Schwantes dies, um sich über eine „bewußte Umgehung des nationalsozialistischen Führerprinzips" zu beschweren. Da der Verband sich zudem in Bremen keineswegs endgültig „eingegliedert", sondern nur „die Bereitschaft zum Beitritt erklärt" habe, halte er sich nach den neuesten Vorkommnissen „nicht mehr an das Abkommen von Bremen gebunden"[123]. Damit hatte Schwantes dafür gesorgt, daß das Amt Rosenberg vorerst keinen Einfluß auf die wichtigste nordwestdeutsche Organisation für Vorgeschichtsforschung erhielt.

Für die verantwortlichen Männer war jeder dieser Schritte ein Wagnis. Sie waren ganz auf sich gestellt, Himmler schwieg, Langsdorff verweigerte in Anbetracht seiner „offiziellen Stelle in der Reichsführung SS" eine „eigene Stellungnahme"[124]. Inwieweit die augenblicklichen Vorgänge auf ein Stillhalten der Staatspolizei schließen ließen, inwieweit in den Zentren der Macht schon wieder Veränderungen vor sich gingen, war von den beteiligten Wissenschaftlern schwer zu beurteilen. Was heute gelang, konnte morgen als „Verrat" ausgelegt werden. Die Beunruhigung stieg, als Wiegand und Kutsch, etwa im März 1936, auf ungeklärte Weise in Erfahrung brachten, daß Hitler selbst die Zusagen, die er Wiegand am 16. November 1934 gegeben hatte, anscheinend nicht einhalten wollte und daß Rust im Begriffe stand, dem Rechnung zu tragen und den Plan für ein gemeinsames Institut für Archäologie und Vorgeschichtsforschung fallen zu lassen[125]. „Die Zeit ist gekommen, wo die *allerschärfste* Abwehr gegen R[einerth] unbedingt notwendig wird", schrieb Wiegand am 12. April 1936 an Kutsch. „Trotz der zu Gunsten meines Planes gefallenen Entscheidung des Führers wird versucht, sich noch einmal einzumischen und Herrn R[einerth] ins Institut zu bringen. Damit wäre die tollste Katastrophe verbunden."[126] Kutsch hatte von Rusts Zusagen gegenüber Rosenberg auch schon erfahren. „Mit den Ereignissen ist es eine eigentümliche Sache", antwortete er Wiegand am 19. April. „Seit etwa 5 Wochen war ich in großer Unruhe, es war mir eigentümlich, daß man uns ungeschoren läßt, und ich fürchtete, daß man einen großen Angriff auf das Institut, besonders Ihre Pläne unternehmen würde. Vor 14 Tagen hörte ich dann in Bonn (Apffelstaedt), tags darauf von Langsdorff . . ., was geschehen war. Dem sind wir gesonnen, auf folgende Weise entgegenzutreten. Die beiden Verbände werden nicht nur gemeinsam in Bonn tagen, sondern dort auch über sich eine *politische* Dachorganisation errichten, die die Verbände sachlich selbständig läßt, aber geeignet ist, sie gegen die Machenschaften Reinerths zu schützen. Deshalb wird der Landeshauptmann der Rheinprovinz (praktisch: Apffelstaedt) die Führung übernehmen . . ."[127]

Kutsch erwähnte in seinem Brief einen Plan, über den die Nord- und Süddeutschen Verbände schon seit längerem verhandelten. Man wollte in nicht zu ferner Zeit – es wurden dann die Tage vom 2. bis 5. Juni 1936 – gemeinsam zusammenkommen und eine Tarnorganisation gründen[128]. Damit sie ihren Zweck auch erfüllte, mußte sie von einer bei einem wichtigen Parteiführer einflußreichen, aber sachlich urteilenden Persönlichkeit geführt werden. Diese Persönlichkeit hatte man gefunden: es war der Landesrat beim Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Hanns Joachim Apffelstaedt, und der Parteiführer war ebenfalls vorhanden: es handelte sich um den Essener Gauleiter Terboven.

Damit war eine neue Bündniskonstellation entstanden, die für den Schutz der westdeutschen Vorgeschichtsforschung mindestens ebenso bedeutsam war wie die Protektion des Reichsführers SS, von der man im Augenblick ohnehin wenig spürte. Terboven war für die Prähistoriker wichtig in seiner Eigenschaft als Oberpräsident der Rheinprovinz. Ihm unterstanden die Rheinischen Landesmuseen in Bonn und Trier, die bedeutende Schätze der Landeskultur enthielten und auch wichtige Stätten vorgeschichtlicher Forschung waren. Er führte als oberster Vorgesetzter die Aufsicht über die provinzialrömische Forschung, soweit sie sich auf das Gebiet der preußischen Rheinprovinz erstreckte. Er hatte das Weisungsrecht gegenüber den Beamten, und dazu gehörte auch das Personal der Museen und Denkmalpflegeämter, und ihn hätte Rosenberg zum politischen Partner gewinnen müssen, bevor er mit dem Versuch begann, Einfluß auf die westdeutsche Vorgeschichtsforschung zu gewinnen. Terboven war einer der rücksichtslosesten Nationalsozialisten und in der Wahl seiner Mittel nicht kleinlich, wie sein späteres Wirken als Reichskommissar in Norwegen bewies. Wie er in der ideologisch belasteten Frage der „römischen" Forschung entschieden hätte, wenn seine Anordnungen nicht von sachkundigen Beamten vorbereitet worden wären, ist schwer zu sagen. Diese Beamten gehörten zur Provinzialverwaltung; deren eigentlicher Leiter war der Landeshauptmann Heinz Haake, ebenfalls Nationalsozialist und erster Abgeordneter der NSDAP im Preußischen Landtag sowie früherer Gauleiter, aber ohne die fragwürdigen charakterlichen Qualitäten seines Vorgesetzten Terboven. Wir erwähnten ihn schon einmal als denjenigen, der die Landschaftsschutzverbände aus Haverbecks gescheitertem *Reichsbund für Volkstum und Heimat* übernommen hatte. Über die allgemeine Tätigkeit Haakes ist noch wenig bekannt. Man weiß aber, daß er sich mindestens auf dem Gebiete des Landschaftsschutzes und der Denkmalpflege Verdienste erworben hat, indem er die Verbände inoffiziell unter Staatsaufsicht stellte, um sie „der Partei" zu entziehen. Er bediente sich dabei „der Mithilfe sachkundiger privater Kräfte", was ihm nach dem Zweiten Weltkrieg „mit Dank" bestätigt wurde"[129].

Dr. Hanns Joachim Apffelstaedt, den Kutsch in seinem Schreiben erwähnt hatte, war Leiter des kulturpolitischen Referates, das für diesen Einsatz „sachkundiger privater Kräfte" unmittelbar verantwortlich war. Über seine Persönlichkeit wissen wir kaum etwas. Im Jahre 1902 geboren, war er im Hause seines kunstgeschichtlich interessierten Vaters, eines Professors, dessen eigentliches Fachgebiet die Zahnmedizin war[130], aufgewachsen und hatte im Frühjahr 1933 in Marburg bei Richard Hamann den Doktorgrad mit einer Arbeit über Skulpturen eines westfälischen Kirchenbauwerks erworben. Als Beamter der Provinzialverwaltung machte er sich unter anderem um die Neuorganisation der Rheinischen Landesmuseen verdient. Die Förderung der Vorgeschichtsforschung dieser Anstalten lag ihm besonders am Herzen; er ermöglichte Ausgrabungen am Xantener Dom und am dortigen Amphitheater; er sorgte auch für die Pflege der „römischen" Stätten in Trier. Apffelstaedt war ein hervorragender, in seiner praktischen Tätigkeit ganz sachlich und ohne Konzessionen an die germanophile Ideologie vorgehender Fachmann, der in allgemeiner Hinsicht zweifellos als „Nationalsozialist" angesprochen werden muß. Der verdiente Beamte ist im Jahre 1944 an der Front gefallen[131].

Apffelstaedt wurde auf Grund seiner Sachkenntnis und seines klug genutzten Einflusses einer der Männer, denen die Bewahrung der westdeutschen Vorgeschichtsforschung vor dem Amte Rosenberg zu danken ist. Von ihm stammt auch das früher

erwähnte Gutachten über die voraussichtlichen Folgen einer Verwirklichung des Reinerthschen Instituts-Planes. Er erkannte das verderbliche Wirken dieser Dienststelle zuerst an der „widerwärtigen undeutschen Diffamierungsmethode“[132], die die Vorgeschichtsabteilung des *Beauftragten des Führers* seit dem Sommer 1935 erneut zum Kampfmittel gegen zahlreiche Persönlichkeiten und Institute der westdeutschen Vorgeschichtsforschung erwählte. Anlaß der Artikel, durch die die Sicherheit und die Arbeit vieler westdeutscher Prähistoriker gefährdet wurde, war vermutlich die Abweisung, die Reinerth durch den West- und Süddeutschen Verband erfahren hatte. Die Polemik begann im Juli 1935 kurz nach der Absage Dr. Kutschs an den Reichsbund. Reinerth selbst trat als Verfasser nicht hervor, ihm war nichts nachweisbar, aber die Autoren waren seine Untergebenen. Zunächst veröffentlichte ein Dr. Hans Maier aus der Vorgeschichtsabteilung in Rosenbergs „Nationalsozialistischen Monatsheften“ eine Betrachtung unter der Überschrift „Der Römisch-Germanische Kreis sattelt um“. Der „römische Gedanke“, so hieß es dort, habe „am deutschen Rhein, in den großen Museen in Mainz, Bonn und Trier“, seine „Sammelpunkte“, und er zeige sich besonders im „Römisch-Germanischen Zentralmuseum“ in Mainz, dessen Ausstellungen sich nur äußerlich den Formen des Nationalsozialismus anpaßten, in Wirklichkeit aber „eine strenge Gliederung nach kulturellen und rassischen Gesichtspunkten“ vermissen ließen. Die Anwesenheit orientalischer Ausstellungsobjekte wurde als „Fremdtümelei“ denunziert, und den Lesern wurde verschwiegen, daß der Grundgedanke des Zentralmuseums gerade der des Vergleichs zwischen verschiedenen Kulturkreisen war. Nachdrücklich protestierte Maier gegen die als Konzession an die Partei vorgenommene Umbenennung der Mainzer Anstalt in „Zentralmuseum für die Ur- und Frühgeschichte Deutschlands“. „Es sollte uns nicht wundern“, so hieß es, „wenn auch die immer noch unter jüdischer Leitung stehende Römisch-Germanische Kommission ... sich demnächst etwa die Bezeichnung ‚Zentralstelle für Deutsche Vorgeschichte‘ oder ähnlich zulegen würde.“[133]
Gegenstand eines weiteren Angriffs war die Ausgrabung des Xantener Amphitheaters durch Professor Franz Oelmann, den Direktor des Landesmuseums Bonn. Der anonyme Artikel trug die Überschrift „Römisches, Allzurömisches“. Das Amphitheater wurde als ein der parteifeindlichen Propaganda dienendes Forschungsobjekt dargestellt, woraufhin hinzugefügt wurde, „die nationalsozialistische Führung“ werde „trotz dieser Irrwege der Forschung im Rheinland der Durchsetzung ihrer Grundsätze im ganzen Reich Geltung zu verschaffen wissen“[134]. In einer Besprechung dieses Zeitschriftenartikels im Völkischen Beobachter hieß es am 10. Oktober 1935, „die gebrandmarkten Zustände“ seien „geradezu ein *Musterbeispiel* dafür, wie sich Dunkelmänner nationalsozialistisch zu tarnen“ verstünden[135]. Der namentlich nicht genannte, aber für die Xantener Grabung verantwortliche Professor Oelman, bezeichnete den Artikel als „eine persönliche Verunglimpfung unverschämtester Art“ und bat um Schutz bei der ihm vorgesetzten Behörde[136]. Wenn ihm dieser im stillen gewährt wurde, so war dies zweifellos das Verdienst Apffelstaedts. Eine öffentliche Erwiderung war selbstverständlich ausgeschlossen.
Ihren vorläufigen Höhepunkt fand die Kampagne mit einem Aufsatz im Völkischen Beobachter vom 22. April 1936, in dem Arbeiten beurteilt wurden, die verschiedene Seminare für Vorgeschichte zum „Reichsberufswettkampf“ eingereicht hatten. Der Artikel stammte von Hans-Joachim Benecke, einem Doktoranden Reinerths. In dem Aufsatz hieß es, es sei nunmehr „auch die Feststellung weltanschau-

lich falsch gelagerter Kräfte in der Marburger Arbeit über ‚Die hessische Vorgeschichte' geglückt". In dieser Arbeit würden „die Ergebnisse der Rassenkunde und völkischen Vorgeschichtsforschung weitgehend ignoriert oder als unverbindliche Hypothesen bezeichnet, während die Kulturkreislehre, die dem nationalsozialistischen, rassisch begründeten Denken entgegengesetzt" sei, „hier erneut zum Durchbruch" käme. Die Arbeit der Marburger Studenten sei „ein Anlaß mehr zu eingehender Nachforschung nach den eigentlichen Schuldigen, die sich vermutlich im Lager des politischen Katholizismus finden" würden[137]. Die einzelnen Begründungen, die der Reinerth-Schüler anführte, mögen hier unerörtert bleiben, da die Frage nach der politischen und konfessionellen Gegenwartsbedeutung von Ergebnissen der Vorgeschichtsforschung scheinwissenschaftlicher Natur ist. Der Artikel stellte eine politische Denunziation des Marburger Prähistorikers Gero von Merhart dar[138] und löste bei zahlreichen Fachkollegen Empörung aus. Ehe sich weitere Folgen ergaben, unternahm nun Apffelstaedt einen entschiedenen Schritt zum Schutz der westdeutschen Vorgeschichtsforschung.

Am 26. April 1936 hielt der Landesrat in Anwesenheit zahlreicher Partei- und Behördenvertreter, Wissenschaftler und Journalisten, im Beisein Wiegands, Langsdorffs und vieler führender Prähistoriker eine Rede zur Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn. Die Anstalt war, wie der Sprecher ausführte, einer „durchgreifenden Neugestaltung" im Rahmen der „einheitlichen Ausrichtung der rheinischen Landes- und Volksforschung auf zeitnahe Ziele" unterzogen worden. Wer nach einer solchen Ankündigung befürchtet haben mochte, daß das Museum zu einer germanophilen Phantasieausstellung umgebaut worden wäre, wer trotz der von Apffelstaedt bereits eingeleiteten Ausgrabungen in Trier und Xanten gemeint haben könnte, die Agitation gegen die provinzialrömische Forschung hätte nunmehr auch im Rheinland gesiegt, der sah sich eines Besseren belehrt. Apffelstaedt sprach bereits in den Einleitungsworten von „einer gewissen Mißstimmung in den interessierten Kreisen der Partei", die das Ausgrabungsprogramm der Provinzialverwaltung erweckt habe. Etwas später war dann von bestimmten „Gepflogenheiten" die Rede, „die dadurch nicht an Gewicht" gewönnen, „daß sie, mit dem Mantel der Weltanschauung umhüllt und mit großer Emphase vorgetragen, zur Verdeckung der eigenen Kümmerlichkeit vielfach die Namen führender Männer der Bewegung turmschildartig vor sich her" schöben. Dann erklärte Apffelstaedt, er wolle „die Stellungnahme zur provinzialrömischen Forschung klar umreißen". Die „provinzialrömische Forschung" sei „hier im Westen ein unveräußerliches Stück der Landesforschung". Immerhin bleibe „bei kritischer Betrachtung des Gesamtproblems festzustellen, daß nach nahezu 100jähriger Forschungstätigkeit über alle wichtigen Gebiete provinzialrömischer Kultur grundlegende ... Erkenntnisse" vorlägen, „demgegenüber entscheidende Probleme deutscher Vorgeschichte in Fülle noch der Lösung" harrten. Diese Lösung werde aber „keineswegs durch dauerndes sachliches und menschliches Diffamieren jener unter gänzlich anderen Zeitläuften geleisteten Arbeit und ihrer Träger erreicht, die, wiederum unter historischem Aspekt, ein Stück deutscher wissenschaftlicher Forschung" bleibe. Schließlich verlangte Apffelstaedt ein Reichsinstitut im Sinne des Wiegand-Planes, also mit der Aufgabe der einheitlichen Pflege von Vorgeschichte und Archäologie. „Bei der Errichtung zweier Institute ..." würde der „groteske Zustand entstehen, daß für die Betreuung der 1. und 3. Schicht derselben Grabung das Reichsinstitut für Vorgeschichte, für die 2. das

Archäologische zuständig wären." Apffelstaedt forderte nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, aber unter den damaligen Umständen, da die Pläne des Amtes Rosenberg noch niemals öffentlich im Detail erörtert worden waren und da Reinerths grotesker Vorschlag, die RGK „auf das Römische" zu beschränken, nicht einmal den ostdeutschen Reichsbund-Anhängern bekannt sein konnte, war die Rede nahezu revolutionär. Endlich hatte einer einmal die Stimme der Kritik erhoben, und gehört wurde auch, was er zugunsten des Einheitsinstituts als das für ihn „im letzten entscheidende" Argument anführte: Er wehrte sich dagegen, die „verhetzende Aufspaltung in ‚Deutsche' und ‚Römlinge' durch die Errichtung zweier Institute zwangsläufig" zu „verewigen", wo man doch „nicht von der unerschütterlichen Überzeugung" lassen wolle, „daß sicher bereits in der kommenden Generation in dem einen, beide Forschungszweige umfassenden Reichsinstitut, ein in der sozialistischen Kameradschaft der Jugend aufgewachsenes Geschlecht in edlem Wettstreit nach großer Leistung" ringen werde, „als Erbe einer einzigartigen Überlieferung, als deren Größten einer der Rheinländer Theodor Wiegand" unter den Versammelten weile[139].

Die Rede Apffelstaedts war ein Zeichen hohen Mutes. Terboven dürfte zwar den Beamten im voraus seiner Zustimmung versichert haben, und mit dem Wohlwollen Himmlers mag man gerechnet haben, aber falls es zu einem schweren Konflikt gekommen wäre, und das Amt Rosenberg tat alles, um einen solchen herbeizuführen, hätte Apffelstaedt auf die Deckung durch höchste Funktionäre nicht rechnen können. Vor allem hatte es seiner Initiative bedurft, um diese öffentliche Demonstration erst einmal ins Werk zu setzen.

Wenige Tage nach dem Auftritt konnte es freilich scheinen, als seien alle Hoffnungen, die sich an die Rede geknüpft haben mochten, vergeblich gewesen. Denn die Entscheidung zugunsten eines von der Archäologie unabhängigen Reichsinstituts, der Hitler am 30. April 1936 zustimmte, war eine indirekte Folge des Bonner Ereignisses. Glücklicherweise wurde die Entscheidung erst am 2. Juli bekanntgegeben, so daß die rheinischen Forscher nicht sofort von ihrer Niederlage erfuhren. Ob Hitler von der Apffelstaedt-Rede im einzelnen erfahren hat, ist unbekannt. Seine Entscheidung „beim Mittagessen" war keine bewußte Gegenreaktion, sondern die Folge erregter Interventionen Rosenbergs. Der Parteiideologe war auf das höchste empört. Spätestens am 28. April 1936 lag ihm der gedruckte Text der Bonner Ansprache vor. An diesem Tage verlangte er eine sofortige Unterredung mit Rust, und am 29. April bestimmten unbekannte Umstände den Minister, Wiegand mündlich davon in Kenntnis zu setzen, daß er Rosenberg schon am 9. und 11. März das Prinzip der Trennung zwischen Vorgeschichte und Archäologie zugestanden habe. Am 30. April wurde die Entscheidung durch Hitler gebilligt[140].

Rosenberg fühlte sich vorläufig als Sieger. Aber der Triumph war nicht vollkommen, solange die Schuldigen nicht bestraft waren und solange keine Gewähr bestand, daß sie nicht erneut auf den Plan treten könnten. Im Völkischen Beobachter ließ er Apffelstaedt am 3. Mai 1936 beschuldigen, „die Herabwürdigung der völkischen Forschung" in einer „an Überheblichkeit nicht zu überbietenden Weise" vorgenommen zu haben. Bezeichnend war, daß in dem Artikel auf das den gesamten Reinerth-Plan bloßstellende Grabungsschichten-Argument nicht eingegangen wurde. Stattdessen hieß es gesperrt gedruckt, den Reichsinstitutsplan überhaupt zu erörtern hätte „außerhalb der Kompetenz des Vortragenden" gelegen[141]. Am 2. Mai be-

schwerte sich Rosenberg bei Terboven[142]. Am 4. Mai erschien die früher erwähnte Presseerklärung, in welcher Rosenberg zum ersten Male die Stellung seiner Vorgeschichtsabteilung innerhalb des Parteigefüges zu umschreiben versuchte: „Angesichts auftretender Fragen teile ich mit, daß es nur eine parteiamtliche Stelle für deutsche Vorgeschichte gibt, und zwar die Abteilung Vorgeschichte in meiner Dienststelle."[143] Noch am 3. Mai schrieb Rosenberg auch noch an Himmler. Dieser war nach seiner Meinung der Hauptschuldige an der Rede Apffelstaedts. Rosenberg warf dem SS-Führer zunächst vor, daß er seine Zusagen vom Oktober 1935 nicht eingehalten habe. Rust habe sich im März 1936 unwissend gezeigt, als Rosenberg ihm von den Vereinbarungen erzählt habe. Rosenberg beklagte sich außerdem darüber, daß die SS nach wie vor mit anderen Stellen direkt verhandele. Davon profitiere nun die Reaktion. „Jedenfalls entnehme ich aus der Rede von Landesrat Dr. Apffelstaedt ..., die eine offenkundige Verteidigung der Gegner einer völkischen Vorgeschichte darstellt, daß Ihre Dienststelle mit Dr. Apffelstaedt Abmachungen getroffen hat ... Diese Tatsache hat offenbar dem römisch-germanischen Kreis verstärkten Mut gegeben, eine öffentliche Polemik gegen die von mir parteiamtlich durchgeführte Planung der deutschen Vorgeschichte einzuleiten ... In Anwesenheit mehrerer Gauleiter ist in Bonn ein weltanschaulicher Separatismus eingeleitet worden, den ich nicht zu dulden in der Lage bin ... Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie feststellen würden, ob von Ihrer Diensstelle aus Abmachungen dergestalt durchgeführt wurden, daß die SS ... hier öffentlich als Verbündete des Geheimrats Wiegand und des römisch-germanischen Kreises hingestellt werden konnte ... Nachträglich erfahre ich, daß Prof. Langsdorff offizielle als Ihr Vertreter begrüßt wurde. Die Reaktion ist also in der Lage, die SS gegen den Beauftragten des Führers zu nennen ..."[144]

Ehe noch Himmler geantwortet hatte, erhielt Rosenberg ein Schreiben Terbovens. Der Inhalt traf ihn unerwartet. Der Gauleiter, in seiner Eigenschaft als Oberpräsident handelnd, teilte mit, daß die ihm unterstellten Beamten Apffelstaedt und Haake „in vollstem Einvernehmen" mit ihm eine für den 14. Mai angesetzte Besprechung mit Rosenberg „auf Grund der neuesten Vorkommnisse" absagen müßten. Gemeint war vermutlich der VB-Artikel vom 3. Mai. Terboven ließ erkennen, daß die darin enthaltenen Ausführungen nur der letzte Anlaß für ihn gewesen seien, Rosenberg wie folgt zu schreiben: „Nicht nur die frühgeschichtlichen und archäologischen Arbeiten in der Rheinprovinz, sondern ... die gesamten kulturpolitischen Arbeiten dieses Gebietes erfreuen sich nahezu seit einem Jahr einer Kritik durch die Herren Ihres Stabes, die weder von personellen noch sachlichen Kenntnissen irgendwie getrübt ist. Ich habe keine Ahnung, wie sich, parteigenössisch gesehen, Ihr Mitarbeiterstab zusammensetzt. Eines aber glaube ich mit Sicherheit feststellen zu können, daß das Alter ihrer Parteizugehörigkeit in keinem Verhältnis steht zu ⟨der⟩ der von Ihnen angegriffenen." Durch Briefe, „Einsprüche wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit, insonderheit aber durch beleidigende öffentliche Pressepolemik", seien unter anderem zehn „alte Kämpfer" verunglimpft worden, die Terboven namentlich aufzählte, darunter die Bürgermeister und Landräte in den Gebieten mit vorwiegend „römischer" Ausgrabungstätigkeit. Auffälligerweise fehlten in der Aufstellung die Museumsdirektoren von Mainz, Bonn und Trier, für die offenbar das Argument, „alte Kämpfer" zu sein und daher gewissermaßen von selbst den Status der weltanschaulichen Unfehlbarkeit zu besitzen, nicht angeführt

werden konnte. Terboven konnte unter den zehn vom Amt Rosenberg „beleidigten" Persönlichkeiten nur drei Museumsmitarbeiter nennen, die nicht allzu bedeutsame Stellungen innehatten. Dafür nahm er sich aber selbst als „Nr. 11" in den Kreis der Betroffenen auf. „Einer Elite alter und bewährter Nationalsozialisten" werfe das Amt Rosenberg vor, sich „dunkelmännerhaft zu tarnen, um römisch allzu römische Schandtaten zu begehen" und „Träger einer reaktionären Welle eigenartiger Kulturpolitik" zu sein, die „ihre Wurzel im politischen Katholizismus" habe und „zur Zeit den Westen" überschwemme. „Es ist zum Beispiel bezeichnend und ... für den Stab des vom Führer mit der gesamten weltanschaulichen Betätigung beauftragten Reichsleiters beschämend", so schrieb Terboven weiter, „daß der im Völkischen Beobachter wie gewöhnlich anonym erschienene Artikel gegen die Rede des ... Dr. Apffelstaedt ... mit wahrer Wonne von den bürgerlichen, liberalistischen, insbesondere aber von den ehemaligen Zentrumszeitungen übernommen worden ist, während die gesamte gauamtliche Parteipresse ... den Artikel nicht gebracht hat ... Für meine Behauptung nenne ich nur eine Blütenauslese: die Frankfurter Zeitung, Leipziger [Neueste] Nachrichten, Kölnische Volkszeitung (Zentrum) ..." Allen diesen Anschuldigungen gegenüber wünschte Terboven festzustellen, daß „die Rheinische Provinzialverwaltung als die ehemals am meisten zentrum-verseuchte, sich mit Recht" rühme, „ihr kulturpolitisches Dezernat ... in einem solchen Maße gereinigt zu haben, wie keine andere Provinzialverwaltung Preußens ...". Der Reichsführer SS, der „bislang" doch wohl „von dem Verdacht frei geblieben" sei, „ein ultramontaner Römling zu sein", habe die Rede Apffelstaedts „uneingeschränkt gebilligt"[145].

Das Schreiben trug die Handschrift Dr. Apffelstaedts. Terboven war mit dem Argument gewonnen worden, das Amt Rosenberg werfe ihm indirekt vor, als Oberpräsident und Gauleiter weltanschaulichen Verrat begangen zu haben. Er hingegen glaubte Gründe zu haben, den Parteiideologen des gleichen Delikts bezichtigen zu müssen. „Ich für meinen Teil", so schrieb er, „würde beispielsweise als Kritik anführen, daß Ihre kulturpolitische Herausstellung des Sachsenherzogs Widukind als Nationalheiligen eines kommenden deutschen Glaubens und die damit verbundene Verächtlichmachung ‚Karls des Sachsenschlächters' von uns aus gesehen nichts anderes als eine proromanische Kulturpolitik gewesen ist. Ich bin sehr leicht in der Lage, Ihnen nachzuweisen, daß unter Hinweis auf Ihre diesbezügliche Politik Wallonen und Franzosen in Aachen zu ihrem ‚Charlemagne' wallfahrten. Ich habe ferner die mir von vielen Seiten bestätigte Empfindung, daß die Rede des Führers auf dem Schlußkongreß des Parteitages, in der er u. a. in unübertroffener Art die zeitlich gebundene geschichtsbildende Wirksamkeit der christlichen Kirche würdigte, in einem diametralen Gegensatz zu dem steht, was Sie bis zu diesem Zeitpunkt als letzte Offenbarung des Nationalsozialismus gepredigt haben."[146] Durchschriften des Schreibens, so wurde Rosenberg abschließend mitgeteilt, gingen an Göring, Heß, Goebbels, Frick, Rust, Himmler, Ley und Bouhler.

Der Reichsleiter schäumte vor Empörung. Aber er konnte kaum etwas gegen Terboven unternehmen. Er richtete einen Beschwerdebrief an Göring, der in seiner Eigenschaft als Preußischer Ministerpräsident Vorgesetzter des Oberpräsidenten war. Er sähe sich „nicht in der Lage", schrieb Rosenberg, „dem Gauleiter Terboven auf seinen flegelhaften Brief zu antworten". „Ein Teil des Reiches" habe bei der Eröffnung des Rheinischen Landesmuseums versucht, „einen öffentlichen Druckversuch auf Entscheidungen auszuüben, die ausschließlich der Reichs- bzw. Preußischen

Regierung und der Reichsleitung der N. S. D. A. P. überlassen werden" müßten. Der Führer habe den von Apffelstaedt angegriffenen Institutsplan bereits „ausdrücklich genehmigt". Rosenberg ging deshalb auf die sachliche Seite gar nicht ein. Das Vorhaben der Kompetenzteilung nach Grabungsschichten, das Apffelstaedt kritisiert und über das Hitler gerade nicht entschieden hatte, blieb unerwähnt. Statt dessen befaßte sich Rosenberg ausführlich mit dem Vorwurf, der ihn offenbar am meisten erzürnt hatte. „Ich habe niemals von Karl dem Großen als dem ‚Sachsenschlächter' gesprochen, geschweige denn etwas zugebilligt, was auf die Herausdrängung Karls des Großen aus der deutschen Geschichte hinauslaufen könnte." Er habe lediglich „auch dem Gegner Karls des Großen Gerechtigkeit widerfahren ... lassen". Der „Führer" habe sich ebenfalls „für die Einheit der deutschen Geschichte und ihrer Kämpfe ausgesprochen"[147].

Rosenberg und Terboven mochten sich um die Auslegung von Führerreden streiten und sich gegenseitig der Häresie beschuldigen – Hitler gab keinem Recht und keinem Unrecht. Nachdem Göring auf den Brief des Parteiideologen entweder nicht geantwortet oder zumindest nichts Entscheidendes unternommen hatte, wandte sich Rosenberg an Hitler: „Ich bitte als Ihr Beauftragter, mein Führer, um ... Anweisung an Terboven, meinen Anordnungen sofort Folge zu leisten ..." Aber Hitler gab keinerlei Anweisung an irgend jemanden, und das, obwohl Terboven gesagt haben sollte: „Ich habe dafür gesorgt, daß Rosenberg dem Rheinland ferngehalten wird."[148] In dieser Bemerkung lag die Bedeutung des ganzen Vorgangs beschlossen. Solange es nicht ein mit Weisungsbefugnissen versehenes Reichsinstitut gab, mußte das „römisch-germanische" Westdeutschland der „völkischen" Vorgeschichtsforschung verschlossen bleiben, wenn der wichtigste Gauleiter das so wollte.

Rosenberg hatte Recht, wenn er Himmler als Mitschuldigen an seiner Niederlage ansah. Terboven hatte sich nicht zufällig auf den SS-Führer berufen. Dieser gab dem Parteiideologen, lange nachdem Terboven sich in so eindeutiger Weise festgelegt hatte, eine Erklärung für seine eigene Handlungsweise. Der Brief des Reichsführers SS enthielt kein Wort der Kritik an der Rede Apffelstaedts. Himmler erklärte lediglich, daß niemand in der SS gewußt habe, „welche Rede Dr. Apffelstaedt halten würde", und bedauerte nur, daß die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* nicht eingeladen worden sei. Er umging auch Rosenbergs Hauptfrage, warum er sich nicht an das Abkommen vom Oktober des Vorjahres halte. Zwischen den Zeilen aber ließ er den Parteiideologen wissen, daß er es gar nicht mehr erfüllen könne: „Ich anerkenne absolut die Arbeit von Reinerth, wünsche aber wirklich, er und Sie selbst möchten zu all den Fragen eine weichere Hand haben ... Ich denke gar nicht daran, gegen Sie, so wie Sie argwöhnen, Front zu machen, Stellung zu nehmen oder ähnliches ... Ich denke aber ebensowenig daran, einen von mir als falsch erkannten Weg, zu viele Gegner auf einmal anzupacken und mit Leuten sich festzuziehen, bei denen das wirklich nicht notwendig gewesen wäre, mitzumachen. Ich werde Ihnen auch hier bei Ihrem Kampf nie in den Rücken fallen ..."[149]

Rosenberg antwortete nicht mehr auf diesen Brief, obwohl daraus zu erkennen war, daß Himmler auch künftig eine eigene Politik verfolgen würde, da er die Taktik Rosenbergs für falsch hielt, und daß er das Abkommen vom Oktober 1935 voraussichtlich nicht einhalten werde. Wenn Himmler dennoch erklärte, er werde Rosenberg in seinem „Kampf nie in den Rücken fallen", so war zwar der Parteitheoretiker der Ansicht, daß der Reichsführer dies bereits getan hatte, als sein Vertreter

Langsdorff der Bonner Einladung gefolgt war. Himmler selbst hätte aber zu seiner Rechtfertigung anführen können, daß er den West- und Süddeutschen Verband nicht aktiv unterstützt, daß seine Gestapo die Beschwerde Dr. Kutschs nicht beantwortet, daß Langsdorff keine Rede gegen den *Beauftragten des Führers* gehalten und daß er, Himmler, nirgendwo einem Vorhaben Rosenbergs ausdrücklich widersprochen hatte. Es war dennoch eindeutig, daß die immer weiter um sich greifende Tätigkeit Langsdorffs dem Geiste des Rosenberg-Himmler-Abkommens widersprach. Aber Rosenberg fand keine machtpolitischen Möglichkeiten, etwas dagegen zu unternehmen.

Das nächste Ereignis, mit dem der Reichsleiter sich zu befassen hatte, war die inzwischen öffentlich angekündigte Tagung der beiden westdeutschen Altertumsverbände. Daß dabei sogar eine Schutzorganisation unter Führung Apffelstaedts gegründet werden sollte, wußte er nicht. Die Zusammenkunft erweckte aber den Anschein einer Verschwörung, und deshalb bat er Göring, den Zusammentritt der Versammlung zu untersagen. „Für den 2. und die folgenden Tage des Juni hat der gleiche Kreis eine neue Tagung einberufen, um dann erneut in einer Stellung beharren zu wollen, die im gegenteiligen Sinne vom Führer bereits entschieden ist"[150], schrieb Rosenberg am 15. Mai 1936 in dem ihm eigenen Deutsch an den Preußischen Ministerpräsidenten, ohne indessen irgend etwas zu erreichen. Reinerth war unvorsichtig genug, im Reichserziehungsministerium von dem Verbotsantrag zu sprechen, um den Beamten eindrucksvoll vor Augen zu führen, daß sein Chef immer noch der Stärkere sei. Die Beamten hatten aber nichts Eiligeres zu tun, als über den Verbotsantrag an die Rheinische Provinzialverwaltung zu berichten. Auf diese Weise erfuhr Apffelstaedt davon, traf seine Gegenmaßnahmen, informierte Terboven und konnte Schwantes schon am 26. Mai mitteilen, „der Herr Oberpräsident" habe bereits „das Notwendige veranlaßt". Terboven hatte sich offenbar schon mit Göring über den „Fall Rosenberg" verständigt. So konnte der siegessichere Apffelstaedt in seinem Brief an Schwantes weiter berichten, es werde „auch . . ., falls der Versuch wiederholt werden sollte, das Notwendige geschehen". Ferner schrieb er: „Gestern rief . . . Ministerpräsident Klagges aus Braunschweig beim Herrn Landeshauptmann [Haake] an und erklärte, daß Sie in keiner Weise mehr berechtigt seien, verantwortlich für den Nordwestdeutschen Verband zu zeichnen, da derselbe im vergangenen Jahre einstimmig unter seiner Führung in Bremen in den Reichsbund übergetreten sei . . . Sie seien lediglich mit der Überleitung im vergangenen Jahr beauftragt worden . . ."[151]

Es nützte Rosenberg nichts, daß er seinen Freund Klagges, der den „einstimmigen" Beschluß von Bremen durch das Verbot einer freien Abstimmung herbeigeführt hatte, noch einmal einzuschalten versuchte. Die Bonner Tagung fand statt. Apffelstaedt hatte alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den Zusammenschluß der beiden Altertumsverbände zu einer politisch schwer angreifbaren Organisation so vonstatten gehen zu lassen, daß das Amt Rosenberg keine Handhabe erhielt, dagegen etwas zu unternehmen: Es „ist . . . notwendig", so hatte er Schwantes im voraus unterrichtet, „daß wir uns rechtzeitig . . . im Landesmuseum in Bonn in Anwesenheit des persönlichen Referenten des Herrn Oberpräsidenten Terboven besprechen und . . . den genauen Wortlaut der auf der gemeinsamen Sitzung der Verbände abzugebenden Erklärung aufstellen. Unter keinen Umständen werde ich . . . dulden können, daß über die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zum Reichsbund . . . eine parlamentarische Rederei entsteht, sondern ich verlange von den Verbänden, daß sie der

vorgeschlagenen Erklärung debattenlos zustimmen und damit der geschäftliche Teil in längstens 20 Minuten geklärt ist ... Falls diese selbstverständlichen Voraussetzungen nicht gegeben sein sollten, ist keine der hiesigen Stellen gewillt, die Verantwortung zu tragen ...“[152]

Der Brief kennzeichnet die Bedingungen, unter denen zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zuweilen noch die Tätigkeit radikaler Parteidienststellen behindert und in Einzelfällen eine Milderung erreicht werden konnte. Es entstand dann eine geradezu konspirative Atmosphäre, und dies dürfte nicht nur für den geschilderten Vorgang gelten. Die Bonner Tagung vom 2. bis 5. Juni 1936 verlief dann auch genau nach Plan. Der Anschein einer rein wissenschaftlichen Veranstaltung wurde durch ein großes Aufgebot führender Forscher West- und Süddeutschlands erweckt. Es sprachen Professor Ernst Sprockhoff, der Direktor der Römisch-Germanischen Kommission und Nachfolger Bersus, der junge Prähistoriker Wolfgang Kimmig aus Trier, der zweite RGK-Direktor Kurt Stade, die Professoren Franz Petri aus Köln und Hans Zeiß aus München. Ein Bericht aus bemerkenswerter Quelle unterrichtet über das Ereignis. Er stammt von Karl Theodor Weigel, einem SS-Sturmbannführer, der später dem *Ahnenerbe* in einer seiner Phantasten-Abteilungen diente. Weigel bezeichnete sich selbst als „Sinnbildforscher“; er glaubte entdeckt zu haben, daß das Gebälk der Fachwerkhäuser die graphische Gestalt nordischer „Runen“ zum Vorbild habe[153]. „Die Vertreter der einzelnen Verbände wurden durch die Mitteilung einfach überrumpelt, daß sich die beiden Verbände verschmolzen hätten unter Führung von ... Dr. Apffelstaedt. Prof. Dr. Schwantes und Dr. Kutsch legten damit ihren Vorsitz nieder.“ Weigel, obwohl Vertreter der SS, kannte also die Hintergründe nicht. Er hatte auch keine Ahnung, daß von einem Rücktritt Kutschs und Schwantes' gar keine Rede sein konnte. Weigel verstand die Welt und seinen Reichsführer SS nicht mehr: „Die gesamten Vertreter der römisch-germanischen Richtung waren zugegen ... Jedenfalls die Männer, gegen die wir in jahrelangem Kampfe gestanden haben wegen ihrer weltanschaulichen Tendenz ... Die Frontstellung, die sich ergeben mußte, ist ungesund und gefährdet die große Arbeit zweifellos ...“ „Das Ganze“ scheine „sich doch zweifellos gegen ... Reichsleiter Rosenberg zu richten ...“[154] Weigel empfand deutlich, daß sich Himmler in eine gleichsam „unnatürliche“ Koalition begeben hatte, und diese Beurteilung war begreiflich.

Inwieweit Rosenberg die Bedeutung des Bonner Vorgangs erkannte, ist nicht festzustellen. Er war im Sommer 1936 durch die große Krise mit Ley in Anspruch genommen und sah sich in mehrfacher Hinsicht zur Machtlosigkeit verurteilt. Der Widerstand Terbovens war so wenig zu überwinden wie der Leys, zumal Hitler auch den Klagebrief gegen den Gauleiter[155] unbeantwortet ließ und keinerlei Maßnahmen anordnete. Reinerth dürfte die Lage erkannt haben. Er unternahm keinen weiteren Gleichschaltungsversuch. Allerdings hatte er mit seiner Politik immerhin erreicht, daß die beiden westdeutschen Verbände keine Jahrestagungen mehr zu halten wagten. Der von ihnen gemeinsam gebildete Dachverband unter Apffelstaedt vermied das Risiko ebenfalls. Er hatte eine rein defensive Funktion, was unter den herrschenden Verhältnissen bereits von Vorteil war. Die Jahrestagungen, die Kutsch und Schwantes für 1937 angesetzt hatten, wurden zunächst verschoben, um „eine gewisse Beruhigung abzuwarten“[156]. Auch in der folgenden Zeit verzichtete man auf solche Zusammenkünfte, die ja öffentlich gezeigt hätten, daß es außer dem Reichsbund noch weitere Vorgeschichtsverbände gab, um „einen ganz großen Krach zu vermei-

den, der unter Umständen alles vernichtet hätte"[157]. Auf diese Weise mußte nun auch der jährliche Erfahrungsaustausch unter den lokalen und regionalen Vereinen, deren Laien-Mitglieder gerade darauf sehr angewiesen waren, unterbleiben. In der Stille freilich wurde viel fruchtbare Arbeit geleistet; Dr. Kutsch und Professor Schwantes leiteten die Verbände ohne viel Aufhebens; eine freie Forschung aber war erst nach dem Sturz der Diktatur wieder möglich[158].
Während sich bis zum Sommer 1936 eine feste Front westdeutscher Vorgeschichtsforscher gebildet hatte, die von Kiel bis München reichte und auch bereits manchen Fachkollegen östlich dieser Linie miteinschloß, waren schon Vorbreitungen getroffen worden, um eine weitere Wendung der Ereignisse herbeizuführen. Diesmal waren es weder ein Himmler noch ein Terboven, die den Wissenschaftlern zu Hilfe kamen, diesmal waren es diese selbst, die aus eigenem Entschluß handelten.

6. Werner Buttler und die Verständigung der ost- und westdeutschen Prähistoriker (1936–1937)

Der Reichsinstitutsplan und die Gleichschaltungsgefahr waren es nicht allein, die im Sommer 1936 die deutsche Vorgeschichtsforschung bedrohten. Die Presseangriffe, mit denen das Amt Rosenberg im Juli 1935 erneut begonnen hatte, ließen zahlreiche Wissenschaftler für ihre persönliche Sicherheit fürchten. Der Höhepunkt des Pressefeldzuges, die Denunziation des Marburger Professors Gero von Merhart durch den Reinerth-Schüler Joachim Benecke im Völkischen Beobachter am 22. April 1936 war aber auch Ausgangspunkt einer Entwicklung, die die Vorgeschichts-Abteilung ihrer wichtigsten Anhänger in Ostdeutschland beraubte und in deren Verlauf führende „ostdeutsche" und „westdeutsche" Forscher auch die ersten Schritte zur Überbrückung ihrer Gegensätze taten. Das Verdienst, den Grund zu dieser Verständigung gelegt zu haben, gebührt dem Prähistoriker Werner Buttler.
Buttler, am 19. Juni 1907 in Einbeck geboren, wurde im Jahre 1931 von Merhart promoviert und erwarb sich bereits kurze Zeit später hohes Ansehen als Ausgräber der neolithischen Siedlung bei Köln-Lindenthal. Diese Arbeit trug ihm die Berufung zum Korrespondierenden Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts ein. Stipendien der Römisch-Germanischen Kommission und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ermöglichten ihm ausgedehnte Forschungsreisen, die ihn bis Nordafrika führten. Im Jahre 1934 zum Kustos am Kölner Bayenturm-Museum ernannt, habilitierte er sich im Juli 1936 und folgte im September des gleichen Jahres einer Berufung zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im Referat für Bodendenkmalpflege des Reichserziehungsministeriums. Zwei Jahre später erhielt er eine außerordentliche Professur in Göttingen, wurde aber auch weiterhin „zur Dienstleistung" ins Ministerium beurlaubt. Bei Kriegsausbruch wurde er zur Wehrmacht einberufen. Von der ihm angebotenen Möglichkeit, sich wieder in die Heimat abkommandieren zu lassen, machte er keinen Gebrauch. Bei Mondorf in Luxemburg ist Werner Buttler am 12. Mai 1940 gefallen. Der noch nicht dreiunddreißigjährige Gelehrte hinterließ ein umfangreiches wissenschaftliches Werk. Nach dem Urteil Jacob-Friesens hat sich Buttler „schon in jungen Jahren einen Namen geschaffen, der stets unter denen der besten Forscher genannt wird"[159].
Buttler war seiner politischen Auffassung nach Nationalsozialist; was er darunter

verstand, sollte er während seiner beruflichen Tätigkeit beweisen. Es würde der aus seinem Handeln erkennbaren aufrechten Gesinnung in jeder Weise widersprechen, wenn man seinem Kampf um die Reinerhaltung seines Faches auch nur ansatzweise Motive einer „Widerstandsfähigkeit" unterstellen wollte, die im übrigen ja der gesamten hier geschilderten Auseinandersetzung fehlen. Buttler glaubte durchaus an Besserungsmöglichkeiten innerhalb des Systems. Man wird ihm zugute halten können, daß er sehr jung und in einer Zeit politischer Krisen aufgewachsen war. Er gehörte in jungen Jahren dem Großdeutschen Jugendbund des Admirals von Trotha an, empfing seine ersten politischen Eindrücke also von Angehörigen des deutschnationalen Flügels der Bündischen Jugend. Ein Rundbrief an die Freunde aus dem „Großdeutschen Ring Niedersachsens" zeigt ihn freilich nicht nur als Anhänger völkischer Ideen, sondern auch als „Vernunftrepublikaner"[160]. Zwei Jahre später vollzog er aber den Schritt zum Nationalsozialismus. Er trat der SA und kurz darauf der NSDAP bei; im März 1936 wurde er Mitglied der SS. Bei der Aufnahme wurde er aufgefordert, einen Aufsatz mit dem Titel „Mein Austritt aus der Kirche" abzuliefern. Er verfaßte eine ausführliche Erklärung, in der er den Austritt strikt verweigerte. Zwei Jahre später wurde er aus unbekannten Gründen in den Persönlichen Stab RFSS berufen[161]; vermutlich geschah dies, weil Himmler an dem wichtigen Referenten des Reichserziehungsministeriums interessiert war. So wenig Buttler an der grundsätzlichen Richtigkeit der Politik Hitlers gezweifelt zu haben scheint, so sehr trennten ihn persönlich vom Nationalsozialismus das Fehlen jeder Form von Fanatismus, sein ständiger Eintritt für Recht und Gerechtigkeit in den Bereichen, in die er Einblick hatte und seine entschiedene Ablehnung jeglicher ideologischen Spekulation in seiner Wissenschaft.

Der Weg Buttlers zur SS dürfte einerseits durch sein gutes persönliches Verhältnis zu dem um neun Jahre älteren Langsdorff, andererseits durch die Beobachtungen mitbestimmt worden sein, die er auf der Bremer Tagung hatte machen können. „Wenn Sie jetzt nichts erreichen", schrieb er damals an Langsdorff, „sehe ich schwarz für die Zukunft der deutschen Vorgeschichte. Was hilft die verständigste Einstellung des Ministeriums . . ., die Partei hält auf die Dauer doch die längere Hand."[162] Ein halbes Jahr später entschloß sich Buttler selbst zu einem Schritt in den politischen Angelegenheiten seines Faches. Den unmittelbaren Anlaß dazu bildete der Benecke-Artikel vom 22. April 1936[163]. „Die Dinge drängen jetzt wirklich zu einer Entscheidung", schrieb er am 5. Mai 1936 in einem Brief an Apffelstaedt, „es steht nicht mehr die Frage Reichsinstitut oder Archäol[ogisches] Institut zur Debatte, sondern es geht um die Ehre von mindestens der Hälfte der deutschen Vorgeschichtler und die Freiheit der Wissenschaft überhaupt. Man befreie uns endlich von Herrn Reinerth, damit wir arbeiten können!"[164] Buttler ging es zunächst darum, einer politischen und persönlichen Verfolgung Merharts vorzubeugen. Wie aus dem Schreiben hervorgeht, wußte er aber, daß der Aufsatz des Reinerth-Schülers im VB nur das Symptom einer immer bedrohlicher werdenden Entwicklung war, der es entgegenzutreten galt. Eine große Anzahl von Briefen, in denen er versuchte, einen Beitrag zur Abwendung der Gefahr zu leisten, findet sich in seinem Nachlaß[165].

Hatte sich der Appell an Apffelstaedt noch an einen Gleichgesinnten gerichtet, der ohnehin bereits das Seine tat, um wenigstens in Westdeutschland der Politik Reinerths zu begegnen, so wandte sich Buttler nun auch an ostdeutsche Fachkollegen, von denen er damals glauben mußte, daß sie entschiedene Parteigänger Reinerths

seien: an Richthofen in Königsberg und Petersen in Breslau. Daß Richthofen Reinerth seit 1934 mehrfach aufgefordert hatte, sich gegenüber den Vorwürfen im „Falle Bersu" zu rechtfertigen, und daß Petersen sich auch nur noch außen als Anhänger des Reichsbundes gab, konnte Buttler nicht wissen, denn Richthofen war nach wie vor Landesleiter dieses Verbandes für Ostpreußen und Petersen Beiratsmitglied im Vorstand. Richthofen, persönlich dem Nationalsozialismus am nächsten stehend[166], war der „Ansicht", daß er „gegen Bestimmungen der Partei verstoßen würde", wenn er Reinerth den Rücktritt von selbst erklärte. Er hatte daher mehrfach um „Entlastung" gebeten, er hatte versucht, Reinerth durch immer neue Beschweren zur Erfüllung dieser Bitte zu zwingen, wenn der Funktionär schon nicht selbst zur Demission bereit war. Reinerth hatte derartige Gesuche nicht oder nur ausweichend beantwortet; die Entlastung Richthofens von den Reichsbund-Ämtern hatte er verweigert[167]. Petersen unterstützte nach wie vor die Idee eines selbständigen Reichsinstituts, weil er fürchtete, daß die Methoden Kossinnas bei der Arbeit in einem Institut nach den Plänen Wiegands nicht zur Geltung kommen würden. Von all diesen Hintergründen und Motiven erfuhr Buttler erst allmählich im Verlauf eines Briefwechsels, den er Mitte Juni 1936 mit zwei annähernd gleichlautenden Schreiben an Petersen und Richthofen einleitete. „Es ist ... unerträglich", erklärte Buttler in diesen Briefen unter Hinweis auf den Benecke-Artikel, „wenn Meinungsverschiedenheiten über wissenschaftliche Fragen mit der Weltanschauung und Politik verknüpft werden, noch unerträglicher ist es, wenn dabei unrichtige Angaben gemacht werden, weil es aus irgendeinem Grunde gerade tunlich erscheint, einen Fachgenossen in der Öffentlichkeit mies zu machen. Wir jungen Marburger stellen uns dabei restlos vor unsern Lehrer von Merhart, und gerade diejenigen unter uns, die alte Parteigenossen sind, fühlen sich verpflichtet, dagegen Front zu machen, daß dieser Mann als politisch und weltanschaulich unzuverlässig hingestellt wird. Wir können nur dann die ... Einheit im Fach erreichen, wenn die Gesetze des Anstandes, der Ritterlichkeit und der gegenseitigen Achtung beachtet werden ..."[168] Merhart war Österreicher und hatte als Kaiserjäger am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Ein Vorwand gegen ihn ergab sich daraus, daß er eine Schweizerin geheiratet hatte und seinen Sohn in einer katholischen Schule erziehen ließ[169].

Richthofen und Petersen antworteten Buttler umgehend. Richthofen äußerte sich in diesem ersten Schreiben noch zurückhaltend, vermied es, Reinerth namentlich zu beschuldigen, verwies an Rosenberg als dessen Vorgesetzten, ließ aber deutlich erkennen, was er dachte, als er sich entschieden dagegen aussprach, wissenschaftliche Arbeiten „mit dem Schlagwort ‚politischer Katholizismus' zu stempeln"[170]. Petersen fühlte sich dagegen an keinerlei „Parteidisziplin" gebunden und äußerte sich von Anfang an auf das lebhafteste: „Ihre Empörung über die Ausfälle gegen die Marburger Arbeit ... kann ich nicht nur verstehen, sondern billige sie auch durchaus. Ich gehe auch im Grundsätzlichen mit Ihnen völlig einig, daß es verfehlt wäre, wenn die vor 10, 20 und mehr Jahren niedergelegten wissenschaftlichen Ansichten Kossinnas als verpflichtendes Dogma schlechthin betrachtet würden ... Ich kann ... nur andeutungsweise zum Ausdruck bringen, mit welch schwerer Sorge gerade wir Breslauer die Entwicklung innerhalb unseres Faches betrachten ... Ich weiß wohl, daß man vielerorts außerhalb Schlesiens und Ostdeutschlands den Kopf darüber schüttelt, daß wir nach außen hin fest zu Reinerth und seiner Organisation stehen. Es wird Ihnen aber vielleicht genügen, zu hören, daß wir uns mit dem grundsätzlichen

Ziel Reinerths, nämlich der unbedingten Verselbständigung der Deutschen Vorgeschichte mit dem sichtbarsten Ausdruck der Schaffung eines *eigenen* Reichsinstituts absolut identifizieren, daß wir dagegen die Art, wie Reinerth sein Ziel zu erreichen versucht, nur in den seltensten Fällen zu billigen vermögen ... Ich würde mich freuen, wenn ich ... einmal persönlich mit Ihnen plaudern könnte, und zweifle nicht, daß Sie binnen kurzem zu dem Ergebnis kämen, daß die bösen Ostdeutschen gar nicht so hirnverbrannt sind, wie man vielerorts in Deutschland immer noch meint."[171]

Die Freude, die Buttler über ein solches Echo seiner Bemühungen empfand, ist begreiflich. Die Bedeutung des Petersen-Briefes schien zudem noch über die gerade aktuelle Frage des Benecke-Artikels hinauszureichen. Die Breslauer waren offensichtlich verbittert, es schienen eine Reihe rein persönlicher Motive im Spiel zu sein, aber die Fachgenossen waren bei aller Unterschiedlichkeit der wissenschaftlichen Auffassungen offensichtlich zu einer Verständigung mit den westdeutschen Kollegen bereit. Buttler war jung, die jahrzehntelangen Spannungen kannte er nur vom Hörensagen, politischer Fanatismus war bei den ostdeutschen Fachvertretern anscheinend nicht vorhanden, persönliche Querelen nahm Buttler nicht ernst. Jetzt ging es um die Zukunft des Faches und nicht um die Vergangenheit. Es gehörte zu den charakteristischen Eigenschaften Buttlers, daß er sofort, wo er hinkam, Vertrauen erweckte und um Vertrauen warb[172], und diese Gaben waren es letztlich, die ihn zum Sieger über das Intrigantentum des Amtes Rosenberg machten. So bemühte er sich in einem neuen Schreiben darum, bei Petersen Mißverständnisse auszuräumen, um anschließend sofort auf das Instituts-Projekt zu sprechen zu kommen: „Noch kürzlich auf der Bonner Tagung sprachen wir darüber, wie bedauerlich es sei, daß zwischen uns und den durchweg sehr tüchtigen ost- und mitteldeutschen Fachgenossen künstliche Trennungswände errichtet seien ... Merhart gebrauchte dabei die Äußerung: Daß die Breslauer kein Verständnis für unsere Ansicht betr. Arch[äologisches] Inst[itut] aufbringen können, habe ich nach der Entwicklung der dortigen Forschung immer für ihr gutes Recht angesehen. Und früher einmal schrieb er mir, und das ist wohl die allgemeine Ansicht besonders von uns Jüngeren, daß es uns Westdeutschen im Grunde völlig gleichgültig sein könnte, ob es nun ein Reichsinstitut gibt oder ein großes Arch[äologisches] Institut ... Besonders ein Punkt ist es, der uns Sorge macht: U[nseres] E[rachtens] ist es unmöglich, die gesamte Vor- und Frühgeschichte in Berlin zu zentralisieren. Ein solches Institut hat so viele Beziehungen zur Feldforschung im Lande ... aufrecht zu erhalten, so daß das unmöglich von *einer* Zentrale aus geschehen kann ... Weshalb muß ... die west- und süddeutsche Forschung leiden, indem man ihr die Zentrale in Frankfurt nimmt. Ist es nicht richtiger, man läßt dieses Institut ... bestehen und gründet dazu ein anderes, das den Norden und Osten ... betreut? Beide Institute müssen natürlich irgendwie zusammengefaßt werden, wobei mir ... der Gesamtrahmen des Arch[äologischen] Inst[ituts] immer besonders sympathisch war, weil wir dazu kommen müssen, daß auch die Auslandsarbeit der Arch[äologischen] Institute sich mehr als bisher mit Vorgeschichte befassen muß. Aber das ist schließlich nicht die Hauptsache, mag das Kind nun Reichsinstitut oder Archäologisches Institut heißen. – Was soll man schließlich dazu sagen, daß Herr Reinerth anscheinend aus der westdeutschen Landesforschung die römische Zeit herausnehmen und dieses Gebiet von der ... R. G. K. betreuen lassen will ... Da kann man nur sagen: Haß macht blind!"[173]

Buttler verfocht hier eine andere Ansicht, als Wiegand sie vertreten hatte: Es kam auf die Zusammenarbeit zwischen Archäologen und Prähistorikern an; die Organisationsform, wenn die ostdeutschen Forscher nun schon einmal ein eigenes Vorgeschichtsinstitut haben wollten, war zweitrangig. Im übrigen entsprach sein Vorschlag dem politisch Möglichen, denn inzwischen – man schrieb jetzt Juli 1936 – war ja „am tausendsten Todestage König Heinrichs I."[174] bekannt gegeben worden, daß Reinerth den Planungsauftrag für das Reichsinstitut erhalten habe; die westdeutschen Forscher konnten mit einer gemeinsamen Anstalt, wie sie von ihnen und Wiegand befürwortet wurde, vorerst nicht rechnen.

Als Petersen den Brief Buttlers beantwortete, stellte es sich heraus, daß die ostdeutschen Forscher überhaupt nicht daran dachten, sich der Reinerthschen Forderung nach Auflösung der RGK oder Beschränkung auf „das Römische" anzuschließen. Petersen schrieb, „das Schwergewicht" des „wissenschaftlichen Fortschritts" liege „nicht bei einem zentralen Institut", sondern in den „einzelnen Landschaften und Forschungsmittelpunkten". Diese gälte es „in ihrer Selbständigkeit zu erhalten und zu stärken ...", und das habe „Reinerth noch nicht begriffen", oder er *wolle* „es aus ganz eindeutigen Gründen nicht einsehen ..."[175]

Diese Zeilen wurden von Buttler angestrichen. Er wußte, daß sie die Rettung der RGK bedeuteten, wenn es zutraf, daß alle ostdeutschen Forscher die Ansicht Petersens teilten. Nun war einer weiteren Verständigung der Weg geebnet. Beide Seiten dachten zu dieser Zeit bereits daran, dem brieflichen Gedankenaustausch eine persönliche Begegnung folgen zu lassen. Petersen hatte diese Idee schon in seinem ersten Schreiben erwähnt. Buttler hatte geantwortet, auch er wäre der Ansicht, „daß eine ruhige Aussprache von Mann zu Mann die etwa vorhandenen Spannungen mühelos beseitigen könnte"[176]. Nun aber schlug Petersen bereits eine Zusammenkunft zwischen *mehreren* ost- und westdeutschen Forschern vor. Der Breslauer Museumskustos Kurt Langenheim, so schrieb er, verfolge den Plan, daß sich Kollegen beider Seiten einmal an einem Wochenende „irgendwo in Mitteldeutschland ... treffen" und sich „aussprechen" sollten, vielleicht bei Tackenberg in Leipzig[177].

Buttler war mit diesem Vorschlag gern einverstanden. So entstand aus kleinen Anfängen ein folgenreicher Plan. Ein privates Treffen unter Fachkollegen konnte nur unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft die Bedeutung annehmen, die es dann erhielt. Das Vorhaben war nicht einmal ungefährlich. Buttler und Petersen meinten übereinstimmend, daß man den Teilnehmerkreis „auf höchstens drei Leute von jeder ‚Schule'" beschränken solle, damit es „nicht so nach einer großartigen Rebellion" gegen ihren „lieben Freund R." aussähe, „falls durch irgendeinen Zufall etwas davon bekannt werden sollte"[178].

Man wollte sich in Leipzig über konkrete Fragen, insbesondere über den Reichsinstitutsplan unterhalten. Es ging darum, einen Alternativvorschlag auszuarbeiten, der Aussicht hatte, sowohl in Ost- wie in Westdeutschland gebilligt zu werden. Zu diesem Zwecke ließ Buttler bereits Ende August 1936 wohlberechnete Personalvorschläge kursieren. Gustav Schwantes, der Vorsitzende des Nordwestdeutschen Verbandes, wäre wohl „der gegebene und allseitig anerkannte Präsident" der geplanten Anstalt. Die westdeutschen Kollegen würden sich aber sicher „auch mit jeder anderen *sachlich denkenden* Persönlichkeit einverstanden" erklären, „etwa mit Petersen"[179]. Das war nun freilich ein gewagtes Wort. Buttler wußte, daß Petersen in Westdeutschland wissenschaftlich umstritten war[180]; die Bedenken galten freilich nur seiner

Methodik, und wenn es bisher vielleicht Bedenken hinsichtlich der bei ihm zu erwartenden Toleranz gegenüber anderen wissenschaftlichen Verfahrensweisen und abweichenden Lehrmeinungen gegeben hatte, so war Buttler entschlossen, diese Bedenken bei seinen eigenen „westdeutschen" Freunden auszuräumen. Präsentierte man Petersen als Gegenkandidaten gegen Reinerth, so würde es auch das Amt Rosenberg schwer haben, Einwände vorzubringen, denn Petersen war Parteimitglied seit 1931 und außerdem Kossinna-Schüler.

Ende August 1936 wurde klar, daß die Wissenschaftler noch fester zusammenstehen müßten als bisher. Der Angriff auf Merhart war soeben wiederholt worden, diesmal in der amtlichen Zeitschrift der Vorgeschichtsabteilung der Dienststelle Rosenberg. Wieder wurde Reinerths Schüler Benecke als Verfasser des betreffenden Aufsatzes angegeben. Die von den Marburger Studenten zum Reichsberufswettkampf eingereichte Arbeit, so hieß es in dem Artikel, zeige ein Ergebnis, für welches „den betreffenden Ordinarius ein viel größerer Anteil von Verantwortlichkeit" träfe als seine Schüler. Die darin enthaltenen Feststellungen seien „nicht nur in jeder Weise wissenschaftlich unzulänglich, ... sondern außerdem weltanschaulich gefährlich, weil durch solche Äußerungen leichtfertig die gesicherten Grunderkenntnisse von unseres Volkes Ursprung erschüttert" würden[181].

Die Vorgeschichtsberater Rosenbergs mögen den Folgen, die diese neuen Denunziationen haben könnten oder sollten, gefaßt entgegengesehen haben. Sie fühlten sich völlig sicher im Schutze eines *Beauftragten des Führers*. Auch ahnten sie nicht, was sich gegen sie vorbereitete. Petersen erklärte Buttler, der Aufsatz sei in einer „unglaublich ausfälligen Form" abgefaßt, und Richthofen ließ wissen, er werde „Reinerth und Benecke mit aller Deutlichkeit" seine „Stellungnahme dazu zum Ausdruck bringen"[182]. Richthofen und Buttler hatten inzwischen Einigung in verschiedenen Fragen erzielt, wobei keiner aus seinen Ansichten einen Hehl gemacht und wobei auch Buttler nicht verschwiegen hatte, daß Richthofens Politik, insbesondere seine „Parteidisziplin", in Westdeutschland nicht verstanden worden war[183]. Am 7. September erfuhr Buttler auch, daß Richthofen sich mit dem Vorschlag einverstanden erklärt hatte, sich in Leipzig zu treffen. Inzwischen lag auch die Zusage Jahns vor, der Wiegand im September 1933 jene „unumstößliche Absage" erteilt hatte[184]. Damit waren bereits alle maßgebenden Vertreter der „ostdeutschen" Seite gewonnen.

Während die Zusammenkunft noch vorbereitet wurde, erfuhren die Wissenschaftler von einem überraschenden Ereignis. Buttler berichtete Petersen, daß er nach einer Vorstellung bei Rust zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter des Reichserziehungsministeriums bestellt und mit der „Wahrnehmung des Referats Denkmalpflege" beauftragt worden[185] sei. Er nahm seinen Dienst im Ministerium schon am 15. September 1936 auf. Seine Abteilung gehörte zum „Amt Volksbildung" (V) des Ministeriums. Buttler sollte dort zwar nicht für die Reichsinstitutspläne und die Besetzung der Lehrstühle zuständig sein, denn dafür war das „Amt Wissenschaft" federführend[186], aber es war vorauszusehen, daß Buttler zu den Problemen gehört werden würde. Dennoch bestand für die Prähistoriker noch kein Grund zum Optimismus. Die erste Begegnung zwischen Rust und Buttler zeigte bereits, daß die Bestellung des neuen Referenten keinen Kurswechsel in der Frage des Reichsinstituts bedeutete. Der Minister schien nach wie vor entschlossen, dem an Reinerth erteilten Planungsauftrag auch die Bestellung zum Präsidenten folgen zu lassen. Buttler berichtete

darüber an Petersen: „Von der Besprechung mit Rust ... möchte ich Ihnen nur ganz vertraulich mitteilen, daß ich den Eindruck hatte, daß der Minister durchaus die Absicht hat, nachdem er einmal A gesagt hat, nun auch B zu sagen, und daß er dann wohl Reinerth beauftragen würde, wenn nicht bald etwas geschieht ...“[187] In einer späteren Darstellung, welche die Vorgänge recht genau wiedergeben dürfte, weil sie für die Vorlage bei Rust selber bestimmt war, schrieb Buttler, der Minister habe ihn gefragt, ob er es „nicht für richtig halte, daß das Pendel in der Vorgeschichte einmal nach der anderen Seite ausschlüge ...“. Buttler meinte, daß es sich auf dieser „anderen Seite“ bereits befinde, denn er antwortete, daß es seiner Meinung nach „jetzt aber wieder in die richtige Mittellage zurückgehen müsse“[188]. Auch über die Aussichten der Kandidatur Petersens konnte Buttler nur Vermutungen anstellen: „Ich denke, daß es durch Himmler oder Heß zu machen geht, denn ich glaube kaum, daß Rust ohne Rückhalt von der Partei etwas gegen Rosenberg unternehmen wird.“[189] Es sollte sich zeigen, daß Buttler der Haltung Himmlers zu sicher gewesen war.

Einige Wochen nach Antritt seiner neuen Stellung besuchte Buttler das Treffen ost- und westdeutscher Prähistoriker am 1./2. November 1936, zu dessen Vorbereitung er so viel beigetragen hatte. Professor Tackenberg hatte unter dem Vorwand einer Grabungsbesichtigung nach Leipzig geladen. Buttler nahm „im Rahmen einer Dienstreise“ an der Exkursion teil, wodurch es sich „zwanglos“ ergab, daß er auch privat die Wohnung von Professor Tackenberg besuchen konnte. Auch Langsdorff war anwesend; allerdings gab er keinerlei Erklärungen über die Ansichten Himmlers ab.

Die versammelten Forscher konnten ihre Auffassungen unter den damaligen Umständen nicht in einer gemeinsamen Resolution an den Minister zusammenfassen, das hätte als „Meuterei“ ausgelegt werden können. Aber dafür gab es jetzt einen Ausweg: Buttlers Bericht an Rust. Der Referent teilte seinem Vorgesetzten „dienstlich“ mit, die anwesenden Prähistoriker hätten es für das beste gehalten, „dem Präsidenten des Reichsinstituts zwei Abteilungen zu unterstellen“ und „zu dem schon bestehenden Institut für den Westen und Süden ein entsprechendes Institut für den Norden und Osten zu schaffen“. „Auch die ostdeutschen Fachgenossen“ sähen es als „eine schwere Schädigung der ... Forschung“ an, „wenn das Frankfurter Institut ... zerschlagen oder auf die Erforschung der römischen Zeit beschränkt würde“. Zum Leiter schlüge man „in erster Linie“ Petersen vor; man wäre aber auch mit den Professoren Schwantes (Kiel) und Richthofen (Königsberg) einverstanden und habe auch den Namen Ernst Sprockhoffs genannt. Zu Reinerth hätten die Versammelten kein Vertrauen gezeigt, da von ihm und seinen Mitarbeitern „sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Forschern und Forschergruppen zum Anlaß genommen würden, bestimmte Wissenschaftler ganz ungerechtfertigt mit dem Makel mangelnder weltanschaulicher Zuverlässigkeit zu behaften, wozu die parteiamtliche Stellung Reinerths allzuleicht eine Handhabe biete“[190].

Trotz der Leipziger Verständigung blieben noch viele Probleme ungelöst. Die methodologischen Meinungsverschiedenheiten bestanden weiter, aber das waren sachliche Fragen, über die der Fortgang der Forschung entscheiden sollte. Es handelte sich nicht um eine endgültige Einigung, sondern nur um den Beginn eines Brückenschlages. Buttler sah die Lage ohne Illusionen: „Ich betrachte die Besprechung als einen ersten Fortschritt, bei dem man allerdings ungeachtet der von allen Seiten des Westens gegen Petersen bestehenden Ressentiments seine Kandidatur (an erster Stelle) mit in Kauf nehmen muß. Ich rechne es besonders Sprockhoff und Zeiß hoch an, daß sie dagegen

keinen Einspruch erhoben, sondern die Sache voranstellten . . ."[191] Buttler wandte in den folgenden Monaten noch viel Mühe daran, durch Briefe und Besprechungen Mißverständnisse aufzuklären, in Einzelfällen zu vermitteln und manche Spannung auszugleichen[192]. Das Vertrauen, das jeder zu ihm faßte, der ihn einmal kennengelernt hatte, öffnete ihm alle Türen.

Den Teilnehmerkreis der Leipziger Besprechung beschrieb Buttler in seinem Bericht für Rust nicht näher. Dadurch umging er ein Problem, an dem das ganze Treffen beinahe gescheitert wäre: Richthofen, Jahn und Petersen, das heißt die entscheidenden Persönlichkeiten des „Ostens", waren nicht selbst erschienen. Petersen hatte freilich einen guten Grund für sein Fernbleiben. Gleich nachdem er im September als Gegenkandidat genannt worden war, hatte er erklärt, er könne sich nun „anständigerweise nicht irgendwie vorwagen"[193]. Er wollte den Anschein vermeiden, als strebe er persönlich nach dem Posten des Institutsdirektors. Richthofen und Jahn teilten mit, sie seien „dringend verhindert". Immerhin erschien Langenheim, der die Aussprache als erster angeregt hatte, und erklärte, „für sämtliche Breslauer . . . sprechen" zu können. Richthofen hatte Buttler seiner Unterstützung durch einen persönlichen Besuch versichert. Der vermittelnden Tätigkeit Buttlers und Langenheims gelang es schließlich, „das angesichts dieses Ausbleibens der erwarteten Ostdeutschen . . . erwachte Mißtrauen zu zerstreuen"[194].

Das gewährte Vertrauen sollte nicht enttäuscht werden. Die ostdeutschen Forscher standen fest zu der Leipziger Übereinkunft. Das Ereignis hatte sogar Folgen, die Buttler weder gewollt noch vorgesehen hatte: eine Abfallbewegung setzte ein, das Amt Rosenberg erhielt Kündigungsbriefe der führenden ostdeutschen Prähistoriker; es hatte fortan nur noch wenige Anhänger. Petersen übersandte Buttler bereits drei Tage nach der Leipziger Zusammenkunft den Entwurf für einen Absagebrief an Reinerth. Buttler bat dringend, „aus taktischen Gründen . . . den Trennungsstrich noch nicht" zu ziehen. Ein solcher Schritt könne die Kandidatur Petersens nur gefährden[195]. Der Breslauer Kollege war aber nicht mehr zurückzuhalten. Am 14. November 1936 ließ er das Schreiben an Reinerth „trotz aller taktischen Erwägungen" abgehen, weil er „unter allen Umständen" vor sich selbst „wieder ins Reine . . . kommen" wollte[196]. Seine Fachgenossen in der schlesischen Hauptstadt schlossen sich diesem Verhalten an. Am 12. November 1936 legte der Dozent und Kustos Lothar Zotz seinen Posten als Reichsbund-Landesleiter für Schlesien mit der Begründung nieder, daß Reinerth auf die Meinung seiner Mitarbeiter „keinen Wert" lege. Zotz hatte die Politik des Rosenberg-Funktionärs schon ein ganzes Jahr lang kritisiert, ohne je einer Antwort gewürdigt worden zu sein[197]. Am 26. November 1936 kündigte Professor Martin Jahn Reinerth jegliche Zusammenarbeit, da dieser „die Zersplitterung und gegenseitige Befehdung der deutschen Vorgeschichtsforscher gefördert" und die Belange des Faches „schwer geschädigt" habe[198]. Ausdrücklich politische Begründungen fehlten in den Absagebriefen, da man bemüht sein mußte, „Reinerth in seiner Eigenschaft als Politischer Leiter keine Angriffsflächen zu bieten, sondern die ganze Auseinandersetzung sich auf dem Boden des Reichsbundes abspielen zu lassen"[199].

Die gleiche Bewegung wie in Schlesien vollzog sich auch in Nordost-Deutschland. Wolfgang La Baume, Professor in Danzig und Königsberg, hatte seinen Posten als Landesleiter für die Freie Stadt und die „Grenzmark Posen-Westpreußen" schon am 15. Juli 1936, also vor der Leipziger Übereinkunft, niedergelegt, wobei ein

Konflikt äußerlich anscheinend vermieden worden war. Die Kollegen wußten freilich, daß La Baume das Verhalten Reinerths mißbilligte. Sie glaubten sogar, den seinerzeit in Halle gleichgeschalteten Ostdeutschen Verband für Altertumsforschung „im Laufe einer geraumen Zeit unter Zuziehung von La Baume" vom Reichsbund wieder lösen zu können[200]. An die „Parteidisziplin" hielt sich – in Übereinstimmung mit Buttler, der das Verfahren aus taktischen Gründen befürwortete – nur noch Richthofen. Er trat nicht zurück, versuchte aber bei Reinerth seine „Entlastung" zu erreichen oder ihn durch scharfe Kritik an seiner bisherigen Politik, insbesondere seinem Verhalten gegenüber Merhart, selbst zum Rücktritt zu bewegen. Niemals habe Reinerth ein Ehrengerichtsverfahren gegen sich selbst beantragt, niemals auf Vorwürfe geantwortet, jede Anschuldigung habe er schweigend hingenommen. Da die Verleumdungskampagne gegen die Fachkollegen in amtlichen Zeitschriften der Dienststelle Rosenberg inzwischen fortgesetzt und neuestens wieder einmal erklärt worden war, es gälte „mit den Kreisen um das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz Abrechnung zu halten"[201], beschuldigte Richthofen Reinerth der „gehässigen und unsachlichen Berichterstattung über das Museum in Mainz und dessen Mitarbeiter"[202]. Als es Reinerth auch diesmal unterließ, sich zu rechtfertigen, verlangte Richthofen am 13. Februar 1937 erneut, „umgehend von sämtlichen Ämtern" im Reichsbund entlastet zu werden[203]. Am 16. Februar erschien er in Berlin und bat um einen Empfang bei Rosenberg. Man erklärte ihm, der Reichsleiter sei nicht anwesend. Am 17. Februar 1937 reichte er eine offizielle Beschwerde ein und bat, die „schweren Mißstände" im Fach zu beseitigen[204].

Die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* hätte dafür dankbar sein können, daß Richthofen alles versuchte, um einen offenen Skandal zu vermeiden. Aber Rosenberg und Reinerth nützen die Tatsache, daß der Professor als Landesleiter für Ostpreußen noch nicht offiziell zurückgetreten war, in einer für sie bezeichnenden Weise aus. Am 2. März 1937 wurde er durch eine – kurz darauf auch veröffentlichte – Bekanntmachung aus dem Reichsbund ausgeschlossen. Richthofen hatte seiner Beschwerde vom 17. Februar umfangreiches Beweismaterial beigelegt. Rosenberg ließ durch Stabsleiter Urban mitteilen, diese Belegstücke stammten aus dem Tübinger Disziplinarverfahren oder beträfen „die Frage Bersu". Die Vorwürfe hätten sich bei einer Prüfung durch Rosenberg „überwiegend als böswillige Verleumdungen erwiesen". Urban vermied es, irgendwelche Beweise für diese Behauptungen anzuführen, ließ allerdings auch klar erkennen, daß ein *Beauftragter des Führers* es nicht nötig habe, seine Entscheidungen zu begründen: „Prof. Reinerth besitzt das Vertrauen von Reichsleiter Rosenberg. Die Entscheidung über seine persönliche Eignung und die Ausrichtung seiner weltanschaulichen Arbeit werden Sie dem Beauftragten des Führers für die weltanschauliche Erziehung der NSDAP überlassen müssen. Die Neuorganisation der deutschen Vorgeschichtsforschung ist in erster Linie eine weltanschauliche Frage und nicht eine Frage ausgleichender Taktik. Härten werden sich da nicht vermeiden lassen ... Reichsleiter Rosenberg verlangt daher von jedem Parteigenossen, daß er sich in dieser weltanschaulichen Auseinandersetzung rückhaltlos hinter seinen Beauftragten stellt. Jeder aus persönlichen Motiven erwachsenen Gegenarbeit, wie sie neuerdings in dem Leipziger Komplott des Herrn Petersen-Breslau zum Ausdruck kommt, werden wir in aller Schärfe entgegentreten. ... Reichsleiter Rosenberg enthebt Sie ... hiermit Ihrer Ämter und hat Weisung gegeben, Sie als Mitglied des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte zu streichen."[205]

Kurz nach dem Ausschluß Richthofens wurde auch Petersen aus dem Reichsbund ausgestoßen. Reinerth nannte als Grund: „Planmäßige Gegenarbeit gegen den von Reichsleiter Rosenberg ... vertretenen Plan eines Reichsinstituts ...“ „Erschwerend“ trete hinzu, daß Petersen seine „Gegenorganisation geheim geführt“ habe[206]. Auch dieser Ausschluß wurde öffentlich mitgeteilt, und wenn die Dienststelle dabei auf die Angabe von Gründen verzichtete, um die NSDAP nicht als solche zu zwingen, Petersens Rechtfertigung etwa vor einem Parteigericht anhören und damit die gesamte Politik Reinerths untersuchen zu lassen, so konnte sie gleichzeitig hoffen, Petersen und Richthofen durch eine öffentliche Disqualifizierung als mögliche Gegenkandidaten Reinerths im Wettbewerb um den Posten des Institutsdirektors auszuschalten. Die Ausschlußverfügungen waren ein Versuch, die Lage zugunsten der Dienststelle wieder zu stabilisieren. Es mußte sich zeigen, ob es nun gelingen würde, aus der Defensive erneut zum Angriff überzugehen.

Das Amt Rosenberg erfuhr von dem sogenannten „Leipziger Komplott“ des in Leipzig gar nicht erschienenen „Herrn Petersen“ nicht sofort etwas, aber es konnte unschwer ersehen, daß die Absagebriefe Petersens, Jahns und Zotz' und die neuen Rücktrittsgesuche Richthofens mit einem gegnerischen Vorhaben in Zusammenhang stehen mußten. Rosenberg hörte erst einige Wochen nach dem Leipziger Treffen, spätestens am 12. Dezember 1936, andeutungsweise davon, daß die Gegenseite eine Sammlungsbewegung einzuleiten begann. Buttler und Petersen hatten einer Prähistorikerin unvorsichtigerweise einige Mitteilungen gemacht. Die Wissenschaftlerin gab Rosenberg davon Kenntnis, daß durch Verhandlungen zwischen Buttler, Langsdorff, Petersen und dem RGK-Direktor Sprockhoff eine „Einheitsfront geschlossen“ worden sei[207]. Die Nachricht war in dieser Form ungenau; die Dame gab das wieder, was sie aus den Andeutungen Buttlers und Petersens herausgehört zu haben glaubte. Von dem Leipziger Treffen als solchem war ihr aber nichts mitgeteilt worden. Wann Reinerth und Rosenberg davon erfahren haben, ist nicht festzustellen. Der Reichsleiter verfügte nicht über das politische Geschick, das notwendig gewesen wäre, um die Lage zu meistern. So wenig er die wissenschaftlichen Probleme durchschaute, die einer der Ideologie nützlichen Vorgeschichtsforschung entgegenstanden, so wenig war er fähig, jetzt klug und planend zu handeln. Er wußte keinen anderen Rat als den, sich schriftlich bei Rust zu beschweren und zu erklären, daß der neue Referent Dr. Buttler dem Reichsamtsleiter Reinerth „feindselig“ gegenüberstehe. Auch sei seit der Erteilung des Planungsauftrages an Reinerth noch nichts zugunsten des Reichsinstituts-Vorhabens geschehen. Rust möge in keinem Falle eine Entscheidung treffen, ehe nicht eine neue Aussprache mit ihm stattgefunden habe[208]. Diese Aufforderung zeigte, wie unsicher sich Rosenberg fühlte. Angesichts der Existenzkrise, mit der sich seine Dienststelle zu gleicher Zeit auseinanderzusetzen hatte[209], war dies begreiflich. Rust hätte das Problem des Reichsinstituts in diesen Tagen vielleicht unter Übergehung des auf einem Tiefpunkt seiner Entwicklung befindlichen Amtes Rosenberg lösen und der sachlichen Forschung damit einen Dienst erweisen können. Aber auch das Reichserziehungsministerium befand sich während dieser Monate in einer schweren Krise, da Schirach und Ley unter Hintergehung Rusts die Adolf-Hitler-Schulen gegründet hatten[210]. Rust war nicht wesentlich geschickter als Rosenberg, und so blieb auch das Problem des Reichsinstituts vorerst offen.

Himmler verhielt sich auch weiterhin möglichst neutral. Mitte Januar 1937 antwortete er auf eine Beschwerde Rosenbergs: „Es ist selbstverständlich, daß alle

Kräfte, die bei mir den Versuch unternehmen sollten, gegen den von ... Reinerth geführten Reichsbund ... vorzugehen, keine Unterstützung meinerseits fänden ... Ich glaube ... persönlich, daß die Angriffe gegen ... Reinerth ... nicht immer rein weltanschauliche Angriffe gegen den Nationalsozialismus sein müssen, sondern sehr wohl Angriffe gegen Reinerth als Person sind, da die Betreffenden sich mit seiner manchmal recht eigenartigen Methode, Menschen zu behandeln, nicht abfinden können." Am 1. Februar antwortete ihm Rosenberg, alle Angriffe seien unbegründet, und erklärte: „Die Gegenarbeit hat inzwischen Formen angenommen, die ein rasches gemeinsames Handeln notwendig machen, um so mehr, als die neuerdings von einer Anzahl Professoren gegen meinen und Parteigenossen Rusts Plan eines Reichsinstituts durchgeführte Gegenarbeit von Professor Langsdorff mit organisiert worden ist. Selbstverständlich ohne Ihr Wissen, aber er gilt eben als Ihr Sachbearbeiter."[211]
Himmler scheint auf diesen Brief nicht geantwortet zu haben. Er gewährte Rosenberg keine Unterstützung, verbot aber auch dem *Ahnenerbe*, den Reichsbund offen zu brüskieren[212]. Den Bestrebungen des in Leipzig gebildeten Kreises hielt er sich gleichfalls fern. Buttler berichtete am 24. Januar 1937, es sei ihm noch nicht gelungen, den mit Jahresbeginn neu ins Ministerium eingetretenen Chef des Amtes Wissenschaft, Staatsminister Otto Wacker, zu sprechen. Wacker war von Himmler empfohlen worden[213], hatte aber offenbar keineswegs einen Befehl des Reichsführers SS erhalten, daß er gegen den Institutsplan Rosenbergs arbeiten solle. Darauf deutet der Umstand, daß Himmler die für ihn so günstige Lage nach dem Leipziger Treffen nicht ausnützte. Buttler setzte auch gar nicht voraus, daß Wacker sich von Himmler wesentlich beeinflussen ließe. In einem Schreiben an Petersen meinte er: „Und selbst wenn Wacker für eine verständige Lösung gewonnen ist, dann bleibt die größte Klippe ganz oben ..."[214] Am 15. Februar meldete Buttler: „In den letzten Tagen war dicke Luft, und da war ich bis aufs letzte mit unserer Sache beschäftigt ... Die Angelegenheit Vorgeschichte wird jetzt von beiden Seiten vorangetrieben, so daß zu erwarten ist, daß irgendeine Entscheidung kommt. Der neue Amtschef W wird die Angelegenheit ganz sachlich behandeln, wie es scheint, doch ist noch immer nicht vorauszusehen, ob unsere Vorschläge nicht am Widerstand jener hohen Parteistelle scheitern werden ..."[215] Kurz danach berichtete Buttler, daß Petersen und Richthofen am 16. Februar 1937 von Wacker empfangen worden seien, und zwar „anscheinend mit gutem Erfolg". Sie hätten „die Lage offen dargelegt" und seien „aufgefordert worden, ihre Beschwerden in einer kleinen Denkschrift niederzulegen". Reinerth und Rosenbergs Stableiter Urban seien aber „auch schon dagewesen" und hätten „ihre Ansicht von den Dingen verzapft". Langsdorff wolle nun „Himmler doch zu einer Stellungnahme zu bringen suchen"[216].
Der Reichsführer SS war aber nach wie vor nicht dazu zu bewegen, gegen einen konkreten Plan Rosenbergs vorzugehen. Unterstützung kam dagegen von Apffelstaedt, der jetzt nach Aufforderung durch Wacker die früher erwähnte Stellungnahme gegen die von Reinerth vorgesehene „völlig unorganische Verbindung von Forschungsinstitut und staatlicher Exekutive" einreichte[217]. Das Gutachten dürfte das Ministerium überzeugt haben, aber zur Gründung eines Instituts nach dem in Leipzig besprochenen Plan kam es so wenig wie zur Errichtung einer Anstalt, wie sie Rosenberg und Reinerth vorschlugen.
Buttler erkannte zwischen Februar und Mai 1937, daß er künftig noch vorsichtiger vorgehen müsse. Denn nun ließ das Amt Rosenberg nichts unversucht, um ihn mit

den Mitteln der politischen Denunziation zu stürzen. Mitte Februar legte die Dienststelle dem Ministerium die „belastenden" Briefe vor, die Buttler an die Fachkollegin geschrieben hatte, die ihn dann bei Rosenberg verriet[218]. Anfang März wurde von Richthofen aus dem Reichsbund ausgeschlossen. Im April traf der öffentliche Tadel auch Petersen. Im Mai gelangte die Dienststelle Rosenberg auf ungeklärte Weise zum zweiten Male in den Besitz eines von Buttler verfaßten Privatbriefes. Es handelte sich um das Schreiben, in welchem er Langsdorff über die Behandlung des Nordwestdeutschen Verbandes in Bremen berichtet hatte[219]. Das Gutachten der Vorgeschichts-Berater Rosenbergs gipfelte in dem Satz, daß „dieser Brief allein ... genügen" müßte, „um die Unmöglichkeit Dr. Buttlers an wichtiger Stelle im Ministerium zu beweisen". Dem Referenten wurde weiter zur Last gelegt, daß er sich „an einem Komplott gegnerischer Fachforscher" beteiligt habe. Es war leicht, solche Anschuldigungen in einer Eingabe an Rust sachlich zu widerlegen[220]. Politisch bestanden sie, vom Standpunkt Rosenbergs her gesehen, zu Recht, und Buttler hätte nicht im Amt bleiben können, wenn ihn seine Vorgesetzten nicht gedeckt hätten. Er konnte aber seine ganz dem Schutze der sachlichen Forschung dienende Politik im Ministerium fortsetzen, bis er in den Krieg zog, aus dem er nicht mehr zurückkehren sollte. Die Auswirkungen seiner Tätigkeit nach 1937 sind nur noch indirekt am Verlauf der Verhandlungen mit Rosenberg erkennbar, an denen das Referat Buttler nicht federführend, sondern nur beratend beteiligt war. Der private Briefwechsel, den der Gelehrte in politischen Angelegenheiten geführt hatte, scheint vom März 1937 an eingestellt worden zu sein; der Nachlaß enthält für die folgende Zeit nur noch wenige Schriftstücke einschlägiger Art.

Buttler hat es nach vielen Erfolgen, die er für seine Wissenschaft erringen konnte, kurz vor seinem Tod im Mai 1940 noch erleben müssen, daß seine Bemühungen gegen die Gewalt des Regimes, über dessen wahre Natur er sich getäuscht hatte, auf die Dauer nichts auszurichten vermochten. Himmler hatte im Sommer 1938 vom Reichserziehungsministerium verlangt, daß es Gero von Merhart, den Lehrer Buttlers, sofort beurlaube. Das Ministerium hatte nachgegeben und dem Verlangen entsprochen. Dem Gelehrten wurden „katholische" Bindungen vorgeworfen; die Agitation des Amtes Rosenberg trug ihre Früchte. Buttler bemühte sich zwei Jahre lang, die Dinge zu wenden, wurde persönlich bei Himmler vorstellig und versuchte, noch eine Zwischenlösung herbeizuführen, um es Merhart zu ermöglichen, für die Dauer des Krieges in der Schweiz zu arbeiten. Anfänglich stellte auch Sievers die Vermittlung des *Ahnenerbes* in Aussicht; zu Anfang des Jahres 1940 war es aber so gut wie sicher, daß der Beurlaubung die Zwangspensionierung folgen werde[221]. Merhart trug schwer an der Behandlung, die er erfuhr. „Ich kann nicht anders sagen, Buttler", so schrieb er in einem der Briefe, die der Jüngere noch vor seinem Tode erhielt, „man geht mit mir einfach unerträglich um. Man hat meinen Lebensweg zerstört, man hat mich erledigt in nicht mehr gutzumachender Weise, da meine Spannkraft endlich doch den entscheidenden Knacks bekommen hat ... Kein Mensch wird mir das Gefühl nehmen können, daß ich fahrlässig und verantwortungslos angeklagt, ohne Vernehmen verurteilt und als ehrlicher pflichtbewußter Staatsdiener vernichtet worden bin ..."[222]

Die Zeilen seines Lehrers mögen Buttler gezeigt haben, daß seine politische Tätigkeit gerade dort gescheitert war, wo sie ein persönliches Anliegen berührte und wo auch seine folgenreichsten Unternehmungen gegen den Fanatismus einer radikalen

Parteidienststelle ihren Ausgangspunkt genommen hatten. Da die Ergebnisse seiner Arbeit aber die Grenzen des persönlichen Bereichs weit überschritten haben, hat sich Buttler bedeutende Verdienste um den Schutz seiner Wissenschaft vor der Zerstörung durch Ideologen und politische Opportunisten erworben. Er sorgte dafür, daß dem Amte Rosenberg die Unterstützung führender Prähistoriker endgültig verlorenging. Er trug dazu bei, falsche Frontbildungen aufzulösen und hatte wesentlichen Anteil an einer Verständigung zwischen einander entfremdeten Forschergruppen. Wenn das mit seiner Hilfe angebahnte Bündnis während der nationalsozialistischen Zeit auch nicht mehr auf eine Bewährungsprobe gestellt worden ist, weil es zu dem in Leipzig geplanten Reichsinstitut nicht kam, so waren die geführten Gespräche und die Ausgleichsbemühungen, die Buttler ihnen folgen ließ, doch ein Schritt in eine Zukunft, in der es möglich werden sollte, die Konflikte zu überwinden, die die ersten Jahrzehnte der Entwicklung einer jungen Wissenschaft bestimmt hatten.

7. Das Bündnis zwischen Reichserziehungsministerium und „Ahnenerbe" und die Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Volkskunde (1937–1939)

Die Verhandlungen über den Plan eines Reichsinstituts für deutsche Vorgeschichte, die das Reichserziehungsministerium und die Dienststelle Rosenberg nach den Krisen des Frühjahrs 1937 wieder aufnahmen, wurden indirekt dadurch beeinflußt, daß sich zwischen dem Ministerium und dem *Ahnenerbe* seit 1937 eine engere Verbindung entwickelte, die in vielen Fällen wie ein festes Bündnis wirkte. Das *Ahnenerbe* wurde in dieser Zeit zu einer großen Organisation ausgebaut, in der Wissenschaft und Scheinwissenschaft eng nebeneinander existierten, in welcher aber auf dem Gebiet der Vorgeschichtsforschung einige Möglichkeiten zu sachlicher Arbeit bestanden. Der Zufall der politischen Entwicklung brachte es mit sich, daß bei der Festigung der Verbindungen zwischen dem SS-Verein und dem Ministerium etwa von 1938 an auch bestimmte Vorgänge auf dem Gebiet der volkskundlichen Forschung, auf die das Amt Rosenberg ebenfalls Einfluß auszuüben versuchte, Bedeutung erhielten.

Der Reichsführer SS zeigte gegenüber dem Reichserziehungsministerium ein durchaus unterschiedliches Verhalten. Im allgemeinen bevorzugte er eine vorsichtige Taktik, um Wünsche im Bereich der Kulturpolitik, in dem er keinerlei legale Kompetenzen besaß, durchzusetzen. Er bemühte sich vor allem, SS-Angehörigen führende Stellen im Ministerium zu verschaffen, war aber geschickt genug, den Anschein zu vermeiden, als erteile er bestimmte Auflagen oder erwarte eine bestimmte Politik. Zuweilen gewährte er dem Ministerium Unterstützung, hielt sich aber auch wieder zurück, wenn es sich um Konflikte wie im Falle Rosenberg handelte. Buttler hatte deshalb vergeblich gehofft, Langsdorff werde beim Reichsführer SS etwas zugunsten des in Leipzig besprochenen Institutsplanes erreichen können. Berüchtigt waren aber auch die brutalen Einmischungen, wie Himmler sie sich in der Angelegenheit Merharts erlaubte. Sie waren auch schon vorher vorgekommen. Ein solches Ereignis stand durch Zufall am Beginn der Entwicklung engerer Beziehungen zwischen *Ahnenerbe* und Ministerium: es handelt sich um den Sturz eines der Referenten für die geistes-

wissenschaftlichen Disziplinen in der Hochschulabteilung des Ministeriums, des Professors Wilhelm Engel.

Reinhard Höhn, der kulturpolitische Sachbearbeiter des SD, bestellte Engel am 8. März 1937 zu sich und machte ihm heftige Vorwürfe. Engel sei „seinerzeit als Vertrauensmann des Sicherheitsdienstes in das Reichserziehungsministerium berufen" worden, habe jedoch „in dieser Eigenschaft vollkommen versagt" und sich als „untreu erwiesen"[223]. Dieser Vorwurf galt nicht nur der Tatsache, daß Engel nur nachlässig an den SD berichtet hatte, sondern auch dem Umstand, daß er kommissarisch den Posten des Direktors der Monumenta Germaniae Historica übernommen hatte, wobei er der Kandidat Walter Franks war und dem Kandidaten Himmlers, dem Rechtshistoriker Karl August Eckhardt, Konkurrenz gemacht hatte. Das Verhör, dem Engel unterzogen worden war, veranlaßte Rust, den Referenten auf eine Professur nach Würzburg zu versetzen. Aber das bedeutete nicht, daß der Erfolg Himmlers vollkommen gewesen wäre: Es gelang Walter Frank, Denunziationsmaterial gegen Eckhardt und Höhn vor die Augen Hitlers zu bringen. Dadurch verlor Höhn seine hohe SS-Stellung und Eckhardt alle Aussicht auf den Monumenta-Posten[224].

Der groteske Vorfall, bei welchem eine Einzelpersönlichkeit den Reichsführer SS in einem Machtkampfe zu besiegen vermochte, mag Himmler gezeigt haben, daß seine usurpierten Ansprüche im Bereich der Kulturpolitik noch nicht als gesichert gelten konnten. Es erwies sich als unzweckmäßig, in solchen Fällen mit polizeistaatlichen Methoden vorzugehen. Gegenüber dem Nachfolger Engels, Professor Heinrich Harmjanz, verhielt sich die SS daher auch vorsichtiger. Harmjanz, der seine Stelle am 6. April 1937 antrat und später als Leiter der wichtigsten geisteswissenschaftlichen Referate bis zum Ministerialdirektor, Chef des Ministeramtes und Persönlichen Referenten Rusts aufstieg, wurde zwar vom Königsberger SD günstig beurteilt und galt als Parteimitglied von 1930 und vorübergehendes Mitglied der SS als politisch unbedenklich[225], erwies sich aber zunächst sogar als Gegner der SS-Wissenschaftsinteressen. Himmler erfuhr davon durch eine Indiskretion, als ihm der neue *Ahnenerbe*-Präsident Wüst am 27. Mai 1937 die folgende „Wichtige Meldung über den Referenten ... Harmjanz" zusandte: „Kürzlich ist der Obengenannte in München gewesen ... Er besucht bei dieser Gelegenheit auch Professor Otto Mausser, seinen alten Lehrer ... Harmjanz kam dabei auch auf das ‚Ahnenerbe' zu sprechen und äußerte sich in sehr abfälliger Weise darüber, da für ihn augenblicklich das ‚Ahnenerbe' und die Person Herman Wirths ein und dasselbe darstellen. Harmjanz will, wie er sich Professor Mausser gegenüber wortwörtlich äußerte und wie dieser seinerseits bezeugt, ‚demnächst gegen das Ahnenerbe entscheidend vorgehen' ... Harmjanz bemerkt auch noch, ... daß es seine besondere Aufgabe sei, mit allen Einflüssen aufzuräumen, die in steigendem Maße auf die Entscheidungen des Reichswissenschaftsministeriums einzuwirken versuchten. Heute kümmere sich ja bereits die letzte Feuerwehr um Dinge, die eigentlich nur das Reichswissenschaftsministerium angingen ... Meines Erachtens ist eine nachdrückliche, aber nichtsdestoweniger behutsame Erledigung baldigst geboten ..."[226]

Die von Wüst empfohlene Taktik dürfte Himmlers eigenen Absichten in der damaligen Lage durchaus entsprochen haben[227]. Er unternahm jedenfalls zunächst nichts gegen Harmjanz, dessen Temperament ihm auch wieder imponiert haben könnte. Zunächst überließ er es dem *Ahnenerbe*-Geschäftsführer Sievers, sich im Reichs-

erziehungsministerium über den Referenten zu beschweren und gleichzeitig mitzuteilen, daß der SS-Verein sich unter seinem neuen Präsidenten zu einer wissenschaftlich ernstzunehmenden Einrichtung entwickeln werde. Am 29. Juni 1937 wurde Sievers von Ministerialrat Holfelder[228], dem damaligen Persönlichen Referenten Rusts, zu einem Gespräch empfangen, das zugleich „eine der ersten wichtigen Unterredungen"[229] zwischen einem Vertreter des *Ahnenerbes* und des Reichserziehungsministeriums war und damit am Anfang der Entwicklung stand, die allmählich zu gefestigteren Beziehungen zwischen den beiden Institutionen führte. In Sievers begegnete Holfelder ein mit gespielter Sicherheit auftretender SS-Funktionär, der es sich in früheren Jahren nicht hatte träumen lassen, daß er eines Tages über Fragen der Wissenschaftspolitik verhandeln werde. Der Bericht, den er über die Unterredung verfaßte und, mit dem Stempel „Geheim" versehen, zu den Akten gab, verrät in der Wahl der Worte und Begriffe, welche Mühe er aufwandte, um seiner Aufgabe gerecht zu werden:

„Ich umriß kurz den augenblicklichen Stand der Arbeiten im Ahnenerbe und erklärte Professor Holfelder, daß die Linie der wissenschaftlichen Ausrichtung unserer Arbeit gesichert sei. Insbesondere sei für diese Entwicklung die Präsidentschaft von Professor Wüst verantwortlich ... Ich sprach mein Bedauern aus, daß gerade jetzt bei diesem Stand der Dinge seitens des Dr. Harmjanz gegen das Ahnenerbe geschossen würde, beziehungsweise, daß von ihm jetzt die Ura-Linda-Chronik wieder ausgegraben würde. Näheres würde sicher der Reichsführer SS mit Holfelder noch besprechen ... Ich erwähnte, daß in nächster Zeit Anträge des Reichsführers SS an Minister Rust gehen würden hinsichtlich Durchführung von Sonnenbeobachtungen ..., die der Nachprüfung und dem Ausbau der Welteislehre dienen sollen. Auf mein Befragen teilte mir Professor Holfelder mit, daß zur Zeit sicher die Meinung der fachwissenschaftlichen Gegner der W[elt]-E[is]-Lehre, auf die sich als Referenten der Amtschef ... Wacker stütze, gälte ..."[230] Sievers' Bericht zeigt deutlich, wie zurückhaltend sich das Ministerium noch gegenüber dem *Ahnenerbe* verhielt. Mit phantastischen Projekten wie den Sonnenbeobachtungen zur „Welteislehre", einer berüchtigten scheinwissenschaftlichen Angelegenheit[231], der das *Ahnenerbe* seine Aufmerksamkeit widmete, wollte die Behörde offensichtlich nichts zu tun haben. Aber sie wollte sich den SS-Verein auch keineswegs verärgern. Manchen Wünschen gab Holfelder eine unverbindliche Zustimmung, andere wurden, obwohl direkt im Namen Himmlers vorgetragen, mit Bedauern abgelehnt, das Verlangen nach der Berufung des Volkskundlers Otto Höfler von Kiel nach München mit Ausflüchten beantwortet, später aber doch erfüllt[232].

Der Unterredung zwischen Holfelder und Sievers folgte ein halbes Jahr später ein Gespräch, das die Entwicklung wesentlich weiter vorantrieb. Es wurde während des Antrittsbesuches geführt, den Wüst am 3. Dezember 1937 bei Professor Rudolf Mentzel, dem derzeitigen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und späteren Chef des Amtes Wissenschaft (W) im Reichserziehungsministerium abstattete. Mentzel gehörte zu den Beamten, die sich der SS schon früher genähert und sich den SD schon im Jahre 1935 „insbesondere hinsichtlich der Finanzierung durch das Ministerium zu Dank verpflichtet"[233] hatten. Das bedeutete nicht automatisch, daß Mentzel auch das wissenschaftlich umstrittene und machtpolitisch bis 1937 noch nicht allzu ernst zu nehmende *Ahnenerbe* von jeher unterstützt hätte. Die Unterredung beim Antrittsbesuch Wüsts bezeichnete nun einen Wendepunkt. Wieder gibt

es über das Gespräch nur einen Bericht von Sievers, aus welchem trotz der darin verwendeten Ausdrucksweise der Gesprächsverlauf und die Motive beider Seiten gut erkennbar sind:

„SS-Sturmbannführer Wüst entwickelte dann die bisherigen Arbeiten des ‚Ahnenerbes' im einzelnen und wies nach, daß die Aufgaben des ‚Ahnenerbes' keine begrenzten, sondern sich stets fortentwickelnde sind. Damit wurde die bisher in der Forschungsgemeinschaft herrschende Annahme, es würde sich bei einer Unterstützung der Forschungsarbeiten im ‚Ahnenerbe' um eine zeitlich begrenzte Aufgabe handeln, aufgehoben. Die Ausführungen von SS-Sturmbannführer Wüst erwärmten den Präsidenten der Forschungsgemeinschaft ... sichtlich. Schon nach kurzer Dauer hatte sich ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens entwickelt, welches sich bis zum Ende der Besprechung noch steigerte." Wüst soll die „Grundsätze" des *Ahnenerbes* in folgender Weise dargelegt haben: „Exakte wissenschaftliche Leistung ohne dogmenhafte Enge, kameradschaftliches Zusammenwirken in wissenschaftlicher Gemeinschaftsarbeit, Ausrichtung auf nur sachliche Erfolge unter Ausschaltung persönlicher Sonderinteressen, Höchstleistung auch auf neuen Wegen trotz sparsamster Haushaltung."

Wüst mag sich vielleicht noch deutlicher ausgedrückt haben, als es Sievers schriftlich wiederzugeben wagte. Mentzel verstand Wüst sofort. Offenbar richteten sich dessen Worte gegen Dienststellen, denen „dogmenhafte Enge", das Fehlen der Bereitschaft zum „kameradschaftlichen Zusammenwirken" mit dem Ministerium und jene nicht unbedingt „sparsamste Haushaltung" eigen war, die der mit Hilfe Mentzels gestürzte Wildhagen dem Amte Rosenberg noch im Vorjahre erlaubt hatte. Deshalb antwortete Mentzel, „es sei ihm lieb ..., auch seine Bedenken und Sorgen darzulegen und um unsern Rat zu bitten. Sehr bedenklich stimme ihn die Zusammensetzung der Mitarbeiter im Amte Rosenberg, und es bedrücke ihn die Verantwortung, die er für die dorthin gegebenen Mittel ... übernehmen müsse ... So stünden z. B. auch die Forschungsergebnisse der ‚Arbeitsgemeinschaft für Volkskunde' [beim *Beauftragten des Führers*] durchaus nicht im Verhältnis zum Aufwand dieser Einrichtung ... Darüber hinaus erbat Präsident Mentzel Rat und Mitwirkung des ‚Ahnenerbes' ... auf geisteswissenschaftlichem Gebiet, da häufig Spezialfragen ... zu entscheiden seien."[234] Schließlich zeigte sich Mentzel noch besonders befriedigt darüber, daß die Forschungsgemeinschaft keine Beihilfen mehr für den „Sinnbildforscher" Karl Theodor Weigel zu zahlen brauchte, die diesem für seine umstrittenen Projekte gewährt worden waren[235]. Wüst entlastete Mentzel also von der Verantwortung für einige scheinwissenschaftliche Unternehmungen, deren Fortsetzung Himmler auch weiterhin wünschte. Er versprach ferner für die Politik des Ministeriums die Unterstützung des *Ahnenerbes* für den Fall, daß man auch den Wünschen des SS-Vereins in den Fragen der Lehrstuhlbesetzungen und der Finanzen entgegenkomme. Ein förmliches Übereinkommen wurde nicht geschlossen. Es festigten sich vielmehr jene persönlichen Beziehungen, die im *Führer-Staat* oft große Bedeutung erlangten. Es sollte sich zeigen, daß auf diese Weise auch Hochschullehrer geschützt werden konnten, die Rosenberg oder anderen Parteiführern „untragbar" erschienen. Drei Tage nach der Unterredung, am 6. Dezember 1937, erhielt das *Ahnenerbe* von Mentzel die Zusicherung, daß es „noch in diesem Jahre einen Betrag von RM 30 000.—" von der Forschungsgemeinschaft bekommen werde. Vier Monate später, am 19. April 1938, meldete Wüst an Himmler, daß sich auch zu Harmjanz „ein

ständig erfreulicher werdendes Arbeitsverhältnis" habe herstellen lassen, nachdem der Referent „in Durchführung des von Reichsführer gegebenen Befehls bei mehreren passenden Gelegenheiten über die tatsächlichen Verhältnisse im ‚Ahnenerbe' aufgeklärt worden" sei. „Unter diesen Umständen" glaubte Wüst „mitteilen zu sollen, daß die wesentlichen Voraussetzungen" für seinen „Geheimbericht vom 24. Mai 1937 entfallen" seien[236].

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen *Ahnenerbe* und Reichserziehungsministerium wurde vom Frühjahr 1938 an auch durch Auseinandersetzungen um den politischen Einfluß auf die volkskundliche Forschung bestimmt, zu denen sich die Behörde Rusts durch die Dienststelle Rosenberg genötigt sah. Die Konflikte drängten das Ministerium noch stärker auf die Seite des *Ahnenerbes*. Volkskundliche Fragen wurden im Amt des *Beauftragten des Führers* von der Abteilung *Weltanschauliche Information* unter Leitung von Dr. Matthes Ziegler bearbeitet; die Tätigkeit war als „positive" Ergänzung zum nur „negativen" Kirchenkampf gedacht. Mit Hilfe von *Volkskunde und Feiergestaltung* – so hieß die entsprechende Unterabteilung im Büro Dr. Zieglers – hoffte man zur Schaffung eines „Brauchtums"-Kultes beitragen zu können, der zunächst den Einfluß der christlichen Konfessionen zurückdrängen sollte, den „zu echten Religionsformen zu steigern" laut Rosenbergscher „Mythus"-Prophezeiung allerdings erst einem „späteren Genius" vorbehalten sein sollte[237]. Die überwiegende Mehrzahl der Hochschullehrer hielt sich solchen Zielsetzungen aus begreiflichen Gründen fern. Als Hauptfeind unter den Professoren galt dem Amte Rosenberg der Volkskundler Heinrich Harmjanz, der im Ministerium eine für die Lehrstuhlbesetzung entscheidende Position einnahm.

Die Auseinandersetzungen begannen im Mai 1938, als die Dienststelle im Namen einer von ihr begründeten *Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde* einen als „parteiamtlich" bezeichneten „Leitfaden" mit dem Titel „Deutsche Volkskunde im Schrifttum" herausgab. Die Broschüre war für die „weltanschauliche Schulungsarbeit" bestimmt. Es handelte sich jedoch nicht um eine Publikation „nur für den Dienstgebrauch", sondern um eine in jeder Buchhandlung käufliche Veröffentlichung. Die ungenannten Verfasser des Werkes waren unter anderem Dr. Matthes Ziegler, sein Vertreter Dr. Hans Strobel und der Dozent Dr. Karl Kaiser, der sich durch seine Fachgenossen, durch die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald und durch das Reichserziehungsministerium am beruflichen Aufstieg behindert sah[237a]. In der Broschüre wurden eine große Anzahl volkskundlicher Standardwerke und auch zahlreiche Spezial-Monographien mit einem „parteiamtlichen" Tadel von solcher Schärfe belegt, daß die kritisierten Autoren, in den meisten Fällen amtierende Hochschullehrer, Ursache hatten, für ihre künftige berufliche Laufbahn und persönliche Sicherheit zu fürchten. Die Absicht des Amtes Rosenberg war politischer Art, die angewandte Methode aber in vielen Fällen die der rein persönlichen Verleumdung. Die betroffenen Gelehrten sahen sich vor aller Öffentlichkeit herabgewürdigt; der Schaden, den das Werk im Ausland anrichten mußte, war noch gar nicht zu übersehen. Politische Urteile überwogen freilich, aber das konnte die Wirkung, die die Publikation haben sollte, nur erhöhen. Dazu einige Beispiele: Dem Dozenten Richard Beitl wurde vorgeworfen, daß seine Schriften „in wesentlichen Teilen nur aus zusammengezogenen, teilweise verfälschten Teilen der Werke fremder, nicht genannter Forscher" bestünden. Die, wie es hieß, nur „scheinbar objektive Übersicht" des Volkskundlers Adolf Bach, eines der ersten Vertreter des Faches in

Deutschland, ließ nach dem Urteil des Amtes Rosenberg „keine Gelegenheit außer acht, um der römischen Kirche, natürlich stets auf Kosten der germanischen Überlieferungswelt, eine betonte Bedeutung beizumessen". Die „universale Volkslehre" Max Hildebert Boehms wurde als „Herrenclubideologie" bezeichnet, der Leipziger Ordinarius Adolf Helbok unter „die letzten und größten Sünder" am deutschen „Volkstum" gerechnet. Heinrich Harmjanz erhielt zunächst einen lobenden Vermerk, weil das Amt Rosenberg festgestellt zu haben glaubte, daß er in seiner Habilitationsschrift eine „vernichtende Auseinandersetzung mit der liberalen Volkskunde" vorgenommen habe. Danach aber hieß es, er vertrete die vom Nationalsozialismus abzulehnenden „Umweltthesen" und lasse „die durch die rassische Betrachtungsweise herbeigeführte neue Epoche der deutschen Volkskunde gänzlich außer acht"[238]. So waren in dem Leitfaden die „fachlichen" Aburteilungen unverschleiert ideologisch begründet. Was die persönliche politische Einstellung der Gelehrten anging, so traf das Verdikt des Amtes Rosenberg in gleicher Weise „Nationalsozialisten", Indifferente und „Feinde" des Regimes. Zur letztgenannten Gruppe wurden in dem Leitfaden die katholischen Fachvertreter gerechnet. Adolf Helbok, um nur ein Beispiel zu nennen, war ein nationalsozialistischer Emigrant aus der Republik Österreich. Der *Beauftragte des Führers* vereinigte also wieder einmal alle nur denkbaren Gegner in einer Front gegen sich. Daß er sich selber auf diese Weise zur Erfolglosigkeit verurteilte, war von den einzelnen Wissenschaftlern aus nicht zu übersehen und im voraus zu beurteilen. Jedermann wußte, daß eine öffentliche Gegenwehr nicht möglich war. Da Privatbriefe aus dem Kreis der Betroffenen in diesem Falle nicht vorliegen, kann nur vermutet werden, welche Wirkungen der „Leitfaden" ausgelöst haben mag. Die Folgen sind vorerst nur an Hand eines einzigen, wenngleich wohl symptomatischen Beispiels zu ermessen: an der Reaktion von Harmjanz.

Harmjanz trat im Herbst 1938 dem *Ahnenerbe* bei[239], aber schon vorher ersuchte er um Wiederaufnahme in die SS. Die Motive für diesen Schritt ließ er in einem Schreiben, in dem er sich am 16. Juni für die Genehmigung seines Antrages bei Himmler bedankte, erkennen: „Als Angehöriger der SS bitte ich Sie, Reichsführer, mir den Schutz der SS angedeihen zu lassen. Seit Monaten bin ich den schwersten Anfeindungen in Wort und Schrift durch Dr. M. Ziegler oder einen seiner Beauftragten ausgesetzt. Zu mehreren Malen ist Ziegler von der Haltlosigkeit und dem Gegenteil seiner Behauptungen dienstlich seitens des Reichserziehungsministeriums unterrichtet worden, ebenfalls hat SS-Oberführer Minister Dr. Wacker im gleichen Sinn mit dem Stabsleiter Urban vom Stabe Rosenberg gesprochen bzw. diesem geschrieben ..."[240] Die Anschuldigungen, die in dem „Leitfaden" erhoben worden waren, stellten nicht den einzigen Anlaß für Harmjanz' Bitte um politischen Schutz dar, denn der Angriff war inzwischen in Rosenbergs „Nationalsozialistischen Monatsheften" in noch schärferer Form wiederholt worden[241].

Himmler kam dem Ersuchen des neu aufgenommenen SS-Obersturmführers nach. „Im Auftrage des Reichsführers SS wird bei dem Leiter des Amtes Wissenschaft des Reichserziehungsministeriums, Dr. Wacker, ... ein SS-Führer vorstellig mit dem Ersuchen, zur Kenntnis zu nehmen, daß gegen Professor Harmjanz keine Bedenken vorlägen."[242] So hieß es in einer Beschwerde, die Rosenberg später einmal an Heß richtete, als er diesem ohne jeden Erfolg einen ganzen Katalog von Klagen über das Verhalten Himmlers vorlegte. Die Erregung des Parteitheoretikers war begreiflich, denn das Ministerium konnte sich bei weiteren Beschwerden auf das Urteil des

mächtigsten Gliederungsführers der Partei berufen. Wacker war ohnedies nicht gewillt, etwas gegen seinen Untergebenen zu unternehmen; er hielt „die fortgesetzten und ungerechtfertigten Angriffe gegen Professor Harmjanz", die inzwischen auch in einer Reihe von Beschwerdeschreiben des Amtes Rosenberg vorgetragen worden waren, „auf die Dauer für unerträglich"[243]. Das Wohlwollen seiner Vorgesetzten und eine Befürwortung Himmlers hätten Harmjanz freilich nicht vor weiteren öffentlichen Anschuldigungen bewahren können, wenn der Reichsführer nicht noch einen Schritt weitergegangen und im Amte Rosenberg selbst dafür gesorgt hätte, daß die Kampagne eingestellt wurde. Er erklärte Ziegler und seinem Vertreter Dr. Hans Strobel, „daß er die Art des Schrifttumsführers in einigen Punkten etwas scharf fände, und die Gefahr eines Dogmatismus bestünde. So hätte man z. B. im Fall Harmjanz die Abfassung ruhig etwas gemäßigter bringen können"[244]. Das Gespräch wurde anläßlich eines „zufälligen Zusammentreffens" Zieglers und Strobels mit Himmler geführt; Himmler soll sich auch „in einem herzlich gehaltenen Ton" geäußert haben, aber seine Bemerkungen scheinen ihren Zweck nicht verfehlt zu haben, denn die Angriffe auf Harmjanz wurden zumindest öffentlich nicht mehr wiederholt. Daß es dem Amte Rosenberg fünf Jahre später doch gelang, den Beamten mit Hilfe eines Plagiatsvorwurfes zu stürzen, hat freilich auch die SS nicht verhindern können[245].

Die Wirkung, die Himmler mit seinem Tadel bei Ziegler und Strobel erreichte, beruhte auch darauf, daß die beiden Funktionäre zu den wenigen SS-Angehörigen der Dienststelle Rosenberg gehörten[246]. Der Vorgang war für die Politik des Reichsführers charakteristisch: mit Hilfe der in allen Ämtern und Dienststellen tätigen SS-Mitglieder gelang es Himmler in zahlreichen Fällen, die gesetzlich festgelegten oder zumindest offiziell gültigen Zuständigkeiten zu durchbrechen[247]. Das war auch geschehen, als der Reichsführer im Falle Harmjanz' der Bitte eines Beamten um politischen Schutz nachgekommen war. Daß er in diesem Falle im Einverständnis mit dem zuständigen Minister gehandelt haben dürfte, änderte an der Sache nichts. Der Minister war zum Schutze des Untergebenen berechtigt und verpflichtet, er konnte diese Befugnis nach der noch immer gültigen Disziplinarordnung nicht delegieren. Daß er es stillschweigend tat oder tun mußte und die ihm unterstellten Beamten bereits von der Voraussetzung ausgingen, ihr Dienstherr wäre gar nicht mehr in der Lage, von seinen Befugnissen in wirksamer Weise Gebrauch zu machen, kennzeichnet nicht nur die – weitgehend persönlich bedingte – politisch schwache Stellung Rusts, sondern auch die allgemeine Rechtlosigkeit, die sich innerhalb des Regimes in allen Bereichen ausbreitete. Die Durchbrechung aller geordneten Zuständigkeiten, die partielle Aufhebung der Unterstellungsverhältnisse, die Entstehung neuer Systeme der Abhängigkeit zahlreicher Beamten und Funktionäre von dem derzeit mächtigsten Führer eines Teilverbandes der Partei, dieses chaotische Wuchern usurpierter Machtbefugnisse mußte die Rechtsunsicherheit noch weiter erhöhen.

Dieser Tatbestand kann auch nicht dadurch eine prinzipiell andere Beurteilung erfahren, daß das Ämter-Chaos und die voneinander abweichenden Ansichten der verschiedenen Parteiführer und Minister ausgenützt werden konnten, um in einzelnen Bereichen die oder jene Milderung zu erreichen. Bestrebungen solcher Art bestimmten freilich das innenpolitische Bild des *Führer-Staates* mit und sind im folgenden noch etwas näher zu beschreiben. Harmjanz und anderen Beamten des Ministeriums gelang es unter Benutzung des SS-„Schutzes", Volkskunde-Forscher

vor der Verfolgung zu bewahren und wissenschaftliche Gesellschaften weiterarbeiten zu lassen. Himmler blieb dies nicht verborgen, es änderte aber vorerst nichts an seinem Verhalten. Strobel nannte in dem Gespräch mit ihm die Namen Albrecht Jobsts und Martin Stammers, zweier Vertreter der „christlichen Volkskunde", und erwähnte dabei, daß die beiden Wissenschaftler noch immer nicht daran gehindert würden, ihren Lehraufträgen an den Universitäten Hamburg und Rostock nachzukommen. In der Aufzeichnung, die Strobel nach der Unterredung anfertigte, hieß es zu diesem Punkt: „Der Reichsführer gab unumwunden zu, welche Schwierigkeiten von Seiten des Reichserziehungsministeriums der Durchsetzung unserer Ideen gemacht würden und erklärte auch, daß Harmjanz und Wacker sich nicht im wünschenswerten Maße durchsetzen könnten ..." Der Führer würde aber „Rust nicht fallen lassen. ... Man müsse daher den Weg der Kleinarbeit versuchen, in einer engen Zusammenarbeit mit den Kameraden der SS, die im Reichserziehungsministerium arbeiten, dennoch zum Ziel zu kommen". Himmler empfahl den Mitarbeitern Rosenbergs, sich fortlaufend mit Harmjanz und Wüst zu verständigen. Er selber „dächte gar nicht daran, sich in einen Gegensatz zu Reichsleiter Rosenberg bringen zu lassen"[248].

Die Äußerungen enthielten sowohl Hinweise auf die Politik Himmlers als auch auf das Verhalten der Ministerialbeamten. Die erwähnten Volkskundler, deren Verbleiben im Amt Himmler mit dem angeblich fehlenden Durchsetzungsvermögen Wakkers und Harmjanz' entschuldigen wollte, verloren auch später ihre Stellungen nicht, als Harmjanz schon Ministerialdirektor geworden war. Wie Himmler die Tätigkeit der „christlichen" Volkskundler wirklich beurteilte, ist schwer zu sagen. Der freundliche Ton des Gespräches, das in privatem Rahmen „in Gmund am Traunsee" stattfand, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Himmler Rosenberg zur gleichen Zeit ständig hinterging, indem er dem *Ahnenerbe* immer ausgedehntere Tätigkeiten zuwies.

Mit Hilfe des *Ahnenerbes* konnten noch weitere Volkskundler auf ihren Posten gehalten werden, so etwa Richard Beitl und Hans Naumann, der persönlich allerdings stark „rechts" stand, ohne je nationalsozialistische Methoden auf Wissenschaft und Amtsführung übergreifen zu lassen[249]. Wenn Himmler eine Abberufung verlangte, wie im Falle Merharts, dann kam das sonst stellenweise mäßigende Reichserziehungsministerum dem, wenn auch nicht gerade willfährig, ebenfalls nach. Es verhielt sich unterschiedlich, paßte sich den jeweils wechselnden und oft kaum zu durchschauenden politischen Bedingungen an, scheint aber doch vielfach versucht zu haben, einer Radikalisierung Einhalt zu gebieten. Es konnte mit Hilfe des *Ahnenerbes* auch den *Verband der Vereine für Volkskunde* vor der Auflösung bewahren, eine Organisation, die auch nach der Machtübernahme Hitlers ihr „internationales Niveau"[250] zu bewahren vermocht hatte.

Der Feind des Verbandes war wie gewöhnlich der *Beauftragte des Führers*. Die Auseinandersetzungen begannen, als Professor John Meier, der Vorsitzende der Vereinigung, im April 1938 eine Tagung einberief. Die Versammlung sollte auf Einladung der *Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde* am 18. und 19. September in Basel und am 20. des Monats in Freiburg im Breisgau zusammentreten. Das Reichserziehungsministerium hatte sein Einverständnis erteilt; John Meier versah die Einladungskarten mit einem entsprechenden Vermerk. Davon erfuhr Rosenberg. „Die Einladung der Schweizerischen Gesellschaft ...", so schrieb er am 18. Mai 1938

an Rust, biete „keinerlei Gewähr für eine verständnisvolle und würdevolle Behandlung der Aufgaben und Zielsetzungen einer nationalsozialistischen Volkskundewissenschaft ... Der Verband deutscher Vereine für Volkskunde" habe „als Hort der liberalen und konfessionellen Volkskundeforschung das Recht verwirkt – noch dazu unter staatlicher Schirmherrschaft – zu einem deutschen Volkskundetag aufzurufen." Das Ministerium scheint diesen Brief überhaupt nicht beantwortet zu haben. Nachdem auch ein zweites Schreiben unbeachtet geblieben war[251], griff die Dienststelle zu dem selten in Anspruch genommenen politischen Mittel, verhältnismäßig untergeordnete Funktionäre über den Konflikt zu unterrichten. Ein entsprechendes Rundschreiben erging an die Gauschulungsleiter. Das Ministerium wurde darin zwar nicht ausdrücklich genannt, aber die bevorstehende Tagung und ihre Veranstalter wurden scharf getadelt, und viele Amtsleiter der Partei dürften gewußt haben, daß sich die Kritik nicht nur gegen die deutschen und schweizerischen Vereine richtete[252]. Als die Tagung dann immer noch nicht verboten wurde, unternahm es die Dienststelle, die Behörde Rusts in den „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage", die Amtsträgern bis zum Kreisleiter abwärts zugänglich waren, durch direkte Erwähnung bloßzustellen. „Nachdem sich der Reichserziehungsminister außerstande" gesehen habe, so hieß es in dem Text der „Mitteilungen", „das Einverständnis zur Abhaltung der Tagung ... zurückzunehmen", habe die Versammlung nun doch stattfinden können, und dies in einem „Rahmen", den man als „würdelos" bezeichnen müsse. Daran schloß sich folgender Bericht:

„Der Großteil der deutschen Teilnehmer der Tagung konnte sich [in der Schweiz] nicht genugtun, in persönlichen Gesprächen über die völlige Unsicherheit der Wissenschaft im Dritten Reich Klage zu führen. ‚Mit Rücksicht auf die schlechten Zeiten und die trübe Zukunft der nächsten Zeit' sah sich der Vorsitzende des Verbandes, Prof. John Meier, nicht in der Lage, über den Ort der nächsten Tagung eine Beschlußfassung herbeizuführen ... Es nimmt nach all dem kaum mehr wunder, daß der Vorsitzende ... erst auf dem letzten Ausflugstag ... in den Schwarzwald in Gegenwart nur mehr weniger Teilnehmer beim Kaffeetrinken ein Telegramm an den Führer verlas, das von den Anwesenden stumm und teilnahmslos zur Kenntnis genommen wurde."[253]

Nachdem die Tagung vorüber war, schrieb Rosenberg an Rust, er erwarte „als Leiter der *parteiamtlichen* Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde einen grundsätzlichen Kurswechsel dieses Verbandes ..., soweit seine Existenz zunächst überhaupt noch hingenommen werden" könne[254]. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß sich nun auch diese Organisation dem *Ahnenerbe* vorsichtig zu nähern begann. Am 4. November 1938 teilte der Wiener Dozent Richard Wolfram, der mit dem *Ahnenerbe* zusammenarbeitete, Sievers mit, er sei von John Meier gebeten worden, in den Beirat des Verbandes einzutreten. Sievers antwortete: „Ein Beitritt Ihrerseits ... ist ausgeschlossen. Ich bitte Sie, Professor John Meier mitzuteilen, daß Sie zu Ihrem Bedauern nicht in der Lage seien, seinem Ruf Folge zu leisten. Weiter nichts!"[255] Die Gründe für Sievers' ablehnende Haltung sind nicht mit Sicherheit zu erkennen. Wahrscheinlich sollte Rosenberg wiederum kein nachprüfbarer Grund für eine Beschwerde gegeben werden. Es ist jedoch auch möglich, daß Sievers die Führung des Verbandes deutscher Vereine für Volkskunde ebenfalls für „weltanschaulich unsicher" hielt. Der Fall scheint im Winter 1938/39 noch mehrfach diskutiert worden zu sein. Am 22. April 1939 reichte Sievers an Wüst einen –

nicht erhaltenen – „Vorgang John Meier" zurück „mit der Stellungnahme von Harmjanz, der die Kernpunkte" klar erkannt haben soll. Sievers meinte, das *Ahnenerbe* könne „hier genauso vorgehen, wie beim Biologenverband". Jedoch sei „das Eisen", das man dann anfasse, „sehr heiß". Der *Deutsche Biologenverband* war gerade in diesen Tagen unter die „Schirmherrschaft" Himmlers gestellt worden, wobei die Abneigung der Verbandsleitung gegen den Dilettantismus des *Rassenpolitischen Amtes* unter Leitung des Rosenberg-Freundes Dr. Walter Groß eine Rolle gespielt haben könnte[256]. Der Verband deutscher Vereine für Volkskunde wurde unter eine solche „Schirmherrschaft" dann schließlich nicht gestellt, weil Himmler auch diesmal noch davor zurückschreckte, Rosenberg offen herauszufordern. Wüst vermerkte auf Sievers' Mitteilung: „RFSS am 23. 4. 39: ‚Äußerste Vorsicht', wegen R." Und Sievers schrieb dazu, nachdem ihm das Schriftstück von Wüst zurückgegeben worden war: „Jetzt nichts tun." Später vermerkte er: „Durch mündliche Rücksprache am 12. 5. 1939 in München zwischen dem Kurator [Wüst] und John Meier vorläufig erledigt."[257] Was in dieser Unterredung vereinbart worden sein mag, kann nur vermutet werden. Es ist möglich, daß Wüst auf Grund der innerparteilichen Spannungen angedeutet hat, der Verband könne vorerst weiterarbeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Meier die Geschehnisse wie folgt dargestellt: „Die führenden Kreise der Partei haben ... den Verband seine Arbeiten ungestört und ungehemmt fortsetzen lassen, und er ist auch wohl die einzige größere Organisation gewesen, die an Haupt und Gliedern unangetastet gelassen ⟨worden⟩ ist und weder persönlich noch sachlich gleichgeschaltet wurde. Nur die kleinen Mitläufer und Nutznießer der Bewegung haben immer von neuem uns und unser Tun in der Öffentlichkeit verleumdet und uns mit Schmutz beworfen."[258] Unter den „führenden Kreisen der Partei" dürfte in diesem Falle die Leitung des *Ahnenerbe* zu verstehen sein. „An Haupt und Gliedern unangetastet" blieb der Verband freilich nur, weil er zum Gewinner in einem Interessenkampf zweier Parteistellen geworden war, die sich gegenseitig behinderten.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Vertretern der Wissenschaft und dem Ministerium auf der einen, dem *Ahnenerbe* auf der anderen Seite ist an Beispielen aus dem Gebiet der Vorgeschichtsforschung nicht in dem Maße im einzelnen zu verfolgen, wie an solchen aus dem Bereich der Volkskunde. Die Ergebnisse sind allerdings durchaus zu übersehen. Die Verbindungen wurden auch hier immer enger und das Amt Rosenberg geriet zunehmend in die Isolation. Der SS-Verein war im Mai 1939 in der Lage, in Kiel eine große Tagung über Fragen der Vorgeschichtsforschung zu veranstalten, und der gedruckte Text der dort gebotenen Referate, die sich in keiner Weise von solchen unterschieden, die auf wissenschaftlichen Kongressen herkömmlicher Art gehalten zu werden pflegen, bietet zugleich die Erklärung für die Anziehungskraft, die das *Ahnenerbe* auszuüben vermochte[259].

Von den ehemaligen Anhängern des Reichsbundes kamen 1937–1939 Tackenberg, Petersen und Richthofen zum *Ahnenerbe;* daneben vollzogen auch viele Forscher aus Westdeutschland, die von jeher beim Amt Rosenberg als „Römlinge" gegolten hatten, den gleichen Schritt[260]. Einen Sonderfall stellte Zotz dar: Trotz seines Bruches mit Reinerth schloß er sich nicht dem SS-Verein an. Das war wie bei den meisten seiner deutschen Kollegen nicht auf prinzipielle Feindschaft gegenüber dem Nationalsozialismus zurückzuführen. Einer – freilich einmaligen – Begegnung mit Himmler ist Zotz nämlich nicht ausgewichen und sie hat es ihm auch eingebracht, daß er

veranlaßt wurde, dem SS-Führer Forschungsmaterial zu „schenken", das er ihm bei der Unterredung gezeigt hatte. Nach seiner Berufung auf einen Berliner Posten 1937 in die Adjutantur Himmlers bestellt, lehnte er jedoch einen SS-Rang ab und zum *Ahnenerbe* lebte er fortan in gespanntem Verhältnis. Dem Nationalsozialismus hat er einige Zugeständnisse gemacht[260a], aber es bleibt festzuhalten, daß diese verbaler Art waren, während die Taten Zotz' von persönlichem Mut und sauberer Gesinnung zeugen: Nachdem er auf Grund von schon in die Benesch-Zeit zurückreichenden Verhandlungen 1939 als Ordinarius an die Prager Universität berufen worden war, sorgte er dafür, daß die tschechischen Kollegen, soweit sie nur irgend zu halten waren, weiterarbeiten konnten. Eine Artikelserie, in der er Forschungsergebnisse der diskriminierten Forscher veröffentlichte, versah er mit einer ausführlichen Würdigung, in der es hieß: „Deutsche und tschechische Forscher werden im böhmisch-mährischen Raum um so lieber zusammenarbeiten, als unsere Wissenschaft in eben diesem Raum die Überlieferung hervorragender Männer zu wahren hat, die teils Deutsche, teils Tschechen waren."[261] Mit der Begründung, Zotz habe jahrelang den tschechischen Prähistorikern einen erheblichen Einfluß in den Forschungsinstituten und Universitätseinrichtungen eingeräumt, zeigte ihn Sievers im Mai 1943 im Reichssicherheitshauptamt an. Die Einberufung zur Wehrmacht, die daraufhin erfolgte, war noch eine milde Maßregelung[262]. Das war zu einer Zeit, als der Terror des Regimes das *Ahnenerbe* in seinen geheimen „medizinischen" Abteilungen längst auf den Weg des Verbrechens mitgerissen hatte.

8. Die Beziehungen zwischen Rosenberg und Himmler während der zweiten Phase des Reichsinstitutsplanes (1937—1939)

Das Amt Rosenberg wurde vom Reichserziehungsministerium und von der Dienststelle des Stellvertreters des Führers trotz des wachsenden Einflusses des *Ahnenerbes* auch weiterhin berücksichtigt. Die Besprechungen über den Institutsplan wurden parallel zu der Entwicklung eines festeren Verhältnisses zwischen dem Ministerium und dem *Ahnenerbe* fortgesetzt. Das Verhalten der Gegner des Amtes zeigte, daß dieses auch innerhalb des Kreises der höheren Parteiführer und Minister keineswegs als so ohnmächtig angesehen wurde, wie es tatsächlich war. Und selbst wenn man allmählich dessen gewahr wurde, daß der Reichsleiter sich nicht durchzusetzen vermochte, so mußte der Einfluß, den er in einem unvorhersehbaren Moment vielleicht doch einmal ausüben konnte, als mögliche Gefahrenquelle mit berücksichtigt werden. Rosenberg wurde daher nie ganz übergangen; der Stellvertreter des Führers schickte ihm die einschlägigen Gesetz- und Satzungsentwürfe zu und Rosenbergs Beauftragte wurden im Ministerium zu Besprechungen empfangen. Daß es dagegen in den Jahren 1937—1939 zu einer wesentlichen Verschärfung in den Beziehungen zwischen Rosenberg und Himmler kam, war angesichts der Bündnisse, die das *Ahnenerbe* einging, so gut wie unvermeidbar.

„Die Befragung Prof. Reinerths über Aufbau, Organisation und Aufgabenstellung des Instituts" soll nach einem Bericht der Dienststelle Rosenberg „während der Sommermonate" des Jahres 1937 „mit der klaren Tendenz, Zeit zu gewinnen", vom Ministerium fortgesetzt worden sein[263]. Reinerth dürfte wie immer die vier Grundforderungen[264] vertreten haben; Einzelheiten über die Gespräche dieser Monate sind

nicht bekannt. In diese Zeit fielen Verhandlungen über ein „Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmale", für dessen Vorbereitung das Referat Buttlers zuständig war. Durch das Gesetz sollten überholte Bestimmungen insbesondere auch auf dem Gebiet der Bodendenkmalpflege neu gefaßt werden. Damit war eine der Grundforderungen des Reichsinstituts-Planes berührt. Reinerth und Rosenberg dürfte es nicht entgangen sein, daß Buttler mit der Vorlage des Gesetzentwurfes schon im voraus zu verhindern suchte, daß die von ihnen geforderte Anstalt Weisungsrechte gegenüber den Denkmalpflegeämtern und Museen erhielte. Die Kompetenzen dieser Behörden und die entsprechenden Befugnisse des Reichserziehungsministeriums sowie der Kultusministerien der Länder sollten nach dem Entwurf Buttlers erhalten bleiben; die Dienststelle kritisierte ferner, daß auch die Möglichkeit, später ein Reichsinstitut zu errichten, nicht mit in Betracht gezogen wurde. Reinerth ließ auf einer Sitzung am 15. Juni 1937 gegen den Entwurf protestieren, hatte aber keinen Erfolg, denn eine am 23. November 1937 übersandte neue Fassung trug den Forderungen der Dienststelle wiederum nicht Rechnung.

„Unter allen Umständen muß in das Gesetz das neu zu schaffende Reichsinstitut ... einbezogen werden", schrieb Urban an den Stellvertreter des Führers. „Eine Trennung der Denkmalpflege von der Forschungsarbeit des Reichsinstituts ist sachlich untragbar und würde notwendig zu einer neuen Zweifrontenstellung ... führen", hieß es weiter, wobei sich die Frage ergab, auf welche Weise die Römisch-Germanische Kommission und die deutschen Universitätsinstitute für Vor- und Frühgeschichte, die durchaus ohne denkmalpflegerische Befugnisse ausgekommen waren, jahrzehntelang überhaupt hatten arbeiten können. „Eine ausdrückliche Verankerung des allgemeinen Ausgrabungsrechtes des Reichsinstituts und des Beauftragten des Führers ...", erklärte Urban weiter, „ist für die Weiterarbeit der Partei auf dem Gebiete der Vorgeschichte und ihrer Schulungsarbeit unerläßlich."[265] Damit wurde die Forderung nach Kontrolle der Bodendenkmalpflege durch einen neuen Zusatz gesteigert. Das Amt Rosenberg wollte in Zukunft offensichtlich von jeder Aufsicht bei seinen Ausgrabungsunternehmungen frei sein. Es hatte aus seiner bisherigen Erfolglosigkeit nichts gelernt, und anstatt die Koalition seiner Gegner durch Konzessionen zu sprengen, befestigte es sie durch seine Unnachgiebigkeit nur immer von neuem. Die Verhandlungen über das Denkmalschutzgesetz mußten daher später unter ungünstigeren Bedingungen wieder aufgenommen werden; in der nächsten Zeit wurden zunächst wieder Besprechungen über den Reichsinstitutsplan geführt.

Im Herbst 1937 deutete Rust dem Amte Rosenberg noch einmal an, daß der Institutsplan unter anderem auch an der Person Reinerths scheitere. Am 15. September 1937 bat das Ministerium um Personalvorschläge und versuchte damit dem Reichsleiter „goldene Brücken" zu bauen. Rosenberg ließ noch am gleichen Tage versichern, er könne selbstverständlich „nur seinen ... Leiter der parteiamtlichen Hauptstelle für Vor- und Frühgeschichte ..." benennen[266]. Damit war nach dem Entwurf für das Denkmalpflegegesetz auch der zweite Versuch des Ministeriums gescheitert, auf Umwegen zu einer für die Mehrzahl der deutschen Prähistoriker annehmbaren Lösung zu gelangen. Nun ging die Behörde, vielleicht sicherer geworden durch das in der Mentzel-Wüst-Unterredung vom 3. Dezember 1937 angebahnte Bündnis mit dem *Ahnenerbe*, wieder direkt vor. Mit Datum vom 24. Dezember 1937 ließ sie Rosenberg und dem Stellvertreter des Führers den Entwurf einer Satzung für das Reichsinstitut zugehen. Es war der erste eigene Vorschlag, den das Ministe-

rium seit dem im Juni 1935 von Rosenberg abgelehnten Plan eines Kompromisses zwischen den Forderungen Wiegands und Reinerths schriftlich vorlegte. Der Plan entsprach in den Grundzügen der Leipziger Übereinkunft. Die RGK sollte in ein westdeutsches Teilinstitut innerhalb der vorgesehenen Reichsanstalt umgewandelt werden; von Weisungsrechten für Lehre, Forschung und Denkmalpflege war keine Rede[267]. Die Antworten, die der *Beauftragte des Führers* diesem Plan wie allen folgenden erteilte, unterschieden sich nicht wesentlich von den früheren. Sie sind indessen als Zeugnis für Rosenbergs ideologische Unduldsamkeit, groteske Sachunkenntnis und völlige Abhängigkeit von seinen Beratern bemerkenswert:
„Das Weiterbestehen der Römisch-Germanischen Kommission", so schrieb der Reichsleiter am 27. Januar 1938 an den Stellvertreter des Führers, verewige „die Zeit der römischen Besetzung deutschen Bodens". Das geplante westdeutsche Teilinstitut würde „vielen gegnerischen Forschern eine willkommene Gelegenheit bieten, die geistige Mainlinie neu zu errichten ...". Einer „Übernahme der Römisch-Germanischen Kommission" stehe „nichts im Wege", „jedoch unter völliger Neuorganisation und Zuweisung eines inhaltlichen, nicht räumlichen Teilarbeitsgebietes". Die Anstalt dürfe auch keineswegs eine „reine Forschungsstätte" sein, sondern müsse „allgemein beratende Eigenschaften haben". Dazu hieß es ergänzend: „Wenn auch niemals daran gedacht wurde, mit diesem Institut in die Verwaltung einzugreifen und beispielsweise die Belange der Denkmalpflege in ihren Rechten zu schmälern, so muß diese Beratung doch für *alle* Vorgeschichte pflegenden Organe *maßgebend* sein."[268] Es blieb unerklärt, wie Rosenberg sich die Verwirklichung einer nicht eingreifenden, aber doch maßgebenden „Beratung" dachte. Die Forderung lief nach wie vor auf das Verlangen nach Weisungsrechten hinaus. Während des Sommers 1938 wurde weiterverhandelt; am 12. September wünschte Reinerth das Institut noch immer als „die beratende Zentralstelle der vorgeschichtlichen Denkmalpflege und -lehre" definiert zu sehen. Im Entwurf des Ministeriums wurde dagegen als äußerste Konzession angeboten, die folgende Bestimmung in die Statuten aufzunehmen: „Es [das Reichsinstitut] berät zugleich das Reichsministerium in *allen* Fragen der Vor- und Frühgeschichte."[269] Im Januar 1939 ließ Rosenberg seinen Stabsleiter Urban im Ministerium mit Wacker verhandeln. Daß Urban schon an seiner mangelnden Geschäftsfähigkeit scheitern mußte, zeigt ein Brief, den er nach der Besprechung an den Beamten sandte. Er bezeichnete darin die vier Grundforderungen Rosenbergs als die „wenigen" noch offen gebliebenen Fragen[270]. In einer Stellungnahme vom 12. Oktober 1939 erwähnte Urban im ausdrücklichen Auftrage Rosenbergs noch einmal die „Universitäten" als diejenigen Einrichtungen, auf die sich die maßgebende Beratung des Reichsleiters erstrecken müsse[271]. Danach fanden vorerst keine weiteren Verhandlungen statt. Bormann teilte dem Ministerium am 4. Juli 1940 mit, daß der Reichsinstitutsplan bis zum Kriegsende „ruhen" solle[272].
Will man den Rosenberg-Akten glauben, so war der Reichsführer SS nach wie vor der Hauptschuldige am Scheitern der Reichsinstituts-Pläne. „Die Hinzuziehung ging so weit, daß das Reichswissenschaftsministerium ohne dessen Stellungnahme keine Schritte tun will", heißt es in einer rückblickenden Zusammenfassung Reinerths für die Zeit nach dem 1. Februar 1938[273]. Daß die Beamten angebliche oder tatsächliche Wünsche Himmlers gerne als Vorwand benutzten, um die sachlich abwegigen Pläne Rosenbergs zu vereiteln, ist schwerlich zu verkennen. Soweit ersichtlich, hat aber Himmler den Institutsplänen auch nach 1937 nicht ausdrücklich widersprochen,

was schon daraus erkennbar ist, daß er die Lage nach dem Leipziger Professoren-Treffen nicht für das *Ahnenerbe* ausnützte. Eine offizielle Stellungnahme der Reichsführung SS zu den Satzungsentwürfen des Reichsleiters ist auch unter den *Ahnenerbe*-Akten noch nicht gefunden worden. Himmler erwartete vermutlich auch von einem mit Weisungsrechten versehenen Rosenberg keine Gefahren für seine eigene Organisation. Überdies dürfte auch nicht anzunehmen sein, daß Himmler von den Beamten geradezu in jeder Angelegenheit um Rat gefragt worden wäre. Das glaubte nur Rosenberg. Während es nach dessen Aufzeichnungen und Briefen ständig den Anschein hat, als hätte Himmler im Ministerium unbegrenzten Einfluß besessen, erweckt eine einschlägige Aufzeichnung aus den Akten des *Ahnenerbes* einen ganz anderen Eindruck: Sievers notierte darin: „In einer Besprechung mit ... Ministerialdirektor ... Mentzel wurde behandelt: 1. Reichsinstitut für Vorgeschichte. Das Reichswissenschaftsministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Satzungen des Reichsinstituts unabhängig von der Personenfrage behandelt werden müssen. Die Forderungen des Amtes *Rosenberg* sind nicht annehmbar in folgender Hinsicht: a) Unterstellung der Lehrstühle und Landesämter für Vorgeschichte unter das Reichsinstitut, b) allgemeines Grabungsrecht des Reichsinstituts, c) Ausweitung ... auf den gesamtgermanischen Raum ..."[274] Mentzel lehnte demnach ganz von sich aus mindestens drei der vier Grundforderungen (die RGK-Frage wurde nicht erwähnt) ab, was um so leichter verständlich ist, als deren Erfüllung die Interessen des Ministeriums auch in machtpolitischer Hinsicht berührt hätte.

Die Aufzeichnung läßt den Schluß zu, daß es Sievers gewesen war, der sich besorgt erkundigt hatte und nun über die Stellungnahme Mentzels große Beruhigung empfand. Das *Ahnenerbe* war trotz aller Macht der SS in zahllosen Einzelfragen immer noch auf das Ministerium angewiesen; es handelte sich vermutlich um ein durchaus wechselseitiges Verhältnis. Rosenberg dürfte allerdings recht gehabt haben, wenn er meinte, daß es dem Ministerium ohne die guten Beziehungen zu Himmler weitaus schwerer gefallen wäre, seine Forderungen abzulehnen.

Eine neue Verschlechterung im Verhältnis zwischen Himmler und Rosenberg begann schon kurz nach der Mentzel-Wüst-Besprechung vom 3. Dezember 1937. Welchen Einfluß das *Ahnenerbe* gewonnen hatte, wurde offenbar, als ein Referent aus dem Stabe des Stellvertreters des Führers am 4. März 1938 während eines Ferngespräches erwähnte, der Entwurf des „Gesetzes zum Schutze der Kulturdenkmale" sei zusammen mit Rosenbergs Vorschlag für einen Gründungserlaß für das Reichsinstitut „dem Reichsführer SS zur Stellungnahme zugeleitet worden". Nun sah der Parteiideologe die institutionellen Grundlagen seines Führungsanspruches durch die vorgesetzte Instanz selber in Frage gestellt. Er halte „es für ganz unmöglich", so schrieb er an Heß, „daß noch eine zweite parteiamtliche Dienststelle ... maßgebend und autoritär sich mit den Fragen der Vorgeschichte" beschäftige. Seit 1935 bestehe eine „schriftliche Bestätigung" Himmlers, daß er „diesen ... Standpunkt" Rosenbergs berücksichtigen werde. Durch die neue Maßnahme des Stellvertreters des Führers werde „praktisch die parteiamtliche Zuständigkeit" Rosenbergs durch Heß selber „außer Kraft gesetzt". Der Reichsführer SS werde „in seinem Bestreben bestärkt, sich bestimmter Arbeitsgebiete anzunehmen, die tatsächlich außerhalb seines eigentlichen Aufgabenbereichs" lägen. „Es ist ferner ein unmöglicher Zustand", so hieß es weiter, „daß staatliche Reichsbehörden ... sich mit zwei Dienststellen der Partei auseinandersetzen" könnten, „wobei bedauerlicherweise häufig genug dies dazu benutzt

wurde, eine klare Willensmeinung z. B. meiner Dienststelle nicht zu berücksichtigen, weil z. B. vom Reichsführer SS ein anderer Standpunkt eingenommen wurde ... Ich bitte Sie deshalb, den Reichsführer SS anzuweisen, von einer amtlichen Bearbeitung von Fragen der Vorgeschichte, insbesondere aber von jeder diesbezüglichen Einwirkung auf Staats- und Parteidienststellen Abstand zu nehmen."[275]

Heß erteilte den verlangten Befehl an Himmler mit Sicherheit nicht. Auch der Gesetzentwurf wurde dem Reichsführer nicht wieder abverlangt. Das Schicksal der Vorlage war im übrigen ein Beispiel dafür, daß das Bündnis mit der SS auch nach Ansicht des Ministeriums eine nur mit Vorsicht zu benützende politische Möglichkeit, wenngleich das kleinere Übel war, weil es zuweilen gelang, sich mit Himmler eher zu einigen als mit Rosenberg. Ein Brief von Sievers zeigt dies recht deutlich: „Am 8. 12. 1938 hatte der Reichsführer SS sein Einverständnis zur Zurückziehung der von ihm gewünschten, im Gesetz zu verankernden Bedingung einer generellen Ausgrabungserlaubnis an die NSDAP erteilt, wenn die Ausgrabungen Reichsregal bleiben. Bei der bestehenden guten Zusammenarbeit zwischen dem Reichswissenschaftsministerium und der SS bzw. dem ‚Ahnenerbe' ist gewährleistet, daß die Interessen der SS und des ‚Ahnenerbe' auf diese Weise am besten gewahrt werden."[276] Der Reichsführer hatte demnach etwa das gleiche gefordert wie Rosenberg. Nur war in seinem Antrag der Begriff „die Partei" nicht näher erläutert worden, während der *Beauftragte des Führers* verlangt hatte, als einzige Parteidienststelle mit der Vollmacht zur Vergabe des Ausgrabungsrechtes betraut zu werden. Das Ministerium hatte es durch Vermittlung des *Ahnenerbes* durchgesetzt, daß die ihm und anderen Staatsämtern bisher zustehenden Befugnisse mit Billigung Himmlers gewahrt bleiben sollten. Das war unter den gegebenen Verhältnissen ein Sieg der „konservativen" Staats-Ordnung gegenüber der „revolutionären" Willkür der Parteidienststellen, die vermutlich den gesamten Apparat der Denkmalpflegeämter „neu organisiert" hätten, wenn es ihnen gelungen wäre, ihre Wünsche zu verwirklichen. Das Verdienst an diesem Erfolg gebührt Werner Buttler[277], für dessen Tätigkeit im Ministerium hier ein Beispiel vorliegt.

Die seit dem Dezember 1937 entstandenen Kräfteverhältnisse werden auch in einem Schreiben sichtbar, das Bormann zwei Tage, nachdem Himmler seine Forderungen zurückgezogen hatte, an Rosenberg richtete. Der Stellvertreter des Führers habe „entschieden", daß „eine Verankerung" des geplanten Reichsinstituts in dem Gesetz „*nicht* notwendig" sei. Auch erübrige sich „eine besondere gesetzliche Übertragung des Ausgrabungsrechtes an die Partei oder eine von ihr beauftragte Stelle, da der Gesetzentwurf die Möglichkeit einer Übertragung" vorsehe, „und die Partei über den Stellvertreter des Führers jederzeit die Möglichkeit" besitze, „Ausgrabungsgenehmigungen bei dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft ... zu beantragen"[278].

Der Vorgang stellt ein Beispiel dafür dar, wie mit Hilfe des Reichsführers SS nicht nur das Amt Rosenberg, sondern auch die Dienststelle des Stellvertreters des Führers, die Ansprüche „der Partei" gegenüber „dem Staat" sonst bei jeder Gelegenheit durchzusetzen versuchte[279], überwunden werden konnten. Darüber hinaus zeigte er, daß wahrscheinlich auch ein Reichsinstitut nach den Plänen Buttlers hätte geschaffen werden können, wenn einem solchen Angriff auf die Interessen Rosenbergs die erforderliche Unterstützung durch Himmler zuteil geworden wäre. Wenn sich aus der Niederlage, die der Reichsleiter im Falle des „Gesetzes zum Schutze der Kultur-

denkmale" erlitt, keine weiteren Folgen ergaben, so deshalb, weil die Vorlage schließlich doch nicht vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Sie scheiterte an Einsprüchen Goebbels' und am Widerstand einiger Kultusministerien der Länder[280]. Auf diese Weise wirkte sich der Machtpluralismus des *Führer-Staates* auch einmal zugunsten des Amtes Rosenberg aus.

Der sich verschärfende Machtkampf führte während der Jahre 1938 und 1939 zweimal zu zufälligen Bemerkungen Himmlers und Bormanns, die den einzigen Versuch darstellen, das institutionelle Verhältnis von *Ahnenerbe* und *Beauftragtem des Führers* durch höchste Amtsträger zu umschreiben. Der Wortlaut dieser Äußerungen zeigt, mit welchen Ausflüchten sowohl der Reichsführer SS als auch die zum Interessenausgleich unter den Parteigruppen bevollmächtigte Dienststelle des Stellvertreters des Führers dem Problem der Machtverteilung innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsgebildes aus dem Wege zu gehen versuchten. Himmler schrieb am 20. August 1938 an Rosenberg: „Auf den zweiten Teil Ihres Briefes möchte ich heute nicht eingehen, da ich glaube, daß Deutschland im Augenblick wichtigere Sorgen hat als die Frage, ob das Denken und Forschen nur einem Hauptamt der NSDAP ressortmäßig vorbehalten ist, oder ob auch andere Parteigenossen sich geistig betätigen dürfen."[281] Diese Bemerkung stellte die Antwort auf ein Schreiben dar, in dem Rosenberg, da er der Unterlegene war, eine Klärung der Kompetenzen verlangt hatte. „In weitesten Kreisen" sei „der Eindruck entstanden, als ob Himmler die ihm „zur Verfügung stehende Exekutive der SS und der Polizei für eine Arbeit" einsetze, „die parteiamtlich von einer anderen Stelle geführt" werde. „Ich glaube nicht, daß es für das Ansehen der Bewegung gut ist", so hatte Rosenberg dargelegt, „wenn irgendwelche Stellen, die uns zum Teil sogar weltanschaulich fernstehen, den Eindruck gewinnen, als ob auf dem gleichen Gebiete zwei Reichsleiter in Fehde miteinander liegen ... Ich höre ferner, daß Sie das Ahnenerbe in einem Umfange erweitern, welches unmittelbar auf die geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP einwirken muß. Ich bin von Ihnen über diese Arbeiten und über die eingesetzten Persönlichkeiten ebenfalls nicht unterrichtet worden, so daß hier eventuell auch in Zukunft Meinungsverschiedenheiten auftreten könnten." „Aus dem Verhalten mehrerer SS-Angehöriger im Reichserziehungsministerium" gehe „eindeutig hervor", daß ihnen von den „Abmachungen" vom Oktober 1935 „nichts bekannt" sei ...[282]. Himmler umging diese Fragen mit der erwähnten Bemerkung, vertröstete Rosenberg auf „eine ruhige Stunde", in welcher man „sonst keine Sorgen" haben werde und vermied im übrigen jede offene Konfrontation: als der SD dem Reichsführer SS am 15. August 1938 einen „Gesamtbericht über Prof. Hans Reinerth" vorlegte, der unter anderem eine ausführliche Darstellung der unglücklichen Lage in der Vorgeschichtsforschung enthielt und Himmler eine brauchbare Grundlage hätte bieten können, um die Abberufung Reinerths zu fordern, ordnete der Reichsführer an, „daß nichts veranlaßt werden soll"[283].

Als zweiter äußerte sich Bormann zur Frage der Stellung des *Ahnenerbes* und der Kompetenzverteilung zwischen Himmler und Rosenberg. Am 4. August 1939 schrieb er an den Reichsführer SS: „Der Stellvertreter des Führers teilt die Auffassung des Reichsleiters Rosenberg, daß das ‚Ahnenerbe' keine irgendwie amtliche Einrichtung der Partei ist; er bittet aus diesem Grund darum, bei der Durchführung der Tagung, insbesondere bei der Auswahl der Redner, das Einvernehmen mit dem örtlich zuständigen Gauleiter sowie dem Reichsleiter Rosenberg herzustellen."[284] Bei der

Tagung, von der in Bormanns Brief die Rede war, handelte es sich um eine repräsentative Veranstaltung vor anspruchsvollem Publikum, die *Salzburger Wissenschaftswochen* des Jahres 1939. Die Tagung war nach Rosenbergs Worten „vom Reichserziehungsministerium brüskierend" an ihm „vorbei mit dem ‚Ahnenerbe' arrangiert" worden[285]. Die Behörde Rusts und der SS-Verein hatten in aller Stille Vorbereitungen für den internationalen Ferienkursus getroffen, der schon seit 1931 alljährlich zugleich mit den Salzburger Festspielen stattfand. Das *Ahnenerbe* trat im Jahre 1939 erstmals als Mitveranstalter auf und schickte sich an, vor aller Welt als Repräsentant der neuen nationalsozialistischen Wissenschaft zu erscheinen.
Der Zorn des *Beauftragten des Führers* war begreiflich. „Prinzipiell hätte der Reichserziehungsminister sich wegen Durchführung der Tagung ... mit der Bewegung, und zwar mit der Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg in Verbindung setzen müssen", erklärte Urban in einem Briefe an den Stellvertreter des Führers, und fuhr dann fort: „Es kann nicht zugelassen werden, daß das ‚Ahnenerbe' als gleichsam parteioffizielle oder überhaupt irgendwie amtliche Organisation in Erscheinung tritt. Hinzu kommt, daß die bei der Tagung zur Behandlung kommenden Sachgebiete wie z. B. Volkskunde, Geschichte, Germanenkunde usw. Bestandteil der NS-weltanschaulichen Erziehungsarbeit sind; es ist daher nicht möglich, daß über diese Sachgebiete Gültiges *ohne* eine vorhergehende Bewertung durch die NSDAP ausgesagt wird ... Reichsleiter Rosenberg bittet zu entscheiden, daß die Tagung wegen mangelnder Vorbereitung und Vorspiegelung unzutreffender Tatsachen *nicht* stattfindet."[286] Der Salzburger Gauleiter Dr. Friedrich Rainer, der hoffte, daß den SS-Wissenschaftswochen dereinst die Gründung einer SS-Universität Salzburg folgen werde, hielt den Parteitheoretiker für mächtig genug, die Veranstaltung verhindern zu können. Einer seiner Mitarbeiter meinte, „es werde wohl kaum etwas zu machen sein, da Rosenberg es sicher verstünde, die Durchführung der Wissenschaftswochen zu vereiteln ...". Der Gauleiter dürfe sich ... „mit Rosenberg in keiner Weise überwerfen und müsse versuchen, auf gütlichem Wege sich zu verständigen"[287]. Da es Rosenberg aber nicht um das Verhalten des Gauleiters, sondern um die Handlungsweisen des Reichsführers SS ging, blieb ein Einigungsappell Rainers[288] erfolglos. Bormanns schließliche „Entscheidung" am 4. August 1939 brachte keine Lösung der prinzipiellen Frage nach der obersten Autorität auf dem Gebiete der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Die Feststellung, „daß das ‚Ahnenerbe' keine irgendwie amtliche Einrichtung der Partei" sei, wurde später weder näher bestimmt noch auch nur wiederholt. Die Veranstaltung wurde auch nicht verboten. Bormann gedachte die Angelegenheit so zu bereinigen, daß er als Pressesprachregelung vorschlug, der Tagung käme „in erster Linie lokale Bedeutung" zu[289]. Rosenberg entwarf auf Grund der Vorfälle eine umfangreiche Denkschrift, in der er alle seine Anklagen gegen Himmler noch einmal zusammenfaßte[290] — vergeblich: wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges präsentierte sich das *Ahnenerbe* während der Salzburger Festspiele auf dem Höhepunkt seiner Macht.

9. *Das Scheitern der ideologisch gelenkten Vorgeschichtsforschung (1939–1945)*

Der Versuch des Amtes Rosenberg, Einfluß auf Forschung und Lehre zu gewinnen, zeigte in seiner letzten Phase, deren Beginn etwa mit dem Ausbruch des Krieges zusammenfiel, Merkmale des äußeren und inneren Scheiterns. Das Vergebliche aller dieser Bemühungen war an Ereignissen symptomatischen Charakters erkennbar, darunter auch an den Salzburger Wissenschaftswochen, die den Anfang, und an den Verhandlungen vor dem Obersten Parteigericht gegen Reinerth, die das Ende der Periode kennzeichnen. Die Veranstaltungen in Salzburg begannen am 23. August und sollten am 2. September 1939 enden. „Nach glänzendem Anfang" mußten sie vorzeitig abgebrochen werden[290a]. Vortragende und Gäste reisten ab, Hitler hatte den Krieg entfesselt. Der Aufwand an Zeit und Kraft, den allein der innere Parteistreit um die Wissenschaftswochen gekostet hatte, erwies sich als nutzlos. Das gleiche wird wohl von allen Versuchen Alfred Rosenbergs, Einfluß auf die Vorgeschichtsforschung zu erlangen, gesagt werden müssen, denn an deren Ende stand im Jahre 1944 ein Parteigerichtsprozeß, dessen eigentlicher Gegenstand, was die Richter freilich nicht zugeben konnten, die Politik war, die Rosenberg elf Jahre lang verfolgt hatte, ohne von der Dienststelle des Stellvertreters des Führers ein einziges Mal kritisiert oder korrigiert worden zu sein.

Die Tätigkeit der Vorgeschichtsabteilung hatte nach 1939 für die Politik Rosenbergs nicht mehr die gleiche Bedeutung wie zuvor. Die Bedingungen des Krieges waren dafür nicht die einzige und auch nicht die entscheidende Ursache. Der wichtigste Grund lag darin, daß die Dienststelle bei den vorhergehenden Auseinandersetzungen unterlegen war. Sie hatte nur noch wenige Anhänger; zahlreiche Fachvertreter standen auf Seiten des *Ahnenerbes*, und entscheidende Impulse für die Forschung gingen von der Vorgeschichtsabteilung nicht aus. Reinerth hatte zwar kurz vor Ausbruch des Krieges mitgeteilt, er habe während der Grabungen am Dümmersee in der Provinz Hannover den Beweis für den „nordisch-indogermanischen" Ursprung der Megalithkulturen Norddeutschlands, die nach den Ergebnissen der damaligen und späteren Forschung auf Einflüsse aus dem äußersten Südwesten Europas[291] zurückgehen, entdeckt. Er hatte erklärt, daß „die nordisch-indogermanischen Siedler der Steinzeit" eine „für ganz Europa grundlegende hochentwickelte Bauernkultur" geschaffen hätten und „daß es Menschen gleichen Blutes und gleicher Kulturtradition" gewesen wären, die man „als Erbauer der Großsteingräber einige Jahrtausende später [etwa 2000 v. Chr.] rings um die Dümmerniederung" nachweisen könne[292]. Der Beweis für die Richtigkeit dieser These wurde nie erbracht, weil Reinerth die Funde der Dümmer-Grabung nicht in einer wissenschaftlichen Publikation veröffentlichte. Die Vorgeschichtsabteilung des Amtes Rosenberg erwies sich hier wie in anderen Fällen als außerstande, der Ideologie die gewünschte Bestätigung zu verschaffen und der Forschung eine neue Richtung zu geben[293].

Die Abteilung Reinerths vermochte vor allem keinen Einfluß auf die Hochschulpolitik zu gewinnen, während das *Ahnenerbe* gerade hier Erfolge verzeichnen konnte. Dessen Geschäftsführer Sievers nahm jetzt auch an Besprechungen über „die Besetzung vorgeschichtlicher Lehrstühle im allgemeinen" teil, die Professor Jankuhn, der Leiter des Ausgrabungswesens des Vereins, im Reichserziehungsministerium führte[294]. Am 27. Mai 1941 schrieb Sievers sogar, er habe mit Ministerial-

direktor Mentzel „grundsätzliche Vereinbarungen" getroffen, denen zufolge die Ansicht des *Ahnenerbes* bei Berufungen innerhalb des genannten Fachgebietes in jedem Falle gehört werden sollte[295]. Der Führererlaß über die Hohe Schule[296] änderte daran nichts. In der Umgebung Himmlers hoffte man sogar, das *Ahnenerbe* werde „in kürzester Zeit so weit kommen, daß es die Hohen Schulen ... weit überflügelt"[297]. Größere Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteigruppen fanden zunächst nicht mehr statt, da die erste Phase des Machtkampfes entschieden war und die zweite erst bevorstand, wenn es nach dem Kriege um das Verhältnis der SS-Wissenschaftsorganisation zur Hohen Schule gehen würde.

Reinerth bemerkte bald, daß er auch innerhalb der Dienststelle in die Gefahr der Isolierung geraten könnte. Besonders das Vorgehen Professor Alfred Baeumlers, des Leiters des *Aufbauamtes Hohe Schule*[298], war geeignet, ihn in dieser Ansicht zu bestärken. Im Auftrage Baeumlers suchte Professor Richard Harder, ein von Rosenberg für die Leitung der Außenstelle München der Hohen Schule gewonnener Graecist[299], am 31. Oktober 1941 seinen früheren Kieler Kollegen Jankuhn auf und fragte ihn, ob er bereit wäre, innerhalb der Hohen Schule das geplante Institut für germanische Forschung[300] zu übernehmen. Jankuhn erwiderte, er lehne das Angebot zwar nicht „grundsätzlich" ab, könne aber nur dann fruchtbar arbeiten, wenn alle zu untersuchenden Probleme ausschließlich „von einer sachlichen, wissenschaftlichen Ebene beurteilt" würden. Deutlicher hätte er seine Auffassung von den bisherigen „Leistungen" des Amtes Rosenberg nicht zum Ausdruck bringen können. Er fügte hinzu, er müsse „vor einer endgültigen Zusage selbstverständlich die Genehmigung des Reichsführers einholen", glaube allerdings, daß dieser „jede sachliche Zusammenarbeit mit Reichsleiter Rosenberg wärmstens begrüßen würde ... Die größten Schwierigkeiten ergäben sich aber aus der Person Reinerths ... In den Jahren 1933 bis 1936" seien unter anderen auch Professor Schwantes und er von einem „Vertreter Reinerths ... in einer geradezu unglaublichen Weise politisch verdächtigt und diffamiert" worden, „und zwar sowohl bei politischen Stellen wie auch innerhalb der Studentenschaft ..."[301]. Harder berichtete Baeumler über das Gespräch mit Jankuhn, und selbst wenn er dessen Äußerungen in abgeschwächter Form wiedergegeben haben sollte, so mußte Baeumler doch wissen, daß er gegen die Interessen Reinerths handelte, als er am 3. Februar 1942 Jankuhn zu Besprechungen in die Dienststelle einlud und erklärte, er sähe keine „grundsätzlichen Schwierigkeiten" für eine Zusammenarbeit. Es wäre wohl das beste, „kurz entschlossen die Sache ins Reine zu bringen"[302]. Da der Brief konkrete Zusicherungen nicht enthielt, übersandte Jankuhn mit seiner Antwort an Baeumler einen Aktenvermerk über sein Gespräch mit Harder, in dem seine angeführten Äußerungen enthalten waren. Darauf erfolgte anscheinend keine schriftliche Erwiderung mehr; der Plan, Jankuhn zu berufen, dürfte in den folgenden Monaten innerhalb der Dienststelle auf zu große Schwierigkeiten gestoßen sein.

Reinerth stand zu dieser Zeit bereits im Begriff, etwas zur Stärkung seiner Position zu unternehmen. Am 6. Februar 1942 ersuchte er Rosenberg, ihm „eine umfassendere Aufgabe" zu „übertragen". Er bat darum, ihm die Leitung eines „Hauptamtes Volkstum und Rasse zu übergeben". Der Plan scheiterte später am Widerstand des Reichsschatzmeisters, der die Gründung einer neuen Abteilung der Dienststelle während des Krieges nicht zulassen wollte. Der Antrag Reinerths erlangte deshalb keine praktische Bedeutung. Er war indessen in einer anderen Hinsicht bemerkenswert:

Reinerth gab darin selber zu, daß entscheidende Behauptungen aus dem Bereich der nationalsozialistischen Ideologie vorerst jedes wissenschaftlichen Beweises entbehrten: „Ich bin der Überzeugung", so schrieb er in der Begründung seines Antrages, „daß es in der weltanschaulichen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit ganz wesentlich auf das sachlich-wissenschaftliche Beweismaterial der Vorgeschichte, Volkskunde und Rassenkunde ankommt. Dieses Material aber muß unter einheitlicher Planung und Führung erst in langer Arbeit erschlossen und in geeigneter Form bereitgestellt werden. Auf allen Gebieten wird es mehr auf den historischen als auf den biologischen Beweis ankommen, der für die Volkskunde und Rassenkunde noch kaum erarbeitet ist."[303] Der fiktive Charakter der Ideologie dürfte nur in wenigen Fällen von hohen Amtsträgern der NSDAP in so klaren Worten umschrieben worden sein, wie es Reinerth an dieser Stelle tat. Der „biologische Beweis" für die „Rassenkunde" war also selbst nach Ansicht eines führenden Funktionärs in den Diensten des Reichsleiters Rosenberg noch nicht erbracht, und sogar auf dem Gebiet der Vorgeschichtsforschung schien es noch Lücken zu geben, denn auch deren „Material" sollte erst noch „in langer Arbeit erschlossen und in geeigneter Form bereitgestellt werden".

Reinerths Sorge, daß seine Abteilung gegenüber den übrigen an Bedeutung verlieren könnte, sollte bald nach den dargestellten Ereignissen beseitigt werden. Der Amtsleiter übernahm im Rahmen des *Einsatzstabes Rosenberg* die Führung des *Sonderstabes Vorgeschichte*. Er umschrieb dessen Aufgaben mit den Worten: „Sicherung (Rückführung, Neuaufbau, Aufnahme) *der* für die älteste politische Geschichte Europas schlechthin unersetzlichen *germanischen* und *indogermanischen Fundbestände in den Museen,* Instituten und Büchereien der besetzten West-, vor allem aber der Ostgebiete. Bisher durchgeführte Sicherungsarbeiten in über 280 Museen."[304] Diese Erklärung wurde noch vor Beginn der großen deutschen Rückzüge abgefaßt und zeigte, daß die Hinwegführung von Museumsbeständen, ganz entsprechend der allgemeinen Praxis des gesamten Einsatzstabes Rosenberg, durchaus nicht in erster Linie dem Zwecke der Bergung in kampfgefährdeten Gebieten diente. Die in dem Bericht dargelegten Absichten konnten aus Mangel an Transportmitteln vermutlich nicht in vollem Umfange durchgeführt werden. Erst bei Herannahen der Front erfolgten „Rückführungen" in großem Ausmaß. Rosenberg erklärte, er wolle das beschlagnahmte Material „für die politische und weltanschauliche Schulung der NSDAP"[305] einsetzen. Zur Frage einer Rückgabe an die Sowjetunion äußerte er sich in keinem Dokument. Die „Erfolge" des Einsatzstabes waren auch im Osten beachtlich: aus Kiew etwa wurden das dort „lagernde Material des Kunstmuseums Charkow . . ., Bestände des Westeuropäischen Museums in Kiew . . . und die wichtigsten Goten- und Warägerfunde des Vorgeschichtsmuseums" abtransportiert[306]. Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit des Sonderstabes Vorgeschichte nicht auf die Ostgebiete. Bei Velostinos wurden Ausgrabungen „ohne Rücksicht auf die in Griechenland geltenden Bestimmungen" unternommen[307]. Auf Seiten der Verteidiger des Völkerrechts gegen die Kommandos des Einsatzstabes fand sich zu dieser Zeit ein alter Feind des Amtes Rosenberg: Professor Langsdorff. Als Kriegsverwaltungsrat beim Militärbefehlshaber Frankreich versuchte er, dem Kulturraub entgegenzutreten[308]. Die Auseinandersetzungen um die Vorgeschichtsforschung lebten in den späteren Kriegsjahren noch einmal auf. Rosenberg unternahm einen Versuch, seine Befugnisse als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zur Gründung eines

Reichsinstituts für Vorgeschichte zu benützen. Aus den Konflikten, die dieses Vorhaben hervorrief, ergab sich unbeabsichtigterweise einer der Anlässe für den Parteigerichtsprozeß gegen Reinerth.

Ministerialdirektor Mentzel aus dem Reichserziehungsministerium schrieb am 21. März 1942 an Bormann, „dem Vernehmen nach" seien „Bestrebungen im Gange, das noch nicht vorhandene Reichsinstitut durch andere Einrichtungen zu ersetzen"[309]. Mentzel meinte damit entweder das für die Hohe Schule in Kiel vorgesehene Institut für germanische Forschung oder aber einen Plan zur Gründung einer anderen Anstalt für die Vorgeschichte Osteuropas, von welchem er offenbar gehört hatte. Die Angelegenheit erschien dem Ministerium so dringend, daß Rust Reinerth zu einer Unterredung bat, die am 13. April 1942 stattfand. Der Reichsamtsleiter erwähnte das Kieler Vorhaben nicht, erklärte jedoch, es bestehe in der Tat die Absicht, ein „Institut für Vor- und Frühgeschichte des Ostraumes" zu gründen. Reichsleiter Rosenberg sei aber durchaus mit dessen Angliederung an das vorgesehene Reichsinstitut einverstanden, könne dem jedoch nur „bei voller Ausführung seiner Vorschläge", also der Annahme seiner vier Grundforderungen, zustimmen. Das Reichsinstitut müsse insbesondere für die deutsche Vorgeschichtsforschung im gesamten Ausland zuständig sein. Nach Darstellung Reinerths soll Rust während der Unterredung erklärt haben, daß „die von seiten seiner Sachbearbeiter früher erhobenen Einwendungen gegen einzelne der personellen Vorschläge des Reichsleiters Rosenberg und die Wünsche auf Zuständigkeit des Reichsinstituts für die vorgeschichtliche Denkmalpflege und Teilaufgaben des Museumswesens jetzt auf neuer Grundlage leicht befriedigend geklärt werden würden"[310].

Am 4. Juni 1942 erhielt Rosenberg Kenntnis von dem im März an Bormann gerichteten Schreiben Mentzels. Er ersah aus dessen Wortlaut, daß der Ministerialdirektor sich in völlig anderer Weise geäußert hatte, als es Rust nach Mitteilung Reinerths getan hatte. Mentzel hatte geschrieben, eine Einigung über die strittigen Paragraphen der Institutssatzung würde „sich eher ermöglichen lassen . . ., wenn zunächst eine Entscheidung über die Person des künftigen Leiters getroffen worden" sei. Mentzel war also wohl der Ansicht, daß die unannehmbaren Forderungen auf Beschränkung der RGK auf „das Römische" und ähnliche Ansinnen auf Reinerth zurückgingen. „Von der Person von Professor Reinerth" müsse das Ministerium „absehen". Reinerth habe „heute wohl kaum mehr als 5–10% der deutschen Vorgeschichtsforschung hinter sich". Er habe „also eine Einigung der deutschen Vorgeschichte [sic] gegen seine Person erreicht". „Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen" in einem Disziplinarverfahren des Ministeriums gegen Richthofen, das nur wegen des Kriegsdienstes des Beklagten noch nicht abgeschlossen worden sei, „dürfte es nicht zweifelhaft sein, daß von dem Angeschuldigten der Wahrheitsbeweis für eine große Anzahl seiner Behauptungen über die Person und das Verhalten von Prof. Reinerth vor Gericht erbracht werden könnte". Schließlich schlug Mentzel einen neuen Kandidaten für den Posten des Institutsdirektors vor: Professor Jankuhn. Der Reichsleiter werde sich mit dem Rostocker Prähistoriker sicher einverstanden erklären, da er ihm doch das Angebot auf Übernahme eines Instituts der Hohen Schule habe unterbreiten lassen[311].

Rosenberg übersandte Bormann noch am gleichen Tage, an dem ihm das Schreiben Mentzels vorgelegt wurde, einen scharfen Protest gegen die darin vorgetragenen Auffassungen. Das Angebot an Jankuhn habe nur für das geplante Institut der

Hohen Schule Gültigkeit gehabt. Auch sei Reinerth nicht dafür verantwortlich zu machen, daß seine Anhänger „heute weniger" seien „als früher". Es müsse ihm vielmehr „als besonderes Verdienst angerechnet werden, daß er auf seinem Fachgebiet den nationalsozialistischen Standpunkt kompromißlos durchgehalten" habe. Eine „Befriedung" in den Auseinandersetzungen hätte „die Versöhnung mit den reaktionären, liberalen und konfessionellen Voraussetzungen einer gewissen, immer noch zahlreichen Schicht der deutschen Dozentenschaft" vorausgesetzt. Bormann möge sich beim Obersten Parteigericht überzeugen, „daß die bisher einseitig erhobenen Vorwürfe" gegen Reinerth „in keinem wesentlichen Punkte aufrechterhalten werden könnten". Mentzel wolle nur wieder Rosenbergs „Dienststelle ausschalten"[312]. In aller Eile ließ Rosenberg nun im Völkischen Beobachter bekanntgeben, Reinerth sei „kürzlich ... mit der Feststellung, Sicherung und Erforschung der vor- und frühgeschichtlichen Funde und Kulturdenkmäler" in den besetzten Ostgebieten beauftragt worden[313]. In dieser Presseverlautbarung mußte das Reichserziehungsministerium den ersten Schritt zu einem ohne seine Beteiligung entstehenden Vorgeschichts-Institut „für den Ostraum" sehen. Angesichts dieser Sachlage wandte sich Rust am 10. Juli 1942 an Rosenberg. Er wünschte mit ihm „die Frage der Mitarbeit der deutsch-archäologischen Wissenschaft, insbesondere des Archäologischen Instituts des deutschen Reiches, im Schwarzen Meerraum [sic] zu besprechen"[314]. Rust erwähnte die griechisch-skythischen Handelsplätze Südrußlands wie Olbia und Kertsch. Rosenberg antwortete umgehend und verlangte als Voraussetzung für jede Zusammenarbeit die „Zurückziehung" des Mentzel-Briefes vom 21. März, die „Gründung des Reichsinstituts ... nach dem vorgelegten Plan" und die „Anerkennung der Zuständigkeit und Forschungsfreiheit" seiner Dienststelle „im ganzen europäischen und vorderasiatischen Raum ..."[315].

Rosenberg geriet durch die Kompromißlosigkeit seiner Forderungen erneut in die Gefahr, sich selbst eine Niederlage zu bereiten. Denn Bormann und die Sachbearbeiter der Partei-Kanzlei zogen es nunmehr vor, einen neutralen Standpunkt einzunehmen und dadurch dem Ministerium freie Hand zu lassen. Dies ergibt sich aus der Antwort, die der Parteitheoretiker am 15. August 1942 in Erwiderung eines nicht mehr erhaltenen Briefes der Partei-Kanzlei an Bormann richtete: „Aus ihrem Schreiben vom 23. Juli 1942 habe ich mit Bedauern festgestellt, daß Sie die Frage ... der Gründung und Besetzung des Reichsinstituts ... als eine bloße fachlich-wissenschaftliche Angelegenheit ansehen, für die das Reichserziehungsministerium zuständig ist ..." Wenn Rust und seine Beamten jetzt entschlossen gehandelt hätten, dann wäre es zur Errichtung einer von der Dienststelle des *Beauftragten des Führers* unabhängigen Anstalt gekommen. In diesem Augenblick äußerster Gefahr zeigte sich Rosenberg zum ersten Male bereit, sich notfalls auch mit einer Leitung des Instituts durch einen anderen Anhänger des Reichsbundes einverstanden zu erklären: „Wenn ... Pg. Reinerth den gestellten Anforderungen nicht gewachsen sein sollte", dann müßten andere seit der „Kampfzeit" bewährte Parteigenossen berufen werden, wofür er einige Namen nannte. Rosenberg erklärte darüber hinaus, er wolle die Angelegenheit „dem Führer selbst zu einem geeigneten Zeitpunkt vortragen"[316].

Der Reichsleiter hielt es angesichts der neuen Sachlage für angebracht, durch das Oberste Parteigericht feststellen zu lassen, daß alle Vorwürfe gegen Reinerth unberechtigt seien. Der normale Weg dazu wäre gewesen, daß er seinen Abteilungsleiter

veranlaßt hätte, ein Verfahren gegen sich selbst anzustrengen. Reinerth war einer entsprechenden Untersuchung aber stets ausgewichen, und wenn sie jetzt doch in Gang kam, dann unbeabsichtigterweise. Der Weg, den Rosenberg zunächst einschlug, um eine parteigerichtliche Feststellung zu erreichen, ohne Reinerth, in welcher Form auch immer, zum Beklagten zu machen, bestand darin, daß er am 18. Juli 1942 das Oberste Parteigericht um Wiederaufnahme eines Verfahrens gegen Richthofen ersuchte. Der Königsberger Prähistoriker mußte als Angeklagter dienen, um Reinerth zu entlasten und gleichzeitig das Prestige einer Reichsleitungsdienststelle der NSDAP zu retten. Rosenberg hatte sich zu diesem, seine ganze Unsicherheit verratenden Vorgehen schon am 28. November 1938 entschlossen, als er „vor dem Obersten Parteigericht Klage gegen ... von Richthofen" erhob, „der damals als Wortführer einer Gruppe weltanschaulicher und persönlicher Gegner Anschuldigungen und Verleumdungen" gegen Reinerth „planmäßig öffentlich verbreitet" haben sollte[317]. Der Prozeß schien zugleich „eine völlig ausreichende Möglichkeit zur Beurteilung des Verhaltens von ... Reinerth" zu bieten[318].

Richthofen hatte den Abteilungsleiter Rosenbergs in einigen Rundschreiben, die nur den Fachkollegen zugänglich waren, angegriffen[319]. Das Reichserziehungsministerium hatte die darin enthaltenen Behauptungen zum Anlaß eines Disziplinarverfahrens gegen den Königsberger Prähistoriker genommen, das in Wahrheit gegen Reinerth gerichtet war, gegen den es nicht vorgehen konnte, da Reinerth sich darauf berief, in den von Richthofen kritisch erörterten Fällen in seiner „Eigenschaft als Amtsleiter des Beauftragten des Führers ... tätig geworden zu sein"[320]. Die Tatsache, daß eine Untersuchung durch eine staatliche Behörde bereits eingeleitet worden war, erwies sich für Richthofen als besonders nützlich, denn das Oberste Parteigericht war in solchen Fällen berechtigt, die Eröffnung eines Hauptverfahrens bis zum Abschluß des Disziplinar-Prozesses auszusetzen. Dies geschah auch im vorliegenden Falle, während in Königsberg ein beamteter Universitätsrat die Untersuchung weiterführte und am 28. August 1940 in einem „Abschlußbericht" feststelle, „daß die Vorwürfe des Professors von Richthofen gegen Professor Reinerth zum größten Teil berechtigt seien". Die Dienststrafkammer schob die weitere Untersuchung jedoch auf, weil Richthofen inzwischen den Dienst in der Wehrmacht aufgenommen hatte[321].

Als die Diskussion um Reinerth und das Reichsinstitut durch den Brief Mentzels an Bormann erneut in Gang gekommen war, entsandte Rosenberg am 18. Juli 1942 einen der Rechtsvertreter seines Amtes zum Obersten Parteirichter Buch, um nunmehr die Eröffnung des Parteigerichtsprozesses gegen Richthofen doch noch zu erreichen[322]. Tatsächlich leitete das Gericht auch eine Untersuchung ein, kam jedoch zu dem Ergebnis, „daß eine einwandfreie Klärung ... nur möglich" sein werde, „wenn außer gegen Pg. von Richthofen auch ein Verfahren gegen Pg. Reinerth durchgeführt" werden würde[323]. Es beantragte am 28. Januar 1943 ein solches bei Bormann, und dieser gab dem Ersuchen am 29. Oktober statt[324]. Rosenberg und Reinerth protestierten während des Winters 1943/44 mehrmals auf das heftigste gegen diese von ihnen nicht vorhergesehene Wendung der Ereignisse. Sie empfanden es als empörend, daß „Prof. Reinerth plötzlich von einem Zeugen zu einem Angeklagten gemacht worden" sei[325]. Rosenberg bemühte sich in jeder Hinsicht, die Untersuchung niederschlagen zu lassen, aber Bormann verweigerte die dazu notwendige Anordnung, und am 27. März 1944 fand in Anwesenheit Reinerths und zweier Vertreter der Dienststelle die erste Beweisaufnahme statt[326].

Die Auseinandersetzungen vor dem Obersten Parteigericht und mehr noch der sich daran anschließende Schriftwechsel zeigten, wie kaum anders zu erwarten, daß das Gremium völlig ungeeignet war, die entscheidenden Probleme zu klären. Rosenberg mußte auf Anordnung Bormanns um Stellungnahme zu den hauptsächlichen Anklagepunkten gebeten werden, und ein Vertreter Buchs setzte ihn daher offiziell von den gegen Reinerth erhobenen Vorwürfen in Kenntnis. Der Reichsleiter erfuhr dabei nichts Neues. Die Anklage, Reinerth sei niemals den Aufforderungen, sich vor den Fachkollegen zu rechtfertigen, nachgekommen, beantwortete Rosenberg mit der vom „Führerprinzip" her begründbaren Feststellung, daß sein Amtsleiter nur ihm „verantwortlich" gewesen sei[327]. Dagegen hätten die Parteirichter möglicherweise wenig einwenden können, und das galt auch für eine zweite Gruppe von Anschuldigungen, die Reinerths Verhalten gegenüber Bersu betrafen, denn auch hier verhinderte die Ideologie eine sachliche Analyse: die Briefe, in denen Reinerth den RGK-Direktor um Postenbeschaffung gebeten hatte, wurden unter anderem auch als Zeichen sogenannter „Judenfreundschaft" ausgelegt, einer Einstellung, die das Gericht auch aus den Beziehungen herauslesen wollte, die Reinerth zu dem jüdischen Vorsitzenden des Buchauer Altertumsvereins unterhalten hatte. Rosenberg erklärte in seinem Gutachten an die Parteirichter, dies alles sei keinesfalls zu beanstanden; Reinerth habe weder Bersu noch den Vereinsvorsitzenden umgehen können. Entscheidend sei, daß „Prof. Reinerth von selbst Nachforschungen über die Abstammung Bersus eingeleitet"[328] und ihn nicht zuletzt im Interesse der Partei um Stellenvermittlung gebeten habe[329]. Gegenstand der Anklage waren weiter die zahlreichen Verdächtigungen gegen Fachkollegen. Die entsprechenden Behauptungen Reinerths und seiner Untergebenen wurden allerdings nur soweit beanstandet, als sie „alte Parteigenossen" betrafen. Es fiel der Name Apffelstaedt. Nur einmal stießen die Parteirichter bis zum Kern der Vorwürfe vor, die Reinerth schon elf Jahre lang gemacht worden waren, und dies geschah, als man ihn beschuldigte, „daß er seine Machtstellung dazu ausnütze, Erwiderungen der Angegriffenen in der Presse zu unterbinden und sie damit mundtot zu machen". Als Beispiel wurde aber auch hier wieder nur ein Konflikt mit einem „alten Parteigenossen" angeführt[330]. Rosenberg umging in seiner Antwort das grundsätzliche Problem der Wehrlosigkeit der Gegner Reinerths und bezeichnete die „Zusammenstöße" mit Parteianhängern wie Apffelstaedt als „Grenzfälle". Im übrigen meinte er, „gegen die Tatsache der wissenschaftlichen Polemik" sei „auch gar nichts einzuwenden, selbst wenn sie ... hier und da einige Schärfe" annehme[331].

Rosenberg argumentierte, als ob die Professoren Merhart, Jacob-Friesen, Goeßler, Kühn, Unverzagt und Behn, als ob Staatsrat Wiegand, Direktor Bersu und Dr. Kutsch unter der Herrschaft des Nationalsozialismus jemals die Möglichkeit gehabt hätten, auf öffentliche Diffamierung öffentlich zu antworten, als ob sich die Direktoren der Römisch-Germanischen Kommission, der Rheinischen Landesmuseen, die Mitarbeiter an den Trierer und Xantener Ausgrabungen, des Römisch-Germanischen Zentralmuseums und die Vorsitzenden der beiden westdeutschen Verbände für Altertumsforschung gegen die persönliche und berufliche Gefährdung hätten öffentlich wehren können. Er tat, als sei von seinen Funktionären nicht der Vorwurf des bewußten Verschweigens wissenschaftlicher Tatsachen, ja sogar der des nationalen Verrats erhoben worden. Er sah nicht oder wollte nicht sehen, daß sich viele Wissenschaftler sicherlich nicht bedenkenlos, sondern aus Furcht vor der Verfolgung durch seine

eigene Dienststelle in den „Schutz" der SS geflüchtet hatten. Diese entscheidenden Probleme wurden in dem Briefwechsel zwischen Rosenberg und dem Obersten Parteigericht nicht einmal gestreift; die Namen der Verfolgten wurden nicht genannt und die Institutionen, deren Bestand ständig in Frage gestellt worden war, nicht erwähnt.

Das Oberste Parteigericht der NSDAP war aber nicht nur außerstande, den Opfern der Politik des Amtes Rosenberg Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, es war auch dadurch überfordert, daß es sich, ohne dies eingestehen zu können, mit einem Problem zu befassen hatte, das das Führungs-Chaos des *Führer-Staates* kurz vor dem Ende noch einmal sichtbar werden ließ. Das Oberste Parteigericht sollte im Grunde über die Politik einer obersten Parteidienststelle urteilen. Rosenberg, Reinerth und ihre Prozeßvertreter betonten diesen Gesichtspunkt durchaus und dies nicht nur deshalb, weil sich daraus die treffendsten taktischen Verteidigungsargumente ableiten ließen. In einer Aktennotiz des Amtes heißt es: „Die Punkte der Anschuldigungsschrift gegen Reinerth beziehen sich überwiegend . . . auf Vorgänge und Fragen weltanschaulicher Bedeutung. Für ihre Beurteilung und Entscheidung ist nicht das Parteigericht, sondern allein der Beauftragte des Führers . . . zuständig. — Seine Entscheidung bindet auch das Oberste Parteigericht . . . Die erhobenen Anschuldigungen enthalten Kritik an den Maßnahmen der Dienststelle und selbst an Entscheidungen des Reichsleiters (Amtsenthebung Richthofen, Petersen!). Untragbar erscheint, daß die Partei diese Anschuldigungen nun selbst erhebt . . ."[332]

Das Parteigericht hat in den wenigen Monaten, die der nationalsozialistischen Herrschaft noch blieben, kein Urteil mehr gesprochen. Hätte es dies noch getan, so wäre wohl allenfalls eine Entscheidung in Einzelfragen ergangen. Vielleicht haben einige der Richter das grundsätzliche Problem, das hätte erörtert werden müssen, noch erkannt; vielleicht wurden die Arbeitsbedingungen des sechsten Kriegsjahres auch nur noch als Vorwand benutzt, um einer unbequemen Entscheidung auszuweichen. So endete der Versuch einer vom Amte Rosenberg gesteuerten Vorgeschichtsforschung gleichsam im Nichts. Die institutionellen Fragen blieben unbeantwortet. Was das wissenschaftliche Ergebnis anlangte, so waren selbst nach dem Urteil Alfred Baeumlers „Werke, die den Stand der Forschung hätten verändern können", nicht vorgelegt worden[333]. In der Rückschau fiel der Blick nur auf zwölf Jahre voller Auseinandersetzungen, auf den Kampf von Wissenschaftlern um die methodische Sauberkeit des Faches, aber wiederum auch auf das Chaos der Ämter und Kompetenzen des *Führer-Staates*.

Sechstes Kapitel

DAS FÜHRUNGS-CHAOS IM FÜHRER-STAAT

Als Hitler am 13. Juni 1939 die weitere Verwendung des Begriffes „Drittes Reich" in einem „nicht zur Veröffentlichung" bestimmten Rundschreiben untersagen ließ[1], gab er – gewiß ungewollt – zu erkennen, daß der *Führer-Staat* selbst nach seinen Anschauungen kaum jemals etwas mit den Vorstellungen Moeller van den Brucks oder gar mit den Reichs-Ideen des Mittelalters gemein gehabt hatte. Von jeher mochte es aufmerksamen Beobachtern aufgefallen sein, daß Hitler die Formulierung „Drittes Reich" nur ungern verwendete. Er bevorzugte Ausdrücke wie „Germanisches Reich deutscher Nation"[2] und „Großgermanisches Reich"[3], und wenn darin die Erinnerung an die Zeit der Völkerwanderung beschworen werden sollte, wenn Hitler sich dabei an dem – in dieser Einseitigkeit für ihn typischen – Bilde einer Periode ständiger Eroberungszüge orientierte, so kennzeichnete er das von ihm geschaffene Herrschaftsgebilde durchaus richtig: als Erobererstaat, und zwar als Erobererstaat nicht nur in außenpolitischer, sondern auch in innenpolitischer Hinsicht.

In diesem Herrschaftsprinzip dürfte sowohl eine der Erklärungen für die verworrene und sich ständig ändernde Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems als auch eine Antwort auf die Frage zu suchen sein, wie Hitler seine verhängnisvollen „Erfolge" trotz des Führungs-Chaos zu erringen vermochte. Der Vergleich zwischen der Geschichte einer sogar nur an der Peripherie der Macht angesiedelten Dienststelle, wie sie das Amt Rosenberg war, und der Entwicklung wichtigerer nationalsozialistischer Institutionen ermöglicht es, die Führungsstruktur des Hitler-Staates bloßzulegen und zur Beantwortung der gestellten Frage beizutragen.

Der von den *Einsatzgruppen* des SD ausgeführte Massenmord unter der Zivilbevölkerung Polens zeigte von den ersten Kriegstagen an, daß es Hitler nicht um „nationale" Ziele, sondern um die Herrschaft der sogenannten „Herren-Rasse" über die Unterworfenen ging. Hitler hat bei der praktischen Verwirklichung dieses „Programms", dessen Prävalenz durch die Beobachtung der in der Praxis chaotischen (und darum die zerstörerische Wirkung nicht abschwächenden, sondern verstärkenden) Durchführung in keiner Weise in Abrede gestellt werden darf, möglicherweise auch deshalb so wenig Widerspruch unter seinen Gefolgsleuten erfahren, weil diese schon lange daran gewöhnt worden waren, daß auch das innenpolitische System des *Führer-Staates* vom Prinzip des Eroberrechtes bestimmt wurde. Bereits Jahre vor dem Beginn der Besetzung und Ausraubung fremder Länder war es für die höchsten Parteiführer und Minister zum täglichen Erlebnis geworden, daß im Staate Hitlers die meisten Kompetenzen im Machtkampf erstritten, viele Befugnisse mit Mühe oder Gewalt errungen und eine große Zahl von Rechten und Funktionen zäh gegen mehrere andere Konkurrenten verteidigt werden mußten. Ein *Führerbefehl* wurde oftmals erschlichen, die mitbetroffenen Machtträger wurden allenfalls sporadisch konsultiert, in vielen Fällen handelte es sich um Usurpations-Akte. Dabei kehrte sich neben vielem anderen auch das Verhältnis von Befehlsgeber und Befehlsempfänger um; der „Empfänger" war der Sieger und der Begünstigte, denn ihm war „befohlen" worden, wonach er schon lange strebte. Der Befehlsgeber, also Hitler,

war kaum noch der Bestimmende, wenngleich natürlich der Hauptverantwortliche für die ständige Verwirrung der Kompetenzen.
Auch Alfred Rosenberg, persönlich ein „Theoretiker" und zum Machtkampf weder willens noch veranlagt, hat es allmählich gelernt, sich an diesen inneren Auseinandersetzungen zu beteiligen und sich darin zu behaupten. Die Tatsache, daß er auf Grund des vage formulierten Führerauftrages vom 24. Januar 1934 seine Dienststelle bis zum Ende zu erhalten vermochte, ist nicht nur seiner Zähigkeit, sondern auch seiner zunehmenden Fähigkeit zu verdanken, sein Verhalten den Regeln des Erobererrechts anzupassen. Daß er einen unklar formulierten Auftrag überhaupt übernahm, ja daß er diese Formulierungen wahrscheinlich sogar selbst entwarf und sich nur von dem dabei auf seine eigenen Interessen bedachten Ley „beraten" ließ, deutet darauf hin, daß er aus den Erfahrungen der „Kampfzeit" damals noch nichts gelernt hatte. Er erkannte auch nicht, daß er selber gar keine klare weltanschauliche Konzeption besaß, daß seine Ideologie nur aus vagen Vorstellungen bestand; er ersah dies auch keineswegs daraus, daß seine Dienststelle für die Fragen des Antisemitismus und der Rassenpolitik als den beiden wichtigsten Bestandteilen der nationalsozialistischen Weltanschauung gar keine eigenen Abteilungen hatte. Er empfand es nicht als erstaunlich, daß das wichtigste machtpolitische Organ der Dienststelle des offiziellen Weltanschauungs-Beauftragten der NSDAP ausgerechnet in einer Theaterbesucher-Organisation (NS-Kulturgemeinde) bestand. Der Übernahme des mit Hilfe von Ley errungenen Führerauftrages folgten die Jahre, in denen derselbe Ley diesen Auftrag auszuhöhlen versuchte, weil er erst jetzt gewahr wurde, daß er in der Dienststelle Rosenberg ein zweites Schulungsamt und einen Konkurrenten um den Einfluß auf das Korps der mittleren und unteren Funktionäre geschaffen hatte.
Das Jahr 1937 bezeichnete eine Zäsur in der Geschichte des Amtes Rosenberg, weil die Theaterbesucher-Organisation als Folge des Machtkampfes mit Ley und Goebbels aufgelöst werden mußte. Das Jahr 1937 war zugleich die Zeit der Wende in Rosenbergs Bemühungen, Einfluß auf die Vorgeschichtsforschung zu erlangen. Insbesondere die Politik des von ihm stets gedeckten Abteilungsleiters Professor Reinerth hatte soviel Verbitterung unter den deutschen Prähistorikern erregt, daß das Amt fortan außerstande war, nennenswerten Einfluß auf das Fachgebiet auszuüben. Der Aufschwung der entsprechenden Abteilungen der SS-Wissenschaftsorganisation *Das Ahnenerbe* geht wesentlich auf das Versagen des Amtes Rosenberg, zugleich aber auch auf den Terror zurück, den es auf Außenstehende auszuüben vermochte. Der Zeit der Niederlagen folgte bis 1939 eine Periode der Stagnation; die Dienststelle war im wesentlichen auf eine publizistische Tätigkeit beschränkt; es gelang ihr nicht einmal, regelmäßige Schulungskurse abzuhalten. Dennoch war sie bei anderen Dienststellen, besonders im Reichserziehungsministerium, gefürchtet und als Störfaktor geachtet. Erst der Ausbruch des Krieges ermöglichte einen Wandel, wenngleich es sich auch hier nicht um grundsätzliche Veränderungen handelte. Der Beginn der Kampfhandlungen schuf noch einmal eine ähnliche Situation wie zur Zeit der Machtergreifung, neue Dienste wurden benötigt, neue Territorien galt es zu verwalten, und auch im Amte Rosenberg erkannte man die Zeichen der Zeit. Der erste Versuch, die neue Lage auszunützen, um der Dienststelle neue Befugnisse durch Einrichtung der sogenannten „Wehrmachtsschulung" zu beschaffen, scheiterte zwar zunächst am Desinteresse der Truppe, um später ab 1941 und besonders ab 1943 zu einigen

neuen Befugnissen zu führen. Ein Antrag, Hitler möge dem Amte Rosenbergs nunmehr Weisungsrechte gegenüber allen kulturpolitischen Dienststellen in Staat und Partei übertragen, blieb ohne Erfolg. Vermutlich, weil der Antrag erneut auf die Probleme des Amtes aufmerksam gemacht hatte, gelang Rosenberg am 29. Januar 1940 zum ersten Male ein regelrechter Usurpations-Akt, wie er sonst nur Ley, Goebbels oder Himmler zu glücken pflegte. Hitler unterschrieb den Erlaß über die vorbereitenden Arbeiten zur künftigen Errichtung der Partei-Universität *Hohe Schule*; der Reichserziehungsminister wurde hintergangen.

Sechs Monate später, am 1. Juli 1940, bat Rosenberg um die Erlaubnis, sich am Kulturraub in Frankreich beteiligen zu dürfen; der Schritt zum Verbrechen war vollzogen, aber Rosenberg nahm ihn nicht mehr als solchen wahr. Sein *Einsatzstab* dehnte die Plünderungszüge in den folgenden Jahren auf alle besetzten Gebiete Europas aus. Er wurde zum „erfolgreichsten" Unternehmen der Dienststelle. Aus der Verfolgung der führenden zeitgenössischen Künstler seit dem Jahre 1927 wurde die Vernichtung eines großen Teiles ihrer Werke im Jahre 1939 und die Zerstörung des Kunstbesitzes anderer Nationen seit dem Jahre 1940 – eine Entwicklung zur Katastrophe hin, die nicht geplant, deren scheinbar willentlich herbeigeführte Konsequenz aber anscheinend das Ergebnis einer Veränderung des Bewußtseins war, dem ein innerer Zwang zur ständig fortschreitenden Radikalisierung eigen gewesen zu sein scheint. Das von Hitler geförderte System des Erobererstaates barg diese Tendenz zur Zerstörung von Anfang an in sich und sie wurde schließlich zur einzigen konsequent durchgehaltenen Linie in der inneren und äußeren Entwicklung des *Führer-Staates*.

Auch in persönlicher Hinsicht läßt sich die zerstörerische Folgerichtigkeit in der Entwicklung Alfred Rosenbergs nicht bestreiten. Daß er selbst diesen Weg vorhergesehen hat, dürfte fraglich sein, aber das, was er schließlich unter anderem durch den Einsatzstab hat tun lassen, zeigt die Brüchigkeit etwaiger Vorsätze. Sicherlich nicht gewollt hat er die Verbrechen, die in den besetzten Gebieten der UdSSR geschahen, in Gebieten, für die er juristisch als Chef der Zivilverwaltung zuständig war, ohne doch, da er sich auf die Übernahme dieses Postens bei Übergabe der Polizeigewalt an den ihm als gewalttätig bekannten Himmler eingelassen hatte, die Verbrechen direkt verbieten zu können. Dies und die Taten des Einsatzstabes brachten ihm das Nürnberger Todesurteil ein. Er starb am Galgen, weil er sich als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete nur „gelegentlich gegen die von seinen Untergebenen begangenen Ausschreitungen und Grausamkeiten" gewandt und es mit angesehen hatte, daß „diese Ausschreitungen und Grausamkeiten ... ihren Fortgang" nahmen, während er „bis zum Ende im Amt" blieb[4]. Es soll hier nicht nach den juristischen Grundlagen dieses Richtspruches gefragt werden. Aber es ist bezeichnend, daß Rosenberg an den Verbrechen aus innerer Schwäche teilgehabt hatte, einer Schwäche, die ihn auch daran hinderte, der Radikalisierung im Bereich der Kunstpolitik Einhalt zu gebieten, als ihm gelegentlich dies oder jenes Bedenken kam.

Rosenberg war persönlich ein schwer zugänglicher, wenig anpassungsfähiger Mann ohne Menschenkenntnis; er hatte auch keineswegs den Charakter, der ihn zu den Verbrechen prädestinierte, an denen er teilnahm, aber es muß Faktoren in seinem Bewußtsein gegeben haben, die das ethische Regulativ, das man bei Menschen seiner Herkunft und Erziehung voraussetzen darf, ausgeschaltet haben. Vermutlich war

sein Weg eine Bestätigung der von ihm verachteten Umwelt-Theorien; vermutlich ist das Vorbild der rücksichtslosen politischen Methoden innerhalb der Führungsgruppen der NSDAP nicht ohne Einfluß auf sein Verhalten geblieben; er muß schließlich selbst bemerkt haben, daß er Befugnisse und Kompetenzen nur auf dem Weg der Eroberung und im Kampf gegen andere Parteiführer erringen konnte. Der Gedanke des „Rechts an sich" wurde aber nicht nur in der täglichen Praxis des Nationalsozialismus mit Füßen getreten, er war auch von Rosenberg selbst in aller Form zurückgewiesen worden. Einen Schlüssel zu seinem Verhalten stellt auch die „Erkenntnis-Theorie" dar, auf der der „Mythus des 20. Jahrhunderts" aufbaut. Die Hypothese von der der nordischen Rasse eigenen „Organischen Wahrheit", die Behauptung von der Unfähigkeit dieser Rasse zur Lüge und von der Lüge als der „Organischen Wahrheit" der „jüdischen Gegenrasse"[5], dieses Postulat eines unbeschränkten Erobererrechts für die eigene ethnische Gruppe — das alles mag das Abgleiten Alfred Rosenbergs in den Bereich des Verbrechens erleichtert haben. Die Verantwortung für die persönliche Entscheidung wird ihm deshalb nicht abgenommen.

Alfred Rosenberg hat sein Ziel, die kulturpolitische Entwicklung im nationalsozialistisch regierten Deutschland maßgeblich zu bestimmen, nicht erreicht, weil die von ihm vertretene Form der Ideologie von Hitler und den mächtigeren Parteiführern und Ministern so wenig als verbindlich anerkannt wurde wie irgendeine andere. Er ist darüber hinaus an seiner politischen Ungeschicklichkeit gescheitert. Weil einer der Gründe für diesen „Mißerfolg" aber auch in dem Chaos der Ämter und Kompetenzen, das sich andere Funktionäre durchaus zunutze zu machen verstanden, begründet lag, werden die Führungsverhältnisse im Staate Hitlers an dem politischen Schicksal Rosenbergs in allgemeinerer Hinsicht deutlich.

Der Nationalsozialismus trat seine Herrschaft unter der Losung der „Nationalen Konzentration" an. Sämtliche Parteiführer waren bis zum bitteren Ende bemüht, den Anschein einer „unerschütterlichen Kameradschaft", einer „restlosen Übereinstimmung" und einer „unbeirrbaren" Zielsicherheit in ihrem politischen Handeln zu erwecken. Die „im Erlebniswillen gleichgerichtete Volksgemeinschaft"[6] hatte den „Parteihader" der „Systemzeit" abgelöst. Alfred Rosenberg erklärte: „Die deutsche Nation ist eben drauf und dran, endlich einmal ihren Lebensstil zu finden ... Es ist der Stil einer marschierenden Kolonne, ganz gleich, wo und zu welchem Zweck diese marschierende Kolonne auch eingesetzt sein mag."[7] Die nationalsozialistische Behauptung von der monolithischen Geschlossenheit des Führerkorps war von Anfang an unwahr. Niemals in der deutschen Geschichte war der „Parteihader" heftiger, der gengenseitige Haß der Verantwortlichen größer, die charakterliche und materielle Korruption verbreiteter und der Staat verwirrender organisiert als zur Zeit der Regierung Hitlers.

Gewiß wird man einschränkend einzufügen haben, daß es in jedem Staat und in jeder Partei andauernde Kompetenz- und Machtkämpfe gibt, und daß jede Regierung und jede Partei bemüht ist, interne Streitigkeiten vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Gleichwohl besteht eine Reihe von Gründen, die den inneren Gegensätzen des nationalsozialistischen Systems einen spezifischen Charakter verleihen. Die Verfassungsstaaten der Neuzeit gehen von der Voraussetzung der beschränkten Einsichtsfähigkeit des Einzelwesens aus. Sie beanspruchen nicht „das Recht auf den ganzen Menschen"[8]. Sie treten nicht mit dem Anspruch der politischen

Allwissenheit auf, sie haben keinen „Führer", der „das Recht" schafft. Demokratische Parteien und Staaten liberaler Tradition haben es nicht nötig, sich ständig den Anschein völliger Geschlossenheit zu geben; gerade das Recht auf den menschlichen Irrtum wird in ihnen als eines der unveräußerlichen Elemente der persönlichen Freiheit anerkannt. Infolgedessen gehört zu den politischen Kampfmitteln solcher Parteien und Staaten auch der Appell an die Öffentlichkeit. Wenn schon Regierungen und Koalitionen versuchen, den Anschein der Geschlossenheit zu erwecken, und wenn sie es möglichst vermeiden, Irrtümer einzugestehen, so sind Organe der Presse und die parlamentarische Opposition bemüht, den jeweils Herrschenden ihre Schwächen nachzuweisen. Die oligarchischen Strukturen, die sich auch in parlamentarischen Staaten in neuerer Zeit auf Grund von Monopolstellungen der Massenkommunikationsorgane und der unkontrollierten Übernahme des Leistungsprinzips in alle Bereiche bilden, seien nicht verkannt; gerade dem damit in Zusammenhang stehenden Öffentlichkeitsverlust müssen aber als warnendes Beispiel die Verhältnisse im Dritten Reich entgegengehalten werden.

Die Möglichkeiten des oppositionellen Appells an die Öffentlichkeit fehlten dem Regime Hitlers, und darin lag eine der wesentlichsten Ursachen für die ständigen inneren Machtkämpfe begründet, denen jede verfassungspolitische Grenze fehlte. Da es keine Stelle gab, bei der Staatsbürger gegen einen Parteiführer und ein Parteiführer gegen den anderen Recht bekommen konnte, wenn der Diktator (aus noch zu erörternden Gründen) die Entscheidung verweigerte, und da zugleich die Möglichkeit einer öffentlichen Diskussion fehlte, wucherten Ämter und Kompetenzen in zunehmend unübersehbarer Weise durcheinander. Die faktische Wehrlosigkeit des jeweils unterlegenen Parteiführers war geeignet, die Erbitterung noch zu steigern. Die maßgebenden Parteigenossen waren persönlich in vielen Fällen sogenannte „Idealisten"; sie hatten zwar meist in ihrem Zivilberuf wenig Erfolg gehabt, wobei äußere Umstände (durchschnittlich waren sie sehr jung und aufgewachsen in Zeiten der wirtschaftlichen Schwäche) mitgespielt haben mögen. Streitsucht und Haß waren ihnen nicht angeboren, aber die künstliche Zerrissenheit des Führungssystems provozierte solche Gefühle ständig aufs neue.

Die Parteiführer scheinen eine geradezu panische Furcht davor gehabt zu haben, sich für ihre Herrschaftspraktiken vor der Öffentlichkeit verantworten zu müssen. Rosenberg konnte es daher zum Beispiel nicht wagen, Ley vor einem öffentlichen Gericht auf Zahlung der drei Millionen RM zu verklagen. Er war gezwungen, ein Geheim-Verfahren vor dem Obersten Parteigericht anzustrengen, einem Gremium, das in diesem Fall Hitler befragen mußte, der dann eine Eröffnung des Prozesses gar nicht zuließ. Ein weiteres Beispiel: Bormann warnte ständig davor, daß die Streitigkeiten zwischen Ley und Rosenberg „nach unten" bekannt werden könnten. Die Tatsache der Existenz zweier Schulungsämter, das dürfte Rosenberg ebenso gewußt haben wie andere hohe Funktionäre, hätte vor der Öffentlichkeit nicht verteidigt werden können. Das gleiche galt von den zahllosen Einzel-Auseinandersetzungen, angefangen von den Konflikten um die Finanzierung der Dienststelle eines *Beauftragten des Führers* aus Mitteln, die gar nicht der Partei-Kontrolle unterlagen, über die Vertragsverletzungen, insbesondere Leys, bis zu den Maßnahmen, die gegen die Prähistoriker ergriffen wurden. Niemand durfte davon erfahren, daß die „Entscheidungen" Hitlers in zahlreichen Fällen, wo sie dringend erforderlich gewesen wären, ausblieben, und daß sie da, wo sie gefällt wurden, vielfach

undurchdacht waren. Das Versagen der Dienststelle des sogenannten *Stellvertreters des Führers* vor der Amtsübernahme Bormanns mußte gleichfalls geheimgehalten werden. Die Öffentlichkeit wurde nur benutzt, um Anschuldigungen gegen bestimme Persönlichkeiten, zum Beispiel Hochschullehrer, vorzubringen, wobei eine einzelne Parteidienststelle gleichzeitig den Versuch unternehmen konnte, die gesamte Partei gegen diese Person festzulegen und die Gestapo, wenn sie den Fall nicht von sich aus verfolgte, ebenfalls in die Rolle des Angeklagten zu drängen[9]. Aber als Feld der sachlichen Auseinandersetzung und der schöpferischen Diskussion wurde die Öffentlichkeit nicht begriffen.

Unbeeinflußt von jeder öffentlichen Kontrolle, frei von jeder Rücksicht auf öffentliche Kritik, aber auch ständig bedroht von der eigenen Rechtlosigkeit gegenüber den jeweils mächtigeren Konkurrenten und Gegnern als Folge dieser Erscheinung, hatte sich nicht nur die Dienststelle des *Beauftragten des Führers* innerhalb des verwirrenden Netzes der Ämter und Kompetenzen zu behaupten. Auch Robert Ley, der im Vergleich zu Rosenberg ungleich mächtigere Parteiführer, besaß nur unklare Befugnisse gegenüber den Gauleitern, konnte sich in vielen Fällen nicht gegenüber der Industrie durchsetzen und mußte sich die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der höheren Funktionäre durch die Parteikanzlei Bormanns abnehmen lassen[10]. Himmler hatte Rosenberg beim Aufbau seiner Wissenschaftsorganisation immerhin als Störfaktor zu berücksichtigen; selbst Goebbels konnte ihn nicht ganz übergehen.

Es erscheint geboten, dem Einwand zu begegnen, daß die Entwicklung des Amtes Rosenberg allein noch keine allzu weitreichenden Schlüsse auf die Machtstruktur des Regimes erlaubt, weil Kultur und Weltanschauung nicht die entscheidendsten Gebiete der Politik bestimmten und weil sie gerade unter nationalsozialistischen Funktionären als peripher angesehen worden sein mögen. Der Einwand wird hinfällig durch die Tatsache, daß sich der Eindruck eines allgemeinen Chaos der Dienststelle und Befugnisse auch für zahlreiche andersartige Bereiche ergibt, wie alle Einzel-Untersuchungen zeigen. Das gilt auch für so wichtige Gebiete wie etwa die Rüstungswirtschaft. Der Bericht des Generals Georg Thomas, des Chefs des *Wehrwirtschafts- und Waffenamtes* des Oberkommandos der Wehrmacht, zeigt „den Ausbau des für Hitler so typischen ‚dualistischen' Systems der Parallelinstanzen auf diesem Gebiet in den Jahren vor dem Krieg und seine Auswirkungen im Spannungsfeld der Kompetenzen und Ressortinteressen: Reichskriegsministerium (OKW) gegen Wehrmachtteile, Wehrwirtschaftsstab gegen Waffenämter, militärische Organisation gegen Waffenämter. Die Konsequenzen dieses Systems und der sich jagenden Anforderungen für die Wirtschaft werden deutlich: Überorganisation und Überhitzung bereits vor dem Krieg."[11] Ähnliche Zustände herrschten in der Außenpolitik. Neben dem Auswärtigen Amt von Neuraths gab es das Büro Ribbentrop, das Außenpolitische Amt Rosenbergs, die Auslandsorganisation Bohles und das Propagandaministerium mit seinen Ansprüchen auf die Auslandspropaganda. Das Außenpolitische Amt spielte nur einmal, bei der Vorbereitung des Norwegen-Feldzuges, eine Rolle und brauchte nicht weiter berücksichtigt zu werden, um so heftiger waren die Auseinandersetzungen zwischen den übrigen Stellen. Ribbentrop besiegte nach und nach alle Konkurrenten. Er löste Neurath im Februar 1938 als Außenminister ab, verdrängte daraufhin Bohle wieder aus dem Auswärtigen Amt und entriß Goebbels am 8. September 1939 durch einen Führer-Befehl die Auslandspropaganda,

ohne daß damit jenes Kapitel in der „Behördengeschichte des Dritten Reiches, das für hysterische Streitbarkeit, scheelen Neid, kurzsichtigen Eigensinn und engstirnigen Ressortgeist beispielhaft" genannt worden ist, abgeschlossen gewesen wäre[12]. Bevor Ribbentrop Außenminister wurde, gab es zwei entgegengesetzte Arten deutscher Fernost-Politik: Ribbentrop betrieb das Projekt des Antikomitern-Paktes mit Japan, der sich im entscheidenden Moment als „die wirkungslose Allianz" erwies; Neurath bekämpfte währenddessen die japanische Invasion Chinas durch einen 100-Millionen-Vertrag über Waffenlieferungen. Im Gegensatz zur Dienststelle Ribbentrops vertrat das Auswärtige Amt die Ansicht, daß Japan die „Konsolidierung Chinas" verhindere, „damit [die] Ausbreitung [des] Kommunismus in China" fördere und „letzten Endes [die] Chinesen in [die] Arme Rußlands" treibe[13].
Nicht anders verhielt es sich in weiten Bereichen der inneren Politik. Die Folgen der dauernden Einmischung zahlreicher Parteidienststellen in die Verwaltung hat man treffend als die „fortschreitende parasitäre Zersetzung eines überkommenen Obrigkeitsstaates" bezeichnet[14]. Ein Referent des für diese Zersetzung mitverantwortlichen Staatssekretärs Lammers sah seine Aufgabe in „der Rettung des vorläufig noch organisierten Chaos"[15]. Der Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, warnte Lammers und Göring, daß der Staatsapparat bei fortschreitender Entwicklung wohl „atomisiert" werden würde[16].
Die Erscheinungen im Hochschul- und Bildungswesen sind in gleicher Weise bezeichnend. Die Hitler-Jugend durfte sich in den Aufgabenbereich des Reichserziehungsministeriums ebenso ungehindert, wenngleich meist mit lediglich zersetzender Wirkung einmischen wie das Amt Rosenberg. Der Usurpation eines Führer-Auftrages zur Gründung der Parteiuniversität *Hohe Schule* durch den Parteiideologen im Januar 1940 war ein ähnlicher Vorgang drei Jahre zuvor vorausgegangen, als Schirach hinter dem Rücken Rusts ein eigenes HJ-Gymnasial-System, die sogenannten *Adolf-Hitler-Schulen* errichtet hatte. Auch die SS konnte ihre „Wünsche" an das Erziehungsministerium herantragen. Einzelne Beamte wurden wie in den Zeiten feudaler Herrschaft durch „Schutzbriefe" des einen Parteiführers der Verfolgung durch den anderen entzogen. Innerhalb dieses Chaos konnte es dann zu der paradoxen Erscheinung kommen, daß Himmler, der Führer des radikalen Flügels der Staatspartei, zum Schutzherrn einer im Prinzip sachlichen und ideologiefeindlichen Forschung wurde, ohne daß er dessen in vollem Umfange gewahr geworden wäre. Die SS selbst war ihrerseits alles andere als eine einheitliche und straff geführte, „monolithische" Organisation, sondern ein durch zahlreiche Parteiungen gespaltenes, von einem Gewirr vertikaler und horizontaler Befehlsstränge durchzogenes Gebilde, ein Unternehmen, das unter anderem Tötungsfabriken, Polizei, reguläre Truppen-Einheiten, Industriezweige, Wissenschaftsorganisationen, Verlage und Entbindungsheime zusammenzufassen versuchte, so daß Himmler am Ende selber die Übersicht verlor, als er außerdem noch Reichsinnnenminister, Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresgruppe „Weichsel" geworden war[17].
Die Frage nach den Gründen für die Entstehung dieses Systems ist in der Forschung verschieden beantwortet worden. Eine Reihe von Erscheinungen lassen sich mit der von Ernst Fraenkel entworfenen Theorie vom „Doppel-Staat" erklären. Fraenkel wies an der Entwicklung der Rechtsprechung unter dem nationalsozialistischen Regime nach, auf welche Weise die Normen des liberalen Rechtsstaates allmählich ausgehöhlt wurden. Die Grundsätze, welche unter anderem aus der nicht offiziell

aufgehobenen Weimarer Verfassung abgeleitet worden waren, wurden noch zum Teil angewandt. Aber es mehrten sich die Urteile, welche dem neuen, „totalitären" Denken entsprachen[18]. Die Erkenntnisse Fraenkels lassen sich auch auf den allgemeinen Staatsaufbau anwenden. Die Machtkämpfe wären dann als Ausdruck einer fortschreitenden Überlagerung des traditionellen Staatsapparates durch Parteiinstitutionen anzusehen. Diese Theorie würde sicherlich den Absichten Rosenbergs entsprechen. Der *Beauftragte des Führers* erstrebte das Weisungsrecht gegenüber dem Erziehungsministerium, weil er die staatliche Behörde zur ausführenden Instanz erniedrigen wollte. Hitlers Parole „Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen unserem Staat" läßt die gleiche Tendenz erkennen, wenngleich die Formel nur einmal gebraucht und später nur noch von Staatsrechtslehrern und Publizisten, nicht aber vom *Führer* selbst wiederholt wurde[19]. Die Zersetzung des überkommenen Staatsapparates durch die Parteidienststellen ließe sich in gleicher Weise erklären.
Unbeantwortet bleibt jedoch die Frage, warum diese Zersetzung „parasitär" vor sich gehen mußte, warum ihr jede Planmäßigkeit abging. Der „Staat" blieb infolge der fehlenden Systematik dieser Überlagerungs-Versuche in vielen Fällen doch der Sieger gegenüber der „Partei"; als Beispiel ließe sich in unserem Zusammenhang das Schicksal des Rosenbergschen Reichsinstituts-Planes nennen. Das gleiche würde sich auch für den übrigen Bereich der Hochschulpolitik zeigen lassen; die Partei konnte dort nur hinsichtlich der Durchführung „negativer" Maßnahmen, etwa bei der Vertreibung der *nicht-arischen* Dozenten und Studenten, einen Dauer-„Erfolg" verbuchen. Sogar der Beginn der Planung für ein deutsches Atombomben-Programm wurde durch die Kompetenz-Zersplitterung zwischen dem Reichserziehungsministerium (Rust) und dem Beauftragten für den Vierjahresplan und Vorsitzenden des Reichsforschungsrates (Göring) bis zum Jahresende 1942 verzögert[20]. Die Theorie vom „Doppel-Staat" korrespondiert mithin weitgehend mit den laut geäußerten Absichten Hitlers, den Vorhaben Rosenbergs und zahlreichen Einzelerscheinungen in der Wirklichkeit jener Jahre. Der Diktator hat die entsprechenden Grundsätze aber niemals nach konsequentem Plane angewandt. Es wurde nur die eine „Maßnahme" getroffen und die andere rückgängig gemacht; warum das geschah, bleibt offen.
Mit der in der Einleitung erwähnten, unter anderen von Karl Dietrich Bracher vertretenen Theorie, daß Hitler die Macht vorsätzlich geteilt habe, um keine Rivalen aufkommen zu lassen und sich selbst die Rolle des „supremus arbiter" zu erhalten[21], können zweifellos eine Anzahl von Erscheinungen innerhalb des *Führer-Staates* erklärt werden. Dies um so mehr, als der genannten These auch ein zeitgenössischer Beobachter beipflichtete. Dieser, der schon vor 1933 aus der NSDAP wieder ausgeschiedene Gauleiter Krebs, glaubte, die Ansichten Hitlers zu den internen Auseinandersetzungen rückblickend „ungefähr folgendermaßen formulieren" zu können: „Machtkämpfe auf der unteren Ebene verhindern am besten die Bildung einer gemeinsamen und geschlossenen Opposition gegen die Zentralleitung. Sie sind daher eher nützlich als schädlich und sollten sich selbst überlassen, in gewissen Fällen sogar heimlich gefördert werden. Sofern das ausnahmsweise nicht möglich sein sollte, ist die Entscheidung ohne Rücksicht auf die Rechtslage zugunsten des Stärkeren zu fällen, also des Mannes mit den kräftigeren Ellenbogen und den dickeren Gewissensschwielen."[22]
In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, welche Auffassungen von hohen und

höchsten Funktionären zum Phänomen der Ämterkonkurrenz, dem größten Hindernis des täglichen Dienstbetriebes, vertreten wurden. Diese Frage ist in der Forschung aus nicht zufälligen Gründen noch nicht gestellt worden: die Akten geben darüber nur selten Auskunft, und wenn, dann an Stellen, an denen man es nicht vermuten sollte. Die Funktionäre scheuten davor zurück, sich schriftlich zu diesem Thema zu äußern, zumal bereits eine Diskussion dieser Fragen eine grundsätzliche Kritik an Hitler darstellte, indem sie den Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit offenlegte. Das Thema war „tabu". Man sieht dies auch etwa daran, daß Rosenberg niemals Hitler, den Hauptschuldigen, für seine Probleme im Machtkampf verantwortlich zu machen wagte. Der Parteitheoretiker war im Gegenteil selbst im Schriftverkehr mit Heß bemüht, die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß lediglich die höheren Parteiführer die Schuld an den Auseinandersetzungen trügen, während die Führungsqualitäten Hitlers nie in Zweifel gezogen wurden. Um ein Beispiel zu nennen: zur Zeit der Diskussionen um die Weisungsrecht-Forderung schrieb Rosenberg an Heß, daß er die erbetene Vollmacht benötige, um sowohl gegenüber „außenstehenden Stellen ... als auch im Innern der Partei selbst unnütze und in keiner Weise berechtigte Kompetenzkonflikte zu überwinden". Hitler wurde beschönigend als derjenige genannt, der die Vollmacht „gerne" ausstellen wolle. Ley zeigte ein ähnliches Verhalten. Er erklärte einmal, es sei notwendig, „daß die beiden uns vom Führer erteilten und klar umrissenen Aufträge ebenso klar und folgerichtig zur Auswirkung kommen". Dabei hatte der zwölfjährige Konflikt zwischen den beiden Parteiführern seinen Grund gerade darin, daß beider Vollmachten unklar formuliert worden waren und sich zweifellos überschnitten. Aber dies durfte nicht ausgesprochen werden[23].

Unter diesen Umständen haben nur wenige Funktionäre den Mut gefunden, sich über das auffälligste Strukturmerkmal des nationalsozialistischen Staatsaufbaus zu äußern. Einige Bemerkungen zu diesem Thema sind wohl gemacht worden, aber es fehlt die Fülle der Denkschriften, die man angesichts eines so schwerwiegenden Problems in einem „normalen" Staat erwarten dürfte. Goebbels hat die Frage einmal in einer Tagebuchnotiz erörtert: „Wir leben in einem Staatswesen, in dem die Kompetenzen sehr unklar verteilt sind. Daraus entwickeln sich die meisten Zwistigkeiten unter den führenden Personen wie unter den führenden Behörden ... Die Folge ist eine völlige Direktionslosigkeit in der deutschen Innenpolitik ..."[24] In einem Aktenstück aus dem Büro Ribbentrop wird berichtet, der APA-Pressechef Dr. Bömer habe gegenüber einem Vertrauten des Botschafters gesagt, man „müsse ... die vom Führer geübte Taktik berücksichtigen, zur Erreichung bestimmter Ziele gleichzeitig mehrere Kräfte einzusetzen"[25]. Dazu paßt die Aussage des Generals Thomas, daß Fritz Todt, der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, „das Parallelarbeiten der Rüstungsinspektionen und Wehrkreisbeauftragten für nützlich hielt und [daß] nach seiner Ansicht sich der Bessere und Stärkere schon durchsetzen würde"[26].

In einer Denkschrift, die ein hoher Amtsträger der Gauleitung Weser-Ems verfaßte, wurde das Problem etwas gründlicher erörtert als in den vorher erwähnten Bemerkungen. Der Verfasser widmete der Frage einen ganzen Abschnitt und wählte für diesen die bezeichnende Überschrift: „Auskämpfen oder Aufgabenabgrenzung". Dann schrieb er: „Das Prinzip des Wachsenlassens, bis der Stärkere sich durchgesetzt hat, ist sicherlich das Geheimnis der geradezu verblüffenden Entwicklung und Leistung der Bewegung ..." Der Grundsatz werde aber nur bei gleichartiger Charak-

teranlage der jeweiligen Gegner zum Erfolge führen. „Wenn jedoch der eine Partner Charakter besitzt, der andere aber aus charakterlicher Schwäche um so raffinierter und schlauer vorgeh, dann wird der letztere meistens Sieger sein." Der Funktionär war der Ansicht, daß man nach dem nunmehr vollzogenen Abschluß der „Aufbauzeit" der Partei – die Denkschrift ist zwischen 1935 und 1943 entstanden – bestrebt sein müsse, „Begriffsklarheit über den organisatorischen Aufbau zu schaffen und die Abgrenzung der Zuständigkeiten genau festzulegen"[27].

Wenn Hitler von keinem der Funktionäre, die sich zu den erwähnten Fragen überhaupt zu äußern wagten, die Absicht der Machtteilung aus Eigeninteresse unterstellt wurde, so beweist dies gewiß nichts gegen deren Vorhandensein. Hitler war ganz zweifellos bemüht, sich selbst die Funktion des obersten Schiedsrichters[28] zu erhalten und versuchte sicherlich auch, potentielle Rivalen, soweit dies die Verhältnisse zuließen, zu schwächen. Die entscheidende Frage ist aber die, ob Hitler seinen Grundsätzen planmäßig folgte, ob dies überhaupt möglich war, und ob er aus einfachen machtpolitischen Überlegungen eine Art von Herrschaftstheorie entwickelte und sie systematisch anwandte. Diese Frage, so scheint es, muß verneint werden.

Das Ämter-Chaos des Dritten Reiches ist wohl in erster Linie eine Folge des wild wuchernden Erobererrechtes im *Führer-Staat*. Der Verlauf der Ley-Rosenberg-Krise von 1936/37 entsprach der von Krebs geprägten Formel. Die Vorgänge um die Weisungsrecht-Forderung 1939–1940 zeigten das gleiche Bild. Hitler fügte sich der stärkeren Partei, welche in diesem Falle aus den gegen Rosenberg vereinten Funktionären und Ministern bestand[29]. Um dem Faustrecht zum Sieg zu verhelfen, bedurfte es keiner ausgearbeiteten Theorie. Der *Führer* übertrug seine vulgär-darwinistischen Anschauungen möglicherweise auf die Praxis des Staatslebens. Er praktizierte – vermutlich unreflektiert – so etwas wie einen „Ämter-Darwinismus", das heißt er handelte etwa aus dem Empfinden heraus, daß die „bessere" und „stärkere" Dienststelle sich im allgemeinen „Lebenskampf" von selbst durchsetzen werde[30].

Aber es wird davor zu warnen sein, solche Theoriebildungen zu weit zu treiben. Die Gefahr, die Vulgarität der politischen Handlungsweise Hitlers und zahlreicher Funktionäre durch nachträgliche Systematisierung künstlich zu rationalisieren, ist offenkundig. Walter Petwaidic, der als Journalist für das Auswärtige Amt tätig war, stellte der Schilderung seiner Erfahrungen die folgenden Sätze voran: „Es ist schwer, die Anarchie zu beschreiben, weil man in die Gefahr gerät, bei der Wiedergabe ein System daraus zu machen ... Der Grundzug der nationalsozialistischen Verwaltungsanarchie war, daß jeder, der sich mächtig genug fühlte, auf seinem Sektor machte, was ihm beliebte."[31] Diese Beschreibung dürfte den Kern der Sache treffen. Petwaidic prägte für die Regierungsform des Nationalsozialismus die Bezeichnung „Autoritäre Anarchie", ein Terminus, dessen innere Widersprüchlichkeit mit der Wirklichkeit des *Führer-Staates* übereinstimmt.

Hitler mag persönlich bestimmte Grundsätze für richtig gehalten und geglaubt haben, daß das „System" der Ämter-Konkurrenz seine Machtstellung stärke und sogar den Erfolg seiner Partei im ganzen fördere. Aber diese „Theorie" wurde doch so inkonsequent und widersprüchlich angewandt, daß man bei Hitler mehr von instinktiv befolgten Verhaltensweisen als durchdachten und rationalen Plänen sprechen sollte. Der erste Widerspruch zum Grundsatz der Aufteilung der Macht zeigte sich bereits in der Tendenz, den Stärkeren zu begünstigen. Zu diesen vielfach Begünstigten gehörte zum Beispiel Himmler. Der Reichsführer SS vereinigte zuletzt eine solche

Machtfülle in seinen Händen, daß es ihm möglich gewesen wäre, Hitler zu stürzen, wenn er nur gewollt hätte. Der Diktator hat ständig auch Dinge getan, die seine eigene Machtstellung beeinträchtigen konnten. Von der Praxis der Kompetenzaufsplitterung konnte er auch abweichen, wie es geschah, als ein energischer Minister wie Albert Speer dies verlangte. Hitler entschloß sich zu dieser „Abweichung" zwar unter dem Eindruck der militärischen Katastrophe vor Moskau im Dezember 1941, aber es war nicht das erste Mal, daß er sich opportunistisch anpaßte. Das Ämter-Chaos blieb außerdem in einzelnen Bereichen der Rüstungswirtschaft auch weiterhin erhalten. Da Persönlichkeiten wie Göring und viele Industrielle sich den von Speer erwirkten Führerbefehlen ständig zu widersetzen vermochten, ergibt sich der Eindruck, daß Hitler das selbstgeschaffene oder selbstverschuldete „System" der Ämterkonkurrenz viel zu schlecht zu übersehen vermochte, als daß er bei seiner Einrichtung und Aufrechterhaltung ständig einer bestimmten „Theorie" gefolgt wäre[32]. Ferner war es Hitler und Heß immer willkommen, wenn sich die Kontrahenten untereinander einigten. Heß setzte seine Unterschrift stets sofort unter das jeweils neueste Abkommen zwischen Rosenberg und Ley. Er und sein Nachfolger Bormann suchten verschiedene Male zwischen den Kontrahenten zu vermitteln. Am 5. Februar 1943 verlangte Bormann sogar, die ständigen Kämpfe hätten sofort aufzuhören, was freilich keinerlei Wirkung hatte, da weder Ley noch Rosenberg sich in der Praxis nach solchen Ermahnungen richteten[33].

Wenn Hitler dem Stärkeren in den meisten Fällen recht gab, so bedeutete das zugleich auch, daß die Möglichkeit zu Kompetenzkonflikten wenn nicht ausgeschaltet, so doch vermindert wurde. In diesem Zusammenhang gehört die erwähnte Befragung der verschiedenen Parteiführer, ob Rosenberg Weisungsrecht erhalten solle. Hitler hätte nur die Ablehnung der Befragten zu ignorieren brauchen, und schon hätte er eine ganze Serie neuer Rivalitäten provoziert. Als Widerspruch gegen das Vorhandensein einer festen Herrschaftstheorie kann auch die Tatsache angesehen werden, daß die Kompetenzkämpfe bereits auf der Ebene direkt unterhalb von Hitler in vielen Fällen mit bedauerndem Unterton beschrieben wurden. Goebbels trat gegen dieses „System" auf, Bormann bemühte sich um Vermittlung, und der Funktionär aus dem Gau Weser-Ems bezweifelte die Zweckmäßigkeit, da die Nachteile des „Systems" zu offensichtlich waren.

Das Kompetenz-Chaos dürfte demnach nicht auf eine bestimmte Konzeption, eher schon auf eine irrationale psychische Disposition Hitlers zurückgehen. Zu seiner Entwicklung scheint aber auch der jeder „bürokratischen Systematik"[34] bare Regierungsstil im Hitler-Regime beigetragen haben. Über die wichtigsten Beschlüsse fehlen Aktennotizen; Kabinettssitzungen fanden seit 1937 überhaupt nicht mehr statt; „Reichs- und Gauleitertagungen" gab es häufig, aber nicht von einer einzigen ist bekannt, daß dort irgendeine wichtige Entscheidung gefällt oder darüber beraten worden wäre. Hitler duldete nur Akklamationsversammlungen. Der „Arbeitsstil" des Führerhauptquartiers und die Kaminmonologe bis 4 Uhr morgens waren jeder disziplinierten Tätigkeit abträglich. Die Invasion konnte Hitler nicht gemeldet werden, da er vor 11 Uhr mittags nicht zu erreichen war. Dieses ganze „System" setzte sich manchenorts über die Gauleiter, von denen einige zuweilen sogar die Rüstungsproduktion sabotierten, wenn ihnen das aus Popularitätsgründen als zweckmäßig erschien, nach unten fort[35]. Jeder Amtsträger trug auf seine Weise zu der allgemeinen Verwirrung bei und nur in den Ministerien des von der Partei verach-

teten „Staates" bemühten sich zahlreiche Beamte, dem Chaos zu steuern, das die NSDAP mit dem *Führer-Prinzip* anrichtete.

Die Beobachtung, daß das von außen als monolithischer Block erscheinende System des *Führer-Staates* im Innern ein Chaos von rivalisierenden Ämtern und sich überschneidenden Befugnissen war, führt zu der Frage zurück, wie unter diesen Umständen die erschreckenden „Erfolge" Hitlers zu erklären sind. Es könnte doch scheinen, als ob ein unüberbrückbarer Gegensatz bestünde zwischen der These vom permanenten und funktionshemmenden Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschafts-„System" und der durch die geschichtlichen Ereignisse erwiesenen Sicherheit, mit der Hitler seine Zielvorstellungen zu verwirklichen wußte.

Wie schon angedeutet, darf die Beobachtung der chaotischen Struktur des *Führer-Staates* nicht darüber hinwegtäuschen, daß Hitler vom Beginn bis zum Ende seiner politischen Laufbahn an zwei Zielen festhielt: der Vernichtung der Kräfte des sogenannten „Weltjudentums" und der Errichtung eines vom „germanischen Rassekern" beherrschten Großflächen-Staates von „unbedingter Souveränität"[36]. Hitler hat dieses Programm in den zu fataler Berühmtheit gelangten Worten von „Mein Kampf" angekündigt: „... Der unerbittliche Weltjude kämpft für seine Herrschaft über die Völker. Kein Volk entfernt diese Faust anders von seiner Gurgel als durch das Schwert ... Das Recht auf Grund und Boden kann zur Pflicht werden, wenn ohne Bodenerweiterung ein großes Volk dem Untergang geweiht erscheint. ... Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken ... Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein ..."[37] Das bemerkenswerte an diesen Sätzen ist die Identifikation von „Judenherrschaft" und „Lebensraum"-Verweigerung für die „germanische Rasse", denn aus diesen Fiktionen leitete Hitler die Berechtigung ab, zugleich mit der Eroberung des russischen Raumes auch die Juden „vernichten" zu dürfen.

Hitler hat tatsächlich dieses Programm mit einer erbarmungslosen Konsequenz zu verwirklichen gesucht. Den Heeren folgten die Einsatzgruppen. Massenerschießung und später industrieller Massenmord sollten den fiktiven Rasse- Gegner beseitigen. Der Kampf wurde niemals als nationalstaatlicher Krieg geführt. Man hat ihn mit Recht als den „ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg" der Neuzeit bezeichnet[38]. Es ist wahrscheinlich, daß Hitlers ganzes Vorstellungsvermögen auch in den Jahren vor 1939 von dem Gedanken an den kommenden „Rasse-Staat" beherrscht war. Dieser Staat war, seinem innersten Wesen nach betrachtet, nichts als die Manifestation des Zerstörerischen an sich. Wenn man die Zielstrebigkeit und „Planmäßigkeit" Hitlers hervorhebt und analysiert, muß man stets mit berücksichtigen, daß sie letztlich nur der Destruktion galt. Hitlers „Pläne" waren im Kern inhaltlich leer. Die Vorstellung von dem Raub- und Sklavenstaat im Osten hatte keinen Inhalt als den des Gedankens an den ständigen Kampf gegen die „minderwertigen Urbewohner", die Deportierten und die „Sibiriaken", für deren Beherrschung die „Luftwaffe" vorgesehen worden war, soweit man sich überhaupt Gedanken über die Zeit nach dem Endsieg gemacht hatte[39]. Dieses Programm war, abgesehen von seinen verbrecherischen Zügen, zu allem Überfluß auch noch völlig utopisch und aus sich selbst heraus absurd. Man hatte nicht einmal die erforderliche Anzahl von Menschen, die in den „germanischen Wehrdörfern" und Herrensitzen zwischen

Warthe und Ural „siedeln" sollten. Äußerungen, die Ley während einer Schulungstagung im Jahre 1943 tat, wurden von einem Ohrenzeugen folgendermaßen wiedergegeben: „Landvolk muß von 18% auf 30–35% gebracht werden. 500 Morgen Land im Osten mit Reitpeitsche und fremdvölkischen Arbeitern genügt uns nicht. Höfe mit Bauern und Kindern, viel Kinder als Übergewicht gegen die slawische Fruchtbarkeit. Die Bereitwilligkeit, Bauer zu werden, muß vor allem auf dem Dorfe da sein. In der Stadt damit Geschäfte zu machen, ist ein lächerliches Beginnen ..."[40] Daß der von Ley umrissene Plan auch noch den Erfordernissen der Volkswirtschaft im industriellen Zeitalter widersprach, bedarf keiner Erläuterung.

Das von Hitler in „Mein Kampf" vorgetragene Programm konnte so konsequent verwirklicht werden, weil es seinem Wesen nach destruktiv war. Es verlangte gerade wegen seines gewalttätigen Charakters längst nicht alle Reserven an Energie, die an sich zur Verfügung standen. Zur Zerstörung ist immer weniger Kraft nötig als zum Aufbau. Die Parteidienststellen mochten sich daher Kompetenzkämpfe liefern, soviel sie wollten. Sie mochten die Staatsministerien daran hindern, zu retten, was zu retten war. Das berührte alles nicht das Wesentliche, das Hitler wollte und durchführte. Der Diktator mag daher auf diese Auseinandersetzungen auch wenig geachtet haben. Er hatte es auch gar nicht nötig, die Rentabilität seines inneren Systems zu berechnen, denn zur Durchführung eines im Kern gehaltlosen Programms reichte sie immer noch aus.

Das Regime verfügte außerdem noch über weitere, von ihm freilich kaum als solche anerkannte Reservate an Energie, die es zunächst einmal aufbrauchen mußte, bevor das Vernichtungsprogramm dadurch beeinträchtigt wurde. Eine der wichtigsten Kraftquellen war die intakte und erfahrene Staatsverwaltung, die 1933 ohne wesentliche Änderungen übernommen worden war. „Das Beamtentum bildete neben der Reichswehr den stärksten traditionalen und stabilisierenden Faktor im Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches." Die Forschung hat mit Recht auf diesen Umstand verwiesen[41]. Gerade die Beamten, die in den Parteidienststellen mit größter Verachtung betrachtet wurden und tatsächlich oftmals nur laue Anhänger Hitlers waren, haben das ihre dazu beigetragen, die Folgen der partiellen Selbstzerstörung des Regimes zu mildern. Als der eine oder andere seine Schuld erkannte, war es zu spät.

Schließlich ist auch auf die materiellen Kraftquellen zu verweisen, die Hitler bedenkenlos einsetzte, um den Krieg zu gewinnen[42]. Dabei hatte er es zunächst nicht einmal nötig, alle Möglichkeiten auszunützen. Die Forschung hat dies am Beispiel der deutschen Kriegswirtschaft darzulegen gewußt. Hitlers Behauptung, er habe bis zum 1. September 1939 90 Milliarden Reichsmark für die Rüstung ausgegeben, war eine Propagandalüge. Hitler hatte alle Ursache, die Tatsache zu verdecken, daß er nur über „Breitenrüstung" statt „Tiefenrüstung" verfügte, daß er nur auf eine Anzahl kurzer, schlagartiger, nacheinander und nicht nebeneinander geführter Feldzüge vorbereitet war. Hitlers strategische Konzeption war die des „Blitzkrieges". Diese war zugleich „ein Mittel, Krieg zu führen, ohne die Zivilbevölkerung zu schwer zu belasten und damit ein Regime zu stören, das seiner Stellung keineswegs ganz sicher war ..."[43]. Die Krise der kurzsichtigen Planungen trat in dem Moment ein, in welchem das „Blitzkriegs"-Programm Ende 1941 vor Moskau scheiterte. Sie wurde verschärft, als die langfristiger planenden Gegner etwa zur gleichen Zeit in die Lage kamen, mehr Waffen in den Kampf führen zu können. Jetzt mußte auch das Hitler-

Regime alle Energien aufbieten. Todt leitete den Kurswechsel noch kurz vor seinem tödlichen Unfall (8. Februar 1942) ein; Speer führte das neue Rüstungs-Programm mit aller Energie weiter. Gerade jetzt zeigte es sich, welche Reserven eine Industriemacht wie Deutschland noch zu mobilisieren vermochte. Die Monatsproduktion von Jagdflugzeugen stieg von 1369 im zweiten Halbjahr 1943 auf 3538 im September 1944[44]. Diese Zahlen erlauben wahrscheinlich einen Analogieschluß auf die allgemeinen Kraftreserven, die Hitler auch im Gebiet der Staats- und Parteiverwaltung hatte verschwenden können, weil er auf Begleichung nach dem „Endsieg" hoffte.

Aber es waren nicht nur verhältnismäßig geringe physische Energien, derer es bedurfte, ein rein destruktives Programm zu verwirklichen, solange materiell gleich mächtige Gegner nicht auftraten. Die innenpolitische und lange Zeit auch die außenpolitische Macht des Regimes beruhte in gleicher Weise auf der Propaganda und dem Terror. Man hat mit Recht bemerkt, daß diese beiden „Elemente totaler Herrschaft" sich „ergänzen wie zwei Seiten der gleichen Medaille"[45]. Zu den Erfolgen der Propaganda gehört vor allem das Bild einer geschlossenen Führungsmannschaft und einer einheitlichen Binnenstruktur von höchster Rationalität, das die Nationalsozialisten nach außen zu vermitteln vermochten. Es genügt die Sperre aller unabhängigen Nachrichtenquellen, um den Staatsbürger der Orientierungsmöglichkeiten zu berauben und ihn in die Vereinzelung und damit Wehrlosigkeit zurückzuwerfen. Der Terror der Geheimpolizei und die bloße terroristische Wirkung des Auftretens polizeiähnlicher Formationen, wie es die Uniformträger der Partei waren, vervollständigten die zweifellos beabsichtigte Einschüchterung des Individuums. Unter solchen Umständen konnte selbst ein gegenüber den anderen Staats- und Parteistellen machtarmes und aller Exekutivrechte bares Amt wie das des Reichsleiters Rosenberg eine Terror-Wirkung ausüben. Die gesamte Wissenschaftspolitik dieser Dienststelle beweist diese These und zeigt darüber hinaus, daß die Leitung der Abteilung *Vorgeschichte* mit ihren Diffamierungs-Kampagnen gegen deutsche Gelehrte in parteieigenen Zeitschriften sich diese leicht vorauszuberechnende Wirkung zunutze zu machen verstand. Dem Terror und der Propaganda dieser Dienststelle wäre es auch beinahe gelungen, durch die Zerstörung der entscheidenden wissenschaftlichen Institution, der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt am Main, ein ganzes Fach seiner Grundlagen zu berauben, um es in die Niederungen germanophiler Ideologie absinken zu lassen.

Die Verschwendung materieller Reserven, die Mitarbeit der überkommenen staatlichen Institutionen und ihres Personals und nicht zuletzt der rücksichtslose Terror und die unmäßige Propaganda haben Hitler instand gesetzt, sein Regime zwölf Jahre trotz des Fehlens einer auf lange Sicht planvollen Organisation im Innern aufrecht zu erhalten. Seine eigene Leistung dabei bestand im wesentlichen darin, gerade diejenigen Energien zu mobilisieren, die er zur Verwirklichung der Programmatik eines Rassestaates benötigte, der in seinen Augen wohl ein „konstruktives" Ziel darstellte, in Wirklichkeit aber nichts sein konnte als der Vorwand zu unmäßiger Zerstörung und technisch durchgeführtem Massenmord. Hitler hat erst sei 1941 und auch dann unter dauerndem Zögern erkannt, daß er dazu eines einheitlich funktionierenden Apparates bedurfte, wie er seitdem ansatzweise einzig auf dem Gebiet der Kriegsrüstung entstand.

Mehrfach ist seit dem Zweiten Weltkrieg die These vertreten worden, „daß die monolithische Geschlossenheit dieser Herrschaftsform eine Sage" sei[46]. Der britische

Historiker Trever-Roper hat zu einem frühen Zeitpunkt sogar gemeint, „Deutschland hätte den Krieg doch noch gewinnen können", wenn es „total zusammengefaßt, total mobilisiert und zentral kontrolliert", wenn der „Aufbau der deutschen Politik und Verwaltung" wirklich, wie die Nationalsozialisten behaupteten, „‚pyramidal' und ‚monolithisch'" gewesen wäre[47]. Ob diese rückwärtsgewandte Prophezeiung richtig war, mag dahingestellt bleiben. Daß das Reich Hitlers trotz alledem ein „totalitärer Staat" war, bleibt bestehen. Denn die „Totalität der nationalsozialistischen Bewegung" wurde sogar von Alfred Rosenberg als ein „Recht auf den ganzen Menschen" ausdrücklich beansprucht[48]. Diese Anmaßung richtete sich stets an den durch die Propaganda orientierungslos Vereinzelten und erreichte hier oftmals ihre Schreckenswirkung. Es kann daher auch keine Rede davon sein, daß die Aufdeckung der instabilen Substruktur des Regimes eine „Entteufelung des Dritten Reiches" bedeute[49]. Den Nationalsozialisten kann der Erfolg, daß ihnen die Schaffung eines „einheitlichen, in höchstem Maße zentralisierten, monokratischen, von der NSDAP kontrollierten" Staates[50] gelungen sei, nicht zugesprochen werden. Es ist notwendig, die geringe Qualität des von brutalen Dilettanten aufgebauten Apparates von seinem terroristischen Effekt und seinem nur am jeweiligen Grad der Destruktion meßbaren „Erfolg" zu unterscheiden. Der Nationalsozialismus hat zwar „die Tendenz verfolgt und sogar annäherungsweise das Ziel erreicht, jeden einzelnen möglichst einheitlich zu betreffen, in die politische Systematik einzubeziehen und keinen einzigen auszulassen", und zweifellos setzte dies „auch eine zu derartigen Leistungen befähigte Organisation voraus"[51], nur war es absolut nicht notwendig, daß diese Organisation perfekt, monolithisch oder effektiv eingerichtet war, denn die von Hitler verlangten Leistungen bestanden letztlich nur in der Zerstörung der überkommenen Gesetze des Menschen- und Völkerlebens. Daß viele „idealistisch" gesinnte Anhänger der NSDAP in Dienststellen des Staates und der Partei saßen, soll nicht verkannt werden. Aber an den lange Zeit ungläubig betrachteten Zielsetzungen Hitlers vermochten diese Beamten und Parteigenossen nichts zu ändern.

Der Weg, den die nationalsozialistische Herrschaft genommen hat, mag in großen Zügen als die Verwirklichung eines Planes erscheinen, den Hitler in „Mein Kampf" vor aller Öffentlichkeit dargelegt hatte. Die geschichtliche Wirklichkeit und die Entwicklung der inneren und auswärtigen Politik bis hin zur anarchischen Selbstauflösung und politischen Katastrophe war aber Ausdruck der Gehaltlosigkeit und Absurdität dieses Weges, der zwar offenbar stets mit dem Blick auf das grausige „Endziel", nicht aber einem „Plan" gemäß beschritten worden ist[52]. Das Modell eines Eroberstaates mit nahezu unbegrenzter Herrschaft des „Rechts des Stärkeren", dessen Un-Rechts-Charakter seine Opfer unter den höchsten Funktionären wie unter den Millionen der Ermordeten und Verfolgten forderte, ist dem Machtgebilde Hitlers gemäß, so wenig es eine Patentformel für jede Einzelerscheinung darstellt. Die innere Struktur dieses Systems war der Ausdruck tatsächlicher Planlosigkeit. Die Aufdeckung der wahren Verhältnisse im Innern des nationalsozialistischen Staates nimmt Hitler jenen letzten Ruhm, der zugleich zur Entschuldigung für viele wurde: den Ruhm, daß er ein an machiavellistischer Genialität durch nichts zu übertreffender Diktator gewesen sei, dem eine Welt notwendigerweise erliegen mußte.

ANMERKUNGEN

Den Verweisen auf andere Anmerkungen sind der Vermerk „Einl." bzw. die Kapitelzahlen (in römischen Lettern) vorangestellt. Die Literaturangaben finden sich ungekürzt auf S. 337—350. Zur Zitierweise der ungedruckten Quellen vgl. S. 335—337. Deren Signaturen bzw. von uns verwendete Kürzungen sind *kursiv* gesetzt.

EINLEITUNG

[1] Schulz in: Bracher/Sauer/Schulz, S. 373; dazu u. D., S. 250.

[2] Buchheim, SS und Polizei, S. 16 f.

[3] Nachdem der Tatbestand schon auf Grund der Ergebnisse des Nürnberger Prozesses u. a. in Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 8 ff. erörtert worden war, geriet er — nicht zuletzt unter dem Einfluß der außenpolitischen Entwicklung der fünfziger und frühen sechziger Jahre — durch das Vorherrschen der Totalitarismus-Theorie (der Verf. nur insoweit beistimmt, als der nationalsozialistische Anspruch an Staat und Individuum erklärtermaßen totalitär und in seiner Folge terroristisch war, vgl. S. 250 m. Anm. VI/48) fast in Vergessenheit. Die Frage, ob die Nationalsozialisten über eine einheitliche Herrschaftskonzeption und überlegene Strategie verfügten, war der bis heute in breiteren Kreisen ebenso wie in manchen publizistisch wirksam auftretenden Komitees verkannte Hintergrund der sogenannten „Reichstagsbrand-Diskussion", die Hans Mommsen in Weiterführung der Untersuchungen von Fritz Tobias (Spiegel-Serie) Mitte der sechziger Jahre anregte (VJZG 12, 1964, S. 351—413). In die gleiche Richtung zielten Fest und Höhne. Ein weiterer, sehr entscheidender Grund für die Voraussetzung einer einheitlichen Herrschaftskonzeption dürfte das nachhaltig empfundene Erlebnis der Diktatur bei zahlreichen Autoren gewesen sein (hier ist Höhne, S. 10, doch wohl zu ergänzen), das zudem ganz dem Bilde entsprach, das das Regime von seinem inneren Aufbau mit Absicht nach außen hin aufrechterhielt. Auf den „gewöhnlichen Staatsbürger" wirkte der *Führer-Staat* mit seiner ganzen Brutalität; die strukturelle Differenzierung hat diese Wirkung nicht vermindert (vgl. u. D., S. 153—235, 247—250). Die Befürchtung, durch Betonung auch der Instabilitäten einer Verharmlosung des NS-Systems Vorschub zu leisten, besteht aus diesen und anderen Gründen demnach wohl nicht zu Recht, so sehr das moralische Gewicht solcher Einwände und Grundauffassungen zu würdigen ist. Vielmehr ergeben sich aus der Aufdeckung der wahren Verhältnisse im „Staat Hitlers" (Broszat) neue Fragestellungen, denen über das hinaus, was etwa bis zum Abschluß der vorliegenden Untersuchung (1968) sichtbar wurde (S. 250), während der weiteren Diskussion, darunter in der gerade erneut und fruchtbar beginnenden, vergleichenden Faschismus-Forschung, mit nachgegangen werden könnte.

[4] Mommsen, Beamtentum, S. 18; Broszat, Staat Hitlers, S. 9. Vgl. u. D., S. 14 mit Anm. Einl./24.

[5] Bracher in: Bracher/Sauer/Schulz, S. 217.

[6] Schulz, ebenda, S. 375—376.

[7] Bracher, Stufen, S. 42.

[8] Dazu S. 247.

[9] *Z Härtle, Z Koeppen, Z Beisel.* Graf Beisel war seinerzeit Verwalter des Angelicums Banz. Er berichtete, daß etwa im Herbst 1944 der Leiter der Pariser Dienststelle des ERR, Baron Kurt v. Behr, mit Beutegut und großen Mengen Wohn- und Hausgerät für den persönlichen Bedarf im Kloster Banz eintraf. Über Schlesien kamen im Frühjahr Bestände der Dienststellen aus Osteuropa hinzu. Behr schied nach dem amerikanischen Einmarsch freiwillig aus dem Leben. Die im Keller des Klosters eingemauerten Akten sollen etwa im Juli 1945 aufgefunden worden sein. — Verf. muß annehmen, daß die eigentlichen Akten der DRbg. etwa im Januar 1945 aus Berlin nach Banz transportiert wurden, da sie bis November 1944 in großer Dichte erhalten sind, während vom Januar nur einige wenige Stücke vorliegen; *118, 250.* Von früheren Beständen wurde „ein großer Teil der Akten des Aufbauamtes" der Hohen Schule vernichtet (Dr. Wagner,

Rundschreiben Nr. 1, *351*, über den Luftangriff vom 22. November 1943). Dabei wurde auch das seit 1941 als Hauptsitz der DRbg. dienende, umgebaute ehemalige „Hotel am Knie" (Bismarckstr. 1) zerstört. Vgl. Anm. II/92.

[10] Billig (s. u. D., S. 335 und 343).

[11] Mitt. DZA an Verf., 13. November 1965; *Z RGK*, Werner Krämer an Verf.

[12] Der Familie Prof. Dr. Werner Buttlers (u. D., S. 199—211), die den Nachlaß zur Verfügung stellte, sowie Prof. Dr. Heinrich Harmjanz, der auf einen der Angehörigen Buttlers hinwies, ist sehr zu danken.

[13] Vgl. Quellenverz. I, Nr. 9.

[14] R., Letzte Aufzeichnungen, Vorwort des Verlages, S. 5.

[15] *Z Härtle* (mündl. Mitt.).

[16] R., Porträt. Dazu Textvergleich mit R., Letzte Aufzeichnungen, bei Schubert, S. 99 ff.

[17] Der Kampf gegen die Kirche. Aus unveröffentlichten Tagebüchern Alfred Rosenbergs. Von Robert M. W. Kempner. In: Der Monat 1 (1948), Nr. 10, S. 28—38. Vgl. Anm. Einl./18. Zit.: R., Tagebuch, ed. Kempner.

[18] R., Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35. Hrsg. von Hans-Günther Seraphim. Göttingen 1956, München 1964. Zit.: R., Tagebuch, ed. Seraphim. „Der Spiegel", Jg. 17, Nr. 5, S. 14, meldete am 30. Januar 1963, das „sowjetische Außenministerium" wolle im „kommenden Frühjahr ... zwei handgeschriebene Tagebücher" R.'s veröffentlichen. Die Meldung wurde von keiner amtlichen Stelle bestätigt. Der Neuigkeitswert von unbekannten Teilen des Tagebuchs, die vielleicht einmal auftauchen könnten, dürfte durch die zur Verfügung stehenden Akten der DRbg. erheblich gesunken sein. Verf. wird selbst zwei unabhängig voneinander ermittelte Eintragungen aus den Jahren 1938 und 1939, von denen eine von Dr. Robert M. W. Kempner in dessen Besitz aufgefunden und dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurde, veröffentlichen. Sie gehören in Sachzusammenhänge, die in der vorliegenden Untersuchung nicht mit dargestellt werden konnten.

[19] Das Tagebuch ist von relativer Wichtigkeit für die Kirchenpolitik R.'s (u. D., S. 113—119) sowie dann gelegentlich auch einmal für entscheidende Zusammenhänge, z. B. für die Beurteilung der Kriegsschuld Hitlers durch einen Reichsleiter der Partei (u. D., S. 126 bis 128) und für den Verlauf eines symptomatischen Entscheidungsprozesses bei Hitler (u. D., S. 134).

[20] Beispiele: Die Eintragung vom 11. Juni 1934 enthält nichts über die Gründung der Dienststelle (6. Juni) und die vorausgegangenen krisenreichen Verhandlungen mit Ley (u. D., S. 61 ff., 66 ff.). Der Vermerk vom 26. Dezember 1934 besagt nichts über die Kündigung des Etats durch Ley. Die Berichte vom 15. und 21. Januar 1935 enthalten nichts über die erneute Wendung der Ereignisse, obwohl diese die gesamte Existenz der Dienststelle berührten (u. D., S. 87 f.).

[21] Ausdruck R.'s, 13. Februar 1934; vgl. u. D., S. 63.

[22] Ähnlich bereits die Bemerkungen Seraphims in R., Tagebuch, ed. Seraphim, S. 4. — Hitler vermied in den genannten Fällen gern entsprechend kontroverse Themen der Innenpolitik: u. D., S. 98.

[23] Vgl. u. D. S. 76—78 (betr. Furtwängler, Hindemith, Oncken und die Begünstigung W. Franks); S. 145—152 (Bewerbung R.'s um Vollmachten zur Kulturgut-Beschlagnahme bei wissentlicher Verletzung des Völkerrechts und Begünstigung der Selbstbereicherung Görings); für die aus Intoleranz, Uneinsichtigkeit und wissenschaftlicher Unfähigkeit entstandene Verfolgung von Wissenschaftlern und die Rechtfertigung der Ideologie vgl. etwa S. 22—24 m. Anm. I/44 und I/50, S. 157, S. 171 m. Anm. V/61 a, 215—220, 223. Es besteht nur ein scheinbarer Widerspruch zwischen dem Selbstmitleid, von dem R.'s autobiographische Schriften und zahlreiche Briefe aus seiner amtlichen Tätigkeit zeugen, und der empörenden Aggressivität seiner „theoretischen" Forderungen (u. D., S. 119 bis 122, 127—128) und deren praktischer Durchsetzung. Die Emotionalität R.'s erklärt sich gleicherweise aus der Irrationalität seines Denkens (u. D., S. 24) wie aus dem permanenten Frustrationserlebnis bei dem Versuch, es in die Realität zu übersetzen. Auch der dann sozusagen „erzwungene" Griff zum Mittel des Terrors konnte nur jeweils punktuell kompensierend wirken. Auch war er nur nach außen anwendbar und nicht, wenn R. im internen Machtkampf unterlag.

[24] Im Lit.-Verz. genauer aufgeführt sind die Arbeiten von Buchheim, Jacobsen, Krausnick, Mau, Broszat, Mommsen und Fest. Nicht mehr berücksichtigen konnte Verf. die neuen Untersuchungen von Diehl-Thiele und Hüttenberger (mit wenigen Ausnahmen). Zum folgenden vgl. die Ergebnisse von Höhne, Schäfer, Schumann und Boelcke.

[25] Schubert: vgl. Anm. Einl./16; Jacobsen, Außenpolitik, S. 45–89, 477–495, 634–645; vgl. u. D., Anm. I/16 a.

[26] Verf. weicht von der Darstellung Frau Brenners in Einzelheiten und z. T. auch in der Gesamtauffassung ab. Vgl. u. D., S. 27–30, Anm. II/1, S. 33 m. Anm. II/39, S. 37 m. Anm. II/60, S. 56 m. Anm. II/161 und III/90. Die Voraussetzung der Interpretation Frau Brenners war die Annahme einer einheitlichen Konzeption der nationalsozialistischen Führung.

[27] Kater, Diss. phil. Heidelberg 1966 (Diss.-Druck). Die für den Buchhandel vorgesehene Neufassung konnte Verf. in einer noch nicht endgültigen Fassung (1969) einsehen, aber nur noch an wenigen Stellen einarbeiten. Für die kollegiale Zusammenarbeit ist Herrn Kater, York-University, Toronto (Kanada), auch hier zu danken.

[28] Rothfeder (s. Lit.-Verz.) verzichtete darauf, die Fragestellung seiner Arbeit zu formulieren. Der Ausgangsthese, Rosenberg sei berufen worden, um die ideologischen Krisenerscheinungen in der NSDAP zu beseitigen, vermag Verf. nur mit starken Einschränkungen zuzustimmen (Rothfeder, S. III und 55–74, dazu u. D., S. 54–59).

[29] Rothfeder, S. 410–411.

[30] Die Auswirkungen auf die Vorgeschichtsforschung wurden von Rothfeder, S. 142 und 229–234, völlig unterschätzt. Dazu u. D., S. 153–235.

[31] Rothfeder, S. 33–47 vgl. mit u. D., S. 28–39 und unten Anm. II/38, II/60, II/70, II/118.

[32] Rothfeder, S. 47–54 vgl. mit u. D., S. 39–54.

[33] Rothfeder, S. 53 vgl. mit u. D., S. 71–85.

[34] Vgl. Rothfeder, S. 55–74 mit u. D., S. 45–60 und 113–119; Rothfeder, S. 76–103 vgl. mit u. D., S. 61–71; Rothfeder, S. 85–110 vgl. mit u. D., S. 85–103. Vgl. weiter u. D., Anm. II/103, 157, 164; III/1, 9, 27, 36, 119, 151, 159; IV/7, 41, 51, 56, 100, 119, 155, 159, 164, 197; V/1.

[35] Rothfeder, S. 248–267; zur Hohen Schule vgl. Rothfeder, S. 340–399 und u. D., S. 134.

ERSTES KAPITEL

[1] Broszat, Nationalsozialismus, S. 16. Vgl. die aspektreiche Analyse bei Fest, S. 225–232.

[2] R., Mythus, 4. Aufl., S. 283 ff. (2. Buch, I).

[3] R., Mythus, S. 42–43 (1. Buch, I, 1).

[4] Vgl. Friedrich, S. 122 ff.

[5] Über die Entstehung der offiziösen Biographie Rosenbergs von F. Hart und die Identität ihres Autors konnte Verf. nichts in den Akten DRbg. ermitteln. Das Folgende nach der Studie von Fest, S. 225–240 und der Arbeit von Schubert, S. 99–137 und 220–237. Eines der Hauptverdienste beider Autoren liegt trotz aller Unterschiedlichkeit ihrer Arbeiten in der Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Gesichtspunkte. Dadurch konnte auch Schubert den außerordentlichen Quellenmangel, mit dem er zu kämpfen hatte, z. T. deduktiv überwinden und Voraussagen wagen, die sich bestätigten, als später Rosenberg-Akten in dichterer Folge zur Verfügung standen (vgl. u. D., S. 54 mit Anm. II/150 bis 151).

[6] Walter Laqueur, Russia, London 1965 (leicht gekürzte dt. Übersetzung, Berlin 1965), bietet in seinem interessanten und die ideologischen Schriften Rosenbergs gut analysierenden Werk an einer Stelle den Versuch, die antirussischen Neigungen Rosenbergs, die ohnehin nicht stark ausgeprägt waren, mit „usual prejudices of the Balts" (S. 70; dt., S. 88) zu erklären. Die These erscheint einseitig und trifft jedenfalls für R. nicht zu. Vgl. u. D., S. 21 mit Zitaten R.'s zu Anm. I/30–31.

[7] Behrens an R., 10. August 1918, *NS Misch 4142;* es handelt sich um das bei R., Letzte Aufzeichnungen, S. 63, erwähnte Schreiben, an welches sich R. noch in Nürnberg erinnerte. Dazu R., Letzte Aufzeichnungen, S. 30 und 65.

[8] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 65–66.

[9] Ebenda. — R. war russischer Staatsbürger, bis ihm im Februar 1923 die offizielle Einbürgerung nach Deutschland gelang. Verheiratet war R. zweimal. Die Ehe mit seiner ersten Frau Hilda, geb. Leesmann, wurde 1915 geschlossen und 1923 geschieden. „Sie sagte, sie habe mir vielleicht etwas helfen können, jetzt hätte ich meinen Weg genommen, sie sei krank ..." (R., Letzte Aufzeichnungen, S. 105, vgl. S. 27–28, 36, 39, 47, 60.) Die Dame stammte aus einem kultivierten Revaler Elternhaus; ihre Familie hatte vielfache Beziehungen zur bürgerlichen Petersburger Gesellschaft. Das Urteil, daß sie die politische und geistige Entwicklung R.'s mit Befremden verfolgte (Lang und Schenk in R., Porträt S. 83), wird in R.'s Worten selbst angedeutet. — Der ehemalige Schwiegervater R.'s meldete sich 1942 als „Rückumsiedler" bei den deutschen Stellen. Dabei machte „Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Einwandererzentralstelle, Kommission Sonderzug" Brief an SS-Oberstuf. v. Malsen, Litzmannstadt, 29. April 1942, *Arch Schum., 124*) folgende Entdeckung: „In der Staatsangehörigkeitsstelle wurde festgestellt, daß Leesmann zu 75 % estnischer Abstammung ist und nur ein Großelternteil deutsch ist. Er bekannte sich zum estnischen Volkstum und erklärte, keinen Einbürgerungsantrag zu stellen. Auf entsprechendes Zureden bat er, seinen Einbürgerungsantrag zurückzustellen, bis fernmündlicher Bescheid von ‚Alfred' eingelangt sei. Leesmann erschien am nächsten Tag wieder und erklärte nunmehr, die Einbürgerung zu beantragen. Gleichzeitig bekannte er sich zum deutschen Volkstum." Die Einbürgerung nahm der SD sofort vor, „weil es aus staatspolitischen Gründen und im Interesse des Reichsministers Rosenberg angebracht erschien, die Einbürgerung eines zwar überwiegend fremdstämmigen, jedoch eingedeutschten Schwiegervaters durchzuführen. ... Seine nur durch das hohe Alter zu entschuldigende Geisteseinstellung beweist sein ... Wunsch, in die Einbürgerungsurkunde den Titel ‚Kaiserlich Russischer Kommerzienrat' vermerkt zu erhalten ..." Der Antrag „des Schwiegervaters eines Reichsministers" dürfe „keine derartigen Schönheitsfehler, insbesondere hinsichtlich des völkischen Bekenntnisses", aufweisen. (Letzterwähnte Zitate nach „Vermerk" der Einwandererzentralstelle, Wagner, 27. August 1942, *Arch. Schum., 124.*) — R.'s Verwandter wäre also beinahe selbst zum Opfer des Rassen-Wahnsinns geworden. — R. heiratete 1925 zum zweiten Male; ein Sohn starb nach der Geburt, eine Tochter wurde 1930 geboren. (R., Letzte Aufzeichnungen, S. 106.) — Die Papiere über Leesmanns mangelnde „völkische" Eignung wurden Bormann von Himmler am 30. Oktober 1942 zur „vertraulichen Kenntnisnahme" übersandt, weil sich Himmler dazu „für verpflichtet" hielt. *MA-297*, Himmler Files, frame ... 3855.

[10] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 72–74; vgl. Schubert, S. 113 f.

[11] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 91 (Feder: S. 76, Thule-Ges.: S. 79).

[12] R.: „Meine Erste Begegnung mit dem Führer", Aufsatz, zur Veröffentlichung bestimmt, am 6. April 1934 an Heß übersandt, *289*.

[13] R. an Heß, 7. Dezember 1939, *398*. — Dort eine aufschlußreiche Mitteilung zu der vieldiskutierten Frage der NSDAP-Mitgliedsnummern: „Meine damalige Mitgliedsnummer war 625, d. h. da die Zählung erst mit Nr. 500 begann: Nr. 125." Vgl. Schubert, S. 115.

[14] R.: „Meine erste Begegnung ..." (Anm. I/12) vermerkt, daß Eckart sich 1919 „vorbehaltlos Adolf Hitler angeschlossen" hätte. Vgl. dagegen Nolte, Faschismus, S. 404.

[15] Schubert, S. 113.

[16] Dazu u. D., S. 54 mit Anm. II/150. — Auf den Tatbestand machte schon Seraphim aufmerksam (R., Tagebuch, S. 10); dazu u. D., S. 126–128.

[16a] Als erster der dann stets aus Berlin kommenden Briefe R.'s wurde ein Schreiben an Darré vom 7. Januar 1933 ermittelt (*404*; vgl. auch versch. Schriftwechsel in *328*). Schickedanz drängte bereits vor 1933 auf Schaffung einer „außenpolitischen Abteilung" unter R.'s Leitung. Am 13. April 1932 schrieb er ihm: „... Alle möglichen Herren wie Dr. L[ey]'s Wagner haben hier in Berlin ihre ‚Filiale' einer Reichsleitung etabliert, ... nur Herr Alfred Rosenberg besorgt sich ein Schneckenhaus und meint — es wird schon alles werden! — Die Sache [daß R. außerstande gewesen war, Schickedanz einen Platz auf der NSDAP-Kandidatenliste für Reichstagswahlen zu verschaffen] kann nur so repariert werden, daß ich hier einen Auftrag — egal in welcher Form — für [die?] Reichsleitung auf außenpolitischem Gebiet erhalte. — Wenn Dr. L[ey] seine ‚Filiale' hier hat, kann ja die außenpol. Abteilung — die ja noch gar nicht existiert, aber jetzt geschaffen werden sollte, — ich nehme an, daß Du auch darauf hinaus willst, — hier ihre ‚Filiale' haben.

Das besagt auch keine Wendung gegen Göring, der ja noch immer ‚Gesandter' A[dolf Hitler]'s bleiben kann. Du hast im Augenblick so viel Trümpfe in der Hand, daß es geradezu unfaßlich wäre, sie nicht zu benützen . . .", *358*. Dazu schon Briefe Schickedanz' vom 13. Juli 1931 sowie vom 25. Februar und 15. April 1932; letztere erwähnt jetzt Jacobsen, Außenpolitik, S. 54 Anm. 1. Zum APA s. Anm. Einl./19. — Die naheliegende Vermutung, daß R. von den Vorgängen bei der eigentlichen Machtergreifung ausgeschaltet war, wird gestützt durch einen Brief R.'s an Heß vom 24. Januar 1933 mit Klagen darüber, daß R. nicht bis zu Hitler vordringen konnte. Der Brief zeigt auch sonst, daß R. über die aktuellen Ereignisse schlecht unterrichtet war, *328*.

[17] Der Wechsel der Bezeichnung am 30. Dezember 1937 (Südd. Ausg.) wurde stillschweigend vorgenommen und den Lesern des VB durch keinerlei Kommentar erläutert. Ein solcher hätte, wollte man bei der Wahrheit bleiben, wohl darlegen müssen, daß R. schon seit langem keinen erkennbaren Einfluß auf das Blatt mehr besaß. Akten über die Vorgänge wurden nicht ermittelt. — Die VB-Übernahme 1923 erfolgte wohl nicht mit voller Zustimmung Eckarts. Vgl. R., Letzte Aufzeichnungen S. 91, 99, 106. — R.'s Arbeitsstätte bis zu seinem Umzug nach Berlin war die VB-Redaktion Schellingstraße 39 in München; vgl. R., Letzte Aufz., S. 99; u. D., Anm. I/16a und II/92; Facsimile-Querschnitt durch den „Völkischen Beobachter", S. 10f.; Hale, Presse, S. 25–32, 38–46.

[18] Schubert, S. 115–124. Schuberts durchaus als vorsichtig zu bezeichnende Beurteilung des Einflusses R.'s auf die außenpolitischen Vorstellungen Hitlers wird noch weiter eingeschränkt von Maser, S. 181–187. — Der von Maser wieder geäußerte Verdacht, R. wäre 1914–1918 französischer Spion gewesen, wurde von Schubert, S. 108f., bereits überzeugend entkräftet. Vgl. Anm. I/5.

[19] Zum APA Schubert, S. 220–238 (vgl. dazu u. D., S. 99 und 132) und Jacobsen (oben Anm. Einl./25).
Reichsleiter-Titel: u. D., S. 45 mit Anm. II/104.

[20] Dallin, Herrschaft. Über die Vorgeschichte der Ernennung seit Anfang April 1941 ebenda, S. 38, 46, 63f., 69f.

[21] Rosenberg besaß nicht die Polizeigewalt in den besetzten Ostgebieten (IMG Bd. 11, 251), protestierte freilich auch nur sporadisch gegen die Verbrechen, über welche ihm berichtet wurde und wagte niemals Karriere oder Leben, um sie zu hindern. Siehe u. D., S. 120 und 238–239.

[22] Giedion, Walter Gropius, S. 20.

[23] Schubert, S. 111f. nach einer von Heiden, Hitler, S. 369, wiedergegebenen Äußerung R.'s. Vgl. R., Protokolle, 1923. Die Fälschung war schon 1924 abschließend nachgewiesen. Der Inhalt bestand zu etwa zwei Fünfteln aus übernommenen Zitaten aus der gegen Napoleon III. gerichteten Satire Maurice Jolys, Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la politique de Machiavel au XIX. siècle, par un contemporain, Brüssel 1864, dt. von Hans Leisegang, Hamburg 1948. Über den Fälschungshergang berichteten die „Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts", Köln 1934, noch einmal zur NS-Zeit (vgl. u. D., S. 22f.). Vgl. neuerdings Cohn (nach Abschl. des Ms. erschienen).

[24] Nachweis Schuberts, S. 107.

[25] Das Werk Alfred Rosenbergs, Eine Bibliographie, bearbeitet von Karlheinz Rüdiger. — Dazu jetzt die Darstellung von Laqueur, S. 75–104 (dt., S. 92–121). Ebenso Fest, S. 230.

[26] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 29; vgl. Schubert, S. 102.

[27] R.: „Wie der Mythus entstand", Aufzeichnung, 1935; *1020*. Autobiogr., ungedr. Niederschr. aus dem J. 1935, deren auffallende Ähnlichkeit mit zahlr. Darstellungen und Formulierungen in R., Letzte Aufzeichnungen, 1945, die Unveränderlichkeit der Jugendeindrücke R.'s zeigt. Die darin enthaltenen Angaben über die Entstehung des „Mythus" beschränken sich außer in den zitierten Passagen auf folgende, größtenteils schon bekannte Einzelheiten (vgl. ähnl. Baeumler, Einl. zu R., Schriften u. Reden, Bd. 1, S. 5 bis 57): Anfang 1917 entstand noch in Moskau ein Aufsatz über „Form und Formung", der zum Teil in das Werk überging, und zwar in die Teile über den „Vergleich Ilias–Nibelungenlied" (2. Buch, I, 3). — Fortsetzung i. J. 1919, gestaltet als „Auseinandersetzung mit Kant und Schopenhauer" (Mythus, 2. Buch, II, 1–3). „Ende 1925 war der Mythus im *Kern* fertig." Danach drei Jahre Pause, Abschluß Ende 1929.

[28] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 24; nahezu wörtlich gleich wie R., Wie der Mythus . . . (Anm. I/27), S. 7–8.

[29] R., Wie der Mythus ... (Anm. I/27), S. 6—7.

[30] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 60; vgl. Schubert, S. 106.

[31] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 21.

[32] Nur R., Wie der Mythus entstand (Anm. I/27), enthält S. 13 eine blasse Schilderung über die latent antisemitische Stimmung in R.'s Corps „Rubonia". Im Tagebuch R.'s spielt das Problem eine auffallend geringe Rolle (so auch Seraphim, S. 6). Vgl. die Vermerke vom 24. Februar 1935, 6. Februar 1939, 27. Januar und 8. Mai 1940 im Tagebuch, ed. Seraphim.

[33] R., Mythus, S. 105 (1. Buch, I, 4), S. 158 (1. Buch II, 3) und passim quer durch das ganze Werk. Dazu die zahlr. Tagebuchvermerke und u. D., S. 22, 46, 55—56, 113—119, 215 bis 218.

[34] R., Mythus, S. 129 (1. Buch, I, 5).

[35] Beste Orientierung: Künneth, Antwort, insbes. S. 1—29 (von R. selbst als nicht verfälschende Darstellung anerkannt in der u. a. gegen Künneth gerichteten Schrift: R., Protestantische Rompilger, S. 25). K.'s Werk stellt neben den „Studien" (Anm. I/23 und I/45) die zweite bedeutende der kritischen Auseinandersetzungen mit dem „Mythus" dar, welche in Deutschland erschien. Es wurde von uns mit Dank verwendet (Anm. I/60). — Vgl. ferner: Chandler; Grenzmann, S. 209—212; Neurohr, S. 154—157; Rothfeder, S. 10 bis 13.

[36] Chamberlain, Grundlagen, 11. Aufl., München 1915 (dort und in der Literatur wird zitiert nach der „kanonischen" Zählung der Erstausgabe von 1898). — Da unsere Aufgabe nicht in erster Linie ideologiegeschichtlicher Art ist, sei es erlaubt, zu den wichtigsten Rosenberg-Thesen jeweils nur die Parallelstellen bei Ch. anzuführen. — „Atlantis", „Afrika ..., Zentralasien nach Kutscha, ... über Nordamerika nach dem Süden dieses Erdteils": Mythus, S. 44—45, vgl. mit den Thesen über die nord. Rasse bei Chamberlain II, 703 und 709 sowie das ges. 6. Kap. — Nach Abschl. d. Ms. erschien Kaltenbrunners differenzierende Beurteilung Chamberlains.

[37] Mythus, S. 459 (3. Buch, I, 2). — Der Begriff „Gegenrasse" stammt von Arno Schickedanz aus dessen Werk „Sozialparasitismus im Völkerleben", Leipzig 1927. Sch. war Corpsbruder R.'s aus Riga, 1922—1923 Mitarbeiter Erwin v. Scheubner-Richters, später bis etwa 1933 Leiter des Berliner Büros des VB, 1933—1943 Stabsleiter im APA, seit 1941 als Reichskommissar für das niemals eroberte Kaukasien vorgesehen. Vgl. R., Letzte Aufzeichnungen, S. 190 und 307; Dallin, S. 21, 99, 232 f., 242 f.; Stein, S. 135 f. und u. D., Anm. I/16 a.

[38] R., Mythus, passim, z. B. S. 85 (1. Buch, I, 3); Chamberlain, passim, z. B. I, 271 f.

[39] R., Mythus, S. 99—105 (1. Buch, I, 4), S. 168—170 (1. Buch II, 2), und passim vgl. mit Chamberlain, I, 18 und II, 749—750, II, 935.

[40] R., Mythus, S. 85 (1. Buch, I, 3). Die Etrusker-Hypothese stammt nicht von Chamberlain (obwohl auch dieser die „orientalische" Herkunft des Christentums als entscheidend ansieht, vgl. sein 7. Kap.), sondern stellt eine freie Abwandlung der von R. zufällig entdeckten Thesen A. Grünwedels (u. D., S. 23 m. Anm. I/47—50) dar.

[41] R., Mythus, S. 117 (1. Buch, I, 4), S. 133 (1. Buch, I, 5), S. 153 (1. Buch, I, 7), S. 159—168 (1. Buch, II, 1), S. 523 f. (3. Buch, III, 2), S. 671 f. (3. Buch, VII, 3) und passim. — Vgl. mit Chamberlain, II, 681 und passim.

[42] R., Mythus, S. 603 (3. Buch, V, 2; vgl. a. Beginn d. Abschnitts 2). Dazu Chamberlain, II, 750.

[43] R., Mythus, S. 590 (3. Buch, V, 1).

[44] R. schrieb im Oktober 1931 (Mythus, S. 25), sein Buch habe einen „Meinungskampf heftigster Form" hervorgerufen. Er meinte damit weniger eine wissenschaftliche als vielmehr eine kirchliche Polemik. Diese könnte sich allenfalls in regionalen oder lokalen Blättern abgespielt haben; die führende, auch abseitige Agitationszeitschriften aufschlüsselnde Rezensionsbibliographie verzeichnet 1930—1933 weder gewichtigere theologische Erwiderungen noch sonst eine nennenswerte Auseinandersetzung. In unserer Aufstellung S. 339 entfällt der Hauptteil auf verstreute volkstümliche (Nr. 17), populärwissenschaftliche und nationalistische Organe (Nr. 1—3, 6—8, 10, 14, 19, 25), Referaten- oder Ärzteblätter (Nr. 5, 21, 24). Drei Besprechungen in überregionalen Tageszeitungen machten das „Presse-Echo" aus (Nr. 2, 12, 22). Theodor Fritschs antisemitischer „Ham-

mer" strafte R. mit Verachtung (eine Fußnote in Jg. 1931, S. 121, vgl. u. D., S. 112 m. Anm. IV/44). In den (bei einiger Großzügigkeit) ernster zu nehmenden Zeitschriften (Nr. 4, 9, 11, 13, 15, 16, 18, 20, 23) kritisierte man weniger R.'s Weltanschauung (wie R. glauben machen wollte), als vielmehr seine wissenschaftsfremde Methodik. Nur der R. politisch z. T. zustimmende, theologisch und kirchlich isolierte Friedrich Heiler bekämpft R.'s „Immanenzreligion" (Nr. 15, S. 207). Das Blatt August Messers, grundsätzlich um allgemeinverständliche Vermittlung von Philosophie bemüht, beschränkt sich auf ein Referat mit sarkastischen Fußnoten (Nr. 18). Die sozialdarwinistischen Gesinnungsgenossen muten R.'s „Hinweise auf die Rassenhygiene ... eigentümlich blutleer" an; ansonsten preisen sie das Buch (Nr. 4, S. 468). Religionspädagogen nennen es ein „brodelndes, gärendes Gedankengemisch" (Nr. 16, S. 326). Konservative erwähnen die „ziemlich wahllos aus den Zettelkästen gegriffenen Zitate und Belege" (Nr. 9, S. 570). Sozialdemokraten zeigen sich wenig beeindruckt; eine aus ihrem Kreis stammende ironische Besprechung bezeichnet den „Mythus" als „geistigen Schutthaufen" (Nr. 13, S. 53). Das Blatt einer Comenius-Gesellschaft beschränkt sich, nach dem Januar 1933 auf Vorsicht bedacht, auf ein Referat (Nr. 23). Aus Österreich wird nur eine Rezension gemeldet (Nr. 20).

[45] Studien (Anm. I/23 und I/35). Am aufschlußreichsten ist der 4. und 5. Neudruck von „August" bzw. „Herbst 1935", weil er „zugleich Stellungnahme zu Rosenbergs Broschüre ‚An die Dunkelmänner unserer Zeit'" ist; vgl. u. D., Anm. I/50. Die „Studien" erschienen anonym als Beilage zum Kirchlichen Anzeiger der Erzdiöse Köln, damit sie als unter die Schutzbestimmungen des Konkordats fallend ausgegeben werden konnten. Neuß, S. 30, vermutet, daß die Aufhebung einer ursprünglich durchgeführten Beschlagnahme durch das RMfVuP mit der Rivalität Goebbels–R. zusammenhing. Akten konnte Verf. nicht ermitteln.

[46] Studien, 5. Neudruck, S. 30 mit Stellungnahme zu R., Dunkelmänner, S. 47. — Pfaffenspiegel: Studien, 1. Ausg., S. 24 ff., 54 f., 58 f., 63 f., 68, 72; 5. Neudruck, S. 30 f., 62, 75, 80, 103. — Siehe im Register-Teil der „Studien ..." unter „Quellen".

[47] Studien, 1. Ausg., S. 8–12; 4.–5. Ausg., S. 9–13 und 112–117. Vgl. oben Anm. I/40. — R., Mythus, S. 73–98 (1. Buch, I, 3). — Albert Grünwedel, Tusca, Leipzig 1922. — Grünwedel (1856–1935) war Direktor der Indisch-Asiatischen Abteilung des Mus. f. Völkerkunde Berlin. Nachruf in: Artibus Asiae VI (1936), S. 138–142. Eine „Grünwedel-Bibliothek" wurde 1939–1945 im „Ahnenerbe" geführt; vermutlich handelte es sich um den Nachlaß des Gelehrten; Motive für die Nachlaßübernahme sind nur zu vermuten. Vgl. Kater, S. 564, Nr. 35 und u. D., S. 178.

[48] Herbig, SB, S. 1–25; Schubart in: Orientalist. Lit. Zeitung 27 (1924), S. 179 f.

[49] R., Mythus, S. 73–98 (I. Buch, I, 3, bes. S. 81–83). Krebs, Tendenzen, S. 179, berichtet, R. sei „durch eine nicht gezeichnete Artikelreihe im ‚Völkischen Kurier'" an das Werk Grünwedels geraten. (Verf. konnte nur Jg. 1924 der Zeitung einsehen, dort aber noch keine Bestätigung finden.)

[50] R. versuchte seine Dekadenz-These dadurch zu rechtfertigen, daß er darlegte, sie sei nicht nur von Grünwedel, sondern auch von Karl Otfried Müller, einer der ersten Autoritäten des Forschungsgebietes, vertreten worden. Dann schrieb er: „Der große Schlager, der mich ‚erledigen' sollte, ist ein Bumerang geworden, von dessen Rückschlag den großen ‚Gelehrten' der ‚Studien' das Haupt noch lange brummen wird." (R., Dunkelmänner, S. 69–70.) Auf die in großer Auflage erschienene, schon wegen ihres sinnfälligen Titels rasch bekannt werdende und bis zum letzten Schulungsredner verbreitete Schrift konnten die Verfasser der „Studien" nur in dem in äußerst beschränkter Auflage ermöglichten 4. und 5. Neudruck (u. D., Anm. I/45), S. 112–117, antworten. Sie machten deutlich, daß es schon fragwürdig sei, sich auf den Forschungsstand zur Zeit Müllers (1828!) zu berufen. Vor allem aber wiesen sie R. auch noch eine verfälschende Zitat-Auswahl nach. (Vgl. Müller, Etrusker, Bd. 2, 1828, S. 77–79, 108–111, bes. 347.) Der Vorfall ließ als Wesenszug des Rosenbergschen „Denkens" die Unfähigkeit zur Differenzierung mindestens in ideologischen Kernbereichen erkennen. Das Ungenaue schlechthin war es unter anderem, was die Lektüre des „Mythus" für den unterrichteten Leser zu einer Zumutung werden ließ. Auf die erneute Widerlegung antwortete R. nur noch indirekt, d. h. 1940 im Etrusker-Artikel des von Matthes Ziegler (u. D., S. 113–119)

herausgegebenen „Handbuchs zur Romfrage", Bd. I, S. 399, 408–409. Das Werk ist typisch für die Auffassung von „Wissenschaft" im Amte Rosenberg: Zwar ist es sorgfältiger und sauberer in den Einzelbelegen, als alles, was der Reichsleiter selbst geschrieben hat, aber tendenziös und voller absurder Behauptungen. So rückt man im vorliegenden Falle von Grünwedel ab, beharrt aber auf dem (bis heute unbewiesenen) „orientalischen" Ursprung der Etrusker und ihrer angeblich maßgebenden Rolle für den kirchlichen Kult. Vgl. aber Anm. I/60. Zum Handbuch vgl. Anm. IV/79.

[51] Stamati, S. 79.

[52] Lukács, S. 430.

[53] A. Bein, S. 147; Nolte, S. 599, Anm. 133; Fest, S. 225.

[54] Wie alle nationalsozialistischen und sonstigen rechtsgerichteten Rasse-Ideologen beharrte R. auf der Fiktion der reinerbigen Weitergabe aller wesentlichen Rassenmerkmale, d. h. auf dem sogenannten „statisch-genetischen" Rassenbegriff. Die wissenschaftliche medizinische Anthropologie begreift dagegen von jeher Rasse als „Prozeß", nicht als „Zustand" und vertritt den „dynamisch-genetischen" Rassenbegriff. Dazu Saller, Rassenlehre, insbes. S. 33, 36–71; kürzer ders. in: Judenfeindschaft, bes. S. 193. — Daß die biologistischen Lehren auch erkenntnistheoretisch unhaltbar sind, versteht sich von selbst. Vgl. die unreflektierte Übernahme der Hypothesen Hans F. K. Günthers durch R. im „Mythus", S. 102 (1. Buch, I, 4) und in „Letzte Aufzeichnungen", S. 127–128, 282–287. Dem „Mythus" fehlt typischerweise ein systematischer Teil, denn R. wich der Aufgabe aus, die Prinzipien seiner Rassenlehre und neuartigen Geschichts-Methodik zu erklären.

[55] R., Mythus, S. 662 (3. Buch, VI, 5), zitiert u. D., S. 128. — Hitler, Mein Kampf, S. 738, 741–743 (II, 14), zitiert u. D., S. 247.

[56] R., Mythus, S. 668 (3. Buch, VII, 2). Vgl. Anm. I/60.

[57] R., Mythus, S. 668 (3. Buch, VII, 3).

[58] R., Mythus, S. 671 (3. Buch, VII, 3). Vgl. Anm. I/37.

[59] Vgl. u. D., S. 145–152 (bes. S. 148) über Rosenbergs Bitte um Kulturraub-Vollmachten. Ähnlich pervertierte Rechtsauffassung: S. 161 (Fall Bersu). — Es dauerte nicht bis 1940, bis R. sich zum Unrechtsstaat bekannte. Zum Urteil gegen die Mörder von Potempa i. J. 1932 schrieb er, nach dem Richtspruch wiege „laut bürgerlicher Justiz ein dazu noch polnischer Kommunist fünf Deutsche, Frontsoldaten, auf ... Deshalb setzt der Nationalsozialismus auch weltanschaulich ein. Für ihn ist nicht Seele gleich Seele, nicht Mensch gleich Mensch; für ihn gibt es kein ‚Recht an sich', sondern sein Ziel ist der starke deutsche Mensch, sein Bekenntnis ist der Schutz dieses Deutschen und alles Recht auf Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft hat sich nach dieser Zielsetzung einzustellen." (Kluke, Potempa, S. 285).

[60] Es ist das Verdienst von Walter Künneth, Antwort (Anm. I/35), S. 32 ff. auf R.'s Wahrheitsbegriff hingewiesen zu haben. Darauf fußt auch Chandler, S. 65–68. K.'s Werk ist den „Studien" insofern überlegen, als es die Methode der immanenten Kritik und nicht die des historischen Positivismus anwendet. Künneth bewies nicht nur, daß R.'s Erkenntnismethode aus sich selbst heraus absurd, sondern daß auch das eudämonistische Postulat über die ethischen Werte der „nordischen" Rasse-Angehörigen eine Illusion ist. Er wählte seine Beispiele dafür geschickt aus den nordischen Sagen und vermied es damit, allzu deutlich auf die Wirklichkeit des Dritten Reiches oder auf die hymnische Anbetung der Gewalt, von der der „Mythus" gekennzeichnet ist, Bezug zu nehmen. (Mythus, S. 165 = 1. Buch, II, 4 über den „Wiking" vgl. mit Künneth, Antwort, S. 57–58.) R. hat weder den Mahnruf noch die philosophische Widerlegung begriffen. In seiner Schrift „Protestantische Rompilger", welche sich ursprünglich allein gegen K. richten sollte (R., Tagebuch, ed. Kempner, 19. August 1936), dann aber in einer Paraphrasierung von SD-Material steckenblieb (vgl. Zipfel, Kirchenkampf, S. 59 Anm. 17), ging er nur oberflächlich auf Künneth ein (S. 18, 25, 35).

[61] Das Werk Alfred Rosenbergs (Anm. I/25), S. 11.

[62] Gegenüber Bischof Berning, 26. April 1933: Müller, S. 118; geg. Kardinal Schulte, 7. Februar 1934: Kölner Aktenstücke, S. 19, zit. u. D., S. 60.

[63] Neuhäusler, I, 39 und 258; II, 199–206. — Müller, S. 311 (Nr. 160) und 368–372 (Nr. 198).

[64] Denkschrift der deutschen Bischöfe an Hitler, 20. August 1935, in: Müller, S. 368 (Nr. 198).

[65] R., Wie der Mythus entstand (Anm. I/27), S. 39; abgeschwächt und zweifelnd: R., Letzte Aufzeichnungen S. 137.

[66] Picker, Hitlers Tischgespräche, April 1942, S. 269. Weitere Äußerungen zum Thema, die Picker überliefert, entsprechen nahezu genau dem, was Kardinal Schulte (u. D., Anm. I/62 und II/178) bereits für das Jahr 1934 als Hitler-Ansicht notierte. Die Authentizität beider Quellen (Pickers Aufzeichnungen werden auch von rechtsradikaler Seite gerne angezweifelt) gewinnt dadurch.

[67] Hitlers Lagebesprechungen, S. 258 (8. Juni 1943).

[68] Hitlers Rassenideologie: Nolte, S. 486–512; Rosenbergs Ersatzreligion: vgl. u. D., S. 21 f. Rosenberg wurde der Weigerung Hitlers, den „Mythus des Blutes" allgemein, d. h. auch im Bereich der Naturwissenschaften, gelten zu lassen, einmal mit Befremden gewahr. (R., Tagebuch ed. Seraphim, 7. Februar 1940, dazu u. D., S. 133.)

[69] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 26. Dezember 1934; R., Letzte Aufzeichnungen, S. 137.

[69a] Vgl. Franz Böhm, Anti-Cartesianismus, Leipzig 1938.

[70] R., Tagebuch, ed. Seraphim, vom 26. Dezember 1934.

[71] R., Tagebuch, ed. Seraphim, vom 19. August 1934; vgl. Anm. I/74.

[72] R., Tagebuch, ed. Kempner, S. 32 („Nach dem Parteitag 1937"). Vgl. dazu u. D., S. 81 m. Anm. III/123.

[73] Himmler an Bormann, 28. (?) Oktober 1942 (IfZ, *MA 331*, AN ... 5099): „Streng vertraulich, Persönlich ... Ich glaube, es dürfte sich doch empfehlen, daß ... das Buch vorher dem Führer vorgelegt wird!"

[74] IMG, Bd. 14, S. 494 (24. Mai 1946); vgl. Gilbert, S. 339–340 über das Entsetzen Rosenbergs bei dieser Entdeckung. Der Verteidiger R.'s fragte Schirach, ob er das Werk gelesen habe. Sch. antwortete, er habe es „angefangen zu lesen", habe es jedoch „nicht ganz gelesen ... Die Jugendführer haben den ‚Mythus' bestimmt nicht gelesen". Die übrigen Angeklagten bestätigten dies für ihre Person. Vgl. dazu Schirachs Äußerung vom 5. November 1934, der Weg R.'s sei auch der der dt. Jugend (Müller, S. 312 = Nr. 161).

ZWEITES KAPITEL

[1] VB 21./22. August 1927. Zur Darstellung Rothfeders s. oben S. 15 f. m. Anm. Einl./31. Zur Arbeit Brenners, S. 5–35 vgl. oben Anm. Einl./26. Die Stärke der Arbeit der Autorin scheint d. Verf. in der Verwendung sozialpsychologischer Kategorien bei der Analyse der gehaltlichen Seite nationalsozialistischer Kulturpolitik zu liegen (vgl. unten Anm. 2). Verf. weicht von der Darstellung Brenners nur hinsichtlich der Beurteilung von Machtstruktur und Strategie der NSDAP und KfdK ab, wobei zu betonen ist, daß Brenner auch die KfdK-Akten nur in Einzelstücken (Anm. II/28, 59–60) bekannt sein konnten. Der Gegensatz zwischen beiden Beurteilungen liegt darin, daß Verf. eine einheitliche und zielklare Strategie im NS-System auch 1927 nicht erkennen zu können glaubt, worauf er zunächst durch zu Brenner gegensätzliche Ergebnisse bei der Auswertung der auch von der Autorin benutzten „Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur" (MdKfdK) hingewiesen wurde (Anm. II/10a–13, 15–24).

[2] Vgl. die aspektreiche Darstellung bei Brenner, S. 7–9.

[3] Drei führende Mitarbeiter der Dienststelle Rosenberg bzw. des KfdK schreiben nach dem Zweiten Weltkrieg regelmäßig in den „Deutschen Nachrichten" (DN), dem Organ der NPD, sowie in der „Deutschen Wochenzeitung für nationale Kultur und Politik" (DWZ). Beide Zeitungen erscheinen im Verlag Waldemar Schütz, Göttingen und Hannover; die Kulturbeilage der DWZ war in den genannten Fällen mit der der DN identisch. Die Mitarbeiter sind: Heinrich Härtle, Schriftleiter der DWZ (u. D., S. 13 und Anm. IV/183.), Robert Scholz und Dr. Hans Severus Ziegler. *Härtle*, geb. 1909, Pg. 1927, Banklehre, Berufsausbildung Dt. Hochschule für Politik Berlin 1933–1936, 1936–1939 Hauptabt.-Leiter im Hauptschulungsamt der DAF, April 1939–1945 Referent, ab April 1941 kommissarischer, d. h. tatsächlicher Leiter des Hauptamtes Wissenschaft der DRbg., zuletzt als Oberbereichsleiter *(BDC* und *Z Härtle)*. Verf. von „Die ideologischen Grund-

lagen des Bolschewismus", 1944 (beruht auf EST-Material), 1955 unter dem Pseud. Helmut Steinberg hrsg. u. d. Titel „Marxismus, Leninismus, Stalinismus. Der geistige Angriff des Ostens", Holsten-Verl. 1955. Dazu Eberhard Aleff, „Braune Antibolschewisten", in: Die Zeit, 20. März 1958, S. 4, dazu ebenda 8. Mai und 19. Juni 1958 (IfZ, PA). — *Scholz*, Robert, geb. 1902, 1920–1922 Studium Akad. Hochschule f. Bildende Künste und Preuß. Akademie der Künste, 1933 Kunstschriftleiter des VB, 1934–1936 Leiter der Abt. Bild. Kunst der NSKG, 1937–1945 Leiter HSt bzw. Amt Bildende Kunst der DRbg, zuletzt Bereichsleiter; Schriftleiter der Zs. „Die Kunst im Dritten Reich". Vgl. u. D., Anm. III/14 zu S. 65, ferner S. 106, 111 f., 145 f. — *Ziegler*, Hans, Severus, Personalien unbekannt, Tätigkeit als Landesleiter Thüringen des KfdK s. u. D., S. 34–36. Verfasser von „Hitler, aus dem Erleben dargestellt", Schütz-Verlag, Göttingen 1964. Vgl. Zieglers vergebliche Bewerbung um die Leitung des Dresdener Staatstheaters: Z. an Hitler, 19. Oktober 1936 (Wulf, Theater S. 137, vgl. ebenda, S. 116 sowie Wulf, Musik, S. 473). Demnach sah sich Ziegler im Aufstieg nach 1933 etwas behindert, wobei Goebbels' Abneigung gegen Zieglers Lehrer Schultze-Naumburg eine Rolle gespielt haben könnte (vgl. Anm. II/11). Dazu die Artikel: *Härtle:* „Schriftsteller im nationalen Schicksal" (über Hans Grimm), DWZ, 6. August 1965; „50 Jahre modernistische Anti-Kunst", DWZ, 17. Juni 1966; „Benesch wollte den Krieg", DN, unter anderem 6. Januar 1967 (Serie); „Gute Zensuren für die Verzichttheologen von der ‚Jüdischen Allgemeinen'", DWZ, 3. Dezember 1965. — *Scholz:* „Zerstörung des Menschenbildes. Ursachen und Folgen des Kunstverfalls im Westen", DWZ, 18. Juni 1965; „Inflation oder Modernismus", DWZ, 16. Juni 1965; „‚Diktatur der Unanständigen'", DWZ, 24. September 1965; „Um den Kölner Kunst-Skandal", DN, 3. März 1967. — *Ziegler:* „Wieland Wagners Neu-Bayreuther Stil", DWZ, 19. November 1965. Für Alexander v. *Senger* (Anm. II/12) plädiert ein E. L. Zürich in DWZ, 14. Januar 1966 („Mord an Apollo"); für die germanophile Atlantis-Hypothese Jürgen Spanuths setzt sich *Härtle* ein: „Eine Germania der Broncezeit. Vorgeschichte und Zeitgeschichte", DWZ, 10. Dezember 1965. Vgl. dazu u. D., S. 154 ff. und Anm. I/36, V/158.

[4] Der Weltkampf 5 (1928, Mai), S. 209–212.

[5] Rave, S. 9–11, 15–21; Roh, S. 34 f.

[6] Roh, S. 12, 30–36; Rave, S. 6; Gehlen, S. 150–164; Haftmann, S. 66 ff. Der Begriff „Entartung" in der Anwendung auf die Kunst stammt von dem jüdischen Kritiker Max Nordau (1893; vgl. Roh, S. 30).

[7] Liste der Namen: NSM 1 (1929), S. 23 f.

[8] Durchweg einmalige Erwähnungen: MdKfdK I, 77, 166, 165; II, 30, 93, 106; III, 62.

[9] Brenner, S. 7–9.

[10] Brenner, S. 11 und 19.

[10a] Brenner, S. 11. — Schultze-Naumburg: MdKfdK III, 13. — Verf. geht von der Voraussetzung aus, daß die Zs. die wichtigsten KfdK-Veranstaltungen nicht gerade verschwiegen hat.

[11] Rave, S. 20. Vgl. Brenner, Kunstpolitik, S. 19. Schultze-Naumburg verhinderte 1933 durch Übereifer seinen eigenen Aufstieg zum Direktor der Berliner Kunstakademie, da seine Verleumdungen gegen die National-Galerie unerwarteterweise Goebbels trafen. Vgl. den plastischen Bericht von Thormaelen, S. 276–278.

[12] MdKfdK I, 47 und III, 64.

[13] R. reiste mit zwei Vorträgen: „Die Kulturkrise der Gegenwart" und „Der Schicksalskampf der deutschen Kultur": MdKfdK I, 47; 77, 166; II, 91 und 107; III, 65–66. — H. S. Ziegler (Anm. II/3): MdKfdK I, 7; II, 31; III, 15.

[14] Nach zwei graphischen Darstellungen „Mitgliederbewegung" und „Ortsgruppenbewegung (mit Stützpunkten)", o. Dat., *328*.

[15] 1929–1930: Augsburg, Berlin, Bonn, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Lahr, München, Oppeln, Weimar, Weißenfels, Wuppertal, Zwickau. — 1931: Altenburg, Chemnitz, Darmstadt, Graz, Hamburg, Kassel, Klagenfurt, Leipzig, Nürnberg, Wien, Wiesbaden.

[16] MdKfdK I, 165; II, 30, 44, 92–94, 106; III, 15 und 66.

[17] Ebenda I, 33, 77, 164 vgl. mit II, 29; II, 70, 91, 195; III, 13.

[18] Ebenda I, 77, 131; II, 29, 195; vgl. Brenner, S. 17–19.

[19] Ebenda I, 47, 166.
[20] Ebenda II, 30, 44, 68; III, 15.
[21] Ebenda II, 31, 195; III, 15.
[22] Ebenda I, 166; II, 44, 69; vgl. Brenner, S. 14 f.
[23] Ebenda II, 31, 45.
[24] Rave, S. 19 f.; Brenner, S. 17 nach MdKfdK III, 15. — Museum der Gegenwart 1 (1930/31), S. 49 und 168.
[25] Verleger Hugo Bruckmann an R., 9. November 1932, *330*: 1932 nur 3000 RM Zuschuß von Schwarz.
[26] VB 21./22. August 1927.
[27] Vorlage mit Unterschrift R.'s für ein Rundschreiben an führende Pg. und Gauleiter. Anrede: „Werter Parteigenosse", 14. Oktober 1927, *330*.
[28] Gründungs-Protokoll, 4. Januar 1928, *Centre CXLV–618*, zuerst erwähnt von Brenner, S. 8/250 Anm. 3; danach Rothfeder, S. 31 f.
[29] Vgl. Anm. II/4.
[30] „Kampfbund für deutsche Kultur ..., München, Datum des Poststempels ... Sehr geehrter Herr!", übersandt von der „Schutzgemeinschaft", einer rechtskonservativen Gruppe, an Edgar Jung, 18. Oktober 1928, mit der Bitte um Aufklärung (*Nachlaß Jung*, Privatbes.). Die Kenntnis des Stückes verdanke ich Herrn Dr. K. M. Graß (vgl. Lit.-Verz.).
[31] Der Wechsel wurde bislang im wesentlichen mit der Tarnungs-Absicht erklärt. Vgl. Brenner, S. 8–10 und Rothfeder, S. 32. Rothfeder führt als zusätzlichen Grund den Stimmenverlust bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 an (2,6 statt 3 %, 12 statt bisher 14 Sitze). Das bleibt Vermutung. „Der Weltkampf", Mai 1928 (Anm. II/4 und II/29), zeigt, daß die Distanzierung innerhalb der NSDAP von dem zu gründenden Verband schon vorher im Gange war.
[32] Bezeichnung Hitlers für R., 7. Februar 1934; vgl. S. 60.
[33] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 26. Dezember 1934; dazu unten S. 87 mit Anm. III/164. — Die Tagebuchstelle blieb hinsichtlich des erwähnten Zusammenhangs bislang unbeachtet. Daß R. die Krise von 1928 um Artur Dinter, sicherlich auch einen seiner Gegner, meint, ist unwahrscheinlich, weil beide sich in ihren Zeitschriften bei sonstiger ungehemmter Polemik derselben ignorieren. (Vgl. Geistchristentum, Jg. 1928, S. 325–390 und Jgg. 1929–1933; Der Weltkampf, Jgg. 1928–1933.) Zum Dinter-Konflikt jetzt Hüttenberger, S. 44 ff. R. spielt im Gegensatz zu einer Reihe von Gauleitern keine erkennbare Rolle in der Dinter-Auseinandersetzung.
[34] Über Urban Rothfeder, S. 35 und 132 sowie die lebhafte Schilderung bei Heiber, Frank, S. 944 f. — Unsere Angaben beruhen außerdem auf den Personal-Papieren (in *137*). Am 1. Januar 1938 schrieb Urban an R.: „Zu den Gefühlen der Anhänglichkeit und Verehrung ist im Laufe der Jahre immer mehr ein Bewußtsein der Verachtung und des ehrlichen Hassens aller jener hinzugekommen, die Ihrer Person und Ihrem Wirken, damit aber auch der Bewegung entgegenstehen ..."; *120*.
[35] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 168. Die Freundschaft mit Schirach wird in den Vorgängen gelegentlich sichtbar (unten S. 93, 100); die Beziehungen Urbans zu Bormann fanden mindestens in den Akten keinen Niederschlag. Das bei Heiber, Frank, S. 945 und 961 angeführte Zeugnis Franks ist parteiisch.
[36] Stang an R., 7. Oktober 1941 (Zitat) sowie Personalpapiere, *137*. Es handelt sich um einen Klagebrief, weil St. bei der Ernennung des Nachfolgers von Urban übergangen worden war. (Er eignete sich wegen seines schroffen Wesens keinesfalls zum Stabsleiter. Vgl. u. D., S. 111, 135–136.) Dazu R. an Stang, 16. Oktober 1941, *137*; vgl. ferner St.'s Bewerbung um den Blutorden, St. an R., 30. Juni 1941, *122*; St.'s Lebenslauf in seiner Diss. — Zum Hochschulring: Leisen, S. 58–64. — R. hat Stang in den „Letzten Aufzeichnungen" übergangen.
[37] Vgl. S. 38–39, 72–74; R. an Stang, 12. Mai 1943 über starke Spannungen durch Stang innerhalb und außerhalb der Dienststelle seit 1934, *137*, dazu ausführlich Rothfeder, S. 241–247 und unten Anm. III/77.
[38] Erstmalige Behandlung der Thüringer Vorgänge bei Brenner, S. 17, 22–35. — Rothfeder hat die Ereignisse sowie auch die Geschichte der „Abteilung Rasse und Kultur" bzw.

„Volksbildung" nicht erwähnt. Daraus gewann er das Bild einer kontinuierlichen Entwicklung von KfdK- und NS-Kulturpolitik seit 1927. — Zur damaligen innerparteilichen Position Rosenbergs vgl. auch u. D., S. 19 und bes. Anm. I/16a.

[39] MdKfdK II, 49; dazu Brenner, S. 17.

[40] Die Kommenden, Jg. 1930, Folge 25, S. 296, dabei Ansprache des Artamanenführers Friedrich Schmidt, der als Leiter des Ley'schen Hauptschulungsamtes später (April 1937 bis Februar 1942) R.'s innerparteilicher Partner und Gegner war (vgl. S. 124, 137 m. Anm. IV/102).

[41] Urban an R., 18. April 1933, *328*.

[42] Die These beruht auf den späteren Ausführungen H. S. Zieglers vom Juni und 2. Juli 1932, *328*, sowie dem Kommentar Urbans an R., 4. Juli 1932, *330*. Vgl. S. 34–36 mit Anm. II/43, II/53–54.

[43] H. S. Ziegler, „Denkschrift-Entwurf", übergeben mit einem Schreiben Z.'s an KfdK-Leitung, 2. Juli 1932, *328*. Dem Brief zufolge, wurde die Denkschrift kurz zuvor während eines Besuches Z.'s auf dem Obersalzberg Hitler übergeben.

[44] H. S. Ziegler, Hitler (Anm. II/3), S. 201–204, 208, 211–212; Zitat S. 204. — Das Unvermögen rechtsextremistischer Kulturkritiker, Kunst zu beurteilen, zeigt sich in diesem Werk in dem allen Ernstes vorgebrachten Vorschlag, das Ergebnis einer „Volksbefragung" (S. 202 f.) zum Kriterium über die Förderung der ungegenständlichen Kunst zu machen. Die Ausstellung „Entartete Kunst" (u. D., S. 105 f.) wird tatsächlich verteidigt, „auch wenn dieser Anschauungsunterricht noch so abstoßend ausfiel" (S. 204). Z. war auch Schöpfer einer „Ausstellung ‚Entartete Musik'". (Vgl. Knoll, S. 310–317.)

[45] Detaillierte Darstellung bei Brenner, S. 31–34.

[46] VB, 31. Dezember 1930. Zur ROL II unter Hierl: Schäfer, S. 22 und 88, Anm. 62.

[47] Konopath hatte sich bislang nur durch eine Schrift „Ist Rasse Schicksal? Grundgedanken der völkischen Bewegung", 1. Aufl. 1926, 2. Aufl. 1931, legitimiert. K. gehörte Schultze-Naumburgs „Nordischem Ring" an, von dem einige Mitglieder offenbar Verbindung mit der Bündischen Jugend suchten. Heute unbekannte und in die Denkgewohnheiten der Gegenwart schwer einzuordnende Vorgänge scheinen sichtbar zu werden an den Versuchen Karl O. Paetels, des Schriftleiters von Ernst Jüngers „überbündischer" Zeitschrift „Die Kommenden", durch einen von Konopath als „sozialistisch" bezeichneten (in Wahrheit wohl mit der sogenannten „konservativen Revolution" in Verbindung stehenden) Kurs die damalige „Jugendbewegung" zu beeinflussen. Konopath wird dadurch gekennzeichnet, daß er das Ausscheiden Paetels aus der Schriftleitung erreichte (Die Kommenden, Jg. 1930, S. 337 und 356). Über K. vgl. auch Buchheim, Glaubenskrise, S. 75 und 213 Anm. 45.

[48] VOBl NSDAP 1932, Folge 19, S. 45: an Stelle des Außenseiters Orthmann ernannt. Weitere Unterabteilungen: Rundfunk: Horst Dressler-Andress (u. D., Anm. II/45 und S. 65, 71, 86–87); Dresslers Stellvertreter: Hadamowski; Theater: Hans Severus Ziegler; Film: Arnold Raether, Stellvertreter: Richard Quas. Ernennungen: März 1932.

[49] H. S. Ziegler, Denkschrift-Entwurf (Anm. II/43). Als einziges Zeugnis für einen Einzel-Vorgang im Konkurrenz-Kampf konnte Verf. in dem für diese Zeit schlecht überlieferten Aktenmaterial auffinden: Brief der ROL II, Abt. Rasse und Kultur, gez. Dressler-Andress, an „die Herren Kulturamtsleiter bei den Gauen. Rundschreiben Nr. 24", 30. Dezember 1931. Der Brief enthält eine Bitte um Vorschläge für die Stellenbesetzung in der Saison 1932/33, „um endlich der gesinnungsmäßigen und gesittungsmäßigen Brunnenvergiftung in unserem Theaterleben Herr zu werden". Lt. Abkommen vom 25. Juni 1931 stand die Stellenvermittlung sowohl der Abteilung als auch dem „Dramaturgischen Büro" des KfdK zu; *SAG 1, 1868*.

[50] Vgl. die treffliche Beschreibung des Tatbestandes durch Buchheim, SS und Polizei, S. 16 f.: „Alles, worüber der Führer nicht ausdrücklich bestimmt hatte, galt als rechtsfreier Raum, in dem das politische Kräftespiel der großen Organisationen und privilegierten Herren letztlich mehr Gewicht hatte, als die Regelungen der Gesetze und der Verwaltung. Charakteristisch für diesen Raum, in dem sich ein beträchtlicher Teil des deutschen Staatslebens vollzog, war, daß die staatlichen, quasi-staatlichen und nichtstaatlichen Dienststellen ihre Beziehungen durch Kompetenzabsprachen regelten, die in vielen Fällen den Charakter förmlicher Verträge zwischen souveränen Partnern gewannen."

[51] Schäfer, NSDAP, S. 22–25.

[52] Als wörtl. Zitat Konopaths angeführt in: H. S. Ziegler, Denkschrift-Entwurf (Anm. II/43).

[53] H. S. Ziegler, Denkschrift-Entwurf (Anm. II/43).

[54] H. S. Ziegler an KfdK-Leitung, 2. Juli 1932, *328*. Dazu Urban an R., 4. Juli 1932, *330*: „... so haben wir von Ziegler hinsichtlich der Zusammenarbeit nicht mehr zu erwarten, als mit Herrn Konopath. Ich glaube, ⟨daß,⟩ wenn Ziegler die Vollmacht des Führers bzw. Herrn Strassers in der Hand hat, er sich in keiner Weise mehr um den Kampfbund kümmern wird ... Ziegler zielt im übrigen darauf hin, nach München zu kommen, und versucht durch alle erdenklichen Kanäle seine Position zu stärken ... Während Ihrer Abwesenheit haben im Braunen Haus verschiedene ‚unterirdische Verhandlungen' stattgefunden. Herr Konopath war mit Dr. Ziegler zusammen, Dr. Ziegler ist in Berchtesgaden gewesen ..."

[55] *BDC, Akten Konopath.* — Thilo von Trotha, Rosenbergs Privat-Sekretär, schrieb, als das Verfahren längst im Gange war, ebenfalls einen K. belastenden Brief (23. Juni 1932) an den Reichs-USCHLA. Dennoch scheint der Sturz K.'s nicht auf eine Intrige des KfdK zurückzugehen, obwohl H. S. Ziegler K. in dieser „Annahme" bestärkt haben soll (Urban an R., 4. Juli 1932, Anm. II/54). Am 30. Juni 1932 erging der USCHLA-Spruch. K.'s nächster Posten war der des Direktors der Reichslotterie (noch 1938).

[56] Urban: „Denkschrift betr. Zusammenarbeit zwischen der Abt. Volksbildung ... und dem Kampfbund ...", *301*; Urban an G. Strasser, 2. Juli 1932, *328*.

[57] H. S. Ziegler an Urban, 2. Juli 1932 (Anm. II/43).

[58] VOBl NSDAP Nr. 31 vom 15. September 1932, S. 70. — Schon am 15. Mai 1932 soll im VOBl laut Register in einer „Anordnung 7/32" (lag Verfasser nicht vor) über eine „Kulturpolitische Abteilung" verfügt worden sein. Dabei handelte es sich möglicherweise um eine dritte, in Konkurrenz sowohl zum KfdK als auch zu Konopath stehende Abteilung. Schon vor dem USCHLA-Urteil (Anm. II/55) soll die Abt. K.'s offiziell aufgelöst worden sein: Buch an ROL, Hauptabt. III, 13. August 1932, *BDC, Akten Konopath.* Am 15. August 1932 ist erstmals im VOBl (Nr. 29, S. 65) von der offenbar der „Volksbildung" dienenden Hauptabt. III die Rede; Rienhardt wird zu ihrem Leiter ernannt. Am 15. September wird der „Übergang der Abt. Rasse und Kultur" in die HA III der ROL und die Ernennung Dr. Buttmanns bekannt gegeben. Zu Buttmann vgl. u. D., S. 44 sowie Anm. II/112.

[59] „Abmachungen zwischen der Abteilung Volksbildung und dem Kampfbund ..." *Arch. Schum. 211*, o. Unterschriften, mit Weitergabevermerk Rienhardts (Anm. II/58) an G. Strasser: „Das Abkommen entspricht den mir erteilten Anweisungen des Herrn ROL. 24. 9. 32."

[60] Die von Brenner, S. 21, vorgetragene und wesentlich auf dieses Abkommen (stark gekürzter Abdruck S. 168) gestützte Auffassung, daß die Organisation Rosenbergs seit 1927 planmäßig von der NSDAP-Parteileitung geführt worden sei, scheint sich nicht zu bestätigen.

[61] VOBl NSDAP, Folge 34, S. 76, 1. Dezember 1932; ebd. Folge 38, S. 84; Ressortierung unter Goebbels auch erwähnt in: R. an Heß, 2. Januar 1935, *289*.

[62] Vgl. S. 44 und Anm. II/112.

[63] So irrtümlich Brenner, S. 20.

[64] Eine vierte Sonder-Organisation können wir wegen Bedeutungslosigkeit übergehen: Gottfried Feder (nicht, wie bei Brenner, S. 20 und 171 f. angegeben, Dr. Nonn, der übrigens bis 1940 zu einem Feinde des Amtes R. geworden war) gründete in der 2. Hälfte des Jahres 1931 einen „Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure" (MdKfdK III, 69, dazu KdAI an StdF, 13. Februar 1934, *320*), welcher formell dem KfdK angehörte, aber nur in loser Verbindung zu ihm stand und am 31. Mai 1934 in Todt's „Kammer der Technik" überging (R. an Ley, 13. Februar 1934, *348*; R. an Bormann, 30. April 1934, *289*; VOBl NSDAP, Folge 72). Nonn, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, klagte das Amt R. 1940 wegen einer Würdigung Peter Behrens' (oben, S. 20) an: R. Scholz, Bericht, 1. Juni 1940, *122*.

[65] Vgl. Anm. Einl./35.

[66] Hans Reinerth in NSM, Juni 1932, dazu u. D., S. 160 mit Anm. V/27.

[67] Rothfeder, S. 44–45 nach W. Stang, Der Kampf um das deutsche Theater, MdKfdK III (März–April 1931), S. 19–25. Dazu das Folgende.

[68] Stang, Das Dramaturgische Büro ... in: Deutsche Bühnenkorrespondenz I (1932), S. 1; dazu „Deutscher Spielplan" und „Spielplan der anderen", München, Hoheneichenverlag 1932.

[69] Urban an Strasser, 2. Juli 1932 (Anm. II/56). Die weiteren Bitten Urbans, Stang zum Theaterreferenten der Abt. Volksbildung zu ernennen (oben S. 36 f.) und dem KfdK den „Auftrag" zu erteilen, „im ganzen Reichsgebiet nationale Volkshochschulen zu errichten", wurden nicht genehmigt. Strassers Anordnung vom 31. Juli 1932 ist erhalten als Insert in einem Rundschreiben des KfdK, Abt. „Theater und Film", o. Dat., *301*.

[70] Stang, „Denkschrift zur Errichtung einer deutschen Theatergemeinde des Kampfbundes ...", Anlage zur Denkschrift Urbans (Anm. II/56), *301*. Rothfeder referiert den Vorgang S. 46–48, verkennt aber das Ende des Unternehmens und sagt nichts von den Ereignissen, auf Grund deren der KfdK 1932 fast völlig scheiterte.

[71] Die gleiche Erscheinung nach der Machtergreifung: u. D., S. 72–75.

[72] Stangs Denkschrift (Anm. II/70) war dilletantisch: sie sah nur einen Überschuß von 5 % vor.

[73] Rundschreiben des KfdK, Abt. „Theater und Film" (Anm. II/69).

[74] Bruckmann an R., 9. November 1932 (Anm. II/25).

[75] Das Wort „Kündigungsbrief", bezogen auf Ende 1932, gebraucht Stang an R., 7. Oktober 1941 (Anm. II/36). Zur Position R.'s 1932/33 vgl. auch Anm. I/16 a.

[76] Hinkel, geb. 1900 in Worms, nach eigenen Angaben „Apotheker und Schriftsteller", hatte es von jeher verstanden, auf zwei Schultern zu tragen. Er war zunächst Mitarbeiter im „Kampfverlag" Otto Strassers (apologetischer Bericht o. D. in *Akten Hinkel 18*), war dann zugleich in R.'s VB und in Goebbels' „Angriff" tätig, wobei er sich R.'s Gunst durch Desavouierung G.'s zu erhalten suchte (H. an R., 1. August 1931 in *328*, 11. September und 11. November 1931 in *260*; dazu BDC). Er bemühte sich, R. nach 1933 als Staatskommissar im Preuß. Kultusministerium dienlich zu sein (u. D., S. 41 f.) und beteiligte sich dort führend an der Vertreibung jüdischer Gelehrter von den Universitäten (Boelcke, S. 85–88). R. brach mit ihm am 8. Mai 1934 (Anm. II/100). Etwa 1935 ging H. wieder zu Goebbels, wurde nach und nach Reichskulturwalter, Geschäftsführer und Generalsekretär der Reichskulturkammer sowie Beauftragter für die Überwachung der nichtarischen Künstler. Gest. 1960. (Wulf, Künste S. 16, 145 f., 364; Wulf, Literatur S. 192 f., 355, 454 f.; Wulf, Theater, S. 65 und 73.) Vgl. Anm. II/101. — H. gab ab 1. Oktober 1932 die „Deutsche Kulturwacht" als Zeitschrift der „Gruppe Berlin" des KfdK heraus, und zwar in einer Ausstattung, welche über die sonstige Notlage der Gruppe (darüber: v. Kursell an R., 15. September 1932, *328*) nichts spüren ließ. Nicht Gelder der Goebbels'schen Gauleitung (so vermutete noch Brenner, S. 20 f.), sondern die 30 000 RM des privaten Verlegers Berger hatten dies bewerkstelligt. Vgl. Rosenbergs gewundenes Vorwort (in „Kulturwacht", Heft 3, Dezember 1932, S. 1), in dem er den „selbständigen Schritt" der Gruppe Berlin, die offensichtlich als Basis für die persönliche „Machtergreifung" Hinkels gedacht war (vgl. S. 41 f. und 44), notgedrungen billigte und die Zeitschrift zum Bundesorgan erhob. Zu Bergers Geldern: R. an Amann, 14. November 1933 und an Bauer (Eher-Verlag), 16. Dezember 1933; *260*.

[77] Über beide Organisationen verhältnismäßig objektiv: Herterich, S. 138–152. Das Wort „Gleichschaltung" stammt von den Nationalsozialisten selbst, vgl. Berning, S. 95.

[78] Als Insert (Abschr. aus der d. Verf. nicht zugängl. NSK vom 11. April 1933) enthalten in Stang an R., 1. Juni 1933; *330*.

[79] Eine „Nationalsozialistische Bühne" war am 21. März 1929 von dem VB-Redakteur Stolzing-Cerny namens der NSDAP-Ortsgruppe München gegründet worden. (Verm. Pol. Dir. München vom 22. März und 14. Juni 1929, *SAG 1868*.) Im Winter 1929 soll schon die 3. Spielreihe einer NS-Volksbühne Berlin (VB, 30. September 1929) gelaufen sein, wo am 22. Oktober 1929 Goebbels' Drama „Der Wanderer" uraufgeführt wurde (VB, 31. Oktober 1929). Vgl. auch VB, 19. Juli 1930 (Angaben in *SAG 1, 1868*). — Die Bühne soll im Juni 1931 wieder aufgelöst worden sein (Vermerk Pol. Dir. München, 28. Juni 1931, *SAG 1, 1868*). Dem KfdK ging es 1933 offensichtlich nicht um die wenigen örtlich möglicherweise bestehenden NSDAP-eigenen Konkurrenz-Bühnen. Roth-

feder, S. 47–54, hat dies jedoch, als wäre es selbstverständlich, vorausgesetzt, d. h. dem Wortlaut der Heß-Anordnung geglaubt, den Prozeß der Gleichschaltung der großen Organisationen damit verkannt und folglich übersehen, daß die entscheidende Machtgrundlage des Amtes R. bis 1937 in der Verfügungsgewalt über vor Jahrzehnten gegründete, große und traditionsreiche Besucherverbände bestand, deren Apparat, Vermögensbestand und Mitglieder es in die Hand bekam.

80 Goebbels machte davon Gebrauch! Vgl. S. 53 mit Anm. II/147.

81 R., „Anordnung", 11. April 1933, in: Stang an R., 1. Juni 1933 (Anm. II/78).

82 Schulz in Bracher/Sauer/Schulz, S. 465; vgl. ebenda S. 427–442, bes. 435–437.

83 Vgl. Anm. II/76 und II/100.

84 Über die Subventionierung durch das Ministerium vor 1933 vgl. Feldmann, S. 21–28.

85 Bayer. Staatszeitung, 13. April 1933, Ausschnitt in *328*.

86 Urban an R., 18. April 1933, *328*.

87 Stang an R., 1. Juni 1933 (Anm. II/78).

88 Zu den noch unklaren Vorgängen: Accoce und Quet (Berichtigte deutsche Ausgabe 1966). — Für das Verständnis Rößlers wirbt der ehemalige Mitarbeiter des Bühnenvolksbundes und kurzzeitige Pressechef der „Deutschen Bühne" (Wulf, Theater, S. 33), Wilhelm Ritter von Schramm. Sein Buch „Verrat im 2. Weltkrieg" lag bei Abschluß des Manuskriptes noch nicht vor. Vgl. Der Spiegel 21 (1967), Nr. 4, S. 30–45.

89 Herterich, S. 138 ff.

90 Stang an R., 1. Juni 1933 (Anm. II/78).

91 Herterich, S. 148 (beruht auf Angaben Stangs).

92 Schloß: erster Brief mit dieser Absende-Anschrift: Urban an Hinkel 16. Mai 1933, *Akten Hinkel 220*; Margaretenstr. 17: Umzug per 27. April 1934 (NSK, 25. April 1934). Etwa 1941 wurde der Hauptsitz in ein 1939 durch Schwarz aufgekauftes und Umbauarbeiten unterzogenes altes Hotel „am Knie" (späterer Ernst-Reuter-Platz), Bismarckstr. 1, verlegt; nach dessen Zerstörung am 22. November 1943 (Anm. Einl./9) wieder Umzug zur Margaretenstraße. Vgl. R. an Bormann, 1. Juli 1940, *385*.

93 Bracher in Bracher/Sauer/Schulz, S. 217–219.

94 Ebenda. — In Ermangelung irgendwelcher weiterer Präzisierungen erlangte ein Hitler-Ausspruch vom Reichsparteitag 1934 (7. September) nahezu den Rang eines Verfassungs-Grundsatzes: „Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat! Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schufen uns unsern Staat." Der Ausspruch fiel während der Kundgebung der „Politischen Leiter", das heißt derjenigen Funktionäre, welche die Unsicherheit ihrer Positionen gegenüber den Staatsbeamten spürten und oft das Scheitern ihrer Wünsche bei Bürgermeistern, Landräten oder Ministern erlebten. Es ist bezeichnend, daß sich gerade vor ihnen Hitler mit einer ebenso nichtssagenden wie anmaßenden Formulierung aus der Verlegenheit zu retten suchte. (Der Kongreß zu Nürnberg ... 1934, S. 162.) Dem Selbstbewußtsein dieser Parteigruppe mußte später durch den „Lichtdom" aufgeholfen werden. (Der Parteitag ... 1936, S. 170 ff.)

95 § 2 des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933; dazu Buchheim, Stellvertreter ...

96 Verfügung Hitlers vom 21. April 1933; in Buchheim, Stellvertreter.

97 Boelcke, S. 136 ff.

98 Auch Dressler-Andress und Raether (Anm. II/48) gingen schon im Sommer 1933 ins Propaganda-Ministerium (Wulf, Presse S. 302; Wulf, Theater S. 365).

99 Über die Tätigkeit des Kulturamtes der RPL: S. 43, 109–110.

100 Urban an R., 1. Mai 1933, *330*.

101 Goebbels, Tagebuch ed. Heiber, S. 196 f., 456 Anm. 7: R. hatte im VB am 14. November 1925 Goebbels' „probolschewistische" Abweichung kritisiert (verschwiegen in R., Letzte Aufzeichnungen, S. 188 f.). Vgl. unten Anm. III/235. — Zu Hinkel: R. zögerte den Bruch mit ihm (Anm. II/76) noch ein Jahr hinaus, obwohl Urban ständig auf einen solchen drängte: R. an Hinkel, 21. Oktober 1933 (*328*); in diesem Brief auch Erwähnung des leicht zu überschätzenden Umstandes, daß H. zum „Reichsorganisationsleiter" des KfdK ernannt worden war. Dies war „auf Wunsch" seiner „engeren Mitarbeiter" geschehen und blieb ohne Wirkung. Vgl. bisher Wulf, Künste S. 146; Rothfeder, S. 36. Vgl. ferner: Urban an R., 3. November 1933, *328*, Hinkel an R., 14. März 1934, v. Kursell an Hin-

kel, 21. und 26. März 1934, *Hinkel 220*; R. an Hinkel, 8. Mai 1934, *328*. Als Grund wurde für den mit dem letzterwähnten Schreiben vollzogenen Bruch angegeben, daß Hinkel infolge seiner Tätigkeit als Staatskommissar nicht in der Lage gewesen sei, „die Landesleitung Berlin und die Reichsorganisationsleitung des KfdK so durchzuführen, wie es notwendig gewesen wäre". R. drückte damit verhüllt aus, daß H. sich als Staatskommissar nicht als Untergebener R.'s gefühlt hatte. (Vgl. später ähnliche Vorwürfe gegen W. Frank, u. D., S. 95, 97.) H.'s Bitte um mehr Befugnisse angesichts der Unfähigkeit Urbans und R.'s, geäußert am 4. August 1933 in dem Verlangen, „das Berliner Büro des KfdK ... auf das Büro der Preußen-Leitung [d. h. Hinkel] umzustellen und dadurch schlagkräftiger in die unhaltbar gewordenen Zustände einiger Ortsgruppen in Preußen einzugreifen", wurde nicht gewährt; *Hinkel 220*.

[102] Am 26. Mai 1933; veröff. VB 29. Mai 1933.

[103] Verkannt bei Rothfeder, S. 48, welcher das Problem „Partei und Staat" übergangen hat und daher, entsprechend den von Rosenberg selbst vertretenen Auffassungen (vgl. u. D., S. 53 f.), irrtümlich meint, im Fehlen des parteiamtlichen Status die Hauptschwäche R.'s sehen zu müssen. Aber nicht das innerparteiliche „Recht", sondern die reale innerparteiliche Macht war entscheidend.

[104] VOBl NSDAP Nr. 48 (1933). — Der Titel wurde unter anderem an Goebbels, Amann, Schirach, Bouhler, Buch und Himmler verliehen. Ley wurde erst am 10. November 1934, Hierl erst im September 1936 ernannt (u. D., S. 85 und Anm. II/167; zu Hierl vgl. „Der Parteitag ... 1936", S. 79). Ob mit der Schaffung dieses höchsten Parteiranges ursprünglich bestimmte Absichten für die Kompetenzverteilung verbunden waren, ist bisher unbekannt. Vermutlich wurde der Rang ebenso leichtfertig geschaffen, wie R. später ernannt wurde, vgl. u. D., S. 57–60, 63–71. Die neuen Funktionäre sollten sich ihre Macht wohl selbst erobern; sie waren jedenfalls in der folgenden Zeit gezwungen, es zu tun. (Ein Gauleiter leitete einen *Gau*, aber ein Reichsleiter leitete kein *Reich*.) R. erhob gegen Heß später den Vorwurf, daß er seine Dienststelle nicht so aufgebaut habe, daß die Reichsleiter darin Sachbearbeiter für bestimmte Gebiete seien (R., Tagebuch ed. Seraphim, 24. September 1939). Heß' Dienststelle, welche noch am ehesten als die „Reichsleitung der NSDAP" angesehen werden konnte, führte diese Bezeichnung paradoxerweise nicht auf den Briefköpfen; dafür kam sie auf denen Rosenbergs, Leys und der anderen völlig unkoordiniert arbeitenden „Reichsleitungs"-Dienststellen vor. Im Organisationsbuch der NSDAP, S. 29, wurde Wunschträumen und propagandistischen Absichten (unter anderem denen Leys) Ausdruck gegeben, indem es im Gegensatz zur Realität hieß: „In der Reichsleitung laufen die Fäden der Organisation des deutschen Volkes und des deutschen Staates zusammen." Dieser „monolithischen" These fiel der Nürnberger Anklagevertreter Oberst Storey (s. Verz. d. ungedr. Quellen) zum Opfer, als er davon sprach, „daß durch die Reichsleitung eine vollkommene Koordinierung von Partei- und Staatsmaschinerie sichergestellt war". (IMG 4, S. 28.)

[105] Zit. nach Brenner, S. 67; vgl. dort ausführlich S. 63–77.

[106] R.: „Revolutionäre an sich", VB, Südd. Ausg., 15. Juli 1933. Vgl. die Entsetzen und Gelächter zugleich erregende Wirkung, die R.'s Artikel in der Fachwelt erzielten: Sauerland, S. 422, 425 f.

[107] Brenner, S. 70 nach VB 16./17. Juli 1933 (wohl Nordd. Ausg.).

[108] Diese Beobachtungen drangen sogar bis in die Auslandspresse, z. B. Basler National-Zeitung, 30. April 1934 (Nachweis Brenners, S. 68).

[109] R., Tagebuch, 19. Januar 1940 (Äußerung Hitlers nach Aufgabe des Planes). Vgl. u. D., S. 117.

[110] So übereinstimmend Buchheim, Glaubenskrise, S. 112 f.; Zipfel, S. 46; van Norden, S. 45, 50–52, vgl. 158–168. Besonders wertvoll die auf dem eigenen Tagebuch beruhende Darstellung des Ministerialrats Walter Conrad aus dem RMdI: Conrad, S. 24.

[110a] VB, 16. August 1933. Dazu Buchheim, Glaubenskrise, S. 123. — Nach Abschluß des Ms. erschien als Vorstudie zu einer Monographie der differenzierende Aufsatz von Scholder. Scholder ordnet diesen Artikel Rosenbergs in eine letztlich von Hitler mit bestimmten Absichten eingeleitete Politik der „nationalsozialistischen Führung", deren Zweck eine Distanzierung von den DC aus Gründen des Friedens mit dem Vatikan gewesen sei, ein (S. 20). Da Hinweise auf die unmittelbare Vorgeschichte des Artikels vom 16. August

in den Akten der DRbg. fehlen, bleibt man freilich vorerst noch auf Vermutungen angewiesen, so gewiß es auch ist, daß R. der Zustimmung hoher Funktionäre — mit oder ohne Absprache — sicher sein konnte, worauf auch die von Scholder (S. 39) für das Jahr 1939 nachgewiesene Übereinstimmung mit Bormann deutet. — In die Motivkette, die zu dem VB-Artikel geführt hat, gehörte auch Hitlers Empfindlichkeit gegen unerwartete gegnerische Gruppenbildungen mit voraussehbarer Öffentlichkeitswirkung (Pfarrernotbund) und seine damalige Furcht vor Zerwürfnissen mit dem Vatikan. Scholders Ergebnisse dürften sich auch schon für das Jahr 1933 als Zeichen von Unschlüssigkeit Hitlers in der Politik gegenüber den protestantischen Kirchen deuten lassen. Später hatte diese dann noch weitere erhebliche Auswirkungen (u. D., S. 59, 115–119, bes. Anm. IV/59). — Zur Übereinstimmung zwischen R. und Bormann (s. o.) ist einschränkend zu bemerken, daß sie nur die Ideologie betraf und zu einer nennenswerten Beteiligung der DRbg. an der praktischen Politik nicht geführt hat (u. D., S. 113 f.). Auch aus diesem Grunde erscheint es ungewiß, ob man von der Existenz von „Parteikreisen um Rosenberg" (gerade auch für 1933) sprechen kann (Scholder, S. 21).

111 Van Norden, S. 100; Buchheim, Glaubenskrise, S. 167.

112 Tagebuchvermerk Conrads vom 1. Dezember 1933 (Anm. II/110); vgl. ebenda Vermerke zwischen 23. November und 3. Dezember 1933 (S. 58–63) und 18. Dezember 1933 (S. 65). C. verwendet weiterhin Materialien aus dem Nachlaß des Ministerialrats Dr. Buttmann (Anm. II/58).

113 Beste Darstellung jetzt: Glenthøj. Vgl. ferner: Wilhelm Niemöller, S. 38–43; van Norden, S. 158–161; Zipfel, S. 46 f.; Maier, S. 58 ff.; Conrad, S. 66.

114 Siehe S. 54–60.

115 Einen typischen Fall schildert Weerth, „Vereinschronik", bes. S. 171 f.: Die vom regionalen KfdK-Führer verlangte Gleichschaltung mißlang zunächst nach Hinzuziehung eines Rechtsvertreters, mußte später doch vorgenommen werden und blieb dennoch infolge des Scheiterns der Tätigkeit der Vorgeschichts-Abteilung R.' praktisch wirkungslos (vgl. u. D., S. 199 mit Anm. V/158).

116 R. an Heß, 4. November und 12. Dezember 1933, *289*, mit einer Vereins- und Gauleiter-Aufzählung. Es ist aber anzunehmen, daß die Verhältnisse fließend waren.

117 Vgl. S. 29.

118 „Bericht [von unbekannter Seite] über die Entlassung Werner Haverbecks und seiner Arbeitskameraden aus der Reichsjugendführung durch ... Baldur von Schirach", zustimmend weitergegeben und versehen mit einem positiven Urteil des Parteirichters Buch über den Charakter Haverbecks sowie mit einem „Arbeitsbericht" und Lebenslauf H.'s, in: Buch an R., 21. Juni 1933, *Hinkel 35*. Die Auseinandersetzungen mit dem RVH wurden bei Rothfeder, S. 48, übergangen.

119 NSK, 9. September 1934 (über die bereits seit einem Jahre in Gang befindliche Tätigkeit). Dazu Haverbeck in: NSK, 18. Dezember 1933. — Bündische Jugend: Z *Haverbeck*.

120 „Reichsbund Volkstum und Heimat, 1. Gesamtbericht Januar bis August 1934", *NS 26/276*. — 18jährige: Z *Haverbeck*.

121 Der in der NSK Juli-August 1933 erschienene Text war Verf. nur zugänglich in: „Volkstum und Heimat als Bekenntnis jungen Kulturwillens", hrsg. vom Reichsbund ..., Berlin etwa 1934 (Privatbesitz Haverbeck). R. erhielt den Text spätestens am 18. August 1933 (Anm. II/126).

122 Fest, S. 259 und 264.

123 Zipfel, S. 16.

124 Fest, S. 261.

125 Z Haverbeck; R.: „Rundschreiben Nr. 13. Streng vertraulich. An alle KfdK-Landesleitungen und selbständigen Ortsgruppen des KfdK", 28. Oktober 1933, *Hinkel 220*. Das Rundschreiben stellte einen mißlungenen Versuch dar, anstelle des angeblich erkrankten K. A. v. Müller in den „Führerrat" des RVH einzutreten. Vgl. R. an Heß, 2. November 1934, *289*.

126 R. an Heß, 18. August 1933, *289*.

127 R. an Heß, 29. September 1933, mit Bezug auf eine Unterredung mit Haverbeck vor dem 18. August, *289*.

128 R. an Heß, 18. August 1933 (Anm. II/126).

129 R. an Heß, 29. September 1933 (Anm. II/127); jetzt eine spätere, nach dem 18. August stattgefundene Unterredung erwähnend.

130 R. an Heß, 4. November 1933, *289*. Genauere Daten fehlen.

131 Haverbeck, Volkstum ... (Anm. II/121).

132 R. an Heß, 4. November 1933 (Anm. II/130).

133 Ebenda.

134 NSK, 18. Dezember 1933: Haverbeck sei „kürzlich" berufen worden.

135 INDIE (Informationsdienst der DAF), 21. November 1933.

136 Der Gleichschaltungsvorgang kann in Ermangelung von Aktenmaterial nur an der Zeitschrift „Ostland" analysiert werden. Sie wurde bis Jg. 14, Nr. 23, 26. Mai 1933, vom *Deutschen Ostbund*, dessen Präsidenten E. Ginschel und dem Schriftsteller Franz Lüdtke (geb. 1882 in Bromberg) herausgegeben. Der Verband beschloß am 26. Mai 1933 „einstimmig" seine „Auflösung" (Nr. 23, S. 219, mit verhüllten Andeutungen über den Widerstand zahlreicher Orts- und sonstiger Verbandsvorsitzenden). Gleichzeitig wurde der *Bund deutscher Osten (BdO)* gegründet. Dr. Lüdtke war dabei offenbar treibende Kraft, wurde von R. „bestätigt" und berief sich auf ihn (Nr. 48 vom 24. November 1933, S. 251 f., „Arbeitsabkommen" KfdK-BdO am 3. Oktober 1933, S. 309). Lüdtke erschien zunächst als „Herausgeber", ab 16. Februar 1934 (15. Jg., S. 74) nur noch als „Mitbegründer" von „Ostland" und wurde ab 1. April 1935 (16. Jg., Nr. 7) gar nicht mehr genannt. Bereits am 19. Oktober 1934 (15. Jg., S. 494) war bekannt gegeben worden, der StdF habe im Rahmen einer „Neuregelung" Prof. Dr. Theodor Oberländer „mit der Bundesleitung beauftragt". Damit scheint R. ausgeschaltet gewesen zu sein. Die Zs. „Ostland" hatte nationalistisches Gepräge.

137 R. an Heß, 4. November 1933 (Anm. II/130).

138 Zum Reichsbund Volkstum und Heimat weiteres S. 66, 72 und Anm. III/64.

139 Dazu S. 52, 61–67, 79, 108–109. Am 13. Februar 1934 trat die Reichskulturkammer der NSG KdF „körperschaftlich" bei (dazu S. 58 f., 67); die Spannungen wurden immer wieder überbrückt, z. B. auch durch ein „völliges Einvernehmen" in einem Abkommen über die Sozialleistungen der Konkurrenz-Gewerkschaften am 3. Februar 1937 (Hb. der Reichskulturkammer, S. 37). Vgl. die ausgezeichnete Darstellung zur Gründung der DAF bei H. G. Schumann, S. 61–81; zur RKK: Brenner, S. 55 ff.: Goebbels hat den naheliegenden Gedanken der Organisation in Kammern eher vom italienischen Faschismus als von dem interessenpolitisch versagenden KfdK übernommen (vgl. u. D., S. 32–39 und Anm. II/64 gegen Brenner, S. 55).

140 Goebbels an Reichskanzlei, 17. Juli 1933 (Nachweis Brenners, S. 56). Es gab sieben Einzelkammern für Rundfunk (aufgelöst 28. Oktober 1939, vgl. Wulf, Presse, S. 315 f.), Film, Theater, Presse, Bildende Künste, Schrifttum und Musik.

141 VB, 22. November 1933. Die verspätete Übernahme der Nachricht aus dem DAF-eigenen Pressedienst, vgl. Anm. II/142, ist wohl kein Zufall. Vgl. INDIE, 24. November 1933 über „Aussprache zwischen ... Dr. Ley und dem Vizepräsidenten der Reichskulturkammer, Staatssekretär Funk", betr. Übergang der DAF-Künstlerverbände in die RKK.

142 Ley berichtete über NdA erstmals am 17. November 1933. Der vielerörterte Kriegszweck zahlreicher KdF-Unternehmungen (vgl. Schumann, S. 138–149) kam bereits in der damaligen Ansprache Leys zum Ausdruck: „Wir verloren den Krieg, weil wir die Nerven verloren. Deshalb will der Führer ..., daß die Nerven des Volkes gesund und stark erhalten bleiben." INDIE, 18. November 1933; Zitat VB, 22. November 1933.

143 INDIE, 27. November 1933.

144 Ebenda.

145 *Z Schreiber.* — Die erste Nachricht über die Bitte Leys an Goebbels auf Besetzung des KdF-Kulturamtes ist Brenner, S. 73, zu verdanken (danach Rothfeder, S. 71, der im übrigen ganz außer acht läßt, daß Rosenberg sich in einem Dreieck der Macht zu bewähren hatte).

146 R. an Heß, 8. August 1934, *289*.

147 Stang an R., 13. März 1934, *330*.

148 R. an Hitler, 1. Dezember 1933, *396*.

149 R. an Hitler, 4. Dezember 1933, *396*.

150 Schubert, S. 111 unter Hinweis auf Theodor W. Adorno, The Authoritarian Personality, New York 1950. Schubert hoffte noch auf Material, das seine These und seine sehr guten Beobachtungen (vgl. Anm. I/5) belegen könnte. Dieses dürfte nunmehr vorliegen.

151 Vgl. etwa Urban an Richthofen, 2. März 1936, *341*, zit. u. D., S. 207.

152 R. an Hitler, 18. Dezember 1933, gedr.: R., Tagebuch ed. Seraphim, Anhang Nr. 1.

153 Hitler an R., 31. Dezember 1933, NSM 8 (1938), S. 654; auch Wulf, Theater, S. 170. — Das Schreiben an Röhm wurde schon am 2. Januar 1934 veröffentlicht (Bullock, S. 285 f.).

154 NSK, 31. Januar 1934; VB, 2. Februar 1934.

155 Denkschrift der deutschen Bischöfe an Hitler, 20. August 1935 (Anm. I/64).

156 So die frühe und damals sehr naheliegende These Buchheims, Glaubenskrise (1953), S. 136, übernommen von nahezu allen Autoren: Bracher in Bracher/Sauer/Schulz, S. 340; Götte, S. 159; W. Niemöller, S. 41; Norden, S. 159; Meier, S. 54.

157 Rothfeder, S. 55. — Rothfeder kannte als erster die Akten, aus denen hervorgeht, daß die Kirchenkrise und die Kunst-Problematik in keinem der Briefe R.'s erwähnt werden. (Ausnahme: R. an Heß, 18. August 1933, in *289*, aber auch ohne jeden Gedanken an Aufsichts-Kompetenzen R.'s in Kirchenfragen.) Rothfeder hätte die bisherigen Auffassungen auf Grund des neuen Materials wenigstens diskutieren sollen. Er stützte sich lediglich auf Buchheim, S. 136 (vgl. Anm. II/156).

158 Titel des „Zweiten Buches" in: R., Mythus.

159 Hitler, Mein Kampf, S. 409 (2. Buch, 1.).

160 Alfred Rosenberg, Gestaltung der Idee. Reden und Aufsätze von 1933—1936. München 1936.

161 In der Forschung wurde zunächst vermutet, die Kunst-Krise habe Hitler „von der Zweckdienlichkeit einer ... parteiamtlichen Aufsichtsbehörde" (Brenner, S. 72) überzeugt. Daß die „zweite Oppositionswelle" der Anhänger zeitgenössischer Kunst, welche schon seit November 1933 im Gange war (dazu u. D., S. 65), trotz R.'s Ernennung weiterlief, deutete aber bereits auf mangelnde Geschlossenheit der NS-Führung und Konzeptionslosigkeit bei der Ernennung R.'s und kann nicht allein mit „Rosenbergs anfangs zögernder und einfallsloser Amtsführung" (Brenner, S. 74) erklärt werden. Vgl. weiter u. D., S. 79 zu Anm. III/114 sowie Anm. III/90.

162 Vgl. S. 46 f., 59.

163 R. an Hitler, 1. Dezember 1933 (Anm. II/148); vgl. den vergeblichen Versuch einer Annäherung R.'s an Ley schon vor der KdF-Gründung: NSK, 14. November 1933.

164 R. an Ley, 15. Dezember 1933, *348*; ähnl. Inhalt in: R. an Darré vom gleichen Tage, *404*. Rothfeder S. 73, dem die Entdeckung der Briefe zu danken ist, läßt nicht erkennen, daß die Initiative von R. ausging (Anm. II/163). Rothfeder vereinfacht stark.

165 R. an Ley, 6. November 1935, *348*. Fehldatierung Rothfeder, S. 73.

166 Nolte, S. 609, Anm. 71 (Zitat); Maschmann, Fazit S. 51 und 107; vgl. Augenzeugenbericht des ehem. Augsburger Gauleiters Wahl, Es ist das deutsche Herz, S. 344 (Sonthofener NSFO-Tagung, Sommer 1944) sowie u. D., S. 134, 247, Anm. III/173 und 181, IV/175.

167 Vgl. Anm. III/33 nach der ungezeichneten Denkschrift aus der Gauleitung Weser-Ems, etwa 1943 entstanden und nur im Teil A (Überschrift „Partei"), nicht aber im Teil B (vermutl. „Staat") erhalten, *EAP-250-a-200*, Bl. 14491—14773. Das Stück wird in Guide 3, S. 3, irrtümlich als Denkschrift Bormanns bezeichnet. Wahrscheinlich stammt es von Gauleiter Röver. Es wird jetzt verwendet in dem grundlegenden Aufsatz von Peterson, S. 151—173. — Das Mitwirkungsrecht von StdF und Pkz bei der Ernennung höherer Beamter schuf keine klaren Kompetenzabgrenzungen gegenüber den Staatsbehörden, denen das Vorschlagsrecht und die Befugnis zu zahlreichen, im Alltag oft entscheidenden Exekutivmaßnahmen blieben (u. D., S. 181—183, 189—190, 225—227, 232). Das bedeutete nicht, daß die Staatsstellen meist die stärkeren Positionen besessen hätten. Die unklaren Regelungen liefen auf einen allgemeinen Kampf um Kompetenzen und allmähliche Unterhöhlung vieler Rechtsverhältnisse (einschl. derer in der Partei selbst) hinaus. Dazu Buchheim, Stellvertreter; Mommsen, Beamtentum, S. 226—228 und u. D., 215—220, 236 bis 250.

167a Die „problematische Existenzberechtigung" des Amtes des Chefs der Politischen Leiter nach Schaffung der Dienststelle des StdF erwähnt Broszat, Staat Hitlers, S. 198. Diese

Zu S. 57 (II)

Problematik ist für unseren Zusammenhang entscheidend, obwohl der Einfluß Leys auf Grund der bis zu untergeordneten Funktionen hin durchgeführten Personalunion zwischen PO und DAF nicht unterschätzt werden darf (Broszat, S. 79 f., 184—207). So sehr dieser Einfluß infolge der DAF-Gelder und der DAF-Macht aber auch bei zahlreichen Einzelvorgängen sichtbar wird, scheint Ley in den eigentlichen politischen Fragen vom Apparat des StdF (Bormann) doch immer mehr auf Routine-Entscheidungen beschränkt worden zu sein. So ist es bezeichnend, daß Ley nach den DAF-Krisen des Sommers und Herbstes 1934 und dem am 27. bzw. 31. Oktober scheiternden Versuch einer DAF-Machtusurpation mit Hilfe einer erschlichenen Hitler-Verordnung (Broszat, S. 202) auch als Vorgesetzter der Funktionäre auf Beschränkungen zumindest aufmerksam gemacht wurde. Denn am 10. November 1934 verfügte der StdF: „Die Bezeichnungen ‚Oberste Leitung der P. O.' und ‚Stabsleiter der P. O.' fallen künftig weg." (NSK, 11. November.) Ley mußte den alten Titel G. Strassers annehmen und war fortan „Reichsorganisationsleiter". Ley reagierte zunächst mit einer AO vom 16. November 1934, die nicht ermittelt wurde, aber so gehalten gewesen sein muß, daß die Dienststelle des StdF diesmal soweit ging, gleich Hitler zu einem Schreiben an Ley (29. November) zu veranlassen und das Schriftstück abschriftlich auch anderen obersten Dienststellen zuzustellen (daher in *289*). Es hieß darin: „Nach Ihrem Rundschreiben und nach Ihrer Anordnung vom 16. 11. ist der Aufgabenkreis des Reichsorganisationsleiters noch nicht richtig erkannt, ich stelle daher nochmals fest: Die Aufgaben des Reichsorganisationsleiters der NSDAP umfassen Aufbau, Ausbau und Überwachung der inneren Organisation, Schulung und Personal-Statistik der Parteiorganisation, ausgenommen SA, SS und NSKK, außerdem obliegt dem Reichsorganisationsleiter die Führung der Deutschen Arbeitsfront und der dieser angeschlossenen Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude'." Ley unterstehe: „Stabsamt, Hauptpersonalamt, Hauptschulungsamt und Hauptamt der N. S. B. O." Weiter hieß es: „Die in der Anordnung vom 16. 11. unter Ziffer 6—16 genannten Ämter unterliegen der Zuständigkeit des Reichsorganisationsleiters nur insoweit, als es den oben angegebenen Aufgabenkreis betrifft. Die *politische Führung* der Partei ... bleibt mir vorbehalten, desgleichen die Einführung, Benennung oder Umbenennung von Ämtern der Parteiorganisation und die Einführung neuer Titel: ferner die Ernennung und Enthebung politischer Leiter bis einschließlich Kreisleiter ..." Dazu auch StdF an Ley, 11. Dezember 1934, *289*. Die „unter Ziffer 6—16 genannten Ämter" waren vermutlich die sog. „Hauptämter der Reichsleitung der NSDAP", welche die sog. „angeschlossenen Verbände" (DAF, NSLB, NSRB, NSDÄ, NSV, NSKOV, RDB, NSDT) „führten". Ley hatte Einfluß nur auf die DAF, über die anderen „angeschlossenen Verbände" sagte er 1943: „Ich hasse alle Bünde, den NSLB, den RDB, den Juristenbund. Ich bin froh, daß der Krieg hier aufgeräumt hat." (Ber. wahrscheinlich Heinrich Bruhns, des Leiters des HSA der ROL, über eine Schulungstagung am 27. September 1943, *BDC, Bruhn.*) — Gegenüber dem Reichsschatzmeister vermochte Ley sich mindestens 1937 noch zu verteidigen; vgl.: Ley an StdF, 25. Januar 1937, *NS 26/277*. Er konnte verhindern, daß in der 4. Ausführungsbestimmung der VO z. Durchf. d. Gesetzes z. Sicherung der Einheit von Partei und Staat am 31. August 1937 (OrgBuch, S. 499) die „Finanzaufsicht" Schwarz' (29. März 1935, OrgBuch, S. 490 ff., vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 199, Anm.) in eine „Finanzhoheit" über die angeschlossenen Verbände umgewandelt wurde. — Ständige Auseinandersetzungen, die zum Nachteil Leys ausschlugen, gab es über das Problem der Kompetenztrennung zwischen den Dienststellen der ROL, der angeschlossenen Verbände und den Gauleitern nicht zuletzt in Personalfragen: Ley an Bormann, 7. Juni 1939, Ley an StdF, 20. Juni 1939, *NS 22/713*; Ley an Bormann, 1. Juli 1941, *NS 22/714*. Aus dem Schriftwechsel geht hervor, daß Hitlers unpräzise, in den genannten Dokumenten nach wie vor als bestehend bezeichnete AO vom 29. November 1934 inzwischen nicht geändert worden war und daß Bormann die Personalangelegenheiten mehr und mehr in die Hand bekam (so auch Rosenberg, Aufzeichnungen, S. 207: B. nahm sie L. ab). — Weiterer Abstieg Leys: Saukel wird „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz", der Chef der Staatsgewerkschaft scheitert (März 1942, vgl. Milward, Kriegswirtschaft, S. 75). — Die Schlußgroteske stellte Leys Werwolf-Konkurrenz-Unternehmen „Freikorps Adolf Hitler" dar (Scholtz, S. 298). Vgl. Schumann, S. 151—155.

[168] Vorgebracht nochmals von R. an Ley, 15. Dezember 1933 (Anm. II/164).

169 Siehe oben S. 56 mit Anm. II/165.

170 Der mit der Hervorhebung seiner Verdienste gewöhnlich nicht kleinliche Ley hätte es R. sicherlich mitgeteilt, wenn von Hitler besondere Einwände vorgebracht worden wären (vgl. S. 93).

171 Domarus, Bd. 1, unter 24. Januar 1934; VB, 25. Januar 1934.

172 L. Daeschner, S. 75. Vgl. Schumann, S. 100 f.

173 Goebbels: 13. Februar 1934 (Anm. II/139); R.: 6. Juni 1934 (vgl. S. 67).

174 Über die Wichtigkeit dieser Ausführungsbestimmungen: Schumann, S. 100 f., über das Gesetz und Leys Absichten: Broszat, Staat Hitlers, S. 194–203.

175 Vgl. Anm. II/113 und S. 46 f. — Zu beachten ist auch, daß die Ernennung R.'s zum Zeitpunkt der Unterredung noch nicht bekannt war (S. 86 mit Anm. II/154), so daß auch die Vermutung entfällt, Hitler habe die Kirchenführer im voraus einschüchtern wollen.

176 Vgl. S. 54.

177 Das Verfahren war im Dritten Reich durchaus üblich. Auch Himmler wurde nur mit der „Festigung des deutschen Volkstums" beauftragt; ernannte sich aber selbst zum „Reichskommissar". (Buchheim in: Anatomie . . . I, S. 220.)

178 Aufzeichnung Kardinal Schultes über die Unterredung mit Hitler am 7. Februar 1934, in: Kölner Aktenstücke, S. 19. Vgl. u. D., S. 25.

DRITTES KAPITEL

1 „Bericht" (Verfasser vermutlich Dr. Stang), o. Dat., etwa Januar 1934, *330*. Die genannten kulturpolitischen Gegensätze sowie das Verhältnis R.—Goebbels wurden bei Rothfeder, S. 76–103, nicht behandelt. Die Entwicklung der Beziehungen zu Ley (u. D., S. 61 bis 71 und 85–103) wurde stark vereinfacht dargestellt.

2 „Vorläufiges Arbeitsprogramm des Amtes zur Überwachung der nationalsozialistischen Bewegung", o. Dat., etwa Februar 1934, *231*. Vgl. Rothfeder, S. 80.

3 Brenner, Kunstpolitik, S. 73 und u. D., S. 45 f.

4 Wie Anm. III/2.

5 Ein Memorandum Stangs: „NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' und ‚Deutsche Bühne'", 23. Januar 1934, *330*.

6 Ebenda.

7 Vgl. oben S. 34–37; Kulturwarte: oben Anm. II/49.

8 Vgl. oben S. 47–50 und S. 72 mit Anm. III/64. Vorerst noch keine Auflösung des RVH.

9 R. an Ley, 13. Februar 1934, *348*. Die Darstellung Rothfeders, S. 77, läßt weder das Erstaunliche der nachträglichen Kompetenz-Besprechungen noch die Tatsache erkennen, daß es sich noch nicht um eine Einigung handelte. Die institutionellen Fragen bleiben unbeachtet.

10 Vgl. oben S. 57 und Anm. II/167–167 a.

11 R. an Ley, 13. Februar 1934 (Anm. III/9). Dazu oben S. 51–52.

12 Schumann, S. 151–155.

13 R., Letzte Aufzeichnungen, S. 180; zum Irrationalismus Leys: Scholtz, bes. S. 282.

14 Rave, S. 30, 35, 39 f., 47; Brenner, S. 69, 73, 77, 86. Die von O. A. Schreiber herausgegebene avantgardistische Zs. „Kunst der Nation" erschien schon seit November 1933.

15 R. an Ley, 8. März 1934, *348*; von Goebbels verlangte R. in einem Brief am gleichen Tage ein Einschreiten gegen „die geradezu fieberhafte Tätigkeit unserer reaktionären Presse auf dem Gebiet der bildenden Kunst" und bat um Aussprache; *343*.

16 Brief G.'s nicht ermittelt; zit. nach Referat in R. an Ley, 8. März 1934 (Anm. III/15).

17 *Z Otto Andreas Schreiber;* Weidemann stieg später bis zum Vizepräsidenten der Reichsfilmkammer auf (Wulf, Theater, S. 213 f.). R. protestierte noch am 11. Januar 1936 bei Heß gegen den sog. „Kunstbolschewisten"; *289*.

18 Darüber zuerst Brenner, S. 74, auf Grund von Mitteilungen O. A. Schreibers. Letzterer berichtete dem Verf. in ausführlichen Briefen vom 8. August und 15. November 1966 über weitere Einzelheiten, für die eine Verifikation durch zeitgenössische Quellen aber noch nicht möglich war. Schreiber erwähnte auch den Verlust seiner eigenen Unterlagen im Kriege. Derlei „Schutz"-Vorgänge lassen sich bereits in unserem begrenzten Unter-

suchungs-Zusammenhang auch an anderen Stellen beobachten (S. 178—199, 212—221). Sie scheinen für die Existenzformen des Individuums wie auch für die soziologischen Entwicklungen unter der NS-Diktatur bezeichnend zu sein.

[19] Brief G.'s nicht ermittelt; zit. nach Referat in R. an Goebbels, 13. März 1934 (G. habe mitgeteilt, er werde Dressler „bestimmen"). — *Horst Dressler-Andress,* schon vor 1933 innerparteilicher Gegner R.'s (vgl. Anm. II/49), 1899 geboren, war von Beruf Regisseur und wurde nach dem Sturz des auch für den Rundfunk zuständigen Otto Strasser „Sachbearbeiter der Partei für Rundfunkfragen" (Dressler an J. Sprenger, 7. Juni 1932, *NS 26/553*). — Ab November 1933 Präsident der Reichsrundfunkkammer (vgl. Anm. II/140); ab 14. Juli 1934 außerdem Leiter des Amtes „KdF" der DAF (vgl. S. 71 f.). Er wurde (wahrscheinlich im Frühjahr 1938) aus beiden Positionen wieder verdrängt. Die darüber bis jetzt vorliegenden Quellen geben über die Ursachen kein klares Bild. Fest steht, daß sowohl die Machtapparate Leys als auch Goebbels' bemüht waren, den Vorgang zu verschleiern. Siehe Daluege an Himmler, 20. Juli 1938, gedr. Wulf, Presse, S. 313, vgl. ebenda S. 302—304; dazu Amtl. Nachr.Bl. DAF, in dem Dressler noch am 28. März 1938 namentlich genannt wird. Aber bereits die erste KdF-Verordnung des Jahres 1938 wurde am 9. Mai von einem Vertreter gezeichnet. Statt daß der Wechsel in der KdF-Führung bekanntgegeben wurde, erschien von nun an als KdF-Chef der Leiter des Volkswagen-Werks, Dr. Bodo Lafferenz. Dressler wurde in untergeordnete Parteipositionen abgeschoben und war von 1940 mindestens bis 1942 NSDAP-Funktionär in Lemberg und Krakau; *BDC.* 1948 war er Mit-Begründer der NPD der DDR. Vgl. Rothfeder, S. 92—95; Bausch, S. 98 und 177. Über Dresslers Beziehungen zu Rosenberg: u. D., S. 71 f., 74, 79 f., 86 f.

[20] R. an Heß, 15. März 1934, *289.* Weiterer Inhalt: Antrag Goebbels', das Kulturamt der Reichspropagandaleitung zu gründen.

[21] Als komiss. Leiter des KdF-Kulturamtes: Otto Geiger; *Z Schreiber.*

[22] Vgl. oben S. 53.

[23] R. an Selzner, 9. April 1934, 328; Abkommen gedr.: Wulf, Theater, S. 68.

[24] NSK, 12. Mai 1934 (verspätete Bekanntgabe). Offiziell wurde der Schritt als „Eingliederung" des KdF-Kulturamtes in das DAF-Amt „Volkstum und Heimat" (u. D., S. 50) deklariert. R. versuchte ihn zu parieren, indem er Dr. Stang zu seinem „Berater auf dem Gebiet der Kunstpflege, die von der NSDAP, der Organisation ‚Kraft durch Freude' und den gleichgeschalteten Verbänden ausgeübt und betreut" werde, ernannte (NSK, 12. Mai 1934). Stang hatte diese Funktion längst inne. Die Bekanntgabe hatte nur den Zweck, anzukündigen, daß R. auf den genannten Gebieten Kompetenzen beanspruche und daß Haverbeck und KdF sie nicht allein inne hätten. Es handelte sich um den allmählich typisch werdenden Versuch zur Usurpation von (auch der Gegenseite nicht offiziell durch den StdF zugeteilten) Vollmachten durch eine öffentliche Bekanntmachung (vgl. Anm. III/65 und S. 194).

[25] Vgl. S. 63 — Ley hatte Haverbeck am 2. Mai 1934 zum wiederholten Male, wenngleich nur mündlich, aufgefordert, den RVH aufzulösen und die Volkstums-Arbeit allein durch den KdF-Apparat zu leiten. Haverbeck hatte abgelehnt, obwohl bereits zu ahnen war, daß Ley im RVH eine machtpolitische Gefahr witterte, *Z Haverbeck.* Weiteres s. S. 72 und Anm. III/64.

[26] Vgl. oben S. 47 f. und Anm. II/120; VB, 2. Mai 1934.

[27] Erste Darstellung: Rothfeder, S. 81—85; die Abhängigkeit von Ley ist richtig erkannt. Die Frage des Instanzenzuges wird erörtert. Es fehlen aber die Vorgeschichte Februar bis Juni 1934 und das Problem Haverbeck; es wird verkannt, daß Schwarz doch einen gewissen Teil des Etats trug. Die Tatsache der nur mündlichen Finanz-Vereinbarung und das Problem des Status der NSKG werden umgangen. Die Wildhagen-Finanzierung konnte Rothfeder nicht bekannt sein, da fast alle R.-Akten darüber fehlen. Vgl. Anm. III/210.

[28] Etathöhe erschlossen aus: R. an Schwarz, 18. Mai 1936, *359*; vgl. S. 89 mit Anm. III/168. Die Tatsache finanzieller Absprachen zeigen bereits die Briefe R.'s an Ley, 16. Juli und 18. August 1934, *348.* R. schreibt am 8. Dezember 1934 rückblickend, es sei ein „Etat auf 1 Jahr ... ausgemacht" worden; *348.*

[29] NSK, 13. Juni, VB, 15. Juni 1934.

[30] Über diese: H. Buchheim, Gliederungen. Vgl. Anm. II/167a. Dazu unten Anm. III/95.

[31] NSK, 13. Juni; VB, 15. Juni 1934. Wie aus dem Du. des Ley-Briefes vom 12. Juni in den ROL-Akten hervorgeht, hatte Ley den „Beauftragten des Führers" sechs Tage mit seiner Antwort warten lassen. Im VB mußte das Briefdatum daher auf den 6. Juni gefälscht werden; *NS 22/849*.

[32] S. Anm. II/139.

[32a] NSK, 13. Juni; VB, 15. Juni 1934.

[33] „Die offizielle disziplinarische Unterstellung [der GSL] unter den Reichsorganisationsleiter entspricht ... nicht den Tatsachen und ist auch gar nicht möglich, da die Gauschulungsleiter disziplinär den Gauleitern unterstehen." Es könne sich bei der Unterstellung unter Ley nur um eine „fachliche Beaufsichtigung" handeln, für die aber auch Rosenberg zuständig sei. (Denkschr. aus d. Gauleitung Weser-Ems, etwa 1943, Anm. II/167.)

[34] S. Anm. II/167a (Hitler an Ley, 29. November 1934). Dazu Anm. III/30.

[35] R. unternahm einen Versuch zur Unterrichtung der obersten Schulungsbeauftragten aller Gliederungen und Verbände sowie des Korps der politischen Leiter, indem er eine ab Oktober 1935 in unregelmäßigen Abständen zusammentretende „Arbeitsgemeinschaft zur Schulung der gesamten Bewegung" einrichtete (vgl. S. 91, 125).

[36] Rothfeder, S. 126–158, hielt sich bei der Beschreibung an das, was sich die Abteilungen und R. selber als Aufgaben zuerkannten. Zur Tabelle:
Die Abteilungen 1–4 (unsere Bezeichnung) wurden in der NSK vom 13. Juni 1934 (und VB, 15. Juni) genannt. Ergänzungen ergeben sich aus den folgenden Dokumenten, die darüber hinaus die Informationen für die Abteilungen 5–8 liefern:
a) „Abteilungsplan der Dienststellen des Beauftragten ...", 19. Dezember 1934, *BUE 61*.
b) „Vorläufiger Aufbau der Dienststelle", entstanden etwa Oktober/November 1935, *BUE 55*.
c) „NSDAP. Reichsleitung. Die Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg", etwa 1939, *Arch. Schumacher Nr. 211*.
d) „Organisation der Dienststelle des Beauftragten ...", 1. Juni 1940, *120*.
e) Geschäftsverteilungsplan vom 22. Dezember 1941, *120*.
f) „Der Beauftragte des Führers ...", 4. Januar 1943, *120*.
Es gab ferner (entspr. den angeführten Dokumenten) ein *Zentralamt* für die technischen und ein *Verwaltungsamt* für die finanziellen Fragen des inneren Dienstbetriebes (Gehaltszahlung, Sachetat). Als eigene Abteilungen müssen ferner die *Stabsleitung* unter Gotthard Urban (ab September 1941 unter Dr. Helmut Stellrecht) sowie die *Kanzlei Rosenberg* angesehen werden. Letztere leitete 1934–1937 Thilo von Trotha (geb. 1909, etwa 1932 oder früher Privatsekretär R.'s, Tod 24. Februar 1938 durch Autounfall) und ab August 1937 Dr. Werner Koeppen. Von Koeppens Amtsantritt an hieß das Büro „Adjutantur". Koeppen: geb. 1910, Promotion 1935, hauptamtl. SA-Führer Juni 1935, Adjutant Rosenbergs August 1937 bis Februar 1945 (Gefangennahme), Vertreter Rosenbergs im FHQ Juli 1941 bis 1. März 1943, während dieser Zeit von Amandus Langer (geb. 1908, von Beruf Plakatmaler) vertreten; *BDC* und Eidesstattl. Erkl. Dr. Koeppens *NO-3822*; Mitt. a. d. Verf. vom 12. Juni 1965.

[37] Statuserhöhung der Abteilungen nach den Anm. 36 genannten Quellen. „Amt Schulung": 1941 Hauptamt. Näheres S. 89 f., 123–126, 129, 134–143.

[38] 1941 Hauptamt. Näheres S. 71 ff., 104 ff.

[39] 1935 in (b) (vgl. Anm. III/36) ist Hagemeyer als Hauptstellenleiter vermerkt bei seiner Beförderung zum Amtsleiter am 9. November 1937 (Anordnung Hitlers Nr. 11/37 im VOBl. NSDAP) dürfte die Abt. zum Amt erhoben worden sein. 1941 Hauptamt (e). — Amt Schrifttumspflege in vorlieg. Darst. nicht mehr behandelt, vgl. Anm. Einl./35.

[40] 1935 in (b) als Hauptstellenleiter bezeichnet; 9. November 1937 Beförderung zum Amtsleiter (wie Anm. 39). Dazu S. 161 ff.

[41] M. Ziegler 1935 in (b) als Hauptstellenleiter bezeichnet; am 9. November 1937 Beförderung zum Amtsleiter (vgl. Anm. III/39). Dazu S. 113 ff.

[42] Nach Angaben bei Rothfeder, S. 152–154 (leider ohne Beleg): 1936 Hauptstelle, 1938 Amt, 1941 Hauptamt (letzteres durch c–e belegt).

[43] Dazu S. 121 ff.

[44] Dazu S. 16, 134.

[45] Vgl. aber Rothfeder, S. 126 f. über vielfachen Wechsel in den Unterabteilungen, die indessen bei ihm ebenso außer Betracht geblieben sind, wie sie bei uns interessieren.

[46] Vgl. S. 96 mit Anm. III/221, S. 194 mit Anm. V/143, S. 226 f.; hätte irgendeine Kompetenz-Definition Hitlers oder des StdF vorgelegen, so hätte sich R. in diesen Konfliktfällen darauf berufen können.

[47] S. Bibliographie, ferner S. 119 ff.

[48] R. an Heß, 14. Mai 1938, *348*. Bezeichnenderweise wurde R. auch nicht vom StdF ermahnt, eine solche Abteilung einzurichten.

[49] Dem Amt Schulung entsprach als Konkurrent das Hauptschulungsamt der ROL (vgl. Anm. III/37), dem Amt Kunstpflege das (Haupt-)Kulturamt der RPL (vgl. Anm. III/30, III/144, S. 109 f.), dem Amt Schrifttumspflege die Parteiamtliche Prüfungskommission (vgl. Rothfeder, S. 248—267), dem Archiv für kirchenpolitische Fragen und Nachfolgestellen entsprachen die SD-Ämter für weltanschauliche Forschung und Auswertung (vgl. Zipfel, S. 149), dem Amt Vorgeschichte schadete das *Ahnenerbe* Himmlers (vgl. S. 167 bis 169, 178—184), dem Amt Wissenschaft machten der NSDD und ebenfalls das *Ahnenerbe* auf Seiten der Partei, das REM auf Seiten des Staates Konkurrenz.

[50] Vgl. Anm. I/54.

[51] R., Denkschrift f. Hitler: „Der Stand der Schulungsarbeit . . .", 16. Mai 1938, *238*. — Walther Groß: Geb. 1904, Pg. 1925. Am 15. April 1935 wurde sein „Aufklärungsamt der NSDAP für Bevölkerungs- und Rassenpolitik" in „Rassenpolitisches Amt" umbenannt (VOBl NSDAP, Folge 72, S. 163). Es hatte praktisch nur Schulungsaufgaben; vgl. den abfälligen Bericht Chef RuSHA an RFSS vom 25. Mai 1940 mit Abwehr des RPA-Versuchs, auch an der „Ausmerze" beteiligt zu werden; *NO-2791*. Das RPA ließ den pseudowissenschaftlichen Charakter der NS-Rassenlehre besonders in seiner Zeitschrift „Neues Volk" zum Ausdruck kommen, wo allen Ernstes die phaenotypische Lehre vertreten wurde (vgl. Anm. I/54). Groß wurde 1941 Leiter des Amtes Wissenschaft der DRbg. Freitod 1945, *Z Härtle*.

[52] VO z. Durchf. d. Gesetzes zur Sicherung . . ., 29. März 1935, OrgBuch NSDAP, S. 496; vgl. Buchheim, Gliederungen und Anm. II/167—167 a.

[53] S. Anm. II/167 a.

[54] R. an Schwarz, 25. Februar 1937, *359*.

[55] S. Anm. III/36, Dokument b.

[56] Vgl. S. 101.

[57] Walter Frank an Prof. K. A. v. Müller und andere, 11. Juli 1936, zit. Heiber, Frank, S. 834. Heiber ist die Erforschung des gesamten Vorgangs zu danken, vgl. bei ihm S. 247, 778—842, insbes. 789 f., 800 ff., 822, 833—838, danach unsere kurze Zusammenfassung, S. 94—97, 122.

[58] Prof. Karl Griewank an Georg Becker, 21. Januar 1946, zit. Heiber, S. 793.

[59] Heiber, S. 800.

[60] Rothfeder, S. 71; leider nicht weitergeführte Überlegung.

[61] NSK-Nachrichten, 13. Juli 1934.

[62] „Im gegenseitigen Einvernehmen . . .", 22. Juni 1934; Abschr. o. Überschr., *348*. Auch in NSK, 17. Juli 1934, vgl. Anm. III/64.

[63] Bisher hatte es noch gar keinen Gesamt-Leiter für KdF gegeben; *Z Schreiber*. Dressler-Andress übernahm den neugeschaffenen Posten gleichzeitig mit dem schon bestehenden, d. h. dem des Leiters des KdF-Kulturamtes. Die Amtsübernahme wurde bekanntgegeben (NSK, 14. Juli 1934), die Neu-Organisation aber verschleiert.

[64] R. an Ley, 13. Juli 1934. Vgl. S. 47—50, 66 und Anm. III/25. Im Gegensatz zur zitierten Nachricht wurde Haverbeck aber auf Grund einer neuerlichen Willensänderung Leys am 13. Juli noch nicht abgesetzt, sondern nur auf sein RVH-Amt bei der DAF beschränkt. Ihn traf das Verdikt am 20. Oktober 1934, vermutlich in Zusammenhang mit der Absetzung der übrigen arbeiterfreundlichen DAF-Mitarbeiter Karl Busch (amtsenthoben 18. September, vgl. NSK vom gleichen Tage) und dreier seiner Kollegen (Schumann, 101 bis 107; Broszat, Staat, S. 198). Auf die Absetzungs-Nachricht hin erklärte Haverbeck Leys Stabsleiter Claus Selzner, diese Kampfmethoden seien allenfalls in der Außenpolitik üblich. Darauf Selzner sinngemäß: „Der Kampf der Dienststellen und Organisationen untereinander entspreche durchaus den Spielregeln der Außenpolitik. Er sei in

gleicher Weise rücksichtslos und man habe sich damit abzufinden. Andere Vorstellungen oder Forderungen seien schwärmerischer Idealismus"; *Z Haverbeck*; vgl. verwandte Selzner-Äußerungen bei Broszat, Staat Hitlers, S. 201. — Die Volkstums-„Stoßtrupps" (s. oben S. 48) wurden in das DAF-Amt „Ausbildung" eingegliedert (INDIE, 21. Oktober 1934). Haverbeck hatte ihnen auch schon den Namen „Werkscharen" gegeben, den Ley unter Verkehrung der Grundidee übernahm, um sich eine bewaffnete Hausmacht zu schaffen. Das Experiment scheiterte 1937–1939 am Widerstand der SA (Schumann, S. 154).

[65] Auch in der gleichgeschalteten Presse war der Machtkampf der Dienststellen noch zu spüren, wobei im vorliegenden Falle verhüllt, aber für den „eingeweihten" Zeitgenossen hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, was man im Kreise Goebbels' und Dressler-Andress' (KdF) über Rosenbergs und Stangs Kulturprogramm dachte. Während R. im Ferngespräch mit Ley am 13. Juli verstanden haben wollte, daß Dressler „auf Vorschlag von Dr. Goebbels ... die Brauchtumsarbeit übernehmen" solle, „wobei klar verstanden" würde, „daß diese Abteilung sich tatsächlich auf dieses Aufgabengebiet beschränkt" (R. an Ley, 13. Juli, *348*), wurde bei KdF schon die Mitteilung über die Neubesetzung vorbereitet, die am 14. Juli in der NSK, am 16. in der (den christlichen Gewerkschaften weggenommenen) DAF-Zeitung „Der Deutsche" erschien. Darin hieß es: „Darüber wollen wir uns klar sein, daß ‚Kultur' nicht eine wolkenthronende Denkkonstruktion ist ... Nicht auf der Abseitigkeit eigenbrötlerischen und unnormalen Brütens kann der Baum nationalsozialistischer Kultur entstehen, sondern einzig und allein auf dem natürlichen, lebensnahen Boden *schöpferischer Menschlichkeit.*" Das KdF-Kulturamt benötige einen Leiter, „der nach harter Lebenserfahrung den klaren Blick für den Vormarsch hat. Kunst ist Leben, und nur der hat die Berechtigung, in ihr führend zu wirken, der des Lebens Höhen und Tiefen mit seiner ganzen Härte aus eigener Person kennt. Dressler-Andress ist dieser Mann." — Außerdem wurde noch verbreitet, Dressler habe als Präsident der Reichsrundfunkkammer „in der Neujahrsnacht" 1933/34 dem DAF-Chef Ley den „Rundfunk zur Verfügung gestellt". Mit dieser Bemerkung wollte sich Dressler offenbar bei Ley empfehlen. Angesprochen war die Ende 1933 von Goebbels angeordnete Umstellung des Rundfunkprogramms von politischer Direkt-Agitation auf informale Propaganda mittels leichter Unterhaltung; vgl. Heiber, Goebbels, S. 160. Dressler hatte an der Aktion, die man nach bürgerlichen Konventionsbegriffen natürlich auch als Zeichen von Arbeiterfreundlichkeit ausgeben konnte, wohl einen gewissen Anteil gehabt.

[66] R., „Kulturgestalt und kulturelle Organisation. Denkschrift für den Führer über das Grundsätzliche der kulturellen Lage", etwa September/Oktober 1936, *NS 10/62*, Bl. 33 bis 49. Zur Datierung vgl. Anm. III/146.

[67] R. an Heß, 1. Oktober 1936; ähnlich an Heß, 2. Januar 1935, *289*.

[68] R., Kulturgestalt ... (Anm. III/66).

[69] INDIE, 12. Juli 1934 (Tagung vom 4.–7. Juli 1934).

[70] Die NS-Kulturgemeinde, Jg. 1935, Heft Juni/Juli; VB, 8. Juni 1935 ff. — Für 1936: „Veranstaltungsfolge", *339*; Kunst und Volk, Jg. 1936.

[71] Brenner, S. 90–95; vgl. Bausteine zum deutschen Nationaltheater, hrsg. von W. Stang, H. 8 (September/Oktober 1934), S. 235–239. Der Ansicht Brenners, ein positives Echo in „bürgerlichen" Kreisen sei aus der „bürgerlichen" Presse herauszulesen gewesen, ist quellenkritisch zu begegnen: nahezu nur die Parteipresse konnte sich Kritik erlauben (vgl. u. D., S. 74 mit Anm. III/81), vgl. entsprechende kritische Artikel daher in „völkischen" Zeitschriften wie in Will Vespers „Neue Literatur", Jg. 1934, S. 757 und 799 (Verfasser: Hans Knudsen).

[72] Theater am Nollendorfplatz nur 1934/35 von d. NSKG gepachtet: Dt. Bühnenjahrbuch, Jgg. 1934–1939.

[73] Zu dieser allgemeinen Erscheinung: Pitzsch, S. 164–173, 199–205; Brenner, S. 114–118.

[74] R., Denkschrift an Hitler (Anm. III/66).

[75] R. an Heß, 1. Oktober 1936, *289*.

[76] Vgl. „Bausteine ..." und „Illustrierte Deutsche Bühne"; ferner Anm. III/67; dazu R. an Heß, 22. Mai 1935, *289*; 2. Januar 1935, *289*. Im zuletzt genannten Brief schreibt R. an Heß: „Ohne die NSKG würde ich überall zu spät kommen." — Vgl. weiter: R. an

Goebbels über das NSKG-Ausstellungswesen, gegen die „Kunst der Nation" (9. März 1939, *343*, vgl. Anm. III/14); R. an Schwarz, 16. Mai 1936, *359* (NSKG sei eine Existenzfrage für die Theater). Im Brief vom 28. August 1936 an Goebbels, *343*, erklärt R.: „Sie ... betonten, daß die Theaterpolitik von K. d. F. die Theater ruiniere und Sie von überall Klagen hörten."

[77] R. an Stang, 16. Oktober 1941, *137*; vgl. Anm. II/36 und S. 111 mit Anm. IV/38. Die Ablehnung, auf die Stang innerhalb und außerhalb der Dienststelle auf Grund seiner persönlichen Eigenschaften stieß, ist vielfach bezeugt (vgl. Anm. II/37). Stang lebte in Feindschaft mit seinem Unterabteilungsleiter Robert Scholz (Anm. II/3), dargestellt bei Rothfeder, S. 241–247, nach *322*.

[78] Reichskulturwalter Moraller, Hinkel, Schmidt-Leonhardt: „Dem Herrn Minister vorgelegt. Betr. Eingliederung der NS-Kulturgemeinde", Juli 1936, *Hinkel 124*, dazu S. 84. Die Prozent-Angabe wäre evtl. zu überprüfen an der leider verschollenen Diss. von R. Stury.

[79] Moraller: „Dem Herrn Präsidenten der Reichskulturkammer ...", 14. Juli 1936, *Hinkel 124*. Die Darstellung Brenners, S. 92 f., wonach der Erfolg der NSKG „schlechthin triumphal" gewesen sei, beruht auf der Angabe des R.-Mitarbeiters H. Guthmann, Zweierlei Kunst in Deutschland?, Berlin 1935 und mithin auf der NSKG-Eigenpropaganda. Das Buch wurde von Goebbels Anfang 1936 verboten, weil es den internen Machtkampf andeutete, worüber es zu Konflikten kam: R. an Goebbels, 19. Februar und 2. März 1936, *343*. — „Junge Parteigenossen": nach 1933 eingetretene Mitglieder.

[80] Guthmann (NSKG-Obmann, Bayer. Ostmark, wahrsch. nicht ident. mit Guthmann in Anm. III/79): „Bericht über einen Besuch der Ortsverbände", etwa 1936, *316*.

[81] Stang an R., zwei Briefe vom 30. März 1936, *339*. Vgl. Anm. III/71. Die Feinde R.'s in einer Gauleitung sprachen von dem „Privatverein Gregor Strasser", nachdem sie offenbar dessen Anordnung vom 31. Juli 1932 (oben Anm. II/69) als Rundschreiben in den Akten wiedergefunden hatten.

[82] R. an Goebbels, 3. März 1936, *343*, abgesandt am 31. März.

[83] „Fehlt noch immer das Epos unserer Kampfzeit" (R., Tagebuch, ed. Seraphim, 7. Februar 1940).

[84] Darüber ausgezeichnet Brenner, S. 114–118; Pitzsch, lt. Anm. III/73; Brenner, Deutsche Literatur, S. 677–694; Geißler, S. 721–730; Knoll, S. 310–317.

[85] Moers-Messmer, S. 79.

[86] Brenner, S. 95–106.

[87] Vgl. S. 105 mit Anm. IV/7.

[88] R. an Goebbels, 20. August 1934; Goebbels an R., 25. August 1934, *343*. Wegen des zahlreiche Episoden und Einzelvorwürfe umfassenden Inhalts können hier nur die wenigsten Passagen dieser langen, in äußerst scharfem Tone gehaltenen Briefe zitiert werden.

[89] Der Briefwechsel ging in gleicher Tonart weiter: R. an Goebbels, 30. August (Wulf, Denker S. 31–35), Goebbels verachtungsvoll und ausweichend 25. September 1934, ebd. (auch in *343*; vgl. Brenner, S. 78 ff./259; Fortsetzung seit Januar 1936 s. unten S. 82 ff.). Auf den Brief vom 25. September antwortete R. am 20. Oktober 1934, schickte das Schreiben aber erst in gemilderter Fassung am 20. Dezember ab, *343*. Briefe R.'s an Goebbels aus dem Jahre 1935 wurden nicht ermittelt. Es hat lt. R. an Heß, 5. März 1935, *289* (dazu S. 76 mit Anm. III/93), mindestens einen, etwa an diesem Tage geschriebenen, gegeben.

[90] Der These Brenners, S. 82–86, daß Hitler durch seine Parteitagsrede im September 1934 eine „Entscheidung" zugunsten R.'s, wenngleich zuungunsten der „völkischen Kulturrichtung", aber doch jedenfalls gegen Goebbels und die moderne Kunst getroffen habe, vermag Verf. nur mit Einschränkung zuzustimmen. Die Rede unterschied sich nicht wesentlich von der von 1933. R. bezog die Worte nicht auf sich, förderte Schultze-Naumburg, der ungestört weiterpublizierte, auch in der folgenden Zeit und machte auch den „Berliner Modell-Spielplan" 1934/35 mit seinem Stück „Einsiedel" den von Hitler abgelehnten „Einsiedeleien einer von Juden stets als lächerlich empfundenen germanischen Traumwelt" (Parteitagsrede 1934, Brenner S. 83) dienstbar (u. D., S. 73). Trotz Verbots der Zeitschrift „Kunst der Nation" wurde moderne Kunst noch bis in den Herbst 1936 hinein geduldet (vgl. u. D., S. 72, 79). Hitler vermied es demnach zumindest, R. oder Goebbels seine „Entscheidung" mitzuteilen. Vgl.: „Der ... Reichsparteitag ... 1933";

„Der Kongreß zu Nürnberg ... 1934", S. 102 f.; Brenner, S. 70, 82–86; Dietrich, Bd. 74 (1934) bis 85 (1939) mit zahlr. Aufsätzen von und über Schultze-Naumburg, darunter in Rosenberg-Zeitschriften wie „Kunst und Volk", Jg. 1936, S. 138, 150; „Die Kunst im Dritten Reich", Jg. 1939, S. 214; NSM Jg. 1939, S. 649 ff. Die Gunst Goebbels' hatte sich Schultze schon 1933 verscherzt (vgl. Anm. II/11); sein Schüler H. S. Ziegler erhielt gleichfalls nicht den angestrebten Posten (Anm. II/3).

[91] Die Musik, Jg. 1934, S. 138–146; Auszüge in: Wulf, Musik, S. 372–381.

[92] Zit. nach den Erinnerungen der Sekretärin Furtwänglers: Berta Geißmar, S. 125–132. Goebbels und Göring erschienen in der Oper, als hätten sie nicht erfahren, daß Demonstrationen auch schon am Vormittag stattgefunden hatten.

[93] Wulf, Musik, S. 378; R. an Heß, 5. März 1935, *289*.

[94] Trotha (Privatsekretär R.'s) an Stang, 9. April 1935, schreibt nur, die NSKG habe ab sofort „absolute Neutralität" gegenüber Furtwängler zu wahren; *323*. Die Begegnung war vermutlich von Heß zur Bedingung für die offizielle Wiederversöhnung zwischen Furtwängler und Hitler gemacht worden, welche am Tage darauf stattfand. (Vgl. Geißmar, S. 147 f.)

[95] Da die VO z. Durchf. d. Gesetzes zur Sicherung ... (Anm. II/167) vom 29. März 1935, welche „Gliederungen" und „angeschlossene Verbände" definierte (OrgBuch, S. 490 ff.), die NSKG nicht mit aufzählte, bat R. Heß am 22. Mai 1935, *289*, um Aufnahme. Diese erfolgte nicht (vgl. u. D., S. 100).

[96] R. an Rust, 2. Mai 1935, *NS 10/58*, Bl. 50; Rust an R., 17. Mai 1935. *NS 10/15*, Bl. 70; Dankbrief R.'s an Rust, 20. Mai 1935, *341*.

[97] BkRst 2 (1935), S. 159 ff., S. 296 ff. Dieser Nachweis und alles folgende nach Heiber, Frank, S. 114 ff. und S. 187.

[98] Heiber, S. 114 ff. nach der Angabe Franks in: Frank an REM, 2. Dezember 1934, wodurch Fr. seine Tätigkeit in der Hochschulkommission der NSDAP kennzeichnete.

[99] Aktennotiz des Referenten Hinz im REM, 7. Januar 1935, nach Heiber, Frank, S. 125 und 176.

[100] Heiber, Frank, S. 201–203, 109–211.

[101] VB, 3. Februar 1935.

[102] Aufzeichnung Onckens vom 7. Februar 1935 über seine Unterredung mit Fischer am 6. Februar, nach Heiber, S. 214. Oncken schwächte vermutlich noch ab.

[103] Frank an REM, etwa 6. Februar 1935, nach Heiber, Frank, S. 212 f. Die Gründe, aus denen R. nicht selbst schrieb, sind unbekannt. R. identifizierte sich jedoch ausdrücklich mit dem Schritt (VB 12./13. Februar 1935 nach Heiber, S. 217; vgl. u. D., S. 183 mit Anm. V/105).

[104] Vermerk d. Min.-Direktors Vahlen, 17. September 1934 nach Heiber, S. 176.

[105] Heiber, Frank, S. 214–215.

[106] Eröffnung: 19. Oktober 1935; R.'s lebhafte Befürwortung für Frank: 2. Mai 1935. Das Institut war etatrechtlich Nachfolgeeinrichtung für Onckens „Historische Reichskommission" (Heiber, S. 262–263, 273).

[107] R. an Goebbels, 30. August 1934 (Anm. III/89).

[108] VB 14. Juli 1935; vgl. Wulf, Musik, S. 198 f.

[109] Blunck, Unwegsame Zeiten, S. 344. Die Angabe der gleichwohl apologetischen Memoiren erscheint glaubhaft. Vor weitergehenden Folgerungen ist freilich zu warnen, da B. den Text der Rede auch nach 1945 nicht veröffentlicht hat. Zu den „Nöten" B.'s in der Kammer vgl. ebenda, S. 226, 241 („... bis zu 15 % nichtarische Anmeldungen"), 253, 270 bis 281, 287–293, 313. Vgl. Wulf, Literatur, S. 196 f.

[110] Presseerklärung Morallers, 4. September 1935, in: RMfVuP an alle Landesstellen, 6. September 1935, *BDC Moraller*.

[111] R. an Heß, 15. März 1934, *289*.

[112] Wulf, Theater, S. 313, 324 f.; Deutsches Bühnenjahrbuch, Jg. 1936, S. 1 (Otto Laubinger, Präs. d. Theaterkammer, starb).

[113] *Z Schreiber;* dazu ähnlich Rave, S. 51.

[114] Vgl. Anm. III/90.

[115] Aufzeichnung Dressler-Andress, „Eilt sehr", 8. Juni 1935, *Hinkel 124*, gedr. Wulf, Theater, S. 71 f. Vgl. Die neue Literatur, Jg. 1935, S. 367. — Rosenbergs Rede (Kritik an der

Nicht-Verleihung des Schiller-Preises und Empfehlung Hanns Johsts): R., Gestaltung..., S. 329ff. Rust hatte auf Beschwerde wegen der Nicht-Verleihung nicht reagiert; R. an Rust, 20. Mai 1935, *341*.

[116] Moraller: „Dem Herrn Minister vorzulegen", 18. Juni 1935, *BDC Moraller*, gedr. mit nicht bezeichneten Kürzungen: Wulf, Literatur, S. 192.

[117] Erste VO z. Durchf. des RKK-Gesetzes, 1. November 1933 (Schrieber, I, S. 4).

[118] Wie Anm. III/116.

[119] Urkunde abgedr. in: Der Parteitag... 1935, S. 52f.; 1935 verliehen an Hanns Johst (Anm. III/115) und Hans F. K. Günther (Anm. I/54), 1936 an Philipp Lenard und Heinrich Anacker. Für 1937 s. Anm. III/123. Rothfeder erwähnt die Weisungsrecht-Forderungen so wenig wie die Auseinandersetzungen mit Goebbels.

[120] Die Entwürfe R.'s für Verfügungen Hitlers sind undatiert, liegen aber direkt nach dem (genehmigten und veröffentlichten) Text der Urkunde über den Preis (Anm. III/119) in der Mappe der Eingaben an Hitler, *396*, zwischen Schriftstücken zwischen 6. und 11. September 1935. Die zwei Entwürfe tragen folgende Anfangszeilen: „Anordnung. Die Dienststelle des Beauftragten ... wird in ein ‚Ordensamt der NSDAP' umgewandelt..."; „I. Es wird ein Reichsministerium für Weltanschauung und Kultur errichtet..." Begleitschreiben R.'s an Hitler sowie Vermerke über die Reaktion Hitlers fehlen. Daß die Entwürfe Hitler wirklich vorgelegt wurden, ist nicht sicher. Entscheidend bleibt, daß der Plan bestand, den sie enthalten.

[121] Urban an Heß, 18. Oktober 1935, *NS 10/38*; R. an Heß, 21. Oktober 1935, *289*; bittere Vorwürfe: R. an Goebbels, 19. Februar 1936, *343*. Vgl. Anm. III/79.

[122] Goebbels an R., 7. November 1935, *343*. Vgl. Anm. III/121. Auf Beschwerden ging G. nicht ein (Anm. III/133); eine Antwort Heß' auf Klagebrief R.'s vom 21. Januar 1936, *289*, wurde nicht ermittelt.

[123] R., Tagebuch ed. Kempner, Eintragung „Nach dem Parteitag 1937", S. 31. — R. zitierte hier bewußt oder unbewußt Worte aus Goebbels' Laudatio (Der Parteitag... 1937, S. 50 bis 52). Preisträger 1937 außer R.: August Bier, Ferd. Sauerbruch und Wilhelm Filchner; 1938: Dr. Fritz Todt, Ferd. Porsche, Willy Messerschmidt, Ernst Heinckel. Auszeichnungswürdige Schriftsteller fanden sich, dieser Liste zufolge, also schon seit 1937 nicht mehr. — Der Nationalpreis wurde im Januar 1937, wie bekannt, beim Verbot der Annahme des Nobel-Preises geschaffen. Über diesen Vorgang konnte Verf. Akten der DRbg. nicht ermitteln, obwohl das Amt auch hinsichtlich der erwähnten Befugnisse davon berührt wurde. Daß es diese an Goebbels abgeben mußte, bestärkt die Vermutung des Verf., daß der Propagandaminister das Amt R. für die Kompetenzbeschneidung dadurch zu entschädigen suchte, daß er R. bei Hitler zum ersten Preisträger vorschlug. Die seit 1936 zu beobachtende Radikalisierung des Kurses des Regimes (u. D., S. 81–84) kam in der Preisverleihung wahrscheinlich nur insofern zum Ausdruck, als diese die Annäherung zwischen Goebbels und R. mit andeutete. Eine darüber hinaus gehende Bedeutung scheint der Dekoration nicht zuzukommen, da R. im Jahre 1937 außer dem Recht auf Verleihung des „Preises der NSDAP" noch weitaus wichtigere Kompetenzen verlor (u. D., S. 100–103). Daß seine „‚privaten Ansichten' zu Grundlagen der ganzen Revolution des Führers erklärt worden" seien, wie R. nach der Preisverleihung ins Tagebuch schrieb (u. D., S. 26), war Illusion, da praktische Folgen ausblieben. Als geplanter Schritt in der Kirchenpolitik des Regimes läßt sich der Vorgang gleichfalls nicht deuten (u. D., S. 113 bis 119).

[124] Vgl. Anm. III/142.

[125] Rave, S. 52; Brenner, S. 106; „Antikomintern" war eine Organisation des RMfVuP, die sich in heftigen Kompetenzkämpfen mit dem APA Rosenbergs erging. Dazu jetzt Laqueur, S. 208–236. — Vgl. Dallin, S. 55.

[126] VB, 28. November 1936, gedr. Wulf, Künste, S. 127f.

[127] Buchheim in: Anatomie des SS-Staates, I, S. 60.

[128] Mommsen, Polizeistaat, S. 68ff.

[129] Titel der Rede R.'s auf dem Parteitag 1936, in: Der Parteitag... 1936, S. 30–47.

[130] Hitler, Mein Kampf, S. 371.

[131] Übereinstimmend wird in der Literatur außerdem die Ansicht vertreten, daß Hitlers Furcht mit Beginn der großen Säuberung, die die Rote Armee großer Teile ihres Offi-

zierskorps beraubte, seit Januar 1937 wieder zurückgegangen sei. Eine Gesamtdarstellung für den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik fehlt noch. Vgl. vorerst: Meinck, S. 165–173; Treue, S. 184–210; Robertson, S. 85–90; Merkes, S. 21 ff.; Sommer, S. 34 ff.; Kluke, Politische Form, S. 428–461; Hillgruber, S. 564–578 (insbes. zur Frage der „Planmäßigkeit" bei Hitler). Dazu u. D., S. 247–249.

[132] Goebbels an R., 30. Januar 1936; R. an G., 19. Februar 1936, *343*; vgl. zum Inhalt der Einzel-Beschwerden R.'s auch Anm. III/79 und III/121. Es ging um den Hamburger Bürgermeister Krogmann (Einwendungen R.'s nicht ermittelt) und den Essener Maler Will Kelter, der sich, obwohl KfdK-Ortsgruppenleiter, um die Förderung moderner Kunst bemüht haben soll. Von R. abgesetzt, wurde er in den Präsidialrat der RKK aufgenommen (R. an Heß, 17. Juni 1935, *289*). Vgl. Rave, S. 46, vgl. Anm. III/88 f.

[133] Nicht ermittelter Brief; Zitat nach Referat in Goebbels an R., 20. März 1936, *343*.

[134] Goebbels an R., 31. März 1936, *343*.

[135] R. an Goebbels, 31. März 1936, dazu ein zweiter Brief vom gleichen Tage, *343*.

[136] R. an Goebbels, 9. März 1936, übersandt am 31. März, *343*.

[137] Vgl. Anm. II/94.

[138] Goebbels an R., 15. April 1936, *343*; dazu G. an R., 3. April 1936, *343*; R. an Goebbels, 7. April 1936, *343*. Nach Goebbels' Ablehnung einer Zusammenkunft am 22. April 1936 Vorwurf R.'s an ihn, *343*, einer Begegnung ausweichen zu wollen und auf keine seiner Forderungen eingegangen zu sein. Goebbels hatte offenbar alles nur mündlich besprechen wollen.

[139] Vgl. S. 80 mit Anm. III/118.

[140] R. an Schirach, 3. April 1936, *377*, darauf Vermerk: „Dieser Text ging an alle Reichsleiter . . ., Hierl und Hühnlein." R. legte einen seiner scharfen Briefe an Goebbels (31. März 1936, vgl. Anm. III/135) bei. Mitteilung des Schrittes an Goebbels, 7. April 1936 (Anm. III/138), aber wohl ohne Beigabe des Schreibens an Schirach und andere vom 3. April 1936.

[141] Schwarz an R., 17. April 1936, *359*; Himmler an R., 8. April 1936, *Centre, CXXIX-a-105*.

[142] Sie nahmen an der „Zweiten Arbeitstagung" des RKS teil (VB, 6. April 1936). Liste der „Senatoren": Dt. Bühnenjahrbuch, Jgg. 1936 ff. — Der RKS verlor rasch an Bedeutung oder bewährte sich überhaupt nicht: Dritte Tagung am 29. November 1936, 1937 anscheinend gar keine offizielle Zusammenkunft des RKS; 30. Mai 1938 im Rahmen der RKK-Umorganisation Rücknahme einiger Berufungen, was endgültige Aufgabe des Bündnisses mit den „gemäßigten" Künstlern bedeutete. Weiteres konnte Verf. nicht ermitteln. Vgl. Rühle, Jg. 1936, S. 321, 324; Jg. 1938, S. 338.

[143] R. an Goebbels, 28. August 1936, *343* (rückblickend).

[144] Moraller: „Dem Herrn Präsidenten der Reichskulturkammer zur Vorlage", 14. Juli 1936. Entwurf m. Unterschr. und zahlr. handschr. Bemerkungen und Korrekturen wohl von Hand M.'s, *Akten Hinkel 124*. Daraus ergibt sich folgende Tabelle:

Reichsebene:		*Personalunion in der entsprechenden Gaustelle:*
Stang:	1. Leiter des Amtes Kunstpflege beim „Beauftragten . . ."	1. Leiter d. Gauhauptstelle f. Kunstpflege
	2. Leiter der NSKG	2. Landesleiter NSKG
	3. Präsident der „8. Kammer" der RKK	3. Landesleiter der „8. Kammer"
Goebbels:	4. Präsident der [Gesamt-] RKK	4. Abt.-Leiter f. Belange der 8. Kammer in der Landesleitung der [Gesamt-]RKK
	5. Reichspropagandaleiter der NSDAP	5. Landesleiter für Kultur in der Gau-Vertretung der RPL.

[145] Moraller, Hinkel, Schmidt-Leonhardt: „Dem Herrn Minister vorgelegt", Juli 1936, *Hinkel 124* (zum Inhalt vgl. S. 73 mit Anm. III/78).

[146] Zitat aus dem Entw. e. Vereinb. o. Datum, Überschrift und Unterschrift, *343*, beginnend mit d. Präambel: „Um eine Klärung . . .", in welchem Entwurf die Mitsprache-Forde-

rung Goebbels' bereits berücksichtigt worden ist. Eine Vorfassung ohne diesen Einschub in e. Entw. o. Datum und o. Unterschrift, mit der Überschrift „Vereinbarung", überreichte R. an Heß, 31. August 1936, *289*. Eine dritte Fassung, „Vereinbarung", o. Dat., ist erhalten als Anlage zur Denkschrift für Hitler, die demnach auf die Zeit nach dem 31. August, wahrscheinlich auf September/Oktober 1936 zu datieren sein dürfte, *NS 10/62*; vgl. Anm. III/66.

147 R. an Goebbels, 28. August 1936 (Anm. III/143).

148 R. an Goebbels, 1. Oktober 1936, *343*. Ein dazwischenliegender Brief G.'s an R. vom 15. September, den R. erwähnt, wurde nicht ermittelt. Vgl. ferner Anm. III/149.

149 Urban: „Akten-Notiz über Besprechung mit Ministerialrat Hanke ... Anwesend waren Pg. Hanke, Dr. Stang und Pg. Urban", 24. November 1936, *343*.

150 Dazu S. 99 f. — Zitat aus Moraller ... (Anm. III/145). Im RMfVuP war man über die finanzielle Lage der NSKG unterrichtet. Man stellte „zur Erwägung", ob die Eingliederung nicht auch ohne Gründung einer kompliziert aufgebauten Kammer (vgl. Anm. III/144) und „auch für einen geringeren Preis zu haben sein" würde.

151 Vgl. S. 66–76. Erste Darstellung des Folgenden bis S. 103 bei Rothfeder, S. 85–110, wo indessen auf die „Rechts"-Verhältnisse innerhalb des *Führer-Staates* (vgl. u. D., S. 34 f., 69) kein Bezug genommen wird. Die Motive für die mehrfachen Kurswechsel Leys sind nicht zureichend analysiert (vgl. Text zu unseren Anm. III/153, 166, 184, 199). Es fehlt vor allem die Behandlung der ausschlaggebenden Rolle, welche die Frage des Einflusses auf das Funktionärskorps spielte (Anm. III/172). Das Wirken Goebbels' hinter Dressler-Andress bleibt unberücksichtigt (Anm. III/159). Der Komplex Gohdes und der Name dieses Funktionärs werden nicht erwähnt. Weiteres s. Anm. III/166 und 253.

152 NSK, 19. September 1934; Zitat: R. an Ley, 6. November 1935, *348* (rückblickend). — Zu Frauendorfer vgl. auch Schumann, S. 100–107; Rämisch, S. 44 und u. D., S. 89–92 mit Anm. III/198.

153 Frauendorfer an Heß, 19. Dezember 1935, Ph., *289*. Dazu unten S. 92.

154 *Z Frauendorfer*. Zu Gohdes vgl. Anm. III/173.

155 S. Anm. II/167.

156 „Beschwerde" des ehemaligen NSKG-Angestellten Siebod Siebs an die Kanzlei des Führers, 20. Dezember 1934, mit vom Gau-Parteigericht Groß-Berlin anerkannten Angaben (Beschluß vom 17. Juni 1935); *BDC, Dressler-Andress*.

157 Aktennotiz vom 25. Oktober 1934, verf. wahrscheinlich von Urban, *289*. Bestätigend: Stang: „Erklärung", 11. Dezember 1934, *348*. Vgl. Rothfeder, S. 93–96 und unten Anm. III/159.

158 R. an Heß, 2. November 1934, *289*; an Ley, gl. Dat., *348*.

159 Ley an Gaugericht Braunes Haus, 4. Februar 1935, auf mehrfache Anfragen vom 14. Januar und 1. Februar, *BDC, Dressler-Andress*. Die Tatsache, daß hinter dem Funktionär Goebbels stand (oben Anm. II/98), wird von Rothfeder, S. 92, zwar erwähnt, aber nicht verwertet. — R. reichte am 10. Dezember 1934 Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens vor dem OPG ein, *348*; Abschr. an Heß, *289*. Der Vorwurf lautete wegen der Äußerung in Gegenwart Leys und R.'s auf Verstoß gegen die VO d. Reichspräsidenten „zur Abwehr heimtückischer Angriffe auf die Regierung der nationalen Revolution" vom 21. März 1933 (Rühle, Jg. 1933, S. 350).

160 Hitler, „Richtlinien für die Parteigerichte" vom 17. Februar 1934 (Der Oberste Parteirichter, 1, 1934, S. 2, § 13). Dazu u. D., S. 98–99 mit Anm. III/242, S. 233–235 mit Anm. V/324, V/332.

161 Brief Heß' oder des Gerichts nicht ermittelt; Zitat nach dem Referat des Bescheids in: R. an Heß, 31. Mai 1935, *289*.

162 Es war keineswegs ein „unqualified success" (Rothfeder, S. 95) für Rosenberg, daß Dressler-Andress etwa Ende November 1935 einen sogenannten „Führerbefehl" erhielt, R. aufzusuchen, was er zweimal tat: R. an Ley, 19. Juli 1936, *348*. Die Besprechungen blieben ohne praktisches Ergebnis. Hitler oder sein Stellvertreter hatten den Besuch veranlaßt, nachdem R. am 25. November 1935 an den StdF geschrieben hatte, das damals vorgesehene und dann auch erfolgte Erscheinen Hitlers auf der Jahrestagung von KdF am 27. November 1935 „ohne vorherige Erledigung dieses Falles Dressler-Andress" müßte „als ein Fallenlassen seines [Hitlers] Auftrages an Reichsleiter Rosenberg aufge-

faßt werden". („Der Fall Dressler-Andress", *289*.) Die in Anwesenheit Hitlers gehaltene Rede D.'s in: Ley, Deutschland, S. 80.

163 R. an Ley, 8. Dezember 1934, *348*.

164 Brinckmann an NSKG, 18. Dezember 1934, *289*; R. an Heß, 20. Dezember 1934, *289*; Amtsleitung KdF, Dr. Weiß, „Rundschreiben Nr. 6/34", 20. Dezember 1934, *348*; R. an Ley, 22. Dezember 1934, *348*. Auf Dressler-Andress bezieht sich wohl auch die Tagebuchnotiz R.'s vom 26. Dezember 1934 (zit. u. D., S. 31 mit Anm. I/33).

165 Entwurf o. Überschr. mit eigenhändigen Korrekturen R.'s, 6. Dezember 1935, *250*; Endfassung in Amtl. NachrBl. DAF 1 (1935), S. 3. — Finanz-Abkommen m. d. Überschr. „Vereinbarung" in *289* und *NS 10/62*.

166 Amtl. NachrBl. DAF, 1 (1935), 9. Februar 1935. Der mehrfache Kurswechsel Leys und seine Gründe wurden von Rothfeder, S. 96 f., nur mit dem Streben nach Lösung des „körperschaftlichen" Verhältnisses erklärt. Diese war aber nur die Aufhebung einer bedeutungslosen Fiktion.

167 Telegramm d. NSKG-Gaudienststelle Pfalz-Saar an NSKG Reichsleitung, 14. Oktober 1935, enthalten in einer Zusammenstellung der NSKG-Reichsleitung: „Herrn Dr. Stang. Bericht über die ‚Zusammenarbeit' mit der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude'", 16. Oktober 1935, mit weiteren entsprechenden Klagen, *359*.

168 Brief nicht ermittelt. Zitate aus dem Referat in: R. an Schwarz, 18. Mai 1936, *359*. R. behauptete niemals, zuvor einen höheren Betrag erhalten zu haben.

169 Brief nicht ermittelt. R. an Schwarz (Anm. II/168) nennt sogar nur „2,0 Millionen". Dies scheint ein auf dem überlieferten Durchschlag nicht korrigierter Schreibfehler zu sein, weil sonst die ausdrücklich als „herabgesetzt" deklarierte Summe von 2,0 Millionen vom 26. Oktober 1935 (Anm. III/184) nicht erklärbar wäre.

170 R. an Ley, 8. Mai 1936, *348*.

171 Vereinbarung vom 4. Juli 1935, nicht erhalten, aber erwähnt in: R. an Schwarz, 18. Mai 1936 (Anm. III/168).

172 Vgl. S. 35.

173 Dazu Anm. II/166, III/181, IV/175 und S. 57. — Die Unmöglichkeit, den „Inhalt" der NS-Weltanschauung zu formulieren, wird in den Äußerungen der verschiedensten Funktionäre immer wieder so deutlich, daß man sich fragt, ob die Betreffenden die Inhaltlosigkeit nicht selbst bemerkten: Als Gohdes abgesetzt wurde (oben, S. 85), schrieb einer seiner Mitarbeiter (Dr. Hans Zugschwert) einen vorsichtigen Verteidigungs-Artikel (NSK, 19. September 1934), in welchem es hieß: „Eine Weltanschauung kann in der Totalität ihres Wesens niemals gelehrt, sondern nur erlebt werden. An dieser Erkenntnis findet jegliche Schulungs- und Erziehungsarbeit ihre Grenze ..." — Ganz ähnlich äußerte sich Ley (vgl. Scholtz, S. 282). Desgleichen R. an Heß, 29. September 1939 (Tagebuch, ed. Seraphim, Anhang, Nr. 4), als er definieren soll, worin das „Positive" der Ideologie im Gegensatz zum Christentum bestehe: „Man darf also annehmen, daß über den unmittelbaren politischen und antimarxistischen sozialen Kampf hinaus Pg. Kerrl von einem Erlebnis einer nationalsozialistischen Weltanschauung nicht das geringste verspürt hat." — Noch bevor der Brief Heß' (Anm. III/174) eingegangen war, hatte R. seinen Stabsleiter Urban auf eine „Informationsfahrt" durch verschiedene „Schulungsburgen" geschickt (11.—16. März 1935). In seinem „Bericht", *289*, beurteilte Urban die Schulungsleiter nur jeweils nach ihrer Stellung *zur Kirche* als „weltanschaulich sicher" oder „unsicher". Der Bericht läßt auch ungewollt erkennen, daß sich die Teilnehmer von Schulungsabenden für alles andere als für die Ideologie interessierten. Die Angelegenheiten der Wirtschaft standen zur Debatte und die Redner wurden nach den Hintergründen der Absetzung des pommerschen Gauleiters Dr. Karpenstein gefragt, zumal dieser der Sturz der Hälfte aller Kreisleiter Pommerns gefolgt war. Vgl. Hüttenberger, S. 71, 78.

174 Heß an R., 21. März 1935, *289*.

175 R. an Heß, 25. März 1935, *289*.

176 Bormann an R., 28. März 1935, *289*.

177 AO StdF Nr. 117/35, VOBl. NSDAP 1935, S. 287. Vgl. Rothfeder, S. 91.

178 Bormann an R., 1. Juli 1943, *305*. Komplizierter beschrieben in: R. „an die Reichsleiter, Leiter der selbständigen Ämter und Organisationen", 26. August 1935, *NS 22/849*: „Die von den Reichsleitern bzw. Hauptamtsleitern oder Leitern der Organisationen für die

betr. Gliederung bzw. Organisation mit der Schulung für das gesamte Reichsgebiet beauftragten Parteigenossen werden zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt ..."

179 Vgl. Anm. II/167.

180 R.: „Über Richtung und Form der Schulungsarbeit", Februar 1936, *289*.

181 Vgl. S. 57 mit Anm. II/166 und III/173 sowie S. 143 mit Anm. IV/175. Charakteristisch ist der Bericht eines Teilnehmers, des Reichsschulungsbeauftragten des NSDStB, Gerhard Mahner, über eine Sitzung der AG am 7. Dezember 1937, IfZ, *Fa 89*: Die Anwesenden verharrten nach der Rede des Reichsleiters stumm, nur der Vertreter der HJ äußerte sich kurz. Es kam also keinerlei anregende Diskussion auf. Vgl. S. 125 mit Anm. IV/105.

182 Scheidt an den gleichen Empfängerkreis wie 26. August 1935 (Anm. III/178) am 7. Oktober 1935 *NS 22/849*.

183 R. an Ley, 6. November 1935, *348*.

184 Entspr. Schreiben nicht ermittelt; Referat nach: R. an Schwarz, 18. Mai 1936 (Anm. III/168).

185 Frauendorfer an Heß, 19. Dezember 1935 (Ph. d. Ausf.), *289*.

186 Ley hatte es ihm verübelt, daß er in SS-Uniform an der kirchlichen Trauung einer Verwandten teilgenommen hatte. R. beanstandete dies ausdrücklich nicht: Frauendorfer an Heß (Anm. III/185), bestätigt durch: R. an Ley, 2. Januar 1936, *348*.

187 Rämisch, S. 44; *Z Frauendorfer*.

188 Vgl. S. 90 zu Anm. III/175.

189 „Wir alten Kämpfer denken oft mit Wehmut ... zurück an jenes rauchige, biergeschwängerte Sturmlokal ... ⟨es⟩ war unsere eigentliche Heimat geworden ..., dort wohnte die Treue ..." — Aus: Walter Kiehl, Mann an der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley, nach Scholtz, S. 274.

190 Ley an Frauendorfer, 18. Dezember 1935 (Ph. der Ausf.), *289*.

191 *Z Frauendorfer*.

192 Ley an Frauendorfer, 18. Dezember 1935 (Anm. III/190).

193 Frauendorfer an Heß, 19. Dezember 1935 (Anm. III/185); R. an Heß, 2. Januar 1936, *289*; R. an Ley, 2. Januar 1936 (Anm. III/186). Vgl. S. 90.

194 Frauendorfer an Heß, 19. Dezember 1935 (Anm. III/185).

195 Vgl. S. 85.

196 R. an Heß, 2. Januar 1936, *289*.

197 R. an StdF, 13. Januar 1936 (Auszug), *289*. R. war lediglich empört, daß der Befehl zur Wiedereinstellung ergangen war, ohne daß er konsultiert worden war. Er lehnte Verkehr mit F. jetzt ab, da ihn dieser früher nicht besucht habe.

198 Ausscheiden: Amtl. Nachr.Bl. DAF, 2 (1936), S. 104. — Dr. Frauendorfer teilte dem Verf. mit, daß er nach dem Konflikt mit Ley keine Arbeit in der ROL mehr habe leisten dürfen. Die Auskunft wird bestätigt durch R. an Ley, 19. August 1936, *348*, wo R. mitteilt, von der Schulungstagung, die er Ende April 1936 einberief (u. D., S. 93), den „damaligen Generalinspekteur" Schmeer benachrichtigt zu haben, der schon lt. Brief Leys an Frauendorfer, 18. Dezember 1935 (Anm. III/190), als Vertreter F.'s bestimmt worden war. — Widerstand: Vgl. Hassel, Eintragungen vom 19. Januar und 18. Mai 1941, 20. Dezember 1942, 15. Mai 1943, 19. August 1943. Das schon seit 1946 bekannte Zeugnis v. Hassels wurde in der Nachkriegspolemik gegen Frauendorfer übergangen. Vgl. die Sammlung von Zeitungsausschnitten im IfZ, PA.

199 Die These, daß die Niederlage im Falle Frauendorfer Ley konzessionsbereit gemacht habe, ist eine Annahme des Verfassers. Sonstige Gründe sind nicht zu ermitteln (Ermahnung Heß'?). Finanzvereinbarungen: R. an Ley, 4. Februar 1936 und 26. Februar 1936, *348*; Bestätigung über 3 Millionen durch Ley an R., 7. Februar 1936 (nicht ermittelt). Dazu: „Dienstliches Verhältnis, Zusammenarbeit zwischen dem Beauftragten des Führers ... und den Schulungseinrichtungen der Bewegung", Februar 1936, *348*.

200 R. an Ley in einem zweiten Schreiben vom 26. Februar 1936, *348* (vgl. erstes Schreiben, erwähnt in Anm. III/199). Vgl. oben S. 88 f.

201 Den Vorwurf soll Ley am 1. März erhoben haben. Referiert nach R. an Ley, 31. März 1936, *348*.

202 Ernennung von Hans Wilhelm Scheidt: R., Dienstanweisung, 27. April 1936, *NS 22/848*. Vgl. S. 124 ff.

[203] Urban: Aktennotiz, 29. April 1936, *348*.

[204] Am 1. Oktober 1936 betrug die Fehlsumme 0,5 Mill. RM: R. an Heß, *289*, am 22. Dezember 1936 betrug sie 1 Mill. RM: Urban an Führer-Adjutant Wiedemann, *NS 10/62*.

[205] Die in einer Auseinandersetzung, welche am 5. Mai 1936 in München stattfand, vorgebrachten Beschuldigungen wurden (ohne Begründung) wiederholt in: Ley an R., 6. Mai 1936, *348*.

[206] Vgl. S. 125–126.

[207] R. an Heß, 8. Mai 1936, *289*. Da Ley keinerlei konkrete Gründe für seine Vorwürfe angeben konnte und stark aus Eifersuchtsgefühlen heraus handelte, war es für R. leicht, die Kündigung argumentativ zurückzuweisen: R. an Ley, 8. Mai 1936, wiederholt 20. August, *348*. Der Verweis auf die Rechtslage bedeutete im Staate Hitlers natürlich überhaupt nichts.

[208] R. an Heß, 6. Juni 1936, *289*; wiederholt in R. an Ley (Abschr. von einem bereits am 31. Juli entworfenen und aus unbekannten Gründen dann erst mit Dat. vom 19. August versehenen Brief), *348*. Dazu Ley in: Amtl. Nachr.Bl. DAF vom 29. Mai und 20. Juni 1936.

[209] Heiber, Frank, S. 834–835, nach Zeugenbefragung Dr. Matthes Ziegler. Vgl. oben S. 70 f., 77 f. mit Anm. III/57.

[210] Weder den Brief noch das „Material" Franks konnte Verf. in den Akten der DRbg. ermitteln. Das Datum wird genannt in Frank an R., 20. April 1936, *328*. Die Dokumentation zum gesamten Falle Frank ist in den Rosenberg-Akten äußerst lückenhaft, wobei nicht zu klären ist, ob Papiere absichtlich beiseite geschafft oder durch Krieg und Kriegsfolgen vernichtet worden sind. Vgl. Anm. III/218.

[211] Heiber, Frank, S. 822–827.

[212] Frank an R., 20. April 1936 (Anm. III/210).

[213] Urban an Frank, 16. April 1936, *328*.

[214] Bezeichnung Hitlers für R., 7. Februar 1934 (vgl. S. 60).

[215] Frank an R., 20. April 1936 (Anm. III/210).

[216] *Z Koeppen, Z Härtle;* die Feststellungen Heibers, S. 943, daß das Amt R. „ein getreues Abbild des Dritten Reiches im kleineren Maßstab" gewesen sei, weil „ein trostloses Gegeneinander der einzelnen Abteilungsfürsten" geherrscht habe, beruht auf Mitteilungen der schon vor 1945 an bestimmten Umständen gescheiterten Funktionäre M. Ziegler und H. Hagemeyer (vgl. u. D., S. 118 f., 122 f., 136). Diese Erscheinungen, die zu allen Zeiten in Behörden oder Firmen beobachtet werden kann und nicht spezifisch für die DRbg. gilt, sollte nicht überbewertet werden. Sie hat daher auch beim Ausbau der Stellung des Amtes R. nur in wenigen Fällen eine erkennbare Rolle gespielt (vgl. etwa Anm. III/77).

[217] Heiber, Frank, S. 587; Baeumler soll Frank zum „Abschuß" Wildhagens, jenes „Leviathans der Wissenschaft", gratuliert haben.

[218] R.: Anklageschrift gegen Frank, 12. September 1941, *403*; zuerst referiert: Heiber, Frank, S. 836, nach anderer Kopie. Dazu u. D., S. 122.

[219] Heiber, Frank, S. 835 nach Rundbrief Franks an Prof. K. A. v. Müller, Ganzer und andere, 11. Juli 1936. — R. berichtet 1941 (vgl. Anm. III/218), F. habe versucht, den Artikel gegen Wildhagen „im VB unterzubringen", was R. „auf Rückfrage der Schriftleitung untersagt" habe. Das mag indessen schon im April 1936 geschehen sein. Die Frage, wann der Entschluß zur Veröffentlichung in der Westfäl. Landesztg. gefaßt wurde, ist ohnehin offen (vgl. Heiber, Frank, S. 833).

[220] R., Anklageschrift (Anm. III/218).

[221] Ein bezeichnend formulierter Vorwurf, welchen R. 1941 (Anm. III/218) gegen Frank erhob, als dieser die Reichs- und Gauleiter über die Person Dr. Graus unterrichtet hatte (dazu S. 121–122, 134).

[222] Vgl. S. 194 f. und Heiber, Frank, S. 833, 837.

[223] Heiber, S. 834–835 nach Zeugenbefragung M. Zieglers; den Artikel behandelt Heiber S. 822–827.

[224] Die Mitteilung Heibers, S. 836, R. habe Frank in seiner Anklageschrift von 1941 beschuldigt. (Anm. III/218), das „Verschleppungs"-Argument sogar in dem Artikel verwendet zu

haben, beruht auf einem Mißverständnis. Das Amt R. auch noch öffentlich anzuklagen, hatte Frank doch nicht gewagt. Der Text R.'s zeigt, daß Frank den Vorwurf in einer Unterredung mit R. vorbrachte, die erst nach dem 19. Juni stattgefunden haben dürfte. Auf eine solche zeitliche Einordnung deutet auch die Tatsache, daß Frank erst am 26. Juni 1936 von R. beurlaubt wurde (vgl. Heiber, S. 836).

225 Erster, noch getarnter Angriff: M. Ziegler, Wilhelm Stapel und die Judenfrage, NSM 8 (1937), S. 410 ff. (Heiber, S. 953–963). Weiteres u. D., S. 122, 134.

226 Stark an Reichskanzlei, 29. Juni und 14. Juli 1936, nach Heiber, S. 838. Die von Mentzel bestrittene Handlungsweise wurde vom Spruchkammergericht Bielefeld 1949 als erwiesen angesehen (Heiber, S. 832).

227 Wildhagen-Sturz 15. August 1936, Stark-Sturz 14. November 1936; Mentzel-Ernennung 28. Januar 1937; zu Mentzels Wirken vgl. S. 213 f., 223 f.

228 R. an Ley, 20. August 1936, *348*, daher Zitat. R. protestierte in dem Schreiben (wie auch schon ausführlich einen Tag früher, vgl. Anm. III/208) gegen die Art und Weise, wie Ley einen sogenannten „Fall Dr. Walter Schmitt" gegen das Amt R. auszunützen versuchte. Schmitt war außenpolitischer Redakteur des VB und zugleich damaliger Leiter des APA-Schulungshauses. Die Antwort auf die Frage, warum er dort im Oktober 1936 ausschied (vgl. Jacobsen, Außenpolitik, S. 480) und zu einer „Wehrübung" eingezogen wurde (Knauer an Leibbrandt, 23. Oktober 1936, *EAP 250-d-18-05/7*), dürfte mit der Affäre zusammenhängen, wobei offen bleibt, ob Schmitt von selbst „genug" hatte oder ob R. ihn opferte, um Ley zu besänftigen. (Nachfolger wurde nach zwei anderen Stelleninhabern schließlich Ende 1937 Scheidt, vgl. u. D., S. 124 f., und Anm. IV/104, 108.) Schmitt hatte am 25. Juni 1936 im „Schwarzen Korps" einen getarnten Pro-Rosenberg-Artikel anonym untergebracht und unter der Überschrift „Konfektionierter Nationalsozialismus" ohne Nennung Leys gegen dessen Plan Stellung genommen, auf den Ordensburgen jetzt 1 000 statt 500 Mann zu schulen. (Dazu Scholtz, S. 273 ff.; Rosenberg, Letzte Aufz., S. 176: der dort erwähnte Brief ist der vom 20. August, s. o.) Ley versandte am 30. Juni bis hinab zu den Kreisleitern ohne Namensnennung R.'s ein Rundschreiben des Inhalts, Schmitt habe ihn „in einem schamlosen und unverantwortlichen Artikel" angegriffen. Himmler habe sich aber „in einer vornehmen und ehrenhaften Art, wie sie von ihm nicht anders zu erwarten" gewesen sei, entschuldigt. Ley habe zur Vorsicht auch noch Hitler befragt; dieser habe die Ordensburgen als „geradezu phantastisch" bezeichnet, *NS 26/1358 a*. Das interessanteste Dokument aus dem Vorgang ist die Stellungnahme des Parteirichters Buch an den StdF vom 6. Juli 1936, *BDC, Buch*, bei dem Ley am 1. Juli Parteiausschluß-Klage gegen Schmitt, *348*, eingereicht hatte: Schmitt sei der „Vorwurf einer unehrenhaften Handlungsweise" nicht zu machen. „Er hat in dem beanstandeten Aufsatz zum Ausdruck gebracht, was manche Parteigenossen bewegt ... Damit ist eine Frage berührt, die schon lange der Klärung harrt: Das Fehlen der Oppositionspresse hat zu Erscheinungen geführt, die auf die Dauer sich schädlich auf die Bewegung auswirken. Das gilt nicht nur für die persönliche Haltung von Führern der NSDAP, es gilt auch für Anordnungen und Verfügungen, die da und dort vor Erlaß sorgfältiger geprüft würden, wenn sie die öffentliche Kritik zu scheuen hätten. Dies Organ müßte selbstverständlich fest in der Hand einer Reichsleitungsstelle sein, aber es müßte da sein. Das ‚Schwarze Korps' ist Ersatz dafür, der aber noch nicht genügt ..." — Zu Buch's Befangensein in dem von ihm selbst mit aufrechterhaltenen Unrechtsstaat vgl. Kempner, SS, S. 267 und u. D., S. 233–235.

229 Ley: „Neuordnung der Schulungstätigkeit", 29. Juli 1936 (VB, 30. Juli). R. übersandte Proteste gegen diesen Artikel sowie gegen ein (nicht ermitteltes) Interview, in dem Ley nach R.'s Ausführungen erklärt haben soll, KdF sei berufen, „das Leben der ganzen deutschen Nation zu gestalten". (R. an Ley, 19. und 20. August 1936, vgl. Anm. III/208, 228; R. an Hitler, 20. und 31. August 1936, vgl. Anm. III/230, 231.)

230 R. an Hitler, 20. August 1936, *NS 10/62, Bl. 132–133*; Du. in *396*. Der Du. trägt auf dem 2. Blatt das Datum vom 30. Juli, dem Tage, vor dem auch der Anm. III/208 erwähnte Brief an Ley entworfen und dann aus unbekannten Gründen nicht abgeschickt wurde.

231 R., „Rundschreiben Nr. 5/36", 29. August 1936, *250*; R. an Hitler, 31. August 1936, *396*. Am Tage zuvor scharfe Beschwerde über den Essener Gauleiter Terboven, denn im Som-

mer 1936 erntete Rosenberg auch die Früchte seines Terrors gegen die deutschen Vorgeschichtsforscher. Vgl. S. 196–199 mit Anm. V/148 und V/155.

232 R. an Hitler, 30. September 1936, *396*.

233 R. an Buch, 7. Oktober 1936, *348*.

234 Urban an Wiedemann, 17. September 1936, *NS 10/62*, erwähnt Hitlers „Einladung, ... unmittelbar nach dem Erntedankfest nach dem Obersalzberg zu kommen".

235 Zitat nicht genauer anzuführen. R. selbst schrieb in einer Denkschrift „Der Stand der Bearbeitung des bolschewistischen Problems" vom 7. Juni 1938, *238*, Hitler habe ihm „Ende 1936" „von sich aus mitgeteilt", er werde ihn zu seinem „Beauftragten in der Bearbeitung dieser Fragen" ernennen. — Die Datierung auf die Zeit um den 10. Oktober ergibt sich: a) aus einer Randbemerkung auf dem Anm. III/234 erwähnten Schreiben: „Rosenberg war beim Führer 14. 10. Mü."; b) aus einem Schreiben des Leiters der APA-Ostabteilung, Dr. Leibbrandt, an R., „z. Zt. Obersalzberg, ... Berghof", vom 10. Oktober 1936 (*EAP 250-d-18-05/5*): L. übersendet R. „Auszug aus dem ‚Völkischen Beobachter' vom 14. 11. 1925, mit dem Brief von Dr. Goebbels über Nationalsozialismus und Bolschewismus [gemeint: von R. veranlaßter Abdruck eines Goebbels-Artikels aus den ‚Nationalsozialistischen Briefen'] und Ihre Antwort darauf ..." (vgl. Anm. II/101). Die Übersendung dürfte R., als er schon auf dem Berghof war, veranlaßt haben, weil Hitler plötzlich das Thema des „Bolschewismus" anschnitt (und sich zudem eine neue Möglichkeit ergab, Goebbels' weltanschauliche Festigkeit an höchster Stelle in Zweifel zu ziehen). Der Inhalt der Unterredung dürfte sich aus den Koinzidenzien erschließen lassen.

236 Dallin, S. 36. Vgl. u. D., S. 82.

237 R., „Aktennotiz für den Führer als Unterlage für die vom Führer beabsichtigte Beauftragung von Reichsleiter Rosenberg und für die Besprechung mit Staatssekretär Dr. Lammers". Die Notiz enthält den Entwurf einer „Verordnung des Führers und Reichskanzlers" mit Aufzählung von Dienststellen und dem Satz: „Er kann ihnen Weisungen erteilen." Die „Errichtung" neuer Dienststellen sollte vom „Einvernehmen" mit R. abhängig sein. — Dazu ferner: R., „Entwurf für eine Geheime Anordnung des Führers und Reichskanzlers an die Reichsministerien" mit Aufzählung des Ausw. Amts, der Ministerien für Krieg, Inneres und der Gestapo sowie der „Gesellschaft zum Studium Osteuropas" und den „Ostabteilungen der verschiedenen Universitäten". Sie alle hätten sich, falls von Hitler Anordnungen des von R. vorgeschlagenen Musters erlassen worden wären, „innerhalb des dem Generalbeauftragten übergebenen Arbeitsgebietes ... nach seinen Anweisungen zu richten" gehabt; *396*. Zur Datierung Anm. III/239.

238 Vgl. S. 84 f.

239 Zitat aus einer undatierten, aber laut Begleitschreiben, *396*, am 4. November 1936 an Führeradjutant Schaub übersandten Aktennotiz R.'s (Ausfert. in *NS 10/62*, Bl. 54–56, Du. in *396*), welche ihrerseits die Antwort auf eine R. offenbar mündlich übermittelte Äußerung Hitlers (diese im Obertext in R.'s Worten zitiert) darstellte. In der Aktennotiz wird aus den Anm. III/237 genannten Entwürfen R.'s für einen Führererlaß wörtlich zitiert. Deren Datum ist demnach auf die Zeit zwischen 10. Oktober und 4. November 1936 festzusetzen. Die am Kopf der Dokumente von R.'s Pers. Referenten Dr. Koeppen (Anm. III/36, Eintritt erst 15. August 1937) vermerkte Datierung „März 1938" geht demnach entweder auf einen Irrtum zurück oder es wurde zu diesem Zeitpunkt über die schon früher einmal vorgelegten Entwürfe erneut verhandelt. Rothfeder, S. 112, vermerkte Hitlers Äußerung über den zu vergebenden „Bolschewismus"-Auftrag zuerst. Deren Bedeutung für die allgemeine Politik Hitlers sowie die Art seines Verschiebens dringender aktueller Fragen zugunsten einer „großen", aber unbestimmten Perspektive blieben aber unerörtert; die irrige Datierung Koeppens wurde übernommen.

240 R. an Wiedemann, 30. November 1936, Ausf., *NS 10/62*; Du. in *396*.

241 Urban an Wiedemann, 30. November 1936, *NS 10/62*.

242 R. an Wiedemann, 30. November 1936 (Anm. III/240); Wiedergabe von Äußerungen Buchs und Grimms, die R. während des „Reichsbauerntages" in Goslar getroffen hatte, also (laut Domarus I, 657) am 29. November 1936. Zur OPG-Problematik vgl. Anm. III/160.

243 R. an Hitler, 22. Dezember 1936 (Du. in *396*; die Ausfert. des Schreibens fehlt im Schriftwechsel des StdF *NS 10/62*; dies könnte auf Vorlage bei Hitler deuten). —

Urban an Wiedemann, 22. Dezember 1936, *NS 10/62*. Am 2. Dezember 1936 hatte sich Ley bereit erklärt, 100 000 RM als „letzte Zahlung zu leisten": Ley an R., *NS 10/62*.

244 Heß an Ley, 7. Januar 1937, *348*. — An diesem Tage wußte R. wahrscheinlich noch nichts von den verschiedenen Entscheidungen Hitlers, denn er erwähnt sie noch nicht in seinem Briefe an Ley vom 7. Januar, *348* (Teildruck in Wulf, Denker, S. 38—43, ohne die von uns gleichfalls nicht wiedergegebenen, aber in dem Schreiben enthaltenen Ausführungen gegen den Ley-Referenten Walter Kiehl; zu diesem oben Anm. III/189). Am 8. Januar war R. aber informiert: R. an Schaub, 8. Januar 1937, *396*, und: Urban an Ley-Adjutant Marrenbach, 8. Januar 1937, *348*.

245 Eilers, Schulpolitik, S. 46, 117—119; Orlow, Adolf-Hitler-Schulen, S. 273 f.

246 R. an Schwarz, 20. Januar 1936, *359*. Weitere Zeugnisse über die Unterredung fehlen.

247 Vgl. Text III/95; dazu Buchheim, Gliederungen ...

248 Vgl. R.'s Beschwerde bei Heß vom 1. Oktober 1936, *289*, weil Heß ihm durch seinen Adjutanten Leitgen hatte sagen lassen, daß er „an sich nichts gegen eine Abwicklung der NS-Kulturgemeinde einzuwenden" habe.

249 R., Letzte Aufzeichnungen, S. 179. — Am 8. Februar 1937 schrieb R. an Stang, er müsse „die Notwendigkeit ins Auge fassen, eine Liquidation der NS-Kulturgemeinde durchzuführen", *PD 3/1*.

250 Siehe Etatpläne im Anhang.

251 „Niederschrift über eine Unterhaltung zwischen ... Rosenberg und ... Ley vom 7. III. 1937", *348*. Auf dem Du. stehen beide Namen dort, wo die Unterschriften der Ausfert. stehen müßten.

252 VB, 13. Juni 1937; Rühle 1937, S. 86. — Abkommen ohne Überschr., mit der Anfangszeile „Der Beauftragte ... und der Reichsorganisationsleiter stimmen darin überein ...", 12. Juni 1937, Ausfert., *Centre CXLV-581*; Du., *NS Misch 4817*.

253 Rothfeder, S. 110; dort eine wenig glückliche Parallelisierung des höchst entscheidenden und bezeichnenden Vorgangs mit der vergleichsweise unbedeutenden und auch anders, als Rothfeder sie darstellt, verlaufenen Affaire Dressler-Andress (Anm. III/162). Hitler hat keineswegs eingegriffen, als die Untergebenen sich nicht einigten. Das Typische, daß Hitler gerade nicht entschied, von April 1936 bis Januar 1937 zögerte und dann völlig ratlos war, wurde von Rothfeder überschlagen und als gradlinige Entwicklung dargestellt.

254 Dazu S. 36, 236 ff., 245 ff.

VIERTES KAPITEL

1 Vgl. S. 16 mit Anm. Einl./35.

2 R., Letzte Aufzeichnungen, S. 179. Rothfeders Darstellung der Tätigkeit des Amtes Kunstpflege (S. 136—137, 215—229, 290) gilt nicht seiner politischen Entwicklung. Es handelt sich um eine Aufzählung der Zeitschriften, Schilderung der Organisation und Mitteilung von Aufgaben, von denen aber nicht gesagt wird, ob sie selbst gestellt waren, ob sie andere Parteidienststellen stellten und an ihrer Erfüllung interessiert oder nicht interessiert waren und wie die Position der Abteilung im Machtkampf zu beurteilen ist. Die Rolle Goebbels' wurde wiederum nicht berücksichtigt; wichtige Entwicklungen im ideologischen Bild des Hitler-Staates blieben damit unerörtert (vgl. Anm. IV/6).

3 Vgl. S. 72—74.

3a Aktenvermerk: „Ausführungen des Reichsministers Dr. Goebbels anläßlich des Empfanges der Kulturbeauftragten am 17. Oktober 1941" (v. e. Mitarb. der DRBg., Unterschr. unleserl.), *343*. Es handelte sich offensichtlich um die seit Juli 1941 in Gang befindliche Goebbels-„Aktion Frohsinn"; vgl. Heiber, Goebbels, S. 162.

4 Stang an R., 11. März 1943; dazu aus Stangs Abteilung die interessante Stellungnahme „Die Propaganda des Deutschen Rundfunks", 11. März 1943, *111*.

5 Stang an Dr. Achterberg, NS-Monatshefte (gegen die positive Rezension des Films im NSM 1943, Heft 157). — Dazu: Kästner, Münchhausen. Ein Drehbuch. — Es handelte sich um einen der aufwendigsten Filme der Zeit und eine der ersten deutschen Farbproduktionen.

[6] Heiber, Goebbels, S. 194.

[7] Vgl. S. 74–77, 82–85. Rothfeder hat die Ausstellung und Rosenbergs Verwicklung in die Vorgänge nicht behandelt. Die These, daß sich die Radikalisierung, die 1936 begonnen hatte, erst allmählich verschärfte und daß Goebbels immer noch zögerte, den Weg des reinen Terrors zu gehen, wird vor allem durch den Bericht des „geistigen Vaters" der Ausstellung, Wolf Willrich, vom 30. April 1937 belegt (gedr. Wulf, Künste, S. 351–354). W. beschwerte sich, daß die Museumsdirektoren „größtenteils noch mit den Künstlern", welche er „als entartet zeigen" müsse, sympathisierten. Selbst der Hitler nahestehende neue Präsident der Kunstkammer, Adolf Ziegler, soll es im April 1937 noch „für unerwünscht erklärt" haben, „die Streitfrage um die entartete Kunst wieder aufzurollen". Gobbels schwankte, gab W. zuerst den Befehl zum Aufbau noch einer anderen entsprechenden Schau, tat nichts, als sein Untergebener Haegert den Auftrag wieder zurückzog, entschloß sich zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt dann doch, ließ das Vorhaben mit größtem Aufwand ausführen und trat persönlich bei der Eröffnung im Juli 1937 auf. Vgl. die Analysen von Rave, S. 52–58 und Brenner, S. 108–112. Über Willrich s. Wulf, Künste, S. 178 f., 394; Wulf, Literatur, S. 140.

[8] Rave, Kunstdiktatur, S. 68.

[9] Zu dieser Intrige vgl. die Dokumente über Hansen bei Wulf, Künste, S. 396–404. Hansen war noch 1934 Anhänger des Rosenbergschen „Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte" gewesen (Mannus 1934, S. 173). Er hängte 1937 in der Ausstellung zwei Kunstkritiken aus, an welche sich deren Verfasser Scholz nach 1933 nicht mehr gerne erinnert fühlte. R. stellte am 5. März 1938 Antrag auf Parteiausschluß des Hansen: R. an StdF, in *294* = *NS 8/179*, Bl. 124. R. erklärte in einem beigefügten „Bericht", ebenda, Bl. 125 bis 129, Scholz habe nur aus taktischen Gründen „in Sonderfällen einzelne Werke sogenannter Expressionisten gelegentlich positiv bewertet". „Wenn ein Auslandsjournalist entdeckt hätte, daß der Hauptschriftleiter des offiziellen Kunstorgans der Bewegung [dazu S. 111] gleichzeitig als Vertreter des kunstbolschewistischen Schrifttums in der Ausstellung angeprangert wird, dann wäre die selbstverständliche Folge gewesen, ⟨daß die Ansicht verbreitet worden wäre,⟩ daß man innerhalb der Partei sich über die Beurteilung von Personen uneins und daß die Anprangerung des Kunstbolschewismus nur als eine Komödie zu werten sei." R. begriff seine Worte nicht als Kennzeichnung von Verfalls-Symptomen im eigenen Lager, vgl. dazu S. 74–77, 81. — R. erhob seine Klage vom 5. März 1938 erst, nachdem sich das Kreisparteigericht Berlin I „wegen der Schwierigkeit der Materie" (Rosenberg) für unzuständig erklärt hatte. Nun kam Hansen in Gestapo-Haft (Prof. Bolko v. Richthofen an SS-Obersturmbannführer Höhne v. *Ahnenerbe*, 5. Mai 1938, *AE 35*; vgl. S. 180, 202) und wurde am 13. April 1938 vorläufig aus der NSDAP ausgeschlossen, aber durch OPG-Entscheidung vom 1. März 1940 wieder aufgenommen, wobei Scholz allerdings nichts passierte: Gestapo-Leitstelle Berlin an Präs. d. RSK, 26. März 1940, Wulf, Künste, S. 403. Zu Scholz vgl. Anm. II/3.

[10] R. an Heß, 8. März 1938, *294* = *NS 8/179*, Bl. 115–118. In dem Schreiben treten als wesentliche weitere Motive der weltanschauliche Prioritätsanspruch R.'s und die Abneigung gegen die Verwertung der beschlagnahmten Werke durch das Goebbels-Ministerium hervor. Die Kommission, die nur dessen Einflußvermehrung dienen sollte, lehnte er ab. Vgl. auch Aktennotiz Urbans über Telefongespräch mit Hanke (RMfVuP), 15. März 1938, *120*. Dennoch muß er Scholz schließlich doch in das Gremium entsandt haben (so Rave, S. 68; Roh, S. 53).

[11] Schreiben vom 7. Februar 1939: Rave, S. 68; dazu Roh, S. 53; Brenner, S. 110.

[12] R. sandte G. am 12. Mai 1943 einen Beschwerdebrief wegen verschiedener Filme (nur vorbereitender Schriftwechsel Koeppen/Stang vom 7./12. Mai 1943 ermittelt), *111*; Goebbels tat das Schreiben in einer Bemerkung vom 15. Mai ab (Goebbels-Tagebuch-Bruchstück IfZ, *FA* 12/24, S. 2376). Vgl. die zahlreichen kritischen Vermerke über Goebbels in R., Tagebuch, ed. Seraphim, vom 6. Februar, 1. März, 21. Mai, 24. September, 1. November, 3. Dezember 1939; 19. Januar, 30. April, 8. Mai 1940.

[13] Carl Maria Holzapfel, geb. 1882, Weltkriegsteilnehmer, Pg. 1930, Hauptstellenleiter der NSKG seit 20. Juli 1935. Er dichtete: „Es ist ein Licht geboren / deutsch und von selt'ner Art! SA ist auserkoren, / SA schirmt seine Fahrt!" Holzapfel, S. 48; zit. nach Schöne, S. 17.

[14] R. an Bormann, 14. September 1944, *405*; dazu S. 113.

[15] R. an Heß, 7. Februar 1941, *283*.

[16] R. an Ley, 14. Februar 1939, *348*.

[17] Leutloff (geb. 1901, Pg. 1933; Persönlichkeitsskizze in „Der Angriff" vom 10. Juni 1938; *BDC*): „Bericht über das Vortragswesen im Reich" vom 5. Dezember 1939, *355*, mit zahlreichen interessanten Einzelheiten über die Gleichschaltung. Darin eine Liste von 33 Namen „unzuverlässiger" Personen, meist Gelehrter (genannt wird etwa der Historiker Prof. Wilhelm Mommsen, Marburg).

[18] Gerigk: „Betrifft Chor- und Volksmusik und die 7. Kammer", 5. November 1941, *391*; R. an Heß, 7. Februar 1941 (Anm. IV/15).

[19] Für die Zeit von 1933–1937 vgl. S. 58 f. mit Anm. II/173; ferner S. 84 mit Anm. III/144.

[20] Nach Auflösung der Rundfunkkammer am 28. Oktober 1939 (Wulf, Presse, S. 315 f.) hieß das Projekt „7. Kammer". Vgl. Anm. II/140.

[21] Urban: „Aktennotiz: Besprechung mit Dr. Ley am 31. Januar 1939", *348*.

[22] Ley an R., 6. August 1941, *348*.

[23] „Vereinbarung zwischen dem Reichspropagandaminister ... und dem Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront", Abschr. des Entwurfs, o. Dat., überr. StdF (Wemmer) an R., 16. März 1939, *286*.

[24] R. an Ley, 14. April 1938, *348* (daraus Zitat) und 24. September 1938, *348*; am 14. April verlangte R. von Heß außerdem einen Vizepräsidentenposten in der geplanten Kammer, *294 = NS 8/179*, Bl. 100.

[25] StdF (Wemmer) an R., 16. März 1939 (Anm. IV/23); R. an Ley, 7. Februar 1941, *348*; R. an Goebbels vom gleichen Tage, ebenda (daraus Zitat). Ähnliche Argumente schon in: R. an Ley, 14. September 1939, *348*.

[26] R. an Bormann, 30. Juli 1941, *403*; zur Partei/Staats-Problematik vgl. S. 43. — Ley/Goebbels: „Vereinbarung", 22. April 1942, *343*.

[27] Hauptkulturamt der RPL, Karl Cerff, „Rundschreiben Nr. 19", 1. Mai 1942; derselbe: „Satzung des NS-Volkskulturwerkes"; Goebbels: „Anordnung über das Volkskulturwerk", 7. Mai 1942, *Arch. Schum., 211*.

[28] Ihde: „Aktenvermerk über die Kulturratssitzung der Reichskulturkammer vom 15. Juni 1942, *Akten Hinkel 40*. Über Ihde, Geschäftsführer der RSK, vgl. Wulf, Literatur, S. 213. — Hier die weiteren Stücke aus dem Schriftwechsel, soweit wichtig: Stang an R., 17. Juni 1941, *391*; R. an Goebbels, 10. Juli 1941, *343*; Goebbels an R., 17. Juli 1941 (ebd.), Ley an R., 6. August 1941 (Anm. IV/22); Bormann an R., 9. August 1941, *403*; R. an Bormann, 12. August 1941, *348*; R. an Bormann, 10. September 1941, *403*; Bormann an R., 19. September 1941 (ebd.); R. an Bormann, 21. Oktober 1941 (ebd.); weiterer einschlägiger Schriftwechsel wurde nicht ermittelt, ein Ergebnis in dem Streit nicht festgestellt. R. erhielt aber immerhin Abschrift der geheimen Vereinbarung Goebbels-Ley vom 22. April 1942 (Anm. IV/26).

[29] Goebbels an R., 17. Juli 1941, *343*; in Wahrheit war G. gerade wegen des Rosenbergschen Einspruches erzürnt; vgl. Goebbels, Tagebuch, IfZ, *MA 473*, S. 25, „Juli/August 1941".

[30] Zitate nach „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage" 4 (1938), 31. Oktober 1938, *BA*. „Die neue Gemeinschaft. Das Parteiarchiv zur nationalsozialistischen Feier- und Freizeitgestaltung" Jg. 1933 ff., ab 1942 mit dem Untertitel: „Hrsg. v. Hauptkulturamt der Reichspropagandaleitung in Verbindung mit dem Amt Volkskunde und Feiergestaltung der Dienststelle des Beauftragten des Führers ..." Vgl. die lebhafte Darstellung bei Heiber, Goebbels, S. 203, sowie die gute organisatorische Erörterung Rothfeder, S. 203–207 und 226–229.

[31] Bormann: Anordnung A 25/42 vom 23. Mai 1942 (VOBl. NSDAP 1942, Folge 233).

[32] Entw. Leys für eine AO Bormanns, überr. Ley an B., 2. September 1941, Du., (Zitat), *348*. — Verlauf der Diskussion: Urban an StdF (Friedrichs), 3. Februar 1940; R.: „Aktennotiz über Rücksprache mit dem Stellvertreter des Führers am ... 30. 5. 1940", beides *285*; R. an Goebbels, 4. Juni 1940; Goebbels an R., 14. Juni 1940; R. an Goebbels, 14. August 1940 und 28. Juni 1941, alles *343*; Ley an R., 17. Februar 1941; R. an Ley, 4. März 1941, alles *348*; Bormann an R., 2. April 1941, *283*: Bormann versichert R. seiner Unterstützung gegen Ley in dieser Angelegenheit und nimmt Stellung gegen die

ohne Konsultation mit B. von Ley erlassene AO 9/41 vom Juli 1941 (VOBl. NSDAP, Folge 222). Dagegen scharfe Proteste Bormanns an Ley, 10. Juli und 20. August 1941, *403*, mit Widerrufsverlangen; R. an Bormann, 10. Juli 1941; Goebbels an R., 17. Juli 1941, *343*, vgl. Anm. IV/28: die Debatte über das Ley-Goebbels-Bündnis läuft parallel; Ley an Bormann, 2. September 1941, *348*; Bormann: „Entwurf" der AO, die dann am 23. Mai 1942 erlassen wurde, vom 25. August 1941; R. an Bormann, 5. September und 29. Dezember 1941, *403*; R. an Goebbels, 6. Februar 1942, *343*.

[33] R. an Bormann, 15. August 1944, *405*; am 17. Februar 1943 bemerkte R. an Bormann, *305*: „Die Durchführung obliegt sowieso den Gauen." Darauf beruht unsere These, ferner auf Künklers, des zuständigen Sachbearbeiters der DRbg., „Aktenvermerk für meinen Vertreter . . .", 4. Juli 1944, *125*, mit Schilderung eines zweitägigen Feierstunden-Schemas (übernommen Rothfeder, S. 227—229). Ein Plan der Redner (Himmler und andere) und Themen („Der Toten Tatenruhm" usw.) findet sich in einer Zusammenstellung „Weltanschauliche Feierstunden 1943/44", *111*.

[34] Goebbels an R., 2. März 1943, *343*; gemeint war der Leiter des Hauptkulturamtes der RPL, Karl Cerff.

[35] Stang an R., 7. Oktober 1941; R. deutet die persönlichen Schärfen Stangs in seiner Antwort vom 16. Oktober 1941 an; ebenso R. an Stang, 12. Mai 1943; alles *137*.

[36] Vgl. S. 32 und Anm. III/77.

[37] Es war Karl Künkler (Anm. IV/33). Lebenslauf: Abitur 1928, abgebrochenes Studium 1929, Dramaturg und Spielleiter in versch. kleinen Städten 1929—1934, *BDC*; 1. Oktober 1934 bis 30. Juni 1937 NSKG-Tätigkeit; seit 1. Juli 1937 Leiter der Unterabt. Theater (Bestätigung Puttkammers, DRbg., 2. November 1940, in *121*). Seine einstige KPD-Mitgliedschaft wird noch erörtert in: Schwarz an R., 15. Januar 1944, *405*.

[38] Versagen als Redner: Aktennotiz Gerdts (DRbg.) für Stellrecht, 12. April 1943, *114*; Ausscheiden: R. an Stang, 12. Mai 1943 (Anm. IV/35); Stang an Koeppen, 14. Juli 1943, *111*; Korr. Schwarz/R., 19./23. September 1943, *349* mit Versetzung in den „Wartestand". Sonderauftrag: Stang an R., 9. September 1943 (*111*). — Ein Rosenberg gewidmetes Völkerwanderungs-Drama von Stang, „Alboin und Rosamunde", wurde im Sommer 1940 in Leipzig in Anwesenheit R.'s und Stangs uraufgeführt (Illustrierter Beobachter vom 4. Juli 1940). Tod: *Z Härtle*.

[39] R. an Schwarz, 15. Dezember 1938, *359*; Die Kunst im Dritten Reich 1 (1937) ff., passim. Die Zeitschrift wurde ab Herbst 1939 in „Die Kunst im Deutschen Reich" umbenannt. Gründe: vgl. S. 236 mit Anm. VI/1.

[40] Scholz an Bormann, 28. Juli 1939, *403*; daraus alle Zitate. Frau Troost: Scholz an Koeppen, 3. November 1944, *125*.

[41] So sehr richtig Rothfeder, S. 223.

[42] Scholz an Bormann, 28. Juli 1939 (Anm. IV/40).

[43] Gerigk, geb. 1909, Dr. phil. habil., Pg. 1932, Leiter der Hauptstelle Musik der DRbg. ab 1935. Vgl. Rothfeder, S. 217—221, und Wulf, Musik, S. 28 und 231. Die Ernennung Gerigks zum Kulturdezernenten der Stadt Bochum konnte Ende 1953 nur durch die Presse verhindert werden. (Südd. Ztg. 11. Dezember 1953; Allg. Wochenztg. d. Juden vom 18. Dezember 1953: „Ein apokalyptischer Reiter"; *PA, IfZ.*)

[44] Der Gleichschaltungs-Vorgang ist am Wechsel des Impressums abzulesen. Dabei ein unerklärter Umweg über die Reichsjugendführung: „Die Musik", bis 25. Jg., Juli 1933 (S. 800) hrsg. von Bernhard Schuster; ab August 1933 (S. 880) hrsg. von Johannes Günther von der RJF; ab 1. April 1934 bezeichnet als offiz. Mitt.Bl. der RJF, hrsg. von Johannes Günther (Jg. 26/2, S. 720 und 780); ab 1. Juli 1934 hrsg. von Friedrich W. Herzog von der NSKG; nach dem Sturz Herzogs und des angeblich „wegen Plagiats und betrügerischer Handlungen . . . entlassenen Johannes Günther" (Stang an R., 31. August 1935, *322*), welcher Herzogs Äußerungen über Goebbels und dessen Frau Magda weitergetragen haben sollte (ebenda, und: R. an Polizeipräsident Graf Helldorf, 9. September 1935, *287*), Übernahme der Redaktion durch Gerigk und Fortführung bis 1944 (Titel ab 1943: „Musik im Kriege"). Ausschnitte aus den Aufsätzen Gerigks sind abgedr. bei Wulf, Musik, S. 231, 369, 459 und passim. — Interessante Einblicke in die radikale Verfolgungspolitik des Kulturpol. Archivs gegenüber Künstlern, nahezu durchweg persönlich-denunziatorischen Inhalts, gewähren die vertraulichen, nur Parteistellen zugäng-

lichen und anscheinend deren gegenseitiger Rivalität (besonders der Goebbels-Bereich war betroffen) bald wieder erlegenen „Informationen des Kulturpolitischen Archivs ... beim Beauftragten des Führers ...", 1. Folge (28. Februar 1935), 2. Folge (o. Dat.), 3. Folge (18. Juli 1935). Vgl. ferner die „Liste der Musikbolschewisten" der DRbg., alles: *NS Misch 130.*

[45] Lexikon der Juden in der Musik. Bearb. von Dr. Theo Stengel und Dr. habil. Herbert Gerigk, Berlin: Hahnefeld 1940. Vgl. Gerigk, Schünemanns Gesch. d. Klaviermusik; Müncheberg: Hahnefeld 1954. — Zitate: Titelbl. und Vorwort des Lexikons; über Fritsch: Gerigk an Studienrat Fritz Berger, 20. Juni 1942, *121.* Die Verachtung zwischen Rosenberg und Fritsch war gegenseitig (vgl. Anm. I/44).

[46] Gerigk im Vorwort zur 2. Aufl. des Lexikons (1943); gedr. Wulf, Musik, S. 428 f.

[47] Gerigk: „Tätigkeitsbericht der Hauptstelle Musik für die Zeit vom 1. 10. 1938 bis 1. 4. 1939"; über Hermann-Walter Frey: Heiber, Frank, S. 569, 654.

[48] Gerigk an Hauptamt Wissenschaft der DRbg., 26. Januar 1944, *BUE 43.* Vgl. auch, wie Prof. Friedrich Mahling durch Gerigk wegen Äußerung „anthroposophischer" Ansichten gefährdet wurde (Wulf, Musik, S. 179–180).

[49] Gerigk: „Betrifft Tätigkeit des Kulturpolitischen Archivs während des Krieges", 28. Aug. 1944, *405.* Darin Zitate aus dem Bormann-Rundschreiben.

[50] R. an Bormann, 14. September 1944 (Anm. IV/14); Bormann an R., 31. Oktober 1944 (Zitat); R. an Bormann, 13. November 1944; Pkz (Friedrichs) an R., 4. Dezember 1944; alles *405.* — Es gab noch eine fünfte, völlig bedeutungslose Unterabteilung des Amtes Kunstpflege, das „Amt Nationale Symbole", das nach dem Sturze des Heß-Kulturamtsleiters Schulte-Strathaus (nach dem Heß-Flug von 10. Mai 1941) „die Prüfung von Plaketten und Büsten des Führers" zu übernehmen hatte (Bormann an R., 20. September 1941, *403;* früh. Mat. in *NS 22/849*). Über Schulte-Strathaus: *BDC.*

[51] Ziegler, Dr. Matthes, geb. 1911 in Nürnberg, Pg. 1931, polit. Laufbahn in der DRbg.: vgl. Anm. III/41 zu S. 68. Studium in Greifswald und Riga 1930–1933; Promotion mit einer im „Ahnenerbe" ersch. Arbeit über „Die Frau im Märchen" (Diss. Greifswald 1937). Ab Oktober 1933 tätig im Stabsamt der Reichsbauernführung (Darré); bereits vorher dem RuSHA angehörig und damit einer der wenigen SS-Führer der DRbg. R. wurde auf Ziegler durch dessen Broschüre „Reich und Kirche" aufmerksam. Er übertrug ihm am 1. Mai 1934 die Schriftleitung der NSM; gleichzeitig war Z. in den genannten Referaten tätig; er war außerdem „Verbindungsführer des Reichsleiters zum SD-Hauptamt". (Biogr. Mater.: *BDC* sowie dort drei Lebensläufe: 1.: o. Dat., 2.: vom 1. Februar 1935, 3.: vom 10. März 1940.) — Die Kirchenpolitik ist von Rothfeder (vgl. dort S. 147–149 und 194–207) nicht systematisch behandelt worden; die Klärung der Stellung der DRbg. zu den Ansichten Hitlers und Kerrls fehlt; die Volkskunde wird berücksichtigt; Konflikte mit anderen Dienststellen werden nicht erörtert. Vgl. aber Anm. IV/53. Zu Ziegler bisher Heiber, Frank, S. 945 f. Zum Kirchenkampf jetzt auch Broszat, Staat Hitlers, S. 283–300. Zum Handbuch d. Romfrage vgl. Anm. IV/79.

[52] Vgl. S. 22 mit Anm. I/42.

[53] Wir zitieren eines der besten Ergebnisse Rothfeders (S. 105–106); erste Kolumne nach: „Wirtschaft und Statistik", Jg. 1943, S. 114, 151, 176, 199, 223, 263 (Juni 1943 nicht erhältlich; die Ziffer für Juli wurde daher zweimal gezählt). — Zweite Kolumne aus: „NSDAP, der Beauftragte des Führers ..., Vertreter für den Gau Thüringen, Gauschulungsleiter: Bericht zur weltanschaulichen Lage", 6. August 1943. (Rare Book Room der Univ. of Michigan, Ann Arbor, USA; dem Verf. nicht zugänglich. Vgl. Rothfeder, S. 419.)

[54] Vgl. S. 214–220.

[55] Nachweis Rothfeders, S. 194, nach „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage", 20. Dezember 1939, *BA*: Zuerst wurden diese „Mitteilungen" den Kreisleitern direkt zugesandt; danach hielt man die Verteilung über die Gauvertreter R.'s für die sicherere (gemeint war wohl die prestige-wahrendere) Methode. Die „Mitteilungen" zeigten, daß die NS-Ideologie im wesentlichen aus Negationen bestand und daß die Volkskunde ihre ersatzreligiöse Funktion kaum erfüllen konnte (vgl. Jg. 4, 1938, Nr. 1–15: 20 Beiträge, davon 11 kirchenfeindlichen oder allgemein-politischen Inhalts, 8 volkskundlichen Charakters; später wieder Abnahme der volkskundlichen Artikel).

[56] Vgl. S. 219. — Die von Rothfeder, S. 196, gestellte Frage, warum die „Mitteilungen" als

„vertraulich" bezeichnet wurden, obwohl viele Artikel daraus auch in die NSM übergingen, ist damit beantwortet.

[57] R. an Bormann, 28. November 1941, *403*, darin auch Bezugnahme auf das zurückgezogene Bormann-Rundschreiben über den Kirchenkampf (gedr. Zipfel, S. 511–516, dazu Goebbels-Tagebuch, S. 98). Vgl. auch Bracher in Bracher/Sauer/Schulz, S. 341, wo mit Recht betont wird, daß sich Hitler gegenüber den Kirchen höchst unsicher fühlte. — Am 22. Dezember 1941 bat R. Bormann um Antwort, FS, *403*, danach kein Vorgang mehr.

[58] Vgl. S. 46.

[59] Götte, S. 159. Zum Folgenden vgl. jetzt auch den Aufsatz Scholders (Anm. II/110a), dessen Verfasser unabhängig von uns und auf Grund z. T. anderer Beobachtungen zu ähnlichen Ergebnissen (unter Verwendung der DRbg.-Akten) gekommen ist. Hervorzuheben ist die These, daß Hitler keineswegs durchweg eine Vernichtung der Kirche angestrebt hat, daß er vom Machtantritt an mehrfach auf schon 1927 erwogene Ideen von einer „Reichskirche" zurückgriff, diesen Plan vier Jahre lang mit Schwankungen verfolgte und daß das Jahr 1937 die eigentliche Zäsur bildet, von der an er in Ratlosigkeit, wie auch wir meinen, zurückfiel. (Scholder, S. 30.)

[59a] Scholder, S. 25 (26. Oktober 1934; Rücktritt August Jägers, des wichtigsten Mitarbeiters Müllers; Einladung der Bischöfe Wurm, Meiser und Mahrahrens zu Hitler).

[60] R.: „Aktennotiz", 1. Dezember 1934, *231*; es handelt sich um die bei Seraphim's Edition des Tagebuchs (vgl. dort 26. Dezember 1934) noch gesuchte Aufzeichnung.

[61] Brunotte, S. 98–100 und 106; Meier, S. 213–219; Zipfel, S. 95 f. Scholder (Anm. IV/59) wies völlig neues Material über die Berufung Kerrls, insbes. eine Denkschrift Pfundtners, nach und brachte auch gleich die zutreffende Interpretation: Hitler war schon Ende 1934 zum ersten Male ratlos; die Berufung Kerrls schien ein Ausweg zu sein.

[62] Ähnlicher Vorgang: Berufung Görings zum „Beauftragten für den Vierjahresplan" ohne Klärung der verbleibenden wirtschafts-politischen Aufgaben des Reichsfinanzministeriums (Oktober 1936), lt. Treue, Denkschrift. Vgl. Schacht, S. 465 ff.

[63] R., Tagebuch, ed. Kempner, 25. April 1936.

[64] Kerrl: „Erlaß zur Sicherung der religiösen Freiheit der Deutschen", o. Dat., Abschr. übergeben mit Schreiben Kerrls an Lammers, 12. Februar 1940; Abschriften auch in *63a*, weil Kerrl die Herausgabe des Erlasses zur Bedingung seiner Zustimmung zur Erteilung des Weisungsrechts an R. (u. D., S. 132) machte. Zur Auffassungsweise Kerrls vgl. Brunotte, S. 108.

[65] Meier, S. 55 ff.; Brunotte, S. 92–95, 98–100; Scholder, S. 29, betont mit Recht, daß für die Motive Hitlers sichere Gründe nicht zu nennen sind.

[66] R., Tagebuch, ed. Kempner, 14. Februar 1937; vgl. Brunotte, S. 95.

[67] Brunotte, S. 107 f. — Der Verfolgung der Pfarrer sah R. widerspruchslos zu, obwohl selbst Niemöller trotz gerichtlichen Freispruchs in ein KZ eingekerkert worden war. Und dies, obwohl der R.-Mitarbeiter Dr. (später Prof.) Wilhelm Brachmann die berühmte Aktennotiz verfaßt hatte, in der das Unrecht klar gekennzeichnet worden war: vgl. H. Buchheim, Ein NS-Funktionär zum Niemöller-Prozeß, S. 311–315. — Verf. konnte als einziges weiteres Dokument zu diesem Vorgang ermitteln: R. an StdF, 14. Februar 1938, *294* = *NS 8/179*, Bl. 138 f., mit ähnl., R. selbst entlarvenden Passagen: „Das Beschämendste hat sich aber jetzt abgespielt ... Danach hat das deutsche Reich den Angeklagten Niemöller 7 Monate in Untersuchungshaft gehalten", ohne stichhaltiges Material zu haben. R. bejaht aber durchaus Unrechtshandlungen, sofern sie staatsnotwendig seien (im gleichen Brief) und protestiert hier weniger gegen das Unrecht als gegen seine Feinde Goebbels und Kerrl, was alles weitere erklärt. Die Verschärfung des allgemeinen Terrors des Regimes geht bezeichnenderweise auch in der Kirchenpolitik auf die Ratlosigkeit der Machthaber infolge des Scheiterns ihrer „positiven" Konzeptionen zurück (Parallelfälle vgl. oben S. 72–77, 81), das heißt auf die innere Leere der NS-Ideologie, und nicht auf vorausschauende Planung und machiavellistische Taktik. Den Nachweis, daß Brachmann, der spätere Leiter des religions-wissenschaftlichen Instituts der Hohen Schule der NSDAP in Halle, Autor der obigen Notiz war, fand Verf. im Univ.-Archiv Halle/Saale, Pers.-Akte Brachmann.

[68] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 22. August 1939.

[69] Ebenda, 19. Januar 1940.

[70] Ebenda, 16. September 1940; Heß an Göring, 18. April 1940, *285*.

[71] R., Tagebuch, ed. Kempner, 18. Januar 1937 (1. Zitat); Goebbels, Tagebuch, etwa zw. Juni 1941 und 19. Juli 1942, *MA 473*, Folder II, 3, 2. Gruppe, Bl. 59–60 (2. Zitat); R., Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Führer, 8. Mai 1942, 1520–PS (gedr. IMG 27, S. 286 f.). Euthanasie: Mitscherlich; Dörner.

[72] MzwaL, 22. Oktober 1937; gedr. Zipfel, S. 439, 441; ähnlich MzwaL, 10. Dezember 1937, gedr. Meier, S. 295. Vgl. bei Zipfel auch die vor dem 22. Oktober 1937 erschienenen Auszüge aus den MzwaL, welche Scholders These vom „verdrießlichen" Materialsammeln (Anm. IV/59) bestätigen. Es handelte sich um weniger deutliche Angriffe auf die DC, deren Tenor aber doch abweisend ist.

[73] R. an Heß, 18. Dezember 1937, *289*; R. an Bormann, 18. Juni 1940 (Zitat), *285*; B. an R., 22. Juni 1940, *285*.

[74] Brunotte, S. 134; dazu R., Tagebuch, ed. Kempner, 14. Dezember 1941. Hitler soll R. gefragt haben: „Wollen Sie nicht Kerrls Amt übernehmen?" R. will „erschrocken" abgewehrt haben.

[75] Urban an R., 19. April 1941, *137*.

[76] M. Ziegler an R., 6. Juni 1941, *137*.

[77] Vgl. S. 215–218.

[77a] Denkschrift nicht ermittelt. Zitate aus: R. an Bormann, 1. August 1941, und Bormann an R., 21. August 1941, *403*.

[78] Hagemeyer (zu diesem S. 122–123) an M. Ziegler, 13. Dezember 1943, *127*.

[79] M. Ziegler an Hagemeyer, 18. Dezember 1943, *127*. Die Angaben M. Zieglers, die die Grundlage für die Darstellung bei Heiber, S. 946, bilden, sind für die Schlußphase wohl nicht zufälligerweise ergänzungsbedürftig. Zum „Handbuch der Romfrage": Entstehung und Redaktionsarbeit sind noch weitgehend unbekannt, zumal das Werk auch wenig beachtet wurde, denn der zu Kriegsbeginn fertige Band 1 (Buchstabe A–K) sollte nach R.'s Willen auf Grund der „Zeitereignisse" nicht in den „öffentlichen Verkauf" gelangen. Ob R.'s Vorhaben, vom Reichsschatzmeister Mittel für die Verbreitung „an die gesamte Partei und die Dienststellen der angeschlossenen Verbände, ... wenn möglich bis zu den Büchereien der Ortsgruppen" zu erhalten, verwirklicht wurde, konnte Verf. nicht feststellen (R. an Schwarz, 9. Februar 1940, *359*). Zur Entstehung meldete R. am 16. Mai 1938, „zwölf Forscher und Gelehrte" arbeiteten „seit 1½ Jahren" an dem Lexikon (Denkschrift über die ersten Vorbereitungsarbeiten für die Hohe Schule, *340*). Die Hauptarbeit dürfte auf Ziegler und Brachmann entfallen sein. Zum Inhalt vgl. Anm. I/50.

[80] R., „Blut und Ehre", 4 Bände Aufsätze 1921–1941. München 1935–1941.

[81] R., Mythus, S. 569 (2. Buch, IV/3).

[82] R., Rede zur Eröffnung des Instituts z. Erforsch. der Judenfrage, 26. März 1941; in: Weltkampf, Jg. 1941, H. 1/2, S. 64–72. — Das Zitat fehlt in dem Text, den Wulf, Denker, S. 143 ff. abdruckt.

[83] R., Vermerk über die Unterredung beim Führer, 14. Dezember 1941, 1517-PS, IMG 27, S. 270 ff.; dazu R.'s Verteidigung im Nürnberger Prozeß, er habe darunter so wenig eine physische Ausrottung verstanden, wie die Engländer und Deutschen, die aus Churchills Wort von 1943, der Nationalsozialismus müsse mit „Stumpf und Stiel ausgerottet" werden, auf Massenvernichtung geschlossen hätten (IMG 11, S. 552 und 605–609). Dokumente über Judenvernichtung aus dem Ost-Ministerium: Leibbrandt an Lohse, 31. Oktober 1941, 3663-PS, IMG 32, 435; Brief Dr. Bräutigams vom 18. Dezember 1941, 3666-PS, IMG 32, 437; Bericht GenKomm. Weißruthenien 31. Juli 1942, 3428-PS, IMG 32, 279 ff. über Massenexekutionen (R. bestreitet Kenntnis, IMG 11, 614 ff.). — R. hatte jedoch keine Polizeihoheit in den unter Zivilverwaltung stehenden Gebieten der UdSSR (IMG 11, 251). Vgl. Nolte, Faschismus, S. 483/611 Anm. 89. — Verteidigung R.'s: IMG 18, 107–124; Urteil: IMG 22, 616.

[83a] Aufzeichnung Leg.-Rat v. Thadden über die Mitteilung des Adjutanten an Legationsrat Rademacher, 15. Mai 1943: Gauleiter Kube (Reichskommissar für Weißruthenien), Untergebener und keineswegs ein Feind Rosenbergs, habe auch „den Italienern eine Gaskammer gezeigt, in der angeblich die Tötung der Juden durchgeführt würde. Die Faschisten sollen auf das Tiefste erschüttert gewesen sein. Herr Rademacher hat diesen Vorfall durch ..., Adjutant von Reichsleiter Rosenberg, erfahren ...". (Eichmann-Pro-

zeß Jerusalem, Dokum. 203, Ph. im IfZ. Das Schriftstück wurde veröffentlicht in der Sendung „Das unheilvolle Staatsgeheimnis", Südd. Rundfunk, 2. Programm, 11. November 1968, von Dr. H. G. Adler, London, dem Verf. die Kenntnis verdankt.)

[88b] Heydrich an Gebietskommissar Gauleiter Meyer (Verbündeter Rosenbergs, vgl. R., Letzte Aufzeichnungen, S. 145 f. und u. D., Anm. V/80), 26. März 1942. Nachweis bei Dallin, S. 220.

[84] Der Welt-Dienst, Erfurt: Bodung-Verlag 1933 bis Januar 1945. Hrsg. 1933 bis 15. Juni 1939: Ulrich Fleischhauer, danach bis zur ersten September-Ausgabe 1943: August Schirmer, von der zweiten September-Ausgabe 1943 an: Kurt Richter. Verlagsort und Verlag ab Juli 1939: Frankfurt, Welt-Dienst-Verlag.

[85] Heiber, Frank, S. 477 nach Zeugenbefragung Dr. Grau. Zum folgenden auch Heiber, Frank, S. 1062 f.

[86] August Schirmer, geb. 1905, seit 1. Februar 1930 KfdK-Landesleiter Hannover, danach dortiger Gauschulungsleiter und Begründer Rosenberg-freundlicher Bestrebungen in der dortigen Gauleitung und Vorgänger des radikalen GSL Karl Kieckbusch; *BDC*. In der DRbg. seit 1. Januar 1938 (Mitarbeiterliste, 30. April 1941, *283*). Vgl. Heiber, Frank, S. 1061.

[87] Heiber, Frank, S. 1062 nach Bescheinigung R.'s vom 6. Oktober 1937, *Centre, CXLV-576*. — Die These über die Ursachen der Annäherung stellt Verf. auf Grund der zeitl. Koinzidenz auf. Die von Heiber mitgeteilten Tatsachen bilden dabei nur die Grundlage.

[88] Ausstellung und Gegnerschaft: Heiber, Frank, S. 476 ff., 600 ff.

[89] Schirmer an R., 24. September 1938, *Centre, CXXXIV-22*. Der Brief enthält zahlreiche Angaben über die beabsichtigten Forschungen in apokrypher antisemitischer Literatur mit Quellen und Bearbeitern. Es werden die folgenden Besitzer entsprechender Unterlagen genannt: Hans Jonack, Müller von Hausen alias Gottfried zur Beek nebst dessen ehem. Mitarb. Major Funk und Prof. Kraeger. Letzterer verlangte 50 000 RM für die Archivbestände, die den „Sigilla Veri", dem sog. „Juden-Kürschner", zugrunde liegen. Schirmer tat in dem Brief vom 24. September, als durchschaue er das Geschäft nicht.

[90] R. an StdF, 8. September 1939 (Aktennotiz, *398*); darin Mitteilung, daß Redaktionsaufnahme schon im „Herbst 1937" stattgefunden habe.

[91] Urban an R., 19. April 1941, *137*; Amt erstmals erwähnt im Organisationsplan 1939, *122*. Keine Tätigkeitsspuren.

[92] Zu Franks Förderung durch R. und den Bruch mit ihm: oben S. 77–78, 94–97; zum Konflikt Frank-Grau-Rosenberg jetzt die ausführliche Darstellung bei Heiber, Frank, S. 976–1159; erwähnte Zusammenhänge: bes. S. 976–1001, 1008–1011, 1057, 1061 f., 1143, 1158.

[93] Zu der auch von Heiber, S. 1063, referierten Beschuldigung, Schirmer habe Korruption begangen (nach Wulf, Denker, S. 162), muß festgestellt werden, daß das OPG den Angeklagten 1944 freisprach; die Affäre ging auf eine Denunziation zurück: R. an Schwarz, 21. Juli 1944, *359*; Schwarz an R., 31. Juli 1942, *360*, R. an Schwarz, 12. August 1942, *359*; Korr. Koeppen/Schirmer, 6./8. Oktober 1943, *127*.

[94] Hagemeyer an Ziegler, 13. Dezember 1943 (Anm. IV/78). — R.'s Auftrag, aus dem das Hauptamt hervorging: AO vom 22. April 1942, *250*.

[95] Vgl. oben S. 119.

[96] Hagemeyer an Himmler, 26. März 1943, *EAP-161-b-12/93*, Folder 287, in diesem Faszikel weiteres Material, welches zeigt, daß die SS sich über die Wertlosigkeit der Bemühungen im klaren war. Behandlung des Hauptamtes ähnlich und zuerst bei Rothfeder, S. 281–286.

[97] Leg.-Rat v. Thadden (AA): „Aufzeichnung über eine Besprechung mit ... Hagemeyer ... am 16. Dez. 1943", *NG 5013*. Daraus geht hervor, daß auch Goebbels und Ribbentrop bereit waren, sich an dem grotesken Unternehmen zu beteiligen, wenn dessen Hauptzweck, das Amt R. der Öffentlichkeit als eine Führungszentrale des Großgermanischen Reiches vorzustellen, so modifiziert würde, daß von dem erhofften Ruhm auch etwas auf ihre eigenen Ämter entfiele. R. bot daher an, Goebbels und Ribbentrop ins „Präsidium" des Kongresses zu nehmen.

[98] Bericht Hagemeyers, 15. Juni 1944, *1752-PS*, IMG 28, S. 51 ff. Dazu ausführlich Weinreich, S. 219–235, danach Rothfeder, S. 284–286.

[99] Stellrecht: Stellungnahme zum Schreiben von Pg. Hagemeyer vom 4. Juli 1944 an den Reichsleiter, 18. August 1944, *126*. Hagemeyer an R., 4. Juli 1944, *125;* dazu S. 135–136.

[100] Vgl. S. 67, Anm. II/147 und III/33. Schulungs-Probleme sind bei Rothfeder, S. 139 bis 142, 186–193, behandelt, wobei das Schwergewicht auf einer Schilderung der propagandistischen Tätigkeit der versch. Referate und Gremien liegt. Wir verdanken Rothfeder, S. 310–324, die erste Darstellung der Wehrmachts-Schulungs-Tätigkeit der DRbg. Die Zeit 1938 bis 1941 wird von ihm aber nicht behandelt. — Wir gruppieren die *allgemeine* Entwicklung des Amtes R. im folgenden um das den meisten Raum beanspruchende Geschehen. Dieses lag auf dem Gebiete der Schulung.

[101] Vgl. S. 91–93.

[102] Zitat aus „Der Grenzbote", Heidenheim, 12. April 1937 (daher auch die Lebensdaten sowie aus anderen biogr. Akten im BDC). — Schmidt, geb. 1902 in Wiesenbach/Württ., Pg. 1925, 1924–1927 „Kanzler" der Artamanen, als Artamanen-Führer Pfingsten 1930 R. auf dem KfdK-Treffen in Weimar begegnend. (Vgl. S. 33 mit Anm. II/40.) 1933 bis 11. April 1937 stellvertr. Gauleiter Württembergs, danach Leiter des HSA der ROL, gefolgt von H. Bruhn. — Absetzung und Einberufung zur Waffen-SS im Februar 1942, vgl. S. 137.

[102a] Vgl. S. 67.

[103] Anm. III/202; früher gab es in der DRbg. einmal zwei Abteilungen „Erziehung" und „Verbände" (Heinz Schäfer). Letzterer oblag die „Schulung der Verbände außerhalb der Partei": R., Dienstanweisung, 3. Oktober 1935, *250*. Beide blieben wirkungslos.

[104] Scheidt, geb. 1907 in Moskau, Realgymnasium bis Unterprima, 3 Sem. Polytechnikum, 19.–23. Lebensj. kaufm.-technische Ausbildung im väterl. Betrieb „und sodann innerhalb der NSDAP als Redner". 1930–1938 Gau- und Reichsredner (Lebenslauf, *BDC*). — Bei R. wechselten seine Funktionen, Diensteintritt unbekannt, 27. April 1936 bis 31. Januar 1941 als Vorgänger Dr. Stellrechts Leiter des Amtes Schulung (vgl. S. 135); gleichzeitig 26. Juni 1940 bis 7. April 1942 Leiter der Organisationsabt. der HS, aber schon vor 1942 bis zu unbek. Zeitpunkt danach in der Kulturabt. des OMI tätig. R., Vorläuf. Arbeit der HS, 26. Juni 1940, *340*; R., Anordnung 3/41 vom 31. Januar 1941, *250*; R.: Formlose Mitt. vom 7. April 1942, *137*. Vgl. Rothfeder, S. 139.

[105] 7. Dezember 1937: Vgl. Anm. III/181. — Umbenennung: Scheidt, „Meldung ... betreffend Arbeitsgrundlage des Amtes für Lehrplanung", 7. Februar 1938, *EAP 250-d-18-15/9*; R. an Heß, 21. Oktober 1938, *294*.

[106] Georg Otto (Mitarb. des Amtes Lehrplanung), Aktennotiz, 16. März 1943, *114*.

[107] R., Die politische Vorbereitung der Norwegen-Aktion, 15. Juni 1940, IMG 25, S. 26 ff.; Loock, S. 37–63, bes. S. 41. Dazu die Nachkriegs-Stellungnahme Scheidts, ohne jede Einsicht in den Landesverrat Quislings, bei Böhm, S. 73–81.

[108] „Dienstliches Verhältnis ..." [Ley-Rosenberg], Februar 1936, s. Anm. III/199 mit S. 92.

[109] StdF, gez. Gerland, an R., 4. März 1938, *294* = *NS 8/179*, Bl. 104 f. (daraus zitiert); R. an StdF, 22. März 1938, ebd., Bl. 110 f.; Bormann an R., 4. Juli 1938, ebd., Bl. 59–60, dazu Bormanns Entwurf für eine AO des StdF über „Befugnisse des Beauftragten ...", Bl. 60 f., dazu Fr. Schmidt an Ley's Stabsleiter Simon, 13. Juli 1938, *NS 22/849* (Zitat); R. an StdF, 1. August 1938, *NS 8/179*, Bl. 29 ff.; AO Entw. des StdF, 28. September 1938, ebd., Bl. 134 f.; Fr. Schmidt: „Stellungnahme ..." zu diesem, 7. Oktober 1938, *NS 22/849*; Ley an Bormann, 24. Oktober 1938 (ebenda, daraus Zitat); R. an Bormann, 21. Oktober 1938, *NS 8/179*. — Simon fragte dreimal, zuletzt am 6. April 1939, bei Bormann an, ob R. geantwortet habe. Der StdF, gez. Friedrichs, antwortete am 7. Dezember 1938, es liege noch keine neue Stellungnahme R.'s vor; weitere Anfragen Simons blieben unerwidert, *NS 22/849*. Vgl. R.'s Tagebucheintrag, ed. Seraphim, vom 24. September 1939: „... eine Schulungsordnung ... liegt seit 3 Jahren, ohne zum Abschluß zu kommen" [bei Heß]. Die Klage täuscht darüber hinweg, daß die DRbg. an der Verschleppung mitschuldig war.

[110] Vgl. S. 42–45 und Peterson. — Zuviele Dienststellen: Vgl. Anm. III/49 mit den zahlr. Konkurrenzämtern zur DRbg. sowie die Selbstbekenntnisse Bormanns vom 2. Februar 1943 (S. 144 mit Anm. IV/180) und seines Mitarbeiters Friedrichs vom 10. August 1944 (ebenda mit Anm. IV/181).

[111] Für Ziegler und Härtle (Anm. IV/51 und II/3) steht Tätigkeit in Prop.-Komp. fest. Vgl.

Personal-Bericht der SS-Kriegsberichter-Abt., o. Dat., etwa 1941, über Ziegler *BDC*; dazu Heiber, S. 946. — Härtle: „Erfahrungen und Beobachtungen in der neuen Wehrmacht", 21. Januar 1941, *125*, mit Details über die verachtungsvolle Behandlung von Parteifunktionären in der Wehrmacht.

[112] Erste Versuche auf diesem Gebiet schon Anfang 1937, gegen erregte Proteste Leys, obwohl dieser in der Wehrmacht keinerlei Befugnisse besaß: R. an Ley, 7. Januar 1937 (Anm. III/244). Danach scheint sich R. bis September 1939 für die Wehrmachtsschulung nicht mehr interessiert zu haben. — Nach Abschl. des Manuskripts erhält Verf. Kenntnis vom Entwurf eines geplanten Aufsatzes von Berghahn (jetzt VJZG 1969, S. 17–71). Darin u. a. interessantes Material über die Abneigung des OKH gegen die DRbg. (vgl. u. D., S. 140 mit Anm. IV/160).

[113] H. G. Seraphim in der Einleitung zu seiner Ausg. des R.-Tagebuchs (dtv-Ausg., S. 16); zu der dort betonten Abhängigkeit R.'s von Hitler u. D., S. 54 mit Anm. II/150.

[114] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 25. August 1939 („abends") und 24. September 1939.

[115] R. erkannte auch, daß Hitler den Kriegsausbruch unter einer Mächtekonstellation verschuldet hatte, deren Zustandekommen schon im Ersten Weltkrieg gerade in „Mein Kampf" scharf getadelt worden war. Auf diese entsprechende Abweichung von den „Plänen" Hitlers machte mit Recht Hillgruber, S. 564 f., aufmerksam.

[116] R., Mythus, S. 662 (3. Buch, VI, 5), übereinstimmend mit Hitler, Mein Kampf, S. 738, 741–743 (II, 14), zit. u. D., S. 247.

[117] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 24. September 1939; zu den früheren Vorhaben vgl. u. D., S. 80–81, 84, 99.

[118] Zitat aus Schriftstück A. — Zahlreiche Papiere, zum Teil undatiert und mit nuancenreichen Abweichungen, in *226, 345, 381, 398*. Verf. ermittelte folg. Gruppierung, wobei die Signaturen A–F von ihm vorgeschlagen werden:

A: Schriftstück ohne Überschr. und Datum, als Erlaß-Entwurf f. Hitler gedacht, erhalten als Anlage zu einem „Aktenvermerk" Urbans: „Betr. Unterredung ... Göring und ... Rosenberg wegen ‚Seelenkrieg'", Aktenvermerk trägt Dat. vom 2. Oktober 1939. Der Vermerk wurde zus. m. and. Papieren, alle in *345* (vgl. Anm. IV/123), von Urban an Görings Adjutanten Bodenschatz übersandt; aus dem Begleitbrief ergibt sich der 1. Oktober 1939 als Dat. d. Göring-R.-Unterredung. — Heß hatte von dem Plan mindestens in den Grundzügen schon am 24. September Kenntnis (R., Tagebuch, ed. Seraphim, 24. September 1939).

B: 23. November 1939: „Entwurf des Stellvertreters des Führers" für die R. zu erteilende Führer-Vollmacht, *381*. — Die direkte Erwähnung des Hauptschulungsamtes wurde entfernt; der Angriff auf die Befugnisse Leys also verschleiert. — Sonst im wesentl. mit C übereinstimmend.

C: 25. November 1939: „2. Entwurf Reichsleiter Rosenberg", *381*. Der entscheidende (3.) Absatz lautete jetzt: „Mein Auftrag an Reichsleiter Rosenberg umfaßt die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung, die wissenschaftliche Forschung und Lehre, das Schrifttum und die allgemein-kulturelle Wertung. Er ist berechtigt, jene Weisungen zu erteilen und jene Maßnahmen anzuordnen, die zur Sicherung der Einheit der nationalsozialistischen Weltanschauung notwendig sind."

D: 1. Dezember 1939: Von Urban diktiertes Schriftstück mit der Anfangszeile: „Der Führer ...". Urban spricht in „Aktennotiz. Telefongespräch mit Ministerialrat Dr. Hansen, persönlicher Vertreter von Reichsleiter Bormann", 1. Dezember 1939, *398*, von einem „gemeinsamen Wortlaut", den dieser Entw. darstelle (gemeint: gemeins. von Heß und R. entworfen).

E: [Etwa 18. Dezember 1939] „Von Dr. Lammers versandter Entwurf", *381*; im wesentlichen an B angelehnt und ohne Berücksichtigung der wenigen Konzessionen, welche R. zwischen 23. und 25. November bei Heß durchgesetzt hatte. Von Lammers etwa am 18. Dezember an die Reichsministerien abgeschickt.

F: [Etwa 9. Februar 1940] Lammers: „Zu RK 1995 B. Erlaß des Führers ...", *NG-1283*; gedr.: R., Tagebuch, ed. Seraphim, Anhang Nr. 7. Eine Vorform dazu bereits 8. Januar 1941, *381*.

Rekonstruktion der Ereignisse auch aus einer ungezeichneten, undatierten, etwa den

Stand vom 28. Dezember 1939 spiegelnden „Aktennotiz über die zeitliche Entwicklung des Entwurfes des Führer-Erlasses ‚Beauftragter ... für die Sicherung ...'", *381*.

[119] Als Anklagedokument wurde F (Anm. IV/118) vorgelegt, aber nicht behandelt. Veröffentlichung durch Seraphim im Jahre 1955. Erste ausführliche Behandlung, aber noch ohne Zusammenhang mit der Wehrmachtsschulung, der inneren „Entscheidungs"-Prozesse bei R. zu Kriegsbeginn und ohne krit. Erörterung der Gespräche R.-Hitler am 29. Januar 1940 (vgl. u. D., S. 132–134) sowie der Stellungnahmen der verschiedenen Dienststellen, bei Rothfeder, S. 117–124. — Der Irrtum Strothmanns (Literaturpolitik, S. 37, Anm. 41), neuerdings wiederholt von Boelcke, S. 34, wurde von Rothfeder, S. 124, Anm. 121, bereits berichtigt: R. wurde keineswegs beauftragt!

[120] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 11. November 1939.

[121] R., Letzte Aufzeichnungen, S. 206; vgl. u. D., S. 48 f.

[122] R., Tagebuch, ed. Kempner, 10. Oktober 1938. Vgl. u. D., S. 150–151.

[123] R., Tagebuch, ed. Seraphim, 5. Oktober 1939 (Zitate). — Zitate über die Gelder: Urban, „Aktennotiz ...", 2. Oktober 1939 (Anm. IV/118 A).

[124] Die letzte Bitte, die R. an Göring in dessen erwähnter Eigenschaft richtete, ist, soweit bisher zu ermitteln, das Verlangen vom 15. Mai 1936 (vgl. S. 195–197 mit Anm. V/147 und 150). Zum Machtbereich Görings jetzt Broszat, Staat Hitlers, S. 347–349.

[125] R., Tagebuch, 1. November 1939, ed. Seraphim.

[126] Bormann an R., 6. Dezember 1939, *398*, daraus 1. Zitat; dazu ein zweiter Brief B.'s vom gl. Tage, *398*. — „quasi ermuntert": Zitat aus „Aktennotiz über die zeitliche Entwicklung ..." (Anm. IV/118). — R. übersandte am 25. November Entwurf C. Verhandlungen mit dem zögernden Heß waren nach dem ersten, Heß befremdenden Gespräch vom 24. September 1939 (R., Tagebuch, 24. September) erst am 23. November zustandegekommen, nachdem sich Hitler am 1. November (Anm. IV/125) geäußert hatte. Vgl. R. an Heß, 16. November 1939, *398*, wo auf Hitlers Billigung hingewiesen wird.

[127] Bormann an Bouhler, 6. Dezember 1939, *NS 11/7*. Dabei wahrsch. Entw. D. (vgl. Anm. IV/118) versandt.

[128] Bouhler an Hitler, 13. Dezember 1939, *NS 11/7*.

[129] „Aktenvermerk. Betr. Beauftragung Rosenbergs", 8. Dezember 1939, *NS 11/7*. Zu Baeumler: Heiber, Frank, S. 123, 587, 822, 834, insbes. 944.

[130] Referiert in R., Tagebuch, ed. Seraphim, 2. Januar 1940.

[131] R.: „Stellungnahme von Reichsleiter Rosenberg zu den eingesandten Gutachten der beteiligten Reichsdienststellen ...", 9. Januar 1940, *381*. Zur RKF-Betrauung: Buchheim in „Anatomie ...", S. 217 ff. Zum nachfolgenden Grundsatz Hitlers: u. D., Anm. II/94.

[132] Lauterbacher an Lammers, 19. Januar 1941, *381*.

[133] R. Stellungnahme ... Anm. IV/131. Vgl. dagegen die ursprüngliche, u. D., S. 128–129 zu Anm. IV/118 angeführte Forderung R.'s von Anfang Oktober 1939.

[134] Ley an Lammers, 22. Januar 1940, *348*, auf R. an Ley, 21. Januar 1940, ebd. — Goebbels an Lammers, 21. Februar 1940, *343*. — Frick an R., 27. Februar 1940, *396*.

[135] Aktennotiz des Staatssekretärs v. Weizsäcker, 9. Februar 1940, gedr.: R., Tagebuch (ed. Seraphim), Anhang Nr. 7; die diskutierte Fassung F (Anm. IV/118) war nochmals abgeschwächt worden (vgl. C). Wie wenig Goebbels, Frick und Ley glaubten, durch den Widerspruch Kerrls und des Ausw. Amts wäre die Sache entschieden, zeigen die Anm. IV/134 genannten Schreiben. — Zu Kerrl: „Stellungnahme von ... Rosenberg" (Anm. IV/131) auch zu einem jetzt bei Broszat, Staat Hitlers, S. 298, zitierten Protestschreiben Kerrls; vgl. ferner den Anm. IV/64 erwähnten Erlaß-Entwurf Kerrls über Religionsfreiheit und dazu die verworrene Stellungnahme R.'s an Heß, 4. März 1940, *285*.

[136] „Stellungnahme von ... Rosenberg" (Anm. IV/131); der Brief Himmlers (vom 12. Dezember 1939) konnte nicht ermittelt werden. H. soll aber „gänzlich unmotiviert einen Ausfall" auf die „Mitarbeiter" R.'s unternommen und ihnen vorgeworfen haben, daß sie sich „in die inneren Angelegenheiten von wissenschaftlicher Forschung und Lehre hineinmischen". Die Antwort R.'s wurde von Kater, Ahnenerbe, S. 163/446 A. 2, bereits zitiert. Der Vorwurf galt der Tätigkeit auf vorgeschichtl. Gebiet. Vgl. u. D., S. 178 bis 185, 221–228; dazu Anm. V/103.

[137] R., Tagebuch, 7. Februar 1940, ed. Seraphim, bezogen auf 29. Januar 1940. Daß Kerrls

Votum den Ausschlag zur Ablehnung gegeben habe (vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 300) erscheint auch aus Gründen des Datums unwahrscheinlich. Vgl. ähnlich Berghahn, S. 23.

[138] R., Tagebuch, ed. Kempner, 25. April 1936. — R. scheint die Ehrlichkeit der Begründung Hitlers nicht bezweifelt zu haben, denn er überschätzte seine eigene Stärke stets und tat dies in grotesker Weise auch nach der Niederlage. Am 6. März 1940 schrieb er an Lammers, daß „die Schwierigkeiten" nicht „in dem Entwurf selber" lägen, sondern daß der Führer „zwei akute außenpolitische Momente" angeführt habe, als er die Unterzeichnung verschob. Die These wurde ständig wiederholt: R. an Goebbels, 4. Juni 1940, *343*; R. an Ley, 4. Februar 1941, *348*; R., Letzte Aufzeichnungen, S. 330. — R. verkannte die taktisch bedingten Schein-Zustimmungen mancher Ressorts und meinte, die Diskussion habe „zu einer Zustimmung durch alle Beteiligten geführt (mit Ausnahme des Reichskirchenministers)". So R. an Heß, 17. September 1940, *285*.

[139] Führererlaß (ohne Gebrauch dieser Bezeichnung und ohne Überschrift) gedr. R., Tagebuch, ed. Seraphim, Anm. 228 zur Eintragung vom 7. Februar 1940 (betr. den 29. Januar); zum 24. Januar 1934 vgl. u. D., S. 57—59.

[140] Zur HS bisher Rothfeder, S. 340—399. Vgl. Anm. Einl./35.

[141] R. hatte die Möglichkeit, daß er Weisungsrecht erhalten könnte, gleich ausnützen wollen, um einen weiteren Erlaß, diesmal den über die HS, zu erhalten: R. an Heß, 4. Dezember 1939 mit Entwurf dafür („Errichtung der Hohen Schule", *398*). — Über das Gerichtsurteil berichtet Heiber, Frank, S. 1041 f. und 1958. Heibers verständliche Vermutung, daß R. den Erlaß inzwischen „ausgehandelt" hätte, bestätigte sich nicht: Es handelte sich wieder einmal um eine durch Zufälle zustandegekommene ad-hoc-Entscheidung Hitlers.

[142] Vgl. S. 110 mit Anm. IV/33.

[143] Biogr. Material Stellrecht im *BDC*; weitere Quellen: R. an Heß, 16. Dezember 1940, *263*. — Ernennung zum Leiter des Amtes Lehrpl.: AO R.'s, 31. Januar 1941, *250*; Ernennung zum Stableiter offiziell am 16. September 1941, *120*. Vgl. IMG 14, 509 f., 520; 18, 475; 33, 64 ff. = 3755-PS. Stellrechts Schrift „Neue Erziehung" (Berlin 1942) folgt dem kollektivistischen Leitbild, daß der einzelne nichts, sein „Dienst" an der „Gemeinschaft" dagegen alles sei.

[144] R. an Bormann, 15. August 1941, *137*.

[145] Stellrecht: „Vorschlag für die Tagung der Arbeitsgemeinschaft zur Schulung der gesamten Bewegung" am 4. Februar 1941, 31. Januar 1941, *120*. Das Gremium (s. S. 150 f., 210) war seit Kriegsbeginn nicht zusammengetreten.

[146] Verz. d. Reichsthemen: R. an Bormann, 15. August 1944, *405*; Angabe der ungedruckten bzw. nicht im Verlagswesen ersch. Serien in: Bormann an R., 3. September 1943, *305*; vgl. dazu im Verz. der gedr. Quellen, Abschn. b: „Rednerdienst ...", „Schriftenreihe ...", „Weltanschauliche Feierstunden ..." und „Gestaltung der Lebensfeiern ...". — Auflagenzahlen: „Besprechungsunterlage für den Reichsleiter", 14. August 1944, *405*. — „Reichslehrgemeinschaft: Mitgliederliste (vorläufig)", Nr. 1, 14. Dezember 1942, *NS 8/4*. Die Liste ist weder der Zusammensetzung noch der darin genannten Zahl von 250 Angehörigen nach zuverlässig. In Rosenbergs „Aktennotiz über die Unterredung mit Oberbefehlsleiter Friedrichs am 28. 8. 44", dat. vom 28. September 1944, *405*, werden nur „150 nationalsozialistische Gelehrte" genannt. Vgl. Rothfeder, S. 313—315.

[146a] Als R. zu seinem 50. Geburtstag eine Dotation von 100 000 RM (IMG 13, S. 160) erhielt, prophezeite ihm Hitler, die ihm „übertragene neue große Aufgabe" (gemeint: Ost-Ministerium) werde seinen „Namen für immer mit der Schaffung des großgermanischen Reiches verbinden". Hitler an R., 11. Januar 1943, Ausfert., *Centre LXII-9*. Das Schriftstück ist eines der wenigen, die mit eigenhändiger Unterschrift Hitlers in den deutschen Akten überliefert sind.

[147] Beschwerde Stangs über Übergehung bei der Berufung Stellrechts zum Stabsleiter und offene Feindseligkeit gegenüber Stellrecht in: Stang an R., 7. Oktober 1941, *137* (vgl. Anm. III/77 und IV/35); erregter Schriftwechsel Stang/Stellrecht 3./5. Mai 1943 und zahlr. andere Briefe ähnl. Art, *111*. — Hagemeyer an R., 4. Juli 1944, *125*; vgl. Anm. IV/99.

[148] Vgl. S. 110 mit Anm. IV/33. Befugnisse Leys: Anm. II/167a und S. 67 mit Anm. III/33 bis 34.

[149] R. an Ley, 19. Februar 1942, *348*.

[150] Ley an R., 7. Mai 1942, *353*.

[151] Stellrecht, „Besprechung mit ... Dr. Ley am 25. Juni 1942 ... zusammen mit Stabsleiter Simon und Hauptschulungsleiter Bruhn", 25. Juni 1942, *114*.

[152] Heinrich Bruhn, geb. 1905 in Flensburg, Zeichenlehrer, am 1. Oktober 1935 aus dem Staatsdienst wegen Übergangs in den Parteidienst beurlaubt; tätig in Vogelsang und Crössinsee; in C. danach Kriegsdienst. Das Rückberufungsschreiben Leys erreichte ihn am 31. Dezember 1941; Dienstantritt (nach vorher. Besuch zus. m. Ley bei R., Anfang Februar) am 12. Februar 1942: Bruhn an GL Hildebrandt, 31. März 1942, *BDC*, Bruhn. Zu Schmidt vgl. S. 124 mit Anm. IV/102.

[153] Ley an R., 7. Mai 1942 (Anm. IV/150, daraus 1. Zitatgruppe); R. an Ley, 22. Mai und 7. Juli, Ley an R., 13. Juli; R. an Ley, 17. Juli und 12. August 1942; alles *353*; aus zuletzt genannten Brief 2. Zitat.

[154] Ley an R., 1. August 1942, R. an Ley, 12. August 1942, *353*.

[155] R. und Ley: „Abgrenzung der Zuständigkeiten ...", 15. Oktober 1942, Ausfert. eines „Vorschlages" von diesem Tage in *250*, dann als Anordnung gedr. in „Verfügungen, Anordnungen, Mitteilungen", Jg. 1942, I, S. 480–483. — Rothfeder nennt S. 186 und 312–313 widerspruchsvoll zwei versch. Schriftstücke. Er datiert den Beginn der Schulungsarbeit der DRbg. irrtümlich erst auf die Zeit nach Abschluß des Abkommens und gibt an, daß dieses die Probleme gelöst habe.

[156] Bericht über die Tagung der RAG und der GSL vom 15.–17. Dezember 1942 (in MuFbl I, 1943, T. I, S. 3, in *114*). — Aus der Korr. Ley/R. 31. Oktober/3. November 1942, *353*, geht hervor, daß R. ursprünglich den 17.–19. November 1942 als Termin verlangt hatte. Bruhn hatte offensichtlich Anweisung, die Leistungen des HSA vor den anderen Funktionären hervorzuheben und erklärte, Leys Amt habe in den ersten neun Monaten d. J. 1942 6 Millionen Menschen durch die Schulung „erfaßt" (von Rothfeder S. 190 irrtümlich für eine Leistung gehalten, die *die DRbg.* in Anspruch genommen habe). R. hatte Ley am 27. November 1942, *353*, in einem von Stellrecht aufgesetzten Schreiben vorgeworfen, „daß seit Jahren von Seiten des Hauptschulungsamtes nichts Wesentliches geschehen" sei und R. (vor Bruhns Amtsantritt?) die Initiative habe ergreifen müssen. Ley erwiderte am 18. Dezember 1942, *353*, diesen Vorwurf habe Stellrecht schon zuvor mündlich „in geradezu unverschämter Weise" erhoben (gemeint ist wohl die Unterredung am 25. Juni 1942, vgl. Anm. IV/151).

[157] Die Mitt. der DRbg. an die GSL war bereits am 10. Oktober 1942 hinausgegangen und trotz des Abkommens vom 15. Oktober nicht zurückgezogen worden (Ley an R., 7. November 1942, *353*). Nach dem darauf folgenden, erregten Briefwechsel (Anm. IV/156) antwortete R. auf L.'s Brief vom 18. Dezember nicht mehr, da Frau Ley starb (Beileidstelegramm vom 4. Januar 1943 in *353*, dort auch nicht abges. Briefentw.) — Bormann gab R. am 5. Februar 1943 unrecht; *305*.

[158] [Stellrecht]: „Zur Besprechung [Rosenbergs] mit Reichsleiter Bormann, 20. Mai 1943" (Notizbl. mit handschr. Ergänzungen, *305*). Zu dieser Bespr. vgl. S. 144 mit Anm. IV/179.

[159] R. an Bormann, „Betr. Ihre Schreiben vom 23. Juni und 1. Juli 1943" (Entw. o. Dat. in *305*, mit aufschlußr. Einzelheiten). — Die Periode Juli 1943 bis Juni 1944 ist nicht dokumentiert *(348, 359, 305)*. Alte Streitpunkte: R. an Ley, 27. Juli, Ley an R., 31. August, R. an Ley, 20. Oktober, Ley an R. 28. November 1944, *353*. — Ohne Konsultation R.'s kam der Versuch Leys zustande, durch die Totalisierungsmaßnahmen, die doch der Vereinfachung dienen sollten, im Gegenteil neue Vollmachten für sich zu sichern (AO des ROL 24/44 vom 4. September 1944, *352*).

[160] R. an Bormann, 15. August 1944, *405*. Vgl. die erste Darstellung der Wehrmachtsschulung bei Rothfeder, S. 310–324.

[161] R. an Bormann, 1. April 1943, FS, *305*. — Fritz Sotke, geb. 1902, von Beruf Dipl.-Handelslehrer, 1935 Direktor einer Handelsschule, ab 5. September 1938 in DRbg., ab 1. Mai 1943 von der Front beurlaubt; *BDC*. „Auf hebt unsre Fahnen": Gamm, S. 44, vgl. mit: Der Parteitag der Arbeit ... 1937, S. 255. — „Wilde Gesellen": Unser fröhlicher Gesell. Ein Liederbuch für alle Tage. Wolfenbüttel und Zürich, 1964, S. 197.

[162] Zitat nach „Die weltanschaulich-politische Schulung in der Wehrmacht" (Notizblatt R.'s zur Vorbreitung der Hitler-R.-Unterredung vom 16./17. November 1943). — Zahlenangabe „2000" nach: R. an alle Mitglieder der RLG, 29. Dezember 1943, *114*; dazu

weitere Angaben aus: R. an Bormann, 15. August 1944, *405*. — Der „Wehrmachtsschulung" R.'s lag ein R.-Keitel-Abkommen vom 11. November 1940, später auf Wunsch Keitels auf den „Feldherrnhallen"-Gedenktag des 9. November zurückdatiert, zugrunde; *250*. Die Vereinbarung war aus den Verhandlungen zur Erweiterung des Führerauftrages im Winter 1939/40 hervorgegangen; erstes Zeugnis über Gespräche der DRbg. mit Keitel in Urbans Aktennotiz: „Besprechungen mit Göring wegen Abschluß einer Vereinbarung" R.-Keitel, *345*; vgl. dazu S. 129 mit Anm. 118, A. Den Text veröff. jetzt Berghahn (Anm. IV/112), S. 28 f. — R. durfte danach das von seinem Amt erarbeitete „Schulungsmaterial" dem OKW zuschicken, sollte entsprechendes Material des OKW „zur Stellungnahme" erhalten, Lehrgänge für Schulungs-Offiziere „einrichten und abhalten", zu denen aber das OKW die Teilnehmer abkommandieren oder dies verweigern konnte und um „Stellungnahme" bei OKW-Erlassen „rein weltanschaulicher Art" gebeten werden. Das „gesamte weltanschauliche Schrifttum" der Wehrmacht sollte von ihm begutachtet werden, wobei das OKW das Urteil R.'s „als bindend" anerkennen wollte. Auch durfte R. „Grundlisten" für Wehrmachtsbüchereien übersenden. — Keitel hat dieses Abkommen offenbar recht zögernd unterschrieben: mit Datum vom 23. Mai 1940 überreichte ihm Friedrichs (StdF) den dann später im wesentlichen akzeptierten Entwurf (*285*, Korr. auch in *345*), aber bis zum 11. November 1940 brauchte Keitel, um sich zur Unterschrift zu entschließen. Von Berghahn stammen die interessanten Nachweise über die Opposition, auf die das Abkommen danach beim OKH stieß, wobei keineswegs nur Kompetenz-Konflikte entscheidend waren. R. berichtete über die Widerstände aus seiner Sicht (u. D., S. 140 zu Anm. IV/160), und so erlangte das Abkommen bis April 1943 keinerlei praktische Bedeutung. Vgl. bisher Rothfeder, S. 124 und 311.

163 Sotke: „Aktennotiz für den Reichsleiter", 19. August 1943, *114*, ders., „Aktennotiz für ... Koeppen", 12. Oktober 1944, *118*.

164 Ley an R., 21. Januar 1941, *348*; R. an Ley, 4. Februar 1941, *348*.

165 Vgl. Besson, S. 76–116, nach wie vor die grundlegende Dokumentation. — Dazu Weinberg, S. 443–446, mit Mitt. der entscheidenden Hitler-Unterr. mit General Reinecke. Das Verdienst der Erschließung des im folg. benutzten Materials gebührt wiederum Rothfeder, S. 316–324. Ihm gegenüber müssen wir betonen, daß Rosenberg selbst den Anlaß zur eigenen Niederlage schuf und daß Bormann die Vorgänge ebenso wie die Kriegseinschränkungen keineswegs benutzte, „to undermine" R.'s „position" (S. 316), denn Bormann war sachlich im Recht, die DRbg. überflüssig und nicht zur Schaffung des NSFO in der Lage. Frühere Pläne: Besson, S. 94.

166 Der Empfang galt im wesentlichen Ost-Fragen (Dallin, S. 207). — Zitate: „Meldung an den Führer", 26. November 1943, *321*; dazu R. an Bormann, 26. November 1943, *305*; am gleichen Tage auch R. an Keitel mit Übersendung eines unklaren Entwurfs für einen Führerbefehl, *NS 8/5*, der vorerst wenig mehr vorsah als „eine weitere Durchführung des Abkommens" vom 11. November 1940; vgl. Anm. IV/162.

167 R. an Bormann, 8. Dezember 1943, *305*; zur Wehrmachts-Propaganda vgl. Boelcke, S. 127–130.

168 Die Tätigkeit des NSFO lief in den ernsten Fällen auf Spitzeldienste und Einschüchterung der Kommandeure hinaus; infolge einer unklaren Konzeption konnten die NSFO aber in der Regel wohl nur Schulungs-Reden halten, da sie dem jeweiligen Kommandeur unterstellt waren. Die bruchstückhaft erhaltenen letzten Pkz-Vermerke vom 30. Dezember 1943 und 4. April 1945 (Besson, S. 101 f., 116) deuten auf Auseinandersetzungen mit dem Ziel, der Pkz größere Rechte im Heer zu verleihen, wobei die Pkz den Mut zur Forderung nach dem direkten Oberbefehl wohl doch nicht hatte. Vgl. bes. das Verlangen Bessons, S. 83, die Auswirkungen des NSFO-Befehls noch zu untersuchen. Leider haben wir dafür in den Akten DRbg. keine Unterlagen gefunden. Vgl. aber Anm. IV/176.

169 Ruder (Pkz) in einer Rede vor Reichs- und Gauleitern (Besson, S. 105). Der Begriff der „Fanatisierung" wurde in den Akten ständig wiederholt (Besson, S. 90, 96, 99, 100, 106, 112).

170 Bormann an R., 30. November 1943, *305*. B. hatte die „Meldung" Hitler noch gar nicht vorgelegt (vgl. Anm. IV/166) und fragte zu R.'s Entsetzen an, ob er sie „nach diesen Erläuterungen" noch unterbreiten sollte.

171 Zitat: R. an Bormann, 8. Dezember 1943, *305*. Hier wie in den folgenden langen Briefen

ständiges Berufen R.'s auf seinen Auftrag vom 24. Januar 1934 (oben S. 54–60) sowie auf den angebl. „Führerbefehl", den er am 16./17. November 1943 (Anm. IV/166) erhalten haben wollte. Dazu Zeugnisse verworrenen Denkens bei Rosenberg: Bormann an R., 29. Dezember 1943, *305*; Bormann an R., 2. Januar 1944 (übersendet den bis dahin mindestens in der DRbg. noch nicht vorliegenden, möglicherweise überhaupt erst jetzt den Parteistellen unterbreiteten NSFO-Befehl Hitlers vom 23. Dezember 1943, gedr. bei Besson, S. 94, Abschr. in *405*); Bormann an R., 22. Januar 1944; Bormann an R., 23. Januar auf nicht erm. Schreiben R.'s an Bormann, 21. Januar 1944; R. an Bormann, 28. Januar 1944 (Entw., „geht nicht heraus"); R. an Bormann, 10. Februar 1944; Bormann an R., 24. Februar 1944; R. an Bormann, 10. März 1944 (Entw., nicht herausgeg.), *405*.

172 Vgl. die Klagen der Pkz-Mitarbeiter (Besson, S. 101 f.).

173 Schwarz an R., 8. April 1944, *349*; kein Papier von der Wehrmacht (!) und der Pkz: darüber rückblickende Erwähnung in einer Aufzeichnung Koeppens (Paraphe), überschrieben: „Grundsätzliche Besprechungspunkte mit ... Bormann über die Konzentration der Kräfte", 7. September 1944, *405*.

174 Der letzte Satz geht selbstverständlich auf den Irrtum eines Außenstehenden über die Zuständigkeitsverhältnisse innerhalb der NSDAP zurück. Nur bei dem betr. Lehrgang war offenbar kein Redner der RPL aufgetreten. — Inhalt der Schulung: S. 57 und Anm. II/166, III/173, IV/176.

175 Pkz (Stosch) übersendet Abschr. an DRbg. (Sotke), 29. November 1943, *305*.

176 Vgl. den vernichtenden Bericht des ehem. Gauleiters Wahl über die Sonthofener NSFO-Tagung vom Sommer 1944 (Anm. II/166).

177 Vgl. S. 34, 48, 90–91, 125–126, 130–132, 242–247, Anm. IV/162. Daß Heß zu schwach war, sich gegenüber anderen Dienststellen durchzusetzen und daß R.'s Forderungen vielfach auch an sachlicher Abwegigkeit scheiterten (S. 141–142, 163–167, 181–183, 223 bis 224), läßt den Opportunismus vielfach weniger stark hervortreten; in Entscheidungsprozessen, in denen es um Prinzipien ging, ist der Improvisationscharakter aber gleichfalls erkennbar.

178 Bormann an R., 30. November 1943 (Anm. IV/170); vgl. Praxis: S. 140–141. Zu Bormanns Bedauern vgl. S. 246 mit Anm. VI/33.

179 „Erlaß des Führers ...", 13. Januar 1943, FS; Bormann an R., 2 FS 11.45 und 17.40 Uhr, alles in *305*; R. an Bormann, 30. Januar 1943 (Ausfert. für FS und Entwürfe mit interessanten handschr. Korrekturen R.'s in *305*; Druck der Endfassung auszugsweise bei Wulf, Denker, S. 149); Bormann an R., 2. Februar 1943, *305*; DRbg., Zentralamt, an Pkz, Friedrichs, über bereits zu Kriegsbeginn praktisch vollzog. Stillegung des APA, 9. Februar 1943, *305*; R. an Bormann, 17. Februar, 19. Februar 1943, *305*, R. an Bormann, 26. Mai 1943, *405*, mit Wiederholung des Inhalts der Unterredung vom 19./20. Mai: „Ich führte aus, daß alle staatlichen Stellen in vollem Umfange ihre Tätigkeit weiterführen, daß eine Überprüfung der wissenschaftlichen und Universitätsentwicklungen durchaus notwendig sei, da gewisse Kreise versuchen würden, bei Überbeanspruchung der Partei eine reaktionäre Politik zu führen." Auch die HS solle „in der beschränkten Form ihre Tätigkeit" fortführen. — Bormann geht in seiner Antwort vom 29. Mai 1943, *405*, auf den Punkt nicht ein, läßt alles jetzt und in der Zeit bis Juli 1944 auf sich beruhen, und befaßt sich nur mit dem ERR (vgl. Anm. IV/205). — Zur Unterredung 19./20. Mai 1943 vgl. Dallin, S. 170f. Zur Spannung zu den Staats-Dienststellen vgl. S. 42–43, 228–236 sowie Anm. II/168. Geschlossen wurden die Hauptämter, die für die Führung des NSLB und des RDB zuständig waren (Aktennotiz eines RDB-Amtsleiters vom 26. Januar 1943 in *NS 26/1411*); die wahren Motive dabei waren, daß diese Bünde u. a. von Ley angefeindet wurden (vgl. Anm. II/167a). — Die ursprüngl. angeordnete Stillegung des NSDD (Reichsdozentenführer Schultze an R., 1. Februar 1943, *345*) unterblieb (Reichsverfügungsbl. A, 26. Juli 1943).

180 R. an Bormann, 7. August 1944, *405* (Ausf. für FS, daraus das erste Zitat); Bormann an R., 9. August 1944, FS, *405*; Bormann an R., 2. Februar 1943 (Anm. IV/179, daraus das zweite Zitat). — Die Argumente vom Frühjahr 1943 wurden 1944 fast unverändert weiterverwendet. — Zur Schließungs-Darstellung bei Rothfeder, S. 323–326, vgl. oben Anm. IV/165. Zahlr. Material noch in *405*. Vgl. Heiber, Goebbels, S. 316ff.

181 „Flut ...": Utikal (DRbg.), „Besprechungsbericht über die Konzentration der Kräfte

der Dienststelle Rosenberg am 10. 8. 1944 in der Parteikanzlei", *136*. — „Unverschämtheit . . .": „Grundsätzliche Besprechungspunkte . . .", 7. September 1944 (Anm. IV/173).

182 R. an Bormann, 15. August 1944 („70 %"); Bormann an R., 16. September 1944, *405*.

182a R. an Bormann, 15. August 1944, *405*.

182b Bormann an R., 1. September 1944, *405*.

183 AO R.'s, November 1944, *250*. Leiter an Stelle des versagenden Hagemeyer (vgl. S. 122 bis 123, 136) wurde Härtle vom HA Wissenschaft (vgl. Anm. II/3).

184 Vgl. Anm. I/59. — Angesichts der vorhandenen Literatur über den ERR kann sich der vorliegende kurze Beitrag auf die bisher fehlende Darstellung von Entstehung und Konkurrenz der verschiedenen Beschlagnahmungs-Unternehmungen und der Position des ERR innerhalb der innerparteilichen Bündnissysteme beschränken. Da es sich um eine Struktur-Untersuchung handelt, wurden die einzelnen „Sicherstellungs"-Aktionen und die Praktiken der verschiedenen Sonderstäbe des ERR nicht behandelt (umfangreiches Aktenmaterial im BA). Vgl. bisher: Treue, Kunstraub; dem gleichen Autor verdankt man auch die Veröffentlichung des bislang wohl aufschlußreichsten Dokuments u. d. Tit. „Zum nationalsozialistischen Kunstraub in Frankreich". Es handelt sich um einen Bericht Walter Bargatzkys, des letzten Leiters der „Gruppe Justiz" beim Militärbefehlshaber Frankreich, verfaßt Ende 1944, in VJZG 13 (1965), S. 285–337. Vgl. zuvor schon Brenner, S. 142–161, 267–271, und Dokumente D 75–96, ebenda. — Außerdem: Rothfeder, S. 358–362 und u. D., S. 230, über die Tätigkeit des „Sonderstabes Vorgeschichte".

185 Zwischenber. o. Dat., unterzeichnet vom ERR-Mitarbeiter Tost, *NO-5339*.

186 Ber. d. damaligen Leiters des „Sonderstabes Bildende Kunst", Robert Scholz (Anm. II/3), *1015b-PS*, gedr. IMG 26 und Brenner, S. 151–152. Dazu Vernehmung Scholz' am 20. Mai 1946, *Ro-41*, gedr. IMG 41, 205–211. Die Schutzbehauptungen R.'s und anderer nach 1945 (IMG 18, S. 113–118) mit dem Anspruch, Bergung statt Raub getrieben zu haben, sind schon durch die Opposition der genannten Offiziere widerlegt. R. wurde schon 1940 auf das Unrecht, das er tun wollte, ausdrücklich hingewiesen. S. Text zu Anm. IV/193–IV/207.

187 *NO-5339* (vgl. Anm. IV/185).

188 Brenner, S. 143.

189 Ebenda, S. 154–161.

190 Kater, Ahnenerbe, S. 135 ff./423 A. 10 und Brenner, S. 136 ff. Vgl. dazu Posse: „Bericht über die . . . Reise nach Krakau und Warschau . . .", o. Dat., etwa Anfang 1940 (gedr. Wulf, Künste, S. 429 f.).

191 Kater, Ahnenerbe, S. 135–136/424–425, insbes. Anm. 22.

192 OKW, Keitel an MilBfh. Paris, 30. Juni 1940, gedr. Brenner, S. 218; dazu Brenner, S. 144, und Treue-Bargatzky, S. 298 Anm. 9.

193 Ausführl. dazu Treue-Bargatzky, S. 293–294 und 324–326.

194 Abetz an MilBfh. Paris, 1. Juli 1940, gedr. Brenner, S. 219, vgl. 114 f.

195 Treue-Bargatzky, S. 295–299 (Zitat S. 299); Brenner, S. 144–146 (Dat. vom 28. Oktober 1940 irrtümlich angegeben).

196 R. an Bormann, 1. Juli 1940, *065-PS*, IfZ. Dazu Heiber, Der „Fall Grünspan", S. 134 ff.; Graml, Der 9. November 1938.

197 Keitel an Oberbefehlshaber d. Heeres . . ., 5. Juli 1940, *1015-PS*, gedr. Treue-Bargatzky, S. 302 und IMG 25, 231. — Der Anlaß für R. war also zufällig, wie auch Rothfeder, S. 358, mit Recht hervorhebt. — Zu Ebert (Verwicklung in Korruptionsskandal): Dokumente in *Centre CXLIV-382* sowie APA-Dokumente des IfZ aus dem Centre. Ebert war Leiter des ERR vom 6. September 1940 bis 4. April 1941; sein Nachfolger wurde Gerhard Utikal (AO R.'s vom 6. September 1940, in *250*, und R.'s „Auftrag" an U. vom 4. April 1941 in *EAP 250-d-18-15/11*). Es gab 8 regional gegliederte „Haupteinsatzgruppen" und 4 fachliche „Sonderstäbe", welche den Leitern der entspr. Abteilungen der DRbg. (u. D., S. 68) unterstellt waren. Musik: Gerigk; Bild. Kunst: Robert Scholz; Vorgeschichte: Hans Reinerth; Kirchen: Deindl; *180-PS*; verzeichnet Brenner, S. 240 f.

198 Bargatzky-Treue, S. 303–305; dazu Brenner, S. 146. — Die bislang noch nicht nachgewiesene Ermächtigung für Goebbels findet sich u. a. in: Lammers „An die Herren Reichsminister", 13. August 1940, als Insert enthalten in einem Rundschreiben Bormanns vom 27. August 1940, dieses wiederum enthalten in einem „Rundschreiben Nr. 7/40" des

Zentralamtes der DRbg. (vgl. Anm. II/36) vom 31. August 1940, *EAP 250-d-18-05/11*. Metternichs Erfolg: Brenner, S. 150.

199 R. an Best, 5. September 1940; Treue-Bargatzky, S. 305; Ersterwähnung: Brenner, S. 147.

200 Bargatzky-Treue, S. 303; das folgende nach S. 303–307, ebenda.

201 R., Tagebuch, ed. Seraphim, 16. September 1940 und Aktennotiz R.'s vom gleichen Tage, ebenda, Anhang, Dok. Nr. 12 = *013-PS*; Keitel an OKH, 17. September 1940, gedr. u. a.: Treue-Bargatzky, S. 306.

202 Treue-Bargatzky, S. 312.

203 Befehl Görings vom 5. November 1940, gedr. Treue-Bargatzky, S. 312–314.

204 Dr. Bunjes (Beauftragter Görings) an R., 14. November 1940; Göring an R., 21. November 1940 (gedr. Treue-Bargatzky, S. 313–315). — „Führererlaß. Geheim", 1. Mai 1942 (IMG 25, S. 235, und Treue-Bargatzky, S. 333 ff.); Lammers: „An die Obersten Reichsbehörden", 5. Juli 1942 (ebenda).

205 R.'s Versuch wurde weniger aus Gründen des nationalsozialistischen „Ehrgefühls" als durch das bekannte Schreiben Bormanns ausgelöst, in welchem dieser am 21. April 1943 im angeblichen Auftrage Hitlers die Übergabe der ERR-Bestände an die „Sachbearbeiter des Führers" (Prof. Voß und andere) verlangte (gedr. Brenner, S. 232). R. sah seine Kompetenzen bedroht, protestierte am 4. Mai schriftlich (R. an Bormann, *Arch. Schum. 211*) und meinte, nach seiner Unterredung mit B. im FHQ am 19./20. Mai (u. D., S. 144) wäre die „Angelegenheit ... erledigt" (R. an Bormann, 26. Mai 1943, vgl. Anm. IV/179). Bormann antwortete, diese Auffassung sei „nicht richtig". Er zog sich aber aus der Affaire: „Der Führer muß vielmehr bei nächster Gelegenheit von Ihnen noch einmal entsprechend befragt werden." (Bormann an R., 29. Mai 1943, Anm. IV/179.) — Von einem Kompetenzverlust war also vorerst nichts zu spüren. R. war aber noch besorgt und schrieb einen entlarvenden Brief an Göring (3. Juni 1943, *345*): „Soviel ich feststellen konnte, ist für den Wunsch des Führers, die vom Einsatzstab sichergestellten Kunstwerke in die Hände seiner Beauftragten zu übergeben, die Frage der Überleitung eines wesentlichen Teils der erfaßten Kunstwerke in Ihre Sammlungen entscheidend gewesen ..." Antw. Görings nicht ermittelt. Göring bot damals oder erst 1944 eine Bezahlung an; R. und Schwarz waren aber der Ansicht, ein Kauf sei ohne Genehmigung Hitlers unmöglich, da die Beschlagnahmen „im Interesse des Reiches" vorgenommen worden seien. (Zitat aus: R. an Schwarz, 28. August 1944, *321-PS*, vgl. Schwarz an R., 7. September 1944, *349*.) Zeugnisse über weitere Auseinandersetzungen zu diesem Korruptions-Problem wurden nicht ermittelt.

206 Brenner, S. 160 f.; Kloster Banz: u. D., S. 12 und Anm. Einl./9.

FÜNFTES KAPITEL

1 Vgl. oben S. 16; zur Darstellung bei Rothfeder, S. 229–234 vgl. u. D., S. 15. Der Briefwechsel Rosenbergs mit Rust, *341*, wurde von Rothfeder nicht benutzt. — Die Tätigkeit des NSDAP-Reichsamts- (bzw. Oberbereichs-) Leiters Prof. Reinerth wurde bisher außer bei Rothfeder behandelt: Kater, S. 92–96/382–386, 158–169/443–451, 246–252/525 bis 528 und anderen Stellen; Heiber, Frank, S. 245–256 und anderen Stellen; Rieth, Vorzeit gefälscht, S. 117–124. Auf die Erörterung des von Rieth dargestellten Vorgangs hat Verf. verzichtet (dazu Akten in *AE 32* und *BDC AE Reinerth*).

2 Neues Tübinger Tagblatt, 18. Mai 1933 (Sonderdr. mit handschr. Zusatz Reinerths in *328*), weitergegeben mit dem zitierten Rundschreiben „an den Beirat und die Leiter der Arbeitskreise der Fachgruppe Vorgeschichte im KfdK", 22. Mai 1933; *328* und *Tüb.* Reinerth identifizierte sich darin mit dem Artikel: Er sei „kein Autoreferat" [sic], zeige aber „klar, was der Hörer als wichtig notierte und in welcher Richtung die folgenden Vorträge noch klarer herauszuarbeiten" seien. — Hans *Reinerth*, geb. 1900, Doz. Tübingen 1925, oPUniv. Berlin 1934–1945 (Berufungsvorgang: S. 167 und Anm. V/48). — Wilhelm *Unverzagt*, geb. 1892, 1926 Dir. d. Staatl. Museums f. Vor- und Frühgesch. Berlin, 1932 HonP Univ. Berlin; 1953 Dir. Inst. Vor- und Frühgesch. d. Dt. Akad. Wiss. Berlin. — Herbert *Kühn*, geb. 1885, PDoz. Univ. Köln 1923, aoP 1930 ebenda, während der NS-Zeit nicht im Amt (GK 1940/41 ohne Lehrstuhlvermerk), oP Mainz 1946,

emer. 1959. — Vgl. die öffentliche Diffamierung und Gefährdung Kühns wegen „nichtarischer Versippung" durch DRbg. in NSM, Jg. 1936, S. 1058. — Die Tübinger Kundgebung wurde von Joachim *Benecke* eröffnet, einem Schüler Reinerths und spät. Funktionär der DRbg., vgl. S. 191, 204, 210, Anm. V/138 sowie seine Diss., 1942. — B. ist zwischen 1942 und 1945 gefallen (Gefallenenliste der DRbg. vom 19. Januar 1945, *126*). — Zum Begriff der sog. „Nichtfachleute" vgl. die Richtigstellung bei Eggers, S. 222, 224, 234 f. — Alle Angaben über Gelehrten-Laufbahnen, soweit nicht anders vermerkt, nach Kürschners Deutschem Gelehrtenkalender (GK), Jahrgänge 1926–1966.

[3] Reinerth, „Deutsche Vorgeschichte und ihre Pflege im nationalsozialistischen Staat", in: Deutsches Bildungswesen (Zs. des NSLB), Jg. 1933, Juni, Zitat S. 49.

[4] Reinerth, „Vorgeschichte", in: Württembergische Hochschulzeitung, hrsg. vom NSDStB Tübingen, 1. Mai 1933.

[5] Eggers, S. 211–231, 275. Eggers' Arbeit war für die vorliegende Untersuchung von hervorragendem Wert. Daß nicht Kossinna zum Alleinschuldigen gestempelt werden könne, betonte auch sein Kritiker Ernst Wahle in zwei Vorträgen „Nationalsozialismus und Vorgeschichtsforschung" (ungedr., Studium Generale Univ. Heidelberg, 26. Januar/2. Februar 1966).

[6] Weickert, Das Deutsche Archäologische Institut. — Behn: Theodor Wiegand, in: Behn, Ausgrabungen, S. 114–119. — Watzinger, Wiegand.

[7] Krämer, Gerhard Bersu zum Gedächtnis (1889–1964). — Über den politischen Hintergrund der Gründung des Internat. Prähistoriker-Kongresses berichtet der damalige zweite Direktor der RGK, Hans Zeiß (dazu S. 159) in einem allerdings wohl überpointierten, weil zum Schutze Bersus bestimmten Schreiben an R. vom 20. März 1933, *328*, die Gründung habe eine Spitze gegen die französische Dominanz in der internationalen archäologischen Forschung gehabt. Angesichts der guten Beziehungen Bersus zu französischen Kollegen ist dies unwahrscheinlich (Mitt. Prof. Dehn, Marburg, an Verf., 23. Februar 1969).

[8] Carl Schuchhardt, Die Entstehungsgeschichte der Römisch-Germanischen Kommission ... Mit einem Geleitw. von Th. Wiegand. Als Manuskript gedr. — Syke (Bez. Bremen): Petzold-Druck 1934. Zur Entstehungsgeschichte dieses Privatdrucks s. S. 158 mit Anm. V/13. Er enthält ferner bibliograph. Angaben über die Serien der RGK.

[9] Ebenda, S. 8 (in der Paraphrasierung durch Schuchhardt).

[10] Eggers, S. 220–222.

[11] Dazu Eggers, S. 199 ff., 211–231, 275. Die Diskussion um einen Aufsatz Ernst Wahles (Zur ethnischen Deutung frühgeschichtlicher Kulturprovinzen, SB Heidelberg 1941), der, politisch gesehen, eine mutige Tat war, zeigte, daß man nicht Nationalsozialist sein mußte, um einiges von Kossinnas Methoden zu übernehmen. Wahle hatte diese weitgehend verurteilt. Reinerths Gegner Martin Jahn (vgl. u. D., S. 165, 206, Anm. V/41) entgegnete Wahle im NBlV 1941, S. 73 ff. Peter Goeßler, ebenfalls Antagonist Reinerths, setzte sich noch in der PZ 34/35, Jg. 1949/50, für Kossinna-Erkenntnisse ein. Die These von der relativen Kulturhöhe germanischer Stämme wurde von Karl Jacob-Friesen vertreten (Die Kunde, Jg. 1950, S. 5), der vom Amte Rosenberg ebenfalls diffamiert worden war (u. D., S. 187).

[12] Vgl. S. 158, 170–171, 191–192, 223. Wie schwerlich anders zu erwarten, hatte R. die Frage der ethnischen Deutung auch bis 1945 noch nicht als Problem zur Kenntnis genommen, vgl. R., Letzte Aufzeichnungen, S. 94. Er erkannte lediglich an, daß es gelte, „populäre Vorstellungen" z. B. über „Theatergermanen" zu bekämpfen (wobei ihm entfallen war, daß die von ihm herausgegebenen NSM Abbildungen der inkriminierten Gestalten, diesmal einem Auftritt in einem der Reinerthschen Freilicht-Museen, in Oerlinghausen, entnommen, mit positiver Würdigung abgedruckt hatten: NSM, Jg. 1936, nach S. 656).

[13] Gemeint ist der Anm. V/8 genannte Privatdruck. — Darüber hinaus wurde Reinerth noch gelegentlich ohne Namensnennung kritisiert. Vgl. die äußerst vorsichtigen Ausführungen von Zeiß (s. Lit.-Verz.) sowie die Rede, in der Apffelstaedt, weil durch einen Gauleiter gedeckt, die Pläne der DRbg., aber gleichfalls ohne Nennung Reinerths, zurückweisen konnte (u. D., S. 192 f.). Weitere Kritiken konnte Verf. nicht ermitteln; vermutlich erschienen keine weiteren von Bedeutung, da in den zahlreichen Beschwerden der DRbg.

nichts Entsprechendes erwähnt wird. Der Privatdruck Wiegands und Schuchhardts wurde von R. bei Bormann gemeldet (Anm. V/61a), ein Vorgang, der zeigt, wie gefährlich bereits die zurückhaltendste Kritik ihren Urhebern werden konnte.

[14] Goeßler an Mergenthaler, 9. Mai 1933; *328*. — Goeßler (1872–1956, vgl. Anm. V/11), Vorsteher d. Württ. Landesamtes für Denkmalschutz 1930; HonP Tübingen.

[14a] So formuliert nach dem Rosenberg vorliegenden Tübinger Urteil, in Rosenberg an Rust, 2. März 1936, *341*; dazu S. 170. „Kampfschriften": die oben Anm. V/1–3 genannten Artikel Reinerths.

[15] Mergenthaler an Staatsrat Dr. v. Stauss, Berlin, 10. Januar 1934, V., *Bonn RL*. Über v. Stauss s. HPS 1934, S. 41. Das Schreiben oder ein gleichlautender Bescheid muß auch an Wiegand gegangen sein, welcher daraus zitiert in einem Schreiben an Rust vom 5. Juli 1935 (Abschr. *Bonn RL*). Letzteres wurde (aus dem Nachlaß des Min.-Rats Wilh. Engel) bereits unwidersprochen veröffentlicht von Heiber, Frank, S. 248 ff.

[16] Reinerth, „Entgegnung auf die Vorwürfe der tendenziösen Darstellung in meinen Kampfschriften ... und der herabwürdigenden Behandlung von Fachkollegen", 29. Oktober 1933, *328*. Dort ideologische Auswertung der Schriften von Prähistorikern. Ähnliche Anschuldigungen gegen den „Juden Bersu" (vgl. Anm. V/19), und die „Nichtfachleute". W. Unverzagt, C. Schuchhardt und E. Sprockhoff finden sich in einer Eingabe Reinerths an das RMdI (gegen eine Beschwerde Wiegands über die Agitation), 10. November 1933, *328*. Dem „Berliner Althistoriker und Judenstämmling Eduard Meyer" wurde — ein Beispiel von vielen — als Vergehen ausgelegt, daß er noch 1930 in der Festschr. zum 25jährigen Bestehen der RGK geschrieben hatte, er wolle „auf die viel diskutierte Frage nach der Verbreitung und Urheimat der Germanen" gar nicht eingehen, denn „die Zuversicht, mit der hier Behauptungen aufgestellt werden, steht in der Regel im umgekehrten Verhältnis zu ihrer wissenschaftlichen Haltbarkeit". Das beweise, wie sehr die RGK stets „im Lager der Gegner der nationalen deutschen Vorgeschichte im Sinne Kossinnas" gestanden habe.

[17] Rosenberg an Rust, 2. März 1936, *341*; vgl. S. 170.

[18] Rosenberg an OPG, 8. September 1944, *Centre, CXLV-563*; vgl. S. 234.

[19] Reinerth, „Das Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte", 24. Februar 1933, eigenh. unterz., *328*. — Reinerth, Rundschr. an die Mitglieder der KfdK-Fachgruppe, 6. April 1933, *328*. — Während Reinerth noch am 4. Februar 1932 einen mit „Lieber Herr Bersu! Falls Sie etwas für mich in Berlin tun wollen ..." beginnenden Brief (vgl. Anm. V/25) verfaßt hatte, besorgte er sich schon wenige Monate später ein parteiamtliches Schreiben über die sogenannte jüdische Abstammung Bersus (Kreisleitung Jauer an Gauleitung Schlesien, 26. September 1932), *328*. Rosenberg rechnete das noch 1944 zu Reinerths besonderen Verdiensten (vgl. S. 234 mit Anm. V/328). Das Schreiben legte Reinerth seiner Eingabe an das RMdI vom 10. November 1933 bei (Anm. V/16).

[20] Reinerth an Rosenberg, 28. November 1933, eigenhändig auf offiziellem KfdK-Verbandsbriefbogen, *328*. Es handelte sich um den seit der Jahrhundertwende verfolgten Plan der RGK und des Arch. Instituts auf Einbeziehung der ostdeutschen Forschung (dazu S. 162–166), den Reinerth in dieser Weise charakterisierte. Vgl. Reaktion Rosenbergs: S. 170.

[21] Zeiß an Rosenberg, 20. März 1933 (Anm. V/7).

[22] Wiegand an Rust, 18. November 1934 (Ausfert., mit zahlr. Marginalien und Stempeln des Ministeriums, *DZA*, Ph. i. Bes. d. Verf.). Dazu Reinerth an Wiegand, 17. Januar 1934 (ebenda, Ph. i. Bes. d. Verf.).

[23] Wiegand war zusammen mit Eugen Fischer und Ludwig Bieberbach Initiator einer „Kundgebung deutscher Wissenschaftler" zugunsten Hitlers für die Abstimmung nach dem Tode Hindenburgs (Übersendung des Textes an den Historiker Karl Brandi, 15. August 1934; Nachweis: Heiber, Frank, S. 248). Verf. wurde von Prof. Kutsch (*Z Kutsch*, dazu u. D., S. 177–178, 185–189, 198–199) nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Wiegand „kein Nazi" gewesen sei. Zur Aufklärung des Widerspruchs fehlen dem Verf. die Unterlagen. — Zeiß schrieb am 20. März 1933 über Bersu: „Ich kann aber den jüdischen Einschlag, falls er gegeben ist, nicht als besonders bedeutend ansehen, nachdem meinem Kollegen von einem solchen nie etwas bewußt gewesen ist, und nachdem alles, was ich über seine Familie weiß, zumindest für völlige Eindeutschung des fremden Ein-

schlages spricht" (folgt das zu Anm. V/21 gehörige Zitat). Diese Ausführungen Zeiß' lassen erkennen, daß er zwar einerseits Teile der antisemitischen Ideologien übernahm, andererseits den entscheidenden Gesichtspunkt der wissenschaftlichen Genetik, d. h. die Prozeßhaftigkeit jeglichen Erbgangs sowie seine Dynamisierung durch kulturelle und gesellschaftliche Vorbedingungen (vgl. Anm. I/54), in sein Urteil einbezog, wodurch er sich von den NS-Fanatismen entfernte. Zu seiner Haltung vgl. auch S. 205 f. — Wie Apffelstaedt ist auch Zeiß im Kriege bei dem Versuch gefallen, in einem Freiwilligen-Einsatz Verwundete zu bergen; *BDC*. Vgl. S. 190 f.

[24] Rheinische Blätter der NSKG, Jg. 1936, S. 633. Nach einem Briefe Petersens (dazu u. D., S. 165, 201–209) vom 10. Dezember 1936 (Nachweis Heibers, Frank, S. 251) soll Wiegand von Himmlers Vorgeschichtsberater Langsdorff wegen der „Affäre Bersu" mehrfach gewarnt worden sein. Im Gegensatz zu Heiber hält Verf. dies auf Grund der genannten Beobachtungen für wahrscheinlich.

[25] Reinerth an Kühn, 7. Juni 1929, mit Antw. Kühns, der Reinerth daraufhin bei einem Kollegen für die Nachfolge Schwantes' (Univ. Hamburg) empfahl; V., *Tüb.* (Empfehlungs-Beleg im Akt). — Reinerth an Bersu, 20. Mai 1931, 26. Juni 1931, *Bonn RL*; 4. September 1931 und 4. Februar 1931, *Tüb.* und *Bonn RL, NB 2*, alles V.; 7. Februar, 2. März, 5. März, 4. Mai, 12. Mai, 24. Juni 1932, *Bonn RL*. — Die Echtheit dieser Schreiben an Kühn und Bersu wurden weder von Reinerth noch Rosenberg bestritten. Das OPG (Volkmann) zitierte wörtlich aus Reinerth an Bersu, 4. September 1931, und gab auch den Inhalt des Schreibens vom 2. März 1932 richtig an. (OPG an R., 23. August 1944, Ausfert., *Centre CXLV-563*, dazu S. 234.)

[26] Merhart an Veeck, 17. Juni 1934 (Abschr., *Mainz 1*). Brief auch durch ganz andere Quellen und Provenienzen bezeugt: Wiegand zitiert daraus am 5. Juli 1934 (Anm. V/15). Vgl. Heiber, S. 248 f.

[27] Reinerth, Die Deutsche Vorgeschichte im Dritten Reich, NSM Juli 1932 (H. 27), S. 256 bis 261.

[28] Schweizer Kantonsarchäologe Dr. R. Bosch an Wiegand, 11. November 1934, Abschr., *Bonn RL*. Vor dem zitierten Passus der Satz: „Sollte Herr Dr. Reinerth diesem meinem letzten Appell keine Folge leisten und durch seine Angriffe das Institut gefährden, so ermächtige ich Sie, mich als Zeugen für folgende Tatsachen anzuführen: ..."

[29] Aus einer Übersicht „Stellungnahme des Führers der Berufsvereinigung ..., ... Richthofen, zu dem Briefe Merharts gegen Reinerth" (gemeint ist der Brief vom 17. Januar 1934, vgl. Anm. V/26) geht folgendes hervor: Am 22. Februar 1934 berichtete Richthofen, er werde Reinerth auffordern, sich zu äußern. Am 12. November 1934 „stellte Reinerth ... eine schriftliche Stellungnahme ... in Aussicht. Er habe ‚wegen Arbeitsüberlastung' bisher nicht geantwortet". Drei schriftliche Erinnerungen Richthofens bis 12. Januar 1935, keine Antwort „bis heute, 8. Juli 1935"; *Bonn RL*. Dazu S. 206–209.

[30] Rosenberg an OPG, Buch, 8. September 1944 (Anm. V/18). Vgl. S. 234–235.

[31] NBlV, 1934, S. 30.

[32] Ebenda S. 49 f.; NSK, 24. März 1934.

[33] Ebenda Jg. 1937, S. 316; als Hauptstellenleiter bereits in Rosenbergs Erkl. im VB vom 3. Mai 1936 bezeichnet, wobei aber immer noch von „Abteilung Vorgeschichte" die Rede ist (vgl. u. D., S. 194 mit Anm. V/143). Dazu S. 68–71.

[34] S. 70, ferner Reinerths Erklärung über die Notgemeinschafts-Gelder vom 7. Oktober 1934, u. D., S. 177. Wildhagen-Sturz: u. D., S. 94–96.

[35] Zuständig waren hier die „Ämter" „Wissenschaft" (Min.-Dir. Vahlen, ab 1937 Wacker, dann Mentzel, dazu S. 167, 209, 213 f.) sowie „Volksbildung" (unter den Leitern v. Staa und Hiecke, Referent Dr. Werner Buttler, vgl. S. 204–211).

[36] Vgl. S. 194.

[37] Vgl. Anm. V/19.

[37a] Dazu Reinerth, „Reichsinstitut für Vor- und Frühgeschichte. Eine Übersicht über die Vorgänge zu seiner Gründung 1931–42" (m. Dienstsiegel), überreicht von Reinerth an Koeppen, 6. Juni 1942, *116*. Das Stück erfaßt einen größeren Zeitraum, erscheint deshalb zur bequemen Unterrichtung geeignet und wurde mehrfach verwendet (Kater, S. 168/450 Anm. 14–17 und öfter; Heiber, Frank, S. 250 ff.). Der schon von Kater, S. 527 Anm. 19 erwähnte Gesichtspunkt, daß hier die „Sicht des Amtes Rosenberg" vorherrsche, ist zu

beachten: die Aufzeichnung kam unter besonderen Umständen zustande und kann allenfalls hinsichtlich der Eigenintentionen der DRbg. und der Zeit-Daten als verwendbar angesehen werden, im übrigen ist sie unzuverlässig (vgl. u. D., S. 231 mit Anm. V/269 und V/310). Die u. D., S. 163 zu Anm. 37a zitierten Formulierungen des Jahres 1942 finden sich schon in einem Schr. Rosenbergs an StdF vom 27. Januar 1938, *116*, zit. u. D., S. 223 zu Anm. V/268.

[38] „Satzung der Römisch-Germanischen Kommission . . .", § 1 *(RGK)*.

[39] Vgl. S. 165, ferner die Briefe in *NB 1–2*, welche zeigen, daß die meisten Forscher die gebotenen Argumente nicht benutzten und als die ersten Gerüchte über die beabsichtigte Beschränkung der RGK auf das „Römische" nach außen drangen, Reinerth die Gefolgschaft versagten (S. 202–207). Auch Schuchhardt und Wiegand (Anm. V/8) verwendeten die Argumente nicht.

[40] Landeshauptmann der Rheinprovinz Haake an REM, Wacker, 25. Februar 1937 (Amtsbriefbogen Oberpräs. d. Rheinprovinz, Mehrfachexemplar mit Paraphe Haakes) in *NB 2*, diktiert offensichtlich von Apffelstaedt. Dazu S. 209 und Anm. V/132, V/217.

[40a] Reinerth, „Reichsinstitut . . .", 6. Juni 1942 (Anm. V/37a). Zum folg. vgl. auch die Darstellung Heibers, Frank, S. 245–256, und Kater, Ahnenerbe, S. 163–169, 246–249.

[41] Ernst Petersen an Reinerth, 24. September 1933 (*NB 2*, Du. m. Unterschr. Petersens, weitergegeben an Buttler am 9. November 1936, dazu S. 206 mit Anm. V/196). — Petersen, geb. 1909, 1931 Kustos am Landesamt f. Vorgesch., Breslau, 1934 Direktor, 1939 aoP Rostock, 1941 oP Posen, gefallen 14. März 1944 (Filipp II, 1018). Vgl. Anm. V/180.

[42] Reinerth an Rust, 28. November 1933, *328*. Dort auch über Wiegands Planung einer „Abteilung I" für die gesamtdeutsche Vorgeschichtsforschung im Arch. Institut. Da nur die mittel- und ostdeutsche Forschung noch in letzteres einzubeziehen war, besteht kein Widerspruch zur Mitteilung Petersens über den Wiegand-Plan (Anm. V/41). Vgl. auch S. 159, 166 zu Anm. V/20 und V/44.

[43] Reinerth an RMdI (Donnevert), 5. Februar 1934 (Durchschl. m. Unterschr. Reinerths), *328*. Zum 24. Januar 1934 vgl. S. 54–60.

[44] Wiegand an Rust, 18. November 1934 (Anm. V/22).

[45] „Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte", 28. März 1934 (m. Unterschr. Reinerths), *NS 8/2* [vorläufig].

[46] Oben Anm. II/76 über die Rolle des Staatskommissars Hinkel; dazu Maier, Hochschulpolitik, S. 88.

[47] „Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte", Aufz. der DRbg. vom Juni 1935 (*IfZ*, aus dem DZA), verwendet Heiber, Frank, S. 245 ff.

[48] „Kossinnas Lehrstuhl neu besetzt": Germanien, Jg. 1935, S. 64. Zuvor hatte Rosenberg zweimal vergeblich Befürwortungen für die Besetzung des Tübinger Lehrstuhls durch Reinerth ausgestellt, vgl. Reinerth an Rosenberg, 28. November 1933, *328*; Rosenberg an Mergenthaler, 28. März 1934, *387*. Für das Berliner Ordinariat empfahl Rosenberg ihn bei Rust mit Schr. vom 29. September 1934 (DZA, Ph. i. Bes. d. Verf.).

[49] Erwähnt in einer Aufz. DRbg. vom Juni 1935 (Anm. V/47): „Urkunde darüber trifft nicht ein." Die DRbg. dürfte aber nicht mit Sicherheit gewußt haben, daß das REM eine Ernennungsurkunde wirklich in der Rkzl. vorgelegt hatte. Wir weichen hierin von Heiber, S. 247, ab.

[50] Wiegand an Rust, 18. November 1934 (Anm. V/22). Wiegands eigenhändig unterzeichnete Mitteilung über Datum (16. November) und Verlauf der Adlerschild-Verleihung dürfte der rückblickenden „Übersicht" des REM (Anm. V/47, angefertigt nach dem 21. Juni 1935) vorzuziehen sein, auf der die Datums-Angabe „30. Oktober" bei Heiber, S. 247 f., beruht. Heiber lag Wiegands Brief noch nicht vor.

[51] Himmler an R., 11. Juni 1936, *Centre CXXIX-a-104*. — 7. März 1935: Heiber, Frank, S. 248. Nach Heiber, S. 246, soll Langsdorff schon im Dezember 1933 in dem damals diskutierten Alternativplan Wiegands (u. D., S. 165) genannt worden sein. Die Angabe scheint irrig, denn L. war noch bis Herbst 1934 ehrenamtlicher Mitarbeiter von Rosenbergs APA (Heiber, S. 246), kam also damals kaum als Gegenkandidat gegen Reinerth in Frage und wird auch in keinem Aktenstück der DRbg. als solcher erwähnt (vgl. Anm. V/42).

[52] Die Bronceschnabelkannen. Hrsg. und bearb. von Paul Jacobsthal und Alexander Langsdorff im Auftr. d. RGK des DAI. Berlin 1929.

[53] Zitat nach Langsdorff an Sievers, 28. Oktober 1943 (*BDC, AE* Langsdorff). Sonstige Angaben aus einem Schreiben Langsdorffs an Min.-Rat Engel (REM), 27. Juni 1935, mit „Lebenslauf" L.'s (*IfZ*; zuerst behandelt Heiber, Frank, S. 246). Vgl. Langsdorffs Schriften i. Verz. der gedr. Quellen. Vgl. GK 1940/41; Kater, S. 236/514 A. 4. — Tod: *Z DAI*, Oktober 1967.

[54] Rosenberg an Heß, 25. März 1935, *289*; vgl. Kater, S. 93/383 A. 2. Das Reichsfinanzministerium stellte für ein Reichsinstitut damals 125 000 RM Jahresetat dem REM zur Verfügung (Rosenberg an Rust, 4. März 1936, *116*).

[55] Rosenberg an Hitler: „Vorschlag zur Gründung eines Reichsinstituts für Deutsche Vorgeschichte", 30. April 1935 (Hitler-Schriftw.-Mappe, *396*). Vorbilder: Reinerth, Denkschrift, 24. Februar 1933 (Anm. V/19) und 28. März 1934 (Anm. V/45).

[56] Ergebnisprotokoll, wahrsch. von einem REM-Beamten verfaßt, vom 18. Juni 1935, aus *DZA* im *IfZ*, zuerst veröff. Heiber, S. 248.

[57] Reinerth, „Reichsinstitut ... 1931–1942" (Anm. V/37a).

[58] Wiegand an Rust, 5. Juli 1935 (Anm. V/15).

[59] Über 23. August 1935 und 29. Januar 1936 die zit. Mitteilungen in Reinerth, „Reichsinstitut ... 1933–42" (Anm. V/37a).

[60] Rosenberg an Rust, 2. März 1936 (Anm. V/17). Vgl. S. 158–159.

[61] Rosenberg an Rust, 4. März 1936, *116*. Vgl. S. 157 zu Anm. V/12.

[61a] Dazu Rosenberg an Bormann, 4. Februar 1936, *Centre, CXXIX-59:* Das Arch. Reichsinstitut sei „in der Systemzeit ... das engste Bündnis mit Judentum und politischem Katholizismus" eingegangen; es habe „sogar die Betreuung der Germanenforschung in Deutschland ... bis Juli 1935 einem Juden anvertraut, der kürzlich in die Zentraldirektion des Archäologischen Instituts berufen" worden sei (dazu S. 159–160). „Die Leitung des griechischen Zweiginstituts in Athen liegt in der Hand des Juden Karo. Verantwortlich für diese Zustände ist Staatsrat Wiegand, der den nationalsozialistischen Forderungen durch eine überaus geschickte Hintertreppenpolitik Widerstand leistet. Mit seiner ausdrücklichen Genehmigung kam 1934 die Eheschließung des Assistenten Schefold in Athen mit einer Jüdin zustande und der Judenstämmling Dr. Martiny fand Aufnahme in dem Zweiginstitut in Istanbul. Ähnliche schwerwiegende Belastungen entnehme ich dem mir vorliegenden Bericht über das Zweiginstitut in Kairo ... Der Leiter des Zweiginstituts in Rom, Prof. Curtius, ist ein typischer Vertreter des Liberalismus. Er hat keinerlei Hehl daraus gemacht, daß er den Nationalsozialismus persönlich und als Künstler als Barbarei ansehe ..." „Auf der gleichen Linie" läge die „im Privatdruck erschienene Kampfschrift gegen die nationalsozialistischen Forscher ..." (Vgl. S. 157 f. und Anm. V/8, V/13.) Die Berichte, auf die sich Rosenberg berief, waren von seiner Vorgeschichtsabteilung ausgearbeitet worden. Sie betrafen die folgenden Personen: Ludwig *Curtius* (1857–1954), 1907 PDoz. München; 1908 aoP Erlangen, 1912 oP, 1920 Heidelberg, 1928–1938 Dir. Dt. Arch. Inst. Rom, vgl. Curtius, Deutsche und antike Welt (1950), S. 512 f., 527, dazu Reinhard Herbig, Nachruf, in: Mitt. d. Dt. Arch. Inst., Röm. Abt. 62 (1955). — Karl *Schefold* (geb. 1905), PDoz. Basel 1936, aoP 1942, oP 1953. Georg *Karo* (1872–1963), 1920–1930 oP Halle, 1939–1952 Gastprof. Cincinatti, Oberlin, Kansas City und anderen Orten der USA; 1954 oP Freiburg i. Br. — Günther *Martiny*, Die Gegensätze im babylonischen und assyrischen Tempelbau. Leipzig 1936 (Lebensdaten nicht erm.).

[62] Rosenberg an Rust, 17. März 1936, *116* und *341*.

[63] Rosenberg an Rust, 28. April 1936, *341*; Rosenberg wollte Rust offenbar wegen der S. 192–193 geschilderten Ereignisse sprechen. Was in der Zwischenzeit, nach Absendung des Briefes an Rust und der Rust-Wiegand-Aussprache vom 29. April 1936 geschah, geht aus den Akten der DRbg. nicht hervor. — Am 28. April 1936 informierte Rosenberg Hitler mißverständlich, als er schrieb, er habe mit Rust „völlige Übereinstimmung" erzielt; *396*.

[64] Rust an Wiegand, 30. April 1936, *116*; bei der Übersendung der Abschr. schrieb Rust an Rosenberg, 30. April, *116*, er werde Reinerth, „wie vereinbart", zu sich bitten (vgl. Anm. V/140).

[65] Wiegand an Kutsch, 12. April 1936, *Mainz 1*. Vgl. S. 189 mit Anm. V/126. Wiegand war zu gleicher Zeit damit beschäftigt, zu verhindern, daß die u. a. vom Reichssportführer v. Tschammer und Osten bei Hitler beantragten sog. „Führergrabungen" in Olympia bei der internationalen Öffentlichkeit in den Ruf eines Propagandaunternehmens gerieten. (Darüber noch vorsichtig Watzinger, München 1944, S. 453 ff.) Weickert, S. 27 ff., berichtet, daß es gelang, wenigstens für Olympia selbst (wenn schon nicht für Athen) im September 1936 einen Fachgenossen zu bestellen, der die Kampagne „nicht nur politisch nicht belastete, sondern durch seine weit über Deutschland hinaus anerkannte wissenschaftliche Bedeutung die Grabungen von dem ihnen zunächst anhaftenden Schein eines politischen Propagandaunternehmens befreite". Der Fachgenosse war Emil Kunze. Das Institut in Athen und die Grabungen wurden später politisch durch Prof. Hans Schleif abgeschirmt, wie aus folgenden Textstellen zu schließen ist: IV. Bericht über die Ausgrabungen in Olympia, Berlin 1944, S. 1–3, hrsg. von Emil Kunze und Hans Schleif; V. Bericht . . ., Berlin 1956, hrsg. von Emil Kunze, S. 1. — Schleif war von Mai 1938 bis etwa 1939 oder 1940 Leiter des Ausgrabungswesens im AE (Kater, Diss., S. 71/361 Anm. 20 und S. 102/393 Anm. 17 sowie Kater, Neufassung, Kap. 9). Nachfolger wurde Herbert Jankuhn.

[66] Vgl. S. 93 ff.

[67] VB, 3. Juli 1936. — Dazu den grotesken Bericht über die Quedlinburger Unternehmung mit Himmlers Rede über „König Heinrich, ein deutscher Führer", in: Germanien 8 (1936), S. 225 ff. Der RFSS hatte, ohne es zu ahnen, freilich auch ohne Rücksicht auf den ungesicherten Forschungsstand zu nehmen, das Grab einer Heiligen „geweiht". Der Nachweis wurde noch 1941 von Carl Erdmann erbracht (DA 4, 1941, S. 76 ff.), der die peinliche Enthüllung schwer zu büßen hatte (Werner, S. 64/117).

[68] Mannus, 26 (1934), S. 173.

[69] Halle, 13.–20. Oktober 1934 (NSM 5, S. 1067, dazu über ein dortiges Phantasten-Referat vgl. u. D., Anm. V/79); Bremen, 28. September bis 6. Oktober 1935 (BkdRst 2, 362 ff.); Ulm, 17.–25. Oktober 1936 (GE 1, 223 ff.); Elbing, 16.–23. Oktober 1937 (GE 2, 319 ff.); Hannover, Oktober 1938 (GE 3, 340 ff.). Abgesagt: Wien 1939 (GE 4, 256). Man beachte das Fehlen der führenden Fachvertreter auf diesen Tagungen, das den Berichten zu entnehmen ist. Vgl. die Darstellung über scheinwissenschaftliche Ausstellungen, die etwa während der Hannoverschen Tagung 1938 dem Laienpublikum der nationalsozialistischen Schulungsleiter geboten wurden (Festschr. G. Schwantes, 1953, S. 2).

[70] Genannt in dem Bericht über die Gründung des Reichsbundes vom 28. Juni 1933, Mannus 26 (1934), S. 173–175. Ergänzt durch die Liste von Personalvorschlägen Reinerths für das geplante Reichsinstitut und die vorgesehene, aber nicht durchgeführte Umorganisation der Vorgeschichtsforschung nach den damaligen Vorstellungen der DRbg. Die sich später nicht habilitierenden Forscher bleiben daraus im folg. ungenannt (Liste in *328*, Dat.: 5. Februar 1934). Trennungen: vgl. u. D., S. 176, 206–207. *Andree*, Julius (1889 bis 1942): PDoz. Münster 1924, aoP 1931, oP Halle 1942. — *La Baume*, Wolfgang, geb. 1885, 1922 Mus.-Dir. Danzig bis 1928, PDoz. Danzig 1924, 1928 aoP Danzig und HonP Königsberg, 1928–1945 Dir. LA Vorgesch. Königsberg. — *Beninger*, Eduard, geb. 1897, UnivDoz. Wien 1940–1945, Vertreter des Reichsbundes in Österreich ab 11. März 1934 (GE 3, 128). — *Engel*, Carl (1895–1947), 1929–1934 Ass. Mus. Königsberg, 1934 Dozent Univ. Königsberg, 1935 aoP Herder-Inst. Riga, 1938 oP Greifswald. — *Hahne*, Hans (1875–1935), 1907 PDoz. Hannover, 1918 Halle, 1923–1935 oP Halle. — *Jahn*, Martin (geb. 1888), Dir. LA Vorgesch. und PDoz. 1930, oP 1934 (alles in Breslau), oP Halle 1946. — *Matthes*, Walter, geb. 1901, Leiter Oberschles. Landesmus. Beuthen 1938, oP Hamburg 1934–1945. — *Neumann*, Gotthard (geb. 1902), Vorstand d. Germ. Univ. Mus. Jena 1934–1945; 1934–1945 und 1956 ff. oP Jena. — *Paulsen*, Peter (geb. 1920), PDoz. Kiel 1934, aplP Berlin 1939–1945. — *Petersen*, Ernst s. Anm. V/41. — *Radig*, Werner (geb. 1903), 1935 Doz. Dortmund, 1936 P Elbing, 1941 P Krakau (Brenner, Kunstpolitik, S. 139). — *Richthofen*, Bolko Frhr. von (geb. 1899), Abt. L. Mus. f. Völkerkunde und Doz. Hamburg 1929, oP Königsberg 1933, 1942–1945 Leipzig. — *Schultz*, Wolfgang (1881–1936), „Privatgelehrter" in Görlitz, 1934 oP München (kein Fachprähistoriker, im Amte Rosenberg Leiter einer nur auf dem Papier bestehenden Abt. für

„Arische Weltanschauung und Volkskunde" tätig, vgl. Rothfeder, S. 147 und GE 1, 193). — *Schulz*, Walther (geb. 1887), PDoz. Halle 1928, oP Halle 1936 und Dir. des dort. „Instituts für Volkheitskunde", des von Hahne umbenannten Sächs. Provinzialmuseums f. Vorgeschichte, günstig über ihn Timm, S. 84. — *Stampfuß*, Rudolf (geb. 1904), Mus.-Leiter Hamborn 1928, Mus.-Leiter Duisburg 1930, P Dortmund 1935. — *Tackenberg*, Kurt (geb. 1899), Kustos Landesmus. Hannover 1929, aoP Leipzig 1934, oP Bonn 1937. — *Zotz*, Lothar (1899–1967), Kustos und PDoz Breslau 1930, Dir. Landesanst. f. Vorgeschichte Breslau 1938, oP Prag 1939 (alle Angaben: GK).

[71] Gumbel, Hans: Forschungsgeschichte, S. 384 f. In den Akten DRbg. keinerlei Anzeichen für Einschaltung des Amtes R. in die Lehrstuhl-Vermehrung 1933–1938. Nach 1938 waren die Besetzungsfragen im wesentlichen entschieden.

[72] Vgl. S. 187 mit Anm. V/117.

[73] Petersen an Reinerth, 24. September 1933 (Anm. V/41).

[74] *Z Kutsch*; über den Beschluß auch NBlV, Jg. 1933, S. 128. Zu Kutsch vgl. S. 178 und 185.

[75] Petersen an Reinerth, 24. September 1933 (Anm. V/41).

[76] Wahl zum Landesleiter: wie Anm. V/68. Zu Petersens weiteren Schritten vgl. S. 201–210.

[77] Tackenberg an Reinerth, 18. November 1933 (Echtheit bestätigt: *Z Tackenberg*), als Insert enthalten in einem von der Abt. II des SD verfaßten „Gesamtbericht über Hans Reinerth", überr. vom SD an Pers.-Stab RFSS am 15. August 1938 auf dessen Anforderung vom 20. April 1938. Zuerst behandelt bei Rothfeder, S. 232, und Heiber, Frank, S. 254. Es ist bezeichnend für Himmlers Wunsch, Kollisionen mit Rosenberg nach Möglichkeit zu vermeiden, daß er hinsichtlich des SD-Berichts verfügte, gegen Reinerth solle „nichts veranlaßt" werden; *MA, T-175*, roll 56, AN 2 571 471, 2 571 449–464. Vgl. dazu S. 226.

[78] Vgl. Anm. V/26 und S. 207–209.

[79] Möglicherweise ist es für die relative Freiheit, die Himmler der Vorgeschichtsforschung zubilligte, bezeichnend, daß die seriöse Widerlegung der Phantasten-Thesen durch den Tübinger Germanisten Friedrich Focke, Beiträge zur Geschichte der Externsteine, Stuttgart 1943, ungehindert erscheinen konnte. (Vgl. S. 180 mit Anm. V/98). Der Reinerth-Anhänger J. Andree verschaffte der 1. Tagung des „Reichsbundes" in Halle 1934 (vgl. Anm. V/69) berüchtigte Publizität, als er den germanophilen Ansichten beitrat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese wieder verbreitet, diesmal von Vereinen, die dem Hause Ludendorff nahestanden. Dazu jetzt der ausgezeichnete Aufsatz von Kittel, S. 5–68.

[80] Germanien 6 (1934), S. 351; Beitritt: ebenda 7 (1935), S. 161 (6. Mai 1935). Den späteren Übergang der „Vereinigung" an Himmlers „Ahnenerbe" hat Kater, S. 96–98/386 bis 391, zuerst dargestellt. Hervorzuheben ist, daß das Amt Rosenberg ihn selbst verschuldete. Die Motive Teudts waren wesentlich finanzieller Art; vor allem galt es, die Zs. „Germanien" zu sanieren. Teudt hatte gehofft, sie „als volkstümliche Zeitschrift des Reichsbundes" ausbauen zu können. Die entsprechenden Verhandlungen scheiterten jedoch und Reinerth gab auf der Bremer Tagung (Anm. V/69) Ende September 1935 bekannt, es werde „eine eigene volkstümliche Zeitschrift" vom Reichsbund herausgegeben werden. Die offenbar heftigen Meinungsverschiedenheiten wurden der Leserschaft von „Germanien" am 7. Dezember 1935 angedeutet (ebd. 8, 1936, S. 28). Reinerths „Germanenerbe" erschien seit 1936; es war praktisch eine Konkurrenzunternehmung gegen den eben gewonnenen Bundesgenossen. Bereits Ende Dezember 1935/Anfang Januar 1936 verhandelte Teudt daher mit dem „Ahnenerbe" (Kater, Diss., S. 96/386 A. 2) und erreichte die im März (Germanien 8, 65) bekanntgegebene gemeinsame Herausgeberschaft mit dem SS-Verein. Am 4. Oktober 1936 übernahm Sievers vom AE den Gesamt-Vorsitz (Germanien 8, 367); Teudt trat zurück und war völlig verbittert. (Dazu jetzt ausführlich Kater, Neufassung, Kap. V.) Die „Vereinigung" war nun formell Mitglied sowohl des AE als auch des Reichsbundes. Zum Konflikt zwischen Rosenberg und Himmler ist es in diesem speziellen Falle nicht gekommen. Jedoch unterstützte Reinerth eine 1939 vom Kreise Teudts gegründete „Osningmarken-Gesellschaft". Nach zweijährigen Querelen mit dieser, auf deren Seite auch der mit Rosenberg sympathisierende Gauleiter und Lippische Statthalter Meyer stand, schrieb Himmler an Meyer am 25. März 1941 einen enttäuschten Brief, in dem er sich über die „Nadelstich-Politik" der Landes-

regierung gegen den SS-Führungsdienst an den Externsteinen, an welche er „viel Geld verwendet" habe, beschwerte (*AE* 300; dazu Kater, Diss., S. 167 f./450). Charakteristisch an dem Vorgang ist, daß auch Himmler in den Gauen wenig Macht hatte, in denen ihm der Gauleiter feindlich gesonnen war. — Tübinger Rundschreiben Reinerths 1933: vgl. Anm. V/2.

[81] Übernahme: Vgl. Korrespondenzblatt der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine 81 (1933), Sp. 89–92, mit 82 (1934), Sp. 203 und 222. Das Korr.-Bl. wurde „gleichgeschaltet" als „Blätter für deutsche Landesgeschichte". Vgl. ebenda, Jg. 89 (1952), S. 1 bis 38: Willy Hoppe, Einhundert Jahre Gesamtverein. — Hoppe (1884–1960), PDoz. Berlin 1924, aoP 1929, oP 1935–1945, Rektor der Univ. Berlin 1937–1942, i. Ruhest. 1950. Heiber, Frank, S. 242–245, berichtet von den ungünstigen Stimmen der akademischen Emigration über Hoppe sowie über die von ihm durchgeführte Liquidierung der Hist. Reichskommission nach dem Sturze Oncken (vgl. u. D., S. 77–78). Die Zeugnisse stimmten auch mit Ansichten innerhalb Deutschlands überein (vgl. u. D., S. 178 zu Anm. V/86).

[82] Timm, Die Universität Halle-Wittenberg ... S. 83–84. Zu dieser Tagung vgl. Anm. V/79 (NSM 1934, S. 1067).

[83] La Baume (Anm. V/70), Rundschreiben vom 31. Oktober 1934, *Mainz 1*.

[84] Kutsch an Prof. Krüger (Rhein. Landesmuseum Trier), 28. November 1934, *Mainz 1*.

[85] Zit. nach dem Referat des Hoppe-Schreibens vom 8. November 1934 in Reinerths Rundschreiben an die Mitglieder des West- und Südd. Vereins, 14. Dezember 1934, *Mainz 1*; dazu unten S. 185. — Letzte Vertretersitzung der Sektion I am 2.–6. September 1934 in Wiesbaden: Korr.-Bl. DAG 82 (1934), Sp. 203 und 222. — Hoppe, Einhundert Jahre ... (Anm. V/81), S. 37, schildert die Vorgänge aus seiner Sicht, bestreitet aber keinen der beschriebenen Tatbestände. Reinerths Druck wird gekennzeichnet, aber sein Name wird nicht genannt.

[86] Kutsch an Prof. Krüger, 28. November 1934 (Anm. V/84). — Kutsch: 1889 geb., Dr. phil., Dir. des Landesmuseums Nassauischer Altertümer, Wiesbaden, 1927–1955. Vgl. S. 185 bis 199.

[87] Kutsch an Prof. Krüger, 28. November 1934 (Anm. V/84).

[88] Vgl. S. 167–169. Die folgende Darstellung über das „Ahnenerbe" ist der Dissertation Michael H. Katers (vgl. u. D., S. 15) verpflichtet, um so mehr, als Verf. auf Grund der Nachweise Katers das für ihn wichtige Aktenmaterial auffinden konnte.

[89] Himmler an den AE-Mitarbeiter Galke, 29. Dezember 1936, *AE 719*, nach Kater, S. 3/300 Anm. 10. — Die parallel zu Kater entstandene Darstellung Heibers, Frank, S. 246 bis 256, bes. S. 250 ff., ist um die Prozesse, die innerhalb des AE stattfanden, zu ergänzen. Die Heiber, S. 250, genannten Forscher näherten sich mit Ausnahme von Helmut Arntz und Herbert Jankuhn dem AE erst ab 1936 und zwar auf Grund der u. D., S. 180 bis 182, 185–199, 206–209, 228 erörterten Vorgänge. Zu Richthofen vgl. auch Anm. V/140.

[90] Vgl. H. Jankuhn, Die Ausgrabungen in Haithabu 1937–1939, Berlin: Verl. Deutsches Ahnenerbe 1943, S. 10; vgl. Kater, S. 71/360 Anm. 19.

[90a] VO d. Lipp. Landesregierung vom 31. März 1934 (Germanien 6, S. 129 ff.). Dazu Kater, S. 40/331 Anm. 8 und 40/325 Anm. 6–8. Obwohl die SS den „Führungsdienst" für die Touristen an den Externsteinen übernahm, war Himmler doch kein voller Erfolg beschieden (oben Anm. V/80).

[91] Kater, S. 6–8/303–306. — Herman Wirth, Der Aufgang der Menschheit. Geschichte der Religion, Symbolik und Schrift der atlantisch-nordischen Rasse. T. 1: Die Grundzüge. 1928. — Ders., Die Ura-Linda-Chronik, Leipzig 1933. Beste Auseinandersetzung: Arthur Hübner, Herman Wirth und die Ura-Linda-Chronik, Berlin 1934. Vgl. Jahresber. f. dt. Geschichte, Jg. 1933/34, Nr. 811 ff.

[92] Wirth am 22. Juni 1963 gegenüber Kater (Kater, S. 8/305 Anm. 18).

[93] Rosenberg an Hamburger Tageblatt, 5. März 1934, *287*; ähnlich an Rust am 7. März 1934, *341*. — Die Furcht Wirths vor Rosenberg hatte ihren Hauptgrund vermutlich darin, daß ihm vorgeworfen worden war, er habe „sich an Juden wegen der Hergabe von Geldmitteln gewandt bzw. von diesen größere Beträge erhalten"; Rosenberg an Wirth,

23. Mai 1932, *NS 8/2*. Reinerth hatte Wirth und Teudt noch 1933 als „nationale Phantasten" bezeichnet (Anm. V/2).

94 Himmler an Prof. K. A. v. Eckhardt, 25. Februar 1937 (Nachweis Heibers, Frank, S. 252 Anm. 3).

95 Himmler an Prof. Wüst, 25. Oktober 1937 (*AE 366*, Nachweis Katers, S. 2/300 Anm. 6).

96 Zuerst entfiel der noch im März 1936 gebrauchte Titel „Studiengesellschaft für Geistesurgeschichte" (Germanien 8, 1936, S. 65) und die Organisation führte seit Juli 1936 nur noch den Titel „Deutsches Ahnenerbe e. V." (Germanien 8, 1936, 2. Umschlagseite des Juli-Heftes), dazu Kater, S. 10/307 Anm. 12. Damit war bereits einem der Hauptanliegen Wirths widersprochen. Der Tiitel hatte sich „bei der Werbung ... außerordentlich" hinderlich ausgewirkt. Als Wüst berufen und zugleich die 2. AE-Satzung festgelegt wurde (bekanntgegebene Version in Germanien 9, April 1937, S. 97 f.), lautete der Verbandsname nur noch „Das Ahnenerbe". Dazu Kater, S. 20–24/315–318. — Das AE erhielt am 1. Januar 1939 noch eine dritte und letzte Satzung, wonach Himmler und Wüst ihre Titel nunmehr tauschten, ersterer war nun *Präsident*, letzterer *Kurator* (Germanien 11, Februar 1939, S. 91 dazu Kater, S. 31–33/325–327). — Wirth unbequem: Kater, S. 14/310 Anm. 23–24, S. 24–28/319–323, besonders S. 25/319 Anm. 4, S. 26/321 Anm. 15, S. 28/323 Anm. 26. — Über die Ablehnung, auf welche Wirth im REM stieß, vgl. u. D., S. 212. Weitere Förderung Wirths durch Himmler: Kater, S. 25/320 Anm. 10. — *Wüst*, Walther: geb. 1901, aoP München 1932, oP 1935–1945, i. R. 1961 (GK). Sein „Vergleichendes und etymologisches Wörterbuch des Alt-Indoarischen", von dem nur die 1. Lieferung (1935) erschien, gilt auch bei seinen wissenschaftlichen Gegnern als vorbildliche Leistung. Vgl. die äußerst kritische Besprechung Walter Porzigs über Wüst, „Idg. *peleku-, ‚Axt, Beil'", S. 293–302, und die „vorläufige" Entgegnung Wüsts, S. 87. — Wüsts Vortrag „Mein Kampf ..." weist nach: Kater, Diss., S. 40/330 Anm. 3, 5 und 6. Zum Inhalt des Vortrags paßt Wüsts begeistertes Urteil über den Heydrich-Nekrolog Himmlers: Heiber, Briefe, Nr. 118 a–b.

97 Kater, S. 71/360, Anm. 15 nach: Chef RuSHA an Pers.-Stab RFSS, 24. Januar 1938, *AE 691*; Sievers an Jankuhn, 2. Februar 1938, *AE 349*, Wüst an Höhne, 6. März 1938, *AE 726*. Verf. konnte die Aktenstücke nicht einsehen; die Einzelheiten bedürfen der Klärung (vgl. u. D., S. 181 zu Anm. V/99). Wüst über Wirth in: Zs. f. Missionskunde und Religionswissenschaft, 44 (1929). Vgl. Hübner, Wirth, S. 3.

98 Die Ahnenerbe-Zeitschrift war „Germanien" (Anm. V/80). — Dazu im Anhang: „Übersicht über die SS-Grabungen". Die Ergebnisse des Verf. wurden durch Vergleich der „Germanien"-Artikel oder sonstiger Angaben über die Kampagnen mit anerkannten wiss. Veröffentlichungen gewonnen (vor allem: Prähist. Zeitschrift). In mehreren Fällen wurden keinerlei Ergebnisse veröffentlicht. — Zur Pseudowissenschaft im AE vgl. jetzt Heiber, Briefe, Nr. 33 a–b, 39, 64, 67–69, 71 u. ö.; vgl. ferner Kater, S. 40/331 Anm. 8 (Externsteine); S. 45/335 Anm. 7 und S. 55/345 Anm. 18 (Externsteine und Ansichten Himmlers über die „Welteislehre", an die auch Sievers glaubte). Dazu auch Kater S. 63/353 Anm. 18–19, S. 73–74, S. 90/381 Anm. 18, S. 102/394 Anm. 21–22 über das gleiche Gebiet und eine geheime „Welteislehre"-Tagung des AE vom 19.–21. Juli 1939; S. 48/337 Anm. 2 über die Verfolgung der Heisenberg-Richtung der Physik als Forschungsgebiet der „Weißen Juden"; S. 75/366 Anm. 25 über die „Abteilung für Überprüfung der sogenannten Geheimwissenschaften"; S. 75/365 Anm. 20 über eine Methode „Goldteilchen zu binden"; groteske Beispiele auch S. 175 f./455 f., S. 102/394 Anm. 19, 24/329 Anm. 4, S. 54/343 Anm. 11, S. 116/407 Anm. 15, S. 128/416 Anm. 5–7, S. 242/525 Anm. 3 sowie „Germanenerbe" 1 (1937); Kater, S. 91 über den SS-„Sinnbildforscher" Karl Theodor Weigel, der nicht zufällig lieber bei Rosenberg als beim AE gewesen wäre (vgl. u. D., S. 198, 214). — Es wurden also auch unter der Präsidentschaft Wüsts sowohl Scheinwissenschaften gefördert (weil Himmler dies wünschte) als auch ernsthafte Forschungen unterstützt und Wissenschaftler geschützt (vgl. u. D., S. 219–221).

99 Kater S. 71/361 Anm. 20 und S. 75/365 Anm. 21 und Kater, Neufassung, Kap. 3.

100 Vgl. Anm. V/65.

101 Ebenda und Anm. V/90.

102 Es handelte sich unter anderem um sog. „Unterkühlungs-Versuche" und Unterdruck-Versuche an KZ-Gefangenen, die zu unvorstellbaren Qualen und später zum Tode der

Opfer führten. Sievers wurde im Nürnberger Ärzteprozeß zum Tode verurteilt, weil nachgewiesen werden konnte, daß er die Experimente selbst mit vorgeschlagen hatte, um das „Ahnenerbe" „kriegswichtig" erscheinen zu lassen. (Vgl. z. B. sein Memorandum vom 26. Juni 1942, *NO-2210*; dazu ausführlich Kater, S. 221/494 mit Anm. 7 und 223/497 Anm. 20.) — Für den Straßburger Anatomie-Professor Hirt wurden zum Zwecke der Anlage einer Sammlung von Schädeln sowjetischer Kommissare 115 Kriegsgefangene ermordet. Hirt richtete sich im Mai 1945 selbst (Kater, S. 234/503 Anm. 36). Beteiligt war maßgebend der Arzt Dr. Rascher, der noch von der SS selbst ermordet wurde, wobei einige Vorfälle privater Art in den Beziehungen Rascher-Himmler möglicherweise den letzten Ausschlag gegeben haben (Kater, S. 250/506 Anm. 33). Dazu grundlegend A. Mitscherlich, S. 7–17, 46 f., 249–275; ferner Kater, Diss., S. 88/378 Anm. 10–12, 219–234/493–514; Kater, Neufassung, Kap. VIII und X. Ebenda widerlegt Kater die Legende, daß Sievers heimlicher „Widerstandskämpfer" gewesen sei.

[102a] Vgl. S. 69.

[103] Dazu S. 236, 245. Die bisherigen Darstellungen, insbes. Kater, S. 92/382 und S. 163/446 Anm. 2 (das dortige Zitat gehört zu dem u. D., S. 132 und Anm. IV/136 gekennzeichneten Zusammenhang), übernehmen aus den Akten der DRbg. die These, daß das Amt Rosenberg als einzige unter den Parteidienststellen für die Vorgeschichtsforschung zuständig gewesen sei. Vgl. dagegen u. D., S. 69, 181.

[104] Heiber, Frank, S. 862. Werner, S. 63, betont, daß die MGH nach dem Interregnum Engel (dazu u. D., S. 212) unter Edmund E. Stengel völlig zuverlässig weiterarbeiteten. Dem Institut wurde auch das Hist. Institut Rom unterstellt. (Der bei Heiber, S. 862, genannte Dr. Hiltebrandt spielte in den Akten DRbg. keine Rolle.) Daß Stengel auch der Gesamtverein (u. D., S. 177) unterstellt wurde, mag für das Amt R. schmerzlich gewesen sein.

[105] Rosenberg an Rust, 6. August 1935, *341*. — Oncken: s. u. D., S. 77–78.

[106] Rosenberg an Himmler, 17. Oktober 1935, *116*.

[107] Rosenberg an Himmler, 21. Oktober 1935, *286*; vgl. Kater, S. 99/383 Anm. 2; Rothfeder, S. 232; Heiber, Frank, S. 251.

[108] Himmler an Rosenberg, 31. Oktober 1935, *116*.

[109] Vgl. S. 187, 189, 196–199, 205, 208–229. Vgl. Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 197 bis 200, wo naturgemäß verkannt wird, welche „geistige Gefahr" gerade von der DRbg. ausging. Dazu oben Anm. V/12.

[110] Reinerth, Rundschreiben vom 14. Dezember 1934, *Mainz 1*. Dazu S. 178 zu Anm. V/87.

[111] Jacob-Friesen an Kutsch, 9. Mai 1935, *Mainz 1*. Vgl. S. 160 mit Anm. V/26.

[112] Reinerth an Kutsch, 6. Juni 1935, *Mainz 1*.

[113] Krüger (vgl. Anm. V/24) in einem „Bericht" an seine vorgesetzte Behörde, die Verwaltung des Provinzialverbandes der Rheinprovinz (zu dieser S. 189–190), o. Dat., *Mainz 3*.

[114] Kutsch an Reichsbund, 19. Juni 1935, *Mainz 1*.

[115] Formulierung Kutschs in einer Beschwerde an die Geheime Staatspolizei, 13. Oktober 1935, hektogr. Abschr. für die Mitglieder des West- und Südd. Verbandes, *NB 1 E*. Vgl. dazu S. 187–189. Es gibt keinerlei Beweis für ein direktes Eingreifen Langsdorffs, vgl. auch S. 189 zu Anm. V/124.

[116] Wiedergabe der Rede in den Worten des Korrespondenten der Bremer Zeitung; Bremer Zeitung vom 1. Oktober 1935, Abschr. in *NB 1 E*. Dazu Buttler (über ihn S. 199) an Langsdorff, 2. Oktober 1935, *341* (dazu S. 200 mit Anm. V/162 und S. 210 mit Anm. V/219): Nur diese Zeitung habe „den Sinn der Reinerthschen Darlegung" so gebracht, wie Reinerth „es gesagt" habe. „Er wird sich jetzt sicher herausreden, zumal die meisten Zeitungen, so V. B., die Knalleffekte völlig verharmlost haben." Was Buttler voraussagte, traf ein. Auf eine vom RGK-Direktor Ernst Sprockhoff übermittelte Beschwerde an das REM erklärte Rosenberg, Reinerth habe zwar „das Verhalten des Verbandes ... einer scharfen Kritik unterzogen", die jedoch „weder den Wortlaut noch den Inhalt" des zit. Zeitungsberichtes gehabt habe. (Rosenberg an Rust, 2. März 1936, *341*, vgl. S. 159 mit Anm. V/17, S. 170 mit Anm. V/60.) Rosenberg hatte bei dieser Auskunft übersehen, daß eine Zeitschrift seiens eigenen Amtes im wesentlichen das gleiche wie die Bremer Zeitung berichtet hatte: BkdRst 2 (1935), S. 363.

[117] Schwantes: „Bericht über die 2. Tagung des Reichsbundes ... vom 28. September bis 6. Oktober 1935", *Mainz 1.* — Unabhängig davon berichtete Buttler an Langsdorff, 2. Oktober 1935, Anm. V/116, und Kutsch, 2. Oktober 1935, *Mainz 1*, ganz ähnlich. — Gustav Schwantes (1881–1960), Kustos Mus. f. Völkerkd. Hamburg 1923, PDoz. 1928, Prof. 1929 und Dir. Mus. vaterländ. Altertümer Kiel, 1931, oP 1937 Kiel, emer. 1946. Über die Verfolgung von Prof. Jacob-Friesen 1939/41 wird Verf. gesondert handeln. Der Gelehrte hatte es „gewagt", sich in seinen „Grundfragen der Urgeschichtsforschung" (1928) gegen Kossinna und die Rassentheorie auszusprechen (ebenda, S. 3, 35, 36, 138, 142, 192–194, 229). Vgl. Jacob-Friesen in: Festschrift f. G. Schwantes, S. 1–3.

[118] Schwantes: „Bericht ..." (Anm. V/117). Klagges war vermutlich in seiner Eigenschaft als Leiter der Braunschweigischen Regierung, die Mitglied des Reichsbundes war, anwesend.

[119] Kutsch an Geh. Staatspolizei, Berlin (Anm. V/115).

[120] Zwei versch. Rundschreiben Reinerths an die Mitglieder der beiden Verbände, 9. Januar 1936, *Mainz 1.*

[121] Kutsch: „An die Mitglieder des Verbandes!", 16. Januar 1936, *NB 1 E.* Mit Beilage der Beschwerde vom 13. Oktober 1935 (Anm. V/115).

[122] Über die Tagungen der West- und Süddeutschen Arbeitsgemeinschaft des Reichsbundes (Verband der wenigen gleichschaltungswilligen Ortsvereine) vgl. GE 1 (1936) S. 61 f., 2 (1937), S. 186 ff. Siehe auch Anm. V/158.

[123] Schwantes: „Rundschreiben an die Mitglieder des Nordwestdeutschen Verbandes ... Vertraulich!", 23. März 1936, *Mainz 1.* Darin Abdruck des zit. Schriftwechsels, 9./23. Oktober 1935.

[124] Langsdorff an Kutsch, 25. Januar 1936, *Mainz 1*, darin außerdem Mitteilung, daß Kutsch's Beschwerde (Anm. V/115 und 119) „im Geschäftsgang" sei. Dies war die einzige Antwort von SS-Seite!

[125] Vgl. S. 167–171.

[126] Wiegand an Kutsch, 12. April 1936, *Mainz 1*, handschriftl. aus Schloß Hornegg bei Gundelsheim, dazu Watzinger, Wiegand S. 450–456. Vgl. u. D., S. 171 mit Anm. V/65.

[127] Kutsch an Wiegand, 19. April 1936, *Mainz 1.*

[128] Die Idee hatte sich aus einem eingeschränkteren Plane entwickelt. Zunächst hatte man nur beabsichtigt, „dem Minister" zu zeigen, daß die beiden Verbände einig gegen Reinerth stünden. (Wiegand an Kutsch lt. Anm. V/126.) — Die Idee des gemeinsamen Treffens wurde schon von Schwantes an Jacob-Friesen, 4. Februar 1936, *Mainz 1*, geäußert; der Plan der Dachorganisation wurde erst am 19. April 1936 (Anm. V/127) erwähnt.

[129] Zeitschrift des Rheinischen Vereins f. Denkmalpflege und Heimatschutz, Jg. 1951, S. VI. — Über Haake: Biogr. Staatshandbuch, Bd. 1, 442. — Die Unterstellungsverhältnisse in den Provinzialverwaltungen ergeben sich u. a. aus dem Artikel „Provinz" des Gr. Brockhaus, 16. Aufl. 1935. Da die Akten der Rhein. Provinzialverwaltung größtenteils vernichtet sind (Mitt. des Archivs beim Landschaftsverband Rheinland, Köln, a. d. Verf.) und nur unvollständige Reste eingesehen werden können, muß eine ausführliche Darstellung über diese Dienststelle aufgeschoben werden.

[130] Vgl. die Angaben über den Vater Max Apffelstaedt in „Wer ist's", Jg. 1935, S. 29. — Dazu ders., Einfälle und Ausfälle eines Weltkindes (1940).

[131] Geb. 1902, Dr. phil. Marburg 29. Juni 1933, Pg. 1927; am 23. Dezember 1944 d. Schreiben Gauleitung Düsseld. an Schwarz vermißt gemeldet *(BDC)*. Vgl. A.'s „Rede des Abteilungsdirigenten des Kulturdezernats der Rheinischen Provinzialverwaltung ... zur feierlichen Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 26. April 1936" (Düsseldorf: Der Oberpräsident ... 1936, 20 S.), auch gedr. in: „Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz", Jg. 28 (1936), S. 7–40, danach unsere Zitate S. 192 f. — Dort Angaben über die Kulturarbeit des Rhein. Landesmuseums und dessen Umbau 1935–1936, die durch Zuschr. des jetzigen Direktors, Prof. v. Petrikovits, an Verf. vom 2. Februar 1967 bestätigt wurden.

[132] Haake (dikt. wahrsch. v. Apffelstaedt) an REM, Wacker, 25. Februar 1937 (Anm. V/40, V/217).

[133] NSM 6 (Juli 1935), S. 651–653; ähnlich unqualifizierbar die Rezension der DRbg. über Buttlers Arbeit „Die bandkeramische Siedlung Köln Lindenthal", in GE 1 (1936), S. 128.

[134] NSM 6 (Oktober 1935), S. 939–941; weitere „Besprechungen" dieses Typs: NSM 6, S. 1058 mit politischer Gefährdung Herbert Kühns; GE 1 (1936), S. 80 und 267–268; 2 (1937) S. 94; 3 (1938), S. 31, 64, 96, 192; BkdRSt 1 (1934) S. 124–126, 177–179; 2 (1935), S. 363–366; 3 (1936), S. 372, 383–386.

[135] VB, 10. Oktober 1935.

[136] Oelmann: An den Herrn Oberpräsidenten ..., Verwaltung des Provinzialverbandes, 2. November 1936, *Bonn RL.*

[137] Hans Joachim Benecke (Anm. V/2): „Pionierarbeit für die Volksforschung", VB (nur Nordd. Ausg.) 22. April 1936, S. 5. Dazu wenig ergiebige Briefe Beneckes über das Zustandekommen des Artikels in *NB 1, A.* Die Marburger Arbeit „Die hessische Vorgeschichte" liegt im Mskr. in *NB 2.*

[138] Erst nach drei Jahren, am 19. Mai 1939, erhielt Reinerth vom Reichserziehungsminister Rust einen Bescheid. Darin hieß es: „Im Hinblick auf die Ihnen als Lehrer gegenüber Ihrem Schüler Benecke zu Gebote stehende Autorität hätte ich erwartet, daß Sie auf eine Verhinderung der ... Verunglimpfungen ... hingewirkt hätten ... Eines förmlichen Urteils darüber, ob dieses Verhalten den Pflichten eines Hochschullehrers zuwiderläuft, muß ich mich enthalten, da Sie sich ausdrücklich darauf berufen haben, in den fraglichen Beziehungen ausschließlich in Ihrer Eigenschaft als Amtsleiter des Beauftragten des Führers ... tätig geworden zu sein ..." (Vom Rektor der Univ. Berlin, Hoppe, begl. Abschr. vom 1. Juni 1939, *DZA*; Ph. i. Bes. d. Verf.) Rosenberg hatte dem REM tatsächlich das Recht auf Urteilsbildung bestritten, vgl. Anm. V/320. Der REM-Bescheid bezog sich auch auf die Wiederholung der Denunziation, vgl. S. 204 mit Anm. V/181. Zu Merharts schließlicher Absetzung vgl. S. 210.

[139] Apffelstaedt: Rede des Abteilungsdirigenten ... (Anm. V/131).

[140] Vgl. oben S. 171. — Die Dramatik der Ereignisse wurde noch dadurch gefördert, daß die unabhängig von den sporadischen Hitler-„Entscheidungen" ihre Privat-Politik betreibende SS ausgerechnet am Tage der Führer-Entschließung (30. April 1936) im „Schwarzen Korps" einen Artikel „Ausnahmen nicht gestattet" veröffentlichte, der sich mit der Vorgeschichtsforschung befaßte und sich wie ein Angriff auf Reinerth las. Am 3. Mai 1936 beschwerte sich Rosenberg auch über diesen „unerhörten Leitaufsatz" bei Himmler; *286.* Am 8. Mai war er indessen schon beruhigt; er vernahm, daß „eine andere Persönlichkeit gemeint gewesen sei". (Rosenberg an Himmler, *Centre CXXIX-a-104.)* Am 11. Juni 1936 versicherte ihm Himmler, der Aufsatz wäre „gegen den alten Stänkerer Richthofen geschrieben" und von ihm, Himmler „persönlich veranlaßt" worden (ebenda). — Richthofen unternahm zu damaliger Zeit noch Angriffe gegen Wirth. Das AE befand sich noch ganz in der Phantasten-Phase (vgl. oben S. 179 ff.). Später verständigte sich Richthofen dann mit dem AE. Vgl. Heiber, Frank, S. 252 Anm. 3 und unten S. 220.

[141] VB (nur Nordd. Ausg.), 3. Mai 1936.

[142] Brief nicht ermittelt. Datum und Inhalt ergeben sich aus Terbovens Antwort (Anm. V/145).

[143] VB, 4. Mai 1936. Vgl. u. D., S. 69, 161–162, 226–227.

[144] Rosenberg an Himmler, 3. Mai 1936 (Anm. V/140).

[145] Terboven an Rosenberg, „Mai 1936", *NS 22/558*; unter den Akten DRbg. interessanterweise nicht ermittelt. R. berichtet in „Letzte Aufzeichnungen", S. 169: „Terboven hat mich mit langer Abneigung beehrt." Den Ausgangspunkt der Konflikte verschwieg er. Vgl. die späteren Ereignisse in Norwegen, bei denen freilich die „Rechtslage" nicht mehr so eindeutig gegen R. sprach. (Umfass. Monographie von H. D. Loock i. Vorber.)

[146] Terboven an Rosenberg (Anm. V/145). Namhafte Forscher veröffentlichten damals den Sammelband „Karl d. Große oder Charlemagne?" Berlin 1935. Vgl. Anm. V/147.

[147] Rosenberg an Göring, 15. Mai 1936, *345.* — Tatsächlich ist nicht nachweisbar, daß Rosenberg Hermann Löns' Wort vom „Sachsenschlächter" wirklich gebraucht hat. Es taucht in der antisemitischen Publizistik der Zeit auf (z. B. Thürmer, S. 241 f.), wurde aber zumindest in der Druckfassung der entsprechenden Reden R.'s und in den Auslassungen seines Amtes unterdrückt. Daß R.'s Parteinahmen für Widukind mit diesem Schlagwort belegt wurden, kann durchaus auch ein Schachzug der inner- und außerparteilichen Gegner des Ideologen gewesen sein. Vgl. die beiden Reden R.'s im „Sachsenhain" bei Verden: „Widukind für immer das Symbol des heldenhaften Widerstandes" (NSM 5, 1934,

S. 872 ff.) und am 22. Juni 1935 (NSK-Nachrichten vom gleichen Tage) sowie Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 147 f. Dazu die politisch denunzierende Rezension Hans Maiers (DRbg., Abt. Vorgeschichte) über „Karl der Große oder Charlemagne" in NSM 6, 1935, S. 540 f. sowie oben zu Anm. V/133; dazu Werner, S. 74.

148 Rosenberg an Hitler, 30. August 1936, *396*. — Die Beschwerden fielen in die Zeit der sich verschärfenden Krise des Amtes und der Klagebriefe über Ley vom 20. und 31. August 1936 (vgl. S. 98 und Anm. III/231). Außerdem beschwerte sich Rosenberg im gleichen Brief über die von Terboven geförderte Ausstellung „Die Westfront" des Malers Will Kelter (vgl. Anm. III/132). R., Letzte Aufzeichnungen, S. 169, schreibt, Terboven und Koch wären „Protektionskinder Görings" gewesen, „der mit ihnen — und anderen — kein Glück" gehabt hätte. Das könnte erklären, warum R. erfolglos blieb, als er sich über Terboven bei Göring beschwerte (S. 195–196). Auch ist nicht klar, ob der Einfluß Görings in den ihm unterstehenden preußischen Provinzen wirklich noch stark genug war, wenn es zum Konflikt mit einem Gauleiter kam. Gauleiter wurden von Hitler aus Prinzip meist bis zum äußersten gestützt (vgl. Hüttenberger, S. 195–212). Die Vorfälle werfen die Frage auf, welche Bedeutung das Amt des Preußischen Ministerpräsidenten nach der Länder-Gleichschaltung eigentlich noch hatte. Vgl. auch oben S. 130; zu den R.-Göring-Beziehungen S. 146, 150.

149 Himmler an R., 11. Juni 1936 (Anm. V/140).

150 Rosenberg an Göring, 15. Mai 1936 (Anm. V/147). — Schutzorganisation: vgl. oben S. 189.

151 Apffelstaedt an Schwantes, 26. Mai 1936, *Mainz 2*. Klagges war auch deshalb erregt, weil zugleich mit der Bonner Tagung eine Tagung der gleichgeschalteten Verbände des Nordwestdeutschen Verbandes nach Braunschweig einberufen worden war. Durch Vergleich der Teilnehmerlisten konnte man feststellen, daß der Gewaltakt von Bremen praktisch wirkungslos geblieben war (oben S. 186–187). Vgl. GE 1 (1936) S. 61 f. und unten Anm. V/158. Rosenberg beantragte am 28. Mai 1936 bei Heß, *289*, die „gegen die Reichsleitung gerichtete Demonstration ... parteiamtlich durch Weisung an den Gauleiter Terboven ... zu untersagen". Terboven verschicke jetzt seinen Brief (Anm. V/145) sogar an „außenstehende Persönlichkeiten". Dies sei „mit den elementarsten Auffassungen in der N. S. D. A. P. ... unvereinbar". Rust glaube, „hier nicht ... eingreifen zu können".

152 Apffelstaedt an Schwantes, 26. Mai 1936 (Anm. V/151).

153 Vgl. Anm. V/98; K. T. Weigel, Runen und Sinnbilder. Berlin 1940. Dazu u. D., S. 214.

154 Weigel: „Gemeinsame Tagung des Nordwestdeutschen und West- und Süddeutschen Verbandes für Altertumsforschung in Bonn, 2.–5. 6. 1936", *BDC, AE Apffelstaedt*. Darin zahlr. groteske Mißverständnisse und Behauptungen zum Inhalt der Referate.

155 Vgl. Anm. V/148 und 151.

156 Kutsch an Prof. Krüger, 23. April 1937, *Mainz 3*; ähnlich Schwantes: „An unsere Mitglieder", 20. März 1937, *Mainz 1*; zu den Aktionen der DRbg. zu dieser Zeit vgl. S. 207 bis 210.

157 *Z Kutsch*, 24. Januar 1967.

158 Vgl. den Bericht über die erste Nachkriegstagung des West- und Süddeutschen Verbandes unter Dr. Kutsch Mitte Juni 1949 in Regensburg (Resolution mit scharfer Stellungnahme gegen Reinerth), in: Die Neue Zeitung, 14. Juni 1949. — In der Zwischenzeit konnten nur die Norddeutsche und West- und Süddeutsche Arbeitsgemeinschaft des Reichsbundes tagen, in denen die wenigen Vereine zusammengeschlossen waren, die sich einer Gleichschaltung nicht entzogen oder entziehen konnten: GE 1 (1936) S. 61 f., 2 (1937) S. 186 f., 357; 3 (1938) S. 156, 220, 252, 277, 340; 4 (1939) S. 154, 186, 254 f., 281, 325, 329 f. — Die germanophile Vorgeschichtsbetrachtung fand in der Nachkriegszeit ihren Niederschlag wieder in den mit von Rosenbergs ehemaligen Reichsamtsleitern redigierten Blättern der rechtsextremistischen Presse. Nicht zufällig galt deren Interesse vor allem Jürgen Spanuths „Atlantis", einem Werk, in welchem der Ursprung der nordischen Rasse nunmehr in einen mythischen, angeblich in der Nähe Helgolands untergegangenen Kontinent verlegt wurde. (Vgl. Härtles Artikel, Anm. II/3.) Spanuth trat schon vor 1945 auf Rosenberg-Veranstaltungen auf, z. B. auf der Reichsbundstagung Hannover 1938 (GE 3, 1938, S. 279, 348; vgl. Anm. V/69). Schindler kommt u. a. auf Grund eines Echogramms des Deutschen Hydrographischen Instituts zu der Ansicht:

„Das enträtselte Atlantis kann damit ad acta gelegt werden." (Germania 31, 1953, S. 202.)

[159] K. Jacob-Friesen, Werner Buttler zum Gedächtnis, in: Die Kunde, Jg. 1940, S. 141–142; Gero v. Merhart, Werner Buttler (mit Lit.-Verzeichnis), in: PZ 1939/40, S. 479 ff.; zum Nachlaß Buttlers vgl. oben S. 12 mit Anm. Einl./12. — Vgl. den Nachruf in NBlV, Jg. 1940, S. 41–42 (mit Photographie). — Buttlers Werk über „Die bandkeramische Ansiedlung bei Köln-Lindenthal" wurde in GE 1 (1936), S. 128, „politisch" gewertet. Man sei „gespannt", „im wievielten Jahre des Dritten Reiches" die Schichtbezeichnungen „vor- und nachrömisch" aufgegeben werden würden. GE war eine amtliche Zeitschrift der DRbg. und wurde von Reinerth redigiert.

[160] Zitat aus einem Rundbrief der „Arbeitsgemeinschaft im Großdeutschen Ring Niedersachsen", 2. Brief, Bonn, 16. April 1929, darin eingefügt ein früher Brief Buttler, *NB*.

[161] Aufforderung des Führers des SS-Oberabschnitts West an Buttler, 20. März 1936, *NB*; Buttler, „Meine Stellung zu den religiösen Problemen der Gegenwart" (ebenda, etwa März/April 1936). Buttler war Protestant. Gegen die katholische Kirche enthält das Schriftstück Vorwürfe, die freilich taktisch überpointiert worden sein dürften.

[162] Buttler an Langsdorff, 2. Oktober 1933, *341*, vgl. Anm. V/116 und V/219.

[163] Vgl. oben S. 191–192. Umfangreicher Schriftwechsel, Protestschreiben zahlreicher Studenten gegen Beneckes Artikel und ein Brief Reinerths in *NB 1*.

[164] Buttler an Apffelstaedt, 5. Mai 1936, *NB 1, A*.

[165] An Dokumenten aus dem Referat Bodendenkmalspflege des REM finden sich nur die Anm. V/40 und V/190 erwähnten im *NB*.

[166] Richthofen leitete im SS 1938 das Politische Seminar „Judenfrage" der Univ. Königsberg (NBlV 1938, S. 32) und trat auch mit entsprechenden Schriften des Frankschen „Reichsinstituts" hervor. (Judentum und bolschewistische Wissenschaft, Hamburg 1943 — Forsch. z. Judenfrage Bd. 8; dazu Heiber, Frank, S. 461 f.)

[167] Richthofen an Tackenberg, 23. November 1936, *NB 2*. Vgl. oben Anm. V/29. Zu Tackenberg s. oben S. 176.

[168] Buttler an Petersen, 20. Juni 1936, *NB 1, B*; Zitat; ähnlich an Richthofen, *NB 1, C*. Zu Petersen s. S. 165, 175–176.

[169] Vgl. S. 210.

[170] Richthofen an Buttler, 22. Juni 1936, *NB 1, C*.

[171] Petersen an Buttler, 29. Juni 1936, *NB 1, B*.

[172] Dazu eine Briefstelle aus Richthofen an Buttler, 16. Juli 1936, *NB 1, C*: „Ich schreibe Ihnen das alles, weil ich zu Ihnen das Vertrauen habe, daß Sie mit dazu beitragen können, hier Mißverständnisse zu beseitigen." Zahlr. privater Schriftwechsel mit Belegen, *NB 2*.

[173] Buttler an Petersen, 27. Juli 1936, *NB 1, B*.

[174] Vgl. oben S. 172.

[175] Petersen an Buttler, 31. Juli 1936, *NB 1, C*.

[176] Petersen an Buttler, 29. Juni 1936 (Anm. V/171); Buttler an Petersen, 27. Juli 1936 (Anm. V/173).

[177] Petersen an Buttler, 31. Juli 1936 (Anm. V/175). Langenheim: Kustos LA Vorgesch. Breslau 1934, Mus.-Dir. Danzig 1938, Dozent TH Danzig 1938–1943, später Kreisarchivar, Mitarb. Hb. d. hist. Stätten Deutschlands, Teil Schlesw.-Holst. 1964. Tackenberg: vgl. oben S. 176.

[178] Buttler an Petersen, 23. August 1936, *NB 1, B*; Zustimmung: Petersen an Buttler, 25. August 1936 (ebd.).

[179] Buttler an Langenheim, 21. August 1936, *NB 1, B*. — Schwantes: vgl. oben S. 187–188.

[180] Vgl. Petersen, Aus dem Nachlaß von G. Kossinna ... (1933). Die Veröffentlichung, geradezu ein Testfall für die Methode K.'s, wurde zu einer „Enttäuschung" (Eggers, S. 244) und dürfte zu den erwähnten Einwänden beigetragen haben. Spätere Veröffentlichungen Petersens (1933 war er erst 28 Jahre alt) werden heute noch zitiert. Sein Tod an der Front fiel in eine Zeit, die wenig geeignet war für Nachrufe (14. März 1944); daß er auch später ohne ein Gedenkwort blieb, ist unverdient.

[181] Joachim Benecke in: GE 1, Zitat S. 56 (ersch. August 1936). Dazu u. D., Anm. V/138 und S. 192.

[182] Petersen an Buttler, 22. August 1936, *NB 1*, Richthofen an Buttler, 20. August 1936, Ausf., *NB 1, C.*

[183] Schriftw. 11./16./29. Juli 1936, 20./24. August 1936, *NB 1, C.*

[184] Petersen an Buttler, 7. September 1936, *NB 1, B.* — Jahn-Wiegand: Vgl. S. 165.

[185] Buttler an Petersen, 8. September 1936, *NB 1, B.*

[186] Vgl. Anm. V/35; Buttlers Vorgesetzter, den er auch gelegentlich erwähnte, war Ministerialrat Dr. Hiecke; Amtschef von V war bis März 1937 Ministerialdirektor v. Staa; danach Ministerialdirektor Kunisch (in Vertr.). Vgl. HPS, 1935, S. 78 und 1939, S. 47.

[187] Buttler an Petersen, 8. September 1936 (Anm. V/185).

[188] Wie Anm. V/220.

[189] Buttler an Petersen, 17. September 1936, *NB 1, B.*

[190] Buttler: Vermerk. Herrn Minister gehorsamst vorgelegt, 2. November 1936 *(NB 2).* Dazu Buttler an Apffelstaedt vom gleichen Tage, ebenda.

[191] Buttler an v. Merhart, 4. November 1936, *NB 2.*

[192] Schriftwechsel mit versch. Forschern, zum Teil zur Vermittlung in persönlichen Differenzen bestimmt, zwischen 7. und 25. November 1936 *(NB 2).*

[193] Petersen an Buttler, 14. September 1936, *NB 1, B.*

[194] Buttler an Apffelstaedt, 2. November 1936, *NB 2.* Anwesend waren: Zeiß, Sprockhoff, Jacob-Friesen, Schwantes, Langsdorff, Tackenberg, Langenheim, Kunkel, Wiegers, Buttler.

[195] Petersen an Buttler, 5. November; Buttler an P., 7. November 1936 *(NB 2).*

[196] Petersen an Reinerth, 14. November 1936 (Brief nicht ermittelt; Existenz und Datum bezeugt durch Petersen an Buttler, 14. November 1936, *NB 2*). P. verschickte gleichzeitig an Buttler zur Weitergabe an westdeutsche Kollegen Kopien seines Schreibens an Reinerth vom 24. September 1933 (Anm. V/41 und V/75; Zitate S. 165 und 175–176). Merhart nannte diesen Brief ein „Zeugnis einer grundsätzlich anständigen und auch nicht sturen Gesinnung" (an Buttler, 19. November 1936), *NB 2.* Zitat im Obertext aus P. an Buttler, 14. November 1936.

[197] Zotz (vgl. Anm. V/70) an Reinerth, 12. November 1936, *NB 2*, mit Bezugnahme auf drei unbeantwortete Schreiben Zotz' an Reinerth vom 30. November 1935, 10. und 27. April 1936.

[198] Jahn an Reinerth, 26. November 1936, *NB 2.*

[199] Petersen an Buttler, 5. November 1936 (Anm. V/195) bei Beratung des Entwurfs für Petersen an Reinerth, 14. November 1936 (Anm. V/196).

[200] Langenheim an Buttler, 5. November 1936, *NB 2.* — La Baume war schon zum 15. Oktober durch Radig als Landesleiter ersetzt worden (GE 1, 1936, S. 64). — Ostd. Verband: u. D., S. 177 f.

[201] NSM 7 (1936), S. 1064; vgl. im gleichen Heft die Verleumdungen gegen Friedrich Behn und Herbert Kühn (S. 1057–1058).

[202] Richthofen an Reinerth, 25. November 1936 (Du. m. hsW. Richthofens), *NB 2.*

[203] Richthofen an Reinerth, 13. Februar 1937 (Du. mit handschr. Vermerken Buttlers und v. Staas, vgl. Anm. V/186), *NB 2.* Reinerth hatte auch auf die schweren Vorwürfe wegen der Benedke-Artikel nicht geantwortet, welche Merhart in einem Schreiben an Richthofen vom 29. Oktober 1934, *Tüb.*, gegen Reinerth erhoben hatte. Das Schriftstück war Reinerth (lt. dem Anm. V/202 erwähnten Brief) vorgelegt worden. Vgl. Anm. V/29.

[204] Richthofen an Rosenberg, 17. März 1937, *NB 2* und *Tüb.*

[205] Urban an Richthofen, 2. März 1937, *341* und *NB 2.* Das Schreiben illustriert, was unter „Führerprinzip" zu verstehen war. Dazu auch S. 54 zu Anm. II/150–151. — Urban führte am 2. März als weiteren Grund für den Ausschluß an, daß Richthofen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung deutscher Vorgeschichtsforscher „allen zuständigen Stellen" Material gegen Reinerth geschickt hatte, z. B. ein von Richthofen verfaßtes Schriftstück m. d. Überschr. „Fall Reinerth", 13. Februar 1937, *341.* Darin wurde auch auf die Mitteilungen Boschs (u. D., S. 160 zu Anm. V/28) Bezug genommen. Ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst zur Klärung des schon seit langem erhobenen Vorwurfs Boschs und Merharts leitete Reinerth hier ebensowenig wie in anderen Fällen ein. Das OPG schlug ihm am 19. Juli 1939 vor, ein „Reinigungsverfahren" gegen sich

zu beantragen, was Reinerth am 31. Juli 1939 ablehnte. (Reinerth an DRbg., Utikal, 22. November 1943, *111*, vgl. S. 233 mit Anm. V/317–319.)

206 Reinerth an Petersen, 6. April 1937 mit vorläuf. Antwort Petersens an den von Reinerth zur Berufungsinstanz ernannten Prof. Walther Schulz, Halle, worin P. sich „alle Schritte" vorbehielt, *NB 2*. Rosenberg soll die „Anweisung" zum Ausschluß schon am 28. Februar 1937 gegeben haben. Demnach hatten sich in dem Monat zwischen Richthofen- und Petersen-Ausschluß noch unbekannte Geschehnisse vollzogen; Reinerth hatte wohl immer noch Hoffnungen für sich gehegt. — Bekanntgabe der Ausschlüsse: GE 2, Heft 3 [etwa April 1937], S. 96.

207 Es handelte sich um die Vorgänge, welche zuerst bei Heiber, Frank, S. 253, auf Grund anderen Aktenmaterials erwähnt wurden. Dr. Waltraud Bohm, eine Landesleiterin des Reichsbundes, hatte sich am 25. November 1936 schriftlich an Petersen gewandt, ihre Sympathie mit der Tatsache mitgeteilt, daß kein „Breslauer" zur Reichsbundestagung nach Ulm (Anm. V/69) gekommen war und erklärt, in Berlin „ganz gemeinen und widerwärtigen Dingen" ausgesetzt zu sein (Abschr. m. hsW. Petersens, *NB 2*). Petersen bekundete ihr erfreut sein Verständnis und deutete an, warum er, Jahn und Zotz sich von Reinerth getrennt hätten (27. November 1936, *NB 2*). Buttler bat sie am 28. November 1936 um Mitteilung, „falls" sie „denselben Schritt vollziehen" wolle, „wie die Breslauer, d. h. Ihr Amt im Reichsbund niederlegen" würde; *341*. Frl. Bohm besuchte daraufhin Buttler im Ministerium, wobei sie von der „Einheitsfront" gehört haben wollte. Aus unbekannten Gründen fand sie sich am 12. Dezember 1936 bereit, Rosenberg auf „Aufforderung" hin über das Gespräch zu berichten (Bohm an Rosenberg, 12. Dezember 1936, *341*). Dieses Schreiben wurde zusammen mit dem Buttlers (28. November) am 12. Mai 1937 von Rosenberg an Rust weitergeleitet, als ersterer versuchte, Buttler zu stürzen. (Vgl. S. 210 mit Anm. V/218.)

208 Rosenberg an Rust, 18. Dezember 1936, *341*; hätte Rosenberg schon von dem Leipziger Treffen gewußt (nichts von diesem selbst in Bohm an Rosenberg, 12. Dezember 1936, Anm. V/207), so wäre dies sicher in diesem Brief erwähnt worden.

209 Vgl. S. 99–101.

210 Eilers, Schulpolitik, S. 48, 118 f. Buttler schrieb am 24. Januar 1937, sich für die Stagnation in den weiteren Verhandlungen entschuldigend, an Petersen: „Jetzt besonders liegen die Dinge hier sehr schwierig, da Rust wegen der leidigen Schulsache mit Baldur und Ley sehr viel zu verhandeln hat." Vgl. S. 100.

211 Rosenberg an Himmler, 18. Dezember 1937, *AE 708* (erw. Kater, S. 93/384 Anm. 7, dem Verf. nicht zugängl.); Himmler an Rosenberg, 13. Januar 1937, *AE 706*; Rosenberg an Himmler, 1. Februar 1937, *Centre, CXXIX-98*.

212 Die Konkurrenz zwischen „Germanien" und „Germanenerbe" (vgl. Anm. V/80) hatte Anfang 1937 zu Unzuträglichkeiten geführt. Die jetzt auch zum AE gehörige „Vereinigung" Teudts gehörte aber immer noch dem Reichsbund an. Als Sievers mit schweren Vorwürfen gegen Reinerth am 6. März 1937 (an Pers.-Stab, RFSS, Galke, *AE 740*) bei Himmler den Austritt der „Vereinigung" aus dem Reichsbund Rosenbergs anregte, erhielt er zur Antwort, RFSS habe den Austritt „vorläufig" nicht genehmigt (Galke an Sievers, 21. April 1937, *AE 740*). Die entsprechenden Beschwerden über Reinerth waren Rosenberg von Himmler am 13. Januar 1937 (Anm. V/211) übergeben worden; Rosenberg wußte aber wiederum seinen Amtsleiter zu rechtfertigen (an Himmler, 1. Februar 1937, Anm. V/211).

213 Heiber, Frank, S. 643, nach Zeugenbefragungen. Wacker soll sich mit Rosenberg persönlich verstanden haben (Heiber, S. 644). Auf die Amtsgeschäfte hatte dies indessen keinen erkennbaren Einfluß.

214 Buttler an Petersen, 24. Januar 1937, *NB 2*, vgl. Anm. V/210.

215 Buttler an Petersen, 15. Februar 1937, *NB 2*.

216 Buttler an Apffelstaedt, 18. Februar 1937, *NB 2*.

217 Wie Anm. V/40 und V/132. Es wurde im gleichen Gutachten außerdem davor gewarnt, angesichts „der aus allen Teilen des Reiches und aus allen Kreisen der Vorgeschichtsforschung vorgebrachten schwerwiegenden Bedenken ... Reinerth mit der Leitung des Reichsinstituts zu beauftragen". Vgl. S. 164 und 191.

218 Die Anm. V/207 erwähnten Anlagen wurde zwar am 19. Mai 1937 an Rust übersandt

(Anm. V/219), aber die Beamten des REM wußten schon drei Monate zuvor, was Rosenberg in etwa vorlegen wolle. Vielleicht hatte Reinerth im Ministerium schon von sich aus davon Kenntnis gegeben, denn Buttler schrieb am 18. Februar an Apffelstaedt (Anm. V/216): „Mir kommen sie jetzt mit einem etwas unvorsichtigen Brief und schießen überhaupt heftig." — Petersen schrieb am 19. Februar 1937, *NB 2:* „Die Erfahrungen und Besprechungen des Dienstag [16. Febr.] zittern immer in mir nach und gewähren kein klares Bild." Es erschien Petersen „wichtig, darüber Aufklärung zu erhalten, ob der bekannte kurze Brief von Frl. B[ohm] [gemeint offensichtlich: Petersen an Bohm, 27. November 1936, Anm. V/207] direkt weitergegeben worden ist, oder ob er auf andere, schon erörterte Art bekannt geworden sein sollte".

[219] Buttler an Langsdorff, 2. Oktober 1935, *341*; Zitate daraus Anm. V/116 und S. 200 zu Anm. V/162. — Buttler erklärte in seiner Rechtfertigungsschrift gegenüber Rust (Ms. ohne Überschrift, beginnend mit den Worten: „Zu W O 1499/37. Zu den durch Herrn Reichsleiter Rosenberg gegen mich erhobenen Vorwürfen...", *NB 2*): Der Brief an Langsdorff sei „durch die Indiskretion eines SS-Kameraden — nach Angaben von Langsdorff ist ihm der Brief von seinem Schreibtisch gestohlen — bekannt geworden". — Rosenberg überreichte eine Abschrift des Briefes zusammen mit dem Anm. V/207 erwähnten Bohm-Material in einem Beschwerdebrief an Rust vom 19. Mai 1937, *341*.

[220] „Stellungnahme zu Dr. Buttler", *341*; eine der Anlagen zum Briefe Rosenbergs an Rust vom 19. Mai 1937 (Anm. V/219). Besonders beanstandet wurde der S. 200 zu Anm. V/162 zitierte Satz. Dazu Buttlers Rechtfertigungsschrift (Anm. V/219), deren Inhalt sich auf die von uns längst erörterten Vorgänge der Jahre 1932–1937 erstreckt und dem Leser nichts Neues bietet. Rust akzeptierte Buttlers Gründe offensichtlich, denn der Referent blieb im Amt. Über seine weitere Tätigkeit wurde nur noch Weniges, wenngleich Bezeichnendes ermittelt (vgl. S. 225).

[221] Bericht über die Vorgänge in Buttler an Himmler, 21. Februar 1940, *NB 2*. Agitation gegen Merhart mit den gleichen Argumenten: S. 192 mit Anm. V/137 und S. 204. Reinerth stellte am 28. Februar 1941 (an Urban, Ausf.), *BUE 48*, folgendes Gutachten über eine Innsbrucker Fakultätsliste aus: „Die Vorschlagsliste entspricht in keiner Weise den Anforderungen einer nationalsozialsitischen Vorgeschichtsforschung. Es handelt sich vielmehr um einen völlig persönlich beeinflußten Vorschlag, der anscheinend von dem früheren Inhaber des Innsbrucker Lehrstuhles, dem Jesuitenzögling Prof. v. Merhart, ausgeht. Die Liste enthält nämlich lediglich die Namen seiner Schüler... Ich schlage daher vor, daß die Liste als ganzes beim Reichsdozentenführer abgelehnt wird. Heil Hitler!" — Der Bindungen zur „Katholischen Aktion" wurde u. a. Zotz verdächtigt. (Erkl. Buttlers für eine Bespr. Hieckes mit Urban, 11. April 1938, *NB 2*.)

[222] Merhart an Buttler, 22. Januar 1940, *NB 2*.

[223] Walter Frank an Lammers, 14. April 1937 (Heiber, Frank, S. 124, Anm. 1).

[224] Heiber, Frank, S. 857–937, insbes. S. 865 ff., 879–881, 905–911, 924–937.

[225] Harmjanz: geb. 1904, PDoz. Königsberg 1935, aoP 1937, oP Frankfurt 1938 (beurlaubt für REM-Tätigkeit); dazu Heiber, S. 647–653. Für Archäologie und Vorgeschichte sowie Musik und Orientalistik war im „Amt W" des REM bis 1937 Hinz, spätestens ab September 1937 Min.-Rat Frey zuständig (Heiber, S. 648, vgl. mit 492 und 569).

[226] AE, Wüst an Himmler, 24. Mai 1937, „Geheim", *BDC, Harmjanz*. Zu Mausser vgl. Heiber, S. 252, und Kater, S. 62/349 Anm. 19: Er war von Himmler mit einer textkritischen Prüfung der Uralinda-Chronik beauftragt worden.

[227] Vgl. Himmlers Empfehlung an Rosenberg vom 11. Juni 1936, u. D., S. 196, er möchte doch eine „weichere Hand" haben. Zur AE-Entwicklung von Wirth zu Wüst vgl. S. 178 bis 180.

[228] Zu Holfelder vgl. Heiber, Frank, S. 124 und 655; die freundschaftlichen Beziehungen Holfelder-Baeumler blieben für die DRbg. bedeutungslos. Holfelder wahrte durchaus die REM-Interessen.

[229] Kater, S. 399 Anm. 11 (zu Kater, S. 106).

[230] Sievers: „Geheim. Aktennotiz...", 29. Juni 1936, *AE 776*.

[231] Vgl. Anm. V/98.

[232] Zu Höfler vgl. Heiber, Frank, S. 551–553.

[233] Dr. Best an Heydrich, 22. Mai 1935 (Nachweis Heibers, S. 817).

[234] Sievers an Himmler, 10. Dezember 1937, „Geheim!", *AE 739*. Vgl. Kater, S. 106/399 Anm. 14.

[235] Zu Weigel vgl. oben Anm. V/98 und S. 198. — Stark hatte Weigel noch kurz vor seinem eigenen Sturz (Heiber, S. 843) sein Befremden über dessen „Forschungen" ausgedrückt und Weigel zu dessen Erstaunen („‚Ahnenerbe' dürfte er auch kaum kennen") gefragt, ob die SS „denn auch Forschung treibe". (Weigel, Aktennotiz über Bespr. vom 22. September 1936, *AE 739*.)

[236] 30 000 RM: wie Anm. V/234; Zitat: Wüst an Himmler, 19. April 1938, *BDC, AE, Harmjanz*.

[237] Rosenberg, Mythus, S. 590 (3. Buch, V/1). Vgl. u. D., S. 22. — Zur Abteilung M. Zieglers u. D., S. 113–119.

[237a] Zur Mitwirkung M. Zieglers und Strobels u. D., S. 216–217; Kaiser: 1906–1940 (gefallen lt. DV 2, 1940, S. 168), PDoz. Greifswald 1933; die Ablehnung, die ihm im REM und der Wissenschaft entgegengebracht wurde, kommt in einem Schreiben Rusts an Rosenberg vom 10. März 1938 zum Ausdruck: Kaiser sei bereits am 22. Mai 1936 durch REM-Erlaß mitgeteilt worden, daß er für eine Hochschullaufbahn nicht in Frage komme, *341*. Kaiser näherte sich also wohl auch auf Grund dieser Gegnerschaft dem Amte Rosenberg. Vgl. Rosenbergs Antwort an Rust vom 11. April 1938 (ebd.).

[238] Deutsche Volkskunde im Schrifttum, Berlin 1938, S. 9–13, 115.

[239] Kater, S. 72/362 Anm. 26 nach Mitt. Harmjanz'.

[240] Harmjanz an Himmler, 16. Juni 1938 (Abschr. mit Paraphe Harmjanz'), *BDC, AE, Harmjanz*.

[241] NSM 9 (Mai 1938), H. 99, S. 539 (Artikel M. Zieglers).

[242] „Betrifft Haltung des Reichsführers SS ... zu dem vom Führer an Reichsleiter Rosenberg erteilten Auftrag der Überwachung ...", Denkschr. o. Dat., etwa Juli-August 1939, mit hs. Zusätzen Rosenbergs, *296*. Dazu S. 227 mit Anm. V/290.

[243] Wacker an Rust, 14. Juni 1938, *BDC, AE, Harmjanz*.

[244] Strobel: „Aktennotiz über die Besprechung ... am 26. 7. 1938 in Gmunden am Traunsee", *Centre CXXIX-a-75*.

[245] Heiber, Frank, S. 650.

[246] M. Ziegler: Vgl. Anm. IV/51 und IV/79. — Strobel (1911–1945, gefallen) war wie Ziegler Mitglied des nationalistischen Jugendverbandes „Adler und Falken" gewesen. SS-Eintritt 1931, Promotion 1934, seit Januar 1934 im Stabsamt des Reichsbauernführers, 1937 von dort zur Leitung der Abt. „Schulung" in der „Arbeitsgemeinsch. f. dt. Volkskunde" der DRbg. abgeordnet; November 1944 zur Waffen-SS; *BDC, Strobel*. Tod: *Z Koeppen*.

[247] Während hinter Reichskulturwalter Moraller im RmfVuP zum Beispiel Göring „stand", was Moraller anscheinend eines Tages den Posten kostete und den Abstieg zum Kommissar des gleichgeschalteten Rowohlt-Verlages zur Folge hatte (Wulf, Literatur, S. 192), hatte sich Hinkel Himmler als Schutzherrn ausersehen und konnte sich mit dessen Hilfe auch retten, als er wegen einer Kritik an Görings Schützling Gründgens im November 1937 vorübergehend seinen Posten im RMfVuP verlor. (Telegramm Hinkels an Himmler, 19. November 1937, Vermerk über Empfang bei Himmler am 20. November, Niederschrift Hinkels über Morallers Intrigen gegen ihn bei Göring, 10. Oktober 1938, überr. an Himmler 4. November 1938, *BDC, Hinkel, Himmler-File*; dazu Boelcke, S. 85 bis 88 und oben Anm. II/76.) Zu Moraller S. 79–80.

[248] Wie Anm. V/244. Vgl. die Interpretation der Stelle bei Heiber, Frank, S. 124. — Albrecht Jobst, Lic. theol., Dr. phil.; im GK 1940/41 als „Lehrbeauftragter, Pastor zu St. Michaelis", Hamburg, bezeichnet. — Martin Stammer, Lic. theol., Dr. phil., Prof. Hochschule für Lehrerbildung, Rostock (GK 1940/41). Über das weitere Schicksal der Gelehrten war nichts zu ermitteln.

[249] Rust wies in der Antwort auf ein Beschwerdeschreiben über Naumann und Beitl (dieses nicht ermittelt) am 10. März 1938, *341*, darauf hin, daß keiner von beiden „an einer Universität einen volkskundlichen Lehrstuhl" inne hätte und für einen solchen „auch nicht ... vorgesehen" sei. Rosenberg beanstandete in seiner Antwort vom 11. April 1938, *341*, daß Naumann dennoch noch Ordinarius in Bonn, Beitl noch Univ.-Dozent für Volkskunde in Berlin sei. — Zu ergänzen wäre, daß Naumann (wohl schon vor 1938)

wegen seines „Versagens" als Rektor im „Falle Karl Barth", wo er sich den Parteistellen nicht gefügig gezeigt hatte, die Lehrbefugnis für Volkskunde entzogen worden war. Die venia legendi für Germanistik blieb ihm. (Frdl. Mitt. Prof. P. E. Hübinger an Verf., April 1968.) Naumanns seinerzeit bahnbrechende Theorie vom „gesunkenen Kulturgut" widersprach der Rassenideologie (vgl. Heilfurth, S. 12). N. blieb für Nationalsozialisten daher ein umstrittener Mann, obwohl er 1933 in Bonn eine Rede bei der „Bücherverbrennung" gehalten und sich 1935 zur „neuen Staats- und Lebensführung" bekannt hatte. (N., Deutsche Volkskunde, 11.–15. Tsd. 1935, S. 8–10; vgl. aber Werner, NS-Geschichtsbild, S. 76.) — Über Beitl vgl. Zs. „Montfort", 9 (1957) und „Bodensee-Zs.", Sonderh. 3 (1954).

250 Die „Zeitschrift für Volkskunde", ab. Jg. 9 (1957), hrsg. von Gunther Ipsen und Heinrich Harmjanz, bewahrte „ihr internationales Niveau". Die Zs. war zugleich Verbandsorgan. (H. Bausinger, S. 140.)

251 Rosenberg an Rust, 18. Mai und 13. August 1938, *341*.

252 Rundschreiben nicht ermittelt; Auszüge abgedruckt in MzwaL (1938), Nr. 25 (31. Oktober 1938), S. 2, *BA*, veröff. nach einem neuen Beschwerdeschreiben Rosenbergs an Rust vom 18. Oktober 1938, *341*, Diktatzeichen Dr. M. Ziegler.

253 Die zitierten Sätze stellen eine Übernahme des Briefes vom 18. Oktober (Anm. V/252) in die MzwaL dar. Vgl. S. 114 mit Anm. IV/56.

254 Rosenberg an Rust, 18. Oktober 1938 (Anm. V/252–253).

255 Wolfram an Sievers, 4. November 1938; Sievers an Wolfram, 22. November 1938, *AE 47*.

256 Über die Umstände dieser Gleichschaltung ist noch nichts bekannt. Vgl. bisher Kater, S. 108/401 Anm. 6. Rosenberg kritisierte auch diese AE-Aktion; Himmler habe in diesem Falle „das Rassenpolitische Amt" übergangen. („Betrifft Haltung ...", wie Anm. V/242.) Zu Rosenbergs gutem Verhältnis zum RPA: u. D., S. 69.

257 Sievers: „An den Kurator ..." [Wüst], 22. April 1939 (m. hs. Zusätzen).

258 Meier, S. 26 f.

259 Jankuhn (Hrsg.), Forschungs- und Lehrgemeinschaft ...; dazu Kater, S. 89/379 Anm. 1–2, mit Zitaten aus den Eröffnungsreden, die freilich über den Inhalt der wiss. Vorträge nur das besagen, was Himmler hören wollte oder was notwendig war, um dem Amte Rosenberg den Wind aus den völkischen Segeln zu nehmen.

260 Vgl. Heiber, Frank, S. 252 und Teilnehmerverz. der Kieler Tagung (Anm. V/259).

260a Nachweis Katers, Neufassung, Kap. 9.

261 Zotz im NBlV, Jg. 1940, S. 125; als Vorwort zu Forschungsberichten von J. Böhm, Jiří Neustupy, J. Skutil, W. Vlk sowie einer umfangreichen Bibliographie tschechischer Arbeiten neuesten Datums. — Die Serie wurde im folgenden Jahr (NBlV 1941, S. 7–11 und 165–178) fortgesetzt. Die AE-Kontrolle über das Bodendenkmalspflegewesen in Böhmen war praktisch eine Kontrolle Zotz'; vgl. Kater, S. 160/444 Anm. 9–10; 244/522 ff. Anm. 9–12. Zu Zotz s. u. D., S. 174, 206.

262 Sievers an RSHA, 3. Mai 1943, *AE 793*, nach Kater, S. 245/522 Anm. 15. Dazu den Lebensüberblick von Gisela Freund in Festschr. Lothar Zotz, S. 4.

263 Reinerth: „Reichsinstitut ... 1931–1942" (Anm. V/37a).

264 Vgl. S. 163–164, 166.

265 Urban an StdF, 7. Dezember 1937 unter Bezug auf den Protest des Reinerth-Vertreters Prof. Schulz in der Sitzung vom 15. Juni und einen (nicht ermittelten) Entwurf des REM vom 23. November 1937.

266 Urban an Rust, 15. September 1937, *341*, mit Erwähnung der Anfrage Rusts vom gleichen Tage.

267 Satzungsentwurf des REM vom 24. Dezember 1937, *294 — NS 8/179*, Bl. 179 f.

268 Vgl. zur Absurdität dieser Forderungen S. 163–164, 166. Zitat: Rosenberg an Heß, 27. Januar 1938, dazu DRbg.: „Entwurf einer Satzung des ... für Vor- und Frühgeschichte". Das Institut sollte jetzt „nicht nur *deutsche* Vor- und Frühgeschichte bearbeiten ..., sondern den Siedlungsraum des Germanentums überhaupt im Zusammenhang mit dem Indogermanentum", *294 = NS 8/179*, Bl. 143–150; dort auch der REM-Entwurf.

269 Reinerth: „Betrifft: Satzung des Reichsinstituts ...", 12. September 1938, *341*, enthaltend eine Gegenüberstellung der Vorschläge Reinerths und des REM, aus letzteren Zitat.

Die Gegenüberstellung widerlegt verschiedene Angaben in der von späteren Interessen beeinflußten DRbg.-Übersicht vom 6. Juni 1942 (Anm. V/37a, 309, 310).

270 Urban an Wacker, 26. Januar 1939, *126*; vgl. Kater, S. 168/405 Anm. 14.

271 Urban an StdF, 12. Oktober 1939, *126*.

272 Referiert in: Mentzel an Bormann, 21. März 1942, *116*.

273 Reinerth: „Reichsinstitut ... 1931–42" (Anm. V/37a): Seit dem 1. Februar 1938 sei „von Seiten des Reichswissenschaftsministeriums auch der Reichsführer SS mit der Angelegenheit befaßt" worden. Das Datum dürfte stimmen (vgl. S. 222–225).

274 Sievers: „Aktenvermerk. Geheim", 20. Mai 1940, *AE 35*. Vgl. Kater, S. 169/450 Anm. 16.

275 Rosenberg an StdF, 7. März 1938, 116. Vgl. Kater, S. 103/395 Anm. 26. — Zur Frage der Berechtigung des von Rosenberg vertretenen Anspruches vgl. u. D., S. 161–162, 182 bis 183 und bes. Anm. V/103.

276 Sievers an Himmler, 14. Januar 1939, *AE 783*.

277 „Wie SS-Untersturmführer Buttler und Ministerialrat Hiecke mitteilen, würde es aber die weiteren Verhandlungen, die vom Reichswissenschaftsministerium mit den Ländern zu führen sind, innerhalb des Ministeriums erleichtern, wenn der Reichsführer-SS zu dem Gesetzentwurf etwa in dem als Anlage beigefügten Schreiben Stellung nimmt." (Wie Anm. V/276; die Vorlage für die Befürwortung Himmlers fehlt.) Ob Himmler der Bitte nachkam, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. S. 226 zu Anm. V/280.

278 Bormann an Rosenberg, 10. Dezember 1938; Bormann an REM, vom gleichen Tage, *294 = NS 8/180*, Bl. 10–11.

279 Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, passim.

280 Darauf deutet ein Schreiben Apffelstaedts an Wüst vom 6. Januar 1939, *BDC, Apffelstaedt:* Er habe gehört, daß StdF das Gesetz genehmigt habe und daß glücklicherweise der Anspruch der DRbg. zurückgewiesen worden sei. „Leider Gottes sperrt sich nun aus grundsätzlichen Erwägungen heraus Dr. Goebbels, der dem Vernehmen nach seine Zustimmung irgendwie auszuhandeln gedenkt gegen die Kunstakademien und Kunsthochschulen ..." (Die K. unterstanden dem REM und gehörten zu den umstrittenen Gebieten im Machtkampf zwischen Rust und Goebbels.) — Länder: auch da anscheinend Schwierigkeiten, vgl. Anm. V/277.

281 Himmler an Rosenberg, 20. August 1938, *EAP 161-b-12/130*, Folder 140.

282 Rosenberg an Himmler, 4. August 1938 (ebd.). Vgl. Anm. V/290.

283 Verfügung Himmlers vom 22. September 1938 (ebd.): Bericht: wie Anm. V/77. — Rosenberg leitete zur gleichen Zeit ein Verfahren gegen Richthofen ein, das in Wirklichkeit einer Rehabilitierung Reinerths dienen sollte, vgl. dazu S. 232–235.

284 Bormann an Himmler, 4. August 1939, *AE 35*. Zum folg. vgl. Kater, S. 112/404 Anm. 31 bis 34.

285 Rosenberg an Bormann, 15. August 1939, *398*. — Die SS hatte ihre Beschlagnahmevollmachten nach dem „Anschluß" Österreichs dazu benutzt, die „Treuhänderschaft" über den Salzburger Universitätsverein zu übernehmen, einen Verband, der sich die Wiedererrichtung einer Katholischen Universität Salzburg zum Ziele gesetzt und die Wissenschaftswochen seit 1931 zusammen mit den Festspielen abgehalten hatte (vgl. Kater, S. 100/392 Anm. 7). Himmler und Gauleiter Rainer hatten (anscheinend Ende 1938) ein Abkommen getroffen oder auch nur mündlich besprochen, daß das AE die — jetzt nationalsozialistischen — Universitätspläne unterstützen werde. Rainer betrachtete das AE fortan als den „Treuhänder des Salzburger Universitätsgedankens". (Rainer an Sievers, 6. Februar 1941, *AE 277*, nach Kater, S. 156/439 Anm. 13.) Damit waren weitreichende Pläne für die Gründung einer SS-Universität verbunden, welche wohl die entscheidende Konkurrenz zur Hohen Schule (vgl. S. 229 mit Anm. V/297) geworden wäre. Verhandlungen darüber zwischen Wüst, Mentzel u. a. (Kater, ebd.)

286 Urban an StdF, 21. Juli 1939, *AE 35*. — Sievers soll dem Oberreg.-Rat Huber im REM am 14. Februar 1939 berichtet haben, Rainer habe sich nicht nur an den RFSS, sondern „auch an den Stab Rosenberg" gewandt, der geantwortet habe, man möge „die Hohe Schule am Chiemsee mit der Veranstaltung ... beauftragen". Die Mitteilung beruhte wahrscheinlich auf einem Mißverständnis (vgl. Kater, S. 112/404 Anm. 31), denn Rainer berief sich in seinem Rechtfertigungsbrief (Anm. V/288) nicht auf frühere Besprechungen

mit der DRbg., obwohl dies seine Argumentation hätte stützen können. Auch in den Eigen-Aufzeichnungen der DRbg. fand sich bisher kein entsprechender Hinweis.

287 Ahnenerbe, Rampf an Dr. Friedhelm Kaiser (stellv. Geschf. des AE lt. Kater, S. 85/376 Anm. 85 und S. 173/454 Anm. 35), 27. Juli 1939, *AE 35:* Referat der Ansicht des Landesrats Springenschmied.

288 Rainer an Rosenberg, Dat. unbekannt, ermittelt als Insert in einem Schreiben Rainers an StdF (Sommer), 27. Juli 1939, *AE 35:* „Ich habe von diesen Schwierigkeiten nichts gewußt, insbesondere hat es mir gänzlich ferngelegen, die Tagung etwa ohne die NSDAP vorzunehmen." Er „wünschte nicht", daß die Veranstaltung „nur staatlichen oder sogar nur privaten Charakter" trage. Er bitte, in gemeinsame Besprechungen DRbg. — REM — RFSS — Gauleitung Salzburg einzutreten. Dazu kam es nicht.

289 Bormann an Himmler, 4. August 1939 (Anm. V/284). Daraufhin Presseverlautbarung des REM in diesem Sinne (11. August 1939), *AE 35.*

290 Rosenberg: „Betrifft Haltung des Reichsführers SS ..." (wie Anm. V/242). Das Schreiben enthält auch einige Mitteilungen über die Zeit seit August 1938 (vgl. S. 226 mit Anm. V/281–282). Dazu Himmlers Brief an Rosenberg vom 15. Dezember 1938, *EAP-161-b-12/130,* Folder 140, gedr. Heiber, Briefe, Nr. 43. Das am 15. Dezember erwähnte Schreiben Rosenbergs an Himmler vom 23. November 1938 konnte Verf. noch nicht ermitteln. Die am 15. Dezember von Himmler angeregte Aussprache fand wahrscheinlich kurz vor dem 24. Dezember 1938 statt. Himmler will dabei geäußert haben, daß er die beschlagnahmten Bibliotheken „weltanschaulicher Gegner" für die SS beanspruchen müsse. Dementsprechend lehnte er am 31. Januar 1939, *286,* den kurz zuvor schriftlich gestellten Antrag Rosenbergs ab, die Bibliotheksbestände des beschlagnahmten Instituts für Volkskunde und Auslandsbeziehungen des Prälaten Prof. Georg Schreiber, Münster (vgl. Heiber, Frank, über Register), sowie des Jüdischen Zentralvereins für Zwecke der Hohen Schule zur Verfügung zu stellen. Über den Verlauf der Dezember-Unterredung ist sonst nichts bekannt. Ein Protest-Schreiben Rosenbergs an Himmler vom 11. Februar 1939 (ermittelt als Insert in der Denkschrift lt. Anm. V/242) blieb unbeantwortet. Dazu auch Schriftw. Heß/Rosenberg 4./16. Februar 1939, *386,* betreffend das Institut Schreibers.

290a Sievers an Frau Merck, eine Gönnerin Wirths und später des „Ahnenerbes", 21. September 1939, *AE 232,* nach Kater, S. 91/382 Anm. 16.

291 Vgl. C. Schuchardt, Alteuropa, 1. Aufl. 1919, S. 73 ff.; Sprockhoff (1938), S. 15 f.; zum heutigen Forschungsstand vgl. Daniel (frdl. Mitt. Prof. Dehn, Marburg, 23. Februar 1969).

292 Reinerth, Ein Dorf der Großsteingräberleute, GE 4 (1939), S. 226 f.

293 Der Verlag Bruckmann kündigte Reinerth am 14. Dezember 1943 schriftlich die Vereinbarung über Herausgabe eines volkstümlichen Werkes über die Dümmer-Grabung, da das seit Monaten ungenutzt lagernde, knappe Druckpapier nunmehr benötigt werde, nachdem Reinerth trotz ständiger Mahnungen den Text nicht übersandt habe (*126,* dort weit. Schriftwechsel).

294 Tagebuch Sievers', 18. und 25. Mai 1941, *AE 128,* zitiert Kater, S. 155/441.

295 Sievers an Pers.-Stab RFSS, 27. Mai 1941, *AE 357,* zitiert Kater, S. 155/441.

296 Führererlaß vom 29. Januar 1940, vgl. S. 134 mit Anm. IV/139.

297 Berger (Chef des SS-Hauptamtes) an Himmler, 12. September 1942 (Kater, S. 248/526 Anm. 12). Vgl. oben Anm. V/285.

298 Vgl. oben S. 68, 96. Offiz. Ernennung zum Leiter des Aufbauamtes: „Notiz für die Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage", 12. August 1942, *250.*

299 Harder, Richard (1896–1957), PDoz. Heidelberg 1927, oP Königsberg 1927, oP Kiel 1930, pers. Ordinarius München 1940–1945, oP Münster 1952. Vgl. Verz. d. gedr. Quellen. Harders Biograph Walter Marg (in: Harder, Kleine Schriften, Einl.) berichtet, daß Rosenberg Harder keinerlei „weltanschauliche" Bedingungen gestellt habe. Solche wurden auch in den Akten nicht ermittelt. Harder war der einzige wirklich bedeutende Forscher, den Rosenberg je hauptamtlich zu gewinnen vermochte. Über Harders Motive besteht keine Klarheit.

300 Das Kieler Institut sollte die „Geschichte des Germanentums unter besonderer Berücksichtigung Skandinaviens" untersuchen (Aufzeichnung Rosenbergs, gedr. Wulf, Denker, S. 138). Vgl. Anm. Einl./35.

301 Jankuhn, „Aktenvermerk" über Bespr. Harder-Jankuhn, 31. Oktober 1941, *AE 784*.

302 Baeumler an Jankuhn, 3. Februar 1942; Jankuhn an Baeumler, 10. Februar 1942 (mit Paraphe Wüsts), *AE 784*.

303 Reinerth an Rosenberg, 6. Februar 1942, Ausf., *111*.

304 Reinerth, „Stellungnahme zu der vorgesehenen Stillegung während des Krieges", 29. Januar 1943 (Ausf., mit handschr. stilist. Korrekturen und Paraphe Reinerths), *111*, vgl. Rothfeder, S. 289. Zum ERR vgl. u. D., S. 145–154 und Anm. IV/184. — Teilweise in Konkurrenz zum ERR arbeitete das zum „Ahnenerbe" gehörige „Sonderkommando Jankuhn", dem nach 1945 „Plünderung" vorgeworfen wurde. Verf. konnte die von Kater, Diss., S. 191/467–471 und 246–252/525–528 in diesem Zusammenhang angeführten Dokumente nur in einem Falle im Wortlaut einsehen. Das dabei überprüfte Dokument *707-PS* (Kater, S. 250/258 Anm. 25) stand der behaupteten Plünderungs-Absicht entgegen. Es handelte sich dabei um eine Beschwerde Jankuhns über den ERR, weil dieser das Vorgeschichtsmuseum Charkow leichtfertig der Vernichtung im Kampf preisgegeben hatte, während es Jankuhn gelungen war, den Inhalt mehrerer anderer Museen noch vor Herannahen der Front zu bergen. Kater hält auf Grund weiteren Materials das kritische Urteil aufrecht (Kater, Neufassung, Kap. VI).

305 Rosenberg an Bormann, 26. Oktober 1943, *366*.

306 „Kurzbericht über die Sicherungsmaßnahmen der Hauptarbeitsgruppe Ukraine bei den Absetzbewegungen der Wehrmacht. Geheim", 27. Oktober 1943, *405*; vgl. auch Reinerth an Rosenberg, 22. März 1944 und Koeppen an Reinerth, 28. März 1944, *126*. Reinerths Angabe gegenüber Kater (dort S. 250/528 Anm. 23), nicht im Osten tätig gewesen zu sein, ist mißverständlich. Er beschlagnahmte wohl nicht selbst, aber war Leiter des „Sonderstabes Vorgeschichte" im ERR und unternahm zusammen mit Benecke (u. D., S. 191–192, 200, 204 und Anm. V/2) und anderen Herren vom 21. September bis 23. November 1942 eine Besichtigungsfahrt durch Museen und Ausgrabungsstätten der UdSSR und Polens: Krakau — Kiew — Dnepropretowsk — Charkow — Simferopol — Sewastopol — Jalta — Kertsch — Taman ... Rostow ... Warschau. Aktennotiz DRbg., *Tüb.*

307 Unwidersprochen gebliebene Veröffentlichung des Präs. d. Dt. Arch. Instituts, Weickert, 1949 (wiederholt 2. Aufl. 1952), S. 27. Über diese Grabungen: GE 6 (1941), S. 191; Stampfuß in „Mannus" Jg. 1942, S. 132. — In der internationalen Fachwelt wird beklagt, daß das von Reinerth im Verlauf dieser Aktion ausgegrabene Megaron, ein in dem betreffenden Gebiet seltener Fund von unschätzbarer Bedeutung, noch nicht publiziert wurde. Vgl. C. Zervos, S. 33.

308 Vermerk der Gruppe Kunstschutz beim Militärbefehlshaber West vom 15. Februar 1941 über ein Gespräch zwischen Langsdorff und Stülpnagel (Treue-Bargatzky, S. 329). In diesem Falle ging es nicht um Vorgeschichtsfunde. Langsdorff bekleidete 1941 das Amt eines Kriegsverwaltungs-Abteilungschefs beim Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich, RFSS, Pers.-Vermerk Wüsts vom 7. Dezember 1943, *BDC, AE, Langsdorff*. Vgl. u. D., S. 167–169, 186–189, 205, 209.

309 Mentzel an Bormann, 21. März 1942, *116;* vgl. Anm. V/272. Eine Abschrift des Schreibens wurde der DRbg. erst am 17. Mai 1942 von der Pkz zugestellt: Härtle an Pkz, 4. Juni 1942, *116*. Rosenberg erhielt erst am 4. Juni 1942 davon Kenntnis; an diesem Tage entstand große Aufregung in der DRbg.; es wurden die in Anm. V/37a, 269, 310 und 312 erwähnten Dokumente verfaßt.

310 Reinerth, „Aktennotiz über Besprechung mit Reichsminister Rust am 13. April 1942", *116*; vgl. Kater, S. 168/450 Anm. 14. Das Dokument wurde erst am 4. Juni 1942 abgefaßt und ist wegen des zeitl. Abstandes und des offensichtl. Zwecks, Mentzel mit angebl. Ausführungen seines eigenen Ministers (Rust) widerlegen sowie Rosenberg über den Verlauf der Reinerth-Rust-Unterredung vom 13. April 1942 beruhigen zu wollen, kritisch zu bewerten. Vgl. Anm. V/309. Reinerth will in der Unterredung davon ausgegangen sein, daß zu einem nicht näher bezeichneten Zeitpunkt des Jahres 1939 eine Einigung mit dem REM über den „Gründungserlaß" für das Institut erzielt worden sei, wobei für die DRbg. nur ein unbefriedigender Kompromiß zustandegekommen wäre. Er will von Rust am 13. April 1942 gegenüber dieser Einigung „eine wesentliche Abänderung" im Sine der „früheren Vorschläge" der DRbg. verlangt haben. (Antw. Rusts s. Obertext.) Dementsprechend auch die Abfassung in: Reinerth, „Reichsinstitut ... 1931–42"

(Anm. V/37a), wo es heißt, das Ministerium habe „im Sept. 1938" die „Einbeziehung der vorgeschichtlichen Denkmalpflege und der Museen — wenn auch völlig unzureichend — ... vorgesehen". Dem widerspricht Reinerths eigene Aufzeichnung über die Verhandlungen im September 1938 (vgl. oben S. 233 mit Anm. V/269).

311 Mentzel an Bormann, 21. März 1942 (Anm. V/309); vgl. bisher Kater, S. 249/527 Anm. 18–19 und Rothfeder, S. 230 f. — Mentzel erwähnte als Hauptstreitpunkte zu Recht die §§ 2 und 4 der Institutssatzung; gerade diese betrafen die vier Kernforderungen der DRbg. (u. D., S. 163–164, 166).

312 Rosenberg an Bormann, 4. Juni 1942, *116*.

313 VB, 11. Juni 1942.

314 Rust an Rosenberg, 10. Juli 1942, *341*.

315 Rosenberg an Rust, 18. Juli 1942, *341*.

316 Rosenberg an Bormann, 15. August 1942, *126*.

317 Reinerth an Utikal (Leiter des für Verwaltung zust. Zentralamtes der DRbg. und des ERR), 22. November 1943, *111*, mit den im folgenden verwandten, rückblickenden Mitteilungen über die Zeit 1938–1943.

318 Urban an Oberstes Parteigericht, 5. August 1939 (nicht ermittelt, aber aus diesem Schreiben zitiert Reinerth an Utikal, 22. November 1943, Anm. V/317). Vgl. Anm. V/205.

319 Vgl. Anm. V/205; Richthofen hatte z. B. auch einen eigenen Brief an Reinerths Assistenten Dr. Werner Hülle mit einer Zurückweisung des Angriffs auf den Württ. Landeskonservator Dr. Veeck (gest. 1941) vom 8. Juni 1937 weitergegeben (mit hsW. an Prof. Andree, Münster, in *Tüb.*). Richthofen wandte sich darin an Hülle gegen dessen Artikel: „Grundsätzliches zur süddeutschen Germanenforschung" (Mannus Jg. 1937, S. 255 ff.). Richthofen setzte bereits voraus, daß der Artikel nicht auf Initiative Hülles und nicht allein von ihm verfaßt worden sei. Ein Anlaß zu dem Prozeß könnte auch die scharfe Zurückweisung politischer Angriffe auf die wissenschaftliche Arbeit Buttlers gewesen sein, die Richthofen (mit deutlicher Anspielung auf den ungenannten Reinerth) in der PZ 1937/38, S. 433–435, veröffentlicht hatte.

320 Vgl. Anm. V/138; diese Argumentationsweise bestätigt durch Briefe Rosenbergs an Rust vom 27. Juli und 17. September 1938, *341*. Dat. und Existenz des ersteren nur durch letzteren ermittelt. Rosenberg beschwerte sich, daß das REM gegen Reinerth eine Untersuchung wegen der Verleumdungen über Merhart eingeleitet hatte. Der Artikel Beneckes in GE 1 (1936), S. 56 (vgl. oben S. 204 mit Anm. V/181) fiel nach Ansicht Rosenbergs „ausschließlich in den Bereich" der DRbg. — Das REM hatte das Disziplinarverfahren wohl in erster Linie zur Abwendung eines OPG-Verfahrens eingeleitet, wie sich aus einem Briefe Buttlers an Apffelstaedt vom 1. September 1938, *NB 2*, ergibt: Er „hoffe immer noch, daß bei dem Disziplinarverfahren gegen Richthofen soviel herauskommt, daß Rust es sich noch sehr überlegen" werde, ob er Reinerth zum Institutsdirektor berufen könne.

321 Bormann an Rosenberg, 26. März 1944, FS, *405*, mit rückblickender Darstellung. — Rosenberg war auf den Tatbestand schon am 24. Dezember 1943 durch Bormann hingewiesen worden, *305*.

322 Rechtsvertreter der DRbg., Dr. Schliz, an Rosenberg, 25. Juli 1942, *111*.

323 Bormann an Rosenberg, 25. März 1944, FS, *405*.

324 Bormann an Rosenberg, 26. März 1944 (Anm. V/321).

325 Rosenberg an Bormann, 17. März 1944, *405*; vgl. weitere Einzelheiten: Reinerth an Utikal, 22. November 1943 (Anm. V/317); Protest Rosenbergs bei Bormann, 8. Dezember 1943, *305*; Bormann an Rosenberg, 24. Dezember 1943 (Anm. V/321); Stellrecht an Friedrichs (Pkz), 16. Februar 1944, *405*; DRbg.-Notiz: „Zum Telefongespräch [Rosenbergs] mit Bormann am 22. März 1944", *405*.

326 Utikal: „Bericht über die Hauptverhandlung ... gegen Oberbereichsleiter ... Reinerth", 28. März 1944, *Centre CXLIII-343*. Es wurde vorweg bekanntgegeben, daß zu diesem Termin noch keine Entscheidung getroffen werden solle. Man wolle nur Reinerth hören. Das Gericht äußerte die Absicht, auch Merhart als Zeugen vorzuladen. Das wollte die DRbg. unbedingt verhindern. In Anwesenheit Reinerths argumentierte Utikal, daß „die Vernehmung eines Jesuitenzöglings [vgl. Anm. V/221] vor einem Parteigericht wohl unmöglich sei". Das OPG verzichtete daraufhin auf eine Ladung Merharts. — Reinerth

war vom OPG bereits am 12. November 1943 ersucht worden, zu einem von ihm selbst zu bestimmenden Termin zwischen 6. und 11. Dezember 1943 vor den Sachbearbeitern des Gerichts auszusagen. Nach Bormann (Anm. V/312) hatte er daraufhin „einfach nichts von sich hören lassen". Reinerth hatte jedoch nach eigener Darstellung „auf das Schreiben v. 12. 11. 43 zunächst keine schriftliche Nachricht gegeben, sondern lediglich dem unterzeichneten Parteirichter Dr. Voigt telefonisch Mitteilung von der Vorlage des Schreibens an Reichsleiter Rosenberg gemacht". Letzteren unterrichtete er dahingehend, daß es sich „um einen geschickt getarnten Schritt unserer Gegner" handele, „der dadurch ... eigenartig beleuchtet" werde, „daß vor kurzem erst sowohl Prof. von Richthofen als auch ... Prof. Petersen ... von der Parteikanzlei (!) zur U.K.-Stellung beantragt" worden seien (Anm. V/317). Petersen kehrte von der Front nicht zurück und fiel (Anm. V/41). — Da Reinerth im Dezember 1943 der Ladung nicht gefolgt war, drohte Bormann am 26. März 1944 (Anm. V/321) für etwaiges Nichterscheinen am 27. März den Parteiausschluß an. Zu Reinerths jahrelanger Weigerung, selbst ein Verfahren gegen sich zu beantragen, vgl. Anm. V/205.

327 Vgl. S. 161 mit Anm. V/30. Rosenberg an OPG, Buch, 8. September 1944 auf OPG, Dr. Volkmann, an Rosenberg, 23. August 1944, *Centre CXLV-563*.

328 Dies traf zu. Vgl. Anm. V/19.

329 Vgl. S. 161 mit Anm. V/30.

330 Das bezog sich auf den Anm. V/319 genannten Artikel gegen Veeck, ein „altes" NSDAP-Mitglied. Reinerth erklärte dazu vor dem OPG sinngemäß, die „Erwiderung Dr. Veecks habe in der Form schwere Angriffe gegen die nationalsozialistische Ausrichtung der Vorgeschichtsforschung enthalten, ⟨so⟩ daß ihre Veröffentlichung deshalb habe unterbunden werden müssen". (Referiert in: OPG an Rosenberg, 23. August 1944, vgl. Anm. V/327.)

331 Rosenberg an OPG, Buch, 8. September 1944 (Anm. V/327).

332 Diese Argumentationen wurden von Rosenberg unter anderem Bormann mündlich vorgetragen oder sollten ihm nach Ansicht der DRbg.-Funktionäre (die sie selbst vor dem OPG am 27. März 1944 [vgl. Anm. V/326] verwendeten) vorgetragen werden. Zitat aus der Notiz „Zum Telefongespräch ... am 22. März 1944" (Anm. V/325). Amtsenthebungen: u. D., S. 207–208. Weitere Probleme: die DRbg. wollte in Ideologie-Fragen offenbar Prozeßpartei und Richter zugleich sein. Auch existierte keine Appellationsinstanz, es sei denn man sähe Hitler als solche an (der aber Entscheidungen ja gerade auswich) oder hielt die Pkz dafür, die die Prozeßeröffnungen genehmigen mußte (vgl. S. 86 mit Anm. III/160; V/324).

333 Baeumler: „Aktennotiz für den Reichsleiter", 3. April 1944 *(Centre CXXXIX-48*, gedr. Wulf, Denker, S. 100). Baeumler spielt hier gerade auf die von der DRbg. geförderten Wissenschaftler an, denn der in der Notiz behandelte NSDD unterstand zu dieser Zeit praktisch der DRbg.

SECHSTES KAPITEL

1 „Der Führer wünscht, daß die Bezeichnung und der Begriff ‚Drittes Reich' nicht mehr verwendet werden. Ich bitte, dies der Führerschaft Ihres Dienstbereiches in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen." (Rundschreiben des StdF, gez. M. Bormann, Nr. 127/39 vom 13. Juni 1939, hier zitiert aus der Bekanntgabe an die Mitarbeiter der DRbg. im Rundschreiben Nr. 6/39 des Verwaltungsamtes DRbg., gez. Puttkammer, vom 26. Juni 1939, *BUE 53*, Bl. 0357 267.) — Das Verbot wurde zuerst erwähnt von Kluke, Europaideologie, S. 250. — Hinweise darauf, daß die ideologisch doch recht bemerkenswerte Verfügung in der DRbg. oder von Rosenberg selbst diskutiert worden wäre, wurden nicht ermittelt. Auf die Unterschiede zwischen der „Reichs"-Ideologie des NS und den Gedanken Moeller van den Brucks verweist Bracher in Bracher/Sauer/Schulz, S. 16 ff., 264 ff. — Auf irgendwelche Beziehungen zu der Lehre Joachim von Fiores einzugehen, erübrigt sich (vgl. Löwith, S. 136 ff.). Zu ergänzen wäre, daß Rosenberg unwidersprochen schon lange vor 1939 einen Trennungsstrich zwischen Moeller van den Bruck und dem NS zu ziehen suchte: A. Rosenberg, Gegen Tarnung und Verfälschung, in: A. R., Gestaltung der Idee, S. 15 ff. (VB, 8. Dezember 1933). — Vgl. auch den ungezeichneten

Artikel in der NSK vom 31. Mai 1935: Moeller habe den NS eben leider nicht als den „einzigen Weg" für Deutschland angesehen. Die n. s. Revolution sei „von jenen Schriften zwar geahnt, aber nicht beeinflußt worden", sie sei „das alleinige geistige Werk Adolf Hitlers". Das hier sichtbare Prestigebedürfnis war vermutlich auch unmittelbarer Anlaß für das Verbot der Bezeichnung „Drittes Reich": Die hohen Funktionäre fühlten sich vom Volkswitz beleidigt, der bereits von einem „Vierten Reich" und ähnlichem sprach (Berning, S. 54 ff.). Zu den im folgenden vorgetragenen Thesen zur Struktur vgl. wiederum Broszat, Staat Hitlers, S. 423–442. Wir sind nicht sicher, daß unser Versuch, das Herrschaftssystem als Eroberstaat zu fassen, der Feststellung Brozats widerspricht, wonach es „sich als Herrschaftsform überhaupt nicht theoretisch befriedigend darstellen" läßt (S. 9 f.), weil wir nur eine Erklärung für die unaufhörliche Bewegung, aber kein Gesetz für jeden Einzelfall vorschlagen.

[2] Hitler im VB vom 1. Januar 1921 (dazu Kluke, Europaideologie, S. 242). Der Gebrauch „Drittes Reich" durch Hitler ist noch nicht belegt, wenngleich wohl auch nicht auszuschließen. Vgl. dagegen die reichen Nachweise für „Germanisch-deutsches", „Großdeutsches", „Preußisch-Deutsches Reich" lt. Register von Domarus IV, S. 2280, 2287. — Vgl. auch Loock, S. 37–63.

[3] Hitler zum 50. Geburtstag Rosenbergs, vgl. Anm. IV/146a.

[4] IMG 22, S. 616. Vgl. oben S. 120 mit Anm. IV/83–83b.

[5] Vgl. oben S. 24 mit Anm. I/58.

[6] Vgl. oben S. 62 mit Anm. III/5.

[7] Rosenberg, Gestaltung der Idee, S. 303 (Forderung vom 7. März 1935). Von diesen Ungeheuerlichkeiten findet sich ebenfalls kein Wort in den „Letzten Aufzeichnungen" Rosenbergs.

[8] Ebenda, S. 182 (Oktober 1934).

[9] Vgl. S. 154–155, 159, 191–192, 204, 210, 234; Anm. V/221. — Zur Geheimhaltung vgl. besonders Hitlers Ansprache vom 2. Februar 1934 (Broszat, Staat, S. 266 f.).

[10] Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 207. Vgl. oben Anm. II/167–167a.

[11] Wolfgang Birkenfeld in der Einleitung zu: Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft...", S. 32. Zu den Ursachen der „Polykratie der Ressorts", vgl. jetzt besonders Broszat, Staat Hitlers, S. 355–402.

[12] Boelcke, S. 125.

[13] Weizsäcker an Botschaft Tokio, 28. Juli 1937, ADAP I, Nr. 472. Dazu Sommer, S. 57, 60, 450.

[14] Mommsen, Beamtentum, S. 13.

[15] Äußerung des Reichskabinettsrats Leo Killy, *NG-1296*, gedr. ebd., S. 15.

[16] Frick an Lammers und Göring, 23. Dezember 1939, gedr. ebd., S. 224.

[17] HS-Auftrag: S. 134; AHS: S. 100, 209; Schutzbrief Himmlers usw.: S. 216; zu der verworrenen Befehlsstruktur der SS jetzt Höhne; ferner Buchheim, SS- und Polizeiführer, S. 362 ff.

[18] Fraenkel, The Dual State.

[19] Vgl. Anm. II/94.

[20] David Irving, in: Der Spiegel 21 (1967), Nr. 25, S. 78.

[21] Friedrich, S. 83–91; vgl. ebenda, S. 56–57.

[22] Vgl. oben S. 11 mit Anm. Einl./7. — Die „Divide et Impera"-Theorie wird vielfach übernommen; vgl. etwa Heibers Bemerkung über das „planvolle Kompetenzchaos des Dritten Reiches" (Generalplan Ost, S. 284) und die Ansicht Boelckes, S. 125. Zitat: Krebs, S. 66.

[23] Rosenberg an Heß, 25. November 1939, *398*. — Rosenberg referierte Hitlers angebliche Äußerung auf seine Bitte um Weisungsrecht: Er, Hitler, wolle das „gerne tun" (R., Tagebuch, ed. Seraphim, 1. November 1939); ähnlich in R. an Heß, 16. November 1939, *398*. Zum Zusammenhang vgl. S. 130 mit Anm. IV/126. — Ley an Rosenberg, 7. Mai 1942, *353*; Zusammenhang: S. 136–137 mit Anm. IV/150.

[24] Goebbels, Tagebuch, ed. Lochner, S. 274 (16. März 1943).

[25] Rudolf Likus (Mitarbeiter des Büros Ribbentrop): „Aktennotiz", 8. August 1937 über ein Gespräch mit Bömer vom 5. August 1937, *AA, Pers. Schr.*, S. 378 105. — Zu Bömer vgl. Boelcke, S. 70–73.

[26] G. Thomas, S. 201 und 257. Herrn Dr. Lothar Burchardt, Konstanz, dankt Verf. f. d. Hinweis.

[27] Denkschrift (Anm. II/167), S. 9 (AN 14 517).

[28] Bracher, Stufen, S. 40.

[29] Ley-Rosenberg-Krise: S. 92–103; Weisungsrecht-Forderung: S. 128–134.

[30] Vgl. den Artikel des Verf. „Wissenschaft im 3. Reich" in: Skizze, Studentenzeitung der Universität Kiel 15 (1967), Nr. 6, Januar 1967, S. 13–14. Verf. hat die Formel „Ämter-Darwinismus" dort selbst verwendet, hält es aber in der Zwischenzeit für notwendig, zu betonen, daß Beweise für einen bewußten Gebrauch solcher Vorstellungen bei Hitler nicht vorliegen. Unbewußte Anwendung erscheint dagegen möglich.

[31] Petwaidic, Die autoritäre Anarchie, S. 18. — P. wurde 1940 zum Leiter der „Transcontinent Press" berufen, die „in engem Zusammenhang mit dem Auswärtigen Amt" Nachrichten in Südosteuropa verbreitete, die in Deutschland selbst nicht gebracht werden durften. P. erhielt die in seinem Buche verarbeiteten Mitteilungen von Angehörigen des AA. (Frdl. Mitt. Herrn Petwaidics an den Verf., 27. Juni 1968.)

[32] Thomas, S. 352 ff.; Milward, S. 68 ff., bes. 117–141. S. 118 über die Opposition Görings trotz aller „Führerbefehle"; S. 120: Übertragung von Kontrollbefugnissen hinsichtlich der Marineausrüstung nicht auf Grund einer klaren Konzeption, sondern infolge politischer Zufälle beim Wechsel von Raeder zu Dönitz.

[33] Bormann an Rosenberg, 5. Februar 1943 (oben S. 139 mit Anm. IV/157). Ganz ähnlich Bormanns Warnung an Lammers 1941 (Broszat, Staat Hitlers, S. 383 f.).

[34] R., Porträt, S. 276, berichtet, daß Hitler zu Beginn seiner Regierungszeit täglich die Akten aufgearbeitet habe, aber nicht dabei blieb: „Er gab auch diesen Anlauf zur bürokratischen Systematik bald auf." Vgl. P. E. Schramm, Einleitung zu „Hitlers Tischgespräche" sowie Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, passim, bes. S. 60.

[35] Milward, S. 74 f., 113, 135 f., 157. — Gauleitertagungen z. B.: NSK 12. April 1934; Rosenberg, Porträt, S. 342 über die letzte Reichs- und Gauleitertagung am 25. Februar 1945 (R. sah Hitler dabei zum letzten Male).

[36] Zitat: Nolte, S. 491; Nolte, S. 491–504, ist die wohl bislang umfassendste Analyse der Vorstellungswelt Hitlers zu verdanken; seine Ergebnisse werden auf die politische Praxis übertragen bei Hillgruber, S. 207 f., 391–497, 516–532. Daß Hitler außenpolitisch im großen und ganzen konsequent vorging, betont bes. Jacobsen, Konzeption, S. 25–28; zur Stellung Rosenbergs vgl. Dallin, S. 65 ff., 70 ff., 170 f. und Nolte, S. 436.

[37] Hitler, Mein Kampf, S. 738, 741–743 (II, 14), ähnlich Rosenberg, Mythus, S. 662 (3. Buch, VI, 5), zit. u. D., S. 128.

[38] Nolte, S. 436; dazu Hillgruber, S. 516 ff.

[39] Heiber, Generalplan Ost, S. 295 f. und 307 f.

[40] Bericht eines ungenannten Teilnehmers von einer Schulungstagung in Berlin mit Rede Leys, 27. September 1943, *BDC, Heinrich Bruhn.* Vgl. u. D., S. 57 mit Anm. II/167a. Zum folgenden (Selektion der negativen Zielsetzungen im NS) vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 434 f.

[41] Mommsen, Beamtentum, S. 13.

[42] Vgl. Hitlers Ausspruch (Tischgespräch vom 4. Mai 1942): „Die Bezahlung der durch den Krieg verursachten Reichsschulden" sei angesichts der „durch das deutsche Schwert getätigten Landgewinne kein Problem". Dazu Stolper/Häuser/Borchardt, S. 172 und 190: Die Reichsschulden betrugen Ende März 1933 12 Milliarden RM, Ende 1939 43 Milliarden, Ende des Krieges 1945 379,8 Milliarden RM. Der Inflationsverlust mußte zum größeren Teil „von den Bürgern des Reiches selbst getragen werden" (Stolper, S. 190). Obwohl die Löhne zwischen 1933 und 1938 nominell etwas stiegen, sank doch der Anteil der Lohnsumme am Volkseinkommen (welches sich verdoppelte) von 63 auf 57 % (Stolper, S. 174 f.). — Dem Reich standen weiter drei außergewöhnliche Finanzierungsquellen zur Verfügung: die Transfersperre gegenüber ausländischen Gläubigern (verhängt 1. Juli 1933, endgültig Juni 1934), die Erbeutung der österreichischen und tschechoslowakischen Devisenbestände 1938/39 und die Aneignung des jüdischen Vermögens (Zahlen fehlen; vgl. Stolper . . ., S. 172 ff.). Zu der ungeheuren Effektivität hinsichtlich *kurzfristiger* Ziele besonders in der NS-Wirtschaft, vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 373 bis 378, 431, 438–439.

[43] So die trefflichen Formulierungen von Milward, S. 14 f.

[44] Ebenda, S. 129.

[45] Arendt, Elemente, S. 508 mit Anm. 1. — Frau Arendt ist vom Bilde des von einem einheitlichen Führerwillen gelenkten *Führer*-Staates, das sie in diesem kurz nach dem Ende des Hitler-Reiches geschriebenen Werke entwarf, inzwischen abgewichen (vgl. folg. Anm.). Siehe auch die Kritik von Fest, S. 451 Anm. 1.

[46] Arendt, Eichmann, S. 191.

[47] Trevor-Roper, S. 8.

[48] Vgl. Anm. VI/6. — Zitate aus zwei Aufsätzen Rosenbergs: „Totaler Staat?" und „Vom Meister der Schule zum Meister des Lebens", gedr. in: R., Gestaltung der Idee, S. 21 und 182. — Rosenberg sprach sich gegen den Begriff „Totaler Staat" nur deshalb aus, weil er das Recht, einen totalitären Anspruch zu stellen, ausdrücklich nur „der Partei" zubilligte. Das entsprach den Interessen seiner Dienststelle. Die Veröffentlichung des Aufsatzes (VB, 9. Januar 1934) fiel gerade in die Zeit der Bemühungen des Reichsleiters um parteiamtliche Anerkennung des KfdK (vgl. u. D., S. 42–45, 52–60).

[49] Hans Mommsen hat Vermutungen solcher Art, die vor allem in Leserzuschriften zur Spiegel-Serie von Heinz Höhne, „Der Orden unter dem Totenkopf", geäußert wurden und einem populären Bilde des NS-Staates entsprechen, mit Recht zurückgewiesen (vgl. Anm. Einl./3).

[50] Schulz (Anm. Einl./1), S. 373–374.

[51] Schulz, S. 374.

[52] Vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 437: Die NS-Führung war „außerstande, die Konsequenzen der eigenen Dynamik zu reflektieren".

ANHANG

1. Zu den Etat- und Stellenbesetzungsplänen der Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg 1937—1943 (zu Text S. 101).

Die Zahlen wurden zuerst von Rothfeder (S. 104—106) mitgeteilt. Sie entsprechen im wesentlichen den nachstehenden Aufstellungen. Eine befriedigende und vollständige Übersicht über die Mittel- und Personalverteilung in jedem Etatjahr kann nicht gegeben werden, da die Dokumentation lückenhaft ist. So fehlen die Zahlen für die Zeit von Januar bis Dezember 1937 und für die letzten Kriegsjahre (Belege entspr. den Anmerkungen a—g s. unten S. 331—332).

Etat für das Jahr 1938[a] *(in Reichsmark)*

	Überw.-Amt	APA	APA-Schulungshaus	Summe
Sachetat	300 000	480 000	180 000	960 000
Personaletat	624 000	276 000	168 000	1 068 000
Dispositionsfonds	120 000	—	—	120 000
	1 044 000	756 000	348 000	2 148 000

Etat für das Jahr 1939[b]

	Überw.-Amt		APA und Schulungshaus zusammen		Summe	
	I	II	I	II	I	II
Pers.-Etat monatlich	113 095	41 730	81 530	36 855	194 625	78 585
Pers.-Etat jährlich	1 357 140	499 760	978 360	442 260	2 335 500	943 020

Unter I wurde die im Plan unter „Höchstgehalt" genannte Summe, unter II die unter „derzeitiges Gehalt" eingeordnete aufgeführt.

Nach einer weiteren Etataufstellung für 1939, welche im Widerspruch zu der ebengenannten steht, aber als einzige auch die Sachmittel aufführt, ergeben sich folgende Summen[c]:

Sachetat	1 278 000
Personaletat	2 522 340
Summe	3 800 340

Zahl der Mitarbeiter etwa am 15. Februar 1939[d]

	Referenten	Büro-Personal	Insgesamt
Überwachungsamt	102	54	156
APA	43	19	62
APA-Schulungshaus	8	4	12
Verwaltungsamt der Dienststellen (keine politischen Referenten)	—	—	74
	153	77	304

Nach einem Stellenbesetzungsplan für 1939 ergeben sich andere Zahlen, die im Widerspruch zur eben gegebenen Aufstellung stehen. Eine Klärung der Verhältnisse war nicht möglich[e].

	Insgesamt
Überwachungsamt	142
APA	62
Schulungshaus des APA	9
Verwaltungsamt	26
	239

Zahl der männlichen politischen Referenten im Überwachungsamt am 1. Februar 1941 mit Eintrittsdaten ins Amt[f]

bis 1. Juli	1934	6	Es handelt sich um Mindestzahlen für den jeweiligen Zeitpunkt, da unbekannt ist, wieviele Referenten bis Februar 1941 schon wieder ausgeschieden waren. Die Zahlen können bis zu 40% höher gewesen sein, wie sich aus dem Vergleich mit der Personal-Tabelle für 1939 ergibt (dort 102 polit. Referenten im Überw.-Amt; davon waren 1941 noch 66, wenigstens soweit es die männlichen Mitarbeiter angeht, vorhanden). Die Fluktuationsquote ist nicht genau zu ermitteln.
bis 31. März	1935	14	
bis „	1936	25	
bis „	1937	31	
bis „	1938	51	
bis „	1939	66	
bis „	1940	74	
bis „	1941	80	

Zahl der bewilligten Stellen am 29. September 1943[g]*:*

Überwachungsamt	309
APA	110
APA-Schulungshaus	12
Verwaltungsamt	127
Summe	558

Vergleichszahlen:

Der Einnahme-Etat des RMfVuP (Goebbels) stieg zwischen 1933 und 1939 von 28 auf 95 Mill. RM (Heiber, Goebbels, S. 130). Rosenberg wollte wissen, daß Goebbels 1940 80 Millionen, Ley 500 Millionen RM jährlich zur Verfügung standen (an Heß, 17. Sept. 1940, *285*). Wie der Vergleich mit den Zahlen bei Heiber zeigt, waren Rosenbergs Angaben eher zu niedrig als zu hoch. Gesamt-Etat-Pläne der NSDAP fehlen. Vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 264.

Belege zu den Etat- und Stellenbesetzungsplänen

a) Schwarz an Rosenberg, 14. Dezember 1937, *359*, nennt „für das Jahr 1938" diese Zahlen, wobei unklar ist, ob das Rechnungsjahr für die Parteiverwaltung am 1. Januar oder am 1. April begann. Vorausgehende Verhandlungen: R. an Schwarz, 25. Februar 1937 und 8. Juni 1937 sowie 26. November 1937 (alles in *359*). R. forderte am 26. November 1937 für das Überw.-Amt nur 816 000 RM, davon 60 000 RM Dispositionsfonds. In Verhandlungen, die zu Schwarz' Schreiben vom 14. Dezember führten und im einzelnen nicht dokumentiert sind, wurde dann der Etat des Überw.-Amtes an Stelle des APA wesentlich erhöht. Schwarz weigerte sich, die von Rosenberg geforderte Summe von 666 000 RM alleine für den APA-Sachetat zu gewähren, wobei die Bedeutungslosigkeit des APA eine Rolle gespielt haben dürfte (dies zur Berichtigung und Ergänzung von Rothfeder, S. 104 bis 106). Vgl. Jacobsen, Außenpolitik, S. 638–645.

b) „N.S.D.A.P. Reichsleitung. Die Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg. Berlin. Stellenbesetzungsplan", *Arch. Schum. 211*. Stand etwa 15. Februar 1939, da die lt. biogr. Mat. des BDC eingetretenen Referenten Dr. Killer, Geist und Schütze, welche am 1. Januar bzw. 1. Februar ins Amt kamen, dort verzeichnet sind, der am 1. März angestellte Referent Heinrich Härtle (Anm. II/3) aber noch nicht.

c) „Monatlicher Haushaltsplan für NSDAP Reichsleitung 1939: Die Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg", 1938, *Arch. Schum. 211*. Diese Zahlen wurden bei Rothfeder,

S. 106, als einzige für 1939 genannt. Auf die Widersprüche auf Grund der unzureichenden Dokumentation wurde nicht hingewiesen.

d) wie b).

e) „Die Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg. Stellenbesetzungsplan zum Haushaltsplan 1939", 1938, *Arch. Schum. 211*. Das Verhältnis zum Dokument b konnte nicht geklärt werden.

f) Aufstellung ohne Überschrift, enthaltend alle Namen der politischen Referenten des Überwachungsamtes, soweit männlichen Geschlechts (Liste offenbar für Einberufungszwecke angefertigt), Dat. v. 30. April 1941, aber den Stand von Februar 1941 spiegelnd. Darin auch Angaben über die Parteimitglieds-Nummer, Eintritt in den KfdK bzw. die DRbg., Dienstrang und Dienststellung sowie Besoldung; *283*.

g) Schwarz an Rosenberg, 29. September 1943: „Betrifft: Besoldungsstellenplan für das Jahr 1943", *349*. Es war nicht festzustellen, wieviele der Stellen zu dieser Zeit tatsächlich besetzt waren und welche Inhaber besetzter Stellen zudem noch im Wehrdienst standen.

2. Übersicht über die „SS-Grabungen" (zu S. 180 mit Anm. V/98)

Bibliographie und Abkürzungen:

A Langsdorff, Alexander u. Hans Schleif: Die Ausgrabungen der Schutz-Staffeln, in: Germanien, Jg. 1936, S. 391—399.

B Langsdorff, Alexander u. Hans Schleif: Die Ausgrabungen der Schutz-Staffeln, in: Germanien, Jg. 1938, S. 6—11.

C Höhne, R.: Die Ausgrabungen der Schutz-Staffeln, in: Germanien, Jg. 1938, S. 224 bis 230.

D Schleif, Hans: Die Ausgrabungen am ‚Kriemhildenstuhl' [sic] bei Bad Dürkheim, in: Germanien, Jg. 1938, S. 289—296.

E Schleif, Hans: Die Ausgrabung am ‚Kriemhildenstuhl' ..., in: Germanien, Jg. 1939, S. 340 ff.

F Überblick über die vom Reichsforschungsrat im ersten Rechnungsjahr ... unterstützten wissenschaftlichen Arbeiten ...
Jg. 1 (1937/38, 1) Jg. 3 (1938/39, 1)
Jg. 2 (1937/38, 2) [dem Verf. nicht zugängl.] Jg. 4 (1938/39, 2)

G A. Bohmers: Reiche Funde eiszeitlicher Bildkunst. Die Grabungen bei Unter-Wisternitz (Slovakei), in: Germanien Jg. 1941, S. 45—47.

H L. Zotz: Die Ausgrabungen bei Moravany im Waagtal (Slowakei), in: Germanien, Jg. 1942, S. 105—111.

DFG Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützte Grabung (laut F).

PZ Prähistorische Zeitschrift, Jg. 1933/34 ff.

NBlV Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit, Jg. 1933 ff.

Fundort	Unterst. d. DFG	SS-eigene Mitteilung über Grabung	Sonstige Mitteilung	Auf sachgerechte Auswertung deutende SS-Mitteilung	Neutrale Veröffentlichung (sachgerechte Ausführung erkennen lassend)
Bärhorst b. Nauen (Nähe Berlin)	DFG	A	F		O. Doppelfeld und G. Behm: in PZ 1937, 284—337
Lichtenburg Krs. Torgau		A			R. Dehnke u. U. Thieme in: PZ 1937/38, 265—285

Fundort	Unterst. d. DFG	SS-eigene Mitteilung über Grabung	Sonstige Mitteilung	Auf sachgerechte Auswertung deutende SS-Mitteilung	Neutrale Veröffentlichung (sachgerechte Anführung erkennen lassend)
Glauberg (Hessen)		A		A (mit Warnung vor voreiliger ethn. Deutung, S. 397 f.)	
Brunholdisstuhl b. Bad Dürkheim	DFG	A, B, D	F	D	(Vgl. immerhin: F. Sprater in „Forschungen u. Fortschritte" 1935, IX, 23–24) Vorausmitt. weiter: Sprater in Korr.-Bl. DAG 82 (1934), 239–245
Erdenburg bei Köln		A B			W. Buttler u. H. Schleif: Die Erdenburg bei Bensberg (1938); ferner dies. in „Germania" 1936, Heft 8 u. PZ 1937/38, 184–232
Alt-Christenburg in Ostpreußen	DFG	A E	F		A ist auch abgedruckt in NBlV 1937, 80 f.
Urspring i. Württemberg (Lontal)		A B		A	
Wallburg-Joch am Kochelsee	DFG		F		
Hoheburg am Kochelsee		C			
Fridolfing in Bayern	DFG		F		
Mauern im Altmühltal	DFG	C und Bohmers in „Germanien" 1939, S. 151 ff.	F		L. Zotz, Das Paläolithicum in den Weinberghöhlen von Mauern. Bonn 1955
Hohenmichele in Württemberg		B			G. Riek: Der Hohenmichele. Berlin 1962 (Röm.-Germ. Forsch. 25) R. Lohrmann i. Blätter d. Schwäbischen Alb-Vereins 1957, S. 3–4
Schöneiche (Mark Brandenburg)	DFG		F		
Tilsit/Ostpreußen, Gräberfeld Stollbecker Str. 99	DFG	C	F (1937/38, 1)		

Fundort	Unterst. d. DFG	SS-eigene Mitteilung über Grabung	Sonstige Mitteilung	Auf sachgerechte Auswertung deutende SS-Mitteilung	Neutrale Veröffentlichung (sachgerechte Anführung erkennen lassend)
Tilsit/Ostpreußen, Schloßberg	DFG	C	F (1938/39, 1)		
Unter-Wisternitz (Slowakei)		G			Zotz, Von den Mammutjägern zu den Wikingern, Leipzig 1944
Moravany (Slowakei)		H			Zotz in Forsch. u. Fortschritt, Jg. 1941, S. 204 f.
Lebus bei Frankfurt a. d. Oder	DFG		F		
„Steinkirche" im Schwarzfeld bei Bad Lauterberg/Harz	DFG	C	F		
Haithabu	DFG	Jankuhn i. Germanien 1938, S. 309—319			H. Jankuhn, Die Ausgrabungen in Haithabu, 1937—1939, Berlin 1943 H. Jankuhn, Haithabu, Neumünster 1. Aufl. 1944; 4. Aufl. 1963
Olympia (Griechenland)			E. Kunze und H. Schleif: Bericht ü. d. Ausgrabungen in Olympia, Bd. IV (1944), S. 1		E. Kunze: Bericht über die Ausgrabungen in Olympia, Bd. V (1956), S. 1 (anerkennend über H. Schleif, gest. 1945) E. Kunze und H. Schleif: Olympische Forschungen, Bd. 1 (1944) ff.
Aalburg (Ringwall bei Befort/Luxemburg)					Vorbericht: G. Riek in: Germania 26 (1942), S. 26—34

Scheinwissenschaftliche SS-Grabungsunternehmen:

Sachsenhain b. Verden	A	seit 1934 nicht mehr von der SS erwähnt	
Externsteine b. Detmold	A	von der SS im Führungsdienst betreut, Grabungen aber nicht mehr erwähnt, sondern Andree (Reinerth-Amt-Rosenberg-Anhänger) überlassen.	M. Ziegler: Die 1. Tagung des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte (13.—20. Oktober 1934): Nationalsoz. Monatshefte, Jg. 1934, S. 1067. J. Andree: Die Externsteine. Eine germanische Kultstätte. Münster 1936 und 1939. — Dazu kritisch u. a.: A. Focke: Beiträge zur Geschichte d. Externsteine. 1943. E. Kittel: Die Externsteine als Tummelplatz der Schwarmgeister, in: Lippische Mitteilungen aus Gesch. u. Landeskunde, Jg. 1964, S. 5—68.

QUELLENVERZEICHNIS

I. Ungedruckte Quellen

Aus Raumgründen wurde in den Anmerkungen nur im Falle besonderer Bedeutung angegeben, ob das betreffende Dokument als Ausfertigung, Durchschrift, Abschrift, Handschrift oder Kopie benutzt wurde. Archivsignaturen erscheinen *kursiv*.

1. *Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP (genannt „Amt Rosenberg")*

a) Aktenserie, bezeichnet durch das Signatursystem EAP 99/... (z. B. *EAP 99/289*) der National Archives Washington, USA; wir zitieren nur die jeweilige Endnummer (z. B. *289*). Die Ziffer bezeichnete ursprünglich ein Faszikel. Der Bestand wurde von den National Archives in der Serie T-454 verfilmt und nach den EAP-Nummern verzeichnet in den „Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, Va.", Nr. 28 (Guides vorhanden im BA, IfZ). Je Film wurden 2 bis 4 Faszikel aufgenommen. Die Original-Akten befinden sich im Bundesarchiv in Koblenz, eine Anzahl Filme im Institut für Zeitgeschichte in München (Signatur *MA*). Der Verf. benutzte Original-Akten wie Filme. Auf Angabe der Blatt- bzw. Seitennumerierung mußte verzichtet werden, da die Akten zur Zeit der Einsichtnahme im BA noch nicht foliiert bzw. paginiert waren und die Film-Aufnahmenummern („frames") vom System des BA abweichen. Das nach der Benutzung eingeführte Signatur-System des BA (jetzt Gruppen *NS 8/...* und *NS 15/...*) konnte gleichfalls nicht mehr berücksichtigt werden (Ausnahmen nur bei *EAP 99/294*, jetzt aufgeteilt in *NS 8/179* und *NS 8/180*). Das vom Verf. verwendete System *EAP 99/...* gilt für Mikrofilm- wie Aktenbenutzer, da IfZ und BA die innerhalb ihrer Systeme gültigen Signaturen nachweisen.

z. B. *289*

b) Aktenserie, bezeichnet durch die Signatursysteme *EAP 250...*, *252...* sowie *BUE*; aufgestellt von den National Archives, verzeichnet in Guide... Nr. 3 (s. oben unter 1a). Benutzt vor der Umsignierung und Foliierung durch das Bundesarchiv.

EAP 250—...
EAP 252—...
BUE...

c) Einzeldokumente, die dem Bestand der Akten des *Beauftragten...* vermutlich im Jahre 1945 entnommen wurden (Quittungen passim in 1a); gesammelt im Centre Documentation Juive Contemporaine, Paris; verzeichnet in: J. Billig, Alfred Rosenberg... Paris 1963.

Centre...

2. *Der Stellvertreter des Führers*

Bundesarchiv Koblenz.

NS 10

3. *Reichskanzlei*

Bundesarchiv Koblenz.

R 43

4. *Reichskulturkammer*

Bundesarchiv Koblenz; vor der Umsignierung (jetzt R 56) benutzt, vorher BDC Berlin; gefilmt in der Serie T-580 der National Archives Washington, für die ein Guide noch nicht erschienen ist.

Akten Hinkel

5. *Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums*

Bundesarchiv Koblenz.

NS 11

6. *Der Reichsorganisationsleiter*

NS 22 Bundesarchiv Koblenz.

7. *Hauptarchiv der NSDAP*

NS 26 a) Bundesarchiv Koblenz (Teile, das Reichsgebiet und die Reichsleitung der NSDAP betreffend).

SAG 1 b) Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (Teile, den Freistaat Bayern betreffend; als „Sonderabgabe 1" geführt).

8. *Auswärtiges Amt*

AA, Pers. Schr. a) Büro Ribbentrop und Persönlicher Schriftwechsel des Botschafters. Polit. Archiv des Ausw. Amts, Bonn; gefilmt in der Serie T-120 der National Archives Washington.

PD b) Parteidienststellen. Polit. Archiv des Ausw. Amts.

9. *Varia*

BDC ... a) Nach Personennamen geordnetes biographisches Material des Berlin Document Center der United States Mission, Berlin-Dahlem.

BDC, AE ... b) Ebenso geordnetes Material aus Akten der Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Deutsches Ahnenerbe", soweit im BDC gesammelt (vgl. Pos. 13a).

Arch. Schumacher c) NSDAP-Akten unterschiedlicher Provenienz, wahrscheinlich von Beauftragten der Besatzungsmächte nach 1945 zusammengestellt. Jetzt Bundesarchiv Koblenz.

NS Misch d) NSDAP-Akten unterschiedlicher Provenienz. Bundesarchiv Koblenz.

Tüb. 10. *Institut für Vor- und Frühgeschichte der Universität Tübingen*
Akten, betreffend die Auseinandersetzungen um die Vor- und Frühgeschichtsforschung.

11. *Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Mainz*

Mainz 1 a) West- und Süddeutscher Verband für Altertumsforschung, Eingliederung in den Reichsbund.

Mainz 2 b) West- und Süddeutscher Verband, Tagung 1936.

Mainz 3 c) Tagung Fulda 1935.

12. *Rheinisches Landesmuseum, Bonn*

Bonn RL Reinerth und Genossen.

13. *Der Reichsführer SS*

AE ... a) Persönlicher Stab, „Das Ahnenerbe". — Bundesarchiv Koblenz, jetzt R 21/..., benutzt vor der Umsignierung und Paginierung. Verzeichnet nach den den Aktenbänden in den USA gegebenen Nummern (z. B. *AE 777*). Gefilmt in der Serie T-580; ein Guide ist noch nicht erschienen. Vgl. Pos. 9a.

EAP 161 ... b) Der Reichführer SS. Aktenserie EAP 161-b-... (z. B. *EAP 161-b-12/93*); gefilmt in der Serie T-175 (Guide Nr. 32).

14. *Dokumente des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher*

NG; NO; PS Nuremberg, Government; Nuremberg, Organisations; Paris, Storey (vgl. S. 12).

15. *Sammlungen des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, München* (vgl. Pos. 1a)

MA Mikrofilmarchiv (vgl. Nr. 1a)
Mc Mikrokopienarchiv
FA Fotokopienarchiv
ED Einzeldokumente
ZS Zeugenschrifttum
PA Pressearchiv

16. *Material aus privater Hand*

NB 1 und 2	a) Nachlaß Professor Werner Buttler; demnächst: Bundesarchiv Koblenz.
	NB 1: Mappe mit Untergliederung
NB 1, A	A. Benecke, Hofer, Stange, Apffelstaedt
NB 1, B	B. Petersen
NB 1, C	C. Richthofen
NB 1, D	D. Kreta, Stampfuß
NB 1, E	E. Bremer Tagung ...
NB 1, F	F. Marburger Rundschreiben
NB 1, G	G. Übersichtskarte zur Lage in der deutschen Vorgeschichtswissenschaft [etwa 1937].
NB 2	NB 2: Mappe mit versch. Schriftwechsel [1929—1940].
NB 3	NB 3: Fachpolitik (ergänzendes Material, das den Verf. erst nach Abschl. d. Ms. erreichte; nichts grundsätzlich Neues).
	b) Gedächtnisprotokolle von Zeugenbefragungen sowie Zuschriften an den Verf.
Z Böhner	Prof. Dr. Kurt Böhner, Röm.-German. Zentralmuseum, Mainz
Z DAI	Deutsches Archäologisches Institut, Berlin
Z Frauendorfer	Dr. Max Frauendorfer
Z Härtle	Heinrich Härtle
Z Haverbeck	Dr. Werner-Georg Haverbeck
Z Kimmig	Prof. Dr. Wolfgang Kimmig, Institut f. Vor- u. Frühgesch., Tübingen
Z Koeppen	Dr. Werner Koeppen
Z Kutsch	Dr. Ferdinand Kutsch
Z Kempner	Robert M. W. Kempner
Z Petrikovits	Prof. Dr. H. v. Petrikovits, Rheinisches Landesmuseum, Bonn
Z Schreiber	Otto Andreas Schreiber
Z Tackenberg	Prof. Dr. Kurt Tackenberg, Institut f. Vor- u. Frühgesch., Münster/W.

2. Gedruckte Quellen

a) Auswahl-Bibliographie der Schriften und Artikel von Alfred Rosenberg

Bibliographien

Das Werk Alfred Rosenbergs. Eine Bibliographie, bearb. von Karlheinz Rüdiger. (Schriftumsbeiträge zur weltanschaulichen Schulungsarbeit. 6.) Berlin 1941.

Diehn, Otto: Bibliographie zur Geschichte des Kirchenkampfes. Göttingen 1958. (Nr. 728 bis 747a über „Rosenberg und die Kirche" und Nr. 4161—4212 über „Kirche und Rosenbergs ‚Mythus des 20. Jahrhunderts'".)

Schriften und Artikel von Alfred Rosenberg

Schriften und Reden. Mit einer Einl. v. Alfred Baeumler. Berlin.
Bd. 1: Schriften aus den Jahren 1917—1921. 1943. (Mehr nicht ersch.)

Blut und Ehre. Reden und Aufsätze aus den Jahren ...
Bd. 1: Blut und Ehre. Reden und Aufsätze 1919—1933. München 1935.
Bd. 2: Gestaltung der Idee. Reden und Aufsätze 1933—1935. München 1936.
Bd. 3: Kampf um die Macht. Reden und Aufsätze 1921—1932. München 1937.
Bd. 4: Tradition und Gegenwart. Reden und Aufsätze 1936—1940. München 1941.

Die russisch-jüdische Revolution. In: Auf gut deutsch, Jg. 1 (21. Februar 1919), S. 120—123.

Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten. München 1920.

Unmoral im Talmud. München 1920.

Das Verbrechen der Freimaurerei. München 1921.

Pest in Rußland. München 1922.

Der staatsfeindliche Zionismus. Hamburg 1922.
Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltverschwörung. München 1923.
Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. München 1923.
Der völkische Staatsgedanke. München 1924.
Die internationale Hochfinanz. München 1925.
Dolchstoß-Dokumente. München 1926.
Houston Stewart Chamberlain. München 1927.
Nationalsozialismus und Jungdeutscher Orden. München 1927.
Dreißig November-Köpfe. Berlin 1927.
Der Weltverschwörer-Kongreß zu Basel. München 1927.
Der Zukunftsweg der deutschen Außenpolitik. München 1927.
Freimaurerische Weltpolitik im Lichte der kritischen Forschung. München 1929.
Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. München 1930, 4. Aufl. 1932.
Die Entwicklung der deutschen Freiheitsbewegung. München 1933.
Revolution in der Bildenden Kunst? In: VB, 9. Juli 1933; Einzelausg.: München 1934. Auch in: Blut und Ehre, T. 1.
Revolutionäre an sich! In: VB, 15. Juli 1933.
[Rede ohne Titel], in: Der Kongreß zu Nürnberg ... 1934, S. 86—91.
Die neue Aufgabe. In: Der Schulungsbrief 1 (1934), S. 9—15.
Der Kampf um die Weltanschauung. München 1934.
Krisis und Neubau Europas. Berlin 1934.
Nationalsozialismus, Religion und Kultur. Hrsg. v. d. Verwaltungsakademie Berlin. Berlin 1934.
Der deutsche Ordensstaat. München 1934.
Die Religion des Meisters Eckehard. München 1934.
Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. München 1934.
Widukind für immer das Symbol heldenhaften Widerstandes. In: NSM 5 (1934), S. 872—875 (Rede im Sachsenhain b. Verden, Juni 1934).
[Rede ohne Titel im Sachsenhain b. Verden, 22. Juni 1935.] In: NSK-Nachrichten, 22. Juni 1935.
[Reden ohne Titel.] In: Der Parteitag der Freiheit ... 1935, S. 49—55 und S. 80—89.
Der Bolschewismus als Aktion einer fremden Rasse. München 1935.
An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den ‚Mythus des 20. Jahrhunderts'. München 1935.
Dietrich Eckart. München 1935.
Der entscheidende Weltkampf. In: Der Parteitag der Ehre ... 1936, S. 80—96.
Der Kampf zwischen Schöpfung und Zerstörung. In: Der Parteitag der Arbeit ... 1937, S. 95—109.
Georg Friedrich Händel. Wolfenbüttel 1937.
Protestantische Rompilger. Der Verrat an Luther und der Mythus des 20. Jahrhunderts. München 1937.
Autorität und Freiheit. In: Der Parteitag Großdeutschlands ... 1938, S. 102—115.
Neuer Zukunft entgegen. In: VB 1./2. Januar 1938, S. 1—2.
Gestalt und Leben. Halle 1938.
In den Händen von Nichtariern liegt das Leben von Millionen. In: VB, 17. Juli 1938.
Der Kampf um die Freiheit der Forschung. München 1938.
Weg deutscher Kunstpolitik. In: Die Kunst im Dritten Reich, 2 (1938), Januar, S. 4.
Weltanschauung und Wissenschaft. München 1938.
Die Hohe Schule am Chiemsee. In: Die Kunst im Dritten Reich, 3 (1939), Januar, S. 17—19.
Nationalsozialismus und Wissenschaft. In: Weltkampf, Jg. 1941, S. 3—6.
Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution. Göttingen 1955.
[Rosenberg, Porträt] Serge Lang und Ernst Schenk: Porträt eines Menschheitsverbrechers. Nach den hinterlassenen Memoiren des ehemaligen Reichsministers Alfred Rosenberg. St. Gallen 1947.
[Tagebuch, ed. Kempner:] Der Kampf gegen die Kirche. Aus den unveröffentlichten Tage-

büchern Alfred Rosenbergs. In: Der Monat, 1 (1948), Nr. 10, S. 28–38. Von Robert M. W. Kempner.
[Tagebuch, ed. Seraphim:] Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40. Hrsg. von Hans-Günther Seraphim. Göttingen 1956 und München 1964.
Wie der Mythus entstand (Ms. in *EAP 99/1020*).
Rosenberg, Alfred (Hrsg.): Handbuch der Romfrage. (Bearb. von Matthes Ziegler.) München 1940.
Rosenberg, Alfred: s. a. Moussaux (Verz. d. gedr. Quellen, T. 3).

Rezensionen über Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" (1930–1933)

Nach: Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur. Leipzig: Dietrich. Reihe C (Rezensionen), Bd. 50 (1930) – 57 (1933). Vgl. dazu u. D., Anm. I/44.

(1) Nationalsozialistische Monatshefte, hrsg. v. Alfred Rosenberg, Jg. 1930, S. 342; Jg. 1933, S. 95, 566–567.
(2) Völkischer Beobachter, 30. September 1930.
(3) Die Sonne. Monatsschrift für nordische Weltanschauung und Lebensgestaltung, Jg. 7 (1930), S. 521–528.
(4) Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschl. Rassen- und Gesellschaftslehre, Jg. 25 (1932), S. 464–469.
(5) Hefte für Büchereiwesen, Jg. 15 (1931), S. 171–172.
(6) Deutschlands Erneuerung. Hrsg. v. Hans F. K. Günther [u. a.]. Jg. 15 (1951), S. 59.
(7) Ringendes Deutschtum. Hrsg. v. Jürgen von Ramin. Jg. 11 (1931), S. 121.
(8) Der Hammer. Hrsg. v. Theodor Fritsch. Jg. 1931, S. 121.
(9) Der Ring. Konservative Wochenschrift. Jg. 4 (1931), S. 570–571.
(10) Ruf und Rüstung. Braunschweig, Jg. 5 (1931), S. 97–109.
(11) Theologie der Gegenwart. Jg. 25 (1931), S. 287.
(12) Deutsche Zeitung, 15. Februar 1931.
(13) Sozialistische Bildung, Jg. 1931, S. 50–53.
(14) Nordische Blätter, Jg. 7 (1932), S. 90–92.
(15) Hochkirche. Hrsg. v. Friedrich Heiler und Paul Schorlemmer. Jg. 14 (1932), S. 199 bis 210.
(16) Zeitschrift für den evangelischen Religionsunterricht, Jg. 25 (1932), S. 325–326.
(17) Christliche Welt, Jg. 54 (1932), S. 731–735.
(18) Philosophie und Leben. Hrsg. v. August Messer. Jg. 8 (1932), S. 81–84, 105–109.
(19) Zeitschrift für Menschenkunde. Hrsg. v. H. v. Hattingberg und Niels Kampmann. Jg. 8 (1932), S. 144–151.
(20) Neue Ordnung. Blätter für christl. Gesellschafts-Erneuerung ..., Wien. Jg. 8 (1933), S. 279–286.
(21) Ärztliche Rundschau. Jg. 43 (1933), S. 264.
(22) Rheinisch-Westfälische Zeitung, 17. November 1933.
(23) Geisteskultur. Monatshefte der Comenius-Gesellschaft für Geisteskultur und Volksbildung, Jg. 42 (1933), S. 81–84.
(24) Ärzteblatt für Sachsen. Bd. 104 (1933), S. 290.
(25) Deutsche Kunst und Jugend. Blätter für Zeichenkunst ... Jg. 13 (1933), S. 169–171.

Monographien und Aufsätze mit Behandlung des „Mythus" sind im Verzeichnis der gedruckten Quellen, Teil 3, aufgeführt: Baeumler, Chandler, Kaltenbrunner, Künneth, Lukács, Neurohr, Neuß, Nolte, Rothfeder, Story ..., Studien ..., Zipfel.

b) Veröffentlichungen des „Kampfbundes für deutsche Kultur", der „NS-Kulturgemeinde" und der Dienststelle des „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP"

Vom Deutschen Bauernhof. Vorträge der ersten Arbeitstagung der Mittelstelle Deutscher Bauernhof in der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde. Hrsg. v. Erich Kulke. München 1938.

Bausteine zum deutschen Nationaltheater. Organ der Gruppe Theater im Kampfbund für deutsche Kultur. Hrsg. v. Walter Stang. (Verantw.: Hans Knudsen.) 1 (1933), 2 (1934). Berlin.

Rheinische Blätter der NS-Kulturgemeinde. Jg. 10 (1933) — 14 (1937). Ab Jg. 14, Heft 3 (1937) u. d. Titel: Rheinische Blätter. Deutsche kulturpolitische Zeitschrift in der Westmark. Verantw.: Walter Trienes. Köln 1937 ff.

Die ersten hundert Bücher für nationalsozialistische Büchereien. München 1934.

Die ersten, zweiten und dritten hundert Bücher ... München 1935.

Die vierten hundert Bücher ... München 1937.

Die fünften hundert Bücher ... München 1939.

Die sechsten hundert Bücher ... München 1939.

Bücherkunde. Jg. 1 (1934) — 11 (1944).

Deutsche Bühne. Zeitschrift des Reichsverbandes ‚Deutsche Bühne' e. V. Hrsg.: Walter Stang. Jg. 1 (1933); ab Jg. 2 (1934), H. 1 u. d. Titel:

Illustrierte Deutsche Bühne. Zeitschrift des Reichsverbandes ...; ab Jg. 2 (1934), H. 7 u. d. Titel:

Die NS-Kulturgemeinde. Berlin. Jg. 2 (1934) — 3 (1935); ab Jg. 4 (1936):

Kunst und Volk. Jg. 4 (1936) — 5 (1937); ab Jg. 6 (1938) aufgegangen in:

Die Kunst im Dritten Reich. Jg. 1 (1937) — 3 (1939); ab Jg. 3 (1939), H. 3 u. d. Titel:

Die Kunst im Deutschen Reich. Hrsg. v. Robert Scholz. Jg. 3 (1939), H. 9 — Jg. 8 (1944).

Deutsche Bühnenkorrespondenz. Jg. 1 (1932) — 4 (1935). München.

Deutsche Dramaturgie. Hrsg. v. Walter Stang. Jg. 1 (1942) — 3 (1944). Berlin.

Weltanschauliche Feierstunden. München 1944.

Germanenerbe. Monatsschrift für Deutsche Vorgeschichte. Hrsg. Hans Reinerth. Jg. 1 (1936) — 8 (1943). Leipzig.

Gestaltung der Lebensfeiern. Berlin 1942. Nur f. d. Dienstgebr.

Handbuch der Romfrage. Unter Mitwirkung einer Arbeitsgemeinschaft von Forschern und Politikern hrsg. v. Alfred Rosenberg. (Bearb. von Matthes Ziegler.) Bd. I, A—K. München: Hoheneichen-Verl. [Auslief.: Eher-Verlag] 1940. [Mehr nicht ersch., wurde wahrscheinl. nur f. d. Dienstgebr. freigegeben. Im Bes. d. Verf., vgl. u. D., S. 292, Anm. IV/79.]

Idee und Tat. München. 6 Folgen, 1943—1944. (IfZ, München.)

Jahresgutachtenanzeiger (Schriftenreihe der Bücherkunde. 2.) Streng vertraulich. Nur für den Dienstgebrauch. Jg. 1937—1941. Bayreuth 1937—1941.

Deutsche Kulturwacht. Hrsg. v. Kampfbund für deutsche Kultur Jg. 1 (1932) — 3 (1934). Berlin.

Lexikon der Juden in der Musik. Hrsg. v. Theo Stengel und Herbert Gerigk. (Veröff. des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt a. M. 2.) Berlin 1940.

Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur. Jg. 1 (1929) — 3 (1931). [Mehr nicht ersch.] München.

Mitteilungs- und Führungsblatt der Dienststellen des Reichsleiters Rosenberg. Jg. 1 (1943), Nr. 1, in *EAP 99/114*. [Mehr nicht ermitt.]

Nationalsozialistische Monatshefte. Zentrale und kulturelle politische Zeitschrift der NSDAP. Hauptschriftleitung: Alfred Rosenberg. München. Jg. 1 (1930) — 15 (1944).

Die Musik. Leipzig. Jg. 27 (1933/34) — 35 (1942/43). Ab Jg. 35, H. 6, aufgegangen in:

Musik im Kriege. Organ des Amtes Musik beim Beauftragten ... Gemeinschaftszeitschrift f. d. Dauer des Krieges, vereinigt aus ‚Die Musik', ‚Allg. Musikzeitung', ‚Neues Musikblatt'. Hauptschriftleitung Herbert Gerigk. Jg. 1 (1943) — 2, H. 7/8 (1944).

Der Norden. Monatsschrift der Nordischen Gesellschaft. Hrsg. von Ernst Timm. Jg. 11 (1934) ff.

Rednerdienst. Reichslehrgemeinschaft und Wehrmachtsschulung. Nur für den Dienstgebrauch. Berlin: Limpert 1942—1943.

Reichsschulungsthemen (nach der Aufstellung im Schreiben Rosenbergs an Bormann, 15. Aug. 1944, *EAP 99/405*):

1941/42: 1. Deutschland ordnet Europa neu.
2. Dieser Krieg ist ein weltanschaulicher Krieg.
3. Sinn und Werden nationalsozialistischer Feiergestaltung.

1942/43: 1. Der Schicksalskampf im Osten.
2. Europa und Amerika.
3. Kampf als Lebensgesetz.
(Nr. 1—2 sind auch ersch. als Richthefte des NS-Führungsstabes des OKW.)

1943/44: 1. Der Jude als Weltparasit.
2. Der deutsche Sozialstaat.
3. Sieg durch Glauben.

Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP. München. Nur für den Dienstgebrauch. 1942—1943.

1. W. Hülle: Indogermanen und Germanen im Ostraum.
2. E. Maschke: Die geschichtsbildenden Kräfte des Ostraumes von der Gründung des Warägerreiches ab.
4. F. Weinhandl: Geistesströmungen im Ostraum.
5. H. Härtle: Bolschewistische Wissenschaft.
6. W. Körner: Agrarpolitische Fragen des Ostraumes.
8. F. Schoenemann: Der Imperialismus der USA.
9. A. Spindler: Die Wehrkraft der Vereinigten Staaten.
10. O. Wrede: Nordamerika wirklich.
13. K. Köhler-Irrgang: Die Familie als Kraftquell und Lebensgang des Volkes.
16. D. Hammer: Die Frau in den USA.
17. A. Faust: Philosophie des Krieges.
18. G. Brendel: „Kampf als Lebensgesetz" im deutschen Sprichwort.
20. Jüdische Moral.
25. E. Frenzel: Der Jude im Theater.
29. K. H. Pfeffer: Der englische Krieg — auch ein jüdischer Krieg.
30. A. Hitler: Der Führer über die Juden.
32. T. Bühler: Die Sozialstruktur der Juden.
40. K. Köhler-Irrgang: Die Frau im Glaubensleben des Volkes.

Schrifttumsbeiträge zur weltanschaulichen Schulungsarbeit. Hrsg. von Hans-Georg Otto. 1940—1942. München.

1. H.-G. Otto und P. Göttsching: Der Kampf im Osten bis zur Errichtung des deutschen Interessengebiets.
2. H.-G. Otto: England.
4. Schrifttum zur Judenfrage. Hrsg. v. Joachim Menzel.
6. Karlheinz Rüdiger: Das Werk Alfred Rosenbergs. Eine Bibliographie.
7. H. Kaul: Vom Wesen und Wirken deutschen Bauerntums.
10. Das Schrifttum der SA.
16. A. Martini: Die deutschen Erzählungen in wohlfeilen Ausgaben.
19. Bauen im nationalsozialistischen Deutschland.
20. Arbeit, Kampf, Glaube.

Deutsche Spielpläne und Kulturelle Feiergestaltung. Hrsg. v. Amt Kunstpflege beim Beauftragten des Führers ... [Ringmappe, Staatsbibliothek Preuß. Kulturbesitz, Marburg/Lahn.]

Verzeichnis jüdischer Autoren. Hrsg. v. d. Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums. Streng vertraulich. Nur für den Dienstgebrauch. (Vorh. in der Wiener Library London.)

Deutsche Volkskunde. Vierteljahresschr. d. Arbeitsgemeinschaft für dt. Volkskunde. (Schriftl. Karl Haiding.) München, Jg. 1 (1939) — 5 (1943).

Deutsche Volkskunde im Schrifttum. Ein Leitfaden für die Schulungs- und Erziehungsarbeit der NSDAP. Hrsg. v. d. parteiamtlichen „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde" ... beim Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung. Berlin 1938.

Deutsche Vornamen. Hrsg. vom Amt Volkskunde und Feiergestaltung beim Beauftragten des Führers ... Berlin 1942. Nur für den Dienstgebrauch.

Weltanschauung und Schule. Hrsg. von Alfred Baeumler. Berlin. Jg. 1 (1937) — 8 (1944).

Welt-Dienst. Jg. 1 (1933) — 7 (1939, 15. Juni), hrsg. v. Ulrich Fleischhauer. Erfurt: Bodung-

Verl. Ab Juli 1939 hrsg. v. August Schirmer. Welt-Dienst-Verl. Frankfurt a. M. Ab Jg. 11, 15. September 1943, hrsg. v. Kurt Richter.
Der Weltkampf. Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder. München. Jg. 1 (1924) — 18 (1941).
Weltkampf. Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart. Wissenschaftliche Vierteljahrsschrift (ab 1943: Wissenschaftliche Zeitschrift) des Instituts zur Erforschung der Judenfrage. Die Hohe Schule, Außenstelle Frankfurt a. M. Hrsg. Wilhelm Grau. Schriftl. Peter Heinz Seraphim. (Ab Jg. 1943, H. 3: Hrsg. von Klaus Schickert.) München Jg. 1941—1944.
Kleine Weltkampfbücherei. Hrsg. v. Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt a. M. 1942—1943.
1. W. Groß: Die rassenpolitischen Voraussetzungen zur Lösung der Judenfrage.
2. P. H. Seraphim: Bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage.
3. W. Grau: Die Erforschung der Judenfrage.
4. W. Grau: Die geschichtl. Lösungsversuche der Judenfrage.
Zeitschrift für Geistes- und Glaubensgeschichte (Volk im Werden, Neue Folge). Hrsg. von Wilhelm Brackmann. Jg. 1 (1944). Frankfurt a. M.: Diesterweg.

c) Allgemeine Literatur

Accoce, Pierre und Pierre Quet: Der Krieg wurde in der Schweiz gewonnen. 1966.
Adorno, Theodor W. et al.: The Autoritarian Personality. Studies in Prejudice. New York und London 1950.
Akten zur deutschen Ausw. Politik. Serie D. Baden-Baden usw.
Anatomie des SS-Staates. Von Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Hans Buchheim und Helmut Krausnick. 2 Bde. Freiburg 1965.
Andree, Julius: Die Externsteine. Eine germanische Kultstätte. Münster 1936.
Apffelstaedt, Hanns Joachim: Rede des Abteilungsdirigenten des Kulturdezernats der Rheinischen Provinzialverwaltung, SA-Standartenführer Landesrat Dr. Apffelstaedt zur ... Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 26. April 1936. Düsseldorf: Der Oberpräsident der Rheinprovinz 1936. Gedr. auch in: Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz, 29 (1936), S. 7—40.
— Die Skulpturen der Überwasserkirche zu Münster in Westfalen. Gießen 1936: Muchow. Marburg, Diss. phil. 1933.
Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt 1955.
— Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München 1964.
Baeumler, Alfred: Alfred Rosenberg und der Mythus des 20. Jahrhunderts. 2. Aufl. München 1943.
Bausch, Hans: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik. Tübingen 1956.
Bausinger, Hans: Volksideologie und Volksforschung. In: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Tübingen 1965.
Behn, Friedrich: Aus europäischer Vorzeit. Stuttgart 1957.
Bein, Alexander: Der jüdische Parasit. In: VJZG 13 (1965).
Benecke, Joachim: Die germanischen Grundlagen des deutschen Volkstums. In: Germanenerbe 1 (1936).
— Pionierarbeit für die Volksforschung. In: VB, Nordd. Ausg., 22. April 1936.
— Die Schnurkeramik in Sachsen und ihre Beziehung zu den Sudetenländern. Berlin: Diss. phil. 1942. [Masch.]
Berghahn, Volker R.: Zum Problem der „geistigen Führung" im Heer 1939—1945. In: VJZG 17 (1969).
Berning, Cornelia: Vom „Abstammungsnachweis" zum „Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin 1964.
Besson, Waldemar: Zur Geschichte des nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO). In: VJZG 9 (1961).

Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur. Leipzig: Dietrich. Reihe A, Bd. 74 (1934) — 85 (1939); Reihe B, Bd. 50 (1930) — 68 (1939). Reihe C, Bd. 50 (1930) — 57 (1933).
Nationalsozialistische Bibliographie. Monatshefte der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums. Hrsg. v. Philipp Bouhler. Jg. 1 (1936) — 7 (1942).
Billig, J.: Alfred Rosenberg dans l'action idéologique, politique, et administrative du Reich hitlerién. Inventaire commente de la collection de documents conserves au C. D. J. C. provenant des archives du Reichsleiter et Minister A. Rosenberg. Paris: Edition du Centre. 1963.
Biographisches Staatshandbuch. Von Wilhelm Kosch und Eugen Kuri. Bd. 1, München 1963.
Blätter für deutsche Landesgeschichte Jg. 83 (1937), früher u. d. Titel: Korrespondenzblatt ... [siehe dort].
Blunck, Hans Friedrich: Lebensbericht. Bd. 2: Unwegsame Zeiten. Mannheim 1952.
Böhm, Franz: Anti-Cartesianismus. Deutsche Philosophie im Widerstand. Leipzig 1938.
Böhm, Hermann: Norwegen zwischen England und Deutschland. Lippoldsberg 1956.
Boelcke, Willy A.: Kriegspropaganda 1940—1941. Stuttgart 1966.
Borchardt, Knut: s. Stolper, Gustav.
Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. 2. Aufl. Köln 1962.
Bracher, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung. In: VJZG 4 (1956).
Brenner, Hildegard: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus. 1963.
— Deutsche Literatur im Exil. In: Hb. d. Gegenwartsliteratur. 1965.
Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit. Hannover: Landeszentrale f. pol. Bildung 1960.
— Der Staat Hitlers. München 1969.
Brunotte, Heinz: Der politische Kurs der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei. In: Zur Geschichte des Kirchenkampfes. Göttingen 1965.
Buchheim, Hans: Glaubenskrise im Dritten Reich. Stuttgart 1953.
— Gliederungen und angeschlossene Verbände. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte 1 (1958). Stuttgart.
— Die Höheren SS- und Polizeiführer. In: VJZG 11 (1963).
— Der Stellvertreter des Führers. Ebenda.
— Ein NS-Funktionär zum Niemöller-Prozeß. In: VJZG 4 (1956).
— SS und Polizei im NS-Staat. Duisdorf bei Bonn 1964.
Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1959.
Buttler, Werner: Die bandkeramische Ansiedlung bei Köln-Lindenthal. Leipzig 1936. (Röm.-German. Forschungen 11.)
— Der donauländische und westische Kulturkreis der Jüngeren Steinzeit. Berlin und Leipzig 1938 (Hb. d. Urgesch. Deutschlands. 2).
— Nachruf auf Werner Buttler. Von Gero v. Merhart. In: Prähist. Zeitschr. 30/31 (1939/40), S. 479—480 (mit Bibliographie).
— Werner Buttler. Von Karl Hermann Jacob-Friesen. In: Die Kunde. Jg. 1940.
Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts. 11. Aufl. München 1915.
Chandler, Albert R.: Rosenbergs Nazi Myth. Ithaca, N. Y., 1945.
Cohn, Norman: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythus von der jüdischen Weltverschwörung. Köln und Berlin 1969.
Conrad, Walter: Der Kampf um die Kanzeln. Berlin 1957.
Daeschner, L.: Die DAF. München 1934.
Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941—1945. Düsseldorf 1958.
Daniel, Glyn: The Megalith Builders of Western Europe. 1958.
Diehl-Thiele, Peter: Partei und Staat im Dritten Reich. München 1969.
Dietrich: s. Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur.
Dörner, K.: Nationalsozialismus und Lebensvernichtung. In: VJZG 15 (1967).
Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen. München 1965—1966.
Eggers, Hans Jürgen: Einführung in die Vorgeschichte. München 1959.
Eilers, Rolf: Nationalsozialistische Schulpolitik. Köln 1963.

Emessen, Theodor: Aus Görings Schreibtisch. Berlin 1947.
Facsimile-Querschnitt durch den Völkischen Beobachter. Hrsg. von S. Noller und H. v. Kotze. München 1967.
Feldmann, Walter: Die Preußische Landesbühne. Berlin 1932.
Fest, Joachim: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft. München 1964.
Focke, Friedrich: Beiträge zur Geschichte der Externsteine. Stuttgart 1943.
Fraenkel, Ernst: The Dual State. New York, London, Toronto 1941.
Frauendorfer, Max: Der ständische Gedanke im Nationalsozialismus. München 1933.
Freund, Gisela: s. Zotz, Lothar.
Friedrich, Carl Joachim: Die Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1958.
Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage. 32. Aufl., Leipzig 1933.
50 Jahre Verband der Vereine für Volkskunde. Stuttgart 1954.
Gamm, Hans Jochen: Der braune Kult. Hamburg 1962.
Gehlen, Arnold: Zeit-Bilder. Zur Soziologie und Ästhetik der modernen Malerei. Frankfurt und Bonn 1960.
Geißler, Rolf: Dekadenz und Heroismus. Stuttgart 1964.
— Dichter und Dichtung des Nationalsozialismus. In: Handbuch der Gegenwartsliteratur. München 1965.
Germanien. Monatshefte für Vorgeschichte (ab 8, 1936, H. 6: für Germanenkunde) zur Erkenntnis deutschen Wesens. Leipzig. Jg. 5 (1933) — 15 (1943).
Zur Geschichte des Kirchenkampfes. Göttingen 1965.
Giedion, S.: Walter Gropius. Mensch und Werk. Stuttgart 1954.
Gilbert, G. M.: Nürnberger Tagebuch. Frankfurt 1962.
Glenthøj, Jørgen: Hindenburg, Göring und die evangelischen Kirchenführer. In: Zur Geschichte des Kirchenkampfes. Hrsg. von Heinz Brunotte. Göttingen 1965.
Goebbels, Joseph: Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber. Stuttgart 1960.
— Goebbels' Tagebücher aus den Jahren 1942—1943. Hrsg. von L. Lochner. 1948.
Götte, Karlheinz: Die Propaganda der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" und ihre Beurteilung in der deutschen Tagespresse. Diss. Münster 1957.
Graß, Karl Martin: Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise. Diss. phil. Heidelberg 1967 (Ms.).
Grenzmann, Wilhelm: Nietzsche and National Sozialism. In: The Third Reich, London 1955.
Gumbel, Hans: Forschungsgeschichte in Deutschland. Berlin 1938. (Die Urgeschichtsforschung in den Kulturstaaten der Erde. Hrsg. von Karl Hermann Jacob-Friesen. Bd. 1.)
Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München. 1 (1958), 2 (1966).
Guthmann, Heinrich: Zweierlei Kunst in Deutschland? Berlin 1935.
Härtle, Heinrich: Der deutsche Arbeiter und die päpstliche Sozialpolitik. Berlin 1937 (Sozialismus im Dritten Reich. 3).
— Die ideologischen Grundlagen des Bolschewismus. München 1944.
— [Pseud.: Helmut Steinberg] Marxismus, Leninismus, Stalinismus. Hamburg 1955.
— Nietzsche und der Nationalsozialismus. München 1937.
— Othmar Spann, der Philosoph des christlichen Ständestaates. In: NSM 9 (1938), S. 690 bis 698.
Häusser, Karl: s. Stolper, Gustav.
Haftmann, Werner: Skizzenbuch. Zur Kultur der Gegenwart. München 1960.
Hale, Gren J.: Presse in der Zwangsjacke. Düsseldorf 1965.
Handbuch der Reichskulturkammer. Hrsg. von Hans Hinkel. Berlin 1937.
Harmjanz, Heinrich: Volk, Mensch und Ding. Königsberg 1936.
Harder, Richard: Eigenart der Griechen. Eine kulturphysiognomische Studie. Freiburg 1949.
— Kleine Schriften. Hrsg. v. Walter Marg. München 1960.
— Plotins Schriften. Übers. v. Richard Harder. Neubearb. m. griech. Lesetext und Anm. Bd. 1—4. Hamburg 1956 ff.
Hart, Franz T.: Alfred Rosenberg. Der Mann und sein Werk. 4. Aufl. München 1939.
Hassel, Ulrich von: Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944. Zürich 1946, Frankfurt a. M. und Hamburg 1964.

Haverbeck, Werner Georg: Das Ziel der Technik. Die Menschwerdung der Erde. Olten und Freiburg 1965.
— Volkstum und Heimat als Zeugnis jungen Kulturwollens. Privatdruck 1934. [Privatbes. Dr. Haverbeck, Valdorf-Ost bei Vlotho/Weser.]
Hederich, Karlheinz: Die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutz des NS-Schrifttums, ihre Aufgabe und ihre Stellung in Partei und Staat. Breslau 1937.
Heiber, Helmut: Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands. Stuttgart 1966.
— Der Generalplan Ost. In: VJZG 6 (1958), S. 281—325.
— Joseph Goebbels. München: Deutscher Taschenbuch-Verl. 1965.
— Hitlers Lagebesprechungen. Stuttgart 1962.
— Reichsführer! Briefe an und von Himmler. Stuttgart 1968.
Heilfurth, Gerhard: Volkskunde jenseits der Ideologien. Marburg 1961.
Helbok, Adolf: Grundlagen der Volksgeschichte Deutschlands und Frankreichs. Berlin und Leipzig 1937.
Herbig, Gustav: Die Geheimsprache der Disziplina Etrusca. SB 1923. München, Bayer. Akad. d. Wiss.
Herterich, Fritz: Theater und Volkswirtschaft. München und Leipzig 1937.
Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie 1940—1941. Frankfurt 1965.
Hitler, Adolf: Mein Kampf. 102—104. Aufl. in 1 Bd. München 1934.
— Tischgespräche s. Picker.
— Lagebesprechungen s. Heiber.
Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Hamburg und Gütersloh 1966.
Holzapfel, Carl Maria: Einer baut einen Dom. Berlin 1934.
Hoppe, Willy: Einhundert Jahre Gesamtverein. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 89 (1952), S. 1—38.
Hübner, Arthur: Herman Wirth und die Ura-Linda-Chronik. Berlin 1934.
Hülle, Werner: Grundsätzliches zur süddeutschen Germanenforschung. In: Mannus Jg. 29 (1937), S. 255 ff.
Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969.
Jacob-Friesen, Karl Hermann: Grundfragen der Urgeschichtsforschung. 1928.
— Wissenschaft und Weltanschauung in der Urgeschichtsforschung. In: Die Kunde, Hannover, Jg. 1950, S. 1—5.
Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt a. M. 1964.
— Die nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938. Frankfurt a. M., Berlin 1968.
Jahn, Martin: Die deutsche Vorgeschichtsforschung in der Sackgasse? In: Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit, Jg. 1941, S. 73 ff.
Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933—1944. Gütersloh 1948.
Nationalsozialistisches Jahrbuch. Hrsg. v. Philipp Bouhler: Jg. 1934—1939. München 1934 bis 1938.
Fünfundzwanzig Jahre Deutscher Heimatbund. Neuß a. Rh., Kanalstr. 75: 1954.
Jankuhn, Herbert: Die Ausgrabungen in Haithabu 1937—1939. Vorläufiger Grabungsbericht. Berlin 1943. (Das Ahnenerbe, Reihe B, 3.)
— Forschungs- und Lehrgemeinschaft ‚Das Ahnenerbe'. Jahrestagungen. Hrsg. v. Herbert Jankuhn. Neumünster 1944.
Joly, Maurice: Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu oder Der Machiavellismus im 19. Jahrhundert. A. d. Franz. v. Hans Leisegang. Hamburg 1948.
Kästner, Erich. Münchhausen. Ein Drehbuch. Frankfurt und Hamburg 1960.
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: Houston Stewart Chamberlains germanischer Mythus. In: Polit. Studien 18 (1967), S. 568—583.
Karl der Große oder Charlemagne. Acht Antworten deutscher Geschichtsforscher. Berlin 1935.
Kater, Michael H.: Das „Ahnenerbe". Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft der SS. Diss. phil. Heidelberg 1966.

Das „Ahnenerbe" der SS 1935—1945. 1969 (Manuskript im Besitz M. Katers, zit.: Kater, Neufassung).
Kempner, Robert M. W.: Der Kampf gegen die Kirche. Aus den unveröffentlichten Tagebüchern Alfred Rosenbergs. In: Der Monat 1 (1948), Nr. 10, S. 28—38.
— SS im Kreuzverhör. München 1964.
Kiehl, Walter: Mann an der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley. München 1938.
Kittel, Erich: Die Externsteine als Tummelplatz der Schwarmgeister. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde. 33 (1964).
Kluke, Paul: Politische Form und Außenpolitik des Nationalsozialismus. In: Festschr. f. Hans Rothfels. Göttingen 1963.
— Nationalsozialistische Europaideologie. VJZG 3 (1955).
— Der Fall Potempa. VJZG 5 (1957).
Knoll, Werner: Verbotene Musik. VJZG 7 (1959).
Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1948.
Die Kommenden. Hrsg. von Ernst Jünger. Jg. 1930—1931.
Konopath, Hanno: Ist Rasse Schicksal? München 1926; 2. Aufl. 1931.
Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine. Jg. 79 (1933) — 82 (1936). Fortges. u. d. Titel: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 83 (1937) ff.
Kosch: s. Biographisches Staatshandbuch.
Kossinna, Gustaf: Die deutsche Vorgeschichte, eine hervorragend nationale Wissenschaft. Leipzig 1914. 8. Aufl., durchges. von Werner Hülle. Leipzig 1941.
Krämer, Werner: Gerhard Bersu zum Gedächtnis 1889—1964. In: 45. Bericht der Römisch-Germanischen Kommission. Berlin 1965.
Krausnick, Helmut: s. Anatomie ...
Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959.
Kühn, Herbert: Aufstieg und Erwachen der Menschheit. Hamburg 1966.
Künneth, Walter: Antwort auf den Mythus. Berlin 1935.
— Evangelische Wahrheit! 1937.
Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender. 3. Ausg. 1928/29 — 10. Ausg. 1966.
Kulturpolitik der Zwanziger Jahre.
Kunst dem Volk. Hrsg. v. Heinrich Hoffmann. Wien: Hoffmann, Jg. 10 (1939) ff. (Bis Jg. 9, 1938 u. d. Titel: Österreichische Kunst).
Kunze, Emil und Hans Schleif: IV. und V. Bericht über die Ausgrabung in Olympia. Berlin 1944 und 1956.
Langsdorff, Alexander [Pseud.: Sandro]: Fluchtnächte in Frankreich. Stuttgart und Berlin 1920.
— und Donald E. McCown: TALL-I-BAKUN A. Season of 1932 (Ed.: Ernst Herzfeld). Chicago Ill., Univ. Press 1942.
— Die Ausgrabungen der Schutzstaffeln. [Siehe Anhang: SS-Ausgrabungen].
— Die Bronceschnabelkannen. Hrsg. von Paul Jacobsthal und Alexander Langsdorff. Im Auftrag der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts. Berlin 1929.
Laqueur, Walter: Russia and Germany. A Century of Conflicts. London 1965. (Dt. Ausg.: Deutschland und Rußland. Übers. und leicht gekürzt von K. H. Abshagen. Berlin 1965.)
Leisen, Adolf: Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik. Diss. phil. Heidelberg 1964.
Ley, Robert: Deutschland ist schöner geworden. Berlin 1936.
— Wir alle helfen dem Führer. München 1937.
Die neue Literatur. Hrsg. v. Will Vesper. Jgg. 1934—1935.
Löwith, Karl: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Stuttgart 1953.
Loock, Hans Dietrich: Zur „Großgermanischen Politik" des Dritten Reiches. In: VJZG 8 (1960).
Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Berlin 1955.
Luedecke, Kurt: I knew Hitler. New York 1937.

Maier, Hans: Nationalsozialistische Hochschulpolitik. In: Die deutsche Universität im Dritten Reich. München 1966.
Mannus. Hrsg. für den Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte von Hans Reinerth. Jg. 26 (1934) — 35 (1943).
Maschmann, Melitta. Fazit. Stuttgart 1963.
Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP. Frankfurt 1965.
Meier, John: 50 Jahre Verband der Vereine für Volkskunde 1904—1954. Stuttgart 1954.
Meier, Kurt: Die Deutschen Christen. Göttingen 1964.
Meindk, G.: Hitler und die deutsche Aufrüstung. Wiesbaden 1959.
Merkes, Manfred: Die deutsche Politik gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg. Bonn 1961.
Milward, Alan S.: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945. Stuttgart 1966.
Mitscherlich, Alexander: Medizin ohne Menschlichkeit. Frankfurt 1955.
Moers-Messmer, Wolfgang von: Der Heiligenberg bei Heidelberg. Anlage zur „Ruperto Carola", Jg. XVI, Bd. 36. Heidelberg 1964: Brausdruck.
Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Stuttgart 1967.
— Entteufelung des Dritten Reiches? In: Der Spiegel 21 (1967), Nr. 11.
— Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938. In: VJZG 10 (1962).
— Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: VJZG 12 (1964).
Müller, Hans: Katholische Kirche und Nationalsozialismus. München 1963.
Museum der Gegenwart. Hrsg. von Ludwig Justi. Jg. 1—3 (1930—1932).
Moussaux, Gourgenot de: Der Jude, das Judentum und die Verjudung der christlichen Völker. A. d. Franz. von Alfred Rosenberg. München 1921.
Amtliches Nachrichtenblatt der Deutschen Arbeitsfront. Jg. 1 (1935) ff.
Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit. Hrsg. v. Moritz Jahn. Jgg. 1928—1945.
Nationalsozialistische Korrespondenz (Pressedienst der NSDAP). [Benutzt: November 1933 bis Dezember 1935.]
Naumann, Hans: Deutsche Volkskunde in Grundzügen. 11.—15. Tsd. Leipzig 1935.
Neuhäusler, Johann: Kreuz und Hakenkreuz. 2. Aufl. München 1946. 2 Bde.
Neurohr, J.: Der Mythos vom Dritten Reich. Stuttgart 1958.
Neuß, Wilhelm: Kampf gegen den Mythus des 20. Jahrhunderts. Köln 1947.
— s. a. Studien zum Mythus ...
Niemöller, Wilhelm: Hitler und die evangelischen Kirchenführer (Zum 25. Januar 1934). Bielefeld 1959.
Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963.
Norden, Günther van: Kirche in der Krise. Düsseldorf 1963.
Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. v. d. Organisationsleitung der NSDAP. 7. Aufl. 1943.
Orlow, Dietrich: Die Adolf-Hitler-Schulen. In: VJZG 13 (1965).
[Parteitage der NSDAP:]
Der Große Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg. Der Kongreß des Sieges [1933]. Dresden 1934.
Der Kongreß zu Nürnberg vom 5. bis 10. September 1934. München 1934.
Der Parteitag der Freiheit vom 10. bis 16. September 1935. München 1934.
Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. München 1936.
Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937. München 1937.
Der Parteitag Großdeutschlands vom 5. bis 12. September 1938. München 1938.
Payr, Bernhard: Das Amt Schrifttumspflege. Berlin 1941.
— Schrifttumsdiktatur oder Schrifttumsförderung. In: NSM 8 (1937).
Petersen, Ernst: Aus dem Nachlaß von G. Kossinna. Die Karte der germanischen Funde in der frühen Kaiserzeit. In: Mannus 25 (1933).
Peterson, E. N.: Die Bürokratie und die NSDAP. In: Der Staat 6 (1967), H. 2, S. 151—173.
Petwaidic, Walter: Die autoritäre Anarchie. Hamburg 1946.
Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche. Hrsg. v. Percy Ernst Schramm. Stuttgart 1963.
Poliakow, Leon s. Wulf, Joseph.
Porzig, Walter: [Rezension von Walter Wüst, „Idg. *peleku, ‚Axt, Beil'"] in: Indogermanische Forschungen, hrsg. v. Hans Krahe. Jg. 1961, S. 293—302.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946. 47 Bde. Nürnberg 1947—1949.
Rämisch, Raimund: Der berufsständische Gedanke in Theorie und Praxis des Nationalsozialismus. Diss. rer. pol. Freie Univ. Berlin 1957.
Rave, Paul Ortwin: Kunstdiktatur im Dritten Reich. Hamburg 1949.
Reinerth, Hans: Das Federseemoor als Siedlungsland des Vorzeitmenschen. Leipzig 1922.
— Handbuch der vorgeschichtlichen Sammlungen. Süd- und Mitteldeutschland. Leipzig 1941.
— Das politische Bild Alteuropas. Aus der Arbeit der nationalsozialistischen Vorgeschichtsforschung. In: Germanenerbe 2 (1937).
— Süddeutschlands nordisch-germanische Sendung. In: Germanenerbe 1 (1938).
— Die deutsche Vorgeschichte im Dritten Reich. In: NSM 1932.
— Ein Dorf der Großsteingräberleute. In: Germanenerbe 4 (1939).
— Vorgeschichte. In: Württ. Hochschulzeitung, hrsg. v. NS-Studentenbund Tübingen, 1. Mai 1933.
— Deutsche Vorgeschichte und ihre Pflege im nationalsozialistischen Staat. In: Deutsches Bildungswesen, hrsg. v. NS-Lehrerbund, Juni 1933, S. 47—50.
— Vorgeschichte der deutschen Stämme. Leipzig 1940.
Richthofen, Bolko Frhr. von: [Rezension einer Arbeit Werner Buttlers] in: Prähistorische Zeitschrift 1937/38, S. 433—435.
Rieth, Adolf: Vorzeit gefälscht. Tübingen 1967.
Robertson, E. M.: Hitlers Pre-War-Policy and Military Plans. London 1963.
Roh, Franz: Entartete Kunst. Kunstbarbarei im Dritten Reich. Hannover 1962.
Rothfeder, Herbert Phillips: A Study of Alfred Rosenberg's Organisation for National Socialist Ideology. Diss. Michigan (USA) 1963 (Mikrofilm).
Rüdiger, Karlheinz: Bedeutungsvolle Ehrung Alfred Rosenbergs durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In: NSM 9 (1938), S. 253.
Rühle, Jürgen: Das Dritte Reich. Die Kampfjahre. Jgg. 1933—1938. Berlin 1933—1939.
Saller, Karl: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda. Darmstadt 1961.
— ders. in: Judenfeindschaft. Darstellung und Analysen. Hrsg. v. K. Thieme. Frankfurt und Hamburg 1963.
Sauer, Wolfgang: s. Bracher . . ., Sauer . . ., Schulz.
Schacht, Hjalmar: Meine ersten siebenundsiebzig Jahre. 1953.
Schäfer, Wolfgang: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches. Hannover . . . 1956.
Schickert, Klaus: Die Judenfrage in Ungarn. Berlin 1937.
Schindler, Reinhard: Bespr. zu: Richard Weyl, Atlantis enträtselt? In: Germania 31 (1953), S. 202 [Vgl. Spanuth, Jürgen].
Schleif, Hans: Die neuen Ausgrabungen in Olympia. Ihre Ergebnisse für die Bauforschung. (Europäische Studienmappen 1943).
— s. a. Kunze, Emil.
Schöne, Albrecht: Die politische Lyrik im 20. Jahrhundert. Göttingen 1965.
Scholder, Klaus: Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung. In: VJZG 16 (1968).
Scholtz, Harald: Die NS-Ordensburgen. In: VJZG 15 (1967).
Schramm, Wilhelm Ritter von: Verrat im 2. Weltkrieg. 1967.
Schrieber, Karl F.: Das Recht der Reichskulturkammer. 2 Bde. 1935.
Schubart, Wilhelm: [Rezension zu Albert Grünwedel, Tusca.] In: Orientalistische Literaturzeitung. Jg. 27 (1924), S. 179 f.
Schubert, Günter: Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik. Köln 1963.
Schuchardt, Carl: Die Entstehungsgeschichte der Römisch-Germanischen Kommission des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches zu Frankfurt a. M. Mit e. Geleitw. v. Theodor Wiegand. Syke (Bez. Bremen): Petzold-Druck 1934.
— Alteuropa. 1. Aufl. 1919, 5. Aufl. 1944.
Schüddekopf, O. E.: Linke Leute von rechts. Stuttgart 1960.
Der Schulungsbrief. Hrsg. v. Hauptschulungsamt der Reichsorganisationsleitung der NSDAP Jg. 1 (1934) ff.

Schulz, Gerhard: s. Bracher . . ., Sauer . . ., Schulz.
Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Hannover und Frankfurt a. M. 1958.
Sigilla Veri (Ph. Stauffs Semi-Kürschner). Lexikon der Juden, -genossen und -gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands. 2. Aufl. Erfurt 1929—1931. 4 Bde.
Sommer, Theo: Deutschland und Japan zwischen den Mächten. Tübingen 1962.
Spanuth, Jürgen: Das enträtselte Atlantis. 1953 [Vgl. unter Schindler und Weyl].
— Atlantis. Heimat, Reich und Schicksal der Germanen. Tübingen 1965.
Sprockhoff, Ernst: Die nordische Megalithkultur. In: Hb. d. Urgeschichte Deutschlands. Bd. 3 (1938).
Stamati, Constantin Graf: Zur Kulturpolitik des Ostministeriums. VJZG 6 (1958).
Stang, Walter: Das Weltbild in Walter Flex' Drama ‚Lothar'. Diss. phil. Erlangen 1926.
— Grundlagen nationalsozialistischer Kulturpflege. 2 Bde. Berlin 1935—1937.
— Alboin und Rosamunde. Tragödie aus der Zeit der Völkerwanderung in fünf Akten. Berlin 1939.
Stein, Alexander: Der jüdische Parasit. In: VJZG 13 (1965).
Steinberg, Helmut: S. Härtle, Heinrich.
Stellrecht, Helmut: Arbeitsdienst und Nationalsozialismus. Berlin 1934.
— Neue Erziehung. Berlin 1942.
Deutsche Akademische Stimmen. Leiter: Walter Stang. München. Jg. 1 (1921) — 4 (1924).
Stolper, Gustav, Karl Häuser und Knut Borchardt: Deutsche Wirtschaft seit 1870. Tübingen 1964.
The Story of Rosenbergs Nazi Myth. In: Wiener Library Bulletin 7 (1953), S. 33—34.
Strothmann ‚Dietrich: Die ‚Neuordnung' des Buchbesprechungswesens im 3. Reich und das Verbot der Kunstkritik. In: Publizistik 5 (1960), S. 140—158.
— Nationalsozialistische Literaturpolitik. Bonn. 1960.
Studien zum Mythus des 20. Jahrhunderts. [Von Wilhelm Neuß und einer Anzahl von Mitarbeitern.] (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln. Amtliche Beilage.) Köln: Bachem. 1. August 1934. — 4.—5. Neudruck „August" bzw. „Herbst" 1935. Zugleich Stellungnahme zu Rosenbergs Broschüre ‚An die Dunkelmänner unserer Zeit'.
Stury, Richard: Deutsche Theaterstatistik. Diss. iur. Innsbruck 1939. [Auszug vorh., vollst. Fassung nicht ermittelt].
The Third Reich. London 1595.
Thomas, Georg: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918—1943/44. Boppard 1966.
Thormaehlen, Ludwig: Erinnerungen an Stefan George. Hamburg 1962.
Thürmer, Ferdinand: Karl der Große — Charlemagne — Karl der Sachsenschlächter. In: Der Hammer 33 (1934), S. 241 f.
Timm, Albrecht: Universität Halle-Wittenberg. Frankfurt a. M. 1960.
Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift über den Vierjahresplan. In: VJZG 3 (1955).
— Zum nationalsozialistischen Kunstraub in Frankreich. (Dokumentation mit dem Bericht Walter Bargatzkys.) In: VJZG 13 (1964).
Trevor-Roper, Hugh Rewald: Hitlers letzte Tage. Hamburg: Verlag Der Spiegel 1947.
Überblick über die vom Reichsforschungsrat . . . unterstützten wissenschaftlichen Arbeiten. Berlin. Bd. 1 (1937/38) — 4 (1938/39). [Bd. 2 d. Verf. nicht zugängl.]
Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Veröff. der Freien Universität Berlin. Berlin 1966.
Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. München 1966.
Verfügungen, Anordnungen, Bekanntmachungen der Parteikanzlei. München 1943. Bd. 1.
Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Jg. 1 (1931) ff.
Völkischer Beobachter. Süddeutsche Ausgabe, Jg. 1927—1944. [Vgl. auch Facsimile-Querschnitt.]
Neues Volk. Blätter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.
Volkstum und Heimat. Hrsg. von Werner Haverbeck. Jg. 1 (1934)—2, H. 4 (1935). Ab Jg. 2, H. 5 (1935) m. d. Untertitel: Neue Folge der von Heinrich Sohnrey begründeten

Zeitschr. ‚Das Land'. Ab Jg. 51 (1942) hrsg. v. Otto Schmidt [Mitarb. d. Dienstst. Rosenberg]. — Kampen auf Sylt: Verl. Volkstum und Heimat; ab Mai 1935: Heide: Westholst. Verlags-Anst.; ab Jg. 3 (1936) Berlin: Stubenrauch.
Wahl, Karl: „... es ist das deutsche Herz". Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehem. Gauleiters. Augsburg: Selbstverl. 1954.
Wahle, Ernst: Zur ethnischen Deutung frühgeschichtlicher Kulturprovinzen. SB Heidelberg. Akad. Wiss. 1940/41. 2. Abhandl.
— Geschichte der prähistorischen Forschung. In: Anthropos 45 (1950), S. 497—538 und 46 (1951), S. 49—112.
Watzinger, Carl: Theodor Wiegand. München 1944.
Weerth, Karl: Germanische Heiligtümer in Lippe? In: Mitteilungen aus der lippischen Geschichte und Landeskunde, 18 (1949), S. 26—61.
— Vereinschronik 1932—1949. Ebenda 18 (1949), S. 171—188.
Weickert, Carl: Das Deutsche Archäologische Institut. Geschichte, Verfassung, Aufgaben. 2. Aufl. Berlin 1952.
Weigel, Karl Theodor: Runen und Sinnbilder. 3. Aufl. Berlin 1940.
Weinberg, Gerhard: Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier. In: VJZG 12 (1964), S. 443—456.
Weinreich, Max: Hitlers Professors. New York 1946.
Wer ist's? Berlin 1935.
Werner, Karl Ferdinand: Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft. Stuttgart ... 1967.
Weyl, Richard: Atlantis enträtselt? Wissenschaftler nehmen Stellung zu Jürgen Spanuths Atlantis-Hypothese. Kiel 1953. [Vgl. unter Schindler und Spanuth.]
Willrich, Wolf: Säuberung des Kunsttempels. München u. Berlin 1937.
Wirth, Herman: Der Aufgang der Menschheit. Geschichte der Religion, Symbolik und Schrift der atlantisch-nordischen Rasse. T. 1: Die Grundzüge. Jena 1928.
— Die Uralinda-Chronik. Leipzig 1933.
— Um den Ursinn des Menschseins. Wien 1960.
Wüst, Walter: Idg. *peleku, ‚Axt, Beil'. Eine paläolinguistische Studie. Helsinki 1956.
— [Entgegnung auf die Rezension Walter Porzigs] in: PHMA [lies: Rhema], hrsg. v. Walter Wüst, München: In Kommission bei J. Kritzinger. H. 7 (1961), S. 87.
Wulf, Joseph: Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Reinbeck 1966.
— Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Reinbeck 1966.
— Musik im Dritten Reich. Reinbeck 1966.
— Presse und Funk im Dritten Reich. Reinbeck 1966.
— Theater und Film im Dritten Reich. Reinbeck 1966.
— und Leon Poliakow: Das Dritte Reich und seine Denker. Berlin 1959.
Zeiß, Hans: Von der Arbeit der Römisch-Germanischen Kommission. In: Geistige Arbeit 1 (1934), Nr. 3, S. 10.
Zeitschrift des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz. Jg. 1951.
Zeitschrift für Volkskunde. N. F. 8 (1936), hrsg. von Fritz Boehm. N. F. 9 (1937) hrsg. von Heinrich Harmjanz, Gunther Ipsen. Schriftleitung: Erich Röhr. Berlin.
Zervos, Christian: Naissance de la Civilisation en Grece. Paris 1962.
Ziegler, Hans Severus: Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt. Göttingen 1964.
Ziegler, Matthes: Die Frau im Märchen. Eine Untersuchung deutscher und nordischer Märchen. Greifswald Phil. Diss 1937. — Ersch. auch in: Deutsches Ahnenerbe, Abt. 2, Bd. 2.
— Volkskunde auf rassischer Grundlage. München 1939.
Zipfel, Friedrich: Kirchenkampf in Deutschland 1933—1945. Berlin 1965.
[Zotz, Lothar]: Festschr. f. Lothar Zotz. Steinzeitfragen der alten und neuen Welt. Hrsg. v. Gisela Freund. Bonn 1960.

ABKÜRZUNGEN

Die mit * bezeichneten Abkürzungen stellen Archivsignaturen dar und sind S. 335–337 näher erklärt.

AA	Ausw. Amt
Abschr.	Abschrift
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
AE*	Ahnenerbe
AHS	Adolf-Hitler-Schulen
Anm.	Anmerkung
Amt. Nachbl. DAF	Amtliches Nachrichtenblatt der DAF
AN	Aufnahme-Nummer (bei Mikrofilm)
AO	Anordnung
aoP	außerordentl. Professor
aplP	außerplanmäßiger Professor
APA	Außenpolitisches Amt
Ausf.	Ausfertigung
Ausg.	Ausgabe
BA	Bundesarchiv Koblenz
BDC*	Berlin Document Center
BdO	Bund deutscher Osten
begl.	beglaubigt
Bes.	Besitz
BkRst	Bücherkunde. Amtliches Organ der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums beim „Beauftragten des Führers ..."
BNSDJ	Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen (vgl. NSRB)
Bonn RL*	Rheinisches Landesmuseum, Bonn
BUE*	Beauftragter des Führers [amerikan. Signatur]
Centre*	Centre Documentation Juive Contemporaine, Paris
DA	Deutsches Archiv
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAI	Archäologisches Institut des Deutschen Reiches, Berlin; nach 1945: Deutsches Archäologisches Institut, Berlin (vgl. RGK)
Dat.	Datum
DC	Deutsche Christen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dir.	Direktor
Diss.	Dissertation
DN	Deutsche Nachrichten
Doz.	Dozent
DRbg.	Dienststelle Rosenberg
dt.	deutsche Ausgabe
dtv	Deutscher Taschenbuch-Verlag
Du.	Durchschlag
DV	Deutsche Volkskunde
DWZ	Deutsche Wochenzeitung für nationale Kultur und Politik
DZA	Deutsches Zentralarchiv Potsdam
d. J.	des Jahres
EAP*	[amerikan. Signatur]
ebd.	ebenda
ED*	Einzeldokumente (im IfZ)
emer.	emeritiert
Entw.	Entwurf
ERR	Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg
FA*	Fotokopienarchiv (im IfZ)

FS	Fernschreiben
gedr.	gedruckt
GE	Germanenerbe
GK	Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, 3.—10. Ausg., 1928—1966
H.	Heft
HA	Hauptamt
GSL	Gauschulungsleiter
Hb	Handbuch
HonP	Honorar-Professor
HPS	Handbuch für den Preuß. Staat
hd	handschriftlich
hsW	handschriftlicher Weitergabevermerk
HJ	Hitler-Jugend
HS	Hohe Schule
HSA	Hauptschulungsamt der ROL
HSt	Hauptstelle
Idg.	Indogermanisch
IfZ*	Institut für Zeitgeschichte
IMG	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, dt. Ausg. (blaue Serie)
INDIE	Informationsdienst der DAF
Jg., Jgg.	Jahrgang, Jahrgänge
KdAI	Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure
KdF	s. NSG KdF
KfdK	Kampfbund für deutsche Kultur
KorrBl. DAG	Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine
LA Vorgesch.	Landesamt für Vorgeschichte
lt.	laut
MA*	Mikrofilmarchiv (IfZ)
Mainz*	Römisch-Germanisches Zentralmuseum Mainz
Mc*	Mikrokopienarchiv (IfZ)
MdKfdK	Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur
MGH	Monumenta Germaniae Historica
MilBfh	Militärbefehlshaber
MuFBl	Mitteilungs- und Führungsblatt der Dienststelle Rosenberg
MusDir	Museumsdirektor
MzwaL	Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage
NB*	Nachlaß Buttler
NBlV	Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit
NG*	Dokumentenserie Nuremberg Government (IMG)
NO*	dass., Nuremberg Organisations
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NS*	[soweit mit Ziffern-Zusatz: Signatur im BA]
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDÄ	NS-Bund deutscher Ärzte
NSDD	Nationalsozialistischer Deutscher Dozenten-Bund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studenten-Bund
NSDT	NS-Bund Deutscher Techniker
NSFO	NS-Führungsoffizier
NSG KdF	NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude'
NSK	Nationalsozialistische Korrespondenz
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopfer-Versorgung
NSKG	NS-Kulturgemeinde
NSKK	NS-Kraftfahrerkorps
NSLB	NS-Lehrerbund
NSM	Nationalsozialistische Monatshefte

NSRB	NS-Rechtswahrerbund
OMI	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
oP	Ordentlicher Professor
OPG	Oberstes Parteigericht
OrgBuch	Organisationsbuch der NSDAP
PA*	Pressearchiv (IfZ)
PD*	Parteidienststellen
PDoz.	Privatdozent
Ph.	Photokopie
Pkz.	Partei-Kanzlei
P. O.	Politische Organisation
PS*	Paris, Storey
PZ	Prähistor. Zeitschrift
R.	Rosenberg (in Zweifelsfällen ausgeschrieben)
RAG	Arbeitsgemeinschaft zur Schulung der gesamten Bewegung
RDB	Reichsbund Deutscher Beamter
REM	Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung
RFSS	Reichsführer SS
RGK	Römisch-Germanische Kommission [Frankfurt a. M.] des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches [Berlin]
RJF	Reichsjugendführung
RKF	Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums
RKK	Reichskulturkammer
RKS	Reichskultursenat
Rkzl	Reichskanzlei
RLG	Reichslehrgemeinschaft beim „Beauftragten des Führers"
RMdI	Reichsministerium des Innern
RMfVuP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
ROL	Reichsorganisationsleiter (-leitung)
RPL	Reichspropagandaleitung
RL*	s. Bonn RL*
RVH	Reichsbund Volkstum und Heimat
S	Seite
SA	Schutz-Abteilung
SAG 1*	Sonderabgabe 1
SB	Sitzungsbericht der ... Akademie der Wissenschaften ... Phil.-Hist. Kl.
SD	Sicherheitsdienst der SS
SS	Schutz-Staffeln
StdF	Stellvertreter des Führers
T.	Teil
Tüb*	Inst. f. Vor- und Frühgeschichte Tübingen
u. D.	unsere Darstellung
Univ.	Universität
ungez.	ungezeichnet
USCHLA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der NSDAP
V	Hektographische Vervielfältigung
VB	Völk. Beobachter, Süddeutsche Ausg.
Vgl.	Vergleiche
VJZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VOBl NSDAP	Verordnungsblatt der NSDAP
Z	Zeugenbefragung d. d. Verfasser
Zs.	Zeitschrift
ZS*	Zeugenschrifttum (IfZ)

PERSONENREGISTER

Einige nur einmal zitierte Autoren wurden aus Raumgründen nicht verzeichnet.

Abetz, Otto 146, 148
Achterberg, Eberhard 286
Adorno, Theodor W. 269
Aleff, Eberhard 260
Amann, Max 264, 266
Anacker, Heinrich 278
Andree, Julius 174, 308, 309, 325, 334
Apffelstaedt, Hanns Joachim 164, 189, 190 bis 198, 200, 209, 234, 303, 305, 306, 313, bis 319, 322, 325
Apffelstaedt, Max 313
Arendt, Hannah 329
Arntz, Helmut 310

Bach, Adolf 215, 216
Bachmann, Heinrich 42
Baeumler, Alfred 26, 68, 95, 96, 131, 229, 235, 255, 283, 296, 319, 324, 326
Bargatzky, Walter 301, 303, 324
Barlach, Ernst 34, 46
Bartels, Adolf 28
Barth, Karl 321
Baur, Wilhelm 264
La Baume, Wolfgang 174, 177, 178, 206, 207, 308, 310
Becker, Carl J. 28
Becker, Georg 274
Beek, Gottfried zur 293
Behm, Günter 332
Behn, Friedrich 234, 303, 317
Behr, Kurt von 151, 251
Behrens, Peter 18, 253, 263
Beisel, D. Graf 7, 251
Beitl, Richard 215, 218, 320, 321
Benedke, Hans-Joachim 191, 192, 199 bis 202, 204, 303, 314, 316, 317, 324, 325
Benesch, Edvard 221, 260
Beninger, Eduard 174, 308
Berger, Fritz 290
Berger, Gottlob 323
Berger (Verleger) 264
Berghahn, Volker R. 295, 297, 299
Berning, Wilhelm 258
Berning, Cornelia 264, 327
Bersu, Gerhard 156, 159, 160, 161, 163, 169, 170, 175, 176, 198, 201, 207, 234, 258, 303 bis 305
Besson, Waldemar 299, 300
Best, Werner 150, 319
Bieberbach, Ludwig 304
Bier, August 278
Billig, Joseph 252
Blacher, Boris 112
Blunck, Hans Friedrich 79, 277
Bode, Wilhelm von 168
Bodenschatz, Karl Heinrich 295
Böhm, Franz 259
Böhm, Hermann 294
Böhm, Jaroslav 321
Boehm, Max Hildebert 216
Boelcke, Willy A. 14, 253, 264, 265, 296, 299, 327
Bömer, Karl 244, 327
Bohle, Ernst-Wilhelm 241
Bohm, Waltraud 318, 319
Bohmers, Assien 332
Bormann, Martin 48, 49, 57, 90, 92, 109, 110, 112—115, 118, 119, 123, 125, 126, 129, 130, 131, 136, 138—144, 223, 225 bis 227, 231—234, 240, 241, 246, 254, 259, 261, 263, 267, 269, 270, 280, 281, 288 bis 292, 294—302, 304, 307, 322—326, 328
Bosch, Reinhold 305, 318
Bouhler, Philipp 16, 30, 83, 131, 132, 144, 195, 266, 296
Bracher, Karl Dietrich 10, 11, 14, 243, 251, 265, 269, 291, 326, 328
Brachmann, Wilhelm 291, 292
Bräutigam, Otto 292
Brandi, Karl 304
Brauchitsch, Walter von 148—151
Brenner, Hildegard 15, 253, 259—264, 266, 268, 269, 271, 275—278, 287, 301, 302
Brinckmann 87, 281
Broszat, Martin 14, 251, 253, 269—271, 274, 275, 290, 296, 297, 327—329, 331
Bruckmann, Hugo 28, 38, 39, 261, 264
Brünker 41
Bruhn, Heinrich 137, 138, 270, 294, 298, 328
Brunotte, Heinz 291, 292
Buch, Walter 86, 99, 159, 161, 233, 234, 266, 267, 284, 285, 326
Buchheim, Hans 14, 251, 253, 262, 265—267, 269, 271, 273, 274, 278, 286, 291, 296, 327
Bunjes, Hermann 302
Busch, Karl 274
Buttler, Werner 199—211, 222, 225, 252, 305, 306, 312, 313, 316—319, 322, 325, 333
Buttmann, Rudolf 36, 37, 44, 263, 267

Cerff, Karl 109, 288, 289
Chamberlain, Eva 28
Chamberlain, Houston Stewart 20—22, 24, 256
Chandler, Albert R. 256, 258
Churchill, Winston 292

Conrad, Walter 266, 267
Corinth, Lovis 106
Corvin-Wiersbitzky, Otto von 23
Curtius, Ludwig 171, 307

Dallin, Alexander 255, 256, 278, 293, 299, 300, 328
Daluege, Kurt 272
Darré, Richard Walther 81, 173, 254, 269, 290
Deindl, Anton 301
Dehn, Wolfgang 7, 303, 323
Diehl-Thiele, Peter 253
Dinter, Artur 261
Dix, Otto 34
Dönitz, Karl 328
Domarus, Max 271, 285, 327
Dressler-Andress, Horst 65, 66, 71, 72, 74, 79, 85—87, 90, 262, 265, 272, 274, 275, 277, 280, 281, 286

Ebert, Georg 148—150, 301
Eckhardt, Karl August 212, 311
Eckart, Dietrich 18, 19, 20, 254
Eggers, Hans Jürgen 303, 316
Ehrlich (Prof.) 174
Eichmann, Adolf 292, 293, 329
Eilers, Rolf 286, 318
Einstein, Albert 95
Engel, Carl 174, 304, 307, 308
Engel, Wilhelm 212, 312
Erdmann, Carl 308
Eyck, Jan van 151

Feder, Gottfried 18, 254, 263
Feininger, Lyonel 34, 75
Fest, Joachim 251, 253, 255, 258, 267, 329
Filchner, Wilhelm 278
Fischer, Eugen 78, 277, 304
Fleischhauer, Ulrich 121, 293
Focke, Friedrich 309, 334
Fraenkel, Ernst 242, 243, 327
Frank, Walter 15, 44, 77, 78, 94—97, 121, 122, 134, 212, 252, 261, 266, 274, 277, 283, 284, 290, 293, 296, 297, 304—307, 309—312, 314, 316, 318, 319, 321, 323
Frauendorfer, Max 7, 85, 89—93, 124, 137, 140, 280, 282
Frey, Hermann-Walter 290, 319
Frick, Wilhelm 46, 82, 130—132, 168, 195, 242, 296, 327
Friedrich, Carl Joachim 253, 327
Friedrichs, Helmut 288, 290, 294, 297, 299, 300, 325
Fritsch, Theodor 112, 256, 290
Funk (Major) 293
Funk, Walther 268
Furtwängler, Wilhelm 76—78, 252, 277

Galen, Clemens August Graf 118
Galke 310, 318
Ganzer, Karl Richard 283
Geiger, Otto 272
Geist, Franz 331
Geißmar, Berta 277
Gerdts, Hans 289
Gerigk, Herbert 107, 108, 112, 288, 289, 290
Gerland 294
Giedion, Siegfried 255
Gilbert, G. M. 259
Ginschel, E. 268
Glenthøj, Jørgen 267
Goebbels, Joseph 10, 14, 16, 37, 43—46, 51 bis 53, 55, 58, 61—63, 65—67, 71—84, 86, 87, 97, 99, 100, 105—110, 117, 127, 130, 132, 133, 140, 142, 144, 146, 149, 178, 182, 195, 226, 237, 238, 241, 244, 257, 260, 263—266, 268, 271, 272, 275—280, 285—293, 296, 297, 300, 301, 322, 327, 331
Göring, Hermann 10, 13, 46, 72, 76, 117, 127, 129—132, 146, 147, 150, 151, 195 bis 197, 242, 243, 246, 252, 255, 277, 291, 292, 295, 296, 299, 302, 314, 315, 320, 327
Goeßler, Peter 158, 234, 303, 304
Götte, Karlheinz 269, 291
Gohdes, Otto 55, 85, 89, 90, 92, 137, 280, 281
Grau, Wilhelm 121, 122, 134, 283, 293
Griewank, Karl 274
Grimm, Franz 99, 285
Grimm, Hans 260
Gropius, Walter 20
Groß, Walther 68, 69, 220, 274
Gründgens, Gustav 320
Grünspan, Herschel 149
Grünwedel, Albert 23, 256, 257, 258
Günther, Hans F. K. 258, 278
Günther, Johannes 289
Gurlitt, Hildebrand 30
Guthmann, Heinrich 276
Guthmann 276

Haake, Heinz 190, 194, 197, 306, 313
Hadamowski, Eugen 262
Haegert, Wilhelm 287
Härtle, Heinrich 7, 13, 68, 251, 252, 259, 260, 274, 283, 289, 294, 295, 301, 315, 324, 331
Hagemeyer, Hans 37, 68, 119, 122, 123, 136, 273, 283, 292—294, 297, 301
Hahne, Hans 174, 177, 178, 308
Hamann, Richard 190
Hanke, Karl 280, 287

Hansen, Walter 61, 106, 287, 295
Harder, Richard 229, 323, 324
Harmjanz, Heinrich 7, 212–218, 220, 252, 319–321
Hart, Franz T. 253
Hassel, Ulrich von 92, 282
Hauptmann, Gerhart 42
Haverbeck, Werner-Georg 7, 47–50, 66, 71, 72, 267, 268, 272, 274, 275
Heiber, Helmut 7, 15, 261, 265, 274, 275, 277, 283, 284, 286–288, 290, 292, 293, 295–297, 300, 301, 304–307, 309–312, 314, 316, 318–321, 323, 327, 328, 331
Heiden, Konrad 255
Heil, Gregor 150
Heiler, Friedrich 257
Heinckel, Ernst 278
Heinrich I. 172, 203
Helbok, Adolf 216
Helldorf, Wolf Heinrich Graf v. 289
Heller, Hermann 94
Herbig, Gustav 257
Herterich, Fritz 264, 265
Herzfeld, Paul 168
Herzog, Friedrich W. 289
Heß, Rudolf 40, 43, 45, 48–50, 52, 53, 64, 65, 69, 73, 76, 77, 79, 81, 86, 88, 89–92, 94, 99–101, 106, 108, 109, 114, 117, 118, 122, 125, 126, 128–130, 135, 143, 162, 169, 181, 195, 205, 216, 222–228, 241, 244, 246, 254, 255, 263, 265–269, 271, 272, 274–283, 286–288, 290, 292, 294 bis 297, 300, 307, 321, 323, 327, 331
Heusler, Andreas 28
Heuß, Alfred 29
Heydrich, Reinhard 82, 96, 120, 149, 293, 311, 319
Hiecke, Robert 305, 317, 319, 322
Hierl, Konstantin 83, 262, 266, 279
Hildebrandt, G. L. 298
Hillgruber, Andreas 279, 295, 328
Himmler, Heinrich 10, 15, 30, 43, 57, 80 bis 83, 96, 99, 119, 123, 125, 129–133, 146, 147, 150, 167–169, 172, 173, 178 bis 189, 193–200, 205, 208–214, 216–218, 220, 221, 223–227, 229, 238, 241, 242, 245, 246, 254, 259, 266, 271, 272, 279, 284, 289, 293, 296, 305, 306, 308–312, 314, 315, 318–323, 327
Hindemith, Paul 34, 76–78, 252
Hindenburg, Paul von 304
Hinkel, Hans 39, 41, 42, 44, 45, 264–267, 276, 277, 279, 288, 306, 320
Hinz, Walther 319
Hirt, August 312
Hitler, Adolf 10, 11, 13, 18–20, 24, 25, 34, 36, 46, 48, 51, 53–61, 64, 65, 69, 72, 73, 75, 76, 78–86, 93, 94, 97–102, 104, 115 bis 120, 123, 126, 127, 129–134, 139 bis 143, 145–151, 154, 161, 162, 167, 169, 170, 171, 175, 176, 179, 181, 189, 193, 196–198, 200, 208, 212, 218, 228, 229, 236–250, 252, 254, 255, 258–262, 265 bis 271, 273–281, 283–287, 290–292, 295 bis 297, 299, 300, 302, 304, 307, 308, 314, 315, 326–329
Höfler, Otto 213, 319
Höhn, Reinhard 212
Höhne, Heinz 14, 251, 253, 287, 327, 329
Höhne, R. 180, 181, 311, 332
Hönig, Eugen 79, 81
Hofer, Karl 45
Hoffmann, Paul 111
Holfelder, Albert 213, 319
Holzapfel, Carl-Maria 104, 107, 287
Hoppe, Willy 177, 178, 185, 310, 314
Huber, Hans 322
Hübinger, Paul Egon 7, 321
Hühnlein, Adolf 83, 125, 279
Hülle, Werner 325
Hüttenberger, Peter 253, 261, 281, 315

Ihde, Wilhelm 288
Ipsen, Gunther 321
Iswolsky, Alexander Petrowitsch 127, 128

Jacob-Friesen, Karl Hermann 175, 177, 185, 187, 188, 199, 234, 303, 312, 313, 316, 317
Jacobsen, Hans-Adolf 14, 253, 255, 284, 328
Jacobsthal, Paul 168, 307
Jäger, August 291
Jahn, Martin 165, 174, 204, 206, 208, 303, 308, 317, 318
Jankuhn, Herbert 179–181, 228, 229, 231, 308, 310, 311, 321, 324, 334
Joachim von Fiore 326
Jobst, Albrecht 218, 320
Johst, Hanns 28, 79, 278
Joly, Maurice 255
Jonack, Hans 293
Jünger, Ernst 33, 262
Jung, Edgar 261
Just, Ludwig 45

Kästner, Erich 105, 286
Kaiser, Friedhelm 323
Kaiser, Karl 215, 320
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 256
Kaminskie, Heinrich 112
Kandinsky, Wassily 34
Kant, Immanuel 255
Karl der Große 195, 196, 314, 315
Karo, Georg 307

Karpenstein, Wilhelm 281
Kater, Michael H. 15, 253, 257, 296, 301, 305—312, 318—325
Keitel, Wilhelm 132, 149, 150, 299, 301, 302
Kelter, Will 279, 315
Kempner, Robert M. W. 7, 13, 252, 258, 259, 278, 284, 291, 292, 296, 297
Kerrl, Hanns 115—118, 127, 132, 281, 290 bis 292, 296
Kieckbusch, Karl 293
Kiehl, Walter 282, 286
Killer, Hermann 331
Killy, Leo 327
Kimmig, Wolfgang 7, 198
Kittel, Erich 309, 334
Klabund (= Henschke, Alfred) 61
Klagges, Dietrich 187, 188, 197, 315
Klee, Paul 34
Klopfer, Gerhard 119, 136
Kluke, Paul 258, 279, 326, 327
Knauer, Erwin 284
Knoll, Werner 262, 276
Knudsen, Hans 275
Koch, Erich 120, 315
Koeppen, Werner 7, 251, 273, 283, 285, 287, 289, 293, 299, 300, 305, 320, 324
Kokoschka, Oskar 34
Kolbenheyer, Erwin Guido 28
Konopath, Hanno 34, 36, 262, 263
Kossinna, Gustaf 154—157, 162, 167, 173, 201, 204, 303, 304, 306, 313, 316
Kraeger 293
Krämer, Werner 7, 252, 303
Krausnick, Helmut 14, 253
Krebs, Albert 243, 257, 327
Krogmann, Karl Vincent 279
Krüger, Emil 310, 312, 315
Kube, Wilhelm 292
Kühn, Herbert 154, 175, 234, 302, 303, 305, 314, 317
Künkler, Karl 289
Künneth, Walter 256, 258
Kunisch, Siegmund 317
Kunkel, Otto 317
Kunze, Emil 308, 334
Kursell, Otto von 264, 265
Kutsch, Ferdinand 7, 177, 178, 185—191, 197—199, 234, 304, 308—310, 312, 313, 315

Lafferenz, Bodo 272
Lammers, Heinrich 132, 242, 285, 291, 295 bis 297, 301, 302, 319, 327, 328
Lang, Serge 12, 13, 254
Langenheim, Kurt 203, 206, 316, 317
Langer, Amandus 273
Langsdorff, Alexander 167—169, 180—182, 186, 187, 189, 192, 194, 197, 200, 205, 208—211, 230, 305—307, 312, 316, 317, 319, 324, 332
Laubinger, Otto 277
Lauterbacher, Hartmann 131, 296
Leers, Johannes von 179
Leesmann, J. 254
Lehmann, J. F. 28
Lehmbruck, Wilhelm 106
Leibbrandt, Georg 284, 285, 292
Leisegang, Hans 255
Leitgen, Alfred 286
Lehnich, Oswald 79
Lenard, Philipp 28, 95, 278
Leonardo da Vinci 147
Leutloff, Fritz 107, 288
Ley, Robert 10, 14, 16, 51, 52, 54, 56—59, 61—67, 70—74, 79, 85—105, 107—110, 123 bis 127, 129, 130, 132, 133, 136—142, 161, 172, 178, 182, 195, 198, 208, 237, 238, 240, 241, 244—246, 248, 252, 254, 262, 266, 268—275, 280, 284, 286, 288, 289, 294—299, 315, 318, 327, 328, 331
Likus, Rudolf 327
Lisch, Friedrich 154
Lochner, Louis P. 327
Löns, Hermann 314
Lohse, Hinrich 292
Loock, Hans Dietrich 294, 314, 327
Ludendorff, Erich 309
Lüdtke, Franz 268
Lutze, Viktor 81

Mahrahrens, August Friedrich 291
Mahner, Gerhard 282
Mahling, Friedrich 290
Maier, Hans 191, 267, 291, 306, 315
Malsen, von 254
Mannheim, Lucie 61
Marc, Franz 34, 75, 106
Marg, Walter 323
Marrenbach 286
Martiny, Günther 307
Matray, Ernst 61
Matthes, Walter 174, 308
Mau, Hermann 253
Mausser, Otto 212, 319
Meier, John 218, 219, 220, 321
Meier, Kurt 269, 291, 292
Meiser, Hans 291
Mentzel, Rudolf 97, 213, 214, 222, 224, 229, 231—233, 284, 305, 322, 324, 325
Merck, Mathilde 323
Mergenthaler, Christian 41, 158, 304, 306
Merhart, Gero von 160, 169, 176, 185, 192, 199, 200—202, 204, 207, 210, 211, 218, 234, 305, 316, 317, 319, 325

Messer, August 257
Messerschmidt, Willy 278
Metternich, Franz Graf Wolff 148, 149, 302
Meyer, Alfred 293, 309
Meyer, Eduard 304
Michelangelo Buonarotti 151
Mies van der Rohe, Ludwig 20
Milward, Alan S. 270, 328, 329
Mitscherlich, Alexander 292, 312
Moeller van den Bruck, Arthur 236, 326, 327
Mommsen, Hans 7, 14, 251, 253, 269, 278, 322, 327, 328, 329
Mommsen, Wilhelm 288
Moraller, Franz 79, 80, 84, 276–280, 320
Mosheim, Grete 61
Müller, Hans 258, 259
Müller, Ludwig 46, 47, 55, 115, 291
Müller von Hausen (alias Gottfried zur Beek) 293
Müller, Karl Alexander von 49, 267, 274, 283
Müller, Karl Otfried 257
Munch, Edvard 75, 106
Mussolini, Benito 133, 146
Mutschmann, Martin 78, 147

Napoleon III. 255
Naumann, Hans 218, 320, 321
Neumann, Gotthard 174, 308
Neurath, Konstantin Freiherr von 99, 241, 242
Neuß, Wilhelm 23
Neustupy, Jiři 321
Niemöller, Martin 46, 55–57, 59, 115, 117, 291
Niemöller, Wilhelm 267, 269
Nolde, Emil 34, 36, 61, 75, 106
Nolte, Ernst 254, 258, 259, 269, 292, 328
Nonn, Konrad 263
Nordau, Max 260
Norden, Günther van 267, 269

Oberländer, Theodor 268
Oelmann, Franz 191
Oncken, Hermann 76–78, 95, 153, 183, 252, 277, 310
Otto, Georg 294

Paetel, Karl O. 262
Paulsen, Peter 174, 308
Pechstein, Max 46
Petersen, Ernst 165, 174–176, 201–210, 220, 235, 305, 306, 308, 309, 316–319, 326
Peterson, E. N. 269, 294
Petri, Franz 198
Petrikovits, Harald von 7, 313
Petwaidic, Walter 245, 328
Pfundtner, Hans 291
Picker, Henry 259
Piscator, Erwin 72
Pitzsch, Ilse 275, 276
Planck, Max 95
Polland, Ludwig 28
Porsche, Ferdinand 278
Posse, Hans 146, 147, 151, 301
Puttkammer, Heinrich 289, 326

Quas, Richard 262
Quisling, Vidkun 125, 294

Rademacher, Heinrich 292
Radig, Werner 174, 308
Raeder, Erich 328
Raether, Arnold 262, 265
Rainer, Friedrich 227, 322, 323
Rampf 323
Rascher, Sigmund 312
Rave, Paul Ortwin 14, 261, 271, 277, 278, 287
Reinecke, Hermann 299
Reinerth, Hans 38, 68, 154–167, 169–178, 183–189, 191–193, 196, 198, 200–209, 220–223, 226, 228–235, 237, 263, 301 bis 319, 321–326
Ribbentrop, Joachim von 99, 127, 130, 132, 133, 146–149, 241, 242, 244, 293, 327
Richter, Kurt 293
Richthofen, Bolko Freiherr von 161, 174 bis 176, 201, 204–210, 220, 231, 233, 235, 269, 287, 305, 308, 310, 314, 316–318, 322, 325, 326
Riek, Gustav 333, 334
Rienhardt, Rolf 263
Röhm, Ernst 44
Röver, Karl 269
Rößler, Rudolf 41, 42, 265
Roh, Franz 260, 287
Rohlfs, Christian 46, 106
Rosen, Karl 61
Rosenberg, Hilda 254
Rothfeder, Herbert Phillips 15, 16, 253, 256, 259, 261, 264–266, 268, 269, 271 bis 274, 276, 278, 280, 281, 285–290, 293, 294, 296–302, 309, 312, 324, 325, 331
Rothschild 150, 151
Rotter 79
Ruder (Pkz) 299
Rüdiger, Karlheinz 255
Rühle, Jürgen 280, 286
Rust, Bernhard 10, 41, 44, 58, 77, 78, 81, 83, 97, 99, 127, 130–132, 134, 158–160, 164–167, 169–172, 182–184, 189, 193 bis 195, 204–206, 208–210, 212, 213, 215,

217, 219, 222, 225, 227, 231, 232, 242, 243, 277, 278, 302, 304, 306, 307, 310, 312, 314, 315, 318–322, 324, 325

Saller, Karl 258
Sauckel, Fritz 270
Sauer, Wolfgang 251, 265, 269, 291, 326
Sauerbruch, Ferdinand 278
Sauerlandt, Max 266
Schacht, Hjalmar 291
Schäfer, Heinz 294
Schäfer, Wolfgang 14, 253, 262, 263
Schaub, Julius 285, 286
Scheel, Gustav Adolf 131, 132
Schefold, Karl 307
Scheidt, Hans-Wilhelm 124–126, 135, 282, 284, 294
Schemm, Hans 44
Schenk, Ernst 12, 13, 254
Scheubner-Richter, Erwin von 256
Scheuermann, Fritz 79
Schickedanz, Arno 19, 254–256
Schirach, Baldur von 16, 44, 48, 80, 81, 83, 93, 100, 101, 125, 129–132, 135, 208, 242, 259, 261, 266, 267, 279, 318
Schirmer, August 68, 121–123, 293
Schleif, Hans 181, 308, 332–334
Schlemmer, Oskar 34
Schliz 325
Schlösser, Rainer 31
Schmeer, Rudolf 124
Schmidt, Friedrich 124, 126, 137, 262, 294, 298
Schmidt-Leonhardt 276, 279
Schmidt-Rottluff, Karl 106
Schmitt, Walter 284
Schochow, Werner 7
Schöne, Albrecht 287
Scholder, Klaus 266, 267, 291, 292
Scholtz, Harald 270, 271, 281, 282, 284
Scholz, Robert 106, 111, 145, 259, 260, 263, 276, 287, 289, 301
Schopenhauer, Arthur 255
Schramm, Percy Ernst 328
Schramm, Wilhelm Ritter von 265
Schreiber, Georg 323
Schreiber, Otto Andreas 7, 45, 61, 65, 268, 271, 272, 274, 277
Schrieber, Karl F. 278
Schubart, Wilhelm 257
Schubert, Günter 14, 253–256, 269
Schuchhardt, Carl 158, 303, 304, 306
Schütz, Waldemar 259, 260
Schütze, Erich 331
Schulte, Karl Joseph 59, 60, 258, 259, 271
Schulte-Strathaus, Ernst 290
Schultz, Wolfgang 174, 308
Schultze, Walter 131, 132, 300
Schultze-Naumburg, Paul 28, 29, 34, 260, 262, 276, 277
Schulz, Gerhard 10, 251, 265, 269, 291, 326, 329
Schulz, Walther 174, 308, 318, 321
Schumann, Hans Gerd 253, 268, 270–275, 280
Schuster, Bernhard 289
Schwantes, Gustav 187–189, 197–199, 203, 205, 229, 305, 308, 313, 315–317
Schwarz, Franz Xaver 30, 70, 80, 83, 90, 100, 101, 131, 142, 161, 229, 261, 270, 272, 274, 276, 279, 281, 282, 286, 289, 292, 293, 299, 302, 313, 331, 332
Seger, Hans 165
Selzner, Claus 272, 274, 275
Senger, Alexander von 260
Seraphim, Hans-Günther 13, 252, 254, 256, 259, 261, 266, 269, 276, 281, 287, 291, 294–297, 302
Severing, Carl 94, 96
Siebs, Siebold 280
Sievers, Wolfram 180, 181, 210, 212–214, 219–221, 224, 225, 228, 307, 309, 311, 312, 318–323
Simon, Karl [?] 294, 298
Skutil, J. 321
Sommer, Theo 279, 327
Sotke, Fritz 140, 298–300
Spann, Othmar 28, 29
Spanuth, Jürgen 260, 315
Speer, Albert 246, 249
Sprater, F. 333
Sprenger, Jakob 272
Sprockhoff, Ernst 198, 205, 208, 304, 312, 317
Staa, von 305, 317
Stade, Kurt 198
Stalin, Josef 129
Stammer, Martin 218
Stampfuß, Rudolf 174, 309
Stang, Walter 31, 32, 34, 36, 38, 39, 41, 42, 53, 62, 65, 68, 71–74, 84–86, 93, 105, 111, 136, 261, 264, 265, 268, 271, 272, 275–277, 279–281, 286–289, 297
Stapel, Wilhelm 284
Stark, Johannes 95, 97, 284, 320
Stauss, von 304
Steinberg, Helmut (= Härtle, Heinrich) 260
Stellrecht, Helmut 134–138, 140, 273, 289, 294, 297, 298, 325
Stammer, Martin 218, 320
Stengel, Edmund E. 312
Stengel, Theo 290
Sternheim, Carl 42
Stolzing-Cerny 264

Storey (Oberst) 12, 266
Stosch (Pkz) 300
Stoß, Veit 147
Strasser, Gregor 30, 35—38, 44, 48, 74, 263, 264, 270, 276
Strasser, Otto 45, 264, 272
Strauß, Richard 75, 78, 106
Strawinsky, Igor 34
Streicher, Julius 122
Strobel, Hans 215, 217, 218, 320
Stülpnagel, Otto von 148—151, 324

Tackenberg, Kurt 7, 174, 176, 205, 220, 309, 316, 317
Terboven, Josef 125, 130, 189, 190, 193 bis 199, 284, 314, 315
Teudt, Wilhelm 177, 309, 311
Thadden, Eberhard von 292, 293
Thielscher, Guido 61
Thieme, Ursula 332
Thode, Daniela 28
Thomas, Georg 241, 244, 327, 328
Thürmer, Ferdinand 314
Tischler, Otto 154
Tobias, Fritz 251
Todt, Fritz 244, 249, 263, 278
Tost 301
Treue, Wilhelm 279, 291, 301, 302, 324
Trever-Roper, Hugh Rewald 250, 328, 329
Troost, Gisela 111, 289
Troost, Ludwig 58, 59
Trotha, Thilo von 200, 263, 273, 277
Tschammer und Osten, von 308

Unverzagt, Wilhelm 154, 155, 234, 302, 304
Urban, Gotthard 31—34, 36, 38, 39, 41, 43 bis 45, 68, 86, 93, 95, 96, 99, 118, 122, 126, 135, 150, 169, 207, 209, 216, 222, 223, 227, 261—266, 269, 273, 278, 280, 281, 283, 285—288, 292, 293, 295, 296, 299, 317, 319, 321, 322, 325
Utikal, Gerhard 300, 301, 318, 325

Vahlen, Theodor 167, 277, 305
Veeck, Walther 305, 325, 326
Vesper, Will 275
Virchow, Rudolf 156
Vlk, W. 321
Voigt (OPG) 326
Volkmann (OPG) 305, 326
Voß, Hermann 147, 151, 302
Wacker, Otto 209, 213, 216—218, 305, 306, 313, 318, 320, 322
Wagener, Otto 34
Wagner, Adolf 111, 251, 254
Wagner, Wieland 260
Wagner, Winifred 28
Wahl, Adalbert 28
Wahl, Karl 269, 300
Wahle, Ernst 303
Watzinger, Carl 303, 308, 313
Weickert, Carl 303, 308, 324
Weidemann, Hans 45, 46, 61, 71, 271
Weigel, Karl Theodor 198, 214, 311, 315, 320
Weinberg, Gerhard 15, 299
Weizsäcker, Ernst Frhr. von 296, 327
Weiß, Wilhelm 30, 74, 281
Wemmer (StdF) 288
Werner, Karl Ferdinand 308, 312, 315, 321
Widukind 195, 196, 314
Wiedemann, Fritz 99, 283, 285, 286
Wiegand, Theodor 156, 158—160, 162—172, 176, 181, 189, 192—194, 201, 203, 204, 223, 234, 303—308, 313, 317
Wiegers, Fritz 317
Wildhagen, Eduard 70, 71, 94—97, 161, 177, 214, 272, 283, 284, 305
Willrich, Wolf 287
Wirth, Hermann 179, 180, 212, 310, 314, 319, 323
Wölfflin, Heinrich 28
Wolfram, Richard 219, 321
Wüst, Walter 180, 212—215, 218—220, 222, 224, 311, 319—324
Wulf, Joseph 260, 264, 265, 268, 269, 271, 276—278, 286—290, 293, 300, 301, 320, 323, 326
Wurm, Theophil 291

Zeiß, Hans 159, 198, 205, 303—305, 317
Ziegler, Adolf 81, 287
Ziegler, Hans Severus 29, 35, 36, 259, 260, 262, 263, 277
Ziegler, Matthes 68, 113, 114, 118, 119, 123, 136, 215—217, 257, 273, 283, 284, 290, 292—295, 320, 321, 334
Zipfel, Friedrich 258, 267, 291, 292
Zotz, Lothar 206, 208, 220, 221, 309, 317 bis 319, 321, 332—334
Zürich, E. L. 260
Zugschwert, Hans 281
Zweig, Arnold 75
Zweig, Stefan 75, 78, 106

Stephan Lehnstaedt*

„Das Amt Rosenberg und seine Gegner" – 35 Jahre danach

Wenn ein wissenschaftliches Werk nach 35 Jahren eine Neuauflage erfährt, so heißt das, dass seine Fragestellungen anregend und seine Befunde von grundlegender Bedeutung waren – und noch immer wichtig sind. Die Rede ist hier von Reinhard Bollmus' 1970 erschienener Dissertation, die einen wichtigen Beitrag zur Analyse des Nationalsozialismus lieferte, das Bild des Dritten Reiches als monolithisches Herrschaftssystem grundlegend in Frage stellte und bedeutsame Anstöße zu der so genannten funktionalistischen Interpretation der NS-Diktatur gab.
Die zuletzt genannte Bezeichnung war zur Entstehungszeit des Buches in der zeitgeschichtlichen Forschung allerdings unbekannt. Aus den Bereichen von Philosophie und Soziologie stammend, wurde sie ebenso wie die – reichlich schematisch – als entgegen gesetzt dargestellte „intentionalistische" Sichtweise erst im Jahre 1979 durch den britischen Historiker Tim Mason in die Diskussion eingeführt[1]. Was diese selbst anbetrifft, so gilt sie bei manchen Zeithistorikern nach mehr als zwei Jahrzehnten mit zum Teil heftigen Auseinandersetzungen als beruhigt oder gar als überwunden, und dies nicht zuletzt unter dem Eindruck der fehlenden Verhältnismäßigkeit einer, wie man meinte, eher heuristischen und methodischen Debatte angesichts der großen Verbrechen, die seit Jahren Forschung und Öffentlichkeit zugleich beschäftigen[2]. Andererseits hat noch jüngst wieder etwa Hans Mommsen auf die Erklärungskraft hingewiesen, die funktionalistische Fragestellungen (neben intentionalistischen) gerade für tiefere Ursachen von Entstehung und Verlauf auch der Massenmorde in dem sich ständig und „kumulativ" radikalisierenden System mit seinen Konkurrenz-Merkmalen aufweisen. Darüber hinaus hat Lutz Raphael in einem umfassenden Überblick auf die Bedeutung dieser Interpretationsansätze in der Breite „der neueren sozialhistorischen Studien" aufmerksam gemacht[3].

Bollmus hat in der frühen Phase dieses sich in den Sechziger Jahren entwickelnden Forschungszweiges bei seiner „Frage nach der inneren Beschaffenheit" des scheinbar monolithisch geschlossenen Herrschaftsapparates der Nationalsozialisten (S. 7) wie selbstverständlich neben „funktionalistischen" auch „intentionalistische" Thesen vertreten. Offenbar wollte er es vermeiden, eigene Feststellungen zur Ämterkonkurrenz und zu dem von ihm so genannten „Führungschaos im Führerstaat" von den Führungsebenen auf die Lebensbereiche der Bevölkerung zu übertragen. Daher erklärte er schon in seinem Buch, „dass das Reich Hitlers trotz allem ein totalitärer Staat" gewesen sei, zumal die „Totalität der nationalsozialistischen Bewegung" gerade auch von Alfred Rosenberg als ein „Recht auf den ganzen Menschen" beansprucht worden sei (S. 250). Von diesem ungeheuerlichen Anspruch des Regimes und nicht vom jeweiligen „herrschaftsorganisatorischen Perfektionsgrad" her wollte er zehn Jahre später in seinem Aufsatz über die „Hohe Schule" den von ihm gemeinten, auch vom Amt Rosenberg vertretenen Totalitarismus-Begriff definiert sehen. „Von diesem Anspruch ging die Drohung für das beherrschte Individuum aus – wie sollte es schon wissen, in welchem Falle die Gestapo oder ein linientreuer Bildungsfunktionär Einfluss ausüben oder zuschlagen würde und in welchem nicht"[4].
Im Vordergrund des Buches steht der Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Bollmus betont die schwache Stellung des Amtes Rosenberg im polykratischen System des Führerstaates, und charakterisiert damit indirekt auch Alfred Rosenberg selbst. Die Frage nach dem System selbst bildete das eigentliche

Thema des Autors. Bollmus benannte den Wildwuchs im Herrschaftsapparat allerdings mit dem Terminus des „Ämterdarvinismus" (S. 245), wobei er die Entstehung und Ausbreitung der Anschauung mit dem sozialdarwinistischen Glaubenssatz vieler Nationalsozialisten erklärte, die „stärkere" Dienststelle werden sich schon quasi naturgesetzlich durchsetzen und diese sei dann "die bessere".
Breite Beachtung fand das Werk vor allem wegen der differenzierten Betrachtung der vielfältigen Aufgaben des Amtes Rosenberg. Ausgehend davon wurden seither zahlreiche Detailstudien zu einzelnen Aspekten des Buches vorgelegt, es wurden dessen Interpretationen und Ergebnisse bestätigt und modifiziert und neue Forschungsfelder erschlossen, ohne dass die Studie von Bollmus deshalb an Relevanz als Referenzpunkt verloren hätte.
Dennoch haben sich fast zwangsläufig in der Folgezeit, wenn in unterschiedlichen Zusammenhängen neue Aktivitäten des Amtes entdeckt oder neu bewertet wurden, teilweise Korrekturen in Richtung auf eine größere – verhängnisvolle – „Bedeutung" des Amtes ergeben. Die These von der Einflussarmut, die Bollmus allerdings für die Jahre nach Kriegsbeginn bereits relativiert hatte, wurde lange akzeptiert. In jüngster Zeit sind allerdings wichtige Korrekturen erfolgt, die, erstens, die Rolle des Amtes in der Kulturpolitik betreffen. So hat beispielsweise Anja Heuss darauf hingewiesen, dass durch die Raubzüge des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg – die schon Bollmus als das einzig erfolgreiche Unternehmen der Dienststelle bezeichnete – eine „optimale Verzahnung zwischen Plünderung und ideologischer Verwertung erreicht [wurde ... und] Rosenbergs Macht und Einfluss, zumindest auf dem Gebiet der Kulturpolitik, wesentlich höher [war] als in der Sekundärliteratur bisher angenommen"[5]. Die Korrekturen beziehen sich, zweitens, auf den Themenkomplex Holocaust, der in den letzten 15 Jahren in den Mittelpunkt der Forschung gerückt worden ist. Dabei hat man sich auch mit Rosenbergs Rolle beschäftigt, worauf noch einzugehen sein wird.
Darüber hinaus wird das Amt Rosenberg neuerdings auch aus anderen Perspektiven und mit differenziertem Blick auf die Arbeitsbereiche betrachtet, die Bollmus nur gestreift oder ganz ausgeblendet hatte. Ein wichtiges Werk stellt in dieser Hinsicht die neue Studie von Thomas Mathieu über die Kunstauffassungen des nationalsozialistischen Spitzenpersonals dar[6]. Seine Untersuchungen zu Rosenbergs Lektüre der Klassiker, zu Goethe, Schopenhauer und Nietzsche förderten das bisher nicht im einzelnen nachgewiesene Ergebnis einer völlig selektiven Wahrnehmung des Gelesenen zutage.
Schließlich aber gewannen Gedanken wie die über Houston Stewart Chamberlain, Paul de Lagarde und die Ansichten, die im Umkreis der Münchener Thule-Gesellschaft kursierten, Bedeutung für sein Denken. Der Antisemitismus hatte dabei einen besonderen Stellenwert, er spiegelte sich auch in seiner Kunstauffassung wider: Rosenberg sah in der Kultur einen der letzten Schlupfwinkel des „jüdischen Gegners" und forderte daher vehement dessen Durchdringung und Überwachung. Wie erfolgreich der Nationalsozialismus damit schon vor 1933 war, legte Jürgen Gimmel in seiner Arbeit über den „Kampfbund für deutsche Kultur" dar[7], den Bollmus in erster Linie organisations- und machtpolitisch behandelt hatte. Gimmel konnte nachweisen, dass die Instrumentalisierung bildungsbürgerlicher kulturkritischer Ressentiments gegen die angeblich undeutsche Kunst äußerst erfolgreich war und dass der Antisemitismus auch im Bereich der Kultur auf breite Zustimmung stieß.
Dieses Ergebnis bestätigte Kirsten Baumann für den Bereich der völkischen und nationalen Kunstkritik[8]. Zwar sei die Kunstauffassung der Zeit nicht explizit völkisch oder nationalsozialistisch gewesen; es habe aber schon in Weimar die Kategorien von erwünschten und unerwünschten Künstlern gegeben, die sich leicht in das Freund-

Feind-Denken der Nationalsozialisten transferieren ließen. Bollmus' Feststellung, Rosenbergs tatsächlicher Einfluss auf die Kunst- und Kulturpolitik sei – gemessen an Goebbels, Ley, Rust, Himmler und anderen – beschränkt geblieben, wird damit ergänzt, aber nicht in Frage gestellt. In die gleiche Richtung weisen ältere Standardwerke wie etwa die Studien von Reinhard Merker zu den bildenden Künsten oder von Boguslaw Drewniak zum Theater im Dritten Reich[9]. Die Monographie von Jan-Pieter Barbian hat Bollmus' Arbeit wesentlich ergänzt und korrigiert, indem auch er, wie später Gimmel, aufgrund neuer Quellenfunde einen größeren Umfang der Tätigkeit des „Kampfbundes für deutsche Kultur" nachwies. Gleichzeitig formulierte Barbian für die Rosenbergsche Literaturpolitik die neue These von einer „Einwendungskompetenz" gegen dort abgelehnte Schriften[10]. Rosenberg habe zwar auch hier dem Propagandaministerium die Führung überlassen müssen, seine Rolle sei gleichwohl nicht unbedeutend gewesen. So habe er beispielsweise in der von ihm ansonsten unter Rivalitätsgesichtspunkten bekämpften „Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des Nationalsozialistischen Schrifttums" personalpolitische Entscheidungen, die Goebbels durchgesetzt hatte, torpedieren können. Größere Durchschlagskraft habe Rosenberg jedoch nur im Verbund mit anderen NS-Größen wie Max Amann oder Robert Ley zu entwickeln vermocht.

Da Bollmus auf die Behandlung des Gebietes der Literaturpolitik wegen des Umfangs seiner Arbeit ausdrücklich verzichtet hatte, stellt die vom Verfasser Dietmar Dürr in das Internet gestellte Magisterarbeit zu diesem Gegenstand die bisher gründlichste monographische Untersuchung dar. Sie baut die zitierte Barbiansche These noch weiter aus und beschäftigt sich mit zahlreichen anderen einschlägigen Themenfeldern[11].

Eine willkommene Ergänzung für die Forschung stellt der neue Aufsatz von Otmar Jung über die „Indizierung der ‚jüdischen' Rechtsliteratur" dar. Darin wird vor allem der Eifer deutlich, mit dem sich das „Amt Rosenberg" lange vor den Raub- und Überfremdungs-Aktionen des Krieges bemühte, jede Spur jüdischer Kultur und damit jüdischen Lebens auch in einem Bereich zu tilgen, der daraufhin bisher kaum untersucht worden war[12].

Wie das Amt Rosenberg auch Einzelschicksale beeinflussen und Menschen zugrunde richten konnte, belegte Eva Weissweiler in ihrer musikwissenschaftlichen Studie über das von Herbert Gerigk herausgegebene „Lexikon der Juden in der Musik" Auf diesem hochideologisierten Terrain habe das Amt Musik, eine Unterabteilung der Dienststelle Rosenberg, sogar Macht über Leben und Tod erhalten: „Viele ‚Personalanfragen' des ‚Amtes Musik' bei Einwohnermelde- oder Kirchenämtern [endeten] damit, dass die Betroffenen alsbald ins KZ kamen." Die Autorin hat dessen bereits von Bollmus kurz angesprochene Tätigkeit nun ausführlich dargestellt und das Lexikon im Wortlaut darin mit einbezogen[13].

Jonathan Petropoulos ist einer ähnlichen Sichtweise verpflichtet. Er richtete den Fokus unter anderem auf Rosenbergs Mitarbeiter Robert Scholz, dessen rechtsgerichtete Nachkriegs-Erzeugnisse schon Bollmus erwähnt hatte (S. 259). Petropoulos konnte darüber hinaus zeigen, wie mittelmäßige Wissenschaftler mit viel Opportunismus im NS-Kunstbetrieb reüssieren konnten und auch nach dem Krieg keine größeren Karrierebrüche erlitten[14]. Dies ist insbesondere deshalb erstaunlich, weil viele von ihnen an dem Raub von Kulturgut in ganz Europa teilgenommen hatten. Dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg kam dabei eine zentrale Rolle zu[15], wie Anja Heuss, Bollmus Darstellung (S. 145-152) stofflich wesentlich ergänzend, weiter herausgearbeitet und so eine Neubewertung der Kunstpolitik des Amtes stimuliert hat[16]. Heuss widmete sich ausführlich den Aktivitäten des Einsatzstabes in Frankreich und in der Sowjetunion, wobei sie diese mit den Raubzügen des „Ahnenerbes" der SS und des Sonder-

kommandos Künsberg verglich. Dabei konnte sie für Frankreich einen direkten Zusammenhang zwischen Enteignungen von Juden durch Rosenbergs Stab und den Deportationen nachweisen.
Im Gegensatz dazu waren die Juden in der Sowjetunion in der Regel schon vom Staat enteignet worden, so dass für den Einsatzstab bei Privatpersonen nicht mehr viel zu holen war. Bemerkenswert ist, dass die regionalen Behörden im Osten, die formal Rosenbergs Ostministerium[17] unterstanden, anders agierten als der Einsatzstab: Sie verfolgten eine lokale Kulturpolitik, während man in der Berliner Dienststelle eher an einer Verbringung des wertvollen Kulturgutes nach Deutschland interessiert war, wo die Beutestücke ideologisch verwertet wurden. Die geraubten Bilder wurden in Ausstellungen und Museen gezeigt, das Schrifttum nützte man für die nationalsozialistische Indoktrination und „Gegnerforschung".
Peter Manasse war schon einige Jahre vor Heuss zu einem ähnlichen Befund gekommen. Doch seine nur den Einsatzstab betreffende Studie aus dem Jahr 1997 konzentrierte sich – hauptsächlich am Beispiel der Niederlande – nur auf die Verschleppung von Archiven und Bibliotheken[18], war in ihrer Reichweite also begrenzt. Auch Petropoulos sah die Kunstpolitik im Dritten Reich untrennbar mit der Plünderung verwoben[19]. Anders als Manasse und Heuss betonte er jedoch vor allem die repräsentativen Funktionen der Kunst für den Staat und dessen Spitzenpersonal, das regelrecht nach Beutekunst gierte, um sich nach außen hin in dem zeigen zu können, was es für das rechte Licht hielt. Nach Petropoulos erlangte der Einsatzstab vor allem deshalb so weitreichende Kompetenzen, weil Hitler aus machtpolitischen Gründen seinen schwächsten Kulturpolitiker – Alfred Rosenberg - privilegierte. Diese Einschätzung kann indes nicht überzeugen, denn Hitler hat auch „starke" Figuren wie Goebbels oder Himmler mit ähnlichen Kompetenzen ausgestattet.
Die grundlegenden Werke von Heuss, Petropoulos und Manasse wurden durch mehrere Detailstudien ergänzt: Der Raub der jüdischen Bibliotheken in Frankreich war ebenso Gegenstand einer Untersuchung[20] wie die Plünderung des Louvre[21] oder der Diebstahl von Kulturgütern in der Ukraine und in Weißrussland[22]. Willem de Vries hat sich im Jahr 1996 ebenso eingehend wie kritisch mit der Tätigkeit von Rosenbergs Sonderstab Musik in Westeuropa beschäftigt, der hauptsächlich für den Raub von Musikinstrumenten und Partituren zuständig war[23]. De Vries' wie auch Eva Weissweilers Arbeiten stießen jedoch auf heftige Zweifel von Fachkollegen aus der Musikwissenschaft – besonders von den Schülern Wolfgang Boettichers, der für den Sonderstab Musik gearbeitet hatte[24]. Dennoch gelang es De Vries, die langlebige Legende der „sauberen" Musikwissenschaft zu zerstören und deren Engagement für die nationalsozialistische Kulturpolitik nachzuweisen.
Auch die Rolle Rosenbergs in der Auseinandersetzung mit den Kirchen wurde nach Bollmus einer Neubetrachtung unterzogen. Den Anfang machte Raimund Baumgärtner, der die Reaktionen der beiden Kirchen auf den „Mythus" nachgezeichnet hat[25]. Er sah, wie Bollmus, in Rosenberg denjenigen NSDAP-Parteiführer, der am vehementesten gegen das Christentum zu Felde zog. Außerdem wies Baumgärtner nach, dass die katholische Kirche in Rosenbergs „Mythus" einen Religionsersatz und eine Ersatzreligion erblickte und damit eine Interpretationstradition stiftete, die Claus-Ekkehard Bärsch für diesen Fall mit dem Topos der „politischen Religion" bestätigte[26]. Die evangelischen Christen hätten demgegenüber versucht, zwischen Hitlers Religionsbejahung und Rosenbergs Kirchenfeindschaft zu trennen. Ein wesentlich kritischeres Bild zeichnete Harald Iber, der sich auf die Bekennende Kirche und Rosenberg konzentrierte[27]. Hier erscheint die kirchliche Ablehnung des „Mythus" deutlich schwächer als bei Baumgärtner; allerdings kann sich Iber nicht auf eine wesentlich erweiterte

Quellenbasis stützen, so dass sich die Darstellung oft in der Wiederholung schon bekannter Erkenntnisse erschöpft. Auch der Theologe Dominik Burkard beschäftigt sich in seinem neuesten Werk anhand von Quellen aus den vatikanischen Archiven mit der päpstlichen Indizierung des „Mythus" sowie deren Folgen kritisch, wenngleich er der unter dem Gesichtspunkt der Güterabwägung begreiflichen Politik des Vatikans gegenüber dem Nationalsozialismus Gerechtigkeit widerfahren lässt, denn der Vatikan wollte es bekanntlich zu einem großen Konflikt mit der möglichen Folge weitgehender Verbote nicht kommen lassen[28].

Wichtig zu diesem Themenkomplex ist die Arbeit von Heike Kreutzer über das Reichskirchenministerium, die das Schwergewicht auf die Jahre 1935-1938 legt, in denen die entscheidenden Versuche des Ministers Hanns Kerrl für einen modus vivendi mindestens der evangelischen Kirchen mit dem Regime lagen und – unter allerdings nur ideologischer und publizistischer Beihilfe Rosenbergs, der sich in diesem Falle von Bormann unterstützt sah – scheiterten. Das Buch bestätigt Bollmus' Befund über die bequeme Zurückhaltung des Amtes Rosenberg in allen operativen Bereichen der Kirchenpolitik (S. 113-119) – bei allem Eifer zur Polarisierung des Kirchenkampfes durch die „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage"[29].

Die Tätigkeit des Amtes zur Bekämpfung seiner Gegner ist nur mit Blick auf Freimaurer und Juden genauer ausgeleuchtet worden. So hat sich etwa Helmut Neuberger mit der Freimaurerpolitik des Dritten Reiches auseinandergesetzt[30] und dabei auch die Rolle Rosenbergs thematisiert, der hier vor allem als Ideologe und Propagandist aufgetreten ist, während die Dienststelle in der Praxis zur Machtlosigkeit verdammt war, wie schon Bollmus feststellen konnte. Gilt ähnliches für das Gebiet der Judenpolitik, wo das Amt Rosenberg - anders als das Ostministerium - hauptsächlich mit der Herstellung von Hetzschriften beschäftigt war? Jan Björn Potthast hat zu Recht darauf hingewiesen, wie umtriebig Rosenberg dabei war und wie viel Material tatsächlich produziert wurde[31]. Die Bedeutung der Dienststelle dürfte deshalb in diesem Bereich höher zu veranschlagen sein, als Bollmus dies getan hat. In einer Detailstudie über den Theologen, Judaisten und Bibliothekar Johannes Pohl erhärtete Maria Kühn-Ludewig diesen Befund[32]. Pohl war zunächst Rosenbergs führender antisemitischer Propagandist beim „Weltdienst" und als solcher überaus produktiv, wenn es galt, Hetzschriften zu verfassen. Danach erhielt er beim Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg die Zuständigkeit für den Raub von Büchern in Osteuropa, außerdem war er Leiter der Bibliothek des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage", die den Grundstock für die geplante „Hohe Schule" der NSDAP in Frankfurt bilden sollte[33].

Mit der „Hohen Schule", auf die schon eingangs einmal hingewiesen worden ist, sollte gleichsam ein außeruniversitäres Elitezentrum für nationalsozialistische Forschung, Lehre und Erziehung aufgebaut werden. Heraus kamen letztlich aber nur einige wenige Lehrstühle an verschiedenen Hochschulen[34], wie überhaupt gesagt werden muss, dass das Amt Rosenberg in der universitären Wissenschaftspolitik zwar großes Engagement entfaltete und zahlreiche Karrieren beeinflusste[35], dass es aber schließlich auch hier am überzogenen eigenen Anspruch scheiterte und seine hochfliegenden Pläne nicht verwirklichen konnte. Bollmus hat einer solchen Bewertung allerdings widersprochen, die geringen äußeren Erfolge mit der Kriegszeit erklärt und den dennoch gelungenen „Einbruch in den Bereich der Universitäten" als die große Gefahr bezeichnet, die im Falle eines nationalsozialistischen Sieges die noch unabhängige Forschung bedroht hätte[36].

Bollmus hat darüber hinaus damals den Bereich der Vorgeschichtsforschung exemplarisch untersucht und dabei die erste Darstellung zum Thema geliefert. Sie kann auch heute noch Geltung beanspruchen, wie ein im Jahr 2001 erschienener Sammelband

belegt, der die Geschichte dieser Disziplin im Nationalsozialismus behandelt und Bollmus' Ergebnisse weitgehend bestätigt hat[37]. Wie es zur engen Verknüpfung der universitären Prähistorie mit dem Amt Rosenberg und mit Himmlers „Ahnenerbe" kommen konnte, zeigt unter anderem die Biographie über Gustaf Kossinna[38], die Heinz Grünert vorgelegt hat. Schon in der Weimarer Zeit, so Grünert, sei das Fach von Kossinna im völkischen Sinne geprägt worden. Seine Schüler seien dann auch nur zu gerne bereit gewesen, die nationalistischen und deutschtümelnden Interpretationen zu liefern, die man nach 1933 von ihnen erwartet habe. Uta Halle hat diese These am Beispiel der lippeschen Externsteine bekräftigt und nachgewiesen, dass es die häufig postulierte Dichotomie von „guter" Wissenschaft im „Ahnenerbe" und „schlechter" Forschung im Amt Rosenberg nicht gegeben habe; keine der beiden Dienststellen habe bei der Instrumentalisierung der Vorgeschichte Rücksicht auf wissenschaftliche Grundsätze genommen[39].
Unbekümmerte Indienstnahme für ideologische Zwecke ist auch für die Runenkunde festzustellen, bei der das Interesse des Amtes nicht „den Runen als wissenschaftlichem Objekt, sondern als reaktualisierbarem Kultrequisit" galt[40]; Forschung mündete hier direkt in die nationalsozialistische Feiergestaltung und hatte damit praktische Bedeutung. Ulrich Hunger sah in der Runenkunde deshalb einen weiteren Bereich, in dem die praktischen Ziele Rosenbergs dominierten, während die wissenschaftlichen Aspekte meist rasch an den Rand gerieten. Für die Volkskunde kann das nicht uneingeschränkt gelten, denn ihre Erkenntnisse sollten vor allem der Fundierung des „Mythus" dienen. Hannsjost Lixfeld hat diesen Zusammenhang in seiner Biographie über Matthes Ziegler klar herausgearbeitet[41]. Ziegler war Hauptstellenleiter des Referates Weltanschauung im Amt Rosenberg und promovierter Volkskundler. Er galt als Spezialist des „Mythus" und verteidigte diesen in seinen Veröffentlichungen zur Erzählforschung. Eine groß angelegte Etablierung der Volkskunde im Amt Rosenberg gelangte allerdings über die Vorbereitungsphase nicht hinaus[42].
Auch die Klassische Archäologie ist nach dem Erscheinen von Bollmus' Arbeit, der die Disziplin nur kurz erwähnte, Gegenstand von weiterführenden Untersuchungen gewesen. Dabei zeigte sich, dass dieses Fach[43] vom Amt Rosenberg ebenso zu ideologischen Zwecken missbraucht wurde wie die Philosophie, die als umfassende Propagandawaffe angesehen wurde. Vor allem George Leaman hat sich dieser Materie angenommen und in seinem instruktiven Überblick die Zusammenarbeit Rosenbergs mit Philosophen thematisiert[44], wobei auch er belegen kann, dass viele antikommunistische und antibolschewistische Ressentiments den Nationalsozialismus überlebten und im Kalten Krieg neu aufgeladen wurden.
Neben Vorgeschichtlern, Volkskundlern und Philosophen waren auch Sozialwissenschaftler im Amt Rosenberg beschäftigt. Nach Carsten Klingemann, der die Arbeit der „Hauptstelle Soziologie" analysiert hat, wurden die Soziologen hauptsächlich zur „Intellektualisierung von Fragen der NS-Weltanschauung und NS-Gesellschaftsordnung" eingesetzt[45]. In einem weiteren der Soziologie gewidmeten Beitrag beschrieb derselbe Autor die konkreten Eingriffsmöglichkeiten des Amtes in die Hochschulpolitik. Er vertrat die These, im Bereich der Soziologie habe das Amt „im traditionellen akademischen Sektor bis auf selektive personalpolitische Interventionen und Eingriffe [...] keinen wirksamen Einfluss im Sinne der Etablierung eines NS-Hochschulsystems ausüben können"[46].

Vieles ist also in den 35 Jahren getan und erreicht worden, die seit der Erstveröffentlichung von Bollmus' Pionierarbeit vergangen sind. Eine große Lücke klaffte aber bis vor kurzem noch immer: Es fehlte eine wissenschaftlichen Ansprüchen

genügende Biographie über Rosenberg[47], was freilich kaum überraschen konnte, ist der lange unterschätzte Rosenberg doch erst vor kurzem seiner wahren Bedeutung im Nationalsozialismus entsprechend interpretiert worden[48]. Auf hohem Niveau war eigentlich nur Rosenbergs Jugend und deren Bedeutung für sein sich formendes Weltbild untersucht, und zwar in der ungedruckten französischen Dissertation von Eric David, die auch eine umfassende deutsche Edition von Rosenbergs ersten Entwürfen von 1918-1919, später teilweise eingegangen in Aufsätze und den „Mythus", enthielt[49]. Mittlerweile ist die oft beklagte Lücke durch die monumentale Habilitationsschrift von Ernst Piper geschlossen[50]. Auf der Grundlage vieler bisher nicht rezipierter Quellen wird hier auf über 800 Seiten Rosenbergs Leben von nuancenreich ausgebreitet. Piper betont vor allem die Relevanz des Reichsleiters als Ideologe, die ihn – trotz aller bekannten Schwächen - zum bedeutendsten Theoretiker des Nationalsozialismus hatte werden lassen. Rosenbergs Scheitern erkläre sich nach Piper nicht zuletzt damit, dass der „Seelenkämpfer Rosenberg [...] sich für den ganzen Menschen verantwortlich und somit auch für fast alles zuständig"[51] fühlte – mit der zwangsläufigen Folge von Dilettantismus und Verzettelung in vielen Bereichen: „Ein Ideologe macht eben noch keinen Philosophen, [...] und ein Ideologe macht auch noch keinen Politiker"[52].
Pipers hervorragend geschriebene Biographie wird sich schnell als Standardwerk etablieren, da sie in vielen Bereichen substantiell Neues zur Rosenberg-Forschung beitragen kann. Dies gilt mit Abstrichen sogar für den Bereich der Ideologie, der schon zuvor gründlich untersucht worden war. Bemerkenswert ist an diesen ideengeschichtlichen Arbeiten, dass sie dem Konzept der „politischen Religion" als interpretatorischer Kategorie mehr Raum geben als der Totalitarismus- und Faschismustheorie, die früher dominierten[53]. Der bereits erwähnte Historiker Fritz Nova arbeitete als erster den Zusammenhang von Religion und extremistischer politischer Ideologie im Falle Rosenberg heraus[54]. Er legte eine Gesamtinterpretation von Rosenbergs doktrinärem und virulentem Weltbild vor und stellte in seiner zitatenreichen Studie die verschiedenen Topoi des „Mythus" nebeneinander, wobei er auch den ideologischen Beitrag Rosenbergs zum Holocaust betonte und darauf hinwies, wie eng sich der Reichsleiter an Hitlers Weltanschauung anzulehnen suchte.
Origineller und bedeutender sind die Untersuchungen von Claus-Ekkehard Bärsch[55] und die schon kurz erwähnten von Frank-Lothar Kroll[56]. Bärsch brachte in seiner Deutung des Nationalsozialismus das gesamte Arsenal der linguistischen Methode zur Anwendung. Außerdem arbeitete er mit explizit politologischen Kategorien bei der Analyse der von ihm postulierten Vermischung von Religion und Ideologie, wobei er in einer eingehenden Examination des „Mythus" sowohl Kunst als auch Rasse als Kategorien einer religiösen Weltanschauung ansieht. Dabei kam Bärsch zu dem Schluss, dass Rosenbergs Gedankenwelt nicht auf einem sozialdarwinistischen Biologismus basierte, sondern viel eher mit dem Begriff politische Religion zu fassen ist: „Eine Religion soll dann als politisch gelten, wenn durch eine religiöse Existenzinterpretation die Ordnung von Mensch und Gesellschaft wahrgenommen sowie bewertet wird und wenn das religiös bestimmte Bewusstsein von Gesellschaft (z.B. Volk) handlungsleitende Kriterien erhält. [...] Es liegt ein Fall von Politischer Religion dann vor, wenn das Bewußtsein von kollektiver Identität, das eigene oder ein anderes Kollektiv betreffend, im abhängigen Verhältnis zu überirdischen Mächten, wie z.B. Gott, Gottheit, Kosmos oder im Bösen, artikuliert wird"[57].
Im Gegensatz dazu ging Kroll ideengeschichtlichen Fragestellungen nach. Deshalb betonte er die Sonderstellung Rosenbergs als Ideologe der Partei, da ihm als einzigem „eine Zusammenfassung dieses Ideengutes in Form eines geschlossenen, wenngleich höchst unzulänglich dargebotenen Gedankengebäudes gelang"[58]. Wie Bärsch meinte

auch Kroll, dass Rosenbergs Ideologie nicht hauptsächlich biologistisch oder rassistisch geprägt gewesen sei, sondern dass ihr eine gewisse religiöse Dimension der Existenzinterpretation innegewohnt habe. Vor allem aber konstatierte Kroll eine umfassend angelegte, allerdings eklektische und dilettantische Geschichtsdeutung als Grundlage von Rosenbergs Weltanschauung. Zu fragen ist aber auch hier, ob nicht selbst in diesen beiden großartigen Studien eine Stringenz der Argumentation unterstellt wird, die bei Rosenberg in Wirklichkeit nicht zu finden war; auf diese Gefahr hatte schon Bollmus hingewiesen und die Möglichkeit einer Gesamtinterpretation sogar kategorisch ausgeschlossen.

Bollmus hatte sich allerdings auf das Beispiel des weltanschaulichen Überwachungsamtes konzentriert, nicht auf Rosenbergs außenpolitische Vorstellungen, die leichter zu fassen sind. Die grundlegende Studie dazu hat Seppo Kuusisto vorgelegt[59]. Auf breiter Quellenbasis konnte er demonstrieren, dass auch Rosenbergs außenpolitische Vorstellungen ganz ideologiegeleitet waren. Aus dem Baltikum stammend, gerierte sich Rosenberg als Ostexperte und konnte so als Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP[60] die Zuständigkeit für osteuropäische Emigranten erlangen[61]. Darüber hinaus gewann das APA „immer dann am meisten Einfluss, wenn die antisowjetische Komponente in der Außenpolitik Überhand bekam"[62]. Eine gewisse Geltung erlangte das Amt Rosenberg auch in Norwegen, wie Hans-Dietrich Loock zeigen konnte[63], während es in Westeuropa nahezu bedeutungslos blieb. Ohnmächtig musste Rosenberg, der ein Bündnis mit Großbritannien und dem Commonwealth befürwortete, sogar Hitlers Englandpolitik verfolgen. Sein Einfluss auf den außenpolitischen Kurs des „Führers" blieb gering, sieht man einmal davon ab, dass Hitler vor allem wegen Rosenbergs Schriften die vermeintlich internationale, „bolschewistische" Dimension der Judenfrage in seiner Weltanschauung betonte[64], wie Geoffrey Stokes dargelegt hat.

Was Rosenbergs Rolle im Zusammenhang mit dem Holocaust anbelangt, so ist über Bollmus' entsprechende Darstellung (S. 120 f.) hinaus inzwischen vor allem auf die mörderischen Konsequenzen der ideologisch konstruierten Verbindung von Juden und Bolschewisten hinzuweisen. Arad Yitzhak hat bereits 1979 nachgewiesen, dass sich die antijüdische Politik des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete zunächst an der Praxis im Generalgouvernement orientierte[65].

Als Rosenberg vom Massenmord der SS erfuhr, unterstützte er Himmlers Truppe, ohne allerdings selbst größere Kompetenzen an sich ziehen zu können. In Streitfällen zwischen seiner Zivilverwaltung und Himmler befürwortete er die Linie der SS, da diese der Vernichtung der Juden höchste Priorität einräumte. Christian Gerlach hat darüber hinaus auf Rosenbergs Initiative vom 14. September 1941 hingewiesen, in der dieser die Deportation aller Juden Europas androhte, falls in der UdSSR die angekündigte Zwangsumsiedlung der Wolgadeutschen nach Sibirien tatsächlich durchgeführt würde[66]. Darüber hinaus sind die folgenden Vorgänge bezeichnend: Am 18. Dezember 1941 gab der zuständige Abteilungsleiter in Rosenbergs Ost-Ministerium, Otto Bräutigam, dem „Reichskommissar Ostland", Lohse, auf die Frage, ob bei Judenerschießungen Arbeitskräfte verschont bleiben sollten, zur Antwort, „wirtschaftliche Belange" sollten „bei Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben". Im Prinzip wurden damit die Juden in Rosenbergs Einflussbereich zur Vernichtung freigegeben[67].

Aber selbst verfolgte das Ostministerium, wie Christian Gerlach festgestellt hat, „die ganze zweite Jahreshälfte lang ein Konzept zur destruktiven Abschiebung der Juden in weit entfernte Gebiete." Dennoch hatten schon ab Mitte Oktober 1941 „überall in den vom Ostministerium verwalteten Gebieten systematische Massenmorde an einheimischen Juden begonnen"[68].

Diese und ähnliche Probleme sind noch längst nicht endgültig geklärt. Für eine quellen-

gesättigte, methodisch versierte NS-Forschung bleibt auch in Zukunft noch viel mehr zu tun, als es das gedankenlose Diktum, es sei doch schon alles bekannt, suggeriert. Reinhard Bollmus' grundlegendes Werk wird dafür auch weiterhin als Ausgangspunkt und Quelle der Inspiration dienen, weshalb es nicht wenige Forscher geben dürfte, die es lebhaft begrüßen, dass dieses Standardwerk nun in der zweiten Auflage erscheint.

* Der Verfasser dankt Reinhard Bollmus, der das Nachwort nicht selbst hatte verfassen können, für eine kritische Durchsicht und besonders für Hinweise betreffend die Fußnoten 1-4.

1 Vgl. die Darstellungen insbes. von Tim Mason, Hans Mommsen und Klaus Hildebrand in: Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.): Der „Führerstaat". Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 21-97, sowie weitere Beiträge des Bandes. Zusammenfassend Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontoversen im Überblick, 3.Auflage Hamburg 2002, bes. S. 112-147.

2 Bessel, Richard: Functionalists vs. Intentionalists: The debate twenty years on or whatever happened to functionalism and intentionalism?, in: German Studies Review, 26 (2003), S. 15-20.

3 Mommsen, Hans: Zeitgeschichtliche Kontroversen. In: Neue politische Literatur 49 (2004), S. 15-25, hier S. 19-25. Raphael, Lutz: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 5-40, hier S. 6.

4 Bollmus, Reinhard: Zum Projekt einer nationalsozialistischen Alternativ-Universität. Alfred Rosenbergs „Hohe Schule", in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Stuttgart 1980, Bd. 2, S. 125-152, hier S. 126 f.

5 Heuss, Anja: Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000, hier S. 356f.

6 Mathieu, Thomas: Kunstauffassungen und Kulturpolitik im Nationalsozialismus. Studien zu Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg, Baldur von Schirach, Heinrich Himmler, Albert Speer, Wilhelm Frick, Saarbrücken 1997.

7 Gimmel, Jürgen: Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der „Kampfbund für deutsche Kultur" und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne, Münster 2001. Siehe auch Steinweis, Alan E.: Weimar Culture and the Rise of National Socialism. The „Kampfbund für deutsche Kultur", in: Central European History, 24 (1991), S. 402-423.

8 Baumann, Kirsten: Wortgefechte. Völkische und nationalsozialistische Kunstkritik 1927 - 1939, Weimar 2002.

9 Merker, Reinhard: Die bildenden Künste im Nationalsozialismus. Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion, Köln 1983. Drewniak, Boguslaw: Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte, Düsseldorf 1983.

10 Barbian, Jan-Pieter: Literaturpolitik im „Dritten Reich". Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder, München 1995, hier S. 124.

11 Dürr, Dietmar: Das Amt Rosenberg in der nationalsozialistischen Literaturpolitik. Magisterarbeit Univ.Bonn 1994. Im Internet: www.duerranski.de/dbfu.pdf.

12 Jung, Otmar: Der literarische Judenstern. Die Indizierung der „jüdischen" Rechtsliteratur im nationalsozialistischen Deutschland, in: VfZ 54 (2006), S. 25-59.

13 Weissweiler, Eva: Ausgemerzt! Das Lexikon der Juden in der Musik und seine mörderischen Folgen, Köln 1999. Mit Edition: Lexikon der Musik. Das Zitat auf S. 11.

14 Petropoulos, Jonathan: The Faustian Bargain. The Art World in Nazi Germany, London 2000.

15 Einen grundlegenden Überblick zum nationalsozialistischen Kunstraub bietet Nicholas, Lynn H.: Der Raub der Europa. Das Schicksal europäischer Kunstwerke im Dritten Reich, München 1995. Weniger brauchbar und nur oberflächlich ist Haase, Günther: Kunstraub und Kunstschutz. Eine Dokumentation, Hildesheim 1991.

16 Heuss, Kunstraub, a.a.O.

17 Hagner, Hartmut (Hrsg.): Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 26: Bestand R6. Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Koblenz 1987.

18 Manasse, Peter M.: Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeit des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997.

[19] Petropoulos, Jonathan: Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich, Berlin 1999.

[20] Reymes, Nicolas: Le pillage des bibliothèques appartenant à des Juifs pendant l' Occupation. Les livres dans la tourmente, in: Revue d' histoire de la Shoah, (2000), S. 31-56.

[21] Simon, Matila: The battle of the Louvre. The struggle to save French art in World War II, New York 1971.

[22] Grimsted, Patricia K.: The Fate of Ukrainian Cultural Treasure during World War II. The Plunder of the Archives, Libraries, and Museums under the Third Reich, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 39 (1991), S. 53-80. Siehe ferner die Dokumentation Bojcov, Michail A. (Hrsg.): Kartoteka „Z" operativnogo staba „Rejchsljajter Rozenberg". Cennosti kul'tury na okkupirovannych territorijach Rossii, Ukrainy i Belorussii 1941 - 1942, Moskau 1998.

[23] Vries, Willem de: Sonderstab Musik. Organisierte Plünderungen in Westeuropa 1940 - 45, Köln 1996 (= Kunstraub im Westen 1940-1945. Alfred Rosenberg und der „Sonderstab Musik", Frankfurt 2000).

[24] Z.B. von Michael Walter in seiner 16seitigen Rezension für H-Soz-u-Kult am 11.1.1999, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=149.

[25] Baumgärtner, Raimund: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977. Keine neuen Erkenntnisse bringt dem gegenüber Wittschier, J. Bernd (Hrsg.): Die Ausstellung „Katholischer Widerstand gegen den NS-Rassen-Mythus 1931 – 1945", Bad Neuenahr 1985.

[26] Bärsch, Claus-Ekkehard: Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" als politische Religion. Das „Himmelreich in uns" als Grund völkisch-rassischer Identität der Deutschen, in: Maier, Hans und Schäfer, Michael (Hrsg.): „Totalitarismus" und „Politische Religionen". Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. 2, Paderborn 1997. S. 227-248.

[27] Iber, Harald: Christlicher Glaube oder rassischer Mythus. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs: „Der Mythus des 20. Jahrhunderts", Frankfurt 1987.

[28] Burkard, Dominik: Häresie und Mythus des 20. Jahrhunderts. Rosenbergs nationalsozialistische Weltanschauung vor dem Tribunal der Römischen Inquisition, Paderborn 2005. Im Gegensatz zur Angabe bei Burkard, S. 74, Anm. 262, behandelt Bollmus im Ersten Kapitel seines Buches durchaus die seinerzeit wichtigsten Gegenschriften gegen den „Mythus" sowie die Rezeptionsproblematik und für die Zeit nach 1933 sonstige Widerstände gegen das Buch.

[29] Kreutzer, Heike: Das Reichskircheministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 2000.

[30] Neuberger, Helmut: Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918 - 1945, 2 Bände, Hamburg 1980.

[31] Potthast, Jan Björn: Das Jüdische Zentralmuseum der SS in Prag. Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus, Frankfurt 2002.

[32] Kühn-Ludewig, Maria: Johannes Pohl (1904-1960). Judaist und Bibliothekar im Dienste Rosenbergs. Eine biographische Dokumentation, Hannover 2000.

[33] Wichtige Einblicke in diesen Bereich der NS-Hochschulpolitik gibt der Sammelband Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.): „Beseitigung des jüdischen Einflusses." Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt 1999, in dem Aufsätze u.a. zum „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland" und zum „Institut zur Erforschung der Judenfrage Frankfurt am Main" zu finden sind. Mit letzterem „Institut" beschäftigt sich auch von Papen-Bodek, Patricia: „Scholarly" Antisemitism during the Third Reich. The Reichsinstitut's Research on the „Jewish Question", Ph.D. Columbia University 1999. Für 2006 ist bei der Harvard University Press Steinweis, Alan E.: Studying the Jew. Scholarly Antisemitism in Nazi Germany angekündigt. Ein Vorabergebnis stellt der Aufsatz über die Karriere Peter-Heinz Seraphims, ebenfalls ein Wissenschaftler Rosenbergs, dar: Steinweis, Alan E.: Antisemitism scholarship in the Third Reich and the case of Peter-Heinz Seraphim, in: Ders. (Hrsg.): The impact of Nazism. New perspectives on the Third Reich and its legacy, Lincoln 2003, S. 68-80.

[34] Bollmus, Hohe Schule, a.a.O., hier S. 138-143.

[35] Ein Fallbeispiel liefert Müller, Gerhard: Ernst Krieck und die nationalsozialistische Wissenschaftsreform, Weinheim 1978. Hier wird die erbitterte Auseinandersetzung mit dem NS-Vorzeige-Philosophen, -Pädagogen, -Soziologen und Wissenschaftsreformer Ernst Krieck gezeigt, dem Rektor der Universitäten Frankfurt am Main und Heidelberg.

[36] Bollmus, Hohe Schule, a.a.O., S. 143-149.

[37] Leube, Achim und Hegewisch, Morten (Hrsg.): Prähistorie und Nationalsozialismus. Die

mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933 - 1945, Heidelberg 2001. Siehe darin besonders den Aufsatz Bollmus, Reinhard: Das „Amt Rosenberg", das „Ahnenerbe" und die Prähistoriker. Bemerkungen eines Historikers, S. 21-48. Einen guten Überblick gibt Leube, Achim: Zur Ur- und Frühgeschichtsforschung in Berlin nach dem Tode Gustaf Kossinnas bis 1945, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, 39 (1998), S. 373-427.

[38] Grünert, Heinz: Gustaf Kossinna (1858-1931). Vom Germanisten zum Prähistoriker. Ein Wissenschaftler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Rahden 2002.

[39] Halle, Uta: „Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!" Prähistorische Archäologie im Dritten Reich, Bielefeld 2002.

[40] Hunger, Ulrich: Die Runenkunde im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Ideologiegeschichte des Nationalsozialismus, Frankfurt 1984, hier S. 123.

[41] Lixfeld, Hannjost: Matthes Ziegler und die Erzählforschung des Amts Rosenberg. Ein Beitrag zur Ideologie der nationalsozialistischen Volkskunde, in: Rheinisches Jahrbuch für Volkskunde, 26 (1985/1986), S. 37-59. Keine neuen Erkenntnisse bietet Lutz, Gerhard: Das Amt Rosenberg und die Volkskunde, in: Brückner, Wolfgang (Hrsg.): Volkskunde als akademische Disziplin. Studien zur Institutionenausbildung. Referate eines wissenschaftlichen Symposions vom 8.-10. Oktober 1982 in Würzburg, Wien 1983, S. 161-171.

[42] Einen guten Überblick über die Disziplin bietet Gerndt, Helge (Hrsg.): Volkskunde und Nationalsozialismus. Referate und Diskussionen einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, München, 23. - 25. Oktober 1986, München 1987. Siehe darin auch den Aufsatz Bollmus, Reinhard: Zwei Volkskunden im Dritten Reich. Überlegungen eines Historikers, S. 45-61. Bollmus plädierte hier für die Anerkennung der „Resistenz" nicht-nationalsozialistischer, dem Amt Rosenberg direkt oder indirekt entgegen arbeitender Volkskundler wie etwa Will-Erich Peuckert, Kurt Huber, Adolf Reichwein und anderen, denen - nach zwischenzeitlichen Debatten- später wieder eine Würdigung trotz auch der bei ihnen teilweise festzustellender „volkstumsideologischer" Orientierung zuteil geworden ist. Vgl. dazu Jeggle, Utz: Volkskunde im 20.Jahrhundert, in: Brednich, Rolf W. (Hrsg.): Grundriss der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der europäischen Ethnologie, Berlin 1994, S. 51-72, hier S. 64f.

[43] Losemann, Volker: Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933-1945, Hamburg 1977. Dass die Archäologie gerne instrumentalisiert wird - auch zu anderen Zeiten und in anderen Staaten – zeigen Kohl, Philip L. und Fawcett, Clare (Hrsg.): Nationalism, Politics, and the Practice of Archeology, Cambridge 1995.

[44] Leaman, George: Philosophy, Alfred Rosenberg and the military application of the social sciences, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte, (1992), S. 241-260. Einen Überblick zur Geschichte der Disziplin bietet neben Korotin, Ilse (Hrsg.): Die besten Geister der Nation. Philosophie und Nationalsozialismus, Wien 1994, vor allem Tilitzki, Christian: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Berlin 2002.

[45] Klingemann, Carsten: Sozialwissenschaftler im Einflußbereich Alfred Rosenbergs, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte, (1993), S. 115-160, hier S. 146.

[46] Ders.: Wissenschaftskontrolle durch die „Hauptstelle Soziologie" im Amt Rosenberg, in: Linne, Karsten (Hrsg.): Patient Geschichte. Festschrift für Karl-Heinz Roth, Frankfurt 1993. S. 230-252, hier S. 243.

[47] Schlecht sind Molau, Andreas: Alfred Rosenberg. Der Ideologe des Nationalsozialismus. Eine politische Biografie, Koblenz 1993 (vgl. dazu schon kritisch Bollmus, Alfred Rosenberg – „Chefideologe", S. 234) und Germann, Holger: Alfred Rosenberg. Sein politischer Weg bis zu Neu- (Wieder-)Gründung der NSDAP, London 1988. Beide Werke kommen ohne Quellenstudien aus, übersehen wichtige Literatur und präsentieren naturgemäß keinerlei neue Ergebnisse oder Interpretationen.

[48] Wer sich informieren wollte, musste auf verschiedene Aufsätze zurückgreifen. Siehe beispielsweise die recht knappe Charakteristik Bollmus, Alfred Rosenberg – „Chefideologe", a.a.O. Ausführlicher und trotz eines gewissen marxistischen Einschlages durchaus empfehlenswert ist Weißbecker, Manfred: Alfred Rosenberg. „Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme...", in: Pätzold, Kurt und Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, 2. Auflage Leipzig 1999. S. 150-185; eine gute Interpretation unter starker Berücksichtigung der Ideologie liefert Piper, Ernst: Alfred Rosenberg - der Prophet des Seelenkrieges. Der gläubige Nazi in der Führungselite des nationalsozialistischen Staates, in: Ley, Michael und Schoeps, Julius (Hrsg.): Der Nationalsozialismus als politische Religion, Bodenheim bei Mainz 1997. S. 107-125.

[49] David, Eric: Aux sources de l'idéologie de la N.S.D.A.P.? La formation intellectuelle d'Alfred

Rosenberg à la lumière de ses „carnets" de jeunesse 1918 - 1919, Diss. Strasbourg 1996.

[50] Piper, Ernst: Ernst Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005.

[51] Ebenda, S. 641.

[52] Ebenda, S. 643.

[53] Vgl. dazu das mittlerweile überholte und nur mittelmäßige Werk Cecil, Robert: The myth of the master race. Alfred Rosenberg and Nazi ideology, London 1972. Ebenfalls veraltet ist Horn, Wolfgang: Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919-1933, Düsseldorf 1972. Relativ banal ist Herzstein, Robert E.: When Nazi dreams come true. The Third Reich's internal struggle over the future of Europe after a German victory. A look at the Nazi mentality 1939 - 45, London 1982. Revisionistische Werke liegen vor mit Whisker, James B.: The social, political and religious thought of Alfred Rosenberg. An interpretative essay, Washington 1982 und Limbergen, Marc van: Alfred Rosenbergs mythe. Samenvatting en kritiek, Antwerpen 1987.

[54] Nova, Fritz: Alfred Rosenberg. Nazi Theorist of the Holocaust, New York 1986.

[55] Bärsch, Claus-Ekkehard: Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiöse Dimension der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler, 2. Auflage München 2002. Hier sei explizit auf die zweite Auflage hingewiesen; bei der ersten war ein altes Manuskript an den Verlag geraten.

[56] Kroll, Frank-Lothar: Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, 2. Auflage Paderborn 1999; hauptsächlich eine Kurzfassung davon ist Ders.: Alfred Rosenberg. Der Ideologe als Politiker, in: Garleff, Michael (Hrsg.): Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Band 1, Köln 2001, S. 147-166.

[57] Bärsch, Claus-Ekkehard: Alfred Rosenbergs „Mythus", a.a.O., S. 229.

[58] Kroll, Frank-Lothar: Utopie, a.a.O., S. 101. Hinzuweisen ist darauf, dass im Gegensatz Angabe auf S. 113, Anm. 63, Bollmus in seinem „Mythus"- Kapitel durchaus keiner „vorwiegend...funktionalistischen Interpretation" folgt, sondern sich inhaltlich kritisch mit bestimmten Argumentationsprinzipien Rosenbergs sowie den zwei seinerzeit bekanntesten Gegenschriften auseinandersetzt.

[59] Kuusisto, Seppo: Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1939, Helsinki 1984.

[60] Marschner, Thomas (Hrsg.): Findbücher zu den Beständen des Bundesarchivs, Bd. 73: Bestand NS 43. Außenpolitisches Amt der NSDAP, Koblenz 1999.

[61] Fleischhauer, Ingeborg: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983. Ferner dies. und Pinkus, Benjamin: Die Deutschen in der Sowjetunion, Baden-Baden 1987.

[62] Kuusisto, Seppo: Alfred Rosenberg, a.a.O, S. 414.

[63] Loock, Hans-Dietrich: Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970. Die Studie zeigt die Involvierung Rosenbergs in diesen - von der NS-Forschung kaum berücksichtigten - Bereich der Okkupations- und Außenpolitik. Wie gering der Einfluss tatsächlich war, wird nachgewiesen von Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung" und Kriegswirtschaft, München 2000.

[64] Stokes, Geoffrey: Hitler and the quest for world dominion, Leamington Spa 1986.

[65] Yitzhak, Arad: Alfred Rosenberg and the "final solution" in the occupied Soviet territories, in: Yad Vashem Studies, 13 (1979), S. 263-286. Wenig instruktiv ist in diesem Zusammenhang Pajouh, Christine: Die Ostpolitik Alfred Rosenbergs, in: Garleff, Michael (Hrsg.): Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Band 1, Köln 2001, S. 167-195. Darin wird, basierend auf einer nur unwesentlich über die Nürnberger Prozesse hinausgehenden Quellenbasis, die antijüdische Politik nicht behandelt.

[66] Gerlach, Christian: Die Ausweitung der deutschen Massenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten im Herbst 1941. Überlegungen zur Vernichtungspolitik gegen Juden und sowjetische Kriegsgefangene, in: Ders. (Hrsg.): Krieg, Ernährung, Völkermord. Deutsche Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Zürich 2001, S. 11-78, hier S. 71ff. Für das Generalkommissariat Weißruthenien hat der gleiche Autor ebenso umfassend wie überzeugend die politischen Verantwortlichkeiten für den Massenmord vor Ort herausgearbeitet: Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 2000.

[67] Ders.: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Ders. (Hrsg.): Krieg, Ernährung, Völkermord, a.a.O., S. 85-166, hier S. 130. Zum Informationsfluss vom Führerhauptquartier zu Rosenberg vgl. Vogt, Martin (Hrsg.): Herbst 1941 im „Führerhauptquartier". Berichte Werner

Koeppens an seinen Minister Alfred Rosenberg, Koblenz 2002.

[68] Gerlach, Die Ausweitung, a.a.O., S. 80.

EIN NACHWORT

Diese Neuauflage möge nicht herausgehen ohne ein Wort des Dankes an Werner Conze, dem dieses Wiedererscheinen in vieler Hinsicht mit zu verdanken ist.

Wir Studenten lernten ihn kennen als einen Lehrer der Demokratie, als einen Historiker, der zu Zeitfragen engagiert Stellung nahm, als einen, der als Fachmann dem Auftreten eines rechtsradikalen Historikers namens David Hoggan Widerstand entgegen setzte und der die Studentenschaft zur Beteiligung aufrief. Ich erinnere mich noch sehr gut an seine Rede vor dem Deutschen Bundestag zum 17. Juni 1959, die ihn als Wahrer des westlich-demokratischen Gedankens gegen eine neue deutsche Diktatur zeigte. Neben seiner überragenden Bedeutung für die moderne Sozialgeschichte verantwortete er auch auf zeitgeschichtlichem Gebiet Dissertationen zu damals sehr ungewöhnlichen Themen, darunter waren Arbeiten etwa zur Entnazifizierung (Lutz Niethammer), zur Wissenschaftspolitik der SS (Michael H. Kater), zu den deutschen Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen (Christian Streit) und viele andere mehr.

Mit Schmerz und Bedauern freilich haben auch seine Schülerinnen und Schüler später von antisemitischen Worten in seinen frühen Mannesjahren gehört, von unvertretbaren Äußerungen, die ihn freilich zeigten als einen, der hier verhängnisvolle Irrtümer der Masse seiner deutschen Zeitgenossen teilte. Eines aber war er nicht: einer, der den gewaltsamen Tod auch nur eines einzigen Menschen billigend in Kauf genommen hätte. Der Begriff eines „Vordenkers der Vernichtung", mit dem man geglaubt hat, ihn bezeichnen zu dürfen, überschreitet die Grenze, die zu wahren ist in einem historisch gerechten, nicht erst aus später gewonnener Erkenntnis gefällten Urteil. Ich habe das Fehlurteil ebenfalls stets bedauert.

Dieses Wort des Gedenkens und des Dankes an Werner Conze sei auch das letzte beim Wiedererscheinen dieses Buches, das auch das seine ist.

Trier, im Februar 2006 Reinhard Bollmus